







Aus der Zeit

Friedrichs des Großen

und

Friedrich Wilhelms III.



Aus der Zeit
Friedrichs des Großen
und
Friedrich Wilhelms III.

Abhandlungen zur preußischen Geschichte

von

Max Duncker.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1876.


LIBRARY
JAN 31 1969
UNIVERSITY OF TORONTO

Vorwort.

Mehrfach aufgefordert, die Forschungen, welche ich auf dem Gebiete der preußischen Geschichte angestellt und in gesonderten Abhandlungen veröffentlicht habe, zugänglicher zu machen, habe ich diesem Wunsche zunächst für diejenigen entsprochen, welche bestimmt sind, Lagen und Ereignisse unserer Vergangenheit von weitergreifender Bedeutung aufzuklären.

Die Erwähnung der Veranlassungen, die mich zur ersten Publikation der nun in dieser Sammlung vereinigten Abhandlungen bewogen hatten, glaubte ich, da Beziehungen dieser Art ohne dauerndes Interesse sind, tilgen zu sollen. Dagegen habe ich nicht unterlassen, die historischen Arbeiten und Untersuchungen, welche inzwischen erschienen sind und den Gegenstand der einen oder der anderen dieser Abhandlungen berühren, zu beachten, und meine eigenen seitdem weitergeführten archivalischen Studien für diese erneute Publikation zu verwerthen.

So wird, wie ich hoffe, diese Sammlung dazu beitragen, theils ungenügende, theils irrige Ueberlieferungen und Auffassungen aus den Darstellungen unserer Geschichte zu entfernen.

Berlin, im Mai 1876.

Max Duncker.

Inhalt.



Eine Flugschrift
des
Kronprinzen Friedrich.



Die Oeuvres posthumes de Frédéric II. haben eine bis zum Jahre 1788 unbekannte Handschrift des Königs, welche die Aufschrift: Considérations sur l'état présent du corps politique de l'Europe trägt, veröffentlicht. Man hat in diesen „Betrachtungen", welche nach der Bemerkung der Herausgeber im Jahre 1736 abgefaßt sein sollen, eine bündige und geistreiche Schilderung der Lage Europa's kurz vor dem östreichischen Successionskriege, einen trefflichen Beweis gereiften Geistes und durchdringender politischer Beobachtung gefunden.

Diese Meinung muß ich in so weit bestreiten, als die „Betrachtungen" mit nichten eine einfache Schilderung oder eine objektive Erörterung der damaligen Lage Europa's sind, in welcher der junge Prinz etwa die Ergebnisse seiner Beobachtung und seines Nachdenkens über die Stellung, die Machtverhältnisse und Zielpunkte der europäischen Staaten zusammengefaßt und zum Ausdruck gebracht hätte. Der Gedankengang der Schrift ist etwa folgender.

Die Fürsten leiden an zwei Fehlern, die einen an unersättlichem Ehrgeiz, der sie von Erwerbung zu Erwerbung treibt, die anderen an Trägheit und Nachlässigkeit, welche sie hindern, die Absichten und Projekte des Ehrgeizes ihrer Nachbarn zu durchschauen, die Maßregeln zur Abwehr rechtzeitig zu treffen und sich durch gute Allianzen zu decken, an denen die Pläne der Ehrgeizigen scheitern würden. Diese üblen Eigenschaften haben herbeigeführt und zugelassen, daß das Gleichgewicht Europa's bereits schwere Störungen erlitten hat, daß traurige Umwälzungen, ja ein völliger Umsturz erfolgen werden, daß die Herrschaft Frankreichs, die Universalmonarchie dieses Staates in Aussicht steht.

Was in den letzten Jahren geschehen ist, zeigt deutlich, was weiter geschehen wird. Frankreich und Oestreich bedrohen durch weitaussehende Projekte und ihre enge Verbindung Europa. Oestreich trachtet nach despotischer Gewalt in Deutschland. Der Kaiser verletzte die Wahlkapitulation, als er sich ohne Wissen des Reiches mit Rußland alliirte, um den Polen einen König zu geben, als er das Reich in den Krieg gegen Frankreich warf, der ihn allein anging, als er fremde Truppen ins Reich rief und Lothringen abtrat ohne förmliche Zustimmung des Reiches. Oestreich will dem Reiche die Wahlfreiheit rauben, die Kaiserkrone in seinem Hause erblich machen. Aber seine Macht hat sich in den letzten Kriegen nicht solid constituirt gezeigt. Die Mehrzahl der Kurfürsten ist doch stark genug, um nicht leicht überwältigt zu werden, und in dem Stolz, in der Gewaltthätigkeit, mit der Oestreich auftritt, liegt schon ein Gegengewicht gegen die von ihm ausgehenden Gefahren. Sein System ist einfach und leicht zu durchschauen. Gefährlicher sind die, welche uns durch Sanftmuth, Schmeichelei und List in die Sklaverei locken und ein viel complicirteres, verdeckteres, darum aber nicht minder consequentes System verfolgen. Erweckte einst Ludwig XIV. das offenkundige Streben nach der Universalmonarchie zahlreiche Gegner — der Kardinal Fleury weiß durch den Schein der Mäßigung, der Friedensliebe und Uneigennützigkeit dies Vorurtheil zu beseitigen. Er hat Richelieu und Mazarin übertroffen, indem er die Nachbarn Frankreichs eingeschläfert hat. Er führt Krieg, indem er versichert, die Grenzen Frankreichs nicht ausdehnen zu wollen; schließlich sieht er sich genöthigt, im Frieden Lothringen anzunehmen, nur um Deutschland von dieser lästigen Provinz zu befreien. Und mit Frankreichs Unterstützung gewinnt das bourbonische Spanien die Besitzungen, auf die es zu Utrecht verzichtet hat.

Die katholischen Mächte haben sich die Hand gereicht: Frankreich und Oestreich haben Frieden geschlossen wie Augustus und Antonius; es giebt nur noch Dankbarkeit und gegenseitige Freundschaft zwischen ihnen. Aber Frankreich wird in diesem Bunde die Rolle des Augustus spielen. Frankreich kann nur nach Osten hin wachsen. Elsaß und

Lothringen gehören ihm bereits. Nun stößt man hier auf ein kleines Herzogthum Luxemburg und Flandern, ein Bisthum Trier, ein Bisthum Lüttich, die Barrièreplätze, einige andere Bagatellen. Der Kardinal überstürzt nichts. Aber wird der Kaiser für die Dienste, welche Frankreich ihm jetzt durch Vermittlung des Friedens mit der Pforte leistet, weniger thun können, als Luxemburg an Frankreich abtreten?

Wie einst Rom mischt sich Frankreich überall ein, in die Successionsfragen in England, Spanien, Polen, in die Händel der Genfer, in die der Korsikaner, in den Krieg Oestreichs mit der Pforte; in einer rein deutschen Sache, in der Frage der Succession von Jülich und Berg nimmt es das Recht der Entscheidung in Anspruch. Aber dabei versteht der Kardinal zu warten; er versteht, zu rasche, zu geräuschvolle Erfolge zu vermeiden — sie könnten die Seemächte aus dem Schlummer erwecken. Diese sind freilich bereits von dem Abschlusse der großen Verträge zwischen Frankreich, Spanien, Sardinien und Oestreich ausgeschlossen; natürlich nur um den Ministern Englands keine Mühe zu machen, die so viel mit dem Parlament zu thun haben. Die Seemächte sind bei Seite geschoben; dagegen hat der Kardinal Schweden und Dänemark an sich gezogen; und wenn der Kaiser stirbt, so giebt dem Kardinal die Garantie der Erbfolge in Oestreich, die er übernommen, das Recht der Einmischung und die beste Gelegenheit, Europa das Gesetz vorzuschreiben.

Das „Glück“ Frankreichs besteht in der Voraussicht seiner Minister, in den guten Maßregeln, die sie zu ergreifen wissen. Die tüchtigen Gegner, welche Ludwig XIV. einst gegenüberstanden, haben keine Nachfolger gefunden. Die Fürsten, welche heut Frankreich widerstehen könnten, besitzen dazu weder ausreichenden Geist noch ausreichende Kraft. Ueberdies sind sie uneins. Diese Uneinigkeit braucht nur unterhalten zu werden. Und so verdankt Frankreich heut seine Erfolge nicht so sehr seiner Tapferkeit als dem Geschick seiner Unterhandlungen, weniger seiner Kraft als der Uneinigkeit seiner Gegner.

Wie Rom vordem im Orient, ist Frankreich heut der gebietende

Schiedsrichter über alle Streitigkeiten Europa's. Es ist die Politik Philipps von Makedonien, mit der Frankreich den Einfluß der Seemächte untergräbt und sie bald einschüchtert, bald streichelt, bald mit Bagatellen beschäftigt, während es selbst die großen Streiche führt und die Uneinigkeit in Deutschland fördert, indem es den Schwachen gegen die Stärkeren Hülfe in Aussicht stellt. Aber Frankreich braucht die Thermopylen nicht erst wie Philipp zu besetzen, es besitzt Phokis in Lothringen, die Thermopylen in Straßburg; „und wenn euere Rechnung auf den Tod des Kardinals gestellt ist, so sage ich euch mit Demosthenes: wenn Philipp stirbt, werdet ihr euch einen neuen Philipp machen."

So die „Betrachtungen." Wollte man darauf beharren, eine mit so beißender Ironie geschriebene Philippika gegen den Kardinal Fleury, eine Denunciation der Politik Frankreichs wegen Umsturz des Staatensystems, eine Anklageakte der französischen Politik wegen versuchter Aufrichtung der Universalmonarchie eine einfache Schilderung zu nennen; wollte man ferner darüber hinwegsehen, daß von Preußens Stellung und Interessen, die dem Autor doch am meisten am Herzen liegen mußten, nicht die Rede ist; wollte man endlich selbst darauf kein Gewicht legen, daß, falls der Kronprinz in diesen Betrachtungen seine aufrichtige Meinung über die Lage Europa's ausgedrückt, er sich selbst auf das Schärfste widerlegt hätte, indem er zwei Jahre nach Abfassung dieser Schrift (sie ist 1738 vollendet) Frankreich das Bündniß Preußens gegen England antrug und dann sechs Monate später durch seinen Einmarsch in Schlesien den Kardinal in die Lage setzte, den in den „Betrachtungen" so bedenklich geschilderten Augenblick des Ablebens Karls VI. in umfassendster Weise für Frankreich auszubeuten — wie kam der Kronprinz dazu, in dieser Schrift zu sagen: „Wenn diese Betrachtungen das Glück haben, zu den Ohren einiger Fürsten zu dringen, so werden diese in ihnen Wahrheiten finden, welche sie aus dem Munde ihrer Höflinge und Schmeichler niemals vernommen haben;" und: „Wenn irgend eine Macht fände, daß ich mich mit zu großer Freiheit ausgesprochen hätte, so soll sie wissen, daß die Frucht stets einen Geschmack des Erdreichs bewahrt,

und daß es mir, der ich in einem freien Lande geboren bin, erlaubt ist, mich mit edlem Freimuth und einer Aufrichtigkeit auszusprechen, welche die Mehrzahl der Menschen nicht kennt, und welche vielleicht denen, die in der Knechtschaft geboren und in der Sklaverei erzogen sind, als ein Verbrechen erscheinen wird." Mochte der Kronprinz, als er die Betrachtungen schrieb, über das Geschick seiner Jugend bereits so denken, wie dies zehn und zwanzig Jahre später notorisch der Fall war — niemand wird behaupten wollen, daß der Kronprinz in dieser Weise ernstlich die Bedingungen seines eigenen Lebens bezeichnen konnte.

Demnach muß es mit dieser Schrift eine andere Bewandtniß haben. Einen so lebhaften Appell zur Wahrung des europäischen Gleichgewichts, wie ihn die „Betrachtungen" enthalten, kann der Kronprinz weder zu seiner Belehrung noch etwa zur Aufklärung seines Vaters geschrieben haben. Es waren die Seemächte, die seit Wilhelm von Oranien als die Regulatoren der Wage Europa's galten. Nur ihnen konnte man zurufen: „Wollt ihr fortfahren, im Arme der Trägheit, am Busen der Sorglosigkeit zu schlafen? Seht ihr nicht, was bereits geschehen ist, was hiernach weiter geschehen muß? Seht ihr nicht, daß ihr seit dem polnischen Successionskriege zur Seite geschoben seid, daß ihr seitdem ausgeschlossen seid von den europäischen Verträgen, daß Oestreich, euer alter Alliirter, euch entrissen ist, daß Oestreich und Frankreich das Progamm Villars, d. h. das Bündniß der katholischen Mächte, realisiren, daß auch Schweden und Dänemark euch entzogen werden?" Die Seemächte offenbar werden darauf hingewiesen, daß Frankreich, nachdem Lothringen erworben ist, unzweifelhaft nach Flandern, Luxemburg und den Barrièreplätzen die Hand ausstrecken wird. „Was wollt ihr thun, wenn der Kaiser stirbt, wenn Frankreich, eng mit Spanien verbunden, nach den besten Stücken des Erbes greift — wo sind dann eure Alliirten?"

An die Seemächte also könnten die „Betrachtungen" gerichtet sein; insbesondere um England scheint es sich zu handeln. Wozu sonst die nachdrückliche Hervorhebung des Traktats von Sevilla? Mit diesem Vertrage, so sagt der Kronprinz den Engländern, habt ihr

selbst den Bourbons in Spanien die Hand geboten, zu eurem schweren Schaden in Italien Fuß zu fassen und von dieser Stellung aus Sicilien und Neapel zu gewinnen, den Frieden von Utrecht, euer eigenes Werk, über den Haufen zu werfen. Wollt ihr auch heut trotz allem, was seitdem geschehen, in gleicher Weise fortfahren? Nimmt man dazu, daß der Kronprinz den Autor der Schrift als den Angehörigen eines freien Landes bezeichnet, daß er in einem Briefe an Voltaire vom 19. April 1738 sagt: es sei seine Absicht gewesen, die „Betrachtungen" anonym in England drucken zu lassen; einige Gründe hätten ihn genöthigt, die Ausführung dieser Absicht zu verschieben, so wird kaum ein Zweifel bestehen, daß die „Betrachtungen über den gegenwärtigen Zustand Europa's" an die Adresse der Seemächte gerichtet waren. Sie sollten in England gedruckt werden als die Schrift eines Engländers, sicherlich um die öffentliche Meinung Englands und Hollands über die Politik des Kardinals Fleury aufzuklären und wo möglich in Harnisch zu bringen.

Also keine theoretische Erörterung zu eigenem Nutz und Frommen, eine zum Druck bestimmte Flugschrift, in praktischer Absicht und zu praktischen Zwecken geschrieben, haben wir in den „Betrachtungen" vor uns.

Was konnte den Prinzen zur Abfassung einer solchen Schrift, zur Absicht des Drucks und dann wieder zum Aufschieben, endlich zum Aufgeben dieser Absicht bestimmen? Versuchen wir, ob ein Blick auf die auswärtige Politik Preußens in jenen Jahren hierüber Auskunft zu gewähren vermag.

Während der zweiten Hälfte der Regierung König Friedrich Wilhelms I. waren für die deutsche wie für die gesammte auswärtige Politik Preußens die nahe rückenden Aussichten auf zwei höchst werthvolle Erwerbungen unbedingt maßgebend: die Aussicht auf den Anfall der Herzogthümer Jülich und Berg, die Aussicht auf den Anfall Ostfrieslands. Mit dem Hause Pfalz-Neuburg hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm das klevische Erbe dergestalt getheilt, daß Kleve, Mark und Ravensberg an Brandenburg, Jülich und Berg an Pfalz-Neuburg fielen. Pfalz-Neuburg hatte darnach den Besitz der Hauptlinie, die Pfalz mit

der Kurwürde, im Erbgang gewonnen; jetzt stand es selbst am Erlöschen. Kurfürst Karl Philipp war ohne Söhne und bereits hoch in Jahren; seine beiden Brüder gehörten dem geistlichen Stande an, der eine Bischof von Augsburg, der andere Kurfürst von Trier, darnach von Mainz. Auf Ostfriesland hatte Kaiser Leopold Brandenburg Exspektanz ertheilt, um es für seine Verluste im Kriege gegen Schweden zu entschädigen; der regierende Fürst Ostfrieslands, Georg Albert hatte nur einen Sohn, dessen schwache Gesundheit weder langes Leben noch Erben versprach.

Niemand täuschte sich in Berlin darüber, daß das gute Recht beim Eintreten des Erbfalls weder die Besitznahme von Jülich und Berg noch die von Ostfriesland gewährleiste. Beide Erwerbungen waren Fragen nicht nur der preußischen und deutschen sondern der europäischen Politik.

Oestreich war so wenig wie Frankreich gemeint, Preußen in Besitz von Jülich und Berg treten zu sehen. Preußen die beiden Herzogthümer überlassen, das hieß, den Protestantismus am Niederrhein zur Herrschaft bringen. Oestreich war außerdem nicht geneigt, eine so erhebliche Machtvergrößerung Preußen zuzugestehen. Frankreich hatte gegen einige Erweiterung Preußens nichts einzuwenden, aber durch solche durfte der Uebergang über den Niederrhein doch nicht in stärkere Hände gelangen; Düsseldorf und das Rheinufer in Preußens Besitz zu wissen, widersprach bestimmt nicht nur den kirchlichen sondern auch den politischen Interessen Frankreichs.

Um so lebhafter hätten sich die protestantischen Seemächte für den Uebergang der Herzogthümer an Preußen interessiren sollen. Das Gegentheil war der Fall. Die Politik Englands in dieser Frage wurde lediglich durch die Eifersucht Kurbraunschweigs auf Kurbrandenburg bestimmt; die Generalstaaten fürchteten die Uebermacht Preußens an ihren Grenzen; Preußen in Jülich und Berg ist ein Messer in unserem Leibe, sagte einer der Hochmögenden.

Dieselbe Besorgniß für die Freiheit seiner Grenzen, die weitere Besorgniß, daß Preußen, im Besitze von Emden, seinem Handel Konkurrenz machen könnte, stellte Holland unter die Gegner der Er-

werbung Ostfrieslands. Die Rivalität Kurbraunschweigs gegen Kurbrandenburg hatte bereits Herzog Ernst August von Kalemberg im Jahre 1691 eine heimliche Erbverbrüderung mit dem Vater Georg Alberts abschließen lassen.

In der Frage der Herzogthümer hatte demnach Preußen die vier Großmächte des damaligen Europa ohne Ausnahme gegen sich. In dieser Frage standen Oestreich und Frankreich in erster Linie gegen Preußen, in zweiter Linie die Seemächte.

In der ostfriesischen Frage standen England und Holland in erster Linie gegen Preußen, in zweiter Oestreich, für welches selbstverständlich die Ertheilung der Exspektanz und der reale Anfall des Fürstenthums weit auseinander lagen; nur Frankreich hatte hier kein direktes Interesse gegen Preußen.

Zu diesen gewaltigen Gegengewichten trat dann das pfälzische Haus selbst. Kurfürst Karl Philipp wünschte die Erbfolge in den Herzogthümern der Linie Pfalz-Sulzbach, welche in den Kurlanden folgte, zuzuwenden. In Verbindung mit seinen beiden Brüdern, mit den Stammesvettern von Baiern, in deren Händen damals zugleich das Kurfürstenthum Köln, die Bisthümer Münster, Osnabrück, Paderborn und Hildesheim waren, gebot Karl Philipp über eine unverächtliche Macht. Dazu kam, daß das pfälzische Haus in der Erbschaftsfrage von Jülich und Berg das katholische Interesse vertrat. Der Ahn Karl Philipps, Wolfgang Wilhelm, hatte einst den Mitbesitz des klevischen Erbes durch den Uebertritt zum Katholicismus, durch die Anlehnung an Spanien und die Liga gewonnen; seine nächsten Vorfahren wie Karl Philipp selbst, hatten nicht blos am Niederrhein den Protestantismus niedergehalten, sie drückten schwer auf ihre neuen Unterthanen, die Reformirten der Pfalz, derselben Pfalz, die einst an der Spitze der Union gestanden, deren Kurfürst Friedrich an der Spitze der Böhmen den Krieg gegen Oestreich gewagt hatte.

So war Karl Philipp der Unterstützung der katholischen Reichsstände zu Gunsten der Erbfolge der Linie Sulzbach gewiß, und das übereinstimmende Interesse, das die großen katholischen Mächte Oestreich und Frankreich in dieser Frage gegen Preußen stellte, erlaubte

Karl Philipp, seine Anlehnung sowohl an Oestreich als an Frankreich zu nehmen.

Um die auswärtige Politik Friedrich Wilhelms I. gerecht zu beurtheilen, darf man diese Lage der Verhältnisse nicht übersehen, muß man sich gegenwärtig halten, daß die Stellung Brandenburg-Preußens in Deutschland seit den Tagen des großen Kurfürsten durch die Erstarkung Hannovers, die Succession des hannoverschen Hauses in England, des sächsischen Hauses in Polen erheblich erschwert war. Auch Sachsen-Polen erhob Ansprüche auf die Erbfolge in Jülich und Berg.

Den Anfall der Herzogthümer zu erreichen, war, abgesehen von dem guten Recht, in dem man sich fühlte, von höchstem Werthe für Preußen. Kleve und Mark waren weit entfernte, dazu vereinzelte und kaum zu vertheidigende Besitzthümer, wenn sie nicht durch Jülich und Berg verbunden wurden. Erst mit diesen war Zusammenhang, Abrundung und Gedeihen des rheinischen Besitzes zu erwarten.

In Erwägung der Stellung der Großmächte, des starken Rückhalts, über welchen das pfälzische Haus gebot, durfte man in Berlin nicht hoffen, diesen Besitz davonzutragen, wenn es nicht gelang, das Widerstreben wenigstens einer der beiden continentalen Großmächte durch Dienste zu überwinden, welche Preußen einem anderen Interesse derselben zu leisten vermochte.

Der Tradition des Hauses, der Politik seines Großvaters und Vaters gemäß, in der Ueberzeugung, daß das Zusammengehen Oestreichs und Preußens zu gleichem Rechte den Interessen beider Staaten am förderlichsten sei, in der Hoffnung, daß diese Allianz die immer höher anschwellende Fluth der katholischen Reaktion in Deutschland durch die Rücksicht gegen Preußen, zu welcher Oestreich solche Verbindung nöthige, hemmen müsse, endlich seiner lebhaften nationalen Empfindung wie dem Zuge seines Herzens folgend, entschied sich König Friedrich Wilhelm I. für die Anlehnung an Oestreich.

Es bestand in jenen Jahren eine schwer wiegende Aufgabe für das Kaiserhaus, zu deren Lösung Preußen sehr erheblich beitragen konnte. Die Zukunft der Dynastie, die gesammte Existenz des

östreichischen Staates war in Frage, da Karl VI. männliche Erben fehlten. Hier galt es die Erhaltung des Staates; für Preußen handelte es sich um einen Zuwachs. Half Preußen dem Kaiserhause, die Succession auf die weibliche Linie zu übertragen, d. h. den Bestand Oestreichs zu sichern, so war es ein billiger Gegendienst, daß Oestreich Preußens Succession in Jülich und Berg unterstützte.

Auf dieser beiden Theilen gerechten Grundlage mußte sich eine dauernde und ersprießliche Allianz errichten lassen. Oestreich schien um so fester an solche gebunden, als der überwiegende Vortheil auf seiner Seite lag, der dadurch noch erheblicher wurde, daß König Friedrich Wilhelm sich mit Berg allein begnügen zu wollen erklärte. Er verzichtete auf das größere und bessere der beiden Herzogthümer, um das kleinere desto sicherer zu erhalten. Gegen Friedrich Wilhelms Gewähr der pragmatischen Sanktion, d. h. der Erbfolge Maria Theresia's, verpflichtete sich Karl VI., dem preußischen Hause zur Erbfolge in Berg zu helfen. So bestimmten die Verträge, die zu Wusterhausen und Berlin (12. Oktober 1726 und 3. Dezember 1728) geschlossen wurden.

Die Bewegungen der europäischen Politik nach dem Frieden von Utrecht sind von dem Bestreben der neuen Dynastie, die Frankreich in Spanien eingesetzt hatte, ausgegangen, die Besitzungen der spanischen Krone in Italien, welche der Utrechter Friede der deutschen Linie des Hauses Habsburg zuerkannt hatte, zurückzuerwerben. Als die bourbonische Linie zu Madrid in diesem Streben nicht nur Oestreich und die Seemächte sich gegenüber sah, sondern auch Frankreich in der Reihe der Feinde erblickte, dem es unter der Regentschaft, Angesichts der Erschöpfung, in welche der spanische Erbfolgekrieg das Land versetzt hatte, aufrichtig um Erhaltung des Friedens in Europa zu thun war, — versuchte sie, durch ein Bündniß mit Oestreich zum Ziele zu kommen. Die Töchter des Kaisers sollten mit den beiden jüngeren Infanten Don Carlos und Don Philipp vermählt werden, und jenem nach der Meinung des spanischen Hofes die östreichischen Erblande mit dem deutschen Kaiserthum, diesem die italienischen Lande Oestreichs zubringen. Als Oestreich zögerte, die Verlobung Maria

Theresia's mit dem neuen Karl V. auszusprechen, warf sich der spanische Hof wieder auf die entgegengesetzte Seite. Nicht nur Frankreich, sondern thöricht genug auch die Seemächte, weil der Kaiser in Belgien eine Handelscompagnie für Indien begründet hatte, gewährten König Philipp V. von Spanien dafür in jenem Vertrage von Sevilla die Erwerbung Toskana's für Don Carlos (9. November 1729).

Wenn die Engländer diesen Vertrag wirklich, wie der Kronprinz sagt, die Quelle ihrer Thränen nannten, so war dieses Urtheil durchaus begründet. England konnte das System seiner gegen die Suprematie des bourbonischen Hauses in Europa gerichteten Politik nicht stärker desavouiren. Der Kaiser schickte sich an, die Ausführung des Vertrages von Sevilla mit den Waffen zu hindern. König Friedrich Wilhelm brachte das Reich für den Kaiser gegen die Sevillaner unter Waffen, trieb die Anerkennung der Erbfolge Maria Theresia's auf dem Reichstage gegen den Widerstand von Kurpfalz, Kurbaiern und Kursachsen durch und verlobte den Kronprinzen nach dem Rathe des Kaisers mit der Prinzessin von Bevern.

Aber Karl VI. hatte bereits vor den Verträgen von Wusterhausen und Berlin am 16. August 1726 dem Kurfürsten Karl Philipp zugesichert, dem Hause Pfalz-Sulzbach in der männlichen und weiblichen Posterität zum Besitze der beiden Herzogthümer zu helfen und es darin gegen jeden Angriff mit aller Macht zu vertheidigen. Als dann England, sobald der Kaiser auf die ostendische Compagnie verzichtete, seine Feindschaft gegen ihn fallen ließ, als es die Gewähr der pragmatischen Sanktion seinerseits gegen Oestreichs Anerkennung der Erbfolge des Don Carlos in Toskana, Parma und Piacenza im Wiener Frieden vom 16. März 1731 übernahm und damit das alte Verhältniß der Seemächte zu Oestreich, die Freundschaft Englands und Oestreichs herstellte, glaubte Karl VI. Preußens nicht mehr zu bedürfen. Die dem Kaiserhofe nicht unerwünschte Abneigung England-Hanovers gegen jeden Fortschritt Preußens, insbesondere gegen die Erwerbung auch nur eines der beiden Herzogthümer wurde in Wien benutzt, die Verpflichtungen, welche man gegen Preußen übernommen

hatte, zunächst zu beschränken. Der Kaiser muthete nun in den Prager Propositionen dem Könige zu, auch auf die Hauptstadt Bergs, auf Düsseldorf und dazu auf das Rheinufer zu verzichten. Nachdem England-Hanover fünf Jahre hindurch vergebens darnach getrachtet hatte, durch Knüpfung erweiterter Familienbande seinen Einfluß am preußischen Hofe zu verstärken, nachdem man östreichischerseits Alles aufgeboten hatte, diese Heirathen zu vereiteln, gab sich der Kaiser nunmehr dazu her, die von ihm selbst angerathene Verlobung des Kronprinzen von Preußen mit der Prinzessin von Bevern im Interesse Englands rückgängig zu machen und dieselbe noch in aller Eile durch eine englische Prinzessin zu supplantiren. Es ist bekannt, wie dieser Versuch schließlich am Hochzeitstage selbst mit dem Hinweise darauf wiederholt wurde, daß England dagegen der Erwerbung Bergs „ohne Düsseldorf und das Rheinufer" für Preußen zustimmen werde.

Während Oestreich sich bemühte, die Verpflichtungen zu mindern, welche es für die Unterstützung eines Zuwachses Preußens am Rhein übernommen, führte es zugleich den verderblichsten Schlag gegen die Stellung dieses Staates im Osten. Die nachtheiligste Veränderung, die diese seit den Tagen Kurfürst Friedrich Wilhelms erlitten, lag in der Erwerbung der polnischen Krone durch August den Starken von Sachsen. Sie war mit dem Uebertritt zum Katholicismus erkauft; aber Sachsen-Polen umfaßte Preußen nun von Ost und West und unterband damit dessen Zukunft. Seitdem war es das erste Gebot der Politik Preußens, die Verbindung zwischen Sachsen und Polen nicht zu einer dauernden werden zu lassen. Zu diesem Ende mußte man sich Rußland nähern. In drei Verträgen, die Friedrich Wilhelm I. mit Katharina I., mit Peter II. und der Kaiserin Anna schloß (10. August 1726, 9. September 1729, 30. September 1730), wurde festgestellt, daß Preußen und Rußland bei Erledigung des polnischen Thrones bemüht sein würden, die Krone einem polnischen Edelmanne zuzuwenden. Oestreich hatte sich in jenem Vertrage von Berlin (3. Dezember 1728) verpflichtet, in den russisch-polnischen Sachen „sich jederzeit vertraulich mit Preußen zu vernehmen." Oestreich erfüllte diese Verpflichtung nicht. Als Augusts des Starken

nahes Ende vorausgesehen werden konnte, schlug Karl VI. in Petersburg einen Infanten von Portugal vor und gewann die Kaiserin Anna für diesen Plan. Es war gegen jene Verträge zwischen Preußen und Rußland. Um Friedrich Wilhelm zu gewinnen, versprach man ihm, auf die Zuwendung Kurlands an einen preußischen Prinzen Bedacht zu nehmen, wenn er mit den Kaiserhöfen für Dom Emanuel eintrete. Der König verpflichtete sich für Dom Emanuel (13. Dezember 1732), wesentlich in der Absicht, der Exclusion Sachsens sicher zu sein. Er erreichte diese trotzdem nicht. August der Starke starb am 1. Februar 1733; der neue Kurfürst von Sachsen, Friedrich August II., gab in Wien zu verstehen, daß er auf seinen Anspruch auf die Erbfolge in Oestreich verzichte, wenn er durch den Wiener Hof die Wahl zum Könige von Polen erreiche. Friedrich August II. war ein Tochtersohn des älteren Bruders Kaiser Karls VI. Sollte in Oestreich der Weiberstamm folgen, so gingen die Abkommen der älteren Sprossen desselben, d. h. die Kurfürsten von Baiern und Sachsen, den Abkommen des jüngeren Sprossen vor. Der Kaiser schloß am 16. Juli 1733 mit Sachsen ab: gegen Anerkennung der Erbfolge Maria Theresia's sollte Kurfürst Friedrich August II. König August III. von Polen werden. Die Kaiserin Anna wurde durch ihren Oberkammerherrn Biron für Sachsen gewonnen, der selbst durch das Versprechen Friedrich Augusts II. gewonnen war, ihm das von Polen zu Lehen gehende Herzogthum Kurland, dessen Herzogsgeschlecht der Kettler am Aussterben stand, zu verleihen, wenn er auf den Thron von Polen gelange. Man hatte in Wien eben so wenig Bedenken getragen, die Interessen Preußens im Osten dem Gewinne Sachsens für die pragmatische Sanktion zu opfern, wie man dessen Interessen im Westen der Aussöhnung, dem herzlichen Einverständnisse mit England-Hanover geopfert hatte.

Die „Betrachtungen“ deuten an, wie gebieterisch der Wiener Hof in Polen die Wahl des Kurfürsten verlangt, wie er durch Drohungen seinen Zweck zu erreichen gesucht, während Frankreich durch das sanftere Mittel des Geldes für die Wahl des Stanislaus gewirkt habe. In der That wurde dieser am 6. September 1733 auf

dem Felde von Wola gewählt. Aber unter dem Schutze eines russischen Truppencorps proklamirte eine schwache Gegenpartei August von Sachsen (5. Oktober 1733). Stanislaus war der Schwiegervater König Ludwigs XV. von Frankreich. Fünf Tage nach der Scheinwahl König Augusts überschritten die französischen Armeen den Rhein. Spanien, voll Befriedigung, endlich mit Frankreich vereinigt Oestreich bekämpfen zu können, warf sich auf Mailand und Neapel. Sardinien schloß sich dem Kriege gegen den Kaiser an. In Deutschland waren alle Linien des pfälzischen Hauses bereits seit vier Jahren für Frankreich gewonnen. Zu der Zeit, als Frankreich Bundesgenossen in Deutschland gegen jene drohende Verbindung Spaniens und Oestreichs suchte, hatte es dem Kurfürsten Karl Philipp und dessen Brüdern im Vertrage von Marly (15. Februar 1729) Jülich und Berg garantirt und sich verpflichtet, nach Ableben der drei Brüder wirksam dafür zu handeln, daß das Haus Pfalz-Sulzbach in deren Besitz erhalten werde, bis die Frage in Gemäßheit des westfälischen Friedens und des Vertrages von Kleve more amicabili per arbitros geschlichtet sei. Die „Betrachtungen" bemerken, daß Frankreich als Garant des westfälischen Friedens leider auch in diese Frage sich einzumischen ein Recht habe. Mit Kurpfalz standen Kurbaiern und Kurköln auf Frankreichs Seite. Kurbaiern bezog längst Subsidien von Frankreich; es ließ sich diese am 15. November 1733 von Frankreich und Spanien erhöhen, indem es sich gegen Frankreich verpflichtete, den Protest, den es 1730 zu Gunsten seiner Erbfolge in Oestreich gegen die pragmatische Sanktion eingelegt hatte, aufrecht zu halten. Entscheidender war, daß die Seemächte sich nicht veranlaßt fanden, zu Gunsten der polnischen Succession für Oestreich einzutreten. Seit der Zeit Wilhelms von Oranien hatte Oestreich zum ersten Mal ohne die Seemächte gegen Frankreich zu kämpfen.

In den „Betrachtungen" ist dieser Krieg scharf hervorgehoben. Er war von großer Bedeutung für das europäische Staatensystem, von recht schweren Folgen für Preußen. Die Ursache des Krieges war dem Reiche völlig fremd. Preußens Interessen stellten es auf die Seite des Stanislaus; der Berliner Vertrag vom 3. Dezember 1728

gebot ihm, dem angegriffenen Oestreich Hülfe zu leisten. Aber Oestreich kämpfte für das sächsische Königthum in Polen; die preußischen Truppen an der Seite Oestreichs standen somit gegen ein fundamentales Interesse des eigenen Staates im Felde und halfen jene Verbindung zwischen Polen und Sachsen befestigen, welche Preußen um so verderblicher werden mußte, als Sachsen nunmehr den beiden Kaiserhöfen seine Erhebung und bei glücklichem Ausgang des Krieges seine Erhaltung verdankte. Andererseits beschränkte sich Frankreich auf den Krieg am Oberrhein, um Holland nicht zu beunruhigen und Preußen nicht zu reizen; es näherte sich sogar Preußen mit Beflissenheit und stellte die Erwerbung eines Theils von Westpreußen als Gegengewähr für die Unterstützung des Königs Stanislaus in Aussicht (Frühjahr 1734).

König Friedrich Wilhelm glaubte die Verpflichtungen seines Vertrages mit Oestreich trotz Allem erfüllen zu müssen. Er blieb ihm treu, auch da alle seine Versuche als Kompensation der Nachtheile, die seinem Staate daraus im Osten erwachsen mußten, wenigstens für seine Ansprüche im Westen Vortheil zu ziehen, scheiterten. Er bot dem Kurfürsten von Sachsen die Anerkennung als König von Polen für den Verzicht Sachsens auf dessen Erbansprüche auf Jülich und Berg, die es zugleich mit dem Abschluß mit Oestreich über die polnische Krone wieder angemeldet hatte. Ein kaiserliches Mandat vom 12. Juni 1733 hatte dem Reichshofrathe befohlen, den Prozeß über Jülich und Berg aufzunehmen. Daß von Berlin her longissimi temporis praescriptio eingewendet wurde, blieb unbeachtet. Ebenso vergebens erbot sich Friedrich Wilhelm in Wien, mit seiner ganzen Macht gegen Frankreich für Oestreich einzutreten, wodurch dann allerdings die Besetzung von Berg durch Preußen gegeben gewesen wäre. Abgewiesen, begnügte er sich, den Buchstaben des Vertrages zu erfüllen. Er entfernte den Gesandten Frankreichs nicht von seinem Hofe. Als Stanislaus und seine vornehmsten Anhänger vor den Russen aus Polen und Danzig weichen mußten, gewährte ihnen der König Zuflucht in Königsberg.

Der Krieg endete mit der herbsten Enttäuschung für Preußen.

Man hatte in Berlin fest darauf gebaut, daß Frankreich seinen Schwiegervater nicht im Stich lassen könne. Frankreich ließ den Schwiegervater, Oestreich den Schwiegersohn, den Herzog von Lothringen, fallen; der Krieg schloß nicht mit dem Königthum des Stanislaus sondern mit der Anerkennung Augusts III. auf dem polnischen Throne durch Frankreich, mit der Abtretung Lothringens an Frankreich. Die alten Gegner seit der Zeit Kaiser Karls V., Frankreich und Oestreich, reichten sich die Hand (3. Oktober 1735), sie wurden Verbündete. Der für Oestreich unglückliche Gang des Krieges, obwol der Kaiser, wie der Kronprinz nicht unbemerkt läßt, im Sommer 1735 russische Truppen ins Reich gezogen hatte, namentlich in Italien, das den Spaniern und Sardiniern vollständig in die Hände gefallen war, die Vergeblichkeit aller Anstrengungen, die Seemächte zur Theilnahme für Oestreich zu bewegen, endlich das Anerbieten Frankreichs, die pragmatische Sanktion zu garantiren, hatten den Kaiser zu dieser unerwarteten Wendung bewogen. „Erkennt hierin", so rufen die „Betrachtungen" den Seemächten zu, „die Politik des Kardinals! Er gelobt, keine Gebietserweiterung zu machen; er sieht sich am Ende gezwungen, Deutschland von einer lästigen Provinz zu befreien."

Die Basis der Politik, welche Preußen seit dem Vertrage zu Wusterhausen, dem 12. Oktober 1726, verfolgt hatte, war vernichtet. Preußen hatte Oestreich durch Dienste für dessen Politik zur Unterstützung der preußischen Interessen am Niederrhein zu gewinnen gesucht und in gefährlichen Zeiten wesentliche Hülfe geleistet. Jetzt standen ihm beide Großmächte des Kontinents eng verbunden gegenüber. Oestreich fand, daß Preußen im letzten Kriege nicht ausreichenden Dienst gethan, Frankreich, daß es auf der Seite seiner Gegner gefochten hatte. Welchen Werth hatte Preußens Allianz, seine Garantie der Erbfolge für Oestreich, nachdem die Seemächte, Sachsen, Frankreich diese garantirt und Frankreich Oestreichs Bundesgenosse geworden war?

Die Seemächte sahen sich durch die plötzliche Verbindung Frankreichs und Oestreichs zu ihrem Schrecken von den kontinentalen Angelegenheiten ausgeschlossen. Sie versuchten, ihre Wiederaufnahme in

das europäische Koncert auf Kosten Preußens zu bewerkstelligen. Zwischen Oestreich und Frankreich waren vorerst nur Präliminarien geschlossen; die Friedensverhandlung fand in Spaniens Widerstreben, seine Eroberungen und Besitzungen in Norditalien gegen Ueberlassung Neapels und Siciliens an Oestreich zurückzustellen und abzutreten, an Sardiniens Begehrlichkeiten unerwartete Hindernisse. Die Seemächte meinten, daß außer den im Generalfrieden zu entscheidenden Fragen noch andere vorhanden wären, welche schleunig zu schlichten seien. Die Frage der Succession in Jülich und Berg könne neuen Krieg entzünden; sie sei deshalb vor den Friedenscongreß zu ziehen, d. h. Preußen sei durch einstimmiges Votum der vier Großmächte die Besitznahme von Jülich und Berg zu untersagen. Den Generalstaaten schien eine Verständigung der Mächte über „Maßregeln", um „Thätlichkeiten" in dieser Frage vorzubeugen, geboten. Auf der Brücke der Frage der Herzogthümer suchten die Seemächte ihren Platz in der Berathung und Feststellung der europäischen Fragen, den sie durch ihre Neutralität im polnischen Successionskriege eingebüßt, wieder zu gewinnen.

Zugleich bemühte sich England in Wien sehr eifrig, seine Zurückhaltung, seine Neutralität im letzten Kriege vergessen zu machen, die Mißstimmung des Wiener Hofes gegen Preußen wegen ungenügender Hülfsleistung zu nähren (Hanover hatte freilich selbst noch viel weniger gethan, es hatte nur 6000 Mann gestellt); es wies auf Hanovers Ansprüche auf Ostfriesland hin, die jetzt in Wien in der That Beachtung fanden. Am 12. Oktober 1736 ertheilte ein kaiserliches Decret Kurbraunschweig das Kommissorium der Vergleichung der alten Streitigkeiten zwischen Fürst und Ständen in Ostfriesland, d. h. England-Hanover erhielt kaiserliche Vollmacht, hier festen Fuß zu fassen. Im Dezember dieses Jahres schloß Georg II. von England einen Vertrag mit Kursachsen, in welchem er dessen Erbrecht auf Jülich, Kleve und Berg förmlich anerkannte; im nächsten Frühjahr ließ er den preußischen Konsul in London unter nichtigem Vorwande verhaften, und erklärte, den preußischen Gesandten nicht mehr empfangen zu wollen. Jener Vertrag stellte nicht nur das Erbrecht

Preußens auf Jülich und Berg sondern auch den preußischen Besitz Kleve's in Frage. Hanover und Sachsen schienen sich verbunden zu haben, um sich gegenseitig gegen Preußen in der Erwerbung der Herzogthümer und Ostfrieslands zu unterstützen, mindestens deren Besitznahme durch Preußen zu hindern [1]).

Und schon hatten Oestreich und Frankreich in den ersten Tagen des Januar 1737 den Seemächten erklärt, daß sie zwar nicht darein willigen könnten, die Frage der Herzogthümer in die Friedens-verhandlungen einzubeziehen; dagegen sei man bereit, mit den See-mächten gemeinsam die Mittel zu finden, Thätlichkeiten in den Herzog-thümern zuvorzukommen und ein gerechtes Abkommen zu erzielen. Damit war klar, daß Oestreich sich nicht nur nicht mehr an den Vertrag von 1728 gebunden hielt, sondern sich auch bereits in dieser Frage mit Frankreich gegen Preußen verständigt hatte. Man kannte in Berlin den Vertrag Oestreichs mit Karl Philipp von der Pfalz vom 16. August 1726 (S. 13); der Vertrag, den dieser mit Frankreich am 15. Februar 1729 geschlossen (S. 16), war hier nicht bekannt; aber man glaubte zu wissen, daß Frankreich dem Hause Pfalz-Sulzbach die ungeschmälerte Succession in den Herzogthümern zugesichert habe. Die Seemächte stimmten jener östreichisch-französischen Erklärung noch im Januar (29. Jan. 1737) zu. Daß ein Versuch, den König Friedrich Wilhelm Ende November 1736 eingeleitet hatte, Berg von dem Kurfürsten Karl Philipp in direkter Verhandlung für Preußen zu erlangen, indem Preußen (wie im Vertrage mit Oestreich) dem Uebergange Jülichs an Pfalz-Sulzbach zustimmte, scheitern werde, war ebenfalls schon zu Anfang des Jahres 1737 nicht mehr zu bezweifeln; Karl Philipp hatte eben Frankreich und Oestreich hinter sich.

Die Erklärung Frankreichs und Oestreichs: die Frage der Herzog-thümer in die Hand zu nehmen, der Beitritt Englands und Hollands stellten ein Koncert der vier Mächte gegen Preußen in Aussicht. Traten Oestreich und Frankreich bereits für Kurpfalz engagirt in

---

[1]) Droysen, Geschichte der preußischen Politik 4, 2, 303.

diese Verhandlung, so war England in feindseliger Haltung gegen Preußen, und Holland ängstlich bedacht, einem Kriege an seiner Grenze vorzubeugen. Das Koncert zu trennen, war um so weniger Aussicht, als die europäische Stellung der Seemächte zunächst lediglich an der Frage Jülich und Berg hing. So drohend hatten sich die Wetter gegen Preußen zusammengezogen. Am 8. Februar 1737 forderte der König das Votum der Minister, ob es gerathen sei, die größere Hälfte der Armee zwischen Minden und Wesel, die kleinere Hälfte gegen Sachsen und Hanover aufzustellen, um im gegebenen Augenblicke schlagfertig dazustehen und Berg besetzen zu können. Man glaubte, daß Karl Philipp in Paris darauf dringe, daß französische Truppen die Herzogthümer besetzten; selbst wenn dies nicht geschah, waren andere Maßregeln der vier Mächte zum Präjudiz Preußens zu besorgen. Die Huldigung für Pfalz-Sulzbach konnte vorgenommen, die Garantie für dies Haus ausgesprochen werden, der Erbfall selbst konnte eintreten; Kurfürst Karl Philipp stand im siebenundsiebzigsten Jahr. Dazu kam dann noch, daß es dem Kardinal Fleury gelang, den Großsiegelbewahrer Chauvelin zu stürzen (21. Februar 1737), der dem Bündnisse mit Oestreich abgeneigt war und in diesem Sinne die Prätensionen der Verbündeten Frankreichs im letzten Kriege, der Spanier und Sardinier, gegen Oestreich unterstützt hatte. Die Verbindung zwischen Frankreich und Oestreich trat damit in eine neue, noch engere Phase. Wenige Tage nach Chauvelins Fall starb der letzte noch lebende Bruder des Kurfürsten von der Pfalz, der Bischof von Augsburg, und neben der heftigen Feindschaft, welche König Georg II. gerade damals gegen Preußen an den Tag legte, wollte es wenig bedeuten, daß der Prinz von Wales Neigungen für Preußen zur Schau trug; er verband sich eng mit den Führern der parlamentarischen Opposition und scheute vor anstößigen Auftritten nicht zurück. Endlich gingen im Laufe des Sommers bedenkliche Anzeigen in Berlin ein: Frankreich ziehe Truppen in Französisch-Flandern, Lüttich gegenüber zusammen.

Dennoch verzögerte sich die vollständige Einigung der vier Mächte gegen Preußen. Der Friede zwischen Oestreich, Frankreich und

Spanien war noch immer nicht im Reinen. Ueberdies war Oestreich im Osten beschäftigt. Für die Verluste, die es im letzten Kriege erlitten, für Neapel und Sicilien, gedachte es sich an der unteren Donau zu entschädigen. Es schloß sich im Juli dem Kriege an, welchen die Kaiserin Anna gegen die Pforte begonnen, in welchem sie bereits die Linien von Perekop und Asow gewonnen hatte. Aber den ersten Erfolgen Oestreichs im Hochsommer folgten harte Niederlagen im September und Oktober — Seckendorff, der Befehlshaber der kaiserlichen Armee, wurde verhaftet, als er Anfang November nach Wien zurückkehrte — und Kaiser Karl VI. hatte sich schon Mitte Oktober genöthigt gesehen, Frankreich zu ersuchen, ihm einen erträglichen Frieden zu vermitteln. Die angebotene Mediation der Seemächte hatte Oestreich zurückgewiesen. Wenn man jedoch in Berlin hoffte, daß die Niederlagen Oestreichs den Wiener Hof Preußen wieder annähern müßten, und sich in diesem Sinne von neuem bemühte, so täuschte auch diese letzte Hoffnung. Und wenn die Seemächte im Sommer aus freilich sehr verschiedenen Motiven den preußischen Vorstellungen wenigstens noch in so weit Gehör gegeben hatten, daß sie die Herzogthümer dem Hause Pfalz-Sulzbach nicht garantiren und nicht sofort in gemeinsame „Maßregeln" mit Oestreich und Frankreich gegen Preußen eintreten wollten, so ließen sie sich doch im November durch den vereinten Druck Frankreichs und Oestreichs bewegen, wenigstens den provisionellen Besitz der Herzogthümer dem Hause Pfalz-Sulzbach zuzugestehen und eine eventuelle Besetzung der Herzogthümer durch Truppen der koncertirenden Mächte nicht auszuschließen. Der König versuchte nunmehr für den Fall, daß es im Westen zum Kriege komme, freundlichere Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen (2. November 1737). Auch diese Unterhandlung scheiterte.

Es war am 10. Februar 1738, daß in Berlin gleichlautende Noten der vier Mächte übergeben wurden, welche den provisionellen Besitz der Herzogthümer dem Hause Pfalz-Sulzbach zusprachen und das Versprechen des Königs forderten, während der nächsten beiden Jahre nichts zu unternehmen, damit während dieser Zeit durch Vermittelung der vier Mächte ein Abkommen herbeigeführt werde. Der

König ließ am 19. Februar erwidern: die vier Mächte möchten über den provisionellen Besitz sich in einer Weise erklären, die es ihm möglich mache, weitere Antwort auf ihre Noten zu ertheilen.

Dieser rasche Ueberblick über die preußische Politik des Jahrzehnts von 1728 bis zum Jahre 1738 genügt, um zu zeigen, welchen Schiffbruch das System der Anlehnung an Oestreich erlitten hatte, in welcher Isolirung sich Preußen seit dem Herbst 1735 befand, wie drohend und nahe die Gefahr war, durch das Einverständniß der vier Großmächte des guten Rechts auf die Herzogthümer verlustig zu werden und diese den katholischen Gegnern im Reiche in die Hände fallen zu sehen. Wo aber war eine Anlehnung zu finden, nachdem Oestreich und Frankreich einig und eng verbunden standen, nachdem Oestreich auch mit dem russischen Hofe in bestem Einvernehmen und Bündniß war? Nur an die Seemächte durfte man denken. Freilich mußte von vornherein davon abgesehen werden, die Rivalität England-Hanovers gegen Preußen, die durch die persönliche Stimmung Georgs II. geschärft war, zu bekehren. Aber sollte es nicht möglich sein, die Vertretungen Englands und Hollands über die kleinlichen Gesichtspunkte, die ihre Staaten in das Koncert gegen Preußen geführt hatten, hinauszuheben, sie zu überzeugen, daß sie gegen ihre klarsten und höchsten Interessen handelten, wenn sie mit Oestreich und Frankreich in dieser Frage weiter gingen, wenn sie sich nicht aus dem Schlepptau der beiden großen Kontinentalmächte losmachten? Man mußte versuchen, die öffentliche Meinung in England und Holland aufzuklären, deren Bevölkerungen den Verlust ihres ganzen Einflusses in Europa, die Gefahren, denen sie entgegengingen, wenn ihre Lenker auf dem bisherigen Wege beharrten, eindringlich zu zeigen, ihnen deutlich zu machen, daß sie in Preußen den letzten Alliirten verlieren würden, den sie auf dem Kontinent haben könnten.

Dieser Aufgabe unterzog sich der Kronprinz. Die „Betrachtungen" sind in allen Punkten durchsichtig, sobald sie von diesem Gesichtspunkte gelesen werden. Man nahm ihnen im voraus jede Wirkung, sobald das Interesse Preußens, der Standpunkt Preußens,

die Jülich-Berg'sche Frage hervorgekehrt wurden. Der Kronprinz hat dies auf das geschickteste vermieden. Die „Betrachtungen" raisonniren und argumentiren lediglich aus dem Standpunkte der eigensten Interessen der Seemächte. Ebendarum wollte er auch, daß sie in England gedruckt würden. Wohin ist es mit Europa gekommen? Wo ist eure alte Wachsamkeit und Aufmerksamkeit? Wo sind die wackeren Gegner Ludwigs XIV.? Durchschaut ihr diesen Kardinal noch nicht? Was habt ihr mit dem Vertrage von Sevilla erreicht? Ihr habt Frankreich und Spanien vorwärts geholfen. Jetzt hat Frankreich nun auch Lothringen, Spanien Italien gewonnen, Frankreich und Oestreich sind verbündet und ihr helft ihnen immer noch weiter. Seht ihr nicht, daß Flandern, daß die Barrièreplätze, daß Luxemburg an die Reihe kommen, daß ihr in allen europäischen Fragen bei Seite geschoben seid, bei den Friedensverträgen im Westen wie bei denen im Osten? Es ist Frankreich, das in allen Fragen, in den großen wie in den kleinen, zwischen Oestreich und der Pforte wie über Jülich und Korsika entscheidet. Welche Allianzen habt ihr, wenn Frankreich sich in Luxemburg oder Flandern festsetzt, wenn der Kaiser stirbt? Oeffnet endlich die Augen!

Die Bemerkung der Herausgeber der „Betrachtungen" zu deren Abdruck in den Oeuvres posthumes, daß sie im Jahre 1736 geschrieben seien, ist irrig. Die Erwähnung von Ereignissen, welche den letzten Wochen des Jahres 1737 angehören, in den „Betrachtungen" zeigt unwidersprechlich, daß die Schrift erst im Beginn des Jahres 1738 vollendet sein kann. Besser begründet erscheint die Angabe derselben Anmerkung (welche die neue Ausgabe nicht hätte durch stillschweigende Weglassung beseitigen sollen), daß der Minister Grumbkow seit 1732 dem Kronprinzen alles mitgetheilt habe, was in der Regierung vorgegangen sei. Zwar in dem behaupteten Umfange möchte ich diese Angabe nicht aufrecht halten; daß aber die Berichte der preußischen Gesandten dieser Periode dem Kronprinzen nicht unbekannt waren, beweist nicht nur der Umstand, daß in den „Betrachtungen" die Mittheilung einer diplomatischen Aeußerung Frankreichs an deren Schluß in Aussicht gestellt wird, sondern auch,

und mit weit größerer Bestimmtheit, die Vergleichung der diplomatischen Korrespondenz jener Jahre mit den „Betrachtungen." Markante Züge der letzteren verdanken ersichtlich dieser Korrespondenz ihren Ursprung. Die Vertreter Preußens im Auslande führen z. B. in den Monaten März und April 1737 den Sturz Chauvelins wiederholt auf dessen Widerstand gegen die Politik der Allianz mit Oestreich zurück. Die „Betrachtungen" sagen: „es ist zu bemerken, daß Spanien und Sardinien erst nach dem Sturze Chauvelins in die Unterhandlung mit Oestreich eintraten." In einem Erlasse der auswärtigen Minister vom 20. Juli 1737 heißt es: der Marschall Villars habe vor Zeiten das System formirt, daß die Einigkeit des kaiserlichen und des französischen Hofes dem Ueberrest von Europa Gesetze vorschreiben und denselben in Furcht halten solle und könne; die „Betrachtungen" stellen die Voraussetzung auf: „daß der Marschall Villars sein System, wie man es in seinen Memoiren findet, dem Kardinal mitgetheilt habe." Was die „Betrachtungen" von dem „Büffetkriege" anführen, beruht ebenfalls auf den Berichten des preußischen Gesandten im Haag vom 26. November und 13. Dezember 1737. Dieser versichert, der Kardinal habe den Vertreter Frankreichs angewiesen, die préséance festzuhalten; der Kronprinz braucht dasselbe Wort. Die Hinweisungen der „Betrachtungen" auf die Gelüste Frankreichs auf Flandern, auf Luxemburg, auf angebliche Abmachungen hierüber zwischen Frankreich und Oestreich originiren aus derselben Korrespondenz (Berichte vom 25. Oktober, 1. November 1737, 10. Januar 1738). Endlich findet auch die scharfe Apostrophe der „Betrachtungen" an die Seemächte: „Ihr werdet euch einen neuen Philipp machen, wenn Philipp todt ist", durch die Berichte aus dem Haag ihre Erklärung, welche mehrmals, z. B. am 2. August 1737 hervorheben: die Holländer trösteten sich damit, daß das Werk des Kardinals mit seinem Tode zusammenbrechen werde. Diese leicht zu vermehrenden Beispiele dürften genügen.

Ich habe gezeigt, daß die politische Lage Preußens dazu angethan war, dem Kronprinzen den Gedanken dieser Schrift einzugeben. Naturgemäß unterstützte er die Ausführungen derselben durch zutreffende

Züge, die sich ihm bei der Lektüre der Gesandtschaftsberichte ergaben. Diese Uebereinstimmung der „Betrachtungen“ mit den Akten der auswärtigen Politik reicht noch weiter. Sie sind genau in der Richtung geschrieben, welche den Gesandten Preußens für ihre Thätigkeit einzuhalten aufgegeben wurde. Nachdem Oestreich und Frankreich zusammenstanden, war die auswärtige Leitung Preußens darauf angewiesen, die Seemächte von dem verderblichen Gedanken abzubringen, in der Jülich-Berg'schen Frage mit Oestreich und Frankreich gegen Preußen zu gehen. Man erinnerte sie daran, daß den katholischen gegenüber die protestantischen Mächte zusammenhalten müßten. Man ließ sie darauf aufmerksam machen, mit welchen Gefahren das Uebergewicht Frankreichs insbesondere Holland bedrohe, wie bedenklich die Aussicht auf die Verbindung der Flotten Frankreichs und Spaniens für Englands gesammte maritime Stellung sei. Man fand ihre Indolenz unbegreiflich der weiter und weiter fortschreitenden Präponderanz Frankreichs gegenüber (Weisungen vom 30. Juli und 27. August 1737). Am 9. November, endlich am 24. Dezember 1737 wird der Gesandte im Haag instruirt: die Seemächte darauf vorzubereiten, daß das Ungewitter nächstens über sie ausbrechen werde. Oestreich werde Alles thun, um sich Frankreichs Unterstützung in Konstantinopel zu sichern; der Kardinal könne dort unmöglich Frankreichs Interessen ohne Gegengewährung preisgeben, und die Franzosen ließen ihre Absichten auf Luxemburg deutlich merken; „gewinnen diese aber Luxemburg, so sind sie der Monarchie universelle sehr nahe und werden sie erreichen, wofern die evangelischen Puissancen dies nicht durch genaue Zusammensetzung hindern. Wie können die Seemächte in solcher Lage der Dinge blindlings auf das eingehen, was der kaiserliche Hof in der Jülich'schen Sache zu unserm Nachtheil proponirt hat? Sie werden es zu empfinden haben, wenn sie künftig unsere Hülfe brauchen.“

Was die Minister den Lenkern Hollands und Englands durch die Gesandten sagen, das will der Kronprinz, überzeugt, daß weder König Georg II. noch Robert Walpole, noch die derzeitigen Staatslenker Hollands zu mannhaften Thaten angelegt seien oder sich zu

solchen aufraffen könnten, dem Parlament Englands, den Generalstaaten Hollands, der öffentlichen Meinung in England und Holland sagen. Er durfte sich mit Recht einigen Erfolg versprechen. Hatte nicht bereits der „Craftsman" den englischen Ministern vorgeworfen, daß sie eine Konspiration der Hauptmächte Europa's, d. h. Oestreichs und Frankreichs, gegen England veranlaßt, daß sie die Insultirung Englands zur See und zu Lande duldeten?

Um so auffallender, daß der Druck dennoch unterblieben ist. Wie wir sahen, schrieb der Kronprinz an Voltaire: einige Gründe hätten ihn veranlaßt, die Ausführung seiner Absicht, die „Betrachtungen" in England drucken zu lassen, aufzuschieben (S. 8). Gewiß nicht äußere Gründe. Vielmehr, wie diese Schrift aus Motiven der derzeitigen preußischen Politik entstanden, wie sie zur Unterstützung und Förderung derselben geschrieben, ist sie sicherlich auch aus Gründen zwingender Art, welche gleichfalls dieser Politik entsprungen sind zuerst zurückgelegt, dann unterdrückt worden. Der politische Grund, welcher dafür maßgebend war, ist auch nicht allzu schwer zu entdecken.

Die identischen Noten der vier Großmächte, welche den provisionellen Besitz von Jülich und Berg dem Hause Pfalz-Sulzbach zusprachen, waren am 10. Februar 1738 in Berlin übergeben worden. Am 19. desselben Monats hatte Preußen abgelehnt, auf dieser Basis in Unterhandlung einzutreten. Man stand in Erwartung der Maßregeln, mit welchen Oestreich und Frankreich diese Ablehnung beantworten würden. Sie hatten sich über dieselbe jedoch zunächst noch mit den Seemächten zu koncertiren. Die Besetzung der Herzogthümer durch französische Truppen lag in naher Aussicht. Es hieß, daß auch Sachsen rüste. Der König befahl die Mobilmachung der Armee. Der letzte Augenblick war gekommen, um alle Mittel aufzubieten, die Seemächte von der Zustimmung zur Besetzung der Herzogthümer abzuhalten. Die Veröffentlichung der „Betrachtungen" gehörte zu diesen Mitteln.

So war die Lage, als Anfang April 1738 in Berlin die Nachricht eintraf, daß Kardinal Fleury auf indirektem Wege, im Haag,

vertrauliche Eröffnungen gemacht habe: es sei seine aufrichtige Absicht, auf einen Ausgleich in der Frage der Herzogthümer hinzuwirken; der König möge seine Bedingungen bezeichnen. Die Wendung war höchst unerwartet. Der König beschloß Mitte April, die Probe zu machen, ob sie sich stichhaltig erweise. Sobald Preußen auf diese Annäherung des Kardinal Fleury auch nur versuchsweise einging, war es unmöglich, ihn vor dem Tribunal Europa's der Gründung der Universalmonarchie, vor dem Tribunal der Seemächte der Politik Philipps von Macedonien anzuklagen. Der Kronprinz schob demgemäß die Veröffentlichung seiner Philippika auf. In denselben Tagen, in welchen die preußischen Gesandten im Haag und in Paris angewiesen wurden, die Absichten des Kardinals näher zu erforschen (8. April und 19. April 1738), schrieb der Kronprinz in jenem Briefe an Voltaire, er werde ihm eine Schrift: Betrachtungen über die gegenwärtige Lage des europäischen Staatensystems, deren Veröffentlichung verschoben sei, zusenden; er dürfe sie jedoch Niemand zeigen (19. April 1738).

Es kam zunächst darauf an, abzuwarten, ob der Zwischenfall zu neuen Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich führen würde. Solche traten in der That ein. Die Annäherung des Kardinals war durch dessen Voraussicht motivirt, daß die zwischen Spanien und England über den Schleichhandel in den westindischen Gewässern ausgebrochenen Streitigkeiten zu einem Kriege führen würden, an welchem theilzunehmen Frankreich durch den Familienpakt verbunden war, den der Kardinal selbst zwischen den beiden bourbonischen Linien vor fünf Jahren abgeschlossen hatte. Um England für diesen Krieg die Bundesgenossenschaft Preußens zu entziehen, schien ihm angezeigt, diesem Staate einige Koncessionen in der Frage der Herzogthümer in Aussicht zu stellen und, erforderlichen Falls, in nicht zu großem Umfange zu machen. So geschah es, daß die zurückgelegten „Betrachtungen" liegen blieben, daß sie erst volle funfzig Jahre später, nach dem Tode ihres Verfassers ans Licht gekommen sind.

Wenn jene Anmerkung der Oeuvres posthumes sich in so weit begründet erwiesen hat, daß die auswärtige Korrespondenz jener Jahre

dem Kronprinzen genau bekannt war, so ist auch die weitere Angabe der Herausgeber, daß eine Korrespondenz existire, die der Kronprinz mit dem General von Grumbkow geführt, in welcher der Kronprinz die Mittheilungen des Letzteren mit den feinsten und zutreffendsten Reflexionen beantwortet habe, vollkommen richtig. Einige Stücke dieser Korrespondenz aus den Jahren 1737 und 1738 gewähren über die Entstehung der „Betrachtungen" den intimsten und sichersten Aufschluß [1]).

Am 20. Januar 1737 schrieb der Kronprinz dem General Minister von Grumbkow aus Rheinsberg:

Mon très cher Général! — Quant aux lettres politiques je Vous avoue à parler franchement qu'elles m'ont causé un véritable chagrin. Je prévois sans nécromancie que notre plan pour Juliers et Bergue est manqué (S. 20); on n'a qu'à lire les effets dans leur causes pour en être convaincu. Sensible autant qu'on peut l'être à la gloire du roi, je souffre de voir que l'on ne prend pas toutes les mesures, qui seroient nécessaires pour conduire ce projet à une heureuse fin. Il me semble même, que je vois un dessein caché formé contre nous, des nuages qui s'assemblent pour former un orage. Peutêtre seroit-il encore temps de l'éviter, peutêtre que par de bonnes mesures on pourrait nous rendre les esprits plus propices qu'ils ne le sont. Mais ce qui m'allarme le plus, c'est de voir une certaine léthargie de notre côté dans des tems où l'on est bien revenu de la terreur de nos armes, dans des tems où l'on pousse la témérité jusqu'à nous mépriser. Je n'ose pas dire ce que je crains, peutêtre que mon hypochondre enflé me suggère de sinistres pensées. Vous les pénétrerez, Monsieur, sans que je Vous les dise; enfin je crains des malheurs d'autant plus grands que l'on s'en attend moins. Veuille le ciel, qui veille sur les royaumes, qui les élève et les détruit selon qu'il

[1]) Die folgenden Abdrücke sind den Originalen des geheimen Staats-Archivs zu Berlin entnommen.

lui plait, détourner tout ce que mon génie allarmé me présage de funeste. Personne ne peut s'intéresser plus que moi au salut de la Prusse. Il est naturel et juste que j'y prenne part et si Vous trouvez, que mes conjectures sont trop exagérées, Vous les trouverez d'autant plus excusables, qu'une personne qui a des objets fort à coeur outre toujours la matière. Il ne me reste qu'à Vous assurer de la véritable estime avec laquelle je suis, mon cher Général, Votre tres fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Reinsberg ce 28 de Janvier 1737.

Mon très cher Général! Vous voyez que mes conjectures ne sont pas tant fausses; le voyage de l'envoyé d'Angleterre en Saxe Vous ouvre les yeux (S. 19). Cette cour et celles qui ont contribué à son élévation se ligueront ensemble, elles nous chercheront noise et nous forceront malgré que nous en ayons (sic) à prendre les armes ou à souscrire aux conditions les plus ignominieuses qu'ils nous imposeront. Je vois de sang froid du fond de ma retraite tout ce qui se passe dans le monde. Arrive ce que voudra, ma réputation et ma gloire n'en souffriront point; je peux par conséquence mieux juger des événements que ceux qui s'intéressent trop à leurs propres ouvrages, qui se confient trop à leurs forces et qui se croyent au dessus des malheurs. J'aime le roi, j'ai sa gloire à coeur et je me sens un véritable attachement pour ma patrie, ce sont les seuls motifs qui m'engagent à m'intéresser au salut de l'état. Ce sont ces sentiments qui m'allarment et qui me font craindre pour l'avenir. Il seroit à souhaiter, que le roi reconnut à la fin l'électeur de Saxe pour roi de Pologne[1]; il pourrait peutêtre avec cette seule démarche changer beaucoup la face des affaires, adoucir une cour qui n'est que trop aigrie, rentrer en liaison avec ses ennemis, céder à l'orage pour

---

[1]) Geschah am 12. April 1737.

l'éviter et gagner du tems, afin qu'après un certain écoulement d'actions des circonstances plus favorables survenants il fût en état d'en profiter.

Je m'intéresse très peu aux revues hors la mienne, dont j'espère de me tirer tant bien que mal. Le siècle, où nous sommes, est plus fameux (malheureusement pour nous) en faits de négotiations qu'en faits de guerre. Nous sommes en bonne posture de côté du militaire; mais nos négotiations n'ont point de vigueur; il semble, qu'un engourdissement pernicieux aye assoupi les affaires étrangères. J'en dis peutêtre trop; mes intentions sont très pures, et si je pêche, c'est par trop d'attachement pour le roi. Cette faute est pardonnable relativement à son principe, et je suis du sentiment qu'il vaut toujours mieux témoigner trop de zèle que de la froideur. En pensant ainsi Vous pouvez bien juger, Monsieur, que l'amitié et l'estime que j'ai pour Vous seront toujours actives, étant, mon cher Général, Votre très affectionné ami

Frédéric.

A Reinsberg ce 14 de Février 1737.

Mon très cher General! Je vous renvois toutes les lettres que Vous m'avez communiquées touchant la négotiation de Juliers et Bergue, craignant trop de voir de semblables pièces entre mes mains. Ce que je ferais dans ce cas (S. 21) et ce que je crois que le roi fera, ce serait de me mettre avant toute chose bien avec l'empereur, de faire accroire aux Hollandais que j'ai besoin de leurs négotiations, de ne m'engager à rien avec eux et de faire en attendant défiler tous les 40 escadrons de dragons avec ceux des hussards vers le pays de Cleve, de laisser deux régimens de cavallerie avec les garnisons des villes en Prusse et de rassembler toute l'infanterie et le reste de la pesante cavallerie dans les marches afin que dès que quelqu'un fît semblant de vouloir s'opposer à mes desseins, je sois en état de lui tomber sur le corps; et ces 40 escadrons

de dragons auraient ordre, dès que le cas auroit échu (S. 21), d'entrer dans Juliers et Bergue et de s'emparer des deux duchés. Ensuite si l'on veut en venir à une négotiation tout ce qu'on pourra faire sera de nous faire rendre Juliers et nous garderons Bergue, au lieu que si nous n'envahissons que Bergue, on nous en fera encore rendre la moitié. Peutêtre que Vous pourrez faire usage de mes réflexions; si Vous les trouvez bonnes à Vous permis de Vous les approprier. Ce qu'il y a de plus important à observer, c'est de faire bientôt défiler les dragons et avant que le cas vînt à exister; car si nous manquons le moment de la mort de l'électeur, notre coup est perdu.

Ne pourrait on pas peutêtre gagner quelques officiers Palatins, qui sont en quartier avec leurs régimens dans les duchés, afin qu'ils nous livrent les villes dès que le cas viendra à exister.

Je Vous jette toutes sortes d'idées qui me passent par la tête, choisissez, retranchez et corrigez ce que Vous en voudrez, pourvu que Vous puissiez vous servir de quelque chose.

Adieu, mon cher Général, je suis avec une très parfaite estime Votre très affectionné ami

Frédéric.

A Remusberg ce 16 de Mars 1737.

Mon cher Général! J'ai bien reçu la lettre que Vous venez de m'écrire avec toutes les incluses. Je Vous avoue que je ne saurais assez admirer le sang froid du roi, qui souffre patiemment qu'on imprime ouvertement en d'autres lieux des libelles diffamatoires, qui attaquent sa personne et qui le décrient dans l'esprit des gens qui ne le connaissent pas. J'avoue que le feu m'en est monté à la tête et que j'aurais fort bien su tirer raison de l'impudence du poëte

et de l'infamie de celui par l'ordre de qui ces vers ont été composés [1]).

Un des chefs d'accusation du garde des sceaux est justement ce qui le disculpe dans mon esprit. Il n'a donc point donné les mains dans cette indigne paix (S. 18. 21), il n'a pas été assez fourbe pour trahir l'honneur de son maître et les engagements qu'il avoit pris avec ses alliés (S. 18. 19). Donc Monsieur Chauvelin étoit trop honnêt homme pour rester dans un ministère, où il n'y a que des infames comme le Cardinal, qui méritent de faire agir un roi — comme Louis XV.

Passez moi cet enthousiasme, je Vous en prie; l'article de la paix m'avoit trop frappé pour garder le silence sur les indignités du Cardinal.

Quelle fougue prend au prince de Galles (S. 21)? Tout d'un coup il se met à la tête d'un parti contre son père; il va l'attaquer ouvertement et lui manquer aux respects, qu'il lui doit et aux quels tant d'engagements l'obligent. Je ne saurais approuver sa conduite:

Un fils s'armera-t-il contre un coupable père?
Il détourne les yeux, le plaint et le revère.
Les droits de Souverains sont ils moins précieux?
Nous sommes leurs enfans, leurs juges sont les dieux.

Cabaler mercenairement et se vendre à des mécontents séduit par l'appas de 50,000 livres Sterl. cela me parait bien bas [2]).

Je Vous quitte, mon cher Général, Vous priant de m'envoyer des nouvelles toutes agréables et réjouissantes l'ordinaire qui vient. J'ai véritablement envie d'être de bon humeur; ne

---

[1]) Es handelt sich um ein gegen den König gerichtetes Pamphlet Epitre à Dom Quixotte. — [2]) Der Führer der Opposition, Pulteney, hatte am 22. Februar 1737 den Antrag in das Haus der Gemeinen eingebracht, den König zu bitten, die Dotation des Prinzen von Wales von 50,000 Pfund jährlich auf 100,000 Pfund zu erhöhen.

m'offrez rien que des objets gracieux, des choses riantes et tout ce qui est propre à entretenir le plaisir. Je suis avec une très parfaite estime, mon cher Général, Votre très fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Reinsberge 4 de Octobre 1737.

Monsieur le Maréchal! J'ai reçu la relation que Vous avez eu la bonté de me faire de votre séjour de Wusterhausen avec bien de plaisir. Vous m'avez comme transporté sur les lieux et j'ai cru voir tous les objets dont Vous faites mention.

La nouvelle la plus agréable, que Vous pouviez m'apprendre, c'est la bonne santé du roi et l'égalité de son humeur, qui avec l'aide de dieu servira à la lui conserver longtemps.

Il parait que les nouvelles politiques et belliqueuses de Vienne doivent être conformes aux désirs du roi (S. 21). L'orgueil et le dédain de cette impérieuse maison devroit être rabaissé par toutes ces contrecoups, qui leur sont arrivés, et de plus le roi aura bientôt la consolation de voir la Saxe brouillée avec la Russie et par conséquent touts les projets de ces fiers ennemis détruits, comme les feuilles le sont en cette saison par l'effort des aquilons.

Vous avez dit au roi tout ce qu'un homme d'esprit, un grand politique et un honnêt homme peut dire a son maître sur le sujet dont il s'agissoit. Je me flatte encore, que nos affaires iront mieux qu'on ne l'avait osé attendre. Quelques actions écoulent dans la suite des temps, changent la situation des choses et ce qui paraissait incroyable, devient naturel et possible par ces changements.

Il me sied bien de politiquer à moi qui suis un solitaire et qui fais consister mon plus grand bonheur à n'être point chargé du fardeau des affaires. C'est un plaisir bien doux que de pouvoir raisonner sur les actions des autres ou former des projets sans en craindre la mauvaise issue: j'ai ce plaisir

et ce qui le rend encore plus agréable c'est que je l'ai dans le moment qu'il me plait de me le procurer.

Ma solitude salue Votre politique et ma personne Vous prie de me compter toujours au nombre de Vos amis étant avec une très parfaite estime, Monsieur le Maréchal, Votre très affectionné ami Frédéric.

A Remusberg ce 7 d'Octobre 1737.

Mon cher Maréchal! Je suis fâché de Vous savoir encore incommodé, j'espère cependant que Vous en serez quitte pour la migraine. Les nouvelles de Vienne ne sont pas fort favorables pour l'armée de l'empereur. Il parait qu'il pourrait bien encore perdre des provinces en Hongrie comme il a perdu des royaumes dans la dernière guerre en Italie. Ce sont ses affaires et celles de ses ministres; j'attends impatiemment de voir de quelle manière cette impérieuse cour se conduira quand elle aura le dessous, et si son arrogance et sa hauteur ne se rabaisseront pas de beaucoup à la vue des mauvais succès de ses entreprises.

Les nouvelles de London me font pitié, c'est une honte que de voir un père qui prostitue son fils[1]) et un fils qui cabale contre son père; il vaudrait autant qu'ils s'éborgniassent les uns les autres pour se faire pièce. En Angleterre le courroux d'un roi contre son fils n'est d'aucune suite; de prince de Galles, qu'il étoit, il devient chef de parti d'autant plus dangereux que ses adhérants sont animés par l'aiguillon de l'espérance. Abandonnons cette malheureuse famille à la discorde et goûtons d'autant plus des fruits qu'une heureuse union produit. Qu'on est heureux quand on sait opposer une barrière à son ambition! Et quand on sait étouffer en leur naissance des passions d'autant plus dangereuses qu'elles sont

[1]) Der Befehl König Georgs II., welcher den Prinzen von Wales und dessen Familie aus St. James verbannte, ist vom 21. September 1737.

insatiables et qu'elles tyrannisent ceux qui les nourissent. Ces réflexions m'engageroient trop avant si je voulais m'y abandonner et de plus ce serait abuser de Votre patience et jetter de l'eau en pleine mer.

Je Vous souhaite une prompte et entière reconvalescence Vous priant d'assurer le Diable[1]) de mon estime et de me croire à jamais, mon cher Maréchal, Votre très fidèlement affectionné Frédéric.

A Remusberg ce 19 d'Octobre 1737.

Mon cher Maréchal! Je ne saurais assez me louer de l'exactitude avec la quelle Vous voulez bien m'informer des événements de l'Europe. Quels changements et quelles révolutions n'avons nous pas vu arriver depuis deux à trois ans? L'empereur, la Russie et la Saxe dans une alliance offensive et défensive favorisent ce dernier pour monter au trône de Pologne. L'empereur déclare inconsidérément la guerre à la France, perd des batailles, des villes et des royaumes. La Russie d'un autre côté soutenue d'une fortune constante investit la Pologne, prend Danzig après une longue résistance et place Auguste sur le trône des Sarmates; elle fait plus, elle déclare la guerre aux Tartares et après avoir englouti les provinces dépendantes du Chan pousse ses conquêtes et le cours triomphant de ses prospérités jusqu'à Bender où elle met pour ainsi dire le couteau à la gorge du Turc. D'un autre côté les Français après avoir commencé les hostilités sont victorieux, battus, et puis encore victorieux en Italie. Ils prennent quelques places dans l'empire et parvenus à un point où l'on croyoit qu'ils alloient donner la loi à l'Europe, ce sont les victorieux qui demandent la paix aux vaincus. Ils démentent leur manifeste, ils abandonnent le roi Stanislaus (toujours roi en figure et vil jouet du sort), ils trahissent la foi publique et

[1]) D. i. Ernst Christoph von Manteuffel.

moyennant l'acquisition de la Lorraine ils font une paix honteuse et qui leur fera un tort éternel jusqu'à la dernière postérité. Cette paix n'est qu'ébauchée et l'empereur n'étant pas encore tout à fait sorti de ses malheurs hazarde de nouveau. Il rompt contre l'équité et la justice la trève, qui n'était point encore expirée avec la Porte Ottomane; il les attaque dans un tems, que les Turcs épuisés par les guerres des Perses ont toute la puissance Russienne sur les bras. La trahison et la perfidie sont punies tôt ou tard. Dieu se déclare pour la cause du grand Seigneur; un esprit de division se répand dans l'armée de l'empereur, la sagesse et la prévoyance, la vigilance et l'activité quittent son conseil, la jalousie détruit ses desseins et la confusion fait périr son armée nombreuse. C'est ainsi que la sagesse de Dieu règle les évènements du monde et qu'en plaçant les rois au premier rang des humains elle leur prépare aussi des revers proportionnés à leur grandeur. Le roi de Pologne en fait la rude expérience; la défaite de ses troupes en Hongrie éclipse peutêtre pour un tems l'idée flatteuse que sa nouvelle royauté lui avait offerte.

Ne suis je pas bien heureux de me trouver dans une situation, où je n'ai pas à craindre de pareils revers? Plût à Dieu, que je puisse dire toute ma vie, comme le premier Dauphin, le roi mon père!

Il n'y a qu'à connaitre les grandeurs pour s'en désabuser; mon cher Cicero me dit mille bonnes choses à ce sujet.

J'aime trop à m'acquitter de touts mes devoirs pour manquer de ma vie à ce que je dois à mon père. Mais si jamais il y avoit quelque chose qui pût me fortifier pour faire des voeux pour sa conservation, ce sont les réflexions que me font faire les révolutions rapides que j'ai vu arriver dans un si court espace.

Vous m'avez enhardi, Monsieur, à Vous dire mes sentiments sur les événements politiques, je me flatte, que Vous aurez d'autant plus d'indulgence pour les réflexions que je Vous

communique. Je suis dans une situation où je regarde tous les artifices, les ruses et les intrigues de la politique de nos jours comme un jeu puérile d'enfans à qui se trompera le plus finement. Effectivement ce n'est pas autre chose, car le moindre événement inopiné fait avorter tous les dessins que la sagesse avoit conçue et qu'il semblait que la prudence allait conduire à ses fins.

La bonne foi lésée ouvertement et sans ménagement, la générosité méconnue et les vues d'intérêt produites si ouvertement laissent entrevoir toute la méchanceté du coeur humain sans avoir égard aux simples apparences de la vertu.

Il faut avouer que cette grossièreté ne sauroit être du gout des honnêtes gens et qu'elle fera guère honneur à notre siècle dans des tems postérieurs aux nôtres, où les égards dus à des personnes d'un rang distingué disparaitront et où on ne jugera de nous que selon nos actions. Ce qui met le comble à mon indignation c'est de voir les panégyriques faits à l'honneur des plus méchants hommes de la terre et la lâcheté et la bassesse avec lesquelles leurs flatteurs honorent la perfidie et comblent de louanges le crime. Vous avez vieilli dans le monde, Vous avez eû le tems de faire souvent les réflexions que je fais à présent, et vu la connaissance, que Vous devez avoir acquise dans l'histoire de l'esprit humain, peutêtre que ce que je trouve étrange Vous paraitra ordinaire. Le vice je Vous l'avoue, ne fit jamais tant de progrès dans la retraite que dans les cours, il m'est plus inconnu et me parait de là peut-être plus étrange; 'e trouve que c'est un bonheur! Heureux si on en pouvoit ignorer jusqu' au nom.

Je Vous prie de ne point douter de l'estime avec la quelle je suis, mon cher Maréchal, Votre très fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Remusberg ce 9 de Novembre 1737.

Mon cher Maréchal! Je ne crois pas qu'il soit possible d'accumuler plus de mauvaises nouvelles, qu'en contient Votre lettre.

La mauvaise santé du roi, le prognostique funeste que Vous faites, le triste succès de nos négotiations touchant Juliers et Bergue, les brouilleries avec la cour d'Hanovre et récemment avec celle de Cologne, toutes ces nouvelles, dis je, seroient capables de faire pendre vingt Anglais. Pour moi j'en suis de si mauvaise humeur, que je crois avoir pris un peu de Spleen. Fournissez moi, je Vous prie, des nouvelles plus agréables et plus réjouissantes par la poste, qui vient.

Que ne joue-t-on la pareille à la cour de Vienne? Pourquoi ne tâche-t-on pas de semer la mésintelligence et la discorde entre elle et celle de Russie (S. 22); ensuite on trouveroit moyen d'entrer en alliance avec cette dernière et peutêtre encore avec celle de Saxe. Peutêtre que la Hollande, le Danemarc et la Suède se mettroient aussi du jeu et avec un parti aussi bien ligué que celui, que je propose, on pourroit agir offensivement sans craindre ces puissances orgueilleuses qui affectent de donner la loi à l'Europe (S. 20) — —.

Dieu sait que je souhaite une longue vie au roi; mais si de son vivant le cas de la succession ne vient pas à exister, on verra qu'on n'aura pas eu lieu de m'accuser de sacrifier mes intérêts à d'autres puissances. Je crains plutôt qu'on pourra me reprocher trop de témérité et de vivacité. Il semble que le ciel ait destiné le roi pour faire tous les préparatifs que la sagesse et la prudence exigent qu'on fasse avant que de commencer une guerre. Qui sait, si la providence ne me réserve pas pour faire l'usage glorieux de ces préparatifs et pour les employer à l'accomplissement des dessins, aux quels la prévoyance du roi les avoit destinés? Si Vous avez le coeur assez dur pour ne vouloir pas me donner de bonnes nouvelles et que Vous voulez pourtant que je Vous les par-

donne, apprenez moi du moins quelque chose de consolant sur la santé du roi, ne m'allarmez pas en vain et ne troublez pas le repos de ma chère solitude, qui me tient lieu de cour, de royaume et de gloire.

Soyez persuadé que je suis avec une très sincère estime, mon cher Maréchal, Votre très fidèlement affectionné ami

Frédéric.

A Remusberg ce 15 de Novembre 1737.

Mon cher Maréchal! Je viens de recevoir avec beaucoup de plaisir la lettre que Vous venez de m'écrire. Je Vous suis bien obligé de ce que Vous voulez bien m'épargner toutes les nouvelles fâcheuses qui regardent l'affaire de Juliers. Une heureuse sécurité fondée sur l'habilité du pilote qui conduit le navire est préférable aux inquiétudes mal fondées de tant de faux politiques. C'est le parti que je dois prendre, c'est le plus raisonnable et c'est sans contredit le plus heureux. Si toutefois Vous voulez me faire le plaisir de me communiquer des nouvelles d'Hongrie, d'Angleterre et de France les événements les plus remarquables de ces cours relativement aux choses indifférentes, je Vous en aurai une obligation infinie.

La chûte de Seckendorf (S. 22) est de ces événements qu'on pouvoit lire dans leur cause. Les brigues de ses ennemis, joint à un projet formé et bien lié de le perdre ne m'ont pas laissé douter de son malheur. Après tout il faut avouer que Seckendorf ne s'est jamais fait des amis; il a toujours été extrêmement intéressé et d'ailleurs d'une humeur peu insinuante et brusque. Quelle leçon que sa chûte! Et combien tout homme dans quelque caractère qu'il se trouve ne doit il point être attentif à ne jamais désobliger personne; il ne faut qu'un ennemi pour nous perdre au lieu que beaucoup d'amis ne peuvent quelque fois nous sauver. Il faut cependant rendre justice à Seckendorf en quoi elle lui est due;

il ne manque aucunément de capacité pour la guerre, il est laborieux et je crois qu'il seroit en état de rendre des services distingués à l'empereur si on pourvoyoit à tous les besoins de l'armée, si on l'empêchoit à se livrer à son avarice et si on lui laissoit la disposition entière des opérations de la campagne.

Laissons agir l'empereur comme il l'entend et croyez moi toujours avec une très parfaite et sincère estime, mon cher Maréchal, Votre fidèlement affectionné ami Frédéric.

A Remusberg ce 4 de Mars 1738.

Monsieur! J'ai lieu de me louer de votre exactitude; je viens de recevoir deux de Vos lettres à la fois. Dans la première Vous me faites le procès sur ce que je Vous avais prié de ne point importuner le roi sur le sujet de mes finances, en quoi je ne vois point ce qui Vous a pu paraître étrange. J'ai très bien distingué les bonnes intentions que Vous avez manifestées pour mes intérêts des suites fâcheuses ou inutiles que ces bonnes intentions pourraient avoir. — — J'en viens à Votre seconde lettre. Vous vous étonnez que je ne réponds pas sur l'article de la déclaration. Vous vous êtes aperçu qu'elle n'étoit pas tout à fait conforme à mon sens. Quand on ne me demande pas mon sentiment je sais garder le silence; mais lorsqu'on me le demande, je trahirais la bonne foi et la confiance qu'on me témoigne si je ne parlais pas franchement. Souvenez Vous donc, Monsieur, que Vous m'extorquez cette réponse et que je me serois tû, si Vous ne me forciez pour ainsi dire à m'expliquer. Je Vous avoue donc que je trouve dans la réponse faite aux médiateurs (S. 23) un conflict de grandeur et de bassesse, dont je ne m'accorde pas. Cette réponse ressemble à celle d'une personne qui n'a pas envie de se battre: mais qui en fait le semblant. Il n'y avoit que deux parties à prendre: ou de répondre avec une noble fierté et ne point biaiser par de petites négotiations dont on appréciera

bientôt la juste valeur, ou de plier sous le joug honteux que l'on veut nous imposer. Je ne suis pas assez fin politique pour accorder ensemble un contraste de menaces et de soumissions, je suis jeune, je suivrais peutêtre l'impétuosité de mon tempérament, toutefois je ne ferais pas des choses à demi.

Voilà mes sentiments, Monsieur, puisque Vous voulez les savoir. S'ils ne sont pas conformes aux Votres, souvenez Vous que les façons de penser sont aussi variées que les physionomies des hommes. Lorsque je Vous parlerai d'hardiesse Vous m'opposerez la prudence, j'y consens. Souvenez Vous seulement, je Vous prie, que la prudence est fort propre à conserver ce qu'on possède, mais que la seule hardiesse fait acquérir. Je suis avec une très parfaite estime, Monsieur le Maréchal, Votre très fidèlement affectionné ami

Frédéric.

Noch in demselben Monat schrieb endlich der Kronprinz:

Mon cher Maréchal! En lisant le mémoire présenté à la Haye, il me sembloit entendre le discours insolent que Popilius ambassadeur Romain tint à Antiochus roi de Syrie lorsque ce prince à la tête de quatre vingt mille hommes tentoit de faire une incursion en Egypte. L'orgueil, la hauteur et la fierté y sont poussés à l'outrance. Il semble que la France ne le cède pas en puissance et en pouvoir à Dieu le père. S'opposer à Versailles c'est s'opposer aux décrets divins, quelle impertinence! On ne croiroit pas que de misérables mortels fussent capables de tant de hauteur [1]). Je leurs répondrais que le roi de Prusse est comme

La nobile palma
se spiantare si tenta allor inalza la cima altiera.

[1]) Es ist offenbar dies Memoire, das unter Wiederholung des Hinweises auf C. Popilius Laenas in den „Betrachtungen" erwähnt wird und an deren Schlusse mitgetheilt werden sollte. Preuß hat in den Oeuvres de Frédéric das

Passez moi ces vers Italiens; ils conviennent au roi, à ses forces et à sa maniere digne dont il soutient ses justes prétentions. Vos réflexions sur le mémoire sont fort justes, mais il ne faudroit pas les débiter à l'ombre du Cabinet. Croyez moi, il est tems d'écrire pour préparer et pour gagner les esprits, il faut que la presse roule à présent et j'ai plus envie que jamais de publier ma pièce. Si Vous le jugez à propos, je l'enverrai en Angleterre, où elle paraitra premièrement en Anglais; ensuite mon original se débitera en Hollande comme une traduction. C'est là mon idée, Vous pourriez de même faire imprimer vos remarques sur le mémoire en forme de lettre d'un ami à un Hollandais ou à un Anglais. Je crois que cela ferait un effet merveilleux sur l'esprit du public, d'autant plus qu'il est paresseux et que dès qu'il trouve un raisonnement tout fait, il l'adopte pour s'épargner la peine d'en tirer un de son propre fond.

Memoire vom 3. Januar 1737 abdrucken lassen (S. 28), welches in keinem Falle gemeint sein kann; vielmehr handelt es sich um das von dem des östreichischen Hofes abweichende, am 14. Dezember 1737 von Fénélon im Haag übergebene Schriftstück, dessen Hauptstelle lautet: Sa Majesté (le Roi de France) et Sa Majesté Impériale — ont fait dresser le Mémoire, qu'Elles ordonnent à leurs ministres de remettre tant à Berlin qu'à Manheim. Elles espèrent que Sa Majesté Brittanique et Leurs Hauts Puissants ne feront aucune difficulté de l'adopter, ne contenant rien qui ne soit entièrement conforme aux principes établis dans la résolution des Etats généraux du 25. Novembre dernier. Sa Majesté et Sa Majesté Impériale estiment que le Mémoire doit être présenté sans délai et Elles ne perdront pas un seul moment à l'envoyer dans les cours de Berlin et de Manheim aussitôt que Sa Majesté Brittanique et Leurs Hauts Puissants l'auront approuvé, afin que le concert conforme des quatre Puissances, au nom desquelles il sera remis, fasse connaitre, que leurs principes sont invariables, que ce serait inutilement qu'on essaierait de les contredire, et qu'Elles requièrent avec un égal empressement une réponse promte et qui soit telle, que l'on sache incessament à quoi s'en tenir sur les intentions des parties intéressées. Remis par nous Ambassadeur Fénélon.

Diese Briefe beweisen, wie aufmerksam und mit wie lebhaftem Antheil der Kronprinz der auswärtigen Politik jener Jahre folgte. Die Auffassungen und Urtheile derselben wiederholen sich zum Theil wörtlich in den „Betrachtungen.“ Daß die in dem letzten Schreiben erwähnte Pièce die „Betrachtungen“ selbst sind, bedarf keines Wortes.

Auch der Wendung der auswärtigen Politik Preußens, die ihn nöthigte, die „Betrachtungen“ ungedruckt zu lassen, hat sich der Kronprinz angeschlossen. Die mit jener Annäherung des Kardinals Fleury (S. 28) einsetzende Politik der beiden letzten Jahre König Friedrich Wilhelms I., welche zum Ziele hatte, durch Anlehnung, sei es an Frankreich, sei es an England, das Herzogthum Berg für Preußen zu gewinnen, hat der Kronprinz als König zunächst geradlinig weiter verfolgt. Für das Zugeständniß des Besitzes des Herzogthums Berg bot er sowohl Frankreich als England das Bündniß Preußens. Aber er kam nicht weiter als sein Vater. Die auf dieser Basis mit dem Kardinal und Georg II. eingeleiteten Unterhandlungen scheiterten hier wie dort, obwohl inzwischen jener Krieg zwischen Spanien und England zum Ausbruch gekommen war, dessen Voraussicht den Kardinal schon im April 1738 zur Annäherung an Preußen bestimmt hatte, und demgemäß sowohl Frankreich, das in denselben einzutreten im Begriff stand, wie in weit höherem Maße England Bundesgenossen brauchte. Der Kardinal wie Georg II. von England wollten sich nicht zu nahe mit Preußen stellen, um sich dadurch nicht mit Oestreich zu entzweien. Der Kardinal hielt sich außerdem überzeugt, daß England nicht im Stande sei, bei den Beziehungen, die er zwischen Oestreich und Frankreich begründet, die Coalitionen der Zeiten Wilhelms von Oranien und des spanischen Erbfolgekrieges zu erneuen, und beharrte darauf, daß der Uebergang über den Niederrhein nicht in Preußens Hand gelangen dürfe. Bei Georg II. wirkten außer jener Rücksicht auf Oestreich die kurbraunschweig'sche Eifersucht auf Preußens Vergrößerung und die Meinung, daß Frankreich so bestimmte Verpflichtungen gegen das pfälzische Haus übernommen habe, daß es Preußen reelle Zugeständnisse für Jülich und Berg zu machen nicht vermöge.

Alle Versuche, in der Frage der Herzogthümer vorwärts zu

kommen, auch nur das geringere und kleinere derselben, Berg, Preußen zu sichern, waren constant gescheitert. Je genauer der junge König als Kronprinz den langen wechselvollen diplomatischen Phasen dieser Frage gefolgt war, um so bestimmter überzeugte ihn nun der Mißerfolg seiner eigenen Unterhandlungen, die unter der denkbar günstigsten europäischen Constellation begonnen und unter dieser mit dem lebhaftesten Eifer fortgeführt worden waren, daß in dieser Frage nicht durchzudringen und zwar darum nicht durchzudringen sei, weil in derselben Oestreich und Frankreich Preußens Interessen gleichmäßig entgegenstanden.

Die feste Ueberzeugung, gegen die Opposition Frankreichs und zugleich gegen die Opposition Oestreichs nicht einmal den vollen Besitz Bergs erreichen zu können, bestimmte dann den König, als die Nachricht von Kaiser Karls VI. Ableben eintraf, zu dem Entschlusse, auf die Herzogthümer zu verzichten und statt dieser Erwerbung eine andere ins Auge zu fassen, bei welcher er gewiß sein konnte, wenigstens zunächst nicht Frankreich und Oestreich im Gegensatze gegen Preußen zu finden. Es war eine Wendung, welche dem Zielpunkt der „Betrachtungen" scharf widersprach. Oestreich hatte dieselbe lediglich seinem eigenen Verfahren, seinem hartnäckigen und vertragswidrigen Widerstande gegen die Erwerbung des wenig bedeutenden Herzogthums Berg zuzuschreiben.

Den Grundgedanken der „Betrachtungen" hat der König dennoch festgehalten. Die Initiative gegen Oestreich gehörte ihm allein. Nicht im Schlepptau Frankreichs, in voller Selbstständigkeit führte er seine Sache. Daß Frankreich aus der großen Konjunktur, die er ihm weit geöffnet, nicht zuweit gehende Vortheile zöge, hatte er wohl im Auge. Zwei Mal hielt er im Laufe des Krieges inne, sobald seine Interessen ihm inne zu halten geboten. So geschah es, daß Frankreich 1748 nach dem Aachener Frieden viel weiter von der Universalmonarchie entfernt war als im Jahre 1738. Damit hatte König Friedrich freilich nur erreicht, daß Frankreich und Oestreich jenes Einverständniß, das sie von 1735 bis 1740 verbunden, nunmehr gegen ihn erneuten. Aber es war jetzt Oestreich, dem die Rolle des Augustus zufiel. Gegen dies neue Bündniß der katholi-

schen Mächte behauptete sich der König im siebenjährigen Kriege. Wie auf dem Schlachtfelde, hielt er starke Wacht im Kabinet, als die beiden Gegner auch nach dem Kriege ihr Einverständniß fortsetzten und durch Familienbande festigten. Aber der König hätte keinen Grund mehr gehabt, Europa vor der Uebermacht Frankreichs zu warnen.

Voltaire fand, als ihm der Kronprinz unter dem 17. Juni 1738 die Handschrift der „Betrachtungen" mit wiederholter Ermahnung, sie nicht aus der Hand zu geben (die Folgen werde er leicht begreifen), zugesendet hatte, die Politik Frankreichs zu hart verurtheilt. Lothringen sei doch wohl niemals Lehen des deutschen Reiches gewesen; es sei mehr Zufall und Glück als Entschluß und Konsequenz, dem Frankreich seine Erfolge verdanke; am Ende sei es nicht zum Erstaunen, daß ein sehr reicher Mann, von Leuten umgeben, die sich im Kleinen ruinirten, ihren Besitz um geringen Preis erstehe (5. August 1738). Der Kronprinz hielt seine Ausführungen in den Betrachtungen aufrecht.

Hat man in Deutschland geirrt, indem man die „Betrachtungen" für eine Studie allgemeiner Art über die Beziehungen des Staatensystems, die der Kronprinz zu seiner Orientirung verfaßt, für den Ausdruck seiner politischen Grundsätze und Anschauungen genommen, so ist neuerdings in Frankreich ein ganz anderes Misverständniß aufgetaucht. Einem jener Publicisten, an denen Frankreich leider keinen Mangel hat, ist die Entdeckung gelungen, daß die Schrift des Kronprinzen eine Apologie der Politik Frankreichs, ein Zeugniß für die Rechte Frankreichs auf Elsaß und Lothringen, ja sogar auf die Rheingrenze sei. Eine Stelle der „Betrachtungen", in welcher die Ländergier Frankreichs und die fortschreitende Beraubung Deutschlands und der Niederlande mit bitterster Ironie gegeißelt werden, wird als Beweis dafür genommen, daß Friedrich II. unseren Anspruch auf Elsaß-Lothringen im voraus verurtheilt habe. Solchen Scharfsinn unserer überrheinischen Nachbarn zurückzuweisen, hat in der eben gedachten Aeußerung Voltaire bereits übernommen, dessen Autorität man dort auch wohl in dieser Frage gelten lassen wird.

Die Schlacht von Kollin.





Plan

Der Battaille bey Krzezor zwischen Planian und Collen in Königreich Böhmen, welche zwischen der Kayserl. Königl. unter Commando S.r Excellenz H. Genl. Feld. Marschall n Grafen v Daun und Königl. Preussischen Armee, die seine Mayt der König selbsten commandiret hat vorgefallen, wobey die Kays. Königl. als den 18 Juny 1757 Abends gegen 9 uhr einen glücklichen und Formidablen Sieg erfochten haben

Erklärung

Trouvé dans le Baggage du General Nadasti pris dans la Lusace entre Weisenberg et Bernstadell 1757

Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig

F. A. Brockhaus Geogr. artist. Anstalt Leipzig



In der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag den 19. Juni 1757, Morgens 1 Uhr, traf der Adjutant König Friedrichs II., Major Grant, von Kollin im Lager vor Prag ein. Er war noch zuletzt dem Könige auf dem Schlachtfelde zur Seite gewesen, als dieser die Flüchtigen des Regiments Anhalt um die Fahnen sammelte, zur Attaque schlagen ließ und sie in der Hoffnung vorführte, daß die Infanterie des linken Flügels sich anschließen, wenigstens sich wiederum setzen werde. Darnach hatte ihn der König mit einigen Feldjägern nach Prag gesendet: „Benachrichtigen Sie die Generale von dem Unglück, welches ich gehabt. Ich habe Alles gethan, die Schlacht zu gewinnen; es war aber nicht mehr möglich." Den Bericht, welchen Major Grant dem Prinzen Heinrich noch in der Nacht im Beisein von dessen Adjutanten Grafen Henkel von dem Hergange der Schlacht erstattete, hat dieser letztere am Sonntag Vormittag in sein Tagebuch eingetragen. In demselben heißt es: Prinz Moritz von Dessau habe zur Schlacht getrieben, dem König zum bevorstehenden Siege Glück gewünscht und den Degen gezogen. Da die Stellung der Oestreicher außerordentlich fest, der linke Flügel sogar unangreifbar war, habe der König beschlossen, seinen rechten Flügel ganz und gar zurückzuhalten und nur mit dem linken anzugreifen. „General Hülsen nahm zu diesem Zwecke zehn Bataillone der Flanke und der Reserve und griff den rechten feindlichen Flügel an. Die zahlreiche, vortrefflich und etagenweis aufgestellte, gut bediente feindliche Artillerie wüthete mörderisch. Unsere brave Infanterie erstieg die Anhöhen und warf den Feind zurück. Wir gewannen immer mehr Terrain auf der Höhe, und einige Bataillone bemächtigten sich der Kanonen und feindlichen Fahnen. Kaum hatten

sie jedoch die Anhöhe völlig erstiegen und glaubten sich Herren des Schlachtfeldes, als sie in das Kartätschfeuer anderer unzähliger Batterien kamen, die dermaßen ihre Reihe lichteten, daß sie nicht mehr Stand halten konnten. Die feindliche Kavallerie benutzte diesen Augenblick. Fürst Moritz, der mit dem linken Flügel nichts mehr anfangen konnte, feuerte den rechten Flügel, ganz gegen den Schlachtplan, zum Angriff an. Der Sieg wäre, ungeachtet der verteufelten Stellung, unser gewesen, wenn wir stark genug gewesen, die errungenen Vortheile zu verfolgen. Niemals hat eine Infanterie ihre Sache besser gemacht, als die unsere an diesem Tage, aber niemals auch eine Kavallerie schlechter [1])." Am folgenden Tage (20. Juni), Morgens 4 Uhr, meldet der Vertreter Englands, Mitchell, aus dem Lager vor Prag dem Lord Holdernesse: „The whole force of the Prussian army consisted of 32 bataillons and 111 squadrons making by the nearest computation 32,000 men (Henkel berechnet nur 25—26,000 Mann). — The Prussian infantry attacked with great bravery and intrepidity. They drove the Austrian from two „hauteurs" which were „garnies" with cannons and afterwards attacked the third „hauteur", but not being supported by their cavalry they were flancked by the austrian cavalry and put into confusion and suffered greatly from the cartridge shot of the cannon [2])." Mittags desselben Tages speiste Mitchell zu Welwarn mit einem Oberst, der sich auf dem linken Flügel befunden hatte (der Herausgeber von Mitchell's Papieren hat den Namen nicht lesen können), und Oberst Finck; beide waren verwundet [3]). „The first told me — that the infantry advanced and made themselves masters of two heights, that the enemy's firing ceased; that no cavalry advanced notwithstanding of

[1]) Henkel, Militairischer Nachlaß 1, 230—235. — [2]) Mitchell Memoirs I, 250. 251. — [3]) Verwundet wurden von der Avantgarde: die Obersten von Geist vom Regiment Münchow und von Lindstädt vom Regiment Schulz, von den Grenadieren v. Kahlden und v. Fink. Bei den neun Bataillonen des linken Flügels wurde kein Oberst verwundet, mit Ausnahme des Obersten von Bredow vom Regiment Anhalt, von welchem jedoch ein Bataillon gegen Chotzemitz verwendet wurde.

the Kings repeated order and though he put himself at their head; that the enemy's cavalry flanked the Prussians, who at the same time were raked by cartridge shot. It is the Colonels opinion that, if he had been supported only by four squadrons, the victory was sure, as the right of the enemy had given way, and their left would by their retreat have had their flank exposed. — Most of the above facts were confirmed by Colonel Finck [1])." Am 21. Juni schreibt Eichel dem Minister Podewils: „Ob ich gleich vor dieses Mahl eine Zeuge von dieser unglücklichen Affaire sein und mich hinter dem zweiten Treffen aufhalten müssen, so bin doch nicht im Stande, Ew. Excellenz einen deutlichen und ordentlichen Rapport — zu erstatten, da eines Theils es nicht von meinem Metier ist, andern Theils ich von den vielen Tagemärschen — und denen mehrentheils ganz schlaflosen Nächten so fatiguirt bin, daß ich Mühe habe, einige Gedanken in Konnexion zu sammeln. — Bei verschiedenen Regimentern muß der Verlust gar groß und beträchtlich sein, weil dieselben, da die ganze feindliche Infanterie in drei Treffen auf der Höhe eines steilen und gegen den Fuß mit vielen — Ravins coupirten Berges, so außerordentlich mehrentheils mit Batteriestücken garnirt gewesen, stand, insonderheit, als sie den dritten Posten emportiren sollen, durch ein grausames kontinuirliches Kartätschenfeuer gar sehr gelitten haben — wozu gekommen, daß vielen von den Kavallerieregimentern gleich anfänglich der Kopf gedreht hat, daß solche gar nicht zu ihrem Devoir zu bringen gewesen sind — welches der feindlichen Kavallerie Gelegenheit gegeben, verschiedene Regimenter Infanterie sehr zu molestiren. Dahingegen unsere Husaren und einige wenige Kavallerieregimenter desto braver gethan und erstere insonderheit Alles von feindlichen Küraßieren, Dragonern, Infanterie, worauf sie getroffen übern Haufen geworfen und ruinirt haben, welche aber nicht Alles ausrichten können, da das Gros von der Kavallerie sie nicht soutenirt hat." [2]) Der General von Manstein und Hauptmann Varenne,

---

[1]) Mitchell Memoirs I, 348. 349. — [2]) Geheimes Staatsarchiv.

welche Mitchell am 23. Juni sprach, erzählten ihm, daß die Stellung sehr stark gewesen, daß der König trotzdem den Sieg schon so gut wie gewonnen hatte: „that, if the infantry had been supported by the cavalry, it could not have failed, that even some more bataillons of infantry would have done the business alone[1])." Am 26. Juni trägt Mitchell alle Bemerkungen, die er bis dahin über die Schlacht gehört hat, zusammen. Die wesentlichen Punkte sind, daß der König mit seiner ganzen Linie die Front angegriffen, in welcher, außer dem Vortheil des Terrains, der Feind 250 Geschütze, wie einige sagen, in der Linie und in Redouten gehabt, daß zu wenig Infanterie da gewesen, daß die Kavallerie diese nicht unterstützt habe[2]).

Die Avantgarde des General Hülsen hatte die östreichische Batterie von 12 Geschützen bei Kretschor genommen; fünf davon hatten die Oestreicher noch zurückschaffen können. Neben der Avantgarde, auf dem linken Flügel hatten die Regimenter Bevern, Hülsen, Wied, Prinz Heinrich und ein Bataillon vom Regiment Anhalt, zusammen neun Bataillone gefochten. Der Herzog von Bevern bittet am 24. Juni den König: „seinem Regimente die allerhöchste Gnade auch ferner zu continuiren, da nach dem Zeugniß derer Generals so solches unter ihrem Kommando gehabt, selbiges bereits 8 Fahnen und 11 Kanons auch viele Gefangene vom Feinde gehabt (die östreichische Verlustliste gesteht 1630 Gefangene und Vermißte zu), ehe sie unglücklicher Weise auf allen Seiten umringt und von der Kavallerie größesten Theils niedergehauen worden. — Im Augenblicke zähle dasselbe nur 5 Offiziere und 249 Mann unter Gewehr[3])." Das Regiment Bevern hatte den größten Verlust erlitten, da es zuerst von den fliehenden Küraßieren des Regiments Prinz von Preußen übergeritten, darauf von der sächsischen und östreichischen Kavallerie umringt und nach tapferer Gegenwehr gesprengt worden war; es zählte 27 todte oder vermißte Offiziere, 1018 todte oder

---

[1]) Mitchell l. c. p. 350. — [2]) Mitchell l. c. p. 352. — [3]) Geheimes Staatsarchiv.

vermißte Gemeine, 4 verwundete Offiziere und 170 verwundete Gemeine. Das Regiment Wied zählte an Todten oder Vermißten 16 Offiziere und 643 Gemeine; an Verwundeten 8 Offiziere und 347 Gemeine. Der Kommandeur desselben, Major Böhm (der Oberst und der Oberstlieutenant waren geblieben), berichtet unter dem 21. Juli, daß das Regiment nach der Schlacht 470 Mann stark gewesen; durch die auf dem Rückmarsch nach der Lausitz erlittenen Verluste sei es jetzt auf 340 Mann geschmolzen, Desertion habe dasselbe jedoch nicht gehabt, und schließt: „Ew. Majestät werden hoffentlich mit dem Verhalten allergnädigst zufrieden sein, zumahl da ich in der letzten Bataille zwei Treffen über den Haufen geworfen und 16 Kanons weggenommen hatte, auch den Platz maintenirt haben würde, wenn entweder die Kavallerie besser gethan hätte, oder statt derselben noch ein paar Bataillone Infanterie zur Unterstützung vorhanden gewesen wären [1])."

Als die östreichische Reiterei die immer weiter vordringenden Bataillone des linken preußischen Flügels aufzuhalten, ihr weichendes Fußvolk zu retten suchte, war, nach dem ersten wenig wirksamen Angriffe der Kürassiere des alten Generals Pennavaire, Oberst Seydlitz mit dem Regiment Normann Dragoner vorgegangen. Der Inhaber des Regiments, General-Major von Normann, bittet am 22. Juni den König: „allergnädigst zu akkordiren, daß sein Regiment den Grenadiermarsch schlagen dürfe," da dasselbe „nicht nur in die östreichische Infanterie eingehauen, viele niedergemacht, von derselben fünf Fahnen erobert, sondern auch ein darauf gestoßenes Sächsisches Karabinierregiment fast gänzlich ruinirt, von selben eine Estandarte erobert (Premier-Lieutenant von Barfuß habe diese genommen), auch bereits 40 feindliche Kanons gehabt, welche, weil keine Pferde dabei gewesen und die völlige Macht ihm auf den Hals gefallen, es wieder müssen stehen lassen. Diese vom Regiment erwiesene besondere Bravour, da es den Feind völlig zum Weichen gezwungen, können der

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

Generallieutenant von Ziethen und der Generaladjutant von Krockow umständlich eingezeugen [1])."

Anders lauten die Berichte vom rechten Flügel, auf welchem die Regimenter Fürst Moritz und Kalkstein im ersten Treffen standen. Fürst Moritz berichtet über das Verhalten seines Regiments aus Nimburg am 24. Juni: „Das mir anvertraute Regiment bestehet anjetzo noch allhier aus 290 Mann und ist allein durch die Canons und durch das Infanterie-Feuer ruinirt worden. Man könnte zwar wohl gedenken, weil viel Ausländer beim Regiment gewesen, daß auch viele könnten übergelaufen sein. Es ist aber daraus zu erkennen und zu beweisen, daß das Regiment seine Schuldigkeit gethan hat, daß die drei ältesten Stabs-Offiziers davon (Obrist von Döbritz, Obrist von Steinwehr und Major von Bronck) nebst siebzehn Offiziers, so Pelotons commandirt haben, alle todt und blessirt und nicht mehr als ein Stabsoffizier und ein Hauptmann unblessirt, alle Kapitains und Lieutenants aber, so Pelotons geführt haben, todt und blessirt sind (der Verlust des Regiments betrug an Todten oder Vermißten 13 Offiziere und 951 Mann, an Verwundeten 13 Offiziere und 214 Mann). Sie haben von Anfang von zwei starken Batterien, so übereinander gestanden, in der Flanke Feuer bekommen, ehe sie geschossen haben, und da sie näher angerückt, sind sie mit Kartätschen beschossen worden, worauf sie noch auf die Grenadiers gestoßen sind, mit denen sie sich noch eine ganze Zeit herumchargiret und einige Leute an die 20 Patronen gegen sie verfeuert haben. Es kann wohl sein, daß einige schwach Blessirte, worunter auch wohl Gesunde gewesen sein mögen, zurückgekommen sind, wovor ich, weil fast sämmtliche Stabsoffiziers und diejenigen, so Pelotons kommandirt haben, todt oder blessirt gewesen, nicht gut sein kann. — Solches werden aber Ew. Königl. Majestät allergnädigst nicht mir und dem Regimente, so Ew. Königl. Majestät mir 17 Jahre anvertraut, und denen sehr braven Offiziers, die mit vielem Vergnügen für Ew. Königl. Majestät und der Ehre Dero Armee lieber todt geblieben als ge-

---

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

wichen sind, in ihrem Tode zurechnen, als wenn sie nicht aus Ehre ihre Schuldigkeit mit aller Bravour bis in die letzte Stunde ihres Lebens bewiesen hätten [1])." Ueber die Haltung der beiden Bataillons des Regiments Kalkstein auf dem äußersten rechten Flügel berichtet Oberst Eckart ebenfalls am 24. Juni dem Könige: „Ich bin gewiß, daß Ew. Königl. Majestät ein gnädiges Urtheil über uns zu fällen geruhen werden, wenn allerhöchst Derselben ich in tiefster Unterthänigkeit, jedoch auf Ehre, Pflicht und Gewissen hierdurch vortragen kann, daß das Kalkstein'sche Regiment sich gewiß mit aller Bravour gegen den Feind verhalten habe. Weil aber dasselbe beinahe die ganze Bataille hindurch mit linksum marschiren müssen, indem nach dem linken Flügel zuwärts beständig so starke Lücken gekommen, daß wir über Vermögen haben laufen müssen, um nur an das neben uns stehende Regiment angeschlossen zu bleiben, so geschah es, daß wir gar bald in das Kanonen- und Kartätschenfeuer von denen feindlichen Batterien gekommen sind. Demohngeachtet aber haben wir unsern Marsch mit linksum continuiret, sind in Ordnung und geschlossen geblieben, ohngeachtet der großen Menge von Todten und Blessirten, so das Regiment während diesem Marsch verloren hat, als welche Ew. Königl. Majestät allein aus der Anzahl der theils gleich auf dem Platze todt gebliebenen, theils sehr hart blessirten Offiziers, so sich an 21 belaufen, und worunter 3 Stabsoffiziers und 5 Kapitains befindlich sind, zu beurtheilen allergnädigst geruhen werden, wie denn auch noch 8 Feldwebels, 5 Gefreite-Korporals und der größte Theil der übrigen Unteroffiziers bei dieser Gelegenheit geblieben sind. Insbesondere hat die Gewalt des feindlichen Kartätschenfeuers das zweite Bataillon dergestalt betroffen, daß nicht mehr als ein einziger Lieutenant von denen, so Pelotons kommandirt, übrig geblieben, wodurch dann die Konfusion, nachdem das Regiment Fronte gemacht, avancirt und auf den Feind chargirt hat, entstanden, weil fast kein Offizier und Unteroffizier mehr übrig gewesen, die Leute in Ordnung zu halten und dieses um so viel mehr,

---

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

weil die Unordnung weit über uns schon hinterm Dorfe her, den Anfang genommen, daher es dann wohl sein kann, daß einige leicht Blessirte, auch welche, so gar nicht blessirt gewesen, diesem bösen Exempel gefolgt sind. Nichts desto minder bin ich mit dem Rest des ersten Bataillons, welches ich zu führen die Ehre hatte, so etwa aus 200 Mann bestand, nebst denen noch übrigen gesunden Offiziers (der Verlust des Regiments betrug an Todten oder Vermißten 8 Offiziere und 726 Mann, an Verwundeten 12 Offiziere, 221 Mann) und sämmtlichen Fahnen in beständigem Chargiren auf den Feind geblieben, bis endlich die feindliche Kavallerie, so uns sowohl auf der rechten als linken Flanke zu coupiren oder niederzuhauen heranrückte, so nahe kam, daß wir uns in den auf unserer rechten Hand befindlichen hohlen Weg ziehen mußten. Hierinnen haben wir uns gesetzt, die feindliche Kavallerie aus selbigem chargiret, viele Leute und Pferde todt geschossen, und sie auch glücklich repoussiret, uns nachher aus diesem Posten herausgezogen und hinter selbigem abermals stehen geblieben, von wo uns des Fürst Moritz Durchlaucht an sich vom Champ de bataille gezogen. Ew. Königl Majestät erlauben gnädigst, daß ich mich hierüber auf das Zeugniß gedachter Sr. hochfürstl. Durchlaucht beziehe und noch allerunterthänigst anzeige, daß ich die sämmtlichen Fahnen des Regiments bei mir gehabt, auch die Kanonen des ersten Bataillons conserviret habe. Ew. Königliche Majestät bitte ich in allerunterthänigster Submission, keine Ungnade auf das Kalkstein'sche Regiment und mich zu werfen, sondern allergnädigst zu glauben, daß das Regiment seine Schuldigkeit wie rechtschaffene Soldaten von Ew. Königl. Majestät Armee vollzogen habe [1]."

In der Armee bestand die Meinung, welche schon in dem oben angeführten Bruchstück des Henkel'schen Tagebuches vom 19. Juni hervortritt, daß Fürst Moritz nicht bloß zur Schlacht gedrängt, sondern auch in der Schlacht gegen die Disposition gehandelt habe. Warnery, ein Augenzeuge der Schlacht, sagt: „Nicht der Feind hat uns die Schlacht verlieren lassen. Es war das schlechte Manöver

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

von Moritz und Manstein." Fürst Moritz und General Manstein hätten, statt der Avantgarde zu folgen, innegehalten und Front gemacht, um einige Kroaten, die in den Gärten und Baumstücken waren, von wo sie unsere Linien tiraillirten, während diese linkshin marschirten, zu vertreiben. Da sie deshalb rechts schwenkten, that der Rest der Infanterie, welcher folgte, dasselbe, in dem Glauben, an dem Punkte zu sein, von welchem aus angegriffen werden müsse. Dadurch sei die Lücke zwischen der Avantgarde und dem linken Flügel entstanden. Als dann Moritz sah, daß die Avantgarde Erfolg hatte, rief er, daß man Theil an dem Ruhme haben müsse, den jene erlange, und ließ seine Truppen geradeaus angreifen [1]. Ebenso hatte Tempelhof schon im Jahre 1783, d. h. fünf Jahre, bevor Warnery's Darstellung erschien, hervorgehoben: „daß es nicht genug sei, die Disposition anzuhören." Einen großen General (Manstein) habe das Feuer der Kroaten aus den Feldern und Dörfern, obwohl aus großer Entfernung, auf die vorbeimarschirenden Kolonnen verdrossen; er habe das zweite Bataillon Bornstedt Front machen und herausrücken lassen, um die Kroaten zu verjagen. Da sich nun nach königlichem Befehl Alles links richten sollte, hätte der jenem Bataillon folgende Theil der Infanterie ebenfalls Front gemacht und wäre gegen den Feind vorgegangen. Die oberhalb jenes Bataillons marschirenden Truppen (der linke Flügel) wären jedoch weiter marschirt, bis sie die Lücke bemerkt und nun geglaubt hätten, daß es Zeit sei, ebenfalls Front zu machen [2]. Auch Archenholz, der seine Arbeit am 4. Januar 1788 schloß, berichtet, daß Manstein, dem Dorfe Chotzemitz gegenüber, im Marsche innegehalten und dadurch die Schlachtlinie gebrochen habe.

Hören wir den König selbst. Seine erste Aeußerung über die Schlacht liegt in einem eigenhändigen Briefe vor, welchen er am zweiten Tage nach derselben, am 20. Juni, an den König von England gerichtet hat [3]. „Monsieur Mon Frère. Pour me conformer

[1] Warnery, Campagnes de Frédéric 1, 156 seqq. 171. Das Buch ist 1788 erschienen. — [2] Tempelhof 1, 211—215. — [3] Ueber die Unechtheit des

aux désirs de Votre Majesté j'ai cherché les moyens qui pouvoient me mettre en état de détacher vers le duc de Cumberland et vers le Landgrave de Hesse Cassel. Je n'en ai pas trouvé de plus convenable que celui d'attaquer l'armée de Daun campée dans les environs de Collin. J'y suis marché le 18. Après l'avoir attaqué à deux heures l'après-midi et après lui avoir emporté deux batteries et deux villages garnis d'infanterie, nous avons été repoussés à notre gauche et obligés de nous retirer à Nimbourg. Les suites de cette bataille ont été que je me suis vu obligé de lever le blocus de Prague, et que pour le commencement cela me met hors d'état de faire des détachements. Je travaille incessament à réparer mes pertes et à me mettre en état de réparer cet échec. J'écris à Votre Majesté les choses dans la plus grande vérité sans augmenter mes avantages ni diminuer mes pertes. J'espère dans quelque temps pouvoir Lui mander des nouvelles plus agréables. Il n'y a rien de désespéré; après huit batailles que nous avons gagnées consécutivement, voilà la première de perdue, et cela parceque l'ennemi avoit trois postes garnis les uns derrière les autres. Après en avoir emporté deux, les bataillons de l'attaque et ceux qu'on y avoit envoyés pour les soutenir avoient si fort souffert qu'ils se trouvaient réduits à rien et que le combat finit faute de combattans. Nous avons repoussé l'ennemi deux fois à notre droite, et il n'a pas eu le coeur de nous suivre ou de nous inquiéter en aucune manière. Je ne désespère de rien et je puis assurer à Votre Majesté qu'Elle en verra les effets. Il ne me faut que quelque temps pour remettre les troupes, après quoi j'espère trouver des moyens pour réparer notre échec [1]).

Briefes vom 18. Juni an Lord Marishal, der leider Aufnahme in die Oeuvres (20, 276) gefunden, ist kein Wort zu verlieren. Lord Marishal ist unter dem 24. Juni durch die Kabinetsminister von Berlin aus von der Schlacht bei Kollin benachrichtigt worden; Geh. Staatsarchiv.

[1]) Geh. Staatsarchiv. Genau dasselbe läßt der König an demselben Tage

Am 22. Juni schrieb der König in Böhmisch-Lissa den zur Veröffentlichung bestimmten Bericht über die Schlacht eigenhändig ohne irgend eine Korrektur nieder. Er lautet: „Le 18 nous occupâmes la hauteur de Planian et l'armée défila par la gauche vis à vis de celle des ennemis. On fit la disposition pour l'attaquer, en opposant nos troupes légères aux Hongrois, qui voulaient se mettre sur notre flanc, que l'on poussa sur le chemin de Collin jusqu' au delà d'une hauteur de laquelle il fallait être maître pour attaquer le flanc droit de l'ennemi. Le Général Hülsen fut commandé avec 7 bataillons pour s'en emparer. La ligne de l'infantérie devoit se former en réfusant sa droite pour soutenir cette attaque à laquelle on était résolu de borner l'action. Nos grenadiers gagnèrent la hauteur, ils prirent un village que l'ennemi abandonna, ils se rendirent de plus les maîtres de deux batteries chacune de 12 ou 13 canons. Alors notre infanterie par une ardeur déplacée attaqua tout d'un coup et sans qu'on put l'arrêter le front du poste des ennemis. Son engagement nous empêcha de soutenir l'attaque de la hauteur; si l'on y avoit pu porter 4 bataillons la bataille était gagnée. L'ennemi profita habilement de cette faute, il fit filer de l'infanterie derrière son front qui attaqua nos 7 bataillons fondus par trois charges consécutives et par le feu de 40 canons aux quels ils avoient été exposés. Notre infanterie la repoussa encore, le régiment des dragons de Norman donna dans cette infanterie, la dissipa, lui enleva 5 drapeaux, se

---

seinen Gesandten im Haag und in London schreiben. Nur heißt es hier nach den Worten lever le blocus de Prague: Après huit batailles que nous avons gagnées consécutivement voilà la première de perdue et cela parceque l'ennemi avait trois postes sur une montagne assez élevée garnis d'un grand nombre de canons de batterie les uns derrière les autres. Après en avoir emporté deux, les bataillons de l'attaque et ceux qu'on y envoyait pour les soutenir avoient si fort souffert qu'ils se trouvaient réduits a trop peu de monde pour forcer le troisième poste et que le wie oben bis à notre droite, qui n'a pas trouvé bon de nous suivre après l'action.

tourna ensuite sur les carabiniers saxons, qu'ils poursuivirent jusqu'aux environs de Collin. Pendant ces entrefaites notre infanterie avançait toujours sur le poste des Autrichiens. Le grand feu de canon leur ayant fait perdre du monde, les bataillons fondus avoient de trop grands intervalles; pour y suppléer, les cuirassiers de Prusse se mirent derrière l'intervalle des régiments de Bévern et de Henri, ils chargèrent sur un régiment autrichien d'infanterie qui était vis à vis d'eux et ils y seraient entrés, si en même temps une batterie chargée de mitraille n'avait été exécutée contre eux. Ce feu les fit tourner, ils se renversèrent sur le régiment de Bévern, une troupe de cavalerie autrichienne les poursuivit, les régiments de Bevern et de Henri furent si fort ruinés qu'il fallut les retirer. Cette ouverture nous coupa la communication avec l'attaque des hauteurs et nous obligea de nous retirer. Le bataillon des gardes qui avait la droite repoussa 4 bataillons d'infanterie qui l'attaquèrent et deux régiments de cavalerie qui voulurent l'entourer et fit des prodiges de valeur. Notre infanterie et cavalerie de la gauche resta sur le terrain que les Autrichiens avaient occupé au commencement de la bataille jusqu' à 9 heures du soir après quoi ils se retirèrent. L'armée marcha à Nimbourg sans voir d'Autrichiens et sans que personne eût le coeur de la poursuivre [1])."

An demselben Tage schrieb der König an den Minister von Schlabrendorff in Breslau: „. . . Da indessen der Leopold Daun mit seiner ziemlich verstärkten Armee vorwärts gegen Kollin marschiret, wo ich auch denselben den 18. d. M. auf den Kollinschen Höhen postirt gefunden, und darauf des Nachmittags um 2 Uhr mit dem linken Flügel attakirt habe. Es haben auch die dazu kommandirt gewesenen Bataillons sowohl zwei considerable Batterien vom Feinde, als auch zwei stark mit Infanterie besetzte Dörfer weggenommen, und den Feind repoussirt. Wie aber der Feind auf drei Anhöhen

[1]) Geheimes Staatsarchiv.

hinter einander stark postirt gestanden, so haben die kommandirten Bataillons nebst denen, welche solche zu souteniren kommandirt worden, durch das starke Kartätschenfeuer aus den Batterie-Stücken, so auf der dritten Anhöhe postirt gestanden, so viel gelitten, daß ich lieber zur Retraite resolviren, als die Regimenter noch weiter zu sehr exponiren wollen. Indessen der rechte Flügel den Feind noch zwei Mal poussirt hat, so daß dessen Verlust so stark gewesen, daß, als ich die Regimenter zum Abmarsch beordern lassen, der Feind sich von seinem Posten nicht gerührt, noch sich unterfangen hat, die sich zurückziehenden Regimenter weder zu verfolgen noch sonsten auf ihrem Marsch im geringsten zu inquietiren)[1]."

Ebenfalls aus Böhmisch-Lissa schreibt der König am 26. Juni dem General-Feldmarschall Lehwaldt: „Ich bin also den achtzehnten dieses auf ihn marchiret, da ich ihn in einer avantageusen Position auf denen Bergen in der Gegend von Kollin fand. Weil ich aber glaubete, daß keine Zeit weiter zu verlieren wäre, so attaquirete ich ihn des Nachmittages um 3 Uhr mit meinem linken auf seinem rechten Flügel. Nachdem wir ihm zwei Batterien genommen, auch aus zwei mit Infanterie stark besetzten Dörfern delogiret, ward der linke Flügel durch des Feindes ganz außerordentliches Kanonen- und Kartätschen-Feuer repoussiret und wir obligiret, uns gegen Nimburg zurückzuziehen. Der Feind hatte drei garnirte Posten auf den Bergen hinter einander, so stark mit schwerer Artillerie besetzet waren. Zwey davon hatten wir emportiret, mit dem dritten aber wollte es nicht reüssiren, weil die Bataillons zur Attaque und die so selbige soutenirten durch das heftige Kanonen- und Kartätschen-Feuer so stark gelitten hatten, daß das Treffen auf diesem Posten aus Mangel derer so solches continuiren konnten sich endigte. Auf unserm rechten Flügel ward der Feind zweimahl repoussiret und die Sache würde nach Wunsch ausgeschlagen seyn, wenn mein linker Flügel nicht so sehr gelitten hätte und die Bataillons dadurch sehr delabriret worden

---

[1]) Archiv des Generalstabes der Armee.

wären, auch verschiedene von denen Regimentern Kavallerie ihr Devoir gehörig gethan hätten [1])."

Aus dem Munde des Königs notirte Mr. Andrew Mitchell am 27. Juni in sein Tagebuch: „The King was then pleased to describe to me very particulary the last unhappy battle. — The ardour of his troops to attack a village that lay upon the right of the enemy led them into sustaining a most dreadful cannonade. His intention, he says, was to have flanked their right, which would have obliged them to make an alteration in their disposition of which he might have profited. — He said his intention was to have engaged only his left „pour tourner l'ennemi"; but the ardour of his troops in attacking the village had been the cause of his misfortune. He owned that he had too few troops [2])." Unter dem 29. Juni bemerkt dasselbe Tagebuch: „Ich hatte verschiedene Unterredungen mit dem Könige, von denen ich unter diesem Datum Lord Holdernesse Bericht erstattet habe." Der Herausgeber hat diesen Bericht nicht abdrucken lassen; jedoch kann diese Lücke durch den Auszug, den Fr. von Raumers Beiträge unter dem 29. Juni geben, einigermaßen ergänzt werden: „Der König schreibt den Verlust der Schlacht dem Eifer seiner Soldaten zu, welche den Feind in der Front angriffen. Denn nach seiner Anordnung sollte allein der linke preußische Flügel den rechten der Oestreicher in der Seite angreifen. Dies geschah mit großem Erfolge: man nahm einige Batterien, rückte 200 Schritt darüber hinaus vor, gewann so die Seite der Feinde und brachte sie in große Verwirrung. Des Königs Absicht war, im Fall des Bedürfnisses Mannschaft von seinem rechten Flügel nach dem linken hinzuziehen und wenn jener in der ihm angewiesenen Stellung blieb, würde er den linken östreichischen Flügel in Achtung erhalten haben. Allein die guten Wirkungen dieser Anordnungen wurden gänzlich vereitelt durch den großen Eifer seiner Soldaten towards the centre. Als diese nämlich die Fortschritte des linken Flügels sahen, wurden

---

[1]) Geheimes Staatsarchiv. — [2]) Mitchell Memoirs 1, 355. 356.

sie begierig, auch Theil an dem für gewiß gehaltenen Siege zu haben, und griffen zuerst ein Dorf an, welches ein wenig zur Linken des östreichischen Centrums lag. Sie nahmen es, wodurch aber der ganze preußische rechte Flügel in's Gefecht gezogen und dem furchtbaren Feuer der mit Kartätschen geladenen Batterien ausgesetzt ward [1])."

In einer Urkunde, welche der König in der zweiten Hälfte des Juli, in der Zeit der größten Bedrängniß, in einem Augenblick, in welchem seine Lage hoffnungslos erschien, niederschrieb, um sein Verhalten dereinst nach seinem Tode zu erklären und zu rechtfertigen, in den Raisons de ma conduite militaire, sagt der König über die Schlacht von Kollin: „Sur cela je me disposais à faire mon effort principal avec la gauche, de refuser ma droite, de prendre l'ennemi en flanc par les hauteurs qui sont vers Kollin et de le pousser vers tous les défilés qu'il avait à dos et dans son flanc gauche. Cette manoeuvre lui rendait une partie de son armée inutile. Si elle avait été exécutée, son canon ne m'aurait pas fait grand mal, parcequ'il ne pouvait agir que contre une section de mes troupes; et s'il avait été poussé vers ces étangs, son infanterie était en grande partie obligée de mettre les armes bas. Je n'ai d'autre reproche à me faire, que de ne m'être pas porté à l'extrémité de notre gauche pour reconnaître ce terrain, qui se trouva plus étendu qu'on ne l'avait décrit. Mon malheur voulut que dans un clin d'oeil toute mon infanterie s'engageât contre mes ordres avec l'ennemi, que ma cavalerie n'obéît point aux officiers généraux qui voulurent la mener à notre gauche et qu'un concours de causes secondes me fut entièrement contraire. Dès que toute mon infanterie se fut engagée mal à propos, la seconde ligne y entra incontinent et je n'eus pas un bataillon à ma disposition pour soutenir l'attaque de la gauche. Ma gauche avait emporté trois postes et chargé à sept reprises contre des troupes fraiches qu'on lui avait opposées; quatre bataillons frais gag-

---

[1]) Raumer Beiträge 2, 429. 430.

naient la bataille; la droite de l'ennemi était totalement battue. Il s'en manqua donc de bien peu que l'affaire ne réussît pas entièrement selon nos souhaits."

Sechs Jahre später hat sich der König in seiner Darstellung der Ereignisse des siebenjährigen Krieges, welche er am 17. Dezember 1763 beendete, ausführlicher über den Hergang der Schlacht ausgesprochen und die Generale genannt, deren Abweichung von der Disposition die vorzeitige Engagirung der gesammten Infanterie und damit neben der Unthätigkeit der Kavallerie und dem üblen Verhalten einiger Regimenter derselben den Verlust der Schlacht herbeigeführt habe. Wie das gesammte Werk, ist auch dieser Theil eigenhändig und zwar sichtbar in Einem Zuge und ohne jede Korrektur niedergeschrieben. „Il fut résolu d'attaquer la droite de l'ennemi, parcequ'elle était mal appuyée et parceque c'était l'endroit le plus facile. Le front des Autrichiens s'étendait sur des rochers âpres et escarpés, aux pieds des quels quelques villages semés dans la plaine étaient farcis de pandours. Plus ils étaient inexpugnables dans cette partie, moins ils l'étaient à leur droite. L'endroit par lequel la gauche des Prussiens devait attaquer, était une hauteur qu'ils occupaient déjà; de là se présentait un cimetière isolé, garni de Croates, et qu'il fallait emporter; ensuite en tournant un peu plus à gauche on prenait l'armée du maréchal Daun à dos et en flanc. Pour soutenir cette attaque il fallait la nourrir de toute l'infanterie prussienne qui se trouvait dans l'armée. Par cette raison le Roi se proposa de refuser toute sa droite aux ennemis, et il défendit sévèrement aux officiers, qui la commandaient de dépasser le grand chemin de Kollin. Cela était d'autant plus sensé, que la partie de l'armée autrichienne postée vis à vis de cette droite occupait un terrain inabordable. Si la position que le roi avait prescrite à ses troupes avait été observée, il aurait été maître durant l'action de faire filer, selon le besoin, des bataillons pour soutenir les brigades qui avaient la première attaque. — Lorsque tout fut réglé, M. de Hülsen partit à la tête de sept

bataillons et de quatorze pièces d'artillerie, pour engager l'action. Des vingt et un bataillons, qui restaient, six formèrent la seconde ligne et les quinze autres la première. Telle fut cette disposition qui aurait rendu les Prussiens victorieux, si elle avait été suivie. Mais voici ce qui arriva. M. de Ziethen attaque Nadasdy; il le mit dans une déroute générale et le poursuivit jusqu' à Kollin, de sorte qu'il fut séparé des Autrichiens, et que de cette journée il ne pouvait plus nuire aux entreprises du Roi. A une heure de l'aprés-midi M. de Hülsen attaqua le cimetière et le village de la hauteur, où il ne rencontra pas grande résistance; il se rendit ensuite maître de deux batteries chacune de douze pièces de canon. Tout succédait aux voeux des Prussiens dans cette première attaque. Mais voici les fautes qui causèrent la perte de la bataille. Le Prince Maurice qui conduisait la gauche de l'infanterie au lieu de l'appuyer derrière ce village que M. de Hülsen venait d'emporter, la forma à mille pas de cette hauteur. Cette ligne était en l'air; le Roi s'en aperçut et la mena près du pied de cette hauteur; en même temps on entendit un feu assez vif, qui se faisait à la droite. Il fallut qu'il se dépêchât et ne pouvant faire autrement il remplit les vides qui se trouvaient dans sa ligne par les bataillons de la seconde. Il se rendit de là en hâte vers la droite pour savoir de quoi il était question. Il trouva que M. de Manstein qui avait engagé sa brigade si mal à propos à la bataille de Prague venait de retomber dans la même faute. M. de Manstein avait aperçu des Pandours dans un village proche du chemin que la colonne tenait. La fantaisie le prend de les en déloger: il entre contre ses ordres dans le village, il en chasse l'ennemi, le poursuit et se trouve sous le feu de mitraille des batteries autrichiennes; à son tour on l'attaque et la droite de l'infanterie marche à son secours. Lorsque le Roi arriva sur ces lieux, l'affaire était si sérieusement engagée, qu'il n'y avait plus moyen de retirer les troupes sans être battu. Bientôt la gauche entra également en jeu,

ce que les généraux auraient pu cependant empêcher. Alors la bataille devint générale et ce qu'il y avait de fâcheux c'est que le Roi n'en pouvait être que spectateur, n'ayant pas un bataillon de reste dont il pût disposer. Le Maréchal Daun profita en grand général des fautes des Prussiens. Il fit filer derrière son front sa réserve qui vint à son tour attaquer M. de Hülsen, jusqu'alors victorieux; il se soutint néanmoins et si l'on avait pu lui fournir quatre bataillons frais, la bataille était gagnée. Il repoussa encore cette réserve autrichienne, les dragons de Norman donnèrent alors dans l'infanterie ennemie, la dispersèrent et lui prirent cinq drapeaux; ils attaquèrent ensuite les carabiniers saxons, qu'ils chassèrent jusqu'à Kollin. Pendant ces entrefaites l'infanterie prussienne du centre et de la droite avait gagné quelque terrain sans cependant avoir remporté d'avantage considérable. Ces bataillons qui tous avaient beaucoup souffert du canon et du feu des petites armes étant fondus à moitié faisaient entre eux des intervalles du triple plus spacieux qu'ils ne devaient être, et puisqu'il n'y avait ni seconde ligne ni réserve, il fallut y suppléer par des régiments de cuirassiers qu'on plaça à quelque distance derrière ces ouvertures. Le régiment de Prusse cavallerie attaqua même un gros de l'infanterie ennemie et l'aurait détruit, si une batterie chargée à mitraille n'eût pas été exécutée à propos contre lui. Il rebroussa chemin en confusion et renversa les régiments de Henri et de Bévern qui étaient derrière lui. L'ennemi s'aperçut de ce désordre; il lâcha aussitôt sa cavalerie, qui profitant de ce moment rendit le désordre général. Le Roi voulut faire charger des cuirassiers qui étaient à portée et qui auraient pu réparer les choses en partie; il lui fut impossible de les mettre en mouvement; il eut recours à deux escadrons de Truchsess qui prirent la cavalerie ennemie en flanc et la ramenèrent aux pieds de ses montagnes."

Man sieht, die Darstellung des Königs ist eine durchaus kon=

stante, welche sich selbst in allen wesentlichen Punkten ohne Abweichung treu bleibt. Sie wird durch das Zeugniß der Gegner bestätigt. In der Erläuterung eines von östreichischer Hand entworfenen Schlachtplans, welcher nicht lange nach dem Tage von Kollin in der im August 1757 bei Bernstadt erbeuteten Bagage des Generals Nadasdy gefunden worden ist, heißt es: „Unterdessen als der Feind mit seiner zweiten Stellung bei E am Wirthshause Slati Slunze fertig war, und die vorausgeschickten drei Kolonnen gegen die Anhöhe M marschirten, fing er an, nachdem er geglaubt, die K. K. Armee überflügelt zu haben, den Angriff zu machen und griff das Corps de réserve bei H mit aller Gewalt an. — Sobald er die Anhöhe in M etwas gewonnen, so ließ er das Dorf Kretschor anzünden, welches das Zeichen seiner Truppen war, aller Orten anzugreifen, die auch insgesammt anfingen, kolonnenweis zu attaquiren (unter Lit. N). Jedoch wendete der Feind seine größte Forçe auf den kaiserlichen rechten Flügel — wo zum ersten Male um halber drei Uhr Nachmittag angegriffen wurde und sofort das kleine Gewehrfeuer anging, welches nicht ehender aufgehört hat, als um 7 Uhr Abends [1])."

Es war schwer, den Sieg gegen eine Armee zu gewinnen, welche fast die doppelte Stärke, welche den Vortheil der Stellung und einer sehr zahlreichen und durch diese Stellung um so viel wirksameren Artillerie für sich hatte. Was mehr war, Daun konnte von seinem Standpunkte aus jeden Mann in den Reihen des Königs zählen, jede Bewegung erkennen und jedem Manöver zuvorkommen, da er zugleich den Vortheil der kürzeren Linien hatte. Von allen preußischen Berichten, zuerst und zumeist vom Könige selbst, wird überdies zugestanden, daß die Infanterie zu früh und zu vollständig gegen die Front des Feindes engagirt und so gleichzeitig an dieser zerschlagen wurde. Und trotzdem war die Schlacht bereits gewonnen und wäre vollends gewonnen worden, wenn das Gros der Kavallerie, bei welcher, da sie fast ebenso stark als die österreichische war, eben deshalb die Entscheidung lag, entschlossener eingegriffen hätte. Auf dem linken

[1]) Siehe den beiliegenden Schlachtplan nebst Erläuterung.

Flügel der Avantgarde befand sich Ziethen mit achtzig Schwadronen. Es war ihm bestimmt vorgeschrieben, Nadasdy zurückzuwerfen, den Angriff Hülsen's zu decken und, sobald das feindliche Fußvolk durch den Angriff der Infanterie erschüttert sei, sich auf dieses zu werfen. Ziethen begnügte sich, die Reiterei Nadasdy's hinter den Grund von Radoweśnitz zu treiben. „So schwach das Hülsen'sche Korps," sagt ein östreichischer Zeuge der Schlacht, der Veteran (Cogniazzo), „gegen unsere verstärkte Flanke war, so würden doch diese Bataillone den Sieg unfehlbar erfochten haben, wenn zu gleicher Zeit, als sie schon siegreich die ganze Linie unseres Fußvolkes vor sich hertrieben, die Kavallerie, welche der König, da sie sonst aller Orten auf diesem Schlachtfelde fast unbrauchbar war, zu dem Ende auf seinen linken Flügel gestellt zu haben scheint, zu ihrer Unterstützung erschienen wäre [1])." Nicht nur, daß General Ziethen diesen entscheidenden Moment, den Sieg zu sichern, vorübergehen ließ; seine Unthätigkeit war es, welche gestattete, daß, nachdem die Reiterei der östreichischen Reserve durch den Angriff der Normann-Dragoner zurückgeworfen war, ein Theil der Reiterei Nadasdy's (die drei sächsischen Chevauxlégers-Regimenter und die 1000 deutschen Pferde Stahrembergs, wenn nicht noch mehrere) die Aufstellung ihm gegenüber verlassen konnte, um sich mit den Dragoner-Regimentern de Ligne und Eugen von Savoyen aus der Stellung hinter dem Eichbusch bei Kretschor [2]) auf die erschöpften Bataillone des linken Flügels zu werfen. Das war die Entscheidung. Generallieutenant Ziethen war verwundet worden.

Halten wir für den Fortgang unserer Untersuchung fest, daß jener östreichische Bericht ergiebt: die preußische Armee hat, nachdem der Angriff in der Flanke erfolgte und das Dorf Kretschor in Brand gerathen, aller Orten kolonnenweise angegriffen. Der Bericht erklärt die Anzündung Kretschors für das der preußischen Armee vorgeschriebene Signal zum Angriff. Der König sagt, im Resultat vollkommen übereinstimmend: das Corps de Bataille machte mit

[1]) Geständnisse 2, 356. 357. Das Buch erschien 1789. — [2]) Arneth, Maria Theresia und der siebenjährige Krieg 1, 197.

dem linken Flügel zu früh Halt und Front. Darnach wurde vom rechten Flügel desselben aus angegriffen, gleich darauf kam auch der linke Flügel ins Gefecht. Dieser Hergang konnte von der österreichischen Stellung aus nur als ein Angriff in Kolonnen erscheinen.

Weder in jener Reihe von Schreiben und Aeußerungen des Königs unmittelbar nach der Schlacht, noch in den Raisons de ma conduite militaire wird des Fürsten Moritz von Dessau oder seines Verhaltens während der Schlacht erwähnt. In den „Raisons" heißt es: „Mein Unglück wollte, daß sich in einem Augenblicke meine ganze Infanterie gegen meine Befehle mit dem Feinde einließ." Erst in der Geschichte des siebenjährigen Krieges, die weder bestimmt war, als Buch gedruckt, noch von vielen gelesen zu werden [1], macht der König die Bemerkung, daß Prinz Moritz bereits diesseit Kretschor habe Front machen lassen; dann habe der Angriff Mansteins auf Chotzemitz den rechten Flügel engagirt; unmittelbar darauf sei der Angriff des linken Flügels, „den die Generale hätten verhindern sollen," gefolgt.

Ohne dies Urtheil des Königs zu kennen, hatte die Armee dasselbe Urtheil über das Verhalten Mansteins und des Prinzen Moritz gefällt; es liegt in jenen Darstellungen von Warnery, Tempelhof und Archenholz vor, welche sämmtlich vor der Publikation der histoire de la guerre de sept ans erschienen. Daß bereits unmittelbar nach der Schlacht in der Armee über den Prinzen Moritz ebenso geurtheilt worden war, beweist die Bemerkung Henkels im Tagebuch unter dem 19. Juni 1757, daß Prinz Moritz gegen die Disposition gehandelt habe (S. 50). Darnach, am 5. Juli, schrieb derselbe — es war der Tag, an dem Moritz in Leitmeritz wieder zum Könige stieß: „Seine Majestät zogen den Letzteren nicht mehr zur Tafel. — Jedermann war darüber erfreut; denn seit dem Tage von Kollin war er der Abschen der Armee." Er legt das Hohnschreiben eines Offiziers über die vortrefflichen Dispositionen bei, welche Moritz am 26. und 27. Juni getroffen habe [2]. In gleicher Weise urtheilt Warnery

[1]) Oeuvres 4; Avant-propos p. 14. 19. — [2]) Henkel a. a. O. 1, 245. 460.

über die Maßnahmen des Prinzen in diesen Tagen und über den Eindruck, den seine Vermahnungen auf die Stabsoffiziere der Kavallerie über deren Verhalten in der Schlacht gemacht hätten [1]). Auch der Stabsfeldprediger Küster weiß, daß Moritz gegen den Plan des Königs angegriffen, daß man ihm „bekanntlich" die größte Schuld am Verluste der Schlacht beigemessen habe. Es sei deshalb sehr peinlich gewesen, als er am Sonntage (10. Juli) in Leitmeritz auf Befehl des Königs den Offizieren und Gemeinen, welche sich in der Schlacht schlecht gehalten, ihre Pflichtvergessenheit habe zu Gemüthe führen und diese Predigt im Zelte des Prinzen Moritz habe halten müssen. Unmittelbar nach der Predigt habe sich Prinz Moritz indeß vollkommen gerechtfertigt, so daß er schon eine Stunde nachher den entzogenen Ehrenposten wiedererhalten habe [2]).

Eine völlig entgegenstehende Auffassung des Verhaltens des Prinzen Moritz ist erst vierzig Jahre nach der Schlacht, aber mit großer Bestimmtheit öffentlich ausgesprochen worden. Nach dieser hätte nicht Moritz beim Könige sich zu rechtfertigen, vielmehr der König sich bei Moritz zu entschuldigen gehabt. Nicht Moritz, der König selbst habe den Verlust der Schlacht verschuldet. Von seiner eigenen vortrefflichen Disposition sei er abgegangen; den Prinzen Moritz habe er durch die schwersten Drohungen gezwungen, dieser entgegenzuhandeln. Höchst seltsam und wohl ohne Beispiel, daß der Feldherr, wie hier behauptet wird, ohne Veränderung der Umstände den selbsterdachten und gegebenen Schlachtbefehl über den Haufen wirft oder vergißt — dennoch hat man nicht dem Könige, man hat dieser Version Glauben geschenkt.

Heinrich von Berenhorst wurde 1759 Hauptmann im Stabe des Königs. Die persönlichen Klagen, die er sehr bald über den König zu haben glaubte, auch nur erwähnen, hieße ihnen Gewicht zuerkennen. Er forderte und erhielt 1762 den Abschied, um in den Dienst des Fürsten Franz Leopold von Anhalt-Dessau zu treten, den er dann auf dessen Reisen begleitete. Er wurde Oberhofmeister und

---

[1]) Campagnes I, 173—175. — [2]) Küster, Lebensrettungen S. 25. 30. 31. 183.

Erzieher des Erbprinzen Friedrich. Als solcher publicirte er im Jahre 1797 anonym die bekannten „Betrachtungen über die Kriegskunst.“ Er versucht in diesen den Satz durchzuführen, daß Friedrich II. zwar verstanden habe, gute Dispositionen zu entwerfen, aber nicht, sie auszuführen, daß er am besten gethan haben würde, jedes Mal vor der Schlacht den Befehl niederzulegen, daß er keinen persönlichen Muth besessen und deshalb im Gefecht unruhig und verlegen gewesen sei. Als Beweis für diesen Satz muß dann auch die Schlacht bei Kollin dienen. „Unbegreiflicher Weise,“ sagt Berenhorst, „und mit einem Male entging ihm die Geduld, eben als der Haken seiner schiefen Schlachtordnung die feindliche Flanke mit dem schönsten Erfolge zurückdrängte. Vielleicht besorgte er, Hülsen möchte ohne seine Zuthun die Schlacht gewinnen. Ein noch lebender Augenzeuge, der dies lesen wird, weiß, daß der König Moritz von Dessau, der durchaus mit den beiden Treffen, die in Zügen marschirten, der Disposition getreu, noch nicht rechts einschwenken wollte, hart anfuhr und bei dem Befehle dazu den Degen zog. Nun warf sich der ganze linke Flügel wild dem Feinde entgegen. Ein Brigadeführer aus der Mitte, den das mit Kroaten besetzte Dorf Chotzemitz außer Besonnenheit brachte, gab den ersten Anlaß zu der unglücklichen Uebereilung [1].“

Berenhorst hatte Beschwerden gegen den König. Er stand in engster Beziehung zu dem Fürstenhause Anhalt-Dessau. Es kam ihm, wie er selbst sagt, auf „die Apologie des Fürsten Moritz“ an. Seine Enthüllungen hätten schwerlich große Beachtung gefunden, wenn nicht fünf Jahre nach den „Betrachtungen“ ans Licht gekommen wäre, was Gaudi über die Schlacht von Kollin geschrieben und gesammelt. Gaudi war seit dem 21. Juni 1756 Kapitain des Guides und damals mit dem Könige von Prag gegen Daun aufgebrochen. Den auf die Schlacht von Kollin bezüglichen Theil seines Journals, welches er 1778 abgeschlossen (er starb 1788), sammt Schlachtplan hatte er nach Retzows Angabe diesem mitgetheilt [2]; nach Gaudi's Tode ließ

[1] Betrachtungen S. 203. 204. 220. 221. — [2] Retzow Zusätze und Berichtigungen S. 16. Minerva 1803 S. 490.

Retzow diese Darstellung überarbeitet, mit einigen Veränderungen, Ungenauigkeiten und Uebertreibungen, zunächst ohne seinen Namen, in der Minerva 1802 abdrucken. Als die Tête des Corps de Bataille, heißt es hier, Brzistwy gegenüber ist, kommandirt der König plötzlich Halt. Moritz remonstrirt, da nach der Disposition noch 2500 Schritt weiter marschirt werden müsse. Vergeblich. Nach einiger Zeit bittet Moritz, den Weitermarsch nach der Disposition zu gestatten. Dies wird in unangenehmen Ausdrücken abgelehnt. Es trifft Meldung von glücklichen Fortschritten Ziethens und Hülsens ein; der König befiehlt, daß auf der Stelle aufmarschirt und angegriffen werde. Auf Moritz' Gegenvorstellungen wird dieser Befehl wiederholt. Auf abermalige Remonstration reitet der König mit entblößtem Degen auf Moritz zu und fragt ihn mit drohender Stimme: ob er gehorchen wolle. „Die, welche Zeugen von diesem Auftritte waren," heißt es in Gaudi's Handschrift, „fürchteten, daß der König ihm seine Unzufriedenheit gegen die Widersprüche noch auf andere Art bezeugen würde," d. h. daß er den Degen gebrauchen würde [1]). So muß denn Moritz wider die Disposition, wider bessere Einsicht, wider seinen Willen mit dem linken Flügel, den er zunächst führt, angreifen.

Man sieht, die Versionen der beiden Offiziere des königlichen Stabes decken sich keineswegs. Beide sind mit dem Könige darin einverstanden, daß der linke Flügel zu früh Front gemacht, zu früh angegriffen habe. Aber wenn der König das Erste dem Fürsten Moritz, das Zweite dem Eifer der Truppen zuschreibt, so behaupten beide Adjutanten, daß des Königs Befehl den Marsch der Kolonnen des Corps de Bataille zu früh gehemmt. Berenhorst begnügt sich, den König zu früh Front schwenken zu lassen; im Uebrigen berichtet er wie der König, daß ein Brigadeführer der Mitte zuerst angegriffen und dieser Angriff auch den linken Flügel zu unglücklicher Uebereilung des Angriffs veranlaßt habe. Gaudi-Retzow behauptet dagegen, daß der König zuerst Halt, darnach Front, endlich auch den Angriff des linken Flügels befohlen, und den Prinzen Moritz zur Ausführung

[1]) Vgl. Retzow Charakteristik 1, 126. 128. 129

dieses Befehls gezwungen habe. Ferner läßt Gaudi-Retzow den General Manstein erst, nachdem Ziethen und Hülsen glückliche Fortschritte gemacht, der Letztere den Eichbusch genommen und wieder verloren hat, zu der Zeit, als trotzdem „der linke Flügel den rechten des Feindes mit so gutem Erfolge poussirte", d. h. etwa um vier Uhr, Chotzemitz angreifen.

So stark die Differenzen zwischen den „Betrachtungen" und „Gaudi-Retzow" sind, die Publikation Retzow's war Berenhorst äußerst willkommen. Am 25. April 1803 schreibt er an Hugo in Göttingen: „Ueber meine Apologie Moritzens bin ich nie verlegen gewesen. Fürst Franz (der 1803 regierende Herzog) war bei der in Frage seienden Scene dicht hinter den Pferden des Königs und Moritzens; er meint, daß niemand weiter, wenigstens in der Nähe nicht, dabei zugegen gewesen. Von ihm kommt hauptsächlich die Kunde davon her. Da er ein Jüngling von 17 Jahren und dafür bekannt war, ohne Falsch zu sein, so hat niemand von den Optimaten des Heeres, die Brüder des Königs am allerwenigsten, an seiner Aussage, die er gleich auf frischer That abgelegt, gezweifelt; unter dem Kanaillorum ist sie indessen nicht ruchbar geworden. Gaudi, der Gewährsmann Retzow's, hat den Vorfall in seine Geschichte des siebenjährigen Krieges aufgenommen; er konnte allenfalls ein von Fürst Franz nicht bemerkter Augenzeuge gewesen sein, denn unter dem Einschlagen der Kanonenkugeln übersieht man einander leicht. — Wenn Sie die Minerva durchsehen, werden Sie im Januarheft derselben wahrgenommen haben, daß der große Friedrich ein paar Champione gefunden hat, die den Bock von Kollin durchaus nicht wollen auf ihn kommen lassen. — Was sie vorbrachten, war abgeschmacktes Zeug. — Ich forderte Fürst Franz auf, seines Oheims Ehre durch ein an Archenholz gleichfalls eingesandtes Zeugniß zu retten; er äußerte aber so viele Besorgnisse, daß ich gern von meiner Aufforderung abstand [1])."

Daß Fürst Franz den Brüdern des Königs den Vorfall wenigstens nicht, wie Berenhorst behauptet, unmittelbar nach der Schlacht

[1]) Berenhorsts Nachlaß 1, 184.

mitgetheilt hat, folgt aus der durchaus gegentheiligen Auffassung des vertrauten Adjutanten des Prinzen Heinrich, die oben aus dessen Tagebuche gegeben ist. Wenn Berenhorst gegen den nach seiner eigenen Aussage einzigen Zeugen des Vorfalls anführt: dieser könnte Gaudi wohl übersehen haben, so behauptet Gaudi seine Gegenwart nicht. Er war in der Schlacht; wäre er bei diesem Vorfalle gewesen, so hätte er nach seiner Weise gesagt: wir; dagegen heißt es in seiner Handschrift: „die, welche Zeugen von diesem Auftritte waren, fürchteten" u. s. w. Nach Gaudi waren also mehrere Zeugen vorhanden, nach Aussage des Fürsten Franz nur er selbst. War Letzteres der Fall, so muß Gaudi die dreimaligen langen taktischen Erörterungen, die er Moritz sowohl bei dem Befehl, zu halten, als während des Halts und bei dem Befehl, Front zu machen und anzugreifen, in den Mund legt, dem Fürsten Franz verdanken. Aber freilich war dieser erst 17 Jahr. Die, wie Gaudi zugiebt, lediglich den Generalen und nur mündlich gegebene Disposition zur Schlacht hatte er wohl kaum mit angehört und selbst, wenn dies geschehen, doch kaum deutlich auffassen können. Der junge Prinz war deshalb schwerlich in der Lage, den Streitpunkt recht zu verstehen, noch weniger, die von Gaudi direkt gegebenen Reden von Wort zu Wort zu behalten und genau wiederzugeben. Am schlimmsten ist freilich, daß dieser einzige Zeuge sich weigert, öffentlich zu wiederholen, was er Berenhorst vertraulich mitgetheilt hat, obwohl 1803 sein Oheim bereits seit 43 Jahren, der König seit 17 Jahren todt war.

So steht es mit dem einzigen Zeugen Berenhorsts. Sehen wir, welche Zeugen Gaudi für seine Darstellung zur Verfügung stehen. Er versichert: Fürst Moritz habe lange nach der Schlacht gesagt, es werde ihn ewig gereuen, der drei Mal wiederholten, endlich mit unangenehmen Begegnungen begleiteten Ordre zum Angriff nachgelebt zu haben; er hätte sollen noch mehrere Extremitäten abwarten[1]). Retzow verräth in einer Entgegnung in der Minerva gegen die von Berenhorst erwähnten Vertheidiger des Königs und in den Berich-

[1]) Journal 2, 155.

tigungen zur ersten Ausgabe seiner Charakteristik die Grundlage dieser Aeußerung Gaudi's. Er bringt eine Erzählung vor, die er einem ungenannten höheren Offizier der Armee verdanke, welcher sie von zwei inzwischen verstorbenen Offizieren des Regiments Münchow, von Voß und Schmettau, wissen will, die sich zwei Tage nach der Schlacht zu Nimburg hinter den Ofen versteckt und so ein vertrautes Gespräch zwischen Moritz und dem Herzoge von Bevern gehört hätten, in welchem der Erstere sich einen Vorwurf daraus gemacht, daß er nicht lieber den Hieb des Königs ausgehalten habe, als den linken Flügel aufmarschiren zu lassen und gegen den Feind zu führen[1]). Die Aeußerung des Fürsten Moritz wäre hiernach unmittelbar nach der Schlacht geschehen. Sehr lange darnach konnte sie überhaupt nicht geschehen, da Fürst Moritz am 10. April 1760 gestorben ist.

Wenden wir uns zu der dritten und letzten Quelle dieser Darstellung der Schlacht von Kollin. Es sind die Diktate, die der vieljährige Adjutant des Prinzen Heinrich, nachmals Feldmarschall Graf Kalkreuth, 59 Jahre nach der Schlacht, im Jahre 1816, aus seinen Erinnerungen und seiner Lektüre niederschreiben ließ. Bei Kollin hatte er sich bei der Schwadron Gardes dü Corps befunden, welche den König hierher begleitet. Diese stand auf dem äußersten rechten Flügel, und so hat Kalkreuth auch den König, wie er selbst angiebt, erst dann gesehen, als er das Schlachtfeld verließ. Den Vorfall mit Moritz erzählt er abweichend von Gaudi-Retzow und, wie es scheint, nach Berenhorst's Quelle, in höchst dramatischer Weise, wie er pflegt, obwohl er den Degen des Königs nicht verwendet. Während nach Gaudi-Retzow der König das Corps de Bataille Halt machen läßt, „um den Erfolg Hülsen's abzuwarten", sagt Kalkreuth mit Berenhorst: „Der König hatte den Ruf, gute Dispositionen zu machen, aber er war der Erste, sie nicht zu befolgen, aus bloßer Ungeduld. Moritz kannte die Ungeduld des Königs; er sah diesen ganz in der Nähe und trieb die Soldaten, den Schritt zu verdoppeln. Als der König Moritz sagte: machen Sie Front! that dieser, als hätte er es

[1]) Minerva 1803 S. 491. 492. Berichtigungen S. 28.

nicht verstanden, und rief: vorwärts, vorwärts! Der König wiederholte den Befehl; mit gleichem Erfolge, weil der Prinz, der das Unheil voraussah, wenn man debordirt Front machte, nicht eingeschwenkt hatte. Zum dritten Mal rief der König: Prinz Moritz, machen Sie Front! Und der Prinz wiederum: vorwärts, vorwärts! Da sprengte der König sein Pferd mit dem Kopfe gegen die Schabracke des Fürsten und rief: Bei allen Teufeln, machen Sie Front, wenn ich es befehle! Nun kommandirte der Prinz mit trauriger Stimme Front und sagte zum gegenwärtigen Herzog von Anhalt, der bei ihm war: die Schlacht ist verloren. Das war die eine Ursache des Verlustes der Schlacht; hier die zweite. Daun hatte vom Rande des Höhenzuges Kroaten in's Gebüsch herabsteigen lassen, welche in die Kolonnen feuerten, die nach dem linken Flügel marschirten. — Der König rief den Marquis de Varenne, den Befehl an das erste Regiment der Kolonne zu bringen, Front zu machen und auf die Kroaten zu feuern; jedoch sollte der Ueberrest den Marsch fortsetzen. Der Marquis, der vom Kriege nichts verstand, brachte nun dem Fürsten Moritz, welcher zum Centrum der ersten Linie zurückgekehrt war, den Befehl, mit dem rechten Flügel Front zu machen. Der Fürst versammelte die Generale, welche in der Nähe waren; der Herzog von Bevern protestirte gegen den Befehl, aber General Manstein stimmte dafür, und Moritz meinte, man müsse gehorchen, da „He“ es befohlen habe. Manstein und Varenne sollten vor das Kriegsgericht; aber der Tod fuhr mit seinem Schwamm darüber [1].“

Es wird unserer Untersuchung förderlich sein, die Frage über den Angriff Manstein's zunächst zu erledigen. Kalkreuth's Version über diesen leidet zunächst an dem Widerspruch, daß der rechte Flügel nicht mehr linkshin marschiren konnte, wenn der linke bereits eingeschwenkt hatte. Woher Kalkreuth's Erzählung über Varenne und dessen falsch verstandenen Befehl stimmt, wird weiterhin erhellen. Die Handschrift Gaudi's sagt in Uebereinstimmung mit der Angabe des Königs: bei Ertheilung der Disposition sei vielfältig wiederholt

---

[1]) Minerva 1840, 2, 515—521.

worden, daß der rechte Flügel nicht engagirt werden, daß derselbe am Kaiserwege verbleiben solle; Gaudi fügt hinzu, daß der Herzog von Bevern besonders angewiesen worden sei, für die Ausführung dieses Befehls zu sorgen. Als Manstein nun dennoch angreift, erwiedert er auf Bevern's Frage: der König habe ihm durch einen Adjutanten befehlen lassen, Chotzemitz zu attaquiren. Retzow führt an: „daß man ihn versichern wollen, daß dieser Adjutant Kapitain Varenne gewesen und daß, da Manstein mit drei Bataillonen aus der Mitte angegriffen habe, es sehr wahrscheinlich bleibe, daß der König ihm das Kommando in der Hoffnung übertrug, seine ihm bekannt gewordene außerordentliche Herzhaftigkeit werde bei dieser Gelegenheit ebenso wirksam sein, als bei der Schlacht von Prag[1])." Gaudi ist verständiger. Er hebt hervor, daß die Manstein gegebenen Befehle sehr bestimmt lauteten und sein Fehler um so größer gewesen sei, als er sich nicht mit der Wegnahme von Chotzemitz begnügt, sondern weiter gegen den dahinter liegenden Berg vorgerückt sei. Sein Angriff zog mit den Verlust der Schlacht nach sich: „denn man konnte die Sachen auf dem linken Flügel mit vier Bataillonen herstellen; so viel waren nur nöthig, dessen Angriff zu unterstützen und ihm die Flanke zu decken. Allein wo sollte man sie hernehmen, da Manstein die, welche am nächsten an diesem Flügel waren, engagirt hatte?" Nach der Schlacht, als Bevern den General Manstein befragte, welcher Adjutant den Befehl zum Angriff gebracht, habe Manstein Varenne genannt. Allein Mansteins Adjutant habe später versichert, daß Varenne keineswegs einen Befehl des Königs zum Angriff gebracht, sondern im Vorbeigehen geäußert habe, man müsse die Kroaten aus dem vorliegenden Dorfe hinauswerfen[2]).

Die Quelle, aus welcher Gaudi diesen Theil seiner Darstellung geschöpft, liegt, freilich ohne Datum und Unterschrift, im Archiv des Generalstabes. Sie rührt von einem Offizier her, welcher sich in der Schlacht auf dem rechten Flügel befand, und ist vor dem Jahre 1770 niedergeschrieben. Ich führe den Wortlaut an, zugleich als Beispiel,

---

[1]) Charakteristik 1, 134, 135. — [2]) Gaudi Journal 2, 157.

wie Gaudi die zahlreichen Mittheilungen, welche er für sein Journal erbat oder aus freien Stücken erhielt, benutzte. „General Manstein entamirte das Engagement auf Chotzemitz mit dem Regiment von Bornstedt aus dem Centro und, falls man nicht irrt, mit einem Bataillon von Anhalt. Der linke Flügel des Regiments von Manteuffel wurde mit in's Feuer gezogen und insensiblement das ganze Regiment. Der Herzog von Bevern schickte zuerst den Lieutenant Krummensee, und als dieser nicht sogleich zurückkam (er wurde gefangen), den Lieutenant, jetzigen Rittmeister Grafen Schmettau. Der General Manstein sagte, daß ihm der Angriff durch einen königlichen Adjutanten expresse befohlen sei. Als der Herzog nach der Schlacht den General befragte: welcher von den Adjutanten des Königs die Ordre gebracht habe, nannte der General den Hauptmann Varenne und wiederholte dies auf Verlangen des Herzogs in Gegenwart des General von Ziethen und anderer noch lebenden Generale u. s. w. So viel hat ferner der noch lebende Adjutant des Generalmajor von Manstein, jetziger Oberstwachtmeister von Möllendorf Braunschen Regiments versichert, daß der Hauptmann Varenne zu seinem damaligen General gekommen und gesagt, man müsse die einigen Kroaten aus dem Dorfe Chotzemitz herausjagen, darauf denn der General mit den Bataillons an und in dasselbe gerückt und dadurch das Engagement angefangen habe. Beide jetzt nicht mehr lebende Akteurs waren Leute von großer Ambition und wollten coute que coute sich durch ausnehmende Aktions hervorthun. Wer weiß, ob ihnen diese Begierde zu der mehrgedachten, übel digerirten Equipée nicht verleitet hat."

General Manstein wurde in den linken Arm verwundet; die Wunde war nicht gefährlich. Mit dem ebenfalls verwundeten Kapitain Varenne brach er mit einem Transport von 26 verwundeten Offizieren in der Nacht vom 23. zum 24. Juni von Leitmeritz nach Dresden auf. Da der Weg unsicher war, befahl Manstein dem Oberst Plotho: 100 Mann nach Dirmitz vorauszusenden und den Transport selbst durch weitere 100 Mann des Regiments Prinz

Friedrich von Preußen geleiten zu lassen [1]). Bei Welmina wurde der Transport von Laudon's Husaren und Panduren überfallen und sammt der Bedeckung gefangen oder niedergemacht. Unter den Todten befand sich Manstein, der ein Gewehr ergriffen und am Gefecht Theil genommen hatte. Keith schreibt noch am 24. Juni Mitchell: „Ich bin sehr betrübt über das Mißgeschick des armen Manstein. Seine Ungeduld ist Schuld. Aber dies bleibt unter uns [2])." Der König selbst schreibt am 6. Juli: „Es hat mir um den sonst guten und tüchtigen Generalmajor von Manstein besonders leid gethan, daß derselbe durch eine fast nicht anders zu nennende Etourderie sich selbst in Unglück — gebracht hat [3])." Varenne war gefangen fortgeführt worden und starb wenige Tage darauf in Millischau an seiner Wunde.

Gleich nach der Publikation der „Charakteristik der wichtigsten Ereignisse des siebenjährigen Krieges" gab Scharnhorst in den Denkwürdigkeiten der Berliner militärischen Gesellschaft im Jahre 1803 einen Umriß der Schlacht von Kollin auf Grund der Angaben Retzow's. Bei Erwähnung des Angriffs des Generals Manstein bemerkt Scharnhorst: „Ein sehr glaubwürdiger Augenzeuge dieses Vorfalls war bei dem General Manstein gegenwärtig, als der königliche Adjutant, der Kapitän Varenne, dem General dazu den Befehl vom Könige brachte. Es ist aber von der anderen Seite her sehr wahrscheinlich, daß er einen anderen Befehl des Königs falsch verstanden, zumal, da er sich bei seinem Tode den Vorwurf gemacht: daß er durch ein Versehen den Verlust der Schlacht bei Kollin auf sich geladen habe." Der glaubwürdige Augenzeuge Scharnhorsts ist Niemand anders als der Sohn des Generals Manstein selbst, nachmals Generaladjutant König Friedrich Wilhelm's II., endlich Generallieutenant und Vicegouverneur von Danzig. Als Manstein, der Sohn, die „Charakteristik" gelesen, sagte er Anfangs Dezember 1802 einem seiner Offiziere, daß er damals Adjutant seines Vaters gewesen, und ließ sich über die

[1]) Plotho an den König, 30. Juni. Keith an den König, 25. Juni; Geheimes Staatsarchiv. — [2]) Mitchel Memoirs 2, 460. — [3]) Geheimes Staatsarchiv.

Schlacht bei Prag, insbesondere über die Schlacht bei Kollin näher aus. Diese seine Aeußerungen referirte der Vertraute einem Freunde in folgenden Worten: „Die Relation (Retzows) der Schlacht von Kollin findet er (Manstein) völlig richtig; nur die Behauptung, daß der König an seinen Vater den Befehl gegeben habe, anzugreifen, scheint ihm zu gewagt. Er erzählt die Sache so: Varenne habe seinem Vater im Namen des Königs den Befehl zum Angriff gebracht, worauf sein Vater geantwortet: das kann ich unmöglich und werde es nicht thun, denn wir riskiren darüber die Schlacht zu verlieren. Darauf ritt Varenne zum Fürsten Moritz und sagte dem, daß Manstein nicht folgen wolle, worauf dieser mit Varenne zurückkam und ihm sagte, da der König es befohlen, so müße es schon geschehen; darauf Manstein geantwortet: nun wenn es sein soll, so will ich nicht der Letzte sein. Die Folgen sind bekannt. Als Varenne nach der Schlacht mit Depeschen nach Paris geschickt werden sollte, erfuhr er, daß sich Manstein habe nach Leitmeritz bringen lassen, um von da nach Dresden zurückzugehen, und beide fanden sich in Leitmeritz. Manstein erkundigte sich hier nach der Sicherheit des Weges über den Paßcopol, die ihm als vollkommen angepriesen wurde. Demohnerachtet nahm er einen Capitain, 100 Mann und einige Husaren aus Leitmeritz mit; dieß waren lauter Sachsen. Als sie bei Welmina ankamen, bemerkten sie feindliche Husaren am Fuß des Paßcopol und bald darauf Kroaten. Manstein ließ gleich eine runde Wagenburg auf einem Hügel auffahren, stellte seine Pferde und Menschen herein und schickte nach Leitmeritz nach Unterstützung. Laudon zeigte sich gleich darauf in zwei Colonnen und marschirte mit seinen Kroaten von drei Seiten gegen ihn auf, ritt dann vor die Fronte und winkte den Preußen zu, sich zu ergeben. Manstein sagte zu Varenne: hier werden wir uns doch wohl ergeben müssen. Varenne antwortete aber: ich stehe zwar unter Ihrem Befehl, allein Sie wissen von meinen Depeschen, pour moi il faut que je passe. Manstein ärgerte das, und kurz erwiederte er: eh bien, je suis de la partie. Indem Laudon noch winkte, ließ Manstein drei Jäger zugleich nach ihm schießen, die ihn aber alle fehlten. Die Kroaten attaquirten nun mit Geschrei, und Varenne

ward zuerst blessirt; indem er fiel, schrie er Pardon und die ganze Mannschaft mit ihm und warf die Gewehre weg. Manstein schrie: „was Pardon, nun ist's nicht Zeit," und so sprang er vor die Oeffnung, die eben ein herabrollender Wagen machte und stach den ersten Eindringenden nieder, der zweite aber stach und schoß ihn zugleich durch die Brust. Unser Manstein war nun mit Varenne zusammen gefangen und bei seinem Tode gegenwärtig, wobei dieser sich viele Vorwürfe machte und laut gestand, er sei an dem Verlust der Schlacht bei Kollin Schuld. Manstein nimmt daraus, daß Varenne wahrscheinlich den König falsch verstanden und dieser nur gesagt habe, Manstein solle das Dorf reinigen oder ein Bataillon ausrücken lassen. Dies theile ich dir mit, um es Scharnhorst zu sagen, wenn er auf die Schlacht von Kollin kommt [1]."

Die wundersame Erzählung des jüngeren Manstein über den Tod seines Vaters können wir bei Seite lassen. Es genügt, für den wahren Hergang auf die bereits oben mitgetheilten urkundlichen Zeugnisse hinzuweisen. Nur was der Sohn über das Verhalten seines Vaters in der Schlacht und was er über Varenne's Selbstanklage erzählt, ist für uns von Interesse. Der Sohn findet die Behauptung, daß der König seinem Vater den Befehl ertheilt habe, anzugreifen, zu gewagt. Varenne habe freilich den Befehl im Namen des Königs überbracht; sein Vater habe sich geweigert; darauf habe Varenne dem Fürsten Moritz den Ungehorsam Mansteins angezeigt, worauf dann Moritz Manstein angewiesen, da der König es befohlen habe, müsse es schon geschehen. Kalkreuths Diktate führen diese Version des jüngeren Manstein dann weiter dahin aus, daß Moritz die Generale zur Berathung über den Befehl des Königs versammelt und endlich sagt, da „he" es befohlen, müsse es geschehen (S. 76). Kalkreuth und Manstein haben im Jahre 1807 Danzig ehrenvoll gegen die Franzosen vertheidigt, und es bedarf keiner Ausführung, daß des

[1]) Vier Jahre nach der ersten Publikation dieser Abhandlung hat Dr. Lehmann dieses Schreiben im Archiv des Generalstabes unter den nachgelassenen Papieren des Generals v. Scharnhorst ermittelt: Preußische Jahrbücher 1874, 1, 343 ff.

jüngeren Manstein Mittheilungen den modificirten und erweiterten Angaben Kalkreuths zu Grunde liegen. Weiter versichert der jüngere Manstein, bei dem Tode Varenne's gegenwärtig gewesen zu sein, wobei sich dieser viele Vorwürfe gemacht und laut geäußert habe, er sei an dem Verlust der Schlacht von Kollin Schuld. Hieraus entnimmt Manstein, der Sohn, daß Varenne wahrscheinlich den König falsch verstanden und dieser nur gesagt habe: „Manstein solle das Dorf reinigen oder ein Bataillon ausrücken lassen." Varenne hätte also nicht nur dem General Manstein sondern auch dem Prinzen Moritz einen Befehl des Königs überbracht, gegen deren Remonstrationen auf der Ausführung desselben bestanden und sich dennoch im Tode angeklagt, daß er an dem Verlust der Schlacht Schuld sei. Also sich selbst, nicht den Befehl des Königs, den er zu überbringen hatte, hielt er für die Ursache des unglücklichen Ausganges der Schlacht. Diesen höchst auffallenden Widerspruch sucht Manstein, der Sohn, durch eine Konjektur zu heben; er supponirt ein Mißverständniß des Adjutanten: nur das Dorf hätte Manstein reinigen, nicht aber die Stellung der Oestreicher angreifen sollen. Kalkreuth weiß dann dies Mißverständniß noch um einige Grade besser aufzuhellen.

Diese Konjektur ist erst nach Retzows Publikation und in der Absicht, Scharnhorst aufzuklären, zu Tage gekommen. Sie ist überdies Tempelhofs Darstellung entlehnt, der uns schon oben (S. 57) sagte, daß Manstein ein Bataillon Bornstedt aus der Alignementskolonne habe herausrücken lassen. Gegen die Supposition des Sohnes, dem das Andenken des Vaters von einem Vorwurfe zu reinigen als Pflicht der Pietät erscheinen konnte, steht das ältere, vollkommen unverdächtige Zeugniß des Adjutanten, der in jener Stunde an Mansteins Seite war, das bereits angeführte Zeugniß Möllendorfs: daß Varenne seinem General keinen Befehl des Königs überbracht, wohl aber geäußert habe: „man müsse die einigen Kroaten aus dem Dorfe hinaus werfen." Varenne konnte sich mithin bei seinem Tode nur darüber Vorwürfe machen, durch seine Aeußerung den ohnehin sehr ungeduldigen Ehrgeiz des Generals Manstein viel-

leicht noch weiter angestachelt und somit auch seinerseits Veranlassung zu jenem Angriff gegeben zu haben.

Hiernach steht unzweifelhaft fest, daß Manstein ohne den Befehl und gegen die Befehle des Königs angegriffen hat, und es bleibt nach des Oberwachtmeisters von Möllendorf, Tempelhofs [1]) und Berenhorsts eigenem Zeugnisse dabei, daß Manstein angegriffen hat, **bevor** der linke Flügel angriff. Damit fällt die ganze Erzählung Gaudi-Retzows von dem Befehl, den der König dem Prinzen Moritz vorzeitig zum Angriff ertheilt habe, und nur die Angabe Berenhorsts und Kalkreuths wäre mit dieser Reihefolge der Thatsachen vereinbar, daß der König zwar nicht den Angriff, aber doch die Formirung des linken Flügels zu früh befohlen oder vielmehr erzwungen habe.

Gaudi's Journal ist der Sammelort für alle Entschuldigungen der Generale, für alle möglichen Anklagen gegen den König geworden. Man ließ Gaudi von allen Seiten, auch aus den höchsten Kreisen, Rechtfertigungs- und Anklageschriften mit den Beweisdokumenten für die eigene Vertheidigung oder Verherrlichung, so viel man irgend auftreiben konnte, zugehen. Um bei dem Feldzuge von 57 stehen zu bleiben, so sind Gaudi für diesen von dem Herzoge von Bevern die Befehle des Königs, die er während des Kommando's gegen Daun vor der Schlacht bei Kollin, dann während seines Kommando's in der Lausitz und Schlesien gegen Karl von Lothringen erhielt, vorgelegt worden; nach dem Tode des Herzogs sorgte dessen Bruder Karl für die Vertheidigung des Verstorbenen; von den Vertrauten des Prinzen August Wilhelm gingen Gaudi die Instruktionen und Befehle zu, welche dieser vom Könige vor und während des Rückzuges nach Bautzen erhalten hatte [2]). Die von Gaudi hervorgehobenen Stellen der Befehle an Bevern sollen natürlich unter Weglassung entgegenstehender,

---

[1]) Geschichte des siebenjährigen Krieges 1, 214. 215. — [2]) Gaudi 2, 402. Vgl. im Archive des Generalstabes das Schreiben Karls von Bevern aus Glücksburg vom 7. Januar 1789. Die Originalbefehle des Königs an den Herzog von Bevern im geheimen Staatsarchive zeigen noch heute die Bleistiftstriche an den Stellen, die Gaudi abschriftlich mitgetheilt worden sind.

z. B. des Befehls vom 5. Juni 57, die Widersprüche aufweisen, in welche sich der König verwickelt habe, und den Beweis erbringen: „daß in diesen auch der Klügste stecken geblieben wäre [1])." Seinen Bericht über den Rückzug des Prinzen August Wilhelm schließt Gaudi dann mit den Worten: „Es ist unumgänglich nöthig gewesen, die mitgetheilten Operationen ausführlich zu beschreiben, damit man sich von selbigen recht deutliche Begriffe machen und die Kenner des Handwerks ein Urtheil darüber fällen können, ob wohl Jemand dreist genug sein dürfe, die der Armee zugestoßenen Unglücksfälle dem großen Prinzen zuzuschreiben, der über selbige das Kommando führte [2])." Retzow geht noch einen Schritt weiter. Er kann die Hypothese, die gemacht worden sei, nicht verschweigen, daß der König nur darum dem Prinzen das Kommando übertragen habe, damit durch die nun zu erwartenden Unfälle der Unfall, der ihn selbst bei Kollin getroffen, in Vergessenheit gebracht werde [3]).

Um die falschen Vorstellungen und Widersprüche zu beweisen, in denen sich nach Gaudi der König in der Regel bewegte, verwendet Gaudi nicht nur die Befehle desselben an Bevern vor Kollin, sondern auch die, welche der Prinz Moritz nach der Schlacht von Kollin zwischen dem 19. und 30. Juni vom Könige erhielt. Diese Letzteren sind nun Gaudi nicht etwa von Moritz selbst mitgetheilt, sondern der Verfasser jenes Berichts im Archiv des Generalstabes, den wir oben als freilich ungenau benutzte Quelle Gaudi's für den Angriff Manstein's nachgewiesen haben (S. 77), hat am Schlusse seiner Auslassung sechs dieser Befehle abschriftlich beigefügt, von denen Gaudi fünf theils in direkter theils in indirekter Rede oder auszugsweise wiedergiebt. In Gaudi's Quelle sagt der König: „Ew. Liebden Schreiben vom 29. d. erhalte ich sogleich, ersehe aber mit Erstaunen daraus, daß Dieselben sich als morgen auf Zittau zurückziehen wollen. Ew. Liebden werden aber doch so . . . . nicht sein, sich ohne meine positive Ordre zurückziehen zu wollen." — „Dieselben werden mir

---

[1]) Gaudi 2, 96. 105 u. a. a. O. — [2]) Gaudi 2, 169—220. — [3]) Charakteristik 1, 157.

also davor responsable bleiben, wenn Sie ohne meine Ordre sich zurückziehen wollen." Die Quelle fährt fort: „Vermuthlich muß ein Mißverstand zu dieser Königlichen Antwort Anlaß gegeben haben, da der Fürst in seinen früheren Rapports ein Räsonnement wegen des Marsches auf Zittau beigefügt und die Beschwerlichkeit der subsistance bei so weiter Entfernung von den Magazinen berührt haben möchte, sonst weiß man sich nicht zu erinnern, daß der Fürst sollte intentionirt gewesen sein, sich zurückzuziehen." Gaudi erlaubt sich nun nicht blos, in die Lücke, die das Schreiben des Königs in seiner Quelle hat, das Wort „toll" hineinzuschreiben, er erhebt die bedingte Verneinung der Rückzugsabsicht der Quelle zu positiver Gewißheit, indem er fortfährt: „Vermuthlich hat ein Mißverständniß zu diesem überaus harten Briefe Veranlassung gegeben, denn dem Fürsten war niemals eingefallen, sich heute (30. Juni) zurückzuziehen; wohl aber hatte er in seinen Rapports von der Beschwerlichkeit der Subsistenz wegen Entfernung der Magazine in Zittau gesprochen [1])." Unglücklicherweise — für Gaudi nämlich — liegt das betreffende Schreiben des Prinzen Moritz, „Lager bei Jung-Bunzlau, 29. Juni," im geh. Staatsarchive. Das P. S. desselben sagt in Chiffren: „Von dem Generallieutenant Brandis ist noch keine Nachricht eingelaufen, also daß wir uns übermorgen auf Zittau zurückziehen müssen, 29. Juni." Der König hat auf dies Postscript eigenhändig geschrieben: „Er mögte nicht so ungescheit seindt, Sich ohne Meine Ordre zurückzuziehen, ich könnte noch allenfalls von hier Brodt hinschicken." Die Ausfertigung (Leitmeritz, 30. Juni) lautet: „Ew. Liebden Schreiben vom 29. erhalte sogleich und ersehe mit Erstaunen daraus, daß Dieselben als morgen sich auf Zittau zurückziehen wollen. Ew. Liebden werden doch aber so ungescheit und unbedachtsam nicht sein, sich ohne meine Ordre zurückzuziehen, da allenfalls ich noch von hier aus Brodt schicken kann; Dieselben also werden mir davor responsable bleiben, wenn Sie ohne meine Ordre sich zurückziehen wollen."

[1]) Gaudi 2, 171.

Gaudi ist mit den Operationen des Königs von der Schlacht bei Prag ab sehr unzufrieden. Den Sieg bei Prag erklärt er für schädlich. Auch nach diesem durfte man sich seiner Ansicht nach nicht auf die Einschließung Prag's einlassen. Der König habe dann die einmal begonnene Unternehmung aus Eigensinn durchsetzen wollen [1]). Daß er persönlich gegen Daun aufgebrochen, erklärt Gaudi daraus: „daß er den Verdruß nicht habe aushalten können, bei einer Armee zu bleiben, wo der glückliche Erfolg länger, als man gehofft, ausblieb [2])." Die Zurücktreibung Dauns sollte die endliche Ergebung von Prag rasch erzwingen. Vor der Schlacht selbst hat dann der König, wie dies bei Gaudi üblich, die falschesten Vorstellungen von den Absichten und der Stellung des Gegners und giebt sie wie vor Roßbach selbst Gaudi's Rapporten gegenüber nicht auf, bis er sich denn endlich sehr spät durch den Augenschein überzeugen muß. Weiter kann der König es nicht erwarten, zum Schlagen zu kommen, ertheilt zwar eine sehr gute Disposition, handelt dieser jedoch „aus Ungeduld und Verachtung gegen den Feind" entgegen, weil er glaubt, dieser ziehe sich schon zurück. So in der Schlußbetrachtung über die Schlacht. Freilich hat Gaudi in seiner Schlachterzählung selbst das Gegentheil angegeben. In dieser läßt der König das Corps de Bataille halten: „um die Fortschritte Ziethens und Hülsens abzuwarten." Nach dem Unglück sei dann der König um so schmerzhafter bewegt gewesen, weil er sich dasselbe selbst gegen die Vorstellungen anderer Leute zugezogen [3]).

In diesen Zusammenhang paßte eine Hervorhebung des Fürsten Moritz auf Kosten des Königs vortrefflich, obschon es etwas gewagt war, einen zwar sehr tüchtigen Soldaten aus der strengen Schule seines Vaters, von brennendem Ehrgeiz und unvergleichlicher Bravour, dessen Pedantismus und wenig hervorragende Kapacität jedoch nicht verborgen waren, zum taktischen Mentor Friedrichs II. zu erheben. Als Moritz am Nachmittage des 16. Juni zum Könige stößt, läßt Gaudi den König zum Prinzen sagen: „er werde Daun bei Golz=

---

[1]) Gaudi 2, 105. 106. 155. — [2]) 2, 107. 108. — [3]) 2, 155—158.

Jenkau in der linken Flanque angreifen, indem er hinzufügte, er bäte ihn sehr, sich nicht einfallen zu lassen, ihm von Letzterem abzurathen, sofern er sein Freund bleiben wolle [1])." Hiernach hätte der König für nöthig gefunden, sich im voraus gegen die als sicher vorauszusetzende Vorsicht des Fürsten und dieser entsprechende Remonstrationen zu schützen. Als Einleitung zu den Vorstellungen, die Gaudi dem Prinzen während der Schlacht in den Mund legt, ist die Aeußerung des Königs vortrefflich, historisch leider unhaltbar. Wußte der König, daß Moritz nach Lage der Dinge bedenklich war zum Schlagen, er hätte ihn, dem er eben erst bei seinem Abmarsch das Kommando vor Prag auf dem rechten Ufer der Moldau übertragen hatte, sicherlich nicht nachkommen lassen. Das Schreiben des Königs vom 14. Juni, welches Moritz rief, sagt sehr deutlich und bestimmt: „Es kommt hier auf wenige Tage, zugleich aber auch auf wenige Stunden an." Daß die Brüder des Königs, daß die Umgebung des Prinzen Heinrich nach der Schlacht dafür hielten, daß Fürst Moritz den König zur Schlacht gedrängt habe, dafür sind oben die Beweise gegeben. Daß sie dies bereits vor der Schlacht befürchteten, zeigt Henkels Tagebuchnotiz vom 18. Juni: „Wir waren sehr in Unruhe über den Ausgang der Unternehmungen des Königs, da wir wohl wußten, daß seine Hitze und der grenzenlose Ehrgeiz des Fürsten Moritz, welcher Letztere keinen Anstand genommen haben würde, das Schicksal des Staats auf eine Nadelspitze zu setzen, die Sache bis aufs Aeußerste treiben würden [2])."

Aber zugegeben, die Dinge zwischen dem Könige und dem Fürsten seien in der Schlacht gerade so zugegangen, wie Gaudi sie darstellt, so müßten sich Spuren eines so schweren Vorganges in dem persönlichen Verhältnisse des Königs und des Prinzen wenigstens in den ersten Wochen nach der Schlacht finden. Dies ist keinesweges der Fall. Als der König während des Feldzuges von 1756 den Prinzen einmal hart angelassen hatte, schrieb er gleich darauf unter einen Befehl vom 11. September: „Sein Sie mir nicht mehr böse",

[1]) Gaudi 2, 124. — [2]) Henkel a. a. O. 1, 229.

und wiederholt denselben Zusatz am Schlusse des Befehls vom 12. September. Von 19. Juni bis 5. Juli 1757 liegen die täglichen Meldungen des Prinzen vor. Sie sind in dienstlichem Stil gehalten und von ihm nur unterschrieben. Am 24. Juni bittet er: ins Hauptquartier des Königs kommen zu dürfen, um sich über die Stellungen auf dem linken Elbufer zu unterrichten und wegen der Verpflegung Abrede zu treffen. Er erhält diese Erlaubniß, spricht den König am 25. in Lissa, schreibt am 27. über die Befehle, die der König ihm mündlich ertheilt habe, und fährt dann fort: „Wenn beide Armeen vereinigt würden, wäre mein Wunsch erfüllt, Eurer Majestät aufzuwarten.“ Eigenhändig fügt er hinzu: „Gott wird meine Wünsche erfüllen, Eure Majestät wiederum tranquillisirt zu sehen.“ Als er dann seinen Rückzug nach Jung-Bunzlau aus Besorgniß vor dem Anmarsch der Oestreicher anzeigt, antwortet der König am 28.: „Ich habe nicht gerne gesehen, daß Er sich ohne Noth zurückgezogen hat, aber weil es geschehen ist, lasse ich es passiren. Morgen wird mein Bruder, der Prinz von Preußen, abgehen; wenn meinem Bruder dort Alles übergeben ist, soll Er mit seinem Regiment zu mir stoßen.“ Wie der König die Meldung des Prinzen, daß er am 31. Juni auf Zittau zurückgehen werde, erwiderte, ist oben angegeben.

Nichts in diesem Briefwechsel deutet auf ein tiefgehendes Zerwürfniß, auf besondere Verletzungen. Hatte der König dem Prinzen hartes Unrecht gethan, so konnte Moritz nicht wünschen, den König zu sprechen, um laufende Dinge des Dienstes zu regeln, noch weniger, dauernd in seiner Nähe zu sein, unter dem persönlichen Befehle des Königs zu stehen. Noch weniger konnte es dem Könige genehm sein, die lebendigste Mahnung an einen von ihm selbst begangenen schweren Fehler, der sich so furchtbar gerächt hatte, in seiner Umgebung zu haben. Dieser Briefwechsel macht in keiner Weise den Eindruck, als ob der König sich irgend etwas gegen Moritz vorzuwerfen hatte, vielmehr den, daß Moritz das Bedürfniß fühlte, die Gewogenheit des Königs wiederzugewinnen. Daß ihn der König in Leitmeritz nicht mit entschuldigender Freundlichkeit empfing und ebenso wenig freund-

lich die Brüder des Königs, haben wir bereits gesehen (S. 69). Der Grund, warum der König ihn nach Leitmeritz rief, war der, daß er Moritz nicht für fähig hielt, die Armee selbstständig zu führen. Er gab das Kommando dem Prinzen August Wilhelm, weil er erwartete, die Generale würden sich dem Thronfolger williger fügen und dieser selbst dem Rathe Winterfeldts folgen.

Zu diesen Indicien aus dem Verhalten des Prinzen Moritz nach der Schlacht dem Könige gegenüber tritt der Bericht eines Augenzeugen, der, etwa ebenso jung, wie Fürst Franz Leopold, im Gefolge des Prinzen Moritz, im Gefolge des Königs der Schlacht beiwohnte. In diesem hatten sich wie immer zwei Leibpagen, von Schwerin und von Putlitz, befunden. Der Letztere, welcher, auf dem Schlachtfelde von Leuthen zum Lieutenant ernannt, darnach Major im ersten Garde-Bataillon gewesen war, schreibt am 20. Juli 1798 dem Könige Friedrich Wilhelm III. aus Stölitz in Pommern: er dürfe nicht länger schweigen, besonders da König Friedrich II. nach der Schlacht zu Melnik gesagt, seine Pagen würden ihm einst bezeugen, wie wenig seine Befehle bei Kollin ausgeführt worden seien. Er schließt seine Zuschrift an den König mit den Worten: „Ich habe dies mein Zeugniß nach Ehre und Gewissen abgelegt und will es nicht mit ins Grab nehmen.“ Man wird dieser direkt und unter Uebernahme der Vertretung der Wahrheit abgegebenen Aussage doch mindestens denselben Glauben beimessen müssen, als der indirekt durch Berenhorst (und in zweiter Linie durch Kalkreuth) überlieferten Aeußerung des Herzogs von Dessau, die ebenfalls erst um diese Zeit, nach Veröffentlichung der histoire de la guerre de sept ans, im Jahre 1797 zu Tage getreten ist[1]). Putlitz berichtet: „Der König sagte zu allen Herren Generals: — wir müssen den Feind blos auf seinem rechten Flügel angreifen, denn hier kann er uns höchstens nur 6 bis 8 Bataillons Fronte weisen, mit unserm linken Flügel ziehen wir uns daher an den Kolliner Fluß weg; und so rollen wir den Feind ordentlich auf,

[1]) Gegen Retzows Charakteristik hat derselbe Georg Karl Gans Edler zu Putlitz nachmals Memoiren abgefaßt.

indem wir seinen rechten Flügel in dessen linken hineinwerfen, der entweder in den Morast, oder sich uns ergeben muß. Unser rechter Flügel muß sich zurückhalten, und zwar so, daß er womöglich keinen feindlichen Schuß höre, geschweige einen solchen empfinde. Sie sehen, meine Herren, dort ganz links die großen Gebäude oder Speicher, dabei liegt ein kleines Dorf und einige Teiche; hier muß sich unser rechter Flügel appuyiren, und sollte dieser sich links ziehen, wenn unser linker Flügel attaquirt, so muß er doch immer sich so zurückhalten, wie ich gesagt habe. Wagt sich nun der Feind von seinen Bergen in die Plaine, so empfängt ihn unsere ganze Cavallerie, welche sogleich in den Feind einhauen muß. Die Herren von der Cavallerie werden ja sehen, wie sie ihre Sache am besten machen; der General Ziethen hat den feindlichen Husaren den Weg gewiesen: machen Sie es auch so, so sind die Feinde gewiß verloren. Er, mein lieber General Hülsen, nimmt 8 Bataillons von unserm linken Flügel und greift mit diesen des Feindes Verschanzungen bei jenem Dorfe vor dessen rechtem Flügel an und nimmt sie weg; ich folge ihm gleich mit der Armee. General Treskow marschirt mit meinem linken Flügel so, daß er damit an General Hülsens rechten stößt; und so folgen die andern Herren Generals; auf diese Art wird unser rechter Flügel wohl an jene massiven Gebäude stoßen, wo sich derselbe unbewegt halten muß, bis es nöthig ist und ich schicke, er solle sich auch links ziehen. Die Cavallerie bleibt hinter der Infanterie à portée, damit sie bereit ist, hinzugehen, wo es nöthig ist, und sie einhauen kann; überdem hat sie die schöne Plaine vor sich. Ueberhaupt muß sich an kein feindliches Schießen eher gekehrt werden, bis wir unsre Stellung haben; nur der General Hülsen greift sogleich an, wie er an den Feind kommt. Der König forderte jetzt noch die Herren Generals auf, zu sagen, ob sie ihn alle recht verstanden hätten, indem er sagte: wer von den Herren es nicht verstanden, der sage es, ich nehme es nicht übel und will es gern wiederholen. Alle bejaheten, es verstanden zu haben; der Fürst Moritz sagte noch: wer wolle das nicht verstehen, es ist ja so deutlich, daß niemand fehlen kann. Und o leider, daß ich es meiner Pflicht gegen

den großen König und der Wahrheit gemäß sagen muß: gerade Er, der sonst so tapfere und erfahrene Krieger, war derjenige, der alles mißverstanden hatte und die ganze Distance der Armee verschlug. Er hatte die Punkte, wo die Flügel zu stehen kommen sollten, mit einander verwechselt, und da, wo nach des Königs Befehl der rechte Flügel stehen sollte, hat er den linken schon halten lassen; mithin ging die ganze Distance der Armee des Königs und des Corps des General Hülsen verloren. Wie nun unser linker Flügel auf den Punkt, welcher für den rechten bestimmt war, kam, so spielten die östreichischen Batterieen auf denselben, und — o Gott, wenn ich daran gedenke — Fürst Moritz sprach das unglückliche Wort: Halt! Aufmarschirt! General Treskow rief dem Fürsten zu: Ihro Durchlaucht, was machen Sie? Der König hat ja befohlen, hier soll der rechte und nicht der linke Flügel stehen. Beide verwickelten sich hierüber in einen Wortwechsel, der dem Zuschauer einen augenblicklichen Duell erwarten ließ. General Treskow ward äußerst heftig und sagte: Bleiben Ew. Durchlaucht auf Ihrem Platz, hier ist der meinige, der König hat mir Verhaltungsbefehle gegeben. Der Fürst erwiederte hierauf: Aber, aber Ew. Excellenz, ich befehls so, ich befehls; und änderte nichts an dem gegebenen Befehle zum Aufmarsch. Ihr Streit ging so weit, daß wir Pagen sowohl denselben als auch die Ursache davon bemerkten und unter uns sagten: Wenn es heute gut geht, so gehts jederzeit gut. Der König, welcher sich mit Beobachtung des Feindes beschäftigte, hörte es, sahe sich um und entdeckte jetzt, was für ein Mißverständniß herrschte. Er sprengte hinzu, schrie: Aber, Ihr Herren, Halt! Halt! ins Teufels Namen, was machen Sie? Halt! Halt! Allein hier war an kein Halten zu denken; es war einmal durch die ganze Armee Marsch geschlagen; der König mochte schreien und rufen, soviel er wollte, vergebens. Nun, so geh es in Gottes Namen sagte der König, zog den Degen, und so ging es frisch vor sich. General Manstein, dem gleich die Schuld an diesem Fehler beigelegt wurde, hatte seine Brigade in der Mitte; was war also natürlicher, als daß er folgen mußte, und auch aufmarschiren ließ, da der linke Flügel schon aufmarschirt stand?

Sowohl die Mitte, als auch der rechte Flügel, den der Herzog von Bevern kommandirte, mußten glauben, der König habe es anders befohlen, und folgten dem Beispiel des linken Flügels; wo sollten sie auch hin, da dieser schon fest stand? Es ging also vorwärts. Der Herzog von Bevern hat dem allen ohngeachtet seinen rechten Flügel soviel wie möglich zurückgehalten. Der Zwischenraum beider Armeen, des Königs und General Hülsens, war zu groß, um ausgefüllt werden zu können. Sechs Bataillons waren nur im zweiten Treffen, zwei davon mußten sogleich, für ein bekanntes Regiment, welches wich, ohnerachtet der König selbst es wieder einmal heranführte, ins erste Treffen, die vier andern rückten in die Lücke, waren aber nicht hinlänglich, um den Feind zu verhindern, daß er sich des großen Zwischenraumes bediente. Der König befahl, die Kavallerie solle dort einrücken, allein auch dies war nicht möglich zu machen. Die Attaque ging also vor sich. General Manstein traf mit seiner Brigade auf ein Dorf vor des Feindes Front, welches mit starken Leim-Mauern umgeben und besetzt war; alles ward hinausgeworfen, und so gingen unsere Leute gerade auf die Berge los, ohnerachtet der Feind aus seinen daselbst eingeschnittenen Kanons ein schreckliches Kartätschenfeuer auf sie machte, brachten alles zum Weichen. Die Oestreicher warfen Bataillons- und Regimenterweise die Gewehre weg und kamen zu uns herüber, so daß ich mit Grunde der Wahrheit behaupten kann: es befanden sich gewiß 8 bis 10,000 Mann als Gefangene und Deserteurs hinter unserer Armee. Während diesem hatte auch General Hülsen das Dorf weggenommen, und alles zurückgeworfen, und viele Kanonen erobert. Das Regiment Normann ließ dem Könige melden: daß es allein 24 Kanonen erobert hätte. Durch die Attaque des General Hülsen auf den feindlichen rechten Flügel, und des Königs auf die Mitte, war der feindliche rechte Flügel völlig geschlagen und gewichen, so daß östreichische Deserteurs und unsere eigenen gefangen gewesenen Leute versicherten, der Feldmarschall Daun sei mit dem Rest des rechten Flügels schon $1\frac{1}{2}$ Meile hinter der feindlichen Armee gewesen. Der Feind glaubte sich selbst ganz geschlagen und mochte wohl, um seinen Rückzug zu decken, die Kavallerie

vorgeschickt haben. Der König besorgte nicht ohne Grund, diese möchte sich die Blöße des linken Flügels zu Nutze machen und in solchen, wie es nachher auch wirklich geschahe, einhauen. Er schickte also Mal auf Mal: unsere Cavallerie solle attaquiren und die Infanterie decken; allein sie kam, so oft der König auch nach ihr geschickt hatte, nicht. Der holländische Oberstlieutenant van der Hoppe, den der König dreimal hingeschickt hatte, sagte endlich: Ew. Majestät, sie wollen nicht attaquiren. Die Oestreicher fingen schon an, in unsere Infanterie einzuhauen, und zogen sich hinter unsern linken Flügel. Nun sprengte der König zur Kavallerie: Aber meine Herrn Generals, wollen Sie nicht attaquiren, sehen Sie nicht, wie der Feind in unsere Infanterie einhaut? Ins Teufels Namen, attaquiren Sie doch! Allons ganze Kavallerie, Marsch! Marsch! und so brachte sie der König heran. Die Oestreicher hatten sich mit der noch hinzugekommenen Kavallerie formirt, während daß sich Panduren in einen hohlen Weg gezogen, die sonst im Getreide lagen. Die östreichische Kavallerie hatte dazumal noch die Gewohnheit, zuvor ihre Karabiner abzufeuern, ehe sie den Pallasch aufnahm; dies that sie auch hier; ihr Geknatter und der Panduren Feuer, mitunter auch wohl Kanonen- und Kartätschen-Kugeln, brachten unsere Kavallerie zum Fliehen, und zwar so, daß der König, alle Generals und Offiziers alles Haltschreiens ohngeachtet sie nicht zum Stehen bringen konnten; sondern der König ward im Stiche gelassen u. s. w"

Die Erzählung Gaudi's hat ihre Hauptstütze in der Disposition gefunden, welche sie dem Könige für die Schlacht beilegt. Der König spricht, wie die oben mitgetheilten Dokumente zeigen, überall nur davon, daß es seine Absicht gewesen, den rechten Flügel und die rechte Flanke des Feindes anzugreifen, seinen eigenen rechten Flügel aber ganz zu versagen, der deswegen „strengen Befehl erhalten habe, den großen Weg nicht zu überschreiten." Nach Gaudi's Angaben soll der König dagegen beabsichtigt haben, den Feind zu umgehen. Zu diesem Zwecke sollte Hülsen dem Corps de Bataille tausend Schritt voraufgehen und, von Ziethen links gedeckt, Kretschor, insbesondere aber den Eichbusch nehmen, der einen Kanonenschuß über

der Flanke des Feindes liege. Der linke Flügel sollte beständig fortmarschiren, zwischen Kretschor und Kutlirz durchgehen und den Eichbusch zum point d'appui nehmen. Darauf, daß der König dann den Fortmarsch des Corps de Bataille bis zum Eichbusch nicht gestattet habe, basiren alle jene Vorwürfe über Abweichung von der Disposition, welche Gaudi gegen den König erhebt. Wenn der Feldherr uns seine Disposition angiebt, der Adjutant eine davon abweichende, wem von beiden haben wir zu glauben? Die Disposition ist, wie Gaudi zugiebt, nur mündlich ertheilt, und es steht nach dem Zeugniß eines bei der Schlacht Anwesenden fest, daß die Adjutanten des Königs nicht gegenwärtig waren, als der König sämmtlichen Generalen die Disposition zur Schlacht ertheilte [1]). Gaudi kennt dieselbe also nur, wie sich unten weiter bestätigen wird, aus zweiter Hand, und die Befehle, welche er über die vom Könige selbst angegebenen hinaus diesen ertheilen läßt, erregen doch einiges Bedenken. Was hatte es für einen Sinn, dem General Hülsen einen Vorsprung von tausend Schritten zu lassen, wenn das Corps de Bataille bis eben dahin marschiren sollte, bis wohin Hülsen links vorzugehen befehligt war, nämlich bis zum Eichbusch? Was hatte es für einen Sinn, dem rechten Flügel zu befehlen, den Kaiserweg nicht zu überschreiten oder, wie es bei Gaudi wiederholt heißt, „am Kaiserwege zu bleiben", wenn es darauf abgesehen war, die Armee die Stellung einnehmen zu lassen, welche ihr Gaudi auf seinem Schlachtplan giebt und welche er im Text erläutert, daß der rechte Flügel südwärts vom Kaiserwege, der linke am Eichbusch stehen sollte? Es wäre dies kein Versagen des rechten Flügels gewesen, sondern eine Umgehung, der Aufmarsch der gesammten Armee des Königs in der rechten Flanke der östreichischen Armee. Die Attacke Hülsens wäre dann nicht die Vorschiebung des linken Flügels gewesen, sondern eine Attacke vor der Linie. Hülsen hätte mit zehn Bataillonen im ersten Treffen gestanden, Fürst Moritz mit vierzehn im zweiten, und hinter diesen hätten sich acht Bataillone im dritten Treffen nebst den

[1]) Neue Bellona 1805 S. 118.

Kavallerieregimentern befunden, welche Ziethen nicht überwiesen waren. Daß von „nicht Ueberschreiten“ des Kaiserweges bei dieser Aufstellung keine Rede sein konnte, beweist ein Blick auf das Terrain. Die Linie derselben auf Gaudi's Plane mißt über 3000 Schritt, die Entfernung vom Kaiserwege bis zum Eichbusch beträgt, mit Einschluß des Letzteren, gegen 4000 Schritt; die vierzehn Bataillone des ersten Treffens des Corps de Bataille konnten bei der damaligen zusammenhängenden Aufstellung diesen Raum nicht einmal ausfüllen.

Es ist an sich nicht wahrscheinlich, daß der König eine Disposition dieser Art gegeben hat. Die geniale Anschauung, welche den König bestimmte, von den Parallelschlachten abzugehen, die er vorfand, seine sogenannte schräge Schlachtordnung will eine überlegene Stärke auf einen der feindlichen Flügel bringen, den angegriffenen Flügel in der Front und in der Flanke fassen, durch diesen Angriff zugleich die Aufstellung des Feindes derangiren. Der refüsirte Flügel war dazu bestimmt, die nicht angegriffene Schlachtlinie des Feindes in Respekt zu halten, dem eigenen angreifenden Flügel aber zum Soutien, im Falle des Rückzuges als Reserve zu dienen. Nahm man den refüsirten Flügel ganz weg, so veränderte dann auch der Feind entsprechend seine Stellung und gewann freie Hand, alle seine Kräfte auf den bedrohten Punkt zu wenden. So die konstante Anschauung des Königs. Sie ist bereits in der Instruktion vom 17. März 1742 angedeutet[1]), darnach in den Principes généraux de la guerre von 1748 und 1753, in den Pensées (1755), späterhin in den Instruktionen von 1756 und 57, in dem Befehl an den Grafen Dohna vom 20. Juli 1758, in der Disposition und den Reflexionen desselben Jahres u. s. w. ausgesprochen[2]). Diese bestimmten, durch Pläne erläuterten Vorschriften lassen keinen Zweifel über die Absicht, die der König auch bei Kollin verfolgte. Auch bei Leuthen gingen neun Bataillone dem Feinde direkt in die Flanke, aber nicht tausend Schritt dahinter, wie bei Kollin, sondern dicht angeschlossen folgte

[1]) Oeuvres 30, 53. — [2]) Oeuvres 28, 74. 112. 113. 30, 205. 222. 237 238. 251. 28, 149. 160.

der rechte Flügel unter dem Kommando desselben Prinzen Moritz. Eben um zu vermeiden, was bei Kollin geschehen, war befohlen, daß die Bataillone des rechten Flügels nur in Staffeln angreifen sollten, daß jedes Bataillon seinen Nachbar zur Rechten funfzig Schritt vorauslassen müsse. Der linke Flügel aber blieb dem Centrum des Feindes bei Leuthen gegenüber, bis der Angriff der vorgeschobenen Flanke und des rechten Flügels gelungen war. Wollte der König bei Kollin seine Stellung vor der Front des Feindes nicht wenigstens westlich bis Chotzemitz festhalten, wollte er nicht wenigstens einen Theil der feindlichen Front in Respekt halten, warum wurde dann das erste Treffen auf 14 Bataillone verstärkt, das zweite auf 8 Bataillone reducirt? Warum begab sich dann der König nicht gleichzeitig mit der Flanke und den beiden Treffen, d. h. in diesem Falle mit allen drei Treffen dicht aufgeschlossen hinter Kretschor, um den Feind hier mit voller Macht über den Haufen zu werfen? Sollte dies successive geschehen, etwa um den Feind zu täuschen und Gegenanstalten desselben zu hindern? Aber der Feind übersah von seinen Höhen ja jede Bewegung der preußischen Armee.

Die Disposition, welche Gaudi dem König unterlegt, widerstreitet nicht nur den eigenen Angaben des Königs und seiner konstanten Taktik; er konnte die Gaudi'sche Disposition überhaupt nicht geben. Letztere hätte den Parallelmarsch des Feindes nach sich gezogen. Aber auch, wenn dies nicht geschah, war mit dem Aufmarsch der preußischen Armee in der von Gaudi gegebenen Linie nicht blos Daun, sondern auch sie selbst umgangen. Sie selbst stellte Daun zwischen sich und Prag, sie gab Daun die Straße nach Prag frei und mußte mit der Elbe hart im Rücken fechten. Daun brauchte nicht mehr mit dem Könige zu schlagen, um das Belagerungscorps auf dem rechten Ufer der Moldau im Rücken zu fassen. Und wenn man nicht so weit gehen will, das preußische Gepäck lag in Kaurzim, die Armee des Königs, die beiden Armeen vor Prag lebten aus den Magazinen von Nimburg und Brandeis.

Es hieß, alles dies preisgeben, wenn man die Kaiserstraße aufgab. Gerade daß diese beiden Magazine und zugleich die Belagerung

von Prag zu decken waren, bezeichnet der König als die Schwierigkeit seiner Aufgabe. Es war kühn genug, wenn der König den Kaiserweg von Chotzemitz westlich bis Planian freigab. Wollte er mit der ganzen Armee nach Osten, dann durften die Verwundeten nicht, wie geschah, nach Planian, sie mußten nach Predhrad und Podiebrad gebracht werden.

Die Disposition des Königs bei Gaudi-Retzow ist erfunden, aber nicht ganz frei erfunden. In jener Handschrift, welcher Gaudi die oben besprochenen Befehle an den Fürsten Moritz entlehnte, heißt es: „Die Husaren sollten das bei Kutlirz stehende Nadasdy'sche Korps attaquiren und die daselbst gelegene Anhöhe okkupiren. Die sechs Grenadier-Bataillone und die Reserve unter Hülsen und Oberst Finck sollten Brzistwy und Kretschor emportiren —, mittlerweile die Armee am Kaiserweg entlang marschiren sollte, bis selbige mit der Tête zwischen Kutlirz und Kretschor durchmarschiren könnte, alsdann der linke Flügel der Infanterie an das Hölzchen, so auf der Anhöhe von Kretschor lag, appuyirt werden und solcher Gestalt der Feind in seiner Flanke angegriffen und raflirt werden sollte, der rechte Flügel der Armee aber immer zurück und am Kaiserwege gehalten werden sollte. Die Tête der Infanterie linken Flügels war kaum bei dem am Kaiserwege gelegenen Wirthshaus Bradiz angelangt, so ward aufmarschirt, so daß Brzistwy noch über den linken Flügel vorwärts hinaus zu liegen kam. Was zu dieser Abänderung Anlaß gab, hat man während der Aktion auf dem rechten Flügel nicht erfahren; vermuthlich kann ein gebrachter Rapport, daß das schwierige Terrain den Marsch nicht zulassen wolle, und die Kanonade des Feindes gegen das Altbevern'sche Regiment und andere Mannschaften, in denen Pelotons auf dem Marsche todtgeschossen wurden, zu diesem zeitigen Aufmarsch Gelegenheit gegeben haben. Die Folgen davon sind bekannt; da zwar die Bataillone des linken Flügels Alles vor sich Findende über den Haufen warfen und Fahnen nebst vielen Kanons erbeuteten, so wurden doch solche von den ihnen links stehen gebliebenen feindlichen Corps de Reserve in der Flanke

attaquirt und endlich theils völlig entourirt, theils geschlagen und gefangen."

Man wird zugeben, daß es mindestens auffallend ist, wenn gerade diejenige Quelle Gaudi's, deren Verfasser dem Prinzen Moritz so nahe stand, daß er die diesem unmittelbar nach der Schlacht zugegangenen Befehle des Königs abschreiben konnte, nur Vermuthungen über die verfrühte Formirung des linken Flügels zu äußern wagt. Für die Feststellung der Genesis der Disposition Gaudi's ist jedoch die Angabe dieser Quelle, „daß der linke Flügel der Infanterie sich an den Eichbusch stützen sollte", von Werth. Hiermit stimmt Putlitz, der den König sagen läßt, daß Treskow sich an Hülsens rechten Flügel anzuschließen habe, wie Tempelhofs Darstellung: „Sobald die Têten der Kolonnen etwas über den rechten Flügel der Armee hinausgekommen sein würden, welches ohngefähr Kretschor gerade gegenüber geschehen mußte, sollte General Hülsen den avancirten Posten des Feindes bei Kretschor angreifen. Sobald er den Feind von diesem vertrieben, sollte er sich immer links halten und auch den Feind aus dem Eichbusch bei Radowesnitz vertreiben. Unterdessen sollte die Armee ihren Marsch fortsetzen. Erreichte Hülsen seine Absicht, so sollten die Bataillons vom linken Flügel gerade auf des Feindes rechten Flügel losgehen; die Linie sollte aber nicht auf einmal den Feind angreifen, sondern der ganze rechte Flügel sich beständig zurückhalten." Dann fährt Tempelhof fort: „Hieraus folgte also, daß, wenn Hülsen den Posten bei Kretschor über den Haufen geworfen und weiter nach dem Eichbusche vorrückte, die Tête der Kolonnen zwischen Kretschor und Kutlirz durchgehen mußte, so daß, wenn dieser General sich auch zum Meister des Eichbusches gemacht hätte, der linke Flügel sich an denselben angeschlossen hätte. Alsdann hätte die Armee sich durch ein Rechtsschwenken der Züge formiren sollen, und dadurch würde sie die schräge Stellung erhalten haben, die der König im Sinne hatte; der linke Flügel würde der feindlichen Flanke gegenüber, der rechte ungefähr in der Gegend vom Wirthshause (Slate Slunze) zu stehen gekommen sein[1])." Ob, um den Anschluß

[1]) Tempelhof a. a. O. 1, 210.

an Hülsen zu erreichen, die Tête zwischen Kretschor und Kutlirz durchgehen mußte, wie Tempelhof folgert, Gaudi als Vorschrift des Königs angiebt, oder aber, wenn Hülsen den Feind bereits weit genug zurückgeworfen hätte, Kretschor links lassend, den Anschluß erreichte, ist hierbei gleichgültig.

Wenn in den Angaben jener Quelle Gaudi's, in der Aussage des von Putlitz, in der Darstellung Tempelhofs Anzeichen liegen, aus welchen Elementen die Disposition, welche Gaudi dem Könige unterlegt, erwachsen ist, so erhellt deren Entstehung noch deutlicher aus einer anderen Urkunde. Das Archiv des Generalstabes bewahrt eine zweite Handschrift: „Relation der Bataille bei Kollin", nicht lange nach der Schlacht von einem Manne geschrieben, der die Ereignisse in der Nähe gesehen hatte und scharf aufzufassen vermochte. Diese Handschrift liegt Gaudi's Erzählung zu Grunde; er folgt derselben an vielen Stellen wörtlich, an anderen mit geringen stilistischen Veränderungen und entlehnt ihre Urtheile. Zugleich aber hat er diese Relation erweitert und jene Unterredungen des Königs mit Moritz in dieselbe an den Stellen, welche ich bezeichnen werde, eingeschoben. Die Einleitung der Relation stimmt wörtlich mit der Erzählung bei Gaudi. Dann läßt die „Relation" den König bei Novi mesto mit der Tête der Armee halten, um die Queue abzuwarten und während der Zeit die Disposition zum Angriff zu machen. Darnach heißt es: „Die Husaren rückten bis Slate Slunze vor. Der Feind hatte mehr Vertrauen auf den starken Posten, so er inne hatte, als auf seine Armee. Es war unmöglich, etwas auf seiner Fronte zu unternehmen." Gaudi legt die hervorgehobenen Worte mit einer kleinen Aenderung dem Könige in dem Augenblick in den Mund, als die Armee sich wieder in Marsch setzt; der König sagt bei Gaudi: „Sicher verläßt sich Daun mehr auf seinen festen Posten als auf den Muth seiner Truppen." Die „Relation" fährt fort: „Der König ließ die Generals zusammenkommen und beschloß, den Feind ganz zu tourniren, nichts wie seinen rechten Flügel und Flanke anzugreifen und den unsrigen beständig zurückzuhalten, ohne ihn ins Feuer zu bringen, welches unterschiedene Mal wiederholt

wurde. — Es war zu glauben, daß der Feind alles anwenden würde, um seine Flanke zu decken; deshalb wurde General von Hülsen mit einer Avantgarde von drei Grenadierbataillons aus der rechten Flanke und vier von der Reserve, ingleichen der General-Lieutenant von Ziethen — kommandirt, um nebst vier schweren Kanons vor der Armee, die noch eine halbe Meile vorwärts rücken mußte, ehe sie dem Feinde gegenüber war, zu marschiren, das Nadasdy'sche Korps zurückzutreiben, die bei Kretschor liegende Batterie wegzunehmen, die anderen Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die der Feind uns, um seinen rechten Flügel und Flanke zu unterstützen, machen würde, und zu gleicher Zeit die linke Flanke der Armee zu decken, auf welche wir befürchteten, daß der General Nadasdy etwas unternehmen würde, und zu dem Ende Kretschor und einen vor der feindlichen rechten Flanke auf der Höhe liegenden Eichbusch zu besetzen. Die fernere Veranstaltung brachte mit sich, daß der linke Flügel der Infanterie Kretschor nahe links lassend und an gedachten Eichbusch angelehnt, die Kavallerie dieses Flügels aber auf der anderen Seite sich setzen und durch diese Stellung Front gegen des Feindes Flanke und nach Planian gemacht werden sollte." — „Hülsen stellte seine Avantgarde in den Grund vor der Kirche von Kretschor; die drei Grenadierbataillons setzte er ins erste Treffen, die vier übrigen ins zweite — und die vier schweren Kanons wurden auf dem rechten Flügel des ersten Treffens aufgefahren. Es war zwei Uhr Nachmittags, als der Angriff auf dieser Seite zu machen angefangen wurde. Die Armee, welche noch im Marsch war, blieb in Kolonnen halten, um den Erfolg desselben abzuwarten. Die Kavallerie des linken Flügels war, in Zügen bleibend, bis unten an den Berg von Kretschor gerückt und die Infanterie neben ihr weg, bis fast an ihre Tête marschirt, wo sie auch stehen blieb. Die Folge lehrte uns, daß wir besser gethan, wenn wir noch weiter und bis an den Eichbusch marschirt wären."

Was also die Folge gelehrt hat, setzt Gaudi in die Disposition des Königs. Er schiebt weiter bei diesem Halt der Armee die erste Unterredung des Prinzen mit dem Könige, jene Vorstellung des Letz-

teren, ein, „daß die Armee, um den befohlenen Stützpunkt zu erreichen, noch länger in Marsch bleiben müsse." Befohlen war aber nach der „Relation" nur, daß Hülsen die Batterie und Kretschor wegnehmen, Kretschor besetzen, dann den Eichbusch gewinnen solle.

Die „Relation" fährt fort: „Der General-Major von Hülsen fand bei seinem Angriff viele Hindernisse; die Batterie hinter Kretschor und die, so vor der feindlichen Kavallerie lag, feuerte unaufhörlich mit Kartätschen, und seine Bataillons litten viel dadurch; sie gewannen indessen doch immer Terrain, und sobald sie die Höhe erreicht, zog er die vier Bataillons, so er im zweiten Treffen hatte, ins erste, um eine längere Front gegen den Feind zu haben, welcher, sobald diese Bataillons durch Kretschor gegangen, die Batterie verließ und sich mit einigen von selbiger noch geretteten Kanons in den oft bemeldeten Eichbusch warf. Die Kavallerie des Nadasdy'schen Korps, so zwischen Kretschor und Kutlirz stand, wurde von den Husaren und Dragonern unserer Avantgarde bis Radowesnitz getrieben; allein beim Nachhauen wurden sie aus dem Eichbusch im Rücken befeuert und genöthigt, sich mit dem rechten Flügel wieder an Kretschor und mit dem linken an Kutlirz zu setzen. Der König detaschirte die beiden Grenadierbataillons aus der linken Flanke, um den rechten Flügel der Attaque des Generalmajors Hülsen noch mehr zu souteniren. — Kretschor gerieth in Brand, als die Infanterie des Hülsen'schen Korps durch war, und das Bataillon von Finck mußte den Kirchhof desselben besetzen."

Gaudi schiebt in diesen Theil der „Relation", und zwar in dem Moment, „wo zwar noch keine Meldung Hülsens eingetroffen, aber man doch mit bloßen Augen entdecken konnte, wie viel Terrain Hülsen bereits gewonnen", die zweite Unterredung des Prinzen Moritz mit dem Könige ein, die erneute Bitte des Prinzen, bis zum Eichwald fortmarschiren zu dürfen. Der Eichwald war aber von Hülsen noch nicht genommen, und zwischen Kutlirz und Kretschor wäre der Prinz noch weniger durchgekommen, da Nadasdy den Terrainabschnitt hinter diesen beiden Dörfern wieder mit seiner Kavallerie besetzt hatte. Dann kommt bei Gaudi die Meldung von Hülsens und Ziethens

glücklichen Erfolgen und die dritte Unterredung mit Moritz; der Aufmarsch des Corps de Bataille wird vom Könige erzwungen.

Die „Relation" fährt nach den Worten, bei denen wir oben abgebrochen haben, unmittelbar fort: „Die Armee blieb in Kolonnen auf eben dem Platze, wo sie Halt gemacht, stehen, bis der Feind noch eine Batterie formirte, welche dem linken Flügel unserer Infanterie etwas Schaden that. Darauf wurde aufmarschirt, so sehr auch einige der Meinung waren, den Marsch en colonne noch weiter fortzusetzen und sich alsdann zu formiren." Weiter unten, in der Beurtheilung der Führung der Schlacht, bemerkt die „Relation:" „Es ist zu glauben, daß es uns widerfahren, zu zeitig aufzumarschiren, weil wir sahen, daß der Angriff der Avantgarde auf die Batterie von Kretschor gut von Statten ging, und wir nicht glaubten, nöthig zu haben, bis an unsern vorgesetzten point d'appuy zu marschiren." Die Schlachtbeschreibung selbst führt die „Relation" in folgender Weise weiter: „Wir verdoppelten jetzo unsere Fehler, und es entstanden daraus nachfolgende widrige Sachen. Wir konnten, da wir nunmehr en linie standen, nicht mehr den Angriff des General-Major von Hülsen unterstützen, denn wir waren würklich von dem rechten Flügel derer Bataillons, so ebengedachten Angriff machten, noch mehr als 1000 Schritt entfernt. Wir hatten uns vorgenommen, nur den rechten Flügel und Flanque des Feindes anzugreifen, und hätten zu dem Ende eine vortreffliche Stellung genommen, wenn wir unserem ersten Vorhaben zu Folge den linken Flügel der Infanterie an den Eichbusch gesetzt hätten. Jetzt aber standen wir dem starken Posten, den der Feind mit seiner Fronte inne hatte, gegenüber, und unser erstes Treffen hatte alle die Berge, welche wir selbst vor unersteiglich hielten, vor sich (vgl. Gaudi 2, 139), anstatt, daß, wenn wir den Marsch noch fortgesetzt hätten, der Angriff viel leichter hätte werden müssen und der rechte Flügel unserer Infanterie auf den Platz wäre zu stehen gekommen, wo der linke mit so gutem Fortgang operirte. Man suchte allem diesem durch ein beständiges Linksziehen abzuhelfen; allein da einige Kanonenkugeln in die Regi-

menter schlugen, dachte der Soldat nicht weiter an die Bewegung, die er machen sollte, sondern ging gerade auf die Batterien zu, um sie wegzunehmen. — Die Regimenter des linken Flügels avancirten nicht in der besten Ordnung; es wurden gleich durch das Linksziehen große Lücken, welche durch die Bataillons des zweiten Treffens zugemacht wurden. — Obgleich des Königs Intention nicht erfüllt ward und man, statt den linken Flügel beständig zu verstärken, aller Orten, wo man nur den Feind sah, sich einließ, so gingen doch die Sachen auf diesem Flügel sehr glücklich; denn nachdem der General Hülsen sich der Batterie, so hinter Kretschor lag, bemeistert und die feindliche Infanterie, so dabei gestanden, geschlagen, so zwangen unsere Grenadiers durch ihr heftiges Feuern die gegen sie stehende Kavallerie, daß sie die Spitze des rechten Flügels ganz bis über die Flanke des zweiten Treffens zurückziehen mußte. Der General-Major Hülsen ließ anfänglich das Regiment Münchow bei Kretschor; nachgehends zog er es nach Brzistwy, und zuletzt folgte es der avancirenden Infanterie nach. Allein da er die Höhen genommen, so zog er sich, anstatt laut Disposition den Eichbusch wegzunehmen, rechts längs der Anhöhe gerade nach der Batterie, die vor dem rechten Flügel der feindlichen Kavallerie lag, um sich dem Feuer, welches der Feind aus gedachtem Busche machte, nicht auszusetzen; er fand also, anstatt nach dem Eichbusch zu ebenes Feld war, allhier einige hohle Wege, die er mit Mühe passiren mußte. Man reüssirte dennoch auf dieser Seite in der Fortsetzung des Angriffs. Die Regimenter Bevern, Prinz Heinrich, Hülsen und Wied, ob sie gleich, wie die ganze Armee, nicht auf ihrem rechten Platze standen und das von Bevern, welches den linken Flügel hatte, mehr als 1500 Schritt von dem Eichbusch, an den es stoßen sollte, entfernt war, reüssirten nicht weniger; sie trieben den Feind zurück, eroberten mit der Avantgarde zugleich die Batterie, so vor dem feindlichen rechten Flügel der Kavallerie lag, und noch eine andere, so mehr rechter Hand war, und kamen mit den feindlichen Grenadiers bis auf die Bajonetts zusammen. Ueberhaupt hatten wir auf dem linken Flügel schon mehr als 1000 Schritt Terrain gewonnen; der

rechte des Feindes war, zum Theil in der größten Unordnung, eine halbe Meile weit bis Obell geflohen u. s. w."

Die Vergleichung der „Relation" mit Gaudi's Darstellung läßt deutlich erkennen, daß Gaudi seine Quelle hier in derselben ungenirten Art alterirt hat, die wir oben in Bezug auf eine andere nachgewiesen haben. Wenn die „Relation" die positive Disposition des Königs von den „Intentionen desselben", von dem, „was die Veranstaltung mit sich brachte" und „was die Folge lehrte", unterscheidet, so nimmt Gaudi sich die Freiheit, auch die vorausgesetzten Intentionen des Königs, auch die Folgerungen der „Relation" aus dieser, „die Lehren der Folge", als positiv ertheilte Befehle an die Spitze zu stellen und die Erwägungen und Betrachtungen der „Relation" dem Prinzen Moritz in den Mund zu legen. An positiven Befehlen kennt die „Relation" nur die Zurückhaltung des rechten Flügels, die Wegnahme der Batterie bei Kretschor und die Besetzung dieses Dorfes, die Wegnahme und Besetzung des Eichbusches durch Hülsen. In der Beurtheilung der Schlacht wiederholt die „Relation": „Wenn wir uns endlich nicht hinter der Attaque des General Hülsen formiren wollten, so hätten wir doch nicht, da einige Kanonenkugeln in gedachten linken Flügel schlugen, als die Armee noch in Zügen stand, aufmarschiren sollen, sondern wenigstens, in Kolonnen bleibend, bis Kretschor vorrücken und durch unsern zu zeitigen Aufmarsch nicht eine so große Intervalle zwischen dem Hülsen'schen Korps und unserm linken Flügel lassen sollen.'

Stimmt die „Relation" hierin wörtlich der histoire de la guerre de sept ans zu, so findet dies nicht minder für den Manstein'schen Angriff statt. Sie erwähnt, wie wir sahen, die wiederholte Weisung bei Ausgabe der Disposition: den rechten Flügel nicht ins Feuer zu bringen, und berichtet dann, daß vor Anfang der Bataille, d. h. bevor Hülsens Angriff begann, Manstein noch einmal hieran erinnert worden sei. Bei Gaudi erfolgt diese Wiederholung, nachdem der König den Angriff des linken Flügels befohlen hat; Gaudi läßt dann, wie wir sahen, Manstein etwa zwei Stunden später angreifen. Die „Relation" sagte uns schon, daß die Armee, nachdem

die Spitze etwa bis unten an den Berg vor Kretschor gerückt, Halt gemacht habe. Weiter heißt es dann: „Der rechte Flügel, der dem Feinde ganz refüsirt werden sollte, hielt sich eine Zeit lang ziemlich zurück, bis er auf Chotzemitz und Brzezan kam. Aus diesen Dörfern feuerten die darin liegenden feindlichen Truppen mit Kanons und kleinem Gewehr; die feindlichen Batterien fingen an, ein heftiges Feuer auf diesen Flügel zu machen, und da sie demselbigen einigen Schaden thaten, wurde der Angriff allgemein." Da die Armee noch im Marsch sein mußte, um Manstein Chotzemitz gegenüber ankommen zu lassen, der Halt derselben aber bald nach dem Anfang von Hülsens Angriff um zwei Uhr erfolgte, muß Manstein seinen Angriff also auch nach diesem Zeugniß vor dem des linken Flügels und zu der Zeit begonnen haben, als man auf dem linken Flügel noch mit der Formirung beschäftigt war. Es bedarf hierfür indeß im Grunde weder der Erinnerung an jenen östreichischen Bericht, daß nach der Wegnahme Kretschors „aller Orten kolonnenweis angegriffen worden sei", noch der oben erbrachten Beweise, noch des Zeugnisses der „Relation." Die beiden Bataillone Bornstedt und das Bataillon Anhalt mußten unbedingt dem linken Flügel, d. h. der Division Treskow, zu dem sie gehörten, folgen und wären ihm gefolgt, wenn sie nicht bereits durch jenen Angriff gegen Chotzemitz engagirt gewesen wären.

Verlorene Schlachten werden stets die Frage und mit der Frage Anklagen und Gegenklagen hervorrufen, wer die Schuld des Mißlingens trage. Nachdem die Vortheile, die der Besitz des Eichbusches den Oestreichern gewährt, der bedeutsame Einfluß, den dieser auf die Kavallerie-Angriffe Ziethens und Pennavaire's, auf den Gang der Schlacht ausgeübt hatte, erfahrungsmäßig zu Tage lagen, mußte sich die Aufmerksamkeit der Beurtheilung wesentlich auf diesen Punkt lenken. Es war das auch bei dem Könige selbst der Fall. Er sagte uns oben in den Raisons de ma conduite militaire: „Ich habe mir keinen anderen Vorwurf zu machen, als den, mich nicht auf den äußersten linken Flügel begeben zu haben, um dieses Terrain zu rekognosciren, welches sich ausgedehnter fand, als man es beschrieben

hatte." Der Armee des Herzogs von Bevern war dasselbe sehr genau bekannt; auf dem Vormarsche gegen Daun war das Hauptquartier in Kretschor gewesen. Aber diese Bemerkung des Königs berechtigt in keiner Weise, ihm als Disposition unterzulegen, was die „Relation" als eine „Lehre der Folgen", als das nach dieser Bessere bezeichnet, daß nicht bloß die Avantgarde, sondern auch der linke Flügel des Corps de Bataille sich an den Eichbusch hätte lehnen sollen.

Wer unsere Untersuchung geduldig begleitet hat, kann nicht zweifeln, daß des Königs konstante, in allen Wiederholungen vom 20. Juni 1756 bis zum Winter 1763 sich gleichbleibende Darstellung der Schlacht das Feld behauptet. Die Skizze der Schlacht in der Geschichte des siebenjährigen Krieges entspricht in allen Momenten dem anderweit festzustellenden Hergange vollkommen. Alle Entschuldigungen, Ausreden und Verdunkelungen haben sich schließlich gegen die schlichte Wahrhaftigkeit dieser Erzählung ohnmächtig erwiesen. Dieselbe wird hinfort in jedem Punkte für historisch gesichert gelten können.

Die Gegner haben dem Könige eine Disposition untergelegt, die er nicht gegeben, um ihn von derselben abweichen zu lassen. Was etwa zugestanden werden kann, ist eine erregte Begegnung zwischen dem Könige und dem Prinzen. Solche konnte nach Lage der Dinge stattfinden, als der Prinz mit seiner Tête etwa Brzistwy gegenüber Front machte, oder als der König, durch Mansteins Angriff nach Chotzemitz gezogen, das Gefecht hier bereits ernsthaft engagirt und, darauf zurückkehrend, auch den linken Flügel bereits in vollem Angriff fand. Für diesen Moment ist solche Begegnung von Putlitz bezeugt. Man könnte noch weiter gehen. Es könnte zugegeben werden, daß der König selbst, „um den Angriff der Avantgarde mit der gesammten Infanterie zu nähren", die Tête des Corps de Bataille halten ließ, daß Moritz den weiteren Vormarsch, die Formirung hinter der Attaque Hülsens für zweckmäßiger gehalten und sich in diesem Sinne gegen den König ausgesprochen habe. Aber von Putlitz läßt den Streit über das Halten nicht zwischen dem Könige und

Moritz, sondern zwischen Moritz und Treskow, dem Kommandeur der Division des linken Flügels, vor sich gehen, und wenn Moritz gegen das Anhalten der Tête an vorgedachter Stelle Einwendungen zu machen hatte oder gemacht hatte, so konnte und durfte er noch weniger von dieser Stelle aus angreifen. Beides: jene Remonstration und dann der Angriff eben aus dieser Aufstellung, ist hölzernes Eisen. Und gerade die Schuld des übereilten Angriffs hat auch Berenhorst, der einzige für Moritz in Betracht kommende Zeuge, demselben abzunehmen nicht einmal versucht. Die Behauptung Gaudi's, daß der linke Flügel früher als Manstein angegriffen, aus welcher ihm dann folgte, daß der König den Befehl zum Angriff des linken Flügels gegeben haben müsse, haben wir als völlig hinfällig erwiesen.

Es war die Absicht des Königs, den linken Flügel der Avantgarde, d. h. den äußersten linken Flügel der Infanterie, an den Eichbusch zu bringen; das große Kavalleriecorps sollte sich jenseit desselben anschließen, um im gegebenen Moment auf Flanke und Rücken des Feindes zu wirken. Der Angriff der Avantgarde sollte successive verstärkt werden. In diesem Sinne schickt der König den 7 Bataillonen Hülsens zunächst 3 weitere Bataillone zu Hülfe, die dessen rechten Flügel verlängern. Der Kaiserweg sollte vom rechten Flügel der Armee, der Division Bevern, festgehalten werden, d. h. von den 6 Bataillonen der Brigade Manstein im ersten, den 4 Bataillonen der Brigade Puttkammer im zweiten Treffen und 16 Schwadronen als Reserve. Zwischen der Attaque Hülsens und dem linken Flügel der Division Bevern befand sich die Division Treskow, d. h. die Brigaden Prinz Franz und Pannewitz mit 8 Bataillonen im ersten, die Brigade Ingersleben mit vier Bataillonen im zweiten Treffen und 20 Schwadronen als Reserve. Demnach waren für die Schlachtlinie vom Kaiserwege bis zum Eichbusch 22 Bataillone und 20 Schwadronen bestimmt. Hülsen nahm Kretschor und die Batterie, besetzte das Dorf, wendete sich dann aber nicht mit seiner vollen Kraft gegen den Eichbusch, sondern ging mit dieser von Kretschor gerade

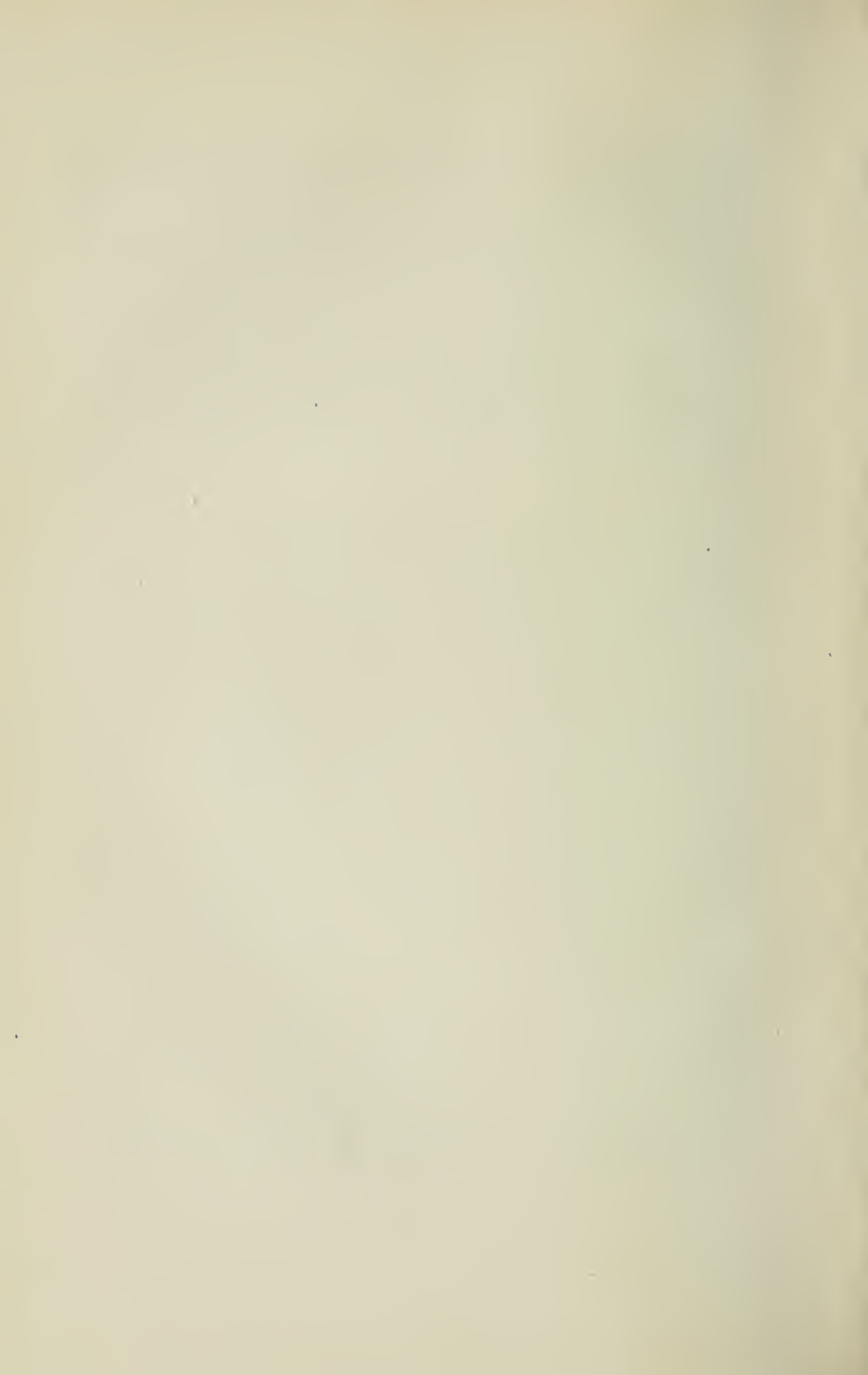
gegen die Flanke des Feindes vor; er gewann den Eichbusch entweder gar nicht oder nur auf einen Augenblick. Der linke Flügel, statt bis nach Kretschor zu marschiren, statt sich an den rechten Flügel Hülsens anzuschließen, macht 1000 Schritt von diesem Front gegen die Front des Feindes. Während dieser Fehler durch das Vorziehen der Brigade Ingersleben ins erste Treffen gutzumachen versucht wird, greift Manstein in der Front an und entzieht dadurch auf der anderen Seite dem linken Flügel drei auf dessen rechtem Flügel stehende Bataillone. Der linke Flügel des Corps de Bataille ist damit auf neun, sämmtlich im ersten Treffen stehende Bataillone reducirt. Auch diese werfen sich gleich nach Mansteins Angriff auf den Feind.

So ist die gesammte Infanterie, die successive ins Gefecht kommen sollte, auf Einen Schlag engagirt, und die Bataillone des linken Flügels müssen sich noch im Gefecht links ziehen, um den Anschluß an Hülsens rechten Flügel zu erreichen. Die Folgen liegen zu Tage. Die Kraft des Angriffs am entscheidenden Punkte, dessen volle Last über vier Stunden hindurch auf denselben Bataillonen lag, mußte endlich erlahmen. Keine Reserve war zur Hand. Da General Ziethen den Moment, in welchem er nicht bloß das erschöpfte Fußvolk zu unterstützen und abzulösen, sondern die Entscheidung zu geben vermochte, unbenutzt vorübergehen ließ, die Kürassiere Pennavaire's ihre Schuldigkeit nicht thaten, die Schönaichs sich nicht zeigten, konnte der übereilte Verbrauch der gesammten Infanterie gegen einen doppelt so starken Gegner, gegen eine feste Stellung und eine weit überlegene Artillerie kaum anders, als mit deren Unterliegen enden.

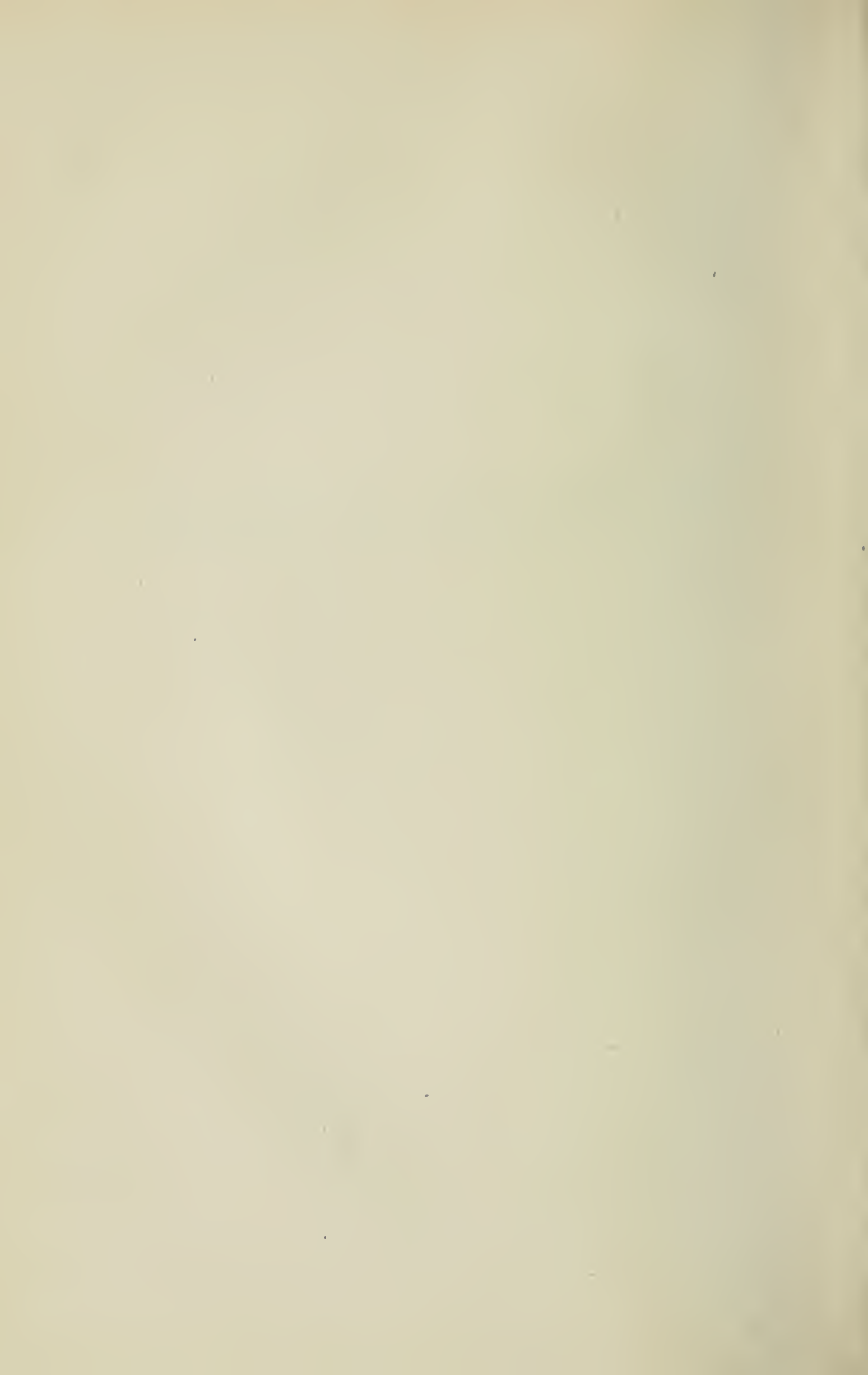
Es gereicht ihr nicht zur Unehre. Sie hatte tapferer als an den Tagen gefochten, an denen sie den Sieg gewann. Das Urtheil, welches Henkel unmittelbar, nachdem er den Bericht Grants gehört, aussprach, ist durch alle späteren Berichte bestätigt. Nur die Bataillone Treskows vermochte die feindliche Kavallerie zu überwältigen. Auf dem rechten Flügel wiesen die Unerschütterlichkeit des ersten Gardebataillons und die energischen Angriffe der Meinecke-Dragoner

das Vordringen des Feindes zurück. Mit den Normann=Dragonern zeigten die Letzteren, was die Kavallerie unter entschlossener Führung zu leisten vermochte.

Aber es ist nicht die Aufgabe dieser Untersuchung, weder über die Operationen noch über die Führung oder die Truppen zu urtheilen, sondern die Thatsachen festzustellen. Wäre ihr dies gelungen, so würde damit erwiesen sein, daß Gaudi weniger zuverlässig als betriebsam und fleißig gearbeitet hat und daß sein Journal nicht ohne nähere Prüfung als maßgebende Quelle für die Ereignisse des siebenjährigen Krieges gelten darf.



Die Besitzergreifung von Westpreußen.



Zu beiden Seiten der unteren Weichsel hatte der deutsche Orden ein wohlgeordnetes und mächtiges Staatswesen gegründet. Die heidnischen Preußen und Letten waren Christen und Deutsche geworden; aus zahlreichen deutschen Einwanderern war ein ansehnlicher Herrenstand, ein freier und wohlhabender Bauernstand, ein rühriges Bürgerthum erwachsen. Die Macht dieses weitgebietenden Staates unterlag im funfzehnten Jahrhundert der Verbindung Polens mit Litthauen, wie vordem die Zusammenfassung der Stämme der Lechen zum Königreiche Polen das Vordringen der deutschen Kolonisation über die Oder hinaus gehemmt hatte. Die schwere Niederlage, die der Orden im Jahre 1410 bei Tannenberg erlitt, hätte er wohl überwinden und wieder gut machenkönnen. Aber dem Adel des Landes und den Städten war die harte Herrschaft des Ordens lästig; kurzsichtig und verrätherisch tratn sie auf die Seite der Polen. Nach schweren Kämpfen sah der Orden sich im Jahre 1466 gezwungen, im Frieden von Thorn Ermeland, die Gebiete von Kulm und Marienburg im Osten der Weichsel, ganz Pomerellen im Westen der Weichsel, d. h. die größere Hälfte seines Gebietes dem polnischen Reiche abzutreten und den Ueberrest als Lehen von Polen zu empfangen. Die Ohnmacht des deutschen Reiches sah so schweren Einbußen im Osten, wie denen im Westen, ohne Versuch der Hülfe und Abwendung zu. Jener Ueberrest des Ordenslandes blieb polnisches Lehen, auch nachdem der Hochmeister Albrecht von Brandenburg mit demselben zum Protestantismus übergetreten war. Vergebens weigerte er die Lehnshuldigung, ließ er es auf die Entschei-

dung der Waffen aufkommen. Im Vertrage von Krakau (1525) erreichte er nur, das Ordensland als erbliches Herzogthum für seinen und seiner Brüder männlichen Stamm zu Lehen zu empfangen.

Nachdem die langen und blutigen Wirren und Kämpfe, welche die katholische Reaktion gegen die religiöse Bewegung des sechzehnten Jahrhunderts über Europa und vor Allem über Deutschland gebracht, vorübergegangen waren, erhob sich im Süden Deutschlands, vornehmlich durch die glänzenden Siege, die Prinz Eugen über die Osmanen erfocht, durch den Gewinn des gesammten Ungarns und dessen festen Anschluß, die Macht Oesterreichs, während in Norddeutschland Kurfürst Friedrich Wilhelm den Grund der brandenburgisch-preußischen Staatsmacht legte. Dem Beispiele der westlichen Nachbarn Polens folgte Rußland. Peters blutige und energische Reformen schufen das moskowitische Reich um und gaben demselben ungeahnte Beweglichkeit und Stärke.

Die Republik Polen ging den entgegengesetzten Weg. Der Sieg, den die katholische Reaktion hier vornehmlich durch die Thätigkeit der Jesuiten in den letzten Decennien des sechzehnten Jahrhunderts errungen, im siebzehnten befestigt hatte, trug weder dem staatlichen noch dem geistigen Leben der Nation gute Früchte. Hatte sich die Wahlkrone schon bis dahin nur mit Mühe neben den großen Familien des Adels behauptet, so gewann deren Stellung durch die nunmehr eintretende solidarische Verbindung mit der Kirche an Schwergewicht. Ihre Häupter, welche die Kron- und Landesämter mit deren reichen Ausstattungen lebenslänglich verwalteten, verfügten für ihre jüngeren Söhne über die Bisthümer und Abteien wie über die Stühle der Domherren, während sie an die Begünstigten ihrer zahlreichen Klienten aus dem niederen Adel die unteren Aemter im Gericht und in der Verwaltung vergaben und diesen Bauernadel zu Hunderten in ihren Dienst nahmen. In ihren Palatinaten und Starosteien geboten sie nun als so mächtige Herren, daß gegen ihre Willkür weder Schutz bei der Krone noch bei den Gerichten zu finden war. War der niedere Adel in Polen den Magnaten nicht lehns-

pflichtig, er war schutzbedürftig und begierig, in ihrem Dienste zu glänzen und zu raufen, an der Tafel der Herren zu schwelgen. Auf den Landtagen und Reichstagen, bei den Wahlen der Tribunale bekämpften sich die Parteien und Dienstleute der Magnaten mit Worten und Säbeln. Die Freiheit des polnischen Adels, d. h. die Zuchtlosigkeit, gedieh gerade zu der Zeit, da sich die Staatsgewalt bei den Nachbarn emporzuheben begann, dahin, daß die Stimme, der Protest eines einzigen Edelmannes genügte, jeden Landtag und jeden Reichstag zu sprengen und damit nicht bloß den Beschluß, gegen den er protestirte, sondern auch alle zuvor gefaßten Beschlüsse hinfällig zu machen. So stand es bereits um Recht, Gesetz und Regierung, als August der Starke im Jahre 1697 den Thron bestieg. Weder seine noch seines Nachfolgers August III. Regierung schaffte Wandel. Während Alles daran lag, eine Staatsgewalt zu gründen, welche die zuchtlosen Kräfte zusammenfaßte, welche der rechtlosen Masse des Volkes Anlehnung und Schutz zu gewähren vermochte, blieben Selbstgefühl und Trotz der Magnaten, Unbändigkeit und Schlemmerei der Schlachta, die Verkümmerung der Städte und das Elend der Bauern in beständigem Steigen. Das religiöse Leben erstarrte in Devotion und Kirchenprunk. Verständniß, Wille und Kraft der Jugend wurden in den Jesuitenschulen, den einzigen, welche bestanden, auf die Wege des Scheins und der Abfindung geleitet. Nur auf Einem Gebiete zeigte die Republik Leben und Thätigkeit. Die Aktion gegen die Dissidenten, d. h. die griechisch gläubige Bevölkerung im Osten und die protestantische des vormaligen Ordenslandes im Westen, erlahmte nicht. Bischöfe und Jesuiten hetzten gegen Kalvinisten und Lutheraner; tumultuarische Angriffe auf ihre Kirchen und Schulen waren nicht selten, und wenn auch nur die protestantische Schuljugend sich zu widersetzen wagte, so zeigten die höchsten Instanzen des Reiches den Protestanten in jener Hinrichtung des Bürgermeisters mit zwölf seiner Glaubensgenossen zu Thorn im Jahre 1724, was es bedeute, den Fanatismus der Polen zu reizen oder Anlaß zum Einschreiten zu geben.

Die Beschlüsse des Reichstages vom Jahre 1733 erklärten alle

Nichtkatholiken für immer unfähig zu allen Beamtungen und Ehrenämtern, zu allen Richterstellen, zur Wahl für den Reichstag. Nicht geringeren Druck als die Protestanten hatten die griechisch Gläubigen in Roth- und Weiß-Rußland zu leiden. Sie klagten, daß ihre Processionen gestört, daß Kirche auf Kirche trotz der Bestimmungen des Friedens von 1686 ihnen genommen werde (sie zählten deren 150 auf [1]), daß sie zum Uebertritt zur katholischen Religion genöthigt würden, daß bei den Gerichten für einen griechisch Gläubigen nur das Recht zu erlangen sei, das ein Lamm unter tausend Wölfen zu erlangen vermöge [2]). Ein Staat, dessen ständiger Zustand die Ohnmacht der Regierung, die Willkür der Gerichte und die Anarchie des Adels waren, durfte nicht darauf rechnen, mitten zwischen erstarkenden Mächten intakt zu bleiben, am wenigsten, die Gebiete zu behaupten, die er ihnen einst in West und Ost entrissen hatte.

In scharfem Gegensatz zu den Slavenstämmen des Ostens, zu dem polnischen Staatswesen war die brandenburgisch-preußische Macht emporgekommen. Zum Grenzschutz gegen die Slaven war einst die Nordmark gegründet worden. Kolonisirend war sie von der Elbe zur Oder, über die Oder hinaus vorgedrungen. Nach manchem Wechsel war mit diesen Marken der Rest, den jene Siege Polens und Litthauens von dem Ordenslande übrig gelassen, vereinigt worden, waren die Gebiete der unteren und oberen Oder, die sich selbstständiger dem deutschen Wesen zugewendet, dem aus den Marken und dem Ordenslande gebildeten Staatswesen angeschlossen worden. Aus und auf deutschem Kolonialgebiet erwachsen, war dieser Staat zu leisten berufen, was das deutsche Reich längst nicht mehr vermochte. Dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm war es gelungen, den Lehnsverband des Herzogthums Preußen mit der Krone Polen zu sprengen, indem er zuerst mit Schweden gegen Polen, sodann mit Polen gegen Schweden ging. Aber die Verträge von Wehlau 1657 und von Oliva 1660 bestimmten, daß das Herzogthum nach dem Aus-

---

[1]) Ssolowjoff Fall von Polen, D. Ueb. S. 25. — [2]) Röpell in Sybels historischer Zeitschrift 18, 77. 79.

sterben des hohenzollernschen Mannesstammes an Polen zurückfalle. Die ansehnlichen Herrschaften Lauenburg, Bütow, Draheim, Stadt und Gebiet von Elbing hatte Brandenburg 1657 und 1668 theils zu Lehen, theils pfandweise von der Republik erworben. Die Stadt Elbing war dieser bereits von dem Nachfolger des großen Kurfürsten zurückgestellt worden. Auch das Gebiet von Elbing und Draheim mußten mit Erstattung der Pfandsumme an Polen zurückfallen. Mit Augusts des Starken Thronbesteigung in Polen sah sich Brandenburg-Preußen in West und Ost von einer gegnerischen Macht umfaßt. Kein anderer Fürst hatte durch seine Verbindungen in Wien, Petersburg und Versailles soviel zur Bildung der großen Koalition gegen Preußen beigetragen, deren Ziel die Theilung, die Zurückführung Preußens auf die Mark Brandenburg war, als König August III. von Polen. Im Laufe dieses Krieges zeigte sich dann sehr bald, daß die abgetrennte Lage Ostpreußens, damals ein Gebiet von 500,000 Menschen, dessen Vertheidigung gegen die russischen Heere unmöglich mache. Vier Jahre hindurch blieben die Russen im Besitz gerade desjenigen Theils von Preußen, auf welchen Friedrich I. die Königskrone gegründet. Wohl hatte die Trägheit der Republik und mehr noch ihre vollständige Ohnmacht — sie besaß nur einige tausend Mann unbrauchbarer Truppen — dem Ansinnen widerstanden, sich dem Kriege gegen Preußen anzuschließen; aber sie war darum nichts weniger als neutral geblieben, ja sie hatte nicht einmal einen ernsthaften Versuch gemacht, den Pflichten eines neutralen Staates gerecht zu werden. Während der ganzen Dauer des Krieges war und blieb Polen die Operationsbasis der russischen Armeen gegen Preußen. Wie sehr namentlich der Westen der Republik, Groß-Polen, Kalisch und Kujawien unter den Einquartirungen und den Lieferungen für die russischen Armeen litten, die Republik erhob sich kaum zu einem Anlauf, die ungebetenen Gäste zu entfernen. Vielmehr bildeten polnische Magnaten Freicorps gegen Preußen und schlossen sich den Streifzügen der russischen leichten Truppen nach Preußen, deren Einfällen in die Neumark und in Schlesien an. Es konnte nicht ausbleiben, daß preußischer Seits diese Feindseligkeiten erwidert wurden; preußische

Corps drangen wiederholt in Polen ein, die Magazine der Russen zu vernichten. Preußen und Rußland führten Krieg auf dem Gebiete der Republik, ohne daß diese sich geregt hätte.

Nach den Friedensschlüssen von Paris und Hubertsburg erneuerte Oestreich den Allianztraktat mit Frankreich, den es am 1. Mai 1756 zu Versailles geschlossen hatte. Durch den erneuten Familienpakt fest mit Spanien verbunden, behauptete Frankreich trotz der großen Verluste, die ihm der Krieg gebracht, ein überwiegendes Ansehen in Südeuropa, während Oestreich, durch das Bündniß mit Frankreich in Flandern und Italien sicher, im Stande war, seine gesammte Kraft gegen Preußen zu wenden. Mit England zerfallen, welches durch seinen Sonderfrieden mit Frankreich Preußen preisgegeben hatte, fand sich Friedrich II. nach dem Kriege noch isolirter als während desselben. Da näherte sich Rußland. Er ergriff die Hand, die ihm geboten wurde.

Die Prinzessin von Anhalt-Zerbst fühlte sich unsicher auf dem Throne von Rußland, den sie am 9. Juli 1762 bestiegen hatte. Der Urenkel des Feodor Alexejewitsch saß im Kerker zu Schlüsselburg; den Enkel des großen Peter hatte sie selbst entthront. Eine Fremde stand Katharina allein, von sehr wenigen zuverlässigen Anhängern außer den Mördern ihres Gemahls umgeben. Die Garden, die Popen, das Volk hielten den Großfürsten Paul, ihren Sohn, für den rechtmäßigen Erben der Krone. Die Umtriebe der Großen, die Verschwörungen der Offiziere rissen nicht ab. Die Gesandten der Mächte wiederholen beständig in ihren Berichten, wie wenig auf Dauer dieser neuen Regierung zu rechnen sei. Bei ihrer Krönung in Moskau gewahrte Katharina lebhafter als zuvor, daß es ein russisches Volk gebe, daß sein Glaube dessen Gemüth ausschließlich erfülle und beherrsche. Mit dem richtigen Blick, der ihr eigen war, erkannte sie bald, daß sie sich in Rußland nur nationalisiren könne durch die russische Kirche, durch die Ergreifung der Tendenzen, welche in den Herzen des russischen Volkes allein lebendig waren. Es war nicht ihre Meinung, die Geistlichkeit als unabhängige Macht neben sich zu stellen; sie hielt vielmehr das Dekret aufrecht, welches zum Sturze ihres Gemahls

am meisten beigetragen hatte: die Einziehung des Kirchengutes. Aber sie beseitigte den Widerstand der Bischöfe durch reichliche Gewährungen von Staatsmitteln; sie zeigte sich eifrig im rechtgläubigen Ritus, und sie fühlte, daß nichts die Empfindungen des russischen Volkes besser zu befriedigen, nichts dessen Vertrauen ihr mehr zu gewinnen vermöge, als wenn sie die Sache der russischen Kirche zu der ihrigen mache. Falls sie dazu gelangte, den Glaubensgenossen, die unter dem Druck der Republik Polen, unter dem Druck des Halbmondes seufzten, Hülfe und Schutz zu gewähren, so konnten ihr Neigung und Liebe ihrer Unterthanen nicht fehlen.

Sie wollte und mußte zu den Wegen Peters des Großen zurückkehren. Wohl hatte dieser den Uebergriffen gegen die griechisch Gläubigen auf dem Gebiete der Republik Einhalt zu thun vermocht; aber die enge Verbindung mit Oestreich, welche unter der Kaiserin Anna eingetreten war, deren erste Folge die Einsetzung des zweiten Kurfürsten von Sachsen zum König von Polen gewesen, die unter Elisabeth aufrecht erhalten wurde, hatte dazu geführt, daß die Klagen der griechischen Kirche in Polen am Petersburger Hofe wenig Berücksichtigung fanden: sie wurden dem guten Einvernehmen mit Oestreich und Sachsen hintangesetzt. Der Abt eines rechtgläubigen Klosters zu Wilna, Stephan Leontowitsch, hatte schon in den Jahren 1756 und 1758 darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die russische Regierung auf diesem Wege beharre, ihr Einfluß in Polen verloren gehen werde. Er wies darauf hin, daß die rasche und nachdrückliche Unterstützung, welche König Friedrich II. von Preußen im Jahre 1756 durch seine energischen Vorstellungen den Lutheranern nicht bloß sondern auch der russischen Kirche zu Keidany verschafft, die Aussicht, welche er dem ganzen dissidentischen Adel zur Wiederherstellung seiner Rechte eröffnet, daß dieser Schutz der Protestanten und Griechen dem Könige die größten Vortheile in Polen eintragen und ebenso große Nachtheile für Rußland herbeiführen werde. Diesen Mann beschied die Kaiserin, als sie im September 1762 zur Krönung in Moskau war, dorthin; auch der Bischof des polnischen Weiß-Rußlands, Georg Konisky, war zu jener Zeit dort. Auf die

Frage der Kaiserin: „welcher politische Nutzen für Rußland aus der Vertheidigung der Glaubensgenossen im polnischen Reiche hervorgehen könne," führte Leontowitsch in einer Denkschrift aus, daß der Vertrag von 1686 nachdrücklich geltend gemacht werden müsse, daß die Kaiserin nicht nur die Rechtgläubigen sondern auch die Lutheraner und Kalvinisten, welche bereits mit jenen in nähere Verbindung getreten wären, unter ihren Schutz nehmen müsse; dann werde es ihr nicht fehlen können, ein gutes Stück polnischen, von Rechtgläubigen bewohnten Landes der Republik abzunehmen. Die Kaiserin möge sich Preußen nähern; schon Peter I. habe stets mehr Liebe und Zutrauen zu den Protestanten als zu den katholischen Franzosen und Polen gehabt [1]). Preußen und Rußland waren bereits früherhin zum Schutze der Dissidenten in Polen zusammengetreten. Die Verträge, welche 1718 und 1730 zwischen beiden Staaten geschlossen worden waren, enthielten Bestimmungen in diesem Sinne.

Für Katharina handelte es sich in ihrem Verhalten zu Polen nicht nur darum, den Empfindungen des russischen Volkes Genugthuung zu geben, es handelte sich um naheliegende und schwerwiegende politische Interessen. Polen sich selbst überlassen, hieß nur anderen Mächten den Platz in Warschau räumen. Seitdem die engen Beziehungen zu Oestreich und Sachsen eingetreten waren, hatte man in Petersburg wie die Wünsche der Dissidenten so auch die russisch gesinnten Polen vernachlässigt. Insbesondere hatte man während des siebenjährigen Krieges, nachdem Frankreichs Allianz mit Oestreich und Rußland Ludwig XV. nicht mehr erlaubte, eine eigene Partei in Polen aufrecht zu halten, dem Hofe zu Warschau gestattet, sich von dem Einflusse der russischen Partei bei der Vergebung der Kronämter und Güter zu emancipiren. Ja, Rußland wäre in Gefahr gekommen, seine Stützen im Kreise der polnischen Magnaten zu verlieren, wenn Katharina nicht schon, als sie noch Großfürstin war, dafür gesorgt hätte, wissen zu lassen, daß unter der nächsten Regierung ein anderes Verfahren zu erwarten sei. Solange

---

[1]) Röpell in Sybels historischer Zeitschrift 18, 86.

die russische Armee in Polen stand, war man schlimmsten Falles immer noch Herr im Lande. Aber als diese nun nach dem Frieden mit Preußen zurückgezogen wurde, mußte an ihrer Stelle die russische Partei in Polen aufgerichtet und dieser wieder größerer Einfluß gesichert werden.

Es lag auf der Hand, daß Rußlands Gewicht für Europa erheblich verlor, wenn Polen aufgegeben wurde, daß sein Ansehen im Westen in dem Maße wachsen mußte, als es seinen Einfluß in Polen zu stärken vermochte. Am wenigsten Katharina konnte ihre Regierung mit Verzichten, mit Rückschritten beginnen. Sie brauchte vielmehr und recht dringend Erfolge. Die erwünschtesten waren die, welche dem Reiche keine besonderen Anstrengungen kosteten, welche ohne großen Aufwand zu erreichen waren. Die Verwaltung war unter Elisabeths schlaffer Regierung in Unordnung und Verwirrung gerathen, die Finanzen völlig erschöpft. Aber die russische Partei in Polen war ohne große Opfer neu zu beleben, zu ermuthigen und zu verstärken; auf Rußland gestützt und fest an Rußland gebunden, mußte sie im Stande sein, die Republik im Sinne Rußlands zu leiten, Rußlands indirekte Herrschaft über Polen zu gründen und zu erhalten. Und sorgte man nun zugleich dafür, neben dieser Partei die griechisch Gläubigen, die Gesammtheit der Dissidenten sich zu verpflichten, so gaben deren Schutzbedürftigkeit und Dankbarkeit, das Interesse und der Einfluß ihrer Geistlichkeit dem vorwaltenden Ansehen Rußlands in Polen gewiß eine breite Grundlage.

Wollte Katharina in diesem Sinne vorgehen, dann mußten die bisherigen Rücksichten für Oestreich und den sächsischen Hof fallen. Wollte sie die exklusive Herrschaft des Katholicismus in Polen brechen, so konnte sie nicht mit dem steif katholischen Oestreich gehen, so mußte sie in Zukunft auf eine Besetzung des Thrones in Polen Bedacht nehmen, die keine auf dies Prinzip, keine in erster Linie auf Oestreich oder Frankreich gestützte Regierung in Aussicht stellte.

Gegen die Fortsetzung der sächsischen Herrschaft in Polen hatte Katharina noch einen näher liegenden Grund. Nachdem die Kaiserin Elisabeth den Herzog Biron von Kurland nach Sibirien verbannt,

hatte König August III. während des siebenjährigen Krieges im Jahre 1759 seinem dritten Sohne, dem Prinzen Karl, dies Herzogthum als erledigtes Lehen der Krone Polen verliehen. Katharina gedachte Biron, den ihr Gemahl aus dem Exil zurückgerufen hatte, in Kurland wieder einzusetzen, unter der Voraussetzung, das Herzogthum nach seinem Ableben dem russischen Reiche zu annektiren. Von ihren auf dem Rückmarsch aus Preußen und Polen befindlichen Truppen ließ sie 15,000 Mann in Kurland einrücken. Biron zog am 21. Januar 1763 in Mitau ein; die Stände erklärten die Regierung des Prinzen Karl für ihnen aufgedrungen: im Frühjahr mußte er aus dem Lande weichen.

Die Interessen Preußens und Rußlands begegneten sich in Polen. In den Fragen der polnischen Lehnslande, in der Dissidentenfrage deckten sie sich. Auch Schweden gegenüber berührten sich die Interessen Preußens und Rußlands näher. Auf dieser Basis waren Preußen und Rußland seit den Anfängen Peters I. in Verbindung getreten, hatte Preußen schließlich am Kriege Rußlands gegen Karl XII. Theil genommen, waren die Verträge zwischen Preußen und Rußland von 1718 und 1730 über gemeinsames Verfahren in den polnischen Angelegenheiten geschlossen worden. Bereits hatte man im Jahre 1732 einen weiteren Vertrag in dieser Richtung vereinbart, als Kaiserin Anna zum östreichischen Systeme überging, um mit Oestreich gegen Preußen August III. zum Könige von Polen zu machen. Seitdem war diese Richtung dann von der russischen Politik dreißig Jahre hindurch festgehalten worden; sie hatte ihren schärfsten Ausdruck in dem Vertrage von 1757, im siebenjährigen Kriege gefunden.

Für die entgegengesetzte Richtung der russischen Politik, für die Verbindung mit Preußen sprachen bei Katharina nicht nur die nächstliegenden Interessen Rußlands, die vorwaltende Stellung in Polen zu gewinnen, sondern auch Erwägungen der allgemeinen europäischen Politik. Hatte Elisabeth nicht die größte Thorheit begangen, zur Vernichtung der einen der beiden deutschen Mächte mitzuwirken, da Rußland doch offenbar dadurch am besten für sich sorgte, wenn es Oestreich

und Preußen im Gleichgewicht hielt? Und war nicht Oestreich Frankreichs Bundesgenosse, Frankreich aber der alte Widersacher Rußlands in Schweden, in Polen und bei der Pforte, welcher deren Gegensatz und Macht Rußland gegenüber zu erhalten beflissen war, um die Stützpunkte seiner Politik im Osten nicht zu verlieren? Preußen und England boten somit in der damaligen Lage gemäßere Allianzen als Oestreich und Frankreich.

Katharina hatte den Frieden, den Peter III. am 5. Mai 1762 mit Preußen geschlossen, aufrecht erhalten, aber die russischen Truppen vom Heere des Königs abgerufen, das Bündniß, welches dann Peter am 8/19. Juni 1762 mit Friedrich geschlossen, das von diesem am 30. Juni genehmigt worden war, nicht ratificirt. Sie wollte, daß Friedrich einen neuen Vertrag durch einige Koncessionen erkaufe. Dem König August III. versprach sie, für den Verzicht auf Kurland die Räumung Sachsens zu bewirken (19. August). Wenige Tage darauf sagte Graf Kaiserlingk, der Mann ihres Vertrauens, dem Vertreter des Königs zu Petersburg, die Kaiserin werde nicht abgeneigt sein, in nähere Verbindung mit Friedrich zu treten [1]). Katharina wünschte als vermittelnde Macht zwischen Preußen, Oestreich und Sachsen zu treten; sie bot Maria Theresia wie dem Könige ihre Vermittelung an [2]). Es lag ihr ferner daran, daß der König sich zu einer Entschädigung für Sachsen herbeilasse, die ihr die Erwerbung Kurlands auf Kosten des sächsischen Hauses erleichtere. Als Friedrich auf die russische Vermittelung nicht einging und die Entschädigung für Sachsen ablehnte, schrieb sie ihm persönlich: sie befolge die drei Grundsätze der Gerechtigkeit, der Wahrheit und den des Interesses ihres Reiches. Demgemäß sei sie in der Frage über Kurland verfahren, habe sie die Vortheile des Krieges geopfert und den Frieden mit Preußen bestätigt. Sie hätte anders verfahren können, sie habe die Mittel dazu gehabt und habe sie noch. Leider erfahre sie von allen Seiten, daß der König dem Frieden widerstrebe; was sie auch

---

[1]) Goltz' Bericht vom 24. August 1762; geh. Staatsarchiv. — [2]) Schon im August: Beer Erste Theilung 1, 15. 16.

vorgeschlagen, habe das Ziel nicht erreicht, das sie sich im Interesse der Menschlichkeit, und um in ihrem Systeme bleiben zu können, vorgesetzt habe. Gebe es denn keinen Weg, zum Frieden zu gelangen? Daß der Wiener Hof dazu geneigt sei, sei ihr bekannt, und sie glaube, daß die Schwierigkeiten mit Sachsen durch ein Etablissement für einen seiner Prinzen gehoben werden könnten. Die Ablehnung des Königs lasse sie fürchten, daß ihre besten Intentionen scheiterten und sie auf einen Standpunkt gedrängt werde, der ihren Wünschen und Neigungen widerspreche (28. November 1762). Der König erwiderte: er sei der leidende Theil in diesem Kriege; einem ehrenvollen Frieden widerstrebe er nicht, einem schimpflichen ziehe er den Tod vor. „Wer liebt den Frieden? Oestreich, welches Erwerbungen machen will, oder Preußen, das allein seinen Besitz vertheidigt (22. Dezember [1])?"

An der Spitze der Gegner König Augusts III. in Polen, der russischen Partei, standen die Brüder Michael und August Czartoryski, jener Kanzler von Litthauen, dieser Palatin von Weißrußland. Ihr Neffe, Stanislaw Poniatowski, dem Katharina vor wenigen Jahren in Petersburg ihre besondere Gunst geschenkt, mit dem sie in vertraulichem Briefwechsel geblieben war [2]), ließ König Friedrich melden, trotz der Empfindlichkeit Katharina's über die Ablehnung der Entschädigung für Sachsen werde der Abschluß einer Allianz, wenn der König auf die Herstellung des Friedens, der Katharina außerordentlich am Herzen liege, eingehe, keine Schwierigkeit haben. Kaiserlingk, jetzt Katharina's Vertreter in Warschau, sprach auch dem dortigen Residenten des Königs von der Neigung der Kaiserin zur Allianz mit Preußen und sagte dem Legationsrath Korff, den der König im Januar 1763 nach Warschau sendete: Oestreich und Frankreich würden in Polen das Uebergewicht davontragen, wiederum einen Sachsen einsetzen und dadurch die Krone erblich machen, wenn Rußland und Preußen sich nicht verständigten [3]). Und

---

[1]) Schäfer Geschichte des siebenjährigen Krieges 2, 2, 759 ff. — [2]) Röpell, Polen S. 153 und 154. — [3]) Korffs Berichte vom 22. Januar, 22. Februar

Panin, der mit Kaiserlingk Katharina's Vertrauen theilte, eröffnete in den ersten Tagen des Januar dem Gesandten Friedrichs, Grafen Solms, zu Petersburg, daß im Betracht der dauernden gemeinsamen Interessen Preußens und Rußlands in Polen, der Abschluß einer Allianz nach Herstellung des Friedens erwünscht sein werde[1]). Als die Verhandlungen zu Hubertsburg zwischen Preußen, Oestreich und Sachsen eröffnet wurden, erneuerte Katharina den Wunsch, die Vermittelung zu übernehmen, und Panin gab den Rath: der König möge die Grafschaft Glatz opfern, auf deren Abtretung Oestreich zu beharren schien, und Sachsen eine Entschädigung gewähren. Wiederum wich der König der Vermittelung aus und beharrte auf Glatz. Zugleich hatte Katharina Eröffnungen über die polnischen Angelegenheiten machen lassen. König August III. war im Januar schwer erkrankt; der Thron Polens konnte jeden Augenblick zur Erledigung kommen; es war dringlich, hierüber Entschluß zu fassen.

Bei der Mittheilung vom Abschluß des Friedens, die Friedrich sofort am 15. Februar 1763 Katharina machte, äußerte er sich zugleich kurz über die Frage der eventuellen Thronbesetzung in Polen. Er versichert, daß er jedem Kandidaten, den Rußland vorschlage, mit Ausnahme der Mitglieder des östreichischen Hauses, im voraus zustimme: nach seiner Meinung würde die Wahl eines Piasten den Interessen beider Höfe am zuträglichsten sein. Katharina antwortete am 4. März: „Da Eure Majestät findet, daß es zum Frieden beitragen heißt, wenn man den Ideen folgt, die Fürst Dolgoruki Ihnen meinerseits mitgetheilt hat, und da Sie mir sagen, daß Ihnen jeder Kandidat von meiner Seite recht sein würde mit Ausschluß der östreichischen Prinzen, so stimme ich dem unter der Voraussetzung zu, daß Eure Majestät jeden von Frankreich unterstützten Kandidaten ausschließt. Auch mir ist ein Piast willkommen. Hierüber wünsche ich eine Vereinbarung und, wie ich bereits vorgeschlagen habe, eine Deklaration, daß keine sächsischen Truppen nach Polen durch Preußen

---

und 2. März 1763. In dem letzten heißt es, daß die Kaiserin Kaiserlingks annähernde Schritte ausdrücklich gebilligt und nunmehr Preußens Anträge erwarte.

[1]) Solms' Bericht vom 9. Januar 1763; geh. Staatsarchiv.

marschiren dürfen. Im Falle der Thronerledigung werde ich Alles thun, dieses Projekt durchzuführen, welches nach Ihrem Wunsche, um Intriguen der übrigen Mächte zu verhindern, geheim bleiben wird [1])."
Der König erklärte am 5. April sein Einverständniß und wies darauf hin, daß die gegenseitigen Interessen eine intimere Verbindung verlangten. Katharina dankte für die freundschaftliche Art, in welcher der König dem zugestimmt, was sie für Polen vorgeschlagen habe; die intimere Verbindung zwischen Rußland und Preußen existire bereits, obwohl die gewöhnlichen Formalitäten nicht angewendet seien. Für die polnischen Angelegenheiten verlasse sie sich auf das Wort des Königs (26. April).

König August III. war inzwischen wieder genesen. Katharina hatte in den ersten Monaten nach ihrer Thronbesteigung die Parteien des Hofes um die Richtung, die in der auswärtigen Politik einzuschlagen sei, gegen einander kämpfen lassen. Aus der Verbannung zurückgerufen, vertrat der alte Großkanzler Bestuschew das System der Kaiserinnen Anna und Elisabeth, das System der Allianz mit Oestreich. Seine Bemühungen wurden von Wien her lebhaft unterstützt. Man wußte hier den Unwillen, den man über den Abfall Rußlands empfand, der alle Anstrengungen gegen Friedrich erfolglos gemacht habe, zu verbergen, um die neue Regierung Rußlands in das alte Geleise zurückzuführen. Die entgegengesetzte Meinung hatte ihre Stützen in Kaiserlingk und Panin, der dem Grafen Solms vertraute, Rußland habe in dem Bündniß mit Oestreich im Verhältniß der Unterordnung gestanden; die Rolle des Hundes am Seil sei ihm zugefallen, den Oestreich losgelassen habe, wenn es Krieg führen wollte [2]). Ein systematischer und etwas doktrinärer Kopf, zielte Panin auf eine große nordische Allianz; der Allianz Oestreichs mit Frankreich und Spanien gegenüber gedachte er die nordische zunächst auf das Bündniß Rußlands und Preußens, auf die Vasallenschaft Polens zu gründen, darnach Dänemark und England zu derselben

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Solms' Berichte vom 15 April und 19. Juni 1764.

heranzuziehen. Dadurch werde dem Einflusse Frankreichs in Polen und Schweden ein Ende gemacht und der gesammte Norden seinen eigenen Interessen zurückgegeben werden. Katharina selbst hielt bis zum Hubertsburger Frieden aus verschiedenen Gründen mit ihrer Ansicht zurück; sie hatte persönliche Rücksichten gegen ihre Umgebung zu nehmen. Peters Friedensschluß mit Preußen war nicht populär gewesen; sie hoffte, durch Zurückhaltung, verbunden mit unverbindlichen Andeutungen des Wunsches der Annäherung, Friedrich zu jenen Zugeständnissen ihrer Vermittelung und einiger Begünstigung für Sachsen zu nöthigen. Zu dieser Politik gehörte, daß Bestuschew nicht zu früh desavouirt wurde. Daß ihr eigener Entschluß über den Weg, den sie zu gehen hatte, sehr bald nach der Thronbesteigung feststand, beweist die Berufung des Leontowitsch nach Moskau, die Stellung, welche sie alsbald zur russischen Partei in Polen einnahm. Schon im Juli 1762 hatte sie Poniatowski versichert, fest auf ihre Unterstützung zu bauen; im Oktober ließ sie den Hof zu Warschau darauf aufmerksam machen, daß die Czartoryski unter ihrem Schutze ständen [1]).

Die scharfe und drohende Sprache gegen August III., zu der sie bald überging, sollte nicht nur dessen Widerstand bezüglich Kurlands beseitigen, sondern auch ihre Partei in Polen soweit ermuthigen, daß sie bei Erledigung des Thrones im Stande sei, entschieden einzugreifen. Diese Schritte wirkten. Nach langer Vernachlässigung sahen sich die Czartoryski gestützt und gesucht. Ungeduldig, wieder zu Ansehen und Macht zu gelangen, gedachten sie sofort eine Konföderation gegen August III. zur Abschaffung der Mißstände der polnischen Verfassung zu bilden. Sie erbaten dazu Hülfe an Geld und Truppen. Katharina gewährte zunächst 30,000 Dukaten und sagte die Bereithaltung russischer Truppencorps in Kurland und bei Smolensk für den Monat Mai zu (3. April 1763). Die Vorbereitungen zu dieser Schilderhebung waren bereits weit vorgeschritten, ja die Truppen Soltykows hatten bereits Litthauen betreten, angeblich um durch

---

[1]) Benoits Bericht vom 20. Oktober 1762; geh. Staatsarchiv.

Polen nach Kiew zu marschiren[1]), als Katharina anderen Sinnes wurde.

Es war doch nicht rathsam, so weit zu gehen, nur um den Widerstand Augusts in der kurländischen Frage zu brechen, nicht rathsam, ein großes Feuer zu entzünden, bevor man mit Preußen einig wäre. Am 9. Juli 1763 forderte sie Friedrich auf, ihr den Entwurf eines Allianzvertrages zugehen zu lassen, und wies Kaiserlingk an, die Ungeduld ihrer Freunde in Polen zu mäßigen; sie wolle nicht weiter fortgerissen werden, als ihr Interesse verlange; sie wolle keinen offenen Bruch, keine Veränderung der polnischen Verfassung, keine Konföderation vor dem Tode des Königs. Sie habe Rücksichten zu nehmen; ihre Koffer seien leer und würden es so lange bleiben, bis sie ihre Finanzen geregelt habe, was nicht das Werk eines Augenblicks sei. Auch habe sie keine Allianzen; sie arbeite erst an diesen. Ihre Regimenter sollten ohne Aufsehen in ihre Quartiere zurückkehren[2]). Muth und Vertrauen ihrer Partei in Polen inzwischen aufrecht zu halten, ließ sie sich angelegen sein.

Die Allianz mit Preußen war noch nicht geschlossen, als unerwartet König August III. am 5. Oktober 1763 starb. Friedrich schrieb auf der Stelle der Kaiserin: sie möge dem sächsischen Hofe erklären, auf die Wahl des Kurfürsten zum Könige von Polen nicht eingehen zu können, ihre Partei in Polen verstärken und für den Fall der Bildung einer Gegenpartei den Czartoryski befehlen, den Schutz Rußlands zu erbitten (11. Oktober). Katharina hatte ebenfalls gleich nach Empfang dieser Kunde an Friedrich geschrieben: „Bei der Nachricht vom Tode des Königs von Polen wende ich mich an Eure Majestät. Ließen wir jetzt einen Sachsen zu, so würde der Thron in diesem Hause erblich werden. Da über die Wahl eines Piasten Uebereinstimmung besteht, so schlage ich ohne Umschweife Eurer Majestät unter den Piasten einen vor, welcher mehr als die übrigen Eurer Majestät und mir sich verpflichtet fühlen wird für das, was

---

[1]) Benoits Berichte vom 25. Juni und 27. Juli 1863. — [2]) Geh. Staatsarchiv und Schreiben vom 26. Juli, 5. und 18. August 1763 bei Röpell Polen S. 191 ff.; Ssolowjoff Fall von Polen S. 14. 15.

wir für ihn thun. Es ist, wenn Eure Majestät damit einverstanden ist, der litthauische Stoljnik Stanislaw Poniatowski. Die Truppenbewegungen an den Grenzen Litthauens werden Sie nicht in Erstaunen setzen; unsere Minister in Warschau und Konstantinopel müssen in Uebereinstimmung handeln (17. Oktober)." Und als nun das Schreiben des Königs vom 11. Oktober einging, erwiderte die Kaiserin: sie sei dem Rathe des Königs zuvorgekommen und habe dem Kurfürsten und der Kurfürstin von Sachsen in jenem Sinne geschrieben [1]). Der Allianzvertrag zwischen Preußen und Rußland werde nächstens zum Abschlusse kommen; das Gegenprojekt (zum preußischen Entwurfe) sei vor acht Tagen von Petersburg abgegangen. Sie schloß mit der Wiederholung der Aufforderung, die sie schon im Frühjahr dem Könige ausgesprochen hatte, den Sachsen den Durchmarsch nach Polen nicht zu gestatten.

Es kam dem Könige vor allem darauf an, daß die Besetzung des polnischen Thrones nicht zum Kriege führe, daß er nicht in neue Wirren und Kämpfe gezogen werde. Er beharrte darauf, nur einen Defensivtraktat mit Rußland zu schließen, und ermahnte in Petersburg dringend zu gemäßigtem Auftreten. Das Einverständniß Rußlands und Preußens werde ausreichen, Poniatowski's Wahl herbeizuführen. Die Aufforderung Panins, dem Katharina im November die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übertrug, auch preußische Truppen in Polen einrücken zu lassen, wies der König ab; ja, er wollte sich nicht einmal dazu verstehen, Truppen innerhalb Preußens an der polnischen Grenze zusammenzuziehen. „Vor meinem Staate und vor der Nachwelt würde ich mich verantwortlich machen," schreibt der König an Solms am 27. Dezember, „wenn ich mich leichtsinnig um Rußlands willen in den Krieg stürzte." Mit der Last eines Krieges stehe selbst die Throngelangung eines Sachsen in Polen außer Verhältniß. Panin möge nicht bloß auf Polen, sondern auch auf Europa, auf Oestreich und Frankreich sehen. Wenn wir marschiren ließen, würden die Oestreicher auch marschiren. Rußland sei stark genug,

---

[1]) Das Schreiben an den Kurfürsten bei Beer Erste Theilung 1, 306.

in Polen durchzusetzen, was es wolle, wenn Preußen einverstanden sei und Oestreich dadurch zurückgehalten werde. Auch drohende Erklärungen seien verfrüht; je milder Rußland auftrete, um so ungestörter und gewisser werde es zum Ziele kommen [1]). Panin beharrte auf dem Wunsche, daß der König wenigstens an seiner Grenze militärische Demonstrationen mache; die Oestreicher hätten ebenfalls Truppen an ihrer Grenze zusammengezogen; komme es zum Kriege, so werde Preußen nicht leer ausgehen [2]). Katharina selbst schrieb dem Könige: sie werde, wenn sie nicht gezwungen würde, den Weg der Thathandlungen (voies de fait) nicht betreten; aber Demonstrationen an den Grenzen machen, das heiße doch nur, sich des natürlichen Vortheils der Nachbarschaft bedienen (19. Januar 1764). Der König erklärte, er würde im Nothfalle höchstens ein paar Husaren-Regimenter an die Grenze rücken lassen (10. Februar).

Endlich kam es zum Abschluß des Allianzvertrages, den weniger Bestuschews und der östreichischen Partei Gegenwirkungen als Katharina's Behutsamkeit, diese Partei nicht zu früh zurückzuweisen und Oestreich selbst in Ungewißheit zu lassen, neben ihren Friedrich unerwünschten Forderungen verzögert hatten (11. April 1764). Auf Solms' Bericht (31. März), daß er nunmehr zeichnen könne, bemerkte der König: „Recht! In Polen wird's ruhig gehen; aber Gott verhüte eine neue Revolution in Petersburg; Frankreich, Oestreich und Sachsen arbeiten daran (16. April)." Und gleich darauf sagt er Solms noch einmal: „Jeder Kandidat ist mir recht, mit Ausnahme eines Oestreichers; welcher Piast gewählt wird, ist mir gleichgültig. Nur Rußland hat ein direktes Interesse und den Vortheil von seinem Kandidaten, den es durchbringt, einen Vortheil, den ich ihm auf die Gefahr hin, von Oestreich und Frankreich angefallen zu werden, verschaffe [3])."

Nach Maßgabe der früheren Verträge zwischen Preußen und

---

[1]) Weisungen an Solms vom 10. Februar und 27. Mai 1764. — [2]) Solms' Berichte vom 30. Dezember 1763 und 24. und 31. Januar 1764. Weisung an Solms vom 27. Januar 1764. — [3]) Weisung an Solms vom 19. April 1764; vergl. die Weisung vom 15. März 1764; geh. Staatsarchiv.

Rußland verpflichtete diese Allianz zu gemeinsamem Handeln in Polen. Die Wahl soll auf Stanislaw Poniatowski gelenkt werden. Im Fall einer Gegenkonföderation der Polen übernimmt es Rußland, ein Truppencorps einrücken zu lassen, Preußen, eine Demonstration an der Grenze zu machen. Der Vertrag, der 1730 zwischen Preußen und Rußland geschlossen worden war, enthielt bereits eine Bestimmung über den den Dissidenten zu gewährenden Schutz; in den Vertrag mit Peter III. vom 8/19. Juni 1762 aufgenommen (S. 123), ging dieselbe, nur in etwas verstärkter Fassung — die Dissidenten hatten Friedrichs Schutz gleich nach Augusts III. Tode erbeten [1]) — in den preußischen Vertragsentwurf vom 6. August (S. 128) und aus diesem in den neuen Traktat über. Wenn nach dem Vertrage von 1762 vorerst eine stärkere Unterdrückung als die vorhandene nicht zugelassen werden soll, so wollte man nach dem neuen Vertrage „starke und freundschaftliche Vorstellungen thun, damit die Dissidenten in ihre früheren Rechte, Privilegien, Freiheiten und Prärogativen wiedereingesetzt würden", sowohl in kirchlichen als in bürgerlichen Dingen. Wäre es nicht möglich, dies sogleich zu erlangen, so „werden die den Vertrag schließenden Theile günstigere Zeiten und Konjunkturen abwarten und gegenwärtig sich begnügen, zu bewirken, daß die gedachten Personen wenigstens gegen die Ungerechtigkeiten und gegen die Bedrückungen geschützt werden, unter welchen sie gegenwärtig seufzen [2])." Wie nach den früheren Verträgen sollte auch nach diesem das Recht der polnischen Nation, den König zu wählen, in Zukunft auf jede Weise aufrecht erhalten und, wenn nöthig, mit Gewalt der Waffen der Umsturz der Konstitution und der Grundgesetze Polens verhindert werden. In gleicher Fassung stand auch diese Bestimmung bereits im Vertrage von 1762. Endlich verbanden sich Preußen und Rußland, dem Einflusse Frankreichs in Schweden entgegenzuarbeiten und gemeinsam dahin zu wirken, daß die Verfassung von 1720 in Schweden in Kraft bleibe. Die kontrahirenden Theile garantiren sich ihre gegen-

---

[1]) Weisung Finkensteins und Hertzbergs an Benoit vom 28. Oktober 1763. — [2]) Geheimes Staatsarchiv.

wärtigen Besitzungen und unterstützen sich gegen jeden Angriff Dritter durch ein Hülfscorps von 12,000 Mann oder durch Zahlung jährlicher Subsidien. Würde die Wahl des Königs oder dieser selbst nach seiner Einsetzung durch den Einmarsch von Truppencorps einer dritten Macht in Polen bedroht, so wird der König von Preußen 20,000 Mann in Polen einrücken lassen, und diese werden hier gemeinschaftlich mit den russischen Truppen operiren. Die Dauer dieses Bündnisses war auf acht Jahre bestimmt.

Die Vortheile lagen wesentlich auf der Seite Rußlands. Ueber das entscheidende Motiv, das den König zum Abschluß bewegte, sagt er: „Die Engländer hatten uns durch ihren Separatfrieden verlassen und mit uns gebrochen; man mußte sich nach Hubertsburg einige Jahre eines soliden Friedens verschaffen, um die zu Grunde gerichteten Provinzen wiederherzustellen. Diesen Vortheil bot uns die Allianz mit Rußland [1])." Wenn Rußland nach außen hin sicherer stand, im Innern war dessen Lage noch immer sehr wenig konsolidirt. Graf Solms, dem der König nicht ohne Grund vorwarf, die russischen Dinge in zu günstigem Lichte zu sehen, berichtet drei Wochen nach Abschluß des Vertrages (4. Mai 1764): „Die Dauer der Herrschaft Katharina's kann man jetzt nach menschlichem Maße auf vier bis sechs Jahre für gesichert betrachten" Dann sei der Großfürst volljährig, und von der Haltung, die er dann annehme, werde viel abhängen [2]).

Die Gegenwirkungen Oestreichs und Frankreichs gegen das gemeinsame Vorgehen Preußens und Rußlands in Polen blieben hinter den Erwartungen Friedrichs zurück. Der Tod des Nachfolgers Augusts III. in Sachsen, des Kurfürsten Friedrich Christian, der unvermuthet schon im Dezember des Jahres 1763 seinem Vater ins Grab folgte, entzog, da sein ältester Sohn erst im dreizehnten Jahre stand, den Höfen von Wien und Paris wie der sächsischen Partei in Polen den Kandidaten, auf den man sich am leichtesten hätte ver-

---

[1]) Friedrich an Heinrich 9. Februar 1770; geh. Staatsarchiv. — [2]) Geh. Staatsarchiv.

einigen können. Man schwankte in Wien zwischen dem Herzog Karl von Lothringen und dem Prinzen Xaver von Sachsen in Paris zwischen diesem und dem Prinzen Conti, in Dresden selbst zwischen Xaver und dem Krongroßfeldherrn Branizki, dessen hohes Alter baldiges Ableben verhieß; vielleicht konnte Sachsen dann um so sicherer auf die Wiedererlangung des Thrones rechnen — während Prinz Karl von Sachsen seine Kandidatur auf eigene Hand aufstellte, um sich für den Verlust Kurlands schadlos zu halten. Nachdem man sich in Dresden für Branizki entschieden, nahmen auch Oestreich und Frankreich dessen Kandidatur an. An großen Worten, daß die Republik auf seine Hülfe zählen könne, wenn ihre Wahlfreiheit bedroht werde, ließ es Frankreich nicht fehlen, wohl aber an Geld, und da auch Oestreich in diesem Punkte zurückblieb, vermochten 50 bis 60,000 sächsische Dukaten nicht viel auszurichten. Als man sich in Wien überzeugte, daß auf eine ausreichende Unterstützung Frankreichs nicht zu rechnen sei, daß die Wahl Poniatowski's durch diplomatische Mittel nicht zu hindern sein werde, sah Kaunitz die schwersten Gefahren über Oestreich hereinbrechen: damit sei eine Tripleallianz zwischen Preußen, Polen und Rußland angebahnt, die Oestreich den Untergang bringen könne. Man würde solcher Gefahr selbst durch Krieg vorbeugen müssen, wenn die Wunden des letzten Krieges nicht so frisch und so groß seien. „Sobald der eine Theil mit Gewalt zu Werke geht und der andere sich derselben nicht bedienen kann, hat der erstere gewonnen Spiel [1]." An der Spitze der antirussischen Partei in Polen standen der Palatin von Litthauen, Karl Radziwil, „der große Schlemmer", und Potozki, der Woiwode von Kiow. Eine Fraktion dieser Partei beschloß, sich Preußen in die Arme zu werfen, um sich vor Rußland zu retten. Mokranowski, der vordem zur französischen Partei in Polen gehört hatte, eilte nach Berlin, dem Prinzen Heinrich die Krone anzubieten. Das Anerbieten wurde sehr bestimmt abgelehnt. Inzwischen hatten die übrigen Parteigenossen sich für den Krongroßfeldherrn Branizki erklärt; sie hofften mit ihm und durch

[1] 28. April 1764 bei Beer Erste Theilung 1, 151.

ihn die Kronarmee zu gewinnen Als aber nun im Frühjahr 1764 die russischen Truppen herankamen, zeigte es sich, daß der Krongroßfeldherr höchstens über 3 bis 4000 Mann zu verfügen, Radziwil in Litthauen nicht mehr als 5 bis 6000 Mann zusammengebracht hatte. Um die Mitte des April erreichten die russischen Truppen die Umgegend von Warschau [1]); am 7. Mai wurde hier der vom Primas, dem Erzbischof von Gnesen, berufene Konvocationsreichstag, der die pacta conventa festzustellen hatte, eröffnet. Die antirussische Partei protestirte gegen die Unfreiheit des Reichstages und erklärte, an dessen Berathungen nicht Theil zu nehmen. Der Reichstag, d. h. die russische Partei, 35 Senatoren und 140 Landboten [2]), konföderirte sich, entsetzte Branizki alsbald seines Amts, ernannte Michael Czartorysky zum Befehlshaber der Kronarmee und wies diese an, nur Czartorysky's Befehlen zu gehorchen. Vor den Russen weichend, zog sich Branizki an die ungarische Grenze; Anfang Juni, nach einem Gefecht bei Slonim (20. Juni), mußte auch Radziwil sein Heil in der Flucht suchen. Am 24. August trat der Wahlreichstag zusammen. Unter dem Drucke der russischen Truppen und unter der ebenso wirksamen Beihülfe von drei Millionen Rubeln [3]), wurde Stanislaw Poniatowski am 7. September 1764 von den wenig zahlreich versammelten Edelleuten Polens zum König gewählt. Beim Empfang dieser Nachricht schrieb Katharina Friedrich II.: die Wahl sei ruhig und einstimmig erfolgt; ihm habe sie diesen Erfolg zu danken. Friedrich hatte sie nicht lange zuvor auf die Anstrengungen aufmerksam gemacht, durch welche Oestreich und Frankreich in Petersburg ihr Vertrauen zu Panin zu untergraben trachteten. Sie fügte in dieser Beziehung hinzu: weder die Eifersucht der einen, noch der Groll der anderen Macht werde sie von ihrem Wege abbringen; sie sei mit Panin sehr zufrieden (17. September [4]). Diesem selbst schrieb Katharina: „Ich gratulire zum Könige, den wir gemacht haben. Dies

---

[1]) Benoits Bericht vom 14. April 1764. — [2]) Benoits Bericht vom 12. Mai 1764. — [3]) So hoch veranschlagt Benoit die Gesammtausgabe Rußlands ohne Einrechnung der Kosten für seine Truppen; Bericht vom 16. Juni 1764. — [4]) Geh. Staatsarchiv.

Ereigniß hat mein Vertrauen zu Ihnen umsomehr gesteigert, als ich sehe, wie fehlerlos alle von Ihnen getroffenen Maßregeln waren [1]."

Es war ein Erfolg, der den Thron Katharina's wohl etwas fester zu stellen vermochte; seine Bedeutung lag wesentlich darin, daß Rußland festen Fuß in Polen gefaßt hatte und von hier aus weiter zu kommen vermochte. Nicht lediglich um zur Macht zu gelangen, hatten sich die Czartoryski Rußland ergeben; sie hofften, daß, wenn nur erst Rußland ihnen zur Gewalt geholfen, sich Mittel und Wege finden lassen würden, den verkommenen Zuständen Polens aufzuhelfen. Sie hatten eine ernsthafte Reform im Sinn. Die Befugnisse der Regierung sollten gesteigert, die Krone von der Bevormundung durch die großen Kronämter befreit, die Justiz zur Thätigkeit und zu Ansehen gebracht, das Finanzwesen durchgreifend verbessert, die Armee auf einen anderen Fuß gesetzt werden; das liberum veto wollte man auf den Landtagen und auf dem Reichstage beseitigt wissen. Der neue König war nicht nur durch Bande nächster Verwandtschaft und Pietät von den Czartoryski, die seine Oheime waren, abhängig, er war gewohnt, ihrem Rath zu folgen. Seine Bildung reichte aus, ihn die Schwäche des polnischen Staatswesens klar durchschauen zu lassen, und er war um so eifriger für die Reform gestimmt, als diese auch die Einkünfte der Krone verbessern sollte; er wäre dadurch der drückendsten Seite seiner Abhängigkeit von Rußland entgangen. Die Nothwendigkeit der Reform hatten die Czartoryski bereits seit einem Jahrzehnt durch Publikationen einleuchtend zu machen gesucht; sie hatten derselben persönlich Anhänger geworben; sie hatten sie schon als Panier jener Konföderation, die sie im Sommer 1763 beabsichtigten (S. 127), erheben wollen. Ihre ausgedehnten Besitzungen, ihre Familienverbindungen, ihr Reichthum, den sie zusammenzuhalten und wohl zu verwenden verstanden, mußten so patriotischen Absichten Gewicht und Nachdruck geben. Gleich auf jenem Konvokationsreichstage, dem die Gegenpartei fern blieb, versuchten sie

[1]) Ssolowjoff a. a. O. S. 22.

einen großen Schritt zu thun, und sie hatten Grund dazu. Es war der denkbar günstigste Moment, mit der Reform während des Interregnums, d. h. in einer Lage vorzugehen, in welcher Rußland ihrer bedurfte. So brachten sie auf diesem Tage zur Annahme, daß den großen Kronämtern nicht mehr wie bisher die Verwaltung des Schatzes und der Polizei, der Justiz und der Armee selbstständig zustehen solle. Vier Kommissionen, vom Reichstage erwählt, jede aus 16 Mitgliedern bestehend, sollten die Verwaltung des Schatzes, der Polizei, der Justiz und der Armee führen. Außerdem wurde eine Steuer auf die Starosteigüter gelegt; von den Grenzzöllen sollte der Adel nicht mehr frei sein, und die so erhöhten Einkünfte sollten dazu dienen, die Armee zu verstärken [1]). Das Palladium der polnischen Freiheit, das liberum veto bei der Wurzel anzugreifen, wagten die Czartoryski selbst in dieser nur aus ihren Parteigenossen bestehenden Versammlung nicht. Sie versuchten jedoch, es zu beschränken; der Antrag ging dahin, daß fortan auf den Reichstagen in allen Angelegenheiten, welche die vier Kommissionen zu verwalten hätten, die Mehrheit entscheiden werde.

Diesem Antrage traten die beiden Vertreter Katharina's in Warschau, Kaiserlingk und Repnin, entgegen. Schon im November 1763 hatte Panin, bald nachdem ihm die auswärtigen Angelegenheiten übertragen waren, bei der Diskussion der Allianz mit Preußen, die, wie bemerkt, am 11. April 1764 zum Schluß kam (S. 130), dem Grafen Solms anläßlich der Festsetzung des Artikels, der die Aufrechthaltung der Wahlfreiheit und der Fundamentalgesetze der Republik aussprach, eröffnet, daß jeder Schritt des Reichstages verhindert werden müsse, der eine Erstarkung der königlichen Gewalt zur Folge haben könnte; die zu allen Beschlüssen erforderliche Einstimmigkeit müsse beibehalten, die Vermehrung des Heeres dürfe nicht gestattet werden. Der König war einverstanden, daß das gemeinsame Interesse Preußens und Rußlands fordere, Polen in dem gegenwärtigen Zustande zu erhalten. Die Instruktion, welche der außer-

---

[1]) Benoits Bericht vom 16. Juni 1764.

ordentliche Botschafter Katharina's, Fürst Repnin, am 6. November 1763 bei seiner Abreise nach Warschau erhielt — sie war für ihn und Kaiserlingk bestimmt —, sprach jene Absichten noch deutlicher aus. Der erste und wichtigste Punkt sei, daß das Wahlreich nicht in ein Erbreich übergehe; dieser Schritt werde alle übrigen Rußland schädlichen Reformen nach sich ziehen. Ferner sei alle Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die gegenwärtige Form der Regierung vollständig erhalten, daß das Gesetz der Einstimmigkeit nicht verändert, daß die Armee niemals vermehrt werde. „Hierauf," so heißt es wörtlich, „beruht der vornehmste Vortheil unseres Reichs, hierdurch werden wir direkten Einfluß auf die europäische Politik gewinnen [1]."

Repnin und Kaiserlingk konnten somit nicht unterlassen, gegen die Erhebung jenes Antrages zum Beschlusse zu protestiren. Um die russische Partei, der man zur Königswahl nicht entbehren konnte, nicht zu stark zu verstimmen, und weil die Kaiserin zugleich Repnin und Kaiserlingk angewiesen, für die Vermehrung der Ausstattung der Krone zu sorgen, damit der neue König ihr nicht zu theuer werde [2]), wurde die Koncession gemacht, daß die Angelegenheiten der Schatzkommission auf allen freien Reichstagen nach der Mehrheit entschieden werden könnten; die des Inneren, der Justiz und des Krieges sollten nicht erwähnt, aber in der bezüglichen Konstitution sollte ausdrücklich festgestellt werden, daß zur Auflegung neuer Steuern und zur Vermehrung des Heeres Einstimmigkeit erforderlich sei. Der Konvokationstag beschloß demgemäß [3]).

Trotzdem hatten die Czartoryski Ursache, mit den Erfolgen des Konvokationsreichstages zufrieden zu sein. Immerhin war eine Beschränkung des liberum veto erreicht, und die geminderte Befugniß der Kronämter mußte eine merkliche Erweiterung der Regierungsgewalt und zugleich eine ordnungsmäßigere Verwaltung herbeiführen. Benoit hob hervor, daß der Aufschwung der Polen auf diesem Reichstage be-

---

[1]) Angeberg Recueil des traités concernant la Pologne p. 5. — [2]) Instruktion vom 6. November Art. 12 a. a. O. — [3]) Finkenstein und Hertzberg an Solms 28. Oktober 1766.

achtenswerth sei, daß derselbe bedenkliche Folgen für Preußen herbeiführen könne[1]. Im September gelang dann die Wahl Stanislaws, und da die Konföderation, in welche sich der Konvokationsreichstag verwandelt hatte, auch über den Wahlreichstag hinaus festgehalten wurde, durften die Czartoryski schon hoffen, die Reform auf dem dadurch gesicherten Wege der einfachen Mehrheit gedeihlich zu fördern.

Wie großes Gewicht Katharina auf die Protektion der Dissidenten legte und legen mußte, ist hervorgehoben. Im Sommer 1763 schrieb sie Kaiserlingk: „Ich vertraue die Rechtgläubigen in Polen Ihrem Schutze an[2]." In der Instruktion vom 6. November 1763 sagte sie: „In Mißachtung des Vertrages von 1686 sind alle polnischen Unterthanen unserer Religion unterdrückt; ihre Mehrzahl ist dem unirten Ritus inkorporirt; der Ueberrest in Weiß-Rußland mit seinen Kirchen und Klöstern wird von dem katholischen Klerus und dem Adel jener Gebiete mißhandelt. Der Krönungsreichstag wird allen denen, die den griechischen Glauben bekennen, unbeschränkte Religionsfreiheit zu bewilligen und die Kirchen und Grundstücke zu restituiren haben, die ihnen vormals entrissen worden sind[3]." Aber die Dinge ließen sich auf diesem Gebiete nicht nach Katharina's Wunsche an. Als Benoit und Repnin nach Eröffnung des Konvokationsreichstages die Herstellung der alten Rechte der Dissidenten forderten, bestätigte dieser vielmehr am 17. und 18. Mai (1764) die gegen die Dissidenten erlassenen Konstitutionen von 1717, 1733 und 1736[4]; ja, es war diese Bestätigung ein Beschluß, den die gemäßigte Seite der Versammlung gegen diejenigen durchgetrieben hatte, welche die Verschärfung der Gesetze gegen die Dissidenten verlangten. Immerhin hatte dieser Reichstag deutlich genug zu erkennen gegeben, daß auch die russische Partei nicht gemeint sei, in dieser Frage zu weichen. Die noch in Petersburg weilende Deputation der Dissidenten, welche diese nach Augusts Tode an Katharina abgeordnet hatten, er-

[1]) Bericht vom 16. Juni 1764. — [2]) Ssolowjoff a. a. O. S. 14. — [3]) Instruktion vom 6. November 1763 bei Angeberg l. c. p. 4. 8. — [4]) Oben S. 115. Benoits Bericht vom 19. Mai 1764.

bat den Beschlüssen vom 17. und 18. Mai gegenüber um so dringender Katharina's Intervention[1]. Panin gab nicht nur Kaiserlingk auf, für die Sache der Dissidenten einzutreten, er wünschte eine gemeinsame Erklärung Oestreichs und Preußens, gemeinsame Schritte zu Gunsten der Dissidenten[2]). Der König erwiederte, Benoit sei bereits instruirt, sich in dieser Frage mit den Vertretern Katharina's in Warschau zu verständigen; er widerrathe, eine zu starke Sprache zu führen; es würde unklug sein, den Klerus zu reizen. Gemeinsame Schritte hielt er im Augenblick für nicht recht opportun, gestattete Solms jedoch endlich, hierüber eine Vereinbarung mit Panin zu treffen. Dieselbe stellte fest, daß beide Höfe übereingekommen seien, ihre Minister in Warschau zu beauftragen, sowohl während des Interregnums als bei dem neuen Könige nach der Wahl darauf zu bringen, daß die Dissidenten in vollen Besitz ihrer Rechte eingesetzt würden, und da auch andere Höfe diese Wünsche theilten, sollten diese eingeladen werden, sich den Schritten Preußens und Rußlands anzuschließen (Petersburg 11. Juli 1764[3]). Sieben Tage nach seiner Erwählung überreichten Benoit und Repnin Stanislaw eine in diesem Sinne abgefaßte Denkschrift[4]). Panin schrieb dem Fürsten Repnin am 13/24. Oktober (Kaiserlingk war am 30. September gestorben): von seinem Urtheile und seinem Einverständnisse mit dem preußischen Gesandten hänge die rechtzeitige und wirksame Anwendung der Mittel ab, die, wenn es sich durchaus unmöglich zeigen sollte, den Dissidenten Alles ihnen Geraubte zurückzugewinnen, diesen wenigstens, was irgend wichtig und für ihren Nutzen bedeutsam sei, wiederschafften. „Wie sehr der Vortheil und die Ehre unseres Vaterlandes und besonders der persönliche Ruhm Ihrer kaiserlichen Majestät bei der gerechten Zufriedenstellung der Dissidenten interessirt sind, bedarf keiner Ausführung. Für den äußersten Fall geben Sie zu verstehen, daß Ihre kaiserliche Majestät, wenn ihrer Intercession in einer so

---

[1]) Weisung des Königs an Benoit vom 5. Juli 64. — [2]) Solms' Berichte vom 19. Juni und 3. Juli 1764. — [3]) Deklaration vom 11. Juli, gezeichnet: Panin, Galitzin, Solms. Weisungen an Benoit vom 8. September und 12. Oktober 1764; geh. Staatsarchiv. — [4]) Martens Recueil 1, 340 ff.

gerechten Sache seitens der Republik so geringe Achtung erwiesen würde, sich genöthigt sehen könnte, ihre Truppen, welche bis jetzt mit so bedeutenden Unkosten zum ausschließlichen Vortheil und Dienst der Republik gebraucht wurden, anzuweisen, weiterhin auf deren Gebiete zu verweilen Es wird nöthig sein, daß Ew. Durchlaucht Rede und That in Einklang bringen und demgemäß für das weitere Verweilen unserer Truppen in Polen Anstalten treffen, um durch Einschüchterung zu erreichen, was auf gütlichem Wege nicht erlangt werden kann. Ich denke nicht, daß es möglich ist, den Dissidenten auf ein Mal Alles zurückzugewinnen; es ist genug, wenn sie in einige Rechte und Privilegien wiedereingesetzt werden und vor neuen Verfolgungen vollkommen geschützt sind; bei Fortdauer der Bedrückungen könnten sie zu nicht wiederauszugleichendem Schaden unserer Staatsinteressen vollkommen ausgetilgt werden [1])." Katharina selbst wies Repnin an, energisch für die Dissidenten vorzugehen: „Sie haben die Truppen dort, sorgen Sie, daß es gelinge [2])!" Sie wollte demnach, wie sie schon elf Monate vorher Repnin in der Instruktion vom 6. November 1763 vorgeschrieben (S. 138), auf dem Krönungsreichstage weitreichende Koncessionen für die Dissidenten erlangen; sie scheute es nicht, zu diesem Ende sofort Drohungen aussprechen zu lassen.

Die Czartoryski gedachten auf diesem Reichstage mit dem, was ihnen am Herzen lag, mit der Verfassungsreform, weiter zu kommen. Unmittelbar nach der Wahl Stanislaws war Rzewuski, der Gesandte des neuen Königs in Petersburg, beauftragt worden, die Genehmigung zur Einbringung eines auf weitere Beschränkung des liberum veto zielenden Antrages auf dem Krönungsreichstage zu erwirken. Vollständige Abschaffung war weder bei Rußland und Preußen noch voraussichtlich, trotz Festhaltung der Konföderation, auf dem Reichstage und wenn selbst auf diesem, so doch nicht bei der weit überwiegenden Mehrzahl der Magnaten und der Gesammtheit des Adels zu erreichen. Die Czartoryski wollten demnach nicht Abschaffung

[1]) Ssolowjoff a. a. O. S. 24. 29 ff. — [2]) Benoits und Carolaths Bericht vom 17. November 1764.

des liberum veto, sondern des liberum rumpo zunächst für die Landtage genehmigt haben, d. h. das liberum veto sollte nur den Beschluß treffen, gegen den es gerichtet war, nicht aber zugleich alle früher auf demselben Landtage gefaßten Beschlüsse. Man hoffte hierfür um so eher in Petersburg Gehör zu finden, wenn man diese Frage mit den den Dissidenten zu gewährenden Zugeständnissen in Verbindung brachte: „Sie wollen," schrieb der neue König von Polen der Kaiserin, „daß Polen unabhängig bleibe, daß der Bund zwischen Polen und Ihrem Staate noch fester und vortheilhafter für beide Völker werde als früher, daß jeder Bürger Polens, die Dissidenten miteingeschlossen, Sie liebe und sich Ihnen verpflichtet fühle. Ihre Majestät interessirt sich lebhaft für die Dissidenten; aber ihre Sache wie jede andere erheischt mehr Ordnung auf dem Reichstage, und diese kann nicht erreicht werden ohne Reform unserer Landtage (15. November 1764 [1])."

Diese Reformvorschläge fanden in Petersburg kein ganz ungünstiges Gehör. Panin schien von seiner vor der Wahl Stanislaws so bestimmt formulirten Meinung, daß die bestehende Verfassung in ihrer Gesammtheit unverändert beibehalten werden müsse, zurückzukommen. Je sicherer Rußland Polen bereits in der Hand zu haben glaubte, um so nachsichtiger konnte es einer so mäßigen Reform gegenüber sein. War man gewiß, in Polen zu gebieten, dann hatte man doch auch ein Interesse daran, eine bessere Ordnung und Verwerthung seiner Staatskräfte zu gestatten, damit der neue Vasall Rußlands im Stande sei, dem Oberherrn im Nothfall einigen Dienst leisten zu können. Panin meinte, eine bessere Ordnung in Polen sei doch wünschenswerth, um dessen Kräfte benutzen und die Lücke ausfüllen zu können, die für Rußland im Süden gegen die Pforte durch den Verzicht auf die östreichische Allianz entstehe. Katharina zeigte weniger Geneigtheit; aber auch ihr wäre es doch nicht unerwünscht gewesen, wenn gegen eine Koncession in der Verfassungsfrage, das Zugeständniß, welches

---

[1]) Ssolowjoff a. a. O. S. 24.

ihr am meisten am Herzen lag, d. h. wenigstens Erleichterung, wenn nicht Gleichstellung für die Dissidenten zu erlangen gewesen wäre.

Anders lagen die Dinge für König Friedrich. Ihm war nicht die Frage der Dissidenten, ihm war die Aufrechterhaltung der polnischen Verfassung, d. h. der Unschädlichkeit Polens für Preußen, die Hauptfrage, eine Frage von wesentlicher Bedeutung. Nahm Katharina die Initiative in der Frage der Dissidenten, Friedrich ergriff dieselbe für Aufrechterhaltung der Verfassung. Man war in Berlin der Meinung, daß eine Aenderung die andere herbeiführen werde [1]), und Friedrich schrieb am 30. Oktober der Kaiserin: die Absicht, das liberum veto durch das Mehrheitsvotum zu ersetzen, sei von großer Bedeutung für alle Nachbarn Polens. „Von Stanislaw ist nichts zu fürchten. Aber in Zukunft kann Polen in Folge dieser Reform ein den Nachbarn gefährlicher Staat werden." Um die Polen zu verhindern, sich ihrem ersten Enthusiasmus zu überlassen, werde es das Beste sein, die russischen Truppen bis zum Schluß des Reichstages in Polen zu lassen [2]). Die Vorstellungen des Königs wirkten. Katharina erwiderte, daß sie zur Aufrichtung des Systems der Mehrheit die Hand nicht bieten werde. Wenigstens gegenwärtig sei nicht daran zu denken; einst könne man sehen, was zu thun sein werde, wenn man dazu gelange, eine Allianz mit Polen zu schließen [3]).

Stanislaws Krönung fand am 25. November 1764 statt; der Krönungsreichstag war eröffnet. Am 29. Novbr. verlangten Benoit und Repnin ungestörte Religionsübung für die Dissidenten, deren Zulassung zu den Staatsämtern und Würden, einen Sitz im Senate für den griechischen Bischof von Mohilew. Unmittelbar darauf überbrachte ein Kurier aus Petersburg Weisungen für Repnin: die Kaiserin untersage die beabsichtigte Beschränkung des liberum veto. Der König habe geweint, nachdem ihm Repnin diese Weisung eröffnet,

---

[1]) Weisungen an Benoit vom 5. und 8. Oktober 1764. — [2]) Geh. Staatsarchiv. Vergl. Finkensteins und Hertzbergs Immediatberichte vom 4. und 26. Oktober 1764. — [3]) Solms' Bericht vom 20. Nov. 1764. Weisung an Benoit vom 28. November 1764.

berichtet Benoit; aber er habe versprochen, für diesen Reichstag auf die Abschaffung des liberum veto und die Vermehrung der Armee zu verzichten[1]). Stanislaw erfüllte sein Versprechen. Er ließ einen Gesetzentwurf einbringen, der den Dissidenten Freiheit der Religionsübung zusagte. Kaum hatte der Primas von den Forderungen der Dissidenten zu sprechen begonnen, als der wildeste Tumult losbrach; nicht einmal die Verlesung des Entwurfs war zu erreichen[2]). Stanislaw schrieb der Kaiserin: „Gegen die Ansicht meiner sämmtlichen Rathgeber erhob ich die Dissidentenfrage, weil es Ihr Wunsch war. Fast hätten sie den Primas in meiner Gegenwart getödtet[3])."

Katharina gedachte nicht, von ihren Forderungen abzulassen. Auf dem ersten regelmäßigen Reichstage, der im Herbste des Jahres 1766 zusammentreten mußte, sollte die Frage zur Entscheidung gebracht werden. In sechs Wochen werde Rußland seinen Feldzug in Polen eröffnen, so berichtet der englische Gesandte zu Petersburg am 5. August 1766 seinem Hofe; „Panin sagte mir: er wolle lieber 50,000 Mann opfern und Alles über den Haufen werfen, als seine Pläne mißlingen sehen[4])." Auch die Berichte des Grafen Solms ließen in Berlin keinen Zweifel, daß man in Petersburg entschlossen sei, die Gleichstellung der Dissidenten selbst mit den äußersten Mitteln durchzutreiben. Die Kaiserin habe den Ehrgeiz, für die Schützerin der Unterdrückten zu gelten; man beginne seine Kraft zu fühlen, die Finanzen seien geordneter, die Truppen gut[5]). Vergebens ermahnte Friedrich zur Mäßigung: es sei gerathen, bei der Forderung der freien Religionsübung und der bürgerlichen Gleichberechtigung stehen zu bleiben, den Zugang zu den Staatsämtern und den Zutritt zu den Landtagen und zum Reichstage aber nicht zu beanspruchen, da diese Forderung an sich schwer zu begründen, den größten Widerstand hervorrufen und nur auf die Gefahr kriegerischer Verwicklungen hin werde durchgeführt werden können. Als Solms meldete (unter dem

---

[1]) Benoits Berichte vom 1., 5., 8. Dezember 1764. — [2]) Benoits Berichte vom 22. und 29. Dezember 1764. Solms' Bericht vom 4. Januar 1764. — [3]) Ssolowjoff a. a. O. S. 25. — [4]) Raumer Beiträge 2, 47. — [5]) Solms' Bericht vom 22. August 1766.

8. August 1766), König Stanislaw habe versprochen, in der Dissidentenfrage ganz nach den Wünschen der Kaiserin zu verfahren, wurde ihm erwidert: dies Versprechen möge wohl ehrlich gemeint sein (Stanislaw kannte den Umfang der russischen Forderungen noch nicht und gedachte nur für freie Religionsübung einzutreten); was aber vermöge er gegen den Klerus und die gesammte Katholicität, die man aufrufen werde? Niemals würden sich die Polen dazu verstehen, die Dissidenten in den vollen Umfang ihrer alten Rechte wiedereinzusetzen, würden sie nicht mit Gewalt dazu gezwungen. Sie würden sich eher den äußersten Folgen aussetzen, als das Zugeständniß voller Gleichberechtigung machen. Wolle man jene Folgen über sie bringen, wolle man sie mit Gewalt zwingen, so werde dies die Einmischung der Höfe von Wien und Versailles zur Folge haben, und es sei überdies zu fürchten, daß die Pforte sich überreden lasse, starke Maßnahmen für die Dissidenten als auf den Umsturz der polnischen Verfassung gerichtet anzusehen. Man möge in Petersburg erwägen, ob der Zweck, den man im Auge habe, solche Folgen auf sich zu nehmen werth sei. In keinem Falle werde sich Preußen bei gewaltsamen Maßregeln betheiligen [1]).

Katharina ließ sich nicht zurückhalten. Panin schrieb dem Fürsten Repnin: „Wir können und wollen die polnische Angelegenheit nicht als definitiv geordnet ansehen, solange die Lage der Dissidenten nicht in gerechter Weise verbessert ist, und sollte dies selbst eine bewaffnete Negotiation erfordern." Repnin habe die vollständige Gleichberechtigung, die Wählbarkeit für den Reichstag, die Zugänglichkeit aller Staatsämter für die Dissidenten durchzusetzen. „Die ertheilten Befehle sind entsetzlich," so erwidert Repnin dem Grafen Panin, „und die Haare stehen mir in der That zu Berge, wenn ich daran denke; denn ich habe nicht die geringste Hoffnung, anders als einzig durch Gewalt den Willen der allergnädigsten Monarchin bezüglich der bürgerlichen Privilegien der Dissidenten durchzuführen

---

[1]) Weisungen vom 19. und 23. August und 4. November 1766 an Solms.

(6/17. September)." Er stellte jene Forderung beim Könige: es sei Rußlands letztes Wort; würde auf dem bevorstehenden Reichstage nicht Alles durchgeführt, so ständen 40,000 Mann an der Grenze zum Einrücken bereit. Stanislaw entwickelte die Unmöglichkeit, die Nation dafür zu stimmen, und schrieb seinem Gesandten in Petersburg, dem Grafen Rzewuski: „Die letzten Repnin ertheilten Befehle, die Dissidenten selbst in die Gesetzgebung einzuführen, sind ein wahrer Donnerschlag für das Land und für mich persönlich. Wenn es irgend menschenmöglich ist, so stellen Sie der Kaiserin vor, daß die Krone, die sie mir verschafft hat, für mich zum Gewande des Nessus werden wird; es wird mich verzehren, und mein Ende wird entsetzlich sein. Mir steht bevor, mich entweder von der Freundschaft der Kaiserin loszusagen oder zum Landesverräther zu werden. Wenn Rußland die Dissidenten durchaus in die Gesetzgebung einführen will, so werden sie, und wenn ihre Zahl auch nicht mehr als zehn oder zwölf beträgt, gesetzlich existirende Häupter einer Partei sein, die in dem polnischen Staate und in der polnischen Regierung nur Feinde sehen und beständig gegen dieselben auswärts um Hülfe nachsuchen wird [1])." Bei dem starken Widerstand, auf den seine Forderungen nach den Berichten Repnins und diesen Aeußerungen des Königs stoßen würden, hielt Panin für angemessen, Einiges zu mildern. Er ermächtigte Repnin unter dem 15/27. September 1766: auf die Zugänglichkeit zu den Stellen des militärischen Oberbefehls, wie zu denen der Senatoren für die Dissidenten zu verzichten, wenn ihnen dagegen die Wählbarkeit für den Reichstag, für die Gerichtshöfe, für das Amt der städtischen Starosten mit der Maßgabe zugestanden werde, daß in gewissen Palatinaten neben zwei Katholiken stets ein Dissident als dritter gewählt werden müßte. Das Ultimatum sei die unbeschränkte Zugänglichkeit der städtischen Aemter mit unbeschränkter Freiheit der Religionsübung in allen das Kirchenthum betreffenden Punkten. „Geht der Reichstag auf gar nichts

---

[1]) Ssolowjoff a. a. O. S. 43. 44. Vergl. Solms' Bericht vom 21. Oktober 1766.

ein, so haben Sie die Dissidenten, von denen Sie eine so große Anzahl als irgend möglich um sich in Warschau versammeln werden, zu bestimmen, den Reichstag zu verlassen, eine Konföderation zu bilden und durch diese formell unsern Schutz und Beistand nachzusuchen. Sie können von dieser extremen Ressource, da sie unsre letzte und feste Resolution ist, konfidentiell Mittheilung machen, damit die Polen wissen und überzeugt sind, daß wir es nicht zulassen werden, die Sache nach ihrem einseitigen Verlangen zu beseitigen, sondern daß wir dieselbe eher bis zum Aeußersten treiben werden." Repnin erwiderte am 5. Oktober (24. September): „Es ist nicht die geringste Hoffnung vorhanden, ohne Anwendung von Gewalt zu reüssiren. So bleibt denn nichts weiter übrig, als sich auf die Gewalt allein zu verlassen; denn nicht ein Theil des Reichstages wird der Sache entgegen sein, sondern alle, Kopf für Kopf, da außer der gesammten Geistlichkeit und ihrer Influenz der König, die Fürsten Czartoryski und ihr Anhang sich den Gegnern anschließen. Ich habe Soltikow (er befehligte die an der Grenze Litthanens versammelten Truppen) heut durch Kurier den Befehl zugeschickt, die Besitzungen des Bischofs von Wilna und des Bischofs von Krakau zu besetzen (sie hatten sich an die Spitze der Agitation gegen die Dissidenten gestellt [1]) und die Truppen von ihnen verpflegen zu lassen; denn es kann mit der Dissidentenfrage nicht schlimmer werden, als es bereits ist, und vielleicht macht dies Verfahren einige Impression [2])."

Der erste ordentliche Reichstag unter der Regierung Stanislaws wurde am 6. Oktober 1766 eröffnet. „Die Gemüther der Polen", schreibt der Gesandte Englands in Warschau, „sind durch die Dissidentenfrage erregt. Der vernünftige und leitende Theil der Nation ist bereit, ihnen völlige Religionsfreiheit, aber keine Theilnahme an Regierung und Gericht zuzugestehen. Die Bischöfe stehen an der Spitze des Widerstandes. Die Russen haben 30 bis 40,000 Mann bereit; Frankreich und Oestreich ermuthigen zum Widerstande gegen die

---

[1]) Solms' Bericht vom 29. August 1766. — [2]) Ssolowjoff a. a. O. S. 31. 32. 45.

Forderungen Rußlands; die Folgen lassen sich nicht absehen[1])." Stanislaw hoffte trotz Allem die wesentlichsten Punkte der Reform: den Wegfall des liberum veto bei den Wahlen zu den Tribunalen und zum Reichstage, die Festsetzung des Mehrheitsbeschlusses für Vermehrung der Steuern und der Armee ohne Rußlands Einspruch durchbringen zu können, wenn er dagegen den Reichstag zu einigen Koncessionen für die Dissidenten bewege; Benoit glaubte, Stanislaw habe für diesen Fall ein Versprechen Katharina's, wenigstens die Steuererhöhung durch Mehrheitsbeschluß zuzugeben[2]). Nach allem, was man Solms in Petersburg hören ließ, wußte man hier von solchem Plane Stanislaws nichts. Er wurde durch den katholischen Eifer der Bischöfe in bedenklicher Weise gekreuzt. Als die pacta conventa, d. h. die Wahlkapitulation, im Reichstage verlesen wurden, damit die Landboten prüften, ob der König keinen Artikel derselben verletzt habe, erhob sich Roman Soltyk, der Bischof von Krakau, sowohl gegen Zugeständnisse für die Dissidenten als gegen die Reform. Der vornehmste Artikel, den der König beschworen, sagte er, sei die Beschirmung der katholischen Religion; die Dissidenten hätten den Schutz des Auslandes gesucht; er beantrage, ihnen keinerlei Zugeständniß zu machen; gegen Jeden sei die Todesstrafe zu beschließen, der in Zukunft überführt werde, den Beistand fremder Mächte verlangt zu haben; er beantrage, den Rückzug der russischen Truppen zu fordern und die allgemeine Konföderation aufzulösen, welche die Freiheit unter eine unerträgliche Diktatur beuge. Alles rief: So sei es, so sei es! Mit solchem Beschluß wäre jede weitere Verhandlung über die Dissidentenfrage abgeschnitten aber auch jede Reform durch Beseitigung der bestehenden Konföderation unmöglich gemacht worden. Es gelang Stanislaw, durch eine glänzende Improvisation die Abstimmung zu hindern. Er sei stolz, über ein Volk zu herrschen — so sagte er —, das von solchem Eifer für seine Religion beseelt sei; er verkenne die Gefahren nicht, welche bevorständen; aber man müsse die Religion

[1]) Berichte vom 24. September und 31. Oktober, bei Raumer Beiträge 2, 51. 70—73. — [2]) Weisung an Solms vom 22. Oktober 1766.

und die Freiheit retten oder zu Grunde gehen; er sei bereit, für die Religion der Väter zu leben und zu sterben. Indem er auf die Gefahren des Widerstandes gegen Rußland hinwies, hoffte Stanislaw, den Reichstag zu bestimmen, die Reformen als die unerläßlichsten Mittel des Widerstandes zu beschließen oder im anderen Fall auf seinen ersten Plan zurückzukommen, die Reformen durch Koncessionen für die Dissidenten zu erkaufen. Jedenfalls hatte er die Zurückschiebung der entscheidenden Frage erreicht (11. Oktober). Am 4. November übergaben Repnin und Benoit im Verein mit den Vertretern von England, Schweden und Dänemark eine Denkschrift zu Gunsten der Dissidenten. Der König erlangte wiederum, daß die Beschlußfassung darüber bis zum Ende des Reichstages vertagt wurde.

Die Beseitigung des liberum veto bei den Wahlen für die Tribunale wurde angenommen; aber die in Form einer Deklaration zur betreffenden Konstitution des Konvokationsreichstages beantragte Geltung der Mehrheit bei Auflegung neuer Steuern und Vermehrung der Armee fand heftigen Widerstand im Reichstage selbst, insbesondere bei den Bischöfen, der auch durch den Hinweis auf die von Rußland in der Dissidentenfrage drohenden Gefahren nicht zu beseitigen war. Benoit war bestimmt instruirt, der Ausdehnung der Pluralität auf neue Steuern und Zölle, auf die Vermehrung der Armee wie dem Fortbestehen der Konföderation, welche die Polen allmählig an die Geltung der Mehrheit gewöhnen könne, entgegenzuwirken[1]). Am 11. November übergab er mit Repnin, der bisher nur der Einführung der Mehrheit bei den Wahlen der Tribunale nicht der Finanzreform widerstrebt hatte, dem Könige eine Erklärung, welche einen klaren Beschluß darüber verlangte, daß die Pluralität, sofern keine Konföderation stattfinde, bei der Auflegung von Steuern und Vermehrung der Truppen nicht statthabe, sondern Einstimmigkeit erforderlich sei, wie bei allen übrigen Angelegenheiten des Staates das liberum veto in Kraft bleiben müsse. Am 20. November brachte der Großkanzler

[1]) Weisung vom 28. Oktober 1766.

Zamoyski die beiden Erklärungen des russischen und des preußischen Gesandten über die Dissidenten- und die Verfassungsfrage zugleich an den Reichstag. Der König verlangte, daß zuerst über die Verfassungsfrage abgestimmt werde. Tumultuarisch wurde gefordert, daß die Dissidentenfrage zuerst erledigt werde. Der König verließ die Sitzung. Am Tage darauf kam in der That die Verfassungsfrage zunächst zur Verhandlung. Die Czartoryski hatten den Muth verloren; einstimmig wurde die Reform vom Reichstage abgelehnt. Am 24. November ward die Dissidentenfrage zur Berathung gestellt und in Erwiderung der Deklaration vom 4. November eine Akte angenommen, welche die Konstitutionen von 1717, 1733, 1736 und 1764 gegen die Dissidenten einfach aufrecht erhielt. Unmittelbar darauf wurde der Reichstag geschlossen (30. November), und die Auflösung der bestehenden Konföderation, welche Benoit und Repnin mittelst einer weiteren Erklärung gefordert hatten, votirt [1]). Repnin schreibt: „Ich bin mit der strikten Mitwirkung sowohl des Königs als der Czartoryski bei Ablehnung des Mehrheitsvotums vollkommen zufrieden. Ich muß der Wahrheit gemäß berichten, daß der Erfolg in der Dissidentenangelegenheit weder in der Macht des Königs noch in der der Czartoryski steht. Der beste Beweis dafür ist die Vernichtung des Mehrheitsvotums. Unbestreitbar war ihnen dies theurer und nöthiger; aber den Abgrund, der sich vor ihnen öffnet, gewahrend, machen sie selbst rückgängig, was ihnen das Theuerste ist, und so hätten sie auch die Dissidentenangelegenheit zu Stande gebracht, wenn es ihnen möglich gewesen wäre [2])."

Katharina war entschlossen und vorbereitet, die Gleichberechtigung der griechisch gläubigen Polen mit den äußersten Mitteln durchzutreiben. War sie mit dem Könige und den Czartoryski nicht zu erreichen gewesen, so sollte sie jetzt ohne und gegen diese erreicht werden. Die Bildung jener Konföderation, die Panin für den Fall, daß der Reichstag in dieser Frage Widerstand leiste, bereits ins Auge gefaßt (S. 146), sollte nun ins Leben gerufen werden, alle

---

[1]) Weisung an Solms vom 21. November 1766. — [2]) Ssolowjoff a. a. O. S. 47.

Neuerungen, die in die Verfassung gebracht waren, auch die vier Kommissionen sollten nun fallen, jede Erhöhung der Staatseinkünfte, jede Vermehrung der Armee abgeschnitten, das liberum veto überall streng festgehalten werden. Rußland nahm jetzt Partei für die Gegner der Czartoryski, für die volle alte Libertät des polnischen Adels [1]). König Friedrich wurde ersucht, wenigstens ein kleines Truppencorps zur Deckung der im Westen zu bildenden Konföderation der Protestanten einrücken zu lassen. Die Kaiserin, so berichtet Graf Solms, sei, wenn Oestreich sich einmische, auch zum Kriege gegen Oestreich entschlossen. Wenn Rußland, sagte Panin dem Grafen Solms, durch den Vertrag von 1686 berechtigt und verpflichtet sei, für die griechisch Gläubigen einzutreten, so sei es Preußen durch den Frieden von Oliva. Auch die Protestanten Deutschlands seien durch Oestreichs und Frankreichs katholische Liga bedroht. Diese habe nun zwar ihr Gegengewicht in der preußisch-russischen Liga gefunden; aber letztere müsse denn auch, um das Vertrauen des Protestantismus zu gewinnen, zeigen, daß sie ihren Willen durchzusetzen vermöge [2]).

Friedrich war mit dem gesammten Verfahren Rußlands in Polen durchaus nicht einverstanden. Er hielt es für ungerechtfertigt, für unklug und für geeignet, Oestreichs und Frankreichs Intervention zu provociren. Die Motive durchschaute er vollkommen: es handle sich nicht um die religiöse Frage, vielmehr um dauernde Aufrichtung der russischen Herrschaft in Polen [3]). Panins Argumentation überzeugte ihn nicht. Die Freiheit der Religionsübung für die Dissidenten genüge; er wollte sich nicht weiter betheiligen, als daß Benoit noch eine aber mäßig gefaßte Deklaration für die Dissidenten abgebe [4]). Oestreich schien entschlossen, seine Unthätigkeit enden, für seinen Einfluß in Polen, für den Katholicismus Partei nehmen zu wollen. „Wir können," sagte Maria Theresia im Januar 1767 dem Vertreter Englands, „nicht mit gekreuzten Armen dasitzen und zusehen, wie ein

---

[1]) Weisung Panins an Repnin vom 3. Februar 1767 bei Theiner, Mon. 4, 2, 155. — [2]) Solms' Berichte vom 17. und 25. Oktober, 9. und 12. Dezember 1766. — [3]) Weisung an Solms vom 12. Februar 1767. — [4]) Weisung an Solms vom 28. Dezember 1766.

Fürst (Stanislaw), mit dem wir in Freundschaft leben, muthwillig unterdrückt wird, weil er nicht alles that und thun konnte, was man verlangte [1]." Man nahm somit in Wien Partei für den König, den Rußland vor drei Jahren gegen Oestreich eingesetzt hatte. In Berlin und Petersburg liefen Berichte von Truppenzusammenziehungen in Mähren und Ungarn ein. Friedrich II. war durch sein Bündniß mit Rußland verpflichtet, diesem gegen den Angriff einer dritten Macht die vertragsmäßige Hülfe zu leisten und den König Stanislaw in Polen aufrecht zu halten; die gewaltsame Durchführung der Absichten Rußlands für die Dissidenten in Polen zu unterstützen, war er nicht gehalten; nur zu Vorstellungen und Deklarationen zu Gunsten derselben hatte er sich verbunden, und diese waren gegeben worden, so oft Rußland solche verlangt hatte. Angesichts der Rüstungen Oestreichs brachte Panin die Ausdehnung des Vertrages auch auf den Fall der Intervention Oestreichs zu Gunsten der katholischen Partei in Polen in Anregung. Der König mußte sich sagen, daß die Ablehnung dieses Antrages das Aufgeben der russischen Allianz sei. Dazu mochte er sich um so weniger entschließen, als die zwischen England und Frankreich bestehenden Spannungen in naher Zukunft zu einem Kriege im Westen führen konnten, dessen Ausbruch isolirt zu erwarten ihm nicht räthlich schien. Die Betrachtung, daß Oestreich es nicht zum Kriege treiben werde, wenn es ihn mit Rußland fest vereinigt sähe, daß der Krieg auf diesem Wege vermieden werden könne, entschied den König. Ende Januar 1767 erklärte er sich zum Abschluß einer neuen Konvention bereit [2]). Sie wurde am 23. April unterzeichnet. Die wesentlichen Bestimmungen waren: nachdem Rußland es auf sich allein genommen, die Rechte der Dissidenten in Polen mit bewaffneter Macht aufrecht zu halten, wird sich der König begnügen, die vereinbarte Erklärung zu Gunsten der Dissidenten durch seinen und den Vertreter Rußlands in Warschau übergeben und durch starke und freundschaftliche Kundgebungen unterstützen zu lassen. Rücken

---

[1]) Raumer Beiträge 2, 83. — [2]) Weisung an Solms vom 26. Januar 1767; geh. Staatsarchiv.

jedoch östreichische Truppen in Polen ein und greifen diese die dort befindlichen russischen Truppen thatsächlich an, so erklärt sich der König von Preußen für diesen Fall bereit, eine Diversion in die östreichischen Staaten zu machen. Für die Kosten, welche dieser Krieg verursachen würde, verspricht die Kaiserin dem Könige eine angemessene Entschädigung.

Waren die Nachrichten über Oestreichs Absichten irrig gewesen, oder hielt das feste Einverständniß Preußens und Rußlands Oestreich zurück, Maria Theresia erklärte im Mai 1767 dem Vertreter Preußens in Wien, daß sie trotz der dringenden Bitten, welche die Bischöfe Polens an sie gerichtet, sich der Sache der römischen Kirche anzunehmen, von jeder Einmischung abstehe, die zu Konflikten mit Rußland führen könne [1]).

Inzwischen hatte Repnin die griechisch Gläubigen wie die Protestanten zur Bildung von Konföderationen getrieben. Von den Lutheranern und Reformirten waren nicht mehr als 573 Edelleute für die Konföderation zu gewinnen. Sie trat zu Thorn zusammen und wählte den Starosten von Tuchel, Grafen Goltz, zu ihrem Marschall. Die griechisch Gläubigen, an Zahl stärker, aber noch schwächer an Männern hervorragender Stellung, konföderirten sich zu Sluz unter Führung des General Grabowski. Weder die Bedeutung noch die Zahl der Edelleute in diesen Konföderationen reichten aus, um wirksam eingreifen zu können. Aber Rußland bot jetzt nicht nur den Dissidenten, sondern auch seinen Gegnern, der vormals sächsischen Partei, Schutz und Unterstützung; es sagte sich los von dem Könige, den es selbst gesetzt, und der bisherigen russischen Partei. Die Czartoryski und ihren Anhang aus den Staatsämtern verdrängen und an ihre Stelle treten, die alte Verfassung ohne Reform herstellen zu können, war eine unwiderstehlich lockende Aussicht für die „Malkontenten", für die Mehrzahl der Magnaten. Waren die Czartoryski durch Rußland zur Macht gelangt, warum sollte es sich die Gegenpartei versagen, nicht auch durch Rußland emporzusteigen? Bald

---

[1]) Weisung an Solms vom 2. Juni 1767.

fand die neue Konföderation in allen Bezirken des Landes großen Zulauf. So konnten Anfang Juni des Jahres 1767 zu Radom 178 Marschälle der Einzelföderationen zusammentreten; die Zahl der konföderirten Edelleute wird auf 80,000 angegeben: niemals sei eine Konföderation so zahlreich gewesen[1]). Am 23. Juni wurde Karl Radziwil, vormals der eifrigste Gegner der russischen Partei, auf Empfehlung Katharina's zum Generalmarschall der gesammten Konföderation erwählt. Bei Feststellung des „Instruments" derselben machten sich freilich einige Widersprüche im Schooße der neuen Partei bemerklich, weniger bezüglich der den Dissidenten zu gewährenden Koncessionen — man wußte in dem engeren Kreise der katholischen Theilnehmer der Konföderation sehr wohl, daß dies der Preis sei, der Rußland für den Sturz der Czartoryski gezahlt werden müsse; — aber man wollte die Gegenpartei gründlich niederwerfen, man wollte den König stürzen, der selbst der Schlachta entsprossen, die Magnaten unter die Reform zu beugen versucht und begonnen hatte, und man widerstrebte der Bestimmung, deren Aufnahme in das Instrument Repnin verlangte, daß auf dem zur Pacifikation zu berufenden außerordentlichen Reichstage die Garantie Rußlands für die auf demselben festzusetzende Verfassung nachzusuchen sei[2]). Repnin drang mit offenem Zwange durch. Er ließ das Haus, in dem die Marschälle beriethen, von russischen Truppen umstellen.

Es war nicht die Absicht Katharina's, Stanislaw vom Throne zu stoßen; der Vorwand des Widerstrebens des Reichstages gegen die Gleichstellung der Dissidenten sollte ihm entzogen, er sollte in der Dissidentensache dem Willen Rußlands einfach nachzuleben genöthigt werden. Der Reichstag konnte nicht mehr widerstreben, nachdem sich die große Konföderation für die Dissidenten verpflichtet hätte. Sobald die Akte zu Radom gezeichnet war, wurde, wie ebenfalls in derselben vorgesehen war, der König zum Beitritt zu der Konföderation

---

[1]) Prowe Polen 1766—1768 S. 29. Hermann Geschichte Rußlands 5, 419. — [2]) Schon in der Instruktion Repnins vom 6. November 1763 hatte Katharina ausgesprochen, daß Polen die Garantie seiner Verfassung bei ihr nachsuchen müsse; Angeberg l. c. p. 9.

eingeladen. Was blieb ihm übrig, nachdem diese so mächtige und zahlreiche Anhänger gewonnen hatte? Er vollzog den Beitritt und trat mit Repnin über die Ausdehnung der den Dissidenten zu gewährenden Rechte in Berathung. Stanislaw hielt für unumgänglich, daß klargestellt werde, daß die den Dissidenten zu gewährenden Rechte den Katholicismus selbst nicht gefährdeten. Demnach müßten, wenn auf Rußlands Verlangen der griechische Bischof von Weiß-Rußland im Senate Sitz erhalte, auch zwei Bischöfe der Unirten in demselben Platz nehmen. Bestimmt sei auszusprechen, daß der König von Polen katholischen Glaubens sein müsse und die katholische Religion die herrschende in Polen bleibe; daß die Strafbestimmungen gegen den Austritt aus der katholischen Kirche nicht aufgehoben würden, da andernfalls die, welche behaupteten, daß es auf die Untergrabung des Katholicismus abgesehen sei, im ganzen Lande Glauben finden würden; daß die Zahl der Dissidenten im Senat und im Reichstage genau bestimmt werde; endlich daß die vier griechischen Eparchien, welche zur unirten Kirche übergegangen seien, in ihrer gegenwärtigen Lage belassen würden. Selbst diese Vorschläge genügten dem Eifer Panins nicht. „Wenn auch," schrieb er dem Fürsten Repnin am 14/25. August 1767, „die Aufnahme von zwei unirten Bischöfen in den Senat mit der Hauptregel (den anderen Konfessionen nicht zum Nachtheile des Katholicismus Vorschub zu leisten) übereinstimmt, so würde dieselbe doch einen Schatten auf den Ruhm ihrer kaiserlichen Majestät werfen können. Könnte es nicht der Welt scheinen, als seien die unirten Bischöfe in der Absicht, die Kaiserin zu ärgern, aufgenommen worden, während im Gegentheil die Lage der Dinge erheischt, daß alle ihre Wünsche ausgeführt werden?" Die Strafbestimmungen für den Austritt aus der katholischen Kirche müßten gleichfalls beseitigt werden: „um die Lauterkeit unserer Absichten aufrecht zu erhalten, die unseren eigenen Glauben betreffen", da der Uebertritt von der Union zur griechischen Kirche in Polen noch unlängst gestattet gewesen sei. Weder der Senat noch der Reichstag dürften Sitzungen halten, wenn die festgestellte Zahl der dissidentischen Mitglieder nicht vorhanden oder nicht anwesend sei.

Von den vier Eparchien wie von den Unirten überhaupt sei auf dem Reichstage wie in dem künftigen Vertrage zu schweigen: „da eine derartige Sekte weder dem einen, noch dem anderen Glauben direct verbunden gelten kann.“ Repnin erwiderte am 17/28. September mit vollstem Rechte, dem Eintritt der unirten Bischöfe in den Senat widersprechen heiße: nicht Gleichstellung der Konfessionen sondern Vorrechte für die griechische Kirche verlangen. Erhielten die Rechtgläubigen (d. h. die griechische Konfession) mehr Rechte, so würden die Unirten zum Uebertritt gereizt. „Heißt das nicht, die Ausbreitung unseres Glaubens in Aussicht nehmen? Es ist wahr, daß nach dem Gesetze von 1635 der Uebertritt von der Union zur griechischen Kirche und umgekehrt gestattet war; aber der Katholiken geschieht in demselben nirgend Erwähnung, und die strengsten Gesetze verbieten den Abfall vom katholischen Glauben. Wie sollen wir den Fanatismus und den Wahnwitz hier beschwichtigen, welche sich einbilden, daß wir eine andere Konfession einführen wollen, wenn wir nicht gestatten, diese Gesetze zu erneuern?“ Der Reichstag trete zusammen, auch wenn in Folge der Sprengung von Woiwodschaftsversammlungen die Landboten derselben fehlen; wenn nun diese oder jene Versammlung, welche einen dissidentischen Landboten zu wählen hat, breche, solle dann der Reichstag in Folge der Abwesenheit dissidentischer Landboten nicht zusammentreten dürfen, während er trotz des Nichterscheinens katholischer Abgeordneter zusammentrete? Gewiß könne eine feste Zahl von Dissidenten in den Senat aufgenommen werden; aber durch die Abwesenheit eines derselben in Folge von Krankheit oder aus einem anderen Grunde dürften doch die Sitzungen nicht unmöglich gemacht werden. Die Dissidenten selbst baten inständigst, sie nicht in bestimmter Zahl an der Regierung Theil nehmen zu lassen. Es fehlte ihnen an für die höheren Aemter geeigneten Männern. Die Senatoren mußten adliger Herkunft sein; der Bischof von Weiß-Rußland, den Panin im Senate sehen wollte, war unadligen Geschlechts. Repnin mußte Panin ersuchen, Nachforschungen anstellen zu lassen, ob sich nicht in Klein-Rußland Mönche von polnischer Abkunft befänden, die mit adliger Geburt die für die

Senatorenwürde erforderlichen Eigenschaften verbänden (2/13. Oktober 1767 [1]).

Der außerordentliche Reichstag trat am 3. Oktober 1767 zusammen. Das „Instrument von Radom" sollte ausgeführt werden. Repnin verlangte die Wahl einer Delegation, welche die zu fassenden Beschlüsse mit ihm vereinbare. Inzwischen hatte Papst Clemens XIII. den König und die Bischöfe Polens durch Schreiben und Rundschreiben aufgefordert, festzuhalten am katholischen Glauben; er hatte Kaiser Joseph und König Ludwig XV. aufgerufen, der bedrängten katholischen Kirche Hülfe zu leisten. In der Sitzung des Reichstages verlas der Nuntius des Papstes ein Breve, welches die Senatoren und Landboten zum Widerstande gegen die Forderungen der Dissidenten, zur Vertheidigung der katholischen Kirche aufrief. Der Bischof von Krakau, Soltyk, der Bischof von Kiow, Zaluski, und der Palatin von Krakau, Wenzel Rzewuski, sprachen gegen die Bildung einer bevollmächtigten Delegation und ermahnten zur Vertheidigung des Glaubens; die Bischöfe waren auf ihrer Seite, und die Mehrheit der Landboten, wenn sie auch im Sinne der Konföderation gewählt und dem Instrumente gemäß instruirt war, ließ sich nur zu leicht zu dem bestimmen, was im Grunde Aller Meinung und Ueberzeugung war. Hatte sich die Konföderation doch nur in dem Gedanken gebildet, die Partei Czartoryski zu stürzen. Dies konnte nie vollständig gelingen, wenn Stanislaw auf dem Throne blieb, und so war man um so weniger geneigt, Rußland den Preis zu zahlen, den es für seine, wie sich gezeigt, doch nur halbe Unterstützung verlangte. Den Widerstand zu brechen, ließ Repnin in der Nacht vom 13. zum 14. Oktober die Bischöfe von Krakau und Kiow, Soltyk und Zaluski, den Palatin von Krakau und dessen Sohn Severin Rzewuski, Starosten von Dolin, durch die Obersten Igelström und Karr verhaften: „weil sie sich gegen die Würde der Kaiserin von Rußland und deren heilsame und freundschaftliche Absichten vergangen." Sie wurden nach Wilna, dann nach Kaluga abgeführt. Der Reichstag wich. Am 21.

---

[1]) Ssolowjoff a. a. O. S. 63 ff. 66.

Oktober wurde die Bildung der Delegation, welche sich mit Repnin zu verständigen habe, genehmigt. Der Reichstag vertagte sich bis zum 1. Februar des folgenden Jahres, um sodann den Beschlüssen der Delegation die Zustimmung zu ertheilen. Die Delegation aus den vom König ernannten Senatoren und dem vom Marschall des Reichstages (es war Karl Radziwil) ernannten Landboten gebildet, hatte Repnins Verlangen gemäß zuerst die Dissidentenfrage zu regeln. Am 19. November kamen die Verhandlungen hierüber zum Schluß. Alle dissidentischen Edelleute sind den katholischen in allen staatsbürgerlichen Rechten gleichgestellt. Alle kirchlichen Streitigkeiten zwischen Dissidenten und Katholiken werden durch gemischte, zur Hälfte mit Katholiken, zur Hälfte mit Akatholiken besetzte Gerichte entschieden. Die Akatholiken dürfen neue Kirchen, Seminarien und Schulen ungehindert anlegen, haben eigene Konsistorien und berufen eigene Synoden. Zur Erhaltung der katholischen Kirche haben sie keine Beiträge zu leisten. Die Bisthümer Mohilew, Orssan und Mścisław gehören für ewige Zeiten der griechischen nichtunirten Kirche. Die Ehe zwischen Dissidenten und Katholiken ist gestattet; die Söhne folgen dem Bekenntnisse des Vaters, die Töchter dem der Mutter, sofern der Ehevertrag nicht anders bestimmt.

Diese Beschlüsse erfüllten alle Absichten Katharina's. Aber um Polen vollständig zu mediatisiren, wollte sie auch die Verfassung Polens in ihre Hand nehmen. Die Grundgesetze sollten revidirt, in der Rußlands Interesse genehmen Form fixirt und unter Rußlands Garantie gestellt werden. So hatte sie schon vor vier Jahren in der Instruktion Repnins ihre Absichten formulirt (S. 137). Gehorsam wendete sich die Delegation auch zu dieser ihrer zweiten Aufgabe. Da auch die Czartoryski Mitglieder der Delegation waren, konnte es nicht fehlen, daß die Reform, wenn auch in schüchternster Weise, hierbei wieder zur Sprache gebracht wurde. Noch vor kurzem, als es sich um die Bildung der Konföderation von Radom handelte, hatte Rußland die unversehrte alte polnische Verfassung auf seine Fahne geschrieben. Nachdem die Konföderation ihren Dienst gethan, nachdem sie Rußland in der religiösen Frage zum Siege verholfen, fand Repnin selbst, daß es zweckmäßig sein möchte, den verständigen

Theil der Nation durch einige Verbesserungen zu versöhnen. Es liege das durchaus in Rußlands Interesse, bemerkt Repnin in einem Bericht vom 23. Dezember 1767. Wenn man Polen auch nur die geringste Konsistenz geben wolle, „um dasselbe zuweilen gegen die Türken zu gebrauchen," seien gewisse Reformen unerläßlich. Die Kaiserin war einverstanden: „Warum nicht unseren Nachbarn gestatten," schrieb sie zu Repnins eben erwähntem Bericht, „sich einer gewissen uns indifferenten Ordnung zu erfreuen, die außerdem uns bisweilen zum Nutzen gereichen kann [1])?" So durfte denn die Delegation beschließen, daß auf den künftigen Reichstagen stets in den ersten drei Wochen die finanziellen Fragen behandelt und durch Stimmenmehrheit entschieden werden sollten; alle Staatsangelegenheiten aber, die in den letzten drei Wochen der Session zu behandeln wären, dürften nur durch Einheit der Stimmen entschieden werden. Sobald in diesen ein Vorschlag den Widerstand einer Stimme erfährt, sind die weiteren Beschlüsse ungiltig und ohne Gesetzeskraft. Auch dürfe der Landbote, dessen Stimme den Reichstag bricht, niemals verfolgt werden.

Nach seinem Wiederzusammentritt, am 4. Februar 1768 bestätigte der Reichstag einfach die Akte, welche die Delegation mit Repnin vereinbart hatte. In vierundzwanzig Artikeln waren die Grundgesetze der Republik aufgezählt, welche weder jemals unter irgend einem Vorwand und durch wen immer, weder durch Stimmenmehrheit noch durch Konföderationen, auch nicht durch Konföderation während des Interregnums, selbst nicht mit Stimmeneinheit geändert werden dürfen. Darauf folgt in dreizehn Artikeln eine Aufzählung der Angelegenheiten, die nur durch Stimmeneinheit entschieden werden dürfen. Am 24. Februar zeichneten Repnin und Podoski, gegenwärtig Primas der Republik, den ewigen Vertrag zwischen dieser und Rußland, der die in jener Akte artikulirte Verfassung unter die Gewähr Katharina's stellte. Am 5. März wurde der Reichstag geschlossen und zugleich die Konföderation von Radom für aufgelöst erklärt.

---

[1]) Ssolowjoff a. a O. S. 72.

König Friedrich mißbilligte das gesammte Vorgehen Rußlands, die Bildung der Konföderation, die Forderung der Garantie für die Verfassung, die Verhaftungen, die Repnin vorgenommen hatte [1]). Als Finkenstein dem Könige vorstellte, daß es unmöglich sei, den Russen auf ihren Wegen in Polen weiter zu folgen, erwiderte Friedrich: „Wären sie mit Oestreich verbunden, müßten wir auch dulden, was sie in Polen thäten (31. Oktober 1767 [2])." Aber er blieb dabei, jeder Aenderung der polnischen Konstitution zu widersprechen [3]).

Die Stellung Preußens und Rußlands zu dieser Frage war eine total verschiedene. Rußland war durch das Bündniß mit Preußen zur Herrschaft über Polen gelangt; es hatte ein augenfälliges Interesse daran, das beherrschte Land zu seinem Vortheil zu verwerthen, die Kräfte desselben so weit zu organisiren, daß diese für Rußland wirksam werden konnten, ohne seine Herrschaft daselbst zu gefährden. Man konnte den König souverän machen, wenn man sicher war, daß er gehorchte [4]). Die Kaiserin selbst sagte dem Könige: sie verhehle nicht, daß es ihr wichtig sei, Polen für sich zu haben, um das zu ergänzen, was sie durch die Trennung von Oestreich der Pforte gegenüber verloren habe [5]). Forderte Preußens Interesse, Polens Schwäche zu erhalten, als Sachsen dort herrschte, wie viel stärker war dies Gebot, wenn Rußland dort regierte. Friedrich herrschte nicht in Polen; die Sorge, Rußland die größtmöglichen Vortheile aus

---

[1]) Weisungen des Königs an Solms vom 4. August und 14. September 1767. — [2]) Auch der Vertreter Englands in Petersburg berichtet am 15. November 1767: „Die Nothwendigkeit, welche aus der Verbindung Oestreichs mit Frankreich hervorgeht, zwingt den König von Preußen, mit Rußland zu gehen;" Raumer a. a. O. 2, 135. — [3]) Weisungen des Königs an Solms vom 6. Januar und 12. Februar 1768. — [4]) D'après mon opinion il faudrait raffermir les dissidents et donner au Roi quelque force, afin qu'il pût mettre sur un bon pied le peu de troupes que la Pologne possède pour en pouvoir plus tard tirer du secours au besoin Un état devient tout à fait inutile, si on ne lui accorde pas une certaine réparation de ses forces, pour qu'il devienne un allié utile, sagte Saldern, den Katharina im Frühjahr 1766 nach Berlin gesendet hatte, die nordische Allianz hier und in Kopenhagen zu betreiben, dem Könige am 24. Mai 1766. — [5]) Verhandlungen über die nordische Allianz; geh. Staatsarchiv.

der Herrschaft über Polen zu verschaffen, lag ihm nicht ob. Sein Bündniß mit Rußland war auf acht Jahre geschlossen. Darnach konnte Rußland Polen ebenso gegen Preußen gebrauchen wollen wie gegen die Pforte. Oder aber Polen entzog sich der russischen Herrschaft aus eigener Kraft, durch Hülfe Oestreichs, Frankreichs oder der Pforte, durch die Gunst einer europäischen Konjunktur. War es dann zu verantworten, diesen Staat, der stets feindselig gegen Preußen gewesen war und feindselig bleiben mußte, der seine Pfandschaften einlösen, an den Ostpreußen zurückfallen sollte, stärker gemacht zu haben [1])?

---

[1]) Herr von Smitt, welcher Friedrich von Schmidt heißt und ein deutscher Beamter im Dienste Rußlands war, hat in seinem französisch geschriebenen, somit für Frankreich und Polen berechneten Buche „Frédéric II, Cathérine et le partage de la Pologne“ den Beweis zu erbringen unternommen: „daß König Friedrich der erste Urheber alles dessen sei, was an Bedrückung oder Beklagenswerthem Polen zugestoßen sei, daß er auf geschickte Weise bald durch Ueberredung und Schmeichelei, bald durch Anstachelung der Leidenschaften oder des Eigennutzes Rußland für seine Absichten und geheimen Wünsche gewonnen habe (p. 105).“ Da Herrn v. Schmidt das kaiserliche Archiv zu Moskau offen stand, durfte man erwarten, daß er seinen Beweis durch Schriftstücke führen würde, die von der russischen Regierung ausgegangen sind. Dies ist keineswegs der Fall. Mit Ausnahme von zwei oder drei, für seinen Zweck unerheblichen russischen Aktenstücken theilt er aus dem Archive zu Moskau nur preußische Akten mit, die der russischen Regierung meist nur vertraulich kommunicirt worden sind. Unsere sehr objektive Darlegung der Politik Katharina's genügt, die falschen Schlüsse, welche Herr von Schmidt aus den bezeichneten Akten, deren Datum er zum Theil nicht einmal kennt, zu ziehen sich bemüht hat, zu widerlegen. Zur Vervollständigung dieser Widerlegung will ich noch einige Punkte berühren. Es heißt doch, den eminenten Verstand und die große Thatkraft Katharina's tief unterschätzen, wenn man dieser Fürstin die Rolle eines Werkzeuges in der Hand Friedrichs II. zutheilt, und es heißt, den Gipfel des Widersinns ersteigen, wenn man behauptet und zu demonstriren versucht, daß Friedrich noch im siebenjährigen Kriege und nach Elisabeths Tode kaum aufathmend, den Gedanken der Theilung Polens gefaßt und den ersten Grund zu derselben in dem Vertrage mit Peter III. (8/19. Juni 1762) gelegt habe (p. 75—80). Und welches war dieser Grundstein? Herr v. Schmidt antwortet: der Artikel über die zukünftige Wahl eines Piasten in Polen, verbunden mit der Aufrechthaltung der polnischen Verfassung, insbesondere aber der Artikel über die Dissidenten. Diesen Artikel schmuggelte der König dann auch in den Vertrag vom 11. April 1764 ein und wußte Katharina, „der die Angelegenheit der Dissidenten kaum

Katharina hatte ihr Ziel erreicht: das griechische Bekenntniß stand gleichberechtigt neben dem katholischen; der Reichstag und der Senat, alle Stellen im Heere und in der Verwaltung, die niedrigsten wie die höchsten Staatsämter waren den Dissidenten zugänglich. Sie mußten an der Kaiserin festhalten, der sie so Großes dankten, die allein

bekannt war", durch diesen und zwei Memoires seines Gesandten in diese Angelegenheit zu verwickeln.. Sobald dies in ausreichendem Maße geschehen war, zog er sich heraus und ließ Katharina darin sitzen (p. 115—127). Es trifft sich unglücklich für Herrn v. Schmidt, daß Czar Alexei bereits im Jahre 1653 von Polen gefordert hatte, die Bekenner des griechischen Glaubens bei ihren Rechten und Freiheiten zu belassen, daß der Friede von Oliva vom Jahre 1660 (Art. 2) für Polnisch-Preußen das freie Exercitium der evangelischen und katholischen Religion, wie solches vor dem Kriege bestanden, bestimmte, daß Katharina, wie im Texte gezeigt, die Dissidenten schon vor dem Vertrage vom 11. April 1764 unter ihren Schutz genommen hatte, daß jene Artikel in dem Vertrage vom 8. Juni 1762 über die Aufrechthaltung der polnischen Verfassung und die Dissidenten einfach aus den alten Verträgen Rußlands mit Preußen von 1718 und 1730 übernommen sind. Insbesondere ist der articulus separatus zu Gunsten der Dissidenten aus dem Vertrage vom 30. September 1730 wörtlich in den Vertrag vom 8/19. Juni 1762 übernommen mit dem einzigen Unterschiede, daß es in jenem heißt: „die Dissidenten sollen in dem Stande conservirt werden, worin sie sich desfalls vor jetzo befinden", in diesem: „desfalls bis jetzt befinden." Die Note des Grafen Solms, welche v. Schmidt p. 117 abdrucken läßt, ist auf den wiederholten Wunsch des Grafen Panin und nicht im April 1764, wie Herr v. Schmidt will, übergeben worden. Sie geht der Deklaration vom 11. Juli 1764, die im Texte erwähnt ist, unmittelbar voraus (3. Juli 1764). Das zweite „Memoire" aber, welches v. Schmidt p. 118 ff. als eine preußische Akte abdrucken läßt, ist vielmehr die Denkschrift, welche die Deputation der Dissidenten der Kaiserin gegen die Beschlüsse des Konvokationsreichstages übergeben hat; vgl. die Weisung des Königs an Benoit vom 5. Juli 1764 (geh. Staatsarchiv). Die Weigerung des Königs, welche Herr v. Schmidt p. 126. 127 veröffentlicht, Truppen gegen die Dissidenten in Polen einrücken zu lassen, hätte er durch funfzig ähnliche vermehren können, nur daß sie nicht für, sondern gegen ihn beweisen. War der König, wie Herr v. Schmidt will, so eifrig, Polen zu theilen, so mußte er baldmöglichst einrücken. Ebenso zeugt eine Reihe von vor dem Beginn des Konflikts erlassenen Weisungen des Königs (vgl die im Text angeführte vom 19. April 1764), wie hunderte, die während desselben erlassen wurden, daß er Rußland konstant zur Mäßigung in dieser Sache gerathen hat; er mußte aber die Unruhen vermehren, wenn er den ihm unterstellten Zweck verfolgte. Daß Herr v. Schmidt auf Friedrichs Standpunkt der Aufrechthaltung der polnischen Verfassung für seinen

ihnen diesen Besitz sichern konnte. Der König, den Katharina in Polen eingesetzt, für sich machtlos, war nun abhängiger als zuvor, und der Vertrag vom 24. Februar schien die Unterwürfigkeit Polens für alle Zukunft zu sichern. Preußen wurde aufgefordert, die Gewähr der neuen Verfassung auch seinerseits zu übernehmen. Friedrich lehnte ab [1]). Panin freute sich seiner Erfolge. „Für uns ist nun die Zeit der Ruhe gekommen," sagte er dem Grafen Solms [2]).

Man täuschte sich sehr in Petersburg. Noch vor dem Schlusse des Reichstags hatte Benoit nach Berlin berichtet: „Die Garantie der Verfassung empört die Polen noch mehr als die Gleichberechtigung der Dissidenten. Sie fürchten, daß sie eine Provinz von Rußland geworden sind. Sie würden sich fremder Herrschaft fügen; aber Rußland spricht stets von ihren Rechten und Freiheiten und tyrannisirt sie; das ist ihnen unerträglich [3])." Wenige Tage nach dem Schlusse des Reichstages proklamirten Michael Krasinski, der Bruder des Bischofs von Kaminiez, und Joseph Pulawski an der Südgrenze Polens zu Bar in Podolien die „heilige Konföderation", für die Vertheidigung der Religion und der Freiheit. Die Schildererhebung gewann im Südosten Fortgang, als einer der Magnaten der alten antirussischen Partei, Joachim Potozki in Galizien und darnach Roschewski in Lublin dem Beispiel von Bar folgten. Die gesammte Geistlichkeit ergriff Partei für die Konföderation, die Mönche eiferten, aller Orten konföderirte man sich für Glauben und Freiheit. „Repnin weiß sich nicht mehr zu helfen, der Kopf wirbelt ihm, so

---

Zweck das größte Gewicht legen muß, versteht sich. Ueber den Unterschied des preußischen und russischen Standpunktes und aus welchen Gründen und in wie beschränktem Umfange der russische vom preußischen in dieser Beziehung abwich, ist das Nöthige oben bemerkt. Die Gründe des nachmaligen Widerstandes, wie der Verfasser will, des Zögerns, wie wir sagen, Rußlands, schließlich zur Theilung zu schreiten, hat Herr v. Schmidt im Anhang p. 45. 50 richtig angegeben, damit aber auch den König, freilich ohne es zu wissen und zu wollen, vollständig gerechtfertigt.

[1]) Weisung vom 2. März 1768. — [2]) Solms' Bericht vom 17. Februar 1769. — [3]) Bericht vom 1. Februar 1768; vgl. Bericht vom 10. September 1768 und Solms' Bericht vom 22. November 1768.

sagt er mir selbst," berichtet Benoit am 13. April. Die russischen Truppen, im Ganzen nicht über zwölftausend Mann, waren auf dem Rückmarsche. Dem Winke Repnins gehorsam, erbaten König und Senat bei Katharina die Verwendung derselben zur Unterdrückung der Konföderation. Aber während die Konföderirten, hier und da von der Bevölkerung unterstützt, die russischen Truppen anfielen, blieb die Kronarmee Polens so gut wie völlig unthätig. Trotz ihrer geringen Zahl kamen die Russen in Vortheil: sie nahmen Bar am 20. Juni; Potozki und Pulawski flohen über den Dnjestr. Die russischen Bauern der Ukraine erhoben sich gegen ihre Grundherren, gegen die Konföderirten; eine russische Abtheilung unter Obrist Bauer nahm in der Nacht vom 16. zum 17. August Krakau mit Sturm. Aber die zersprengten Scharen fanden sich bald wieder zusammen. Fast ganz Polen ist förmlich konföderirt, berichtet Benoit am 3. August nach Berlin. Der kleine Krieg ging unter den wildesten Grausamkeiten, die von beiden Seiten verübt wurden, fort. Unaufhörlich betheuerten Stanislaw und die Czartoryski dem Fürsten Repnin, das Land sei nicht zu beruhigen, wenn nicht in den Bestimmungen über die Dissidenten Aenderung getroffen werde, wenn Rußland die Garantie nicht fallen lasse. „Ich weiß es selbst," antwortete Repnin, „daß die Unruhen aufhören würden, wenn wir von diesen zwei Punkten ablassen; aber die Ruhe wäre theurer bezahlt als sie werth ist." Als Stanislaw wiederholte, daß Polen nicht anders zur Ruhe gelangen könne, als dadurch, daß den Dissidenten die Kultusfreiheit bleibe, die Theilnahme am Gericht und der Legislation ihnen jedoch wieder entzogen würde und die Garantie der Verfassung wegfiele, antwortete Repnin: „die Arznei ist schlimmer als die Krankheit." Stanislaw hob hervor, daß, wenn die Kaiserin nicht von der Garantie und theilweise in der Dissidentensache zurückträte, er zwar ihr Freund, aber in vollständiger Wirkungs- und Existenzlosigkeit bleiben werde. Repnin erwiderte: „die Kaiserin könne von ihren Rechten nicht abgehen und ihre Würde nicht kompromittiren [1])."

---

[1]) Ssolowjoff a. a. O. S. 89. 91. 94.

Friedrich war diese neue Verwickelung höchst unerwünscht. Er hatte mit Bestimmtheit darauf gerechnet, daß die russischen Truppen nach dem Schlusse des Reichstages Polen verlassen würden. Jetzt waren sie nicht nur hier festgehalten, Dauer und Ausdehnung der Kämpfe ließen auch die Einmischung anderer Mächte besorgen. Der leitende Minister Frankreichs, Choiseul, arbeitete seit Stanislaws Thronbesteigung unermüdlich, Oestreich, insbesondere aber die Pforte gegen Rußland zu stacheln. Er ließ die Pforte aufmerksam machen, welche Gefahr für sie in der Aufrichtung der russischen Herrschaft in Polen liege; die Pforte werde in diesem Falle die Moldau nicht behaupten können. Nach dem letzten Reichstage, nach der Schilderhebung der Konföderation von Bar verdoppelte er seine Anstrengungen. Rußland, führte Graf Vergennes in Konstantinopel aus, habe seine Verpflichtungen gegen die Pforte durch Aenderung der polnischen Verfassung gebrochen. Die Konföderirten selbst waren nicht minder thätig, Hülfe von der Pforte zu erlangen, um welche sie sich gleichzeitig auch in Paris und Wien bemühten. König Friedrich nahm ernstlich Bedacht, die Pforte vom Kriege zurückzuhalten, und sein Gesandter in Konstantinopel ließ es an Eifer nicht mangeln, den Befehlen des Königs nachzukommen. Zugleich rieth Friedrich in Petersburg unaufhörlich zur Vorsicht und Mäßigung. Rußland — so lauten seine Weisungen im Sommer 1768 — habe sich die Verlegenheiten in Polen selbst zuzuschreiben; jetzt müsse es dort pacificiren, gleichviel auf welche Weise, durch die Waffen oder durch Nachgeben. Bei Bekämpfung des Aufstandes dürften jedoch die Russen der Pforte in keiner Weise zu nahe treten und sie zum Kriege reizen[1]. Aber Grenzverletzungen waren schwer zu vermeiden, da die Konföderirten wiederholt auf das osmanische Gebiet flüchteten. In den ersten Tagen des Juli verfolgte Oberst Weißmann einen Trupp flüchtiger Konföderirten an der Grenze Podoliens nach Balta, einem Orte, der halb auf polnischem, halb auf türkischem Gebiete lag. Auch der türkische Theil des Ortes wie die türkische Besatzung desselben wurden angegriffen, der Flecken

[1] Weisungen an Benoit vom 20. März bis 6. Juli 1768.

niedergebrannt. Der König rieth dringend, der Pforte volle Satisfaktion zu geben und Podolien für neutrales Gebiet zu erklären; man werde sich die Türken unzweifelhaft auf den Hals ziehen, falls die russischen Truppen nicht aus Podolien zurückgingen [1]). „Wenn die russischen Truppen nur der Grenze nicht zu nahe kämen," schrieb er der Kaiserin selbst noch am 27. September, „werde die Pforte trotz Allem der Niederwerfung der Konföderirten wohl ruhig zusehen; aber diese zu erreichen, bedürfe es einer stärkeren Armee in Polen. Panin begehrte diese Verstärkung von Friedrich. Der aber lehnte dieselbe wiederholt und bestimmt unter Berufung auf den Vertrag vom 11. April 1764 ab: Rußland möge sich mit den Konföderirten zu verständigen suchen, wenn es allein sie nicht niederwerfen könne [2]).

Zu Konstantinopel fiel die Entscheidung, die König Friedrich verhüten wollte, bereits im Oktober. Die Kunde der Ereignisse von Balta hatte große Aufregung hervorgerufen. Frankreich drängte zum Kriege, der Sultan schwankte. Aber Bewegungen des erhitzten Volkes der Hauptstadt schreckten ihn; am 4. Oktober wurde im großen Divan der Krieg beschlossen. Der Großvezir ließ den Vertreter Rußlands, Obreskow, zu sich fordern. Als dieser nun die Erklärung zu geben ablehnte, daß Rußland die Sekten in Polen nicht weiter unterstützen und auf die neue Verfassung und deren Garantie verzichten werde, wurde er in die sieben Thürme abgeführt. Am 30. Oktober erfolgte die förmliche Kriegserklärung. Wider die bestehenden Verträge habe Rußland Truppen nach Polen geschickt, die Wahl des Königs erzwungen, die Freiheiten der Polen vernichtet, die oft ertheilte Zusage, seine Truppen aus Polen zurückziehen zu wollen, nicht erfüllt, innerhalb der osmanischen Grenzen mehr als tausend Moslim, Männer, Weiber und Kinder, niederhauen lassen [3]). So hatten denn die Ausdehnung und die Schärfe, die Rußland seinen Forderungen für die Dissidenten gegeben, die Hartnäckigkeit und Gewaltsamkeit, mit welchen es diese und die Gewähr der Verfassung

[1]) Weisungen an Solms und Benoit vom 17. August 1768. — [2]) 30. Oktober, 4. und 6. November 1768. — [3]) Manifest Mustapha's vom 30. Oktober 1768.

durchgesetzt, nicht nur zum Aufstande Polens, sondern auch zum Kriege mit der Pforte geführt.

Der leitende Minister Frankreichs war nach den schweren Verlusten, die Frankreich im Frieden von Paris hatte auf sich nehmen müssen, von dem Gedanken erfüllt, die erlittene Einbuße an maritimer Macht wieder auszugleichen; er bereitete einen neuen Kampf gegen England um die Seeherrschaft vor. Oestreichs sicher, war sein Hauptaugenmerk, zu verhindern, daß England für diesen Fall etwa an Preußen und Rußland Anlehnung finde, damit Frankreich freie Hand für den Seekrieg behalte und, falls dieser unglücklich gehen sollte, sich an Hanover schadlos zu halten vermöge. Nicht bloß um Frankreichs alte Stützen im Osten: die Pforte, Polen und Schweden, aufrecht zu halten, drängte er in Konstantinopel und Stockholm gegen Rußland, sondern auch um der nordischen Macht Beschäftigung zu geben, die sie von England fern hielte. Weiter lag ihm daran, Preußen von Rußland abzuziehen und der Wiederkehr einer Allianz zwischen Preußen und England, der Wiederholung des Traktats von Westminster, vorzubeugen. Im November des Jahres 1767 gab er in Wien zu bedenken, ob es nicht räthlich sei, eine Verständigung mit dem Berliner Hofe zu versuchen, Preußen von Rußland zu entfernen und gemeinschaftlich mit Preußen Front gegen Rußland und dessen Uebergriffe in Polen zu machen[1]. Nach der Schilderhebung der Konföderation von Bar war er eifrig, die Konföderirten mit Geld und geschulten Offizieren zu unterstützen. Und als es dann erreicht war, die Pforte zum Kriege zu bringen, verdoppelte er seine Anstrengungen in Stockholm, auch Schweden zur Ergreifung der Waffen gegen Rußland zu bestimmen. Es lag Choiseul umsomehr daran, einen großen Brand im Osten zu Stande zu bringen, als er eben den Genuesen die Insel Korsika abgekauft hatte und die bereits bestehende Spannung zwischen Frankreich und England durch diesen kecken Griff Frankreichs ins Mittelmeer zum Kriege führen zu müssen schien.

---

[1]) Beer Erste Theilung 1, 281 ff.

Der diplomatische Verkehr zwischen Preußen und Frankreich war auch nach dem Schlusse des siebenjährigen Krieges nicht wieder aufgenommen worden. Unerwartet wurde Ende Juli 1768 von Paris her der Abschluß eines Handelsvertrages und die Absendung eines Gesandten nach Berlin in Aussicht gestellt. „Choiseul,“ schreibt der König seinem Bruder Heinrich, „zeigt uns den Himmel offen, und ich rechne darauf, an seinem angeblichen Paradiese Theil zu nehmen, ohne mich mit den Anderen zu veruneinigen, da diese Gegenstände der Vereinigung fähig sind [1].“ Zwei Monate später: „Choiseul hat uns die schönsten Anerbietungen für unseren Handel gemacht; Du wirst über die Details erstaunen“; man hatte fallen lassen, daß Frankreich nicht widersprechen würde, wenn sich der König der Hafenplätze Danzig und Hamburg bemächtige. „Korsika ist der Grund dieses plötzlichen Wechsels. Er fürchtet den Krieg mit den Engländern, er fürchtet, daß ich mit England und Rußland gegen ihn gehen könne; er hofft durch seine Anerbietungen mich neutral zu halten. Ich denke nicht daran, mich um die Zänkereien Englands und Frankreichs zu bekümmern (28. September 1768 [2]).“ Als der Bruch der Pforte mit Rußland erfolgte, war es klar, daß Choiseul nicht bloß den Kriegsfall im Westen im Auge gehabt, daß er darauf ausgehe, Preußen überhaupt von Rußland abzuziehen, und nicht bloß England Frankreich gegenüber, sondern auch Rußland der Pforte gegenüber zu isoliren bestrebt sei. Der König sagte Finkenstein: „die Franzosen lasse ich festen Fußes kommen; die Unterhandlung wird nicht unnütz sein, um ihre Projekte zu entdecken und alle Tracasserien, die Choiseul in seinem Kopfe arrangirt. Können wir für unsern Handel davon profitiren, um so besser; wenn nicht, wird nichts leichter sein als die Beendigung dieser Tripotage [3].“ In den ersten Tagen des folgenden Jahres erschien der neue Gesandte Frankreichs, Herzog von Guines, in Berlin. In der Antrittsaudienz sprach er den Wunsch seines Königs aus, die alte Verbindung Frankreichs mit

---

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 311. — [2]) Geh. Staatsarchiv. — [3]) Der König an Finkenstein 27. Oktober und 18. November 1768; geh. Staatsarchiv.

Preußen erneut zu sehen. Der Oberst Goltz, den der König hierauf nach Paris sandte, meldete bald, daß Choiseul den Abschluß des von ihm vorgeschlagenen Handelstraktats von politischen Bedingungen abhängig mache (20. Februar). Der König erwiderte, daß in diesem Falle aus dem Vertrage nichts werden würde. Als Frankreich vor 35 Jahren sich der Einsetzung Augusts III. in Polen mit den Waffen widersetzte, hatte es König Friedrich Wilhelm I. Westpreußen geboten. Jetzt bot Choiseul Goltz durch einen Mittelsmann Ermeland und Kurland (3. März 1769). Der König schrieb Solms: er erwarte das förmliche Erbieten, um solche Thorheiten abzuweisen [1]).

Nicht allzulange nach den ersten Schritten, die Frankreich in Berlin gethan, erfolgte auch eine Annäherung Oestreichs an Preußen. Jenen Rathschlag Choiseuls, eine Verständigung mit Preußen zu suchen, hatte Kaunitz zuerst abgelehnt; war aber kurz darauf, zu Anfang des Jahres 1768, lebhaft auf diesen Gedanken eingegangen. Er empfand es tief, daß Oestreich dem Gange der Dinge in Polen unthätig zusehen mußte. Die Allianz Preußens und Rußlands drückte ihn schwer [2]). Er meinte, daß das Gebahren Rußlands in Polen und dessen Folgen dem Könige von Preußen die Allianz verleidet haben müßten; er glaubte zu wissen, daß Friedrich derselben bereits überdrüssig sei. Er glaubte ferner, daß der König des Kaisers und des Reiches bedürfe, um die weibliche Erbfolge in Preußen aufzurichten und anerkannt zu sehen, da die Ehe des Prinzen von Preußen kinderlos sei. Kaunitz meinte hiernach, daß es möglich sein dürfte, den König von Rußland abzuziehen, wenn ihm das Bündniß Oestreichs geboten werde. Dazu kamen dann die Aussichten auf den Krieg zwischen Frankreich und England. Kaunitz war fest entschlossen, Oestreich in keiner Weise an demselben zu betheiligen. Aber wenn Friedrich für England Partei ergriff, dann war Oestreich nach seiner Allianz mit Frankreich genöthigt, das Schwert für Frankreich gegen Preußen

---

[1]) Weisungen des Königs an Solms vom 12. und 15. März 1769. Bei Smitt a. a. O. 2, 3 ist die betreffende Mittheilung von Solms fälschlich in den November 1769 verlegt. Vgl. den Bericht aus Berlin vom 5. Mai 1769 bei Raumer a. a. O. 2, 230. — [2]) Beer a. a. O. 1, 283.

zu ziehen. Solchen Eventualitäten vorzubeugen, war doch von größtem Werth. „Alles bestätigt mich mehr und mehr in der Idee," schrieb Kaunitz am 28. August 1768 dem Kaiser Joseph, „daß der König von Preußen keinen Krieg mehr mit uns will, daß er wohl einsieht, von England nicht viel Vortheil ziehen zu können, daß er im Grunde seiner Seele des Bündnisses mit Rußland müde ist, daß er mit Oestreich lieber als mit irgend einem Anderen in Verbindung träte, wenn er sich überzeugen könnte, daß Oestreich Schlesien für immer zu vergessen vermöchte." Dies Mißtrauen zu zerstören, gäbe es nur ein Mittel: die persönliche Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige. Dadurch werde ein Vertrauen hergestellt werden, welches nicht allein moralische Bürgschaft für die Fortdauer des allgemeinen Friedens gewähren, sondern auch Mittel ergeben würde, für die Zukunft Oestreich Vortheile vorzubereiten und zu sichern, sofort aber Oestreichs Gewicht Frankreich gegenüber verstärken und damit dessen Rücksichten gegen Oestreich vermehren würde[1]). Als nun wenige Wochen darauf die Pforte Rußland den Krieg erklärte, gewann die Frage, welche Stellung Preußen nunmehr nehmen würde, noch ein ganz anderes Gewicht. Der Krieg und dessen Ausgang berührten Oestreichs Interesse sehr nahe; Kaunitz sah zudem in demselben ein Mittel, endlich wieder zu einer aktiven Politik zu gelangen. „Der König müsse fühlen," bemerkt Kaunitz, „welche Folgen der Krieg zwischen zwei Mächten haben könne, deren einer er verbündet, deren anderer wir benachbart wären, wenn man diesen Folgen nicht durch ein freundschaftliches Abkommen vorbeuge." Oestreich werde an diesem Kriege nicht Theil nehmen, wenn der König seinerseits demselben fern bleibe. „Ich glaube nicht, daß er sich mit der Pforte überwerfen will; jedenfalls wird uns dieser Vorschlag klar auf den Grund seiner Absichten sehen lassen und man dadurch in den Stand gesetzt werden, die erforderlichen Maßregeln wenigstens mit geringerer Gefahr als im Zustande der Ungewißheit zu ergreifen[2])."

---

[1]) Beer Erste Theilung 1, 292. — [2]) Beer Zusammenkünfte S. 15—21. 59 ff. Daß die Mittheilungen Beers aus dem Wiener Haus- und Staatsarchiv über die bereits im Juni 1766 zwischen Joseph und Friedrich beabsichtigte Zusammenkunft

Der Gesandte Oestreichs in Berlin, Nugent, wurde instruirt, die Neutralisirung Deutschlands für Kriegsfälle zwischen fremden Mächten in Anregung zu bringen, hervorzuheben, daß es zu diesem Abkommen keines Vertrags (solcher würde die Verbindung mit Frankreich, die Kaunitz festzuhalten gedachte, gefährdet haben) sondern nur des Wortes der Souveräne bedürfen würde, endlich dem Könige den Wunsch des Kaisers nach einer persönlichen Zusammenkunft zu eröffnen.

Die Neutralität Deutschlands, zu deren Erhaltung sich der König im Januar 1756 nach Ausbruch des damaligen Krieges Englands und Frankreichs mit England verbunden, hatte das Bündniß Oestreichs und Frankreichs zum Abschluß gebracht und den siebenjährigen Krieg herbeigeführt. Für den jetzt zu erwartenden Krieg zwischen Frankreich und England machte Oestreich selbst dem Könige den Vorschlag, diese Verpflichtung mit ihm einzugehen. Nugent entledigte sich dieses Auftrags in einer Audienz, die ihm der König zu Potsdam am 15. November gewährte. Auf die Zusammenkunft ging der König auf der Stelle ein und ersuchte, Zeit und Ort dafür zu bestimmen; er freue sich der friedlichen Gesinnungen der Kaiserin; Oestreich und Preußen hätten genug Krieg geführt. Was liege daran, ob sich die Engländer und Franzosen in Kanada, die Franzosen mit Paoli herumschlügen? Das Wort der Souveräne werde, wie Nugent vorschlage, die Neutralität Deutschlands ausreichend feststellen. Aber es frage sich, welche Ausdehnung Oestreich dieser Neutralität zu geben gedenke, und ob Oestreich wirklich die Absicht verfolge, die das Gerücht ihm beilege, einen sächsischen Prinzen auf den Thron von Polen zu setzen. Durch den König unterrichtet, daß Nugent sowohl Neutralität für den zu erwartenden Krieg zwischen England und Frankreich als für den Krieg zwischen der Pforte und Rußland vorgeschlagen habe, bemerkte Finkenstein: die Absicht Oestreichs sei offenbar, Preußen von Rußland zu trennen (17. November). Der König erwiderte: die Allianz mit Rußland schließe nicht aus, die Versicherung gegen-

---

mit den betreffenden Schriftstücken des geh. Staatsarchivs nicht stimmen, glaube ich doch nicht unbemerkt lassen zu sollen; vgl. daselbst Friedrich an Heinrich 22. Juni 66.

seitiger Neutralität für den Krieg zwischen Frankreich und England auszutauschen. Als Nugent dann dem Könige die Frage vorlegte, ob sich Preußen am Kriege gegen die Pforte betheiligen werde, antwortete dieser mit voller Offenheit: da die Pforte der angreifende Theil, sei er Rußland zur Hülfsleistung verpflichtet; aber er wünsche baldige Herstellung des Friedens und werde sich bemühen, ihn zu vermitteln. Im Uebrigen berühre dieser Krieg in der Ukraine Deutschland und dessen Neutralität nicht (27. December 1768). Am 8. Januar 1769 konnte Nugent dem Könige mittheilen, daß er vom Fürsten Kaunitz auf seinen Bericht über die ihm in Potsdam gewährte Audienz vorzuschlagen beauftragt sei, die Zusammenkunft im nächsten Herbst in der Manöverzeit etwa in Schlesien stattfinden zu lassen, was Niemandem Anstoß geben könne. Ueber die in jener Audienz weiter berührten Punkte werde Fürst Kaunitz ihm (Nugent) nächstens schreiben. Die bestimmt gestellten Vorfragen des Königs waren somit noch unbeantwortet. Der König wiederholte sie und fügte hinzu: Frankreich arbeite an der Entthronung des Königs Stanislaw in Polen; er sei entschlossen, ihn aufrecht zu halten [1]. Kaunitz instruirte hierauf Nugent vertraulich: das Mißtrauen des Königs dadurch zu beruhigen, daß er Oestreichs Bereitwilligkeit, zur Herstellung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte mitzuwirken, hervorhebe. Oestreich werde seine guten Dienste beim Divan eintreten lassen, wenn sich Rußland in Polen mit freier Religionsübung für die Dissidenten begnüge, die alte Verfassung Polens herstelle, die Garantie fallen lasse und seine Truppen aus Polen zurückziehe. Gelang es, den König auf den Standpunkt der Vermittlung, d. h. zunächst auf die mittlere Stellung zwischen Rußland und der Pforte zu bringen, so konnten sich daraus leicht die Verbindung mit Oestreich und die Gegnerschaft gegen Rußland ergeben [2]. Offen solle dagegen Nugent in Berlin erklären: da der König die Zusammenkunft bedenklich zu finden scheine, Oestreich aber dem Könige

---

[1]) Finkenstein an den König 6. und 9. Januar 1769; geh. Staatsarchiv. — [2]) Beer a. a. O. S. 101 ff.

keine Ungelegenheiten verursachen wolle, so halte auch der Kaiser für besser, die Entrevue auf friedlichere Zeiten zu verschieben, falls der König sie nicht selbst noch in diesem Jahre wünsche (10. Februar 1769). Obwohl dieses Zurücktreten mit dem Eifer der ersten Eröffnung in Widerspruch stand und jene Vorfragen noch immer nicht beantwortet waren, beeilte sich der König, Nugent versichern zu lassen: „daß diese nur gestellt worden seien, um im voraus jedes Hinderniß der Verständigung aus dem Wege zu räumen, daß das schmeichelhafte Anerbieten des Kaisers den König keinen Augenblick habe schwanken lassen, ihn dankbar zu empfangen und seinerseits dazu beizutragen, die Spuren der Feindschaft zwischen beiden Häusern auszutilgen [1]." Die Zusage Josephs, zu erscheinen, die hierauf erfolgte, war von der Erklärung begleitet, daß der Kaiser sich darauf beschränken wolle, die persönliche Bekanntschaft des Königs zu machen. Man beharrte somit darauf, den Vorfragen des Königs auszuweichen und sich in keiner Weise zu binden (10. März).

Indem Kaunitz eine Verbindung mit Preußen anstrebte, indem er Friedrich Vertrauen einflößen und ihm beweisen wollte, daß Oestreich Schlesien vergessen habe, hegte er gerade über Schlesien den entgegengesetzten Gedanken. Sein Plan ging in den Wintermonaten des Jahres 1768 zu 1769 dahin, eine Allianz zwischen der Pforte, Oestreich und Preußen zu Stande zu bringen, die Rußland aus Polen zurückwerfen sollte. Den Preis für seine Mitwirkung sollte Preußen in dem Gewinn Kurlands, eines Theils von Polnisch-Preußen und in den Geldern finden, welche die Pforte für den ihr zu leistenden Beistand zahlte, dagegen aber Schlesien an Oestreich zurückstellen. Maria Theresia und Kaiser Joseph verwarfen diesen Plan [2].

Wenn Frankreich und Oestreich sich dem Könige näherten, Rußland bedurfte nach der Kriegserklärung der Pforte der Allianz

[1]) Finkensteins Berichte vom 10., 12. und 13. Februar; geh. Staatsarchiv. In dem Abdruck der Erklärung des Königs bei Beer Zusammenkünfte muß es heißen: l'offre flatteuse statt l'offre gracieuse und statt à la rencontre: à La recevoir. — [2]) Beer Erste Theilung 1, 292 ff.

Preußens mehr als vorher. Der Ausbruch des Krieges fand Katharina völlig unvorbereitet. Auf jenes Schreiben des Königs vom 27. September, in dem er noch einmal gewarnt hatte, die türkische Grenze zu respektiren, antwortete ihm die Kaiserin am 14. November 1768: „Seitdem Sie mir geschrieben, ist Alles verändert. Ich muß mich auf den Türkenkrieg vorbereiten. Ich halte mich versichert, daß Eure Majestät an unserer Allianz festhalten wird. Die Maßregeln, die ich für die Pacifikation Polens ergriffen habe, werde ich durch Solms mittheilen lassen." Sie gab hiermit zur verstehen, daß sie bereit sei, dem Wunsche des Königs für mildere Maßregeln in Polen Rechnung zu tragen. Der König erwiderte am 15. Dezember: er wünsche die Allianz zu verlängern, die sich dem Endtermine nähere, und sie den gegenwärtigen Konjunkturen anzupassen. Die Kaiserin werde hieraus sehen, daß, wenn der Annäherung Choiseuls die Absicht, Preußen zu gewinnen, zu Grunde gelegen, diese gescheitert sei. Katharina nahm das Anerbieten dankbar an und fügte die Bitte hinzu, mit ihr in Stockholm, wo Frankreich immer weiter komme, gemeinsame Sache zu machen. In Polen werde sie die Dinge gehen lassen und nur die Räuberei bekämpfen (16/27. Januar 1769).

Die Kunde von der beabsichtigten Zusammenkunft des Königs mit Kaiser Joseph, die Friedrich selbst in Petersburg zu geben nicht unterließ, erweckte hier Besorgnisse. Dem Grafen Solms wurden Andeutungen gemacht, daß eine Zusammenkunft des Königs mit der Kaiserin wünschenswerth erscheine. Friedrich wies Solms an, zu erklären, daß, soweit man jetzt urtheilen könne, seine Zusammenkunft mit dem Kaiser, wenn sie stattfände, sich auf Besprechungen darüber beschränken werde, Deutschland während des Türkenkrieges eine vollständige Neutralität zu verschaffen. Wegen der Kandidatur des Prinzen Albert um den polnischen Thron, die Oestreich festhalte, werde er Joseph sagen, daß diese gegen seine Engagements sei und Veranlassung zu einem neuen Kriege geben könne. „Eine Zusammenkunft mit der Kaiserin", so schloß der König, „würde mir sehr erwünscht sein; aber die gegenwärtigen Konjunkturen erlauben mir nicht,

mich aus meiner Hauptstadt zu entfernen (12. Februar 1769[1])." Panin sprach den dringenden Wunsch aus, der König möge auf die Neutralität Deutschlands nicht eingehen[2]). Der König erwiderte: Vorerst wollen weder die Russen, noch die Türken, noch die Franzosen in Deutschland einbrechen; wenn es aber zum Kriege zwischen Frankreich und England komme, sei es vom größten Vortheil, daß Hanover gegen einen Angriff Frankreichs durch eine Uebereinkunft zwischen ihm und Oestreich: die Neutralität Deutschlands aufrecht zu halten, gedeckt sei (15. März 1769).

Friedrichs große Sorge war die Erhaltung des Friedens. Er war in die Allianz mit Rußland getreten, um sich vor einem neuen Angriff Oestreichs und Frankreichs zu sichern. Als ihm damals, noch vor dem Vertragsschlusse zu Ende des Jahres 1763 Panin Entschädigungen für die Unterstützung der russischen Pläne in Polen in Aussicht stellte, hatte er hierin nur ein Zeichen ernster und weitgreifender Pläne Rußlands erkannt, deren Hintergrund die Theilung Polens bilde. Die Realisirung solcher Pläne, schrieb er damals, könne nur zu neuen Wirren und Kriegen führen; Solms solle den russischen Hof von solchen Gedanken abbringen[3]). Unaufhörlich hatte der König seitdem Mäßigung und Vorsicht in Petersburg gepredigt. Als dann Oestreich Miene zu machen schien, für Polen einzutreten, hatte er sein Bündniß mit Rußland enger geschlossen, in der Erwägung, daß Oestreich nicht vorgehen und der Friede zu erhalten sein werde, wenn Rußland und Preußen fest zusammenständen. Nachdem es nun zum Bruch zwischen Rußland und der Pforte gekommen war, bemühte er sich, sofort das Gewitter wieder zu beschwören. Seinen Gesandten in Konstantinopel wies er an, in diesem Sinne zu arbeiten, während er zugleich Bedacht nahm, die weitere Ausdehnung des Brandes zu verhüten. Wie er die Aufforderungen: seine Truppen in Polen einrücken zu lassen, die Panin nicht lange vor der Schilderhebung der Pforte an ihn gerichtet hatte, entschieden

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Solms' Bericht vom 28. Februar 1769. — [3]) Weisung des Königs an Solms vom 21. Jauuar 1764.

zurückgewiesen, so lehnte er auch nach derselben den enger begrenzten Vorschlag Panins: für den Fall der Ausbreitung der Konföderation auf Polnisch-Preußen wenigstens hierhin Truppen zu senden und den Krieg zwischen den eigenen Provinzen nicht zu dulden, bestimmt ab. Endlich wies er Panins Anliegen: Schwedisch-Pommern zu besetzen und einzuverleiben, da Frankreich in Stockholm immer mächtiger werde, rund zurück [1]). Aber sein Bündniß mit Rußland wollte er, wie im Frühjahr 1767, so auch jetzt den verstärkten Gefahren gegenüber, von denen Rußland bedroht war, nicht aufgeben. Die Angebote Frankreichs, zuerst Danzig und Hamburg, darnach Ermeland und Kurland, hatten ihn, wie wir sahen, keinen Augenblick in dem Entschluß erschüttert, seine Verbindung mit Rußland festzuhalten. Für den Osten wollte er seine Verpflichtungen Rußland gegenüber aufrecht halten, erforderlichen Falls verstärken, den Spannungen Frankreichs und Englands gegenüber die Annäherung Oestreichs zur Erhaltung der Ruhe an den Westgrenzen Deutschlands verwerthen. Ließ sich die Erhaltung des Friedens in Deutschland nicht nur angesichts des zu erwartenden Krieges der Westmächte, sondern auch des russisch-türkischen Krieges mit Oestreich vereinbaren, so war dies um so erwünschter. In jedem Falle war es vortheilhaft, der Annäherung Oestreichs entgegenzukommen. Der Preis seines Bündnisses stieg in Petersburg, wenn der König zeigte, daß er nicht ausschließlich auf die Allianz mit Rußland angewiesen sei. Er gewann mit dieser Annäherung ferner den Vortheil, Rußland von zu weitgreifenden Absichten gegen Polen und die Pforte zurückzuhalten, wenn man in Petersburg besorgen mußte, daß Friedrich sich in solchem Falle mit dem Wiener Hofe gegen Rußland zu verständigen vermöge. Für die Erneuerung seines Bündnisses mit Rußland gedachte er zunächst bei verstärkten Gefahren für Rußland, die seine Assistenz ebenmäßig schwerer machten, etwas bessere Gegengewährungen zu verlangen.

Dazu kamen bei dem Könige noch andere Erwägungen. So

---

[1]) Weisungen an Solms vom 10. Januar, 24. März und 15. November 1769.

oft er die Frage erwogen haben mochte, wie seinem Lande dauernder Friede zu sichern sei, war er stets zu dem Ergebniß gelangt, daß derselbe nicht sicher stehe, solange Oestreich und Frankreich verbunden blieben, solange kein Mittel zu finden sei, Oestreich von Frankreich abzuziehen. Aber stand Preußen sicherer, wenn das Bündniß zwischen Oestreich und Frankreich brach und Oestreich sich statt mit Frankreich mit Rußland verband? Das Mittel, Oestreich von Frankreich abzuziehen, lag vielleicht jetzt bereits in der Hand Rußlands, wenn Rußland sich entschloß, Oestreich aufzufordern, am Kriege gegen die Pforte Theil zu nehmen und die Beute mit ihm zu theilen. Der König sah voraus, daß Rußland früher oder später zu diesem Mittel greifen würde, und er irrte hierin nicht. Es war nicht wahrscheinlich, daß Oestreich auf diesen Vorschlag eintrat. Die Pforte hätte sich doch schwerlich zum Kriege gegen Rußland entschlossen, ohne wenigstens durch Frankreich versichert zu sein, daß sie von Oestreich nichts zu besorgen habe; es war kaum anzunehmen, daß Kaunitz die Allianz mit Frankreich, das Werk seines Lebens und seinen Stolz, durch den Uebertritt zu Rußland gegen die Pforte und Polen gefährden oder vernichten werde; aber es war immerhin möglich. Dann waren Rußland und Oestreich wiederum, wie zur Zeit der Kaiserinnen Anna und Elisabeth, geeinigt und Preußen damit von neuem angewiesen, sich an Frankreich oder England anzulehnen. Oder aber Oestreich hielt nicht bloß an Frankreich fest, es trat in der polnischen und orientalischen Frage auf Frankreichs Standpunkt hinüber. Dann hatte Preußen, der Verbündete Rußlands, den Angriff Oestreichs und Frankreichs zu befahren. Nur das Bündniß zwischen Preußen, Rußland und Oestreich konnte diese wie jene Eventualität abwenden, Oestreich dauernd von Frankreich abziehen, Preußen und Oestreich dauernd versöhnen. Der Krieg mit der Pforte war da, der König war der Alliirte Rußlands, Oestreich näherte sich ihm eben — sollte es unmöglich sein, Oestreich in das Bündniß zu ziehen, alle drei Mächte zu vereinigen?

In dem politischen Testament, welches der König in Sanssouci am 7. November des Jahres 1768 für seinen Nachfolger nieder-

geschrieben hat, bezeichnet er diesem die Aufgaben, die er dereinst zu lösen haben werde. Für die Herstellung der Konsistenz des Staates stehe die Erwerbung des polnischen Preußen zwar nicht in erster, aber doch in zweiter Linie; „nachdem man einige Weichselplätze befestigt habe, werde man dann Ostpreußen gegen die Unternehmungen der Russen vertheidigen können." In dem Kapitel dieses Testaments, das die Ueberschrift: „Träume und chimärische Projekte" trägt, sagt der König: „Bezüglich des polnischen Preußen scheint mir, daß man das größte Hinderniß von Seiten Rußlands finden würde; es würde vielleicht besser sein, dies Land durch Verhandlung Stück für Stück zu gewinnen, als durch das Recht der Eroberung. In einem Falle, in welchem Rußland ein dringendes Bedürfniß unseres Beistandes hätte, wäre es vielleicht möglich, sich Thorn, Elbing und einen Umkreis (une banlieue) cediren zu lassen, um dadurch die Verbindung von Pommern nach der Weichsel zu erlangen." Es waren Träume der Zukunft, chimärische Pläne, denen nicht der König, aber vielleicht sein Nachfolger dereinst näher treten könnte. Einige Monate nachdem der König dieses Testament niedergeschrieben, handelte es sich um die Erneuerung seines Bündnisses mit Rußland. Oestreichs Widerstreben gegen Rußlands Vorgehen in Polen, die Besorgnisse Oestreichs vor Erwerbungen Rußlands auf Kosten der Pforte traten deutlicher hervor. Als sich der König die ernste Frage, die diese Lage ihm stellte, vorlegte, ob nicht eine Basis zu finden sei, welche den Zusammenstoß Oestreichs mit Rußland und Preußen zu verhüten und das Einverständniß dieser drei Mächte herbeizuführen vermöchte, kam ihm ein Gedanke, der die Möglichkeit einer solchen Basis zu enthalten schien. Er zielte dahin, Rußland in den Stand zu setzen, sich für die Kosten seines Krieges gegen die Pforte zu entschädigen, ihn selbst und Oestreich in den Stand zu setzen, diese Entschädigung zuzulassen, zugleich aber auch Oestreich von Frankreich abzuziehen und mittelst dieser Verständigung eine Verbindung der drei Ostmächte anzubahnen. Der König glaubte dies „Traumbild" wenigstens einmal andeutend nach Petersburg hinwerfen zu sollen. Einer Weisung an den Grafen Solms fügte er am 3. Februar 1769 in eigenhändiger Nachschrift

folgende Worte hinzu. „Der Graf Lynar ist nach Berlin gekommen, um seinen Sohn der Tochter des Grafen Kamecke zu vermählen. Es ist derselbe, der den Frieden von Kloster Seeven geschlossen hat. Er ist ein großer Politiker und regiert Europa noch von dem Winkel des Dorfes aus, wohin er sich zurückgezogen hat. Dieser Graf Lynar hat eine sehr sonderbare Idee, um alle Interessen der Fürsten zu Gunsten Rußlands zu vereinigen und den europäischen Angelegenheiten mit einem Schlage ein anderes Ansehen zu geben. Er will, daß Rußland dem Wiener Hofe für dessen Assistenz gegen die Pforte die Stadt Lemberg und ihre Umgebungen und die Zips anbiete, daß es uns das polnische Preußen mit Ermeland und das Schutzrecht über Danzig gebe, und daß Rußland, um sich für die Kosten des Krieges zu entschädigen, für sich denjenigen Theil Polens nehme, der ihm ansteht, und daß, da somit keine Eifersucht zwischen Oestreich und Preußen bestehe, diese wetteifernd Rußland gegen die Pforte Hülfe leisten. Dieser Plan hat einigen Schimmer; er erscheint verführerisch. Ich habe geglaubt, ihn Ihnen mittheilen zu sollen. Sie werden, da Sie die Denkungsart des Grafen Panin kennen, entweder alles dies unterdrücken oder den Gebrauch davon machen, den Sie für angemessen halten, obwohl mir scheint, daß mehr Glänzendes als Solides darin steckt[1]." Am zwölften Februar erhielt der König das Schreiben Katharina's, in welchem sie sein Anerbieten, die Allianz zu erneuern, dankbar annahm, und zugleich ihre Verwunderung darüber aussprach, daß Oestreich der Pforte gegenüber neutral bleibe, statt sich mit ihr gegen die Pforte zu vereinigen (S. 173). Der König antwortete auf der Stelle, die Kaiserin möge sich keinen Illusionen über die Stellung Oestreichs zu der polnischen und türkischen Frage überlassen. Es wäre höchst wünschenswerth, wenn in Konstantinopel

[1]) Der Abdruck bei Schlözer, Friedrich und Katharina S. 212, weicht darin vom Original ab, daß dieses bei der zweiten Erwähnung Lynars „Ce comte" hat, daß „et le Zips" bei Schlözer ausgefallen, daß bei dem Antheil für Rußland hinter accroche „pour elle" weggelassen ist, und der König nicht: n'y ayant aucune jalousie entre l'Autriche et la Prusse sondern: point de jalousie geschrieben hat.

von Zeit zu Zeit Andeutungen über Rußlands Bereitwilligkeit zum Frieden gemacht werden könnten, so daß gleich nach der ersten Campagne zu diesem zu gelangen wäre. Katharina entgegnete: sie täusche sich nicht über Oestreichs Politik, über die Verlegenheit, in welcher sich Oestreich zwischen seinen natürlichen Interessen und den Verpflichtungen gegen seinen Alliirten (Frankreich) befinde. Um noch klarer zu sehen, habe sie ihrem Minister in Wien befohlen, in Explikationen einzutreten (12. März 1769). Inzwischen hatte Solms auf jene Nachschrift des Königs vom 3. Februar am 17. Februar berichtet, er habe das Projekt Panin noch nicht mitgetheilt; er müsse bezweifeln, daß es nach dessen Geschmack sei. Die Anhänger des gegenwärtigen Systems wollten keine Verhandlung mit Oestreich, die gegenseitiges Vertrauen voraussetze. Sie würden befürchten, daß Oestreich einen Vorschlag dieser Art mißbrauche, daß die früheren Maßregeln gegen Polen dadurch in das Licht gestellt werden könnten, als ob deren Zweck von vornherein Polens Beraubung gewesen sei. Man glaube überdies nicht an einen langen Krieg mit den Türken, hoffe, daß Polen sich bald beruhigen werde, und vertraue, daß Preußen Oestreich im Zaume halte. Zudem wolle man sich unintereſſirt zeigen und Glauben an seine Worte erwecken. Panin wolle Polen wirklich konserviren, um es später gegen die Türken zu brauchen. Der König bemerkte Solms hierauf, daß er das Projekt Lynar als sehr chimärisch betrachtet und ihm überlassen habe, Gebrauch davon zu machen oder nicht. Noch jetzt hänge es von seinem Urtheile ab, es zu unterdrücken oder davon zu reden (3. März 1769). Bei Empfang dieser Weisung hatte Solms bereits mit Panin über das Projekt Lynar als die Idee einiger spekulativen Köpfe in Deutschland gesprochen; er verschwieg, daß sie ihm vom Könige zugekommen sei. Unvorbereitet, wie Solms besonders hervorhebt, habe Panin erwidert, daß die Zips eine passende Erwerbung für Oestreich sein würde, jedoch nicht Lemberg mitten in Polen und fern von Oestreichs Grenzen. Es würde nicht die Mühe lohnen, setzte er hinzu, drei so große Mächte bloß deshalb zu vereinigen, um die Türken über den Dnjestr zurückzuwerfen. Wenn diese Vereinigung statthaben könnte, müßte man sich nichts Geringeres

vorsetzen, als die Türken aus Europa und einem großen Theile Asiens zu verjagen, was ihm nicht einmal schwer ausführbar erscheine. Auch er betrachte eine aufrichtige Allianz der drei Höfe als das beste Mittel, die Ruhe der Christenheit zu sichern. Das einzige Hinderniß derselben bilde die Eifersucht Oestreichs gegen Preußen. Oestreich müsse sich mit Rußland gegen die Türken wenden; es werde hier die ausgedehnteste Entschädigung für Schlesien finden. Dadurch würde Preußen Sicherheit gewinnen, dessen Besitzungen in diesem Falle, wie das Projekt Lynar wolle, Polnisch-Preußen und Ermeland hinzugefügt werden müßten. Es wäre dann nicht schwer, der Herrschaft der Türken in Europa ein Ende zu machen. Konstantinopel und die Provinzen, die man den Osmanen lassen würde, könnten eine Republik bilden. Auf Solms' Frage, was Rußland für sich zu nehmen gedenke, erwiderte Panin: Rußland besitze schon mehr Land, als es zu regieren vermöge; es bedürfe nur einiger Grenzfestungen (3. März 1769). Der König bemerkte Solms auf diesen Bericht: der Plan des Grafen Panin dürfte in Wien sehr große Schwierigkeiten finden. Er bezweifle, daß er so leicht auszuführen sein werde als zu fassen. Während des Feldzuges dieses Jahres werde Oestreich ruhig bleiben — aber weiterhin? (Weisung vom 19. März). Damit ließ der König das Projekt Lynar, d. h. jenes hingeworfene Wort, vollständig fallen.

Der Vertrag zwischen Preußen und Rußland vom 11. April 1764 ließ den Kontrahenten offen, dem angegriffenen Theile mit 12,000 Mann oder durch Subsidien zu Hülfe zu kommen Man war nach dem Ausbruche des Türkenkrieges übereingekommen, daß Friedrichs Hülfe in Subsidien bestehen solle. Dem Könige war es erwünscht, eine freiere, nicht direkt betheiligte Stellung zum Kriege gegen die Pforte zu bewahren. Die Erneuerung dieses Vertrages machte er jetzt davon abhängig, daß die Verpflichtungen, die er in Beziehung auf Polen bereits übernommen, nicht gesteigert würden, daß nicht wie bisher alle Vortheile des Traktats auf der Seite Rußlands lägen. Rußland möge sich für den Fall, daß Oestreich beim Ableben des Kurfürsten von Baiern dort Besitz ergreife, was der

König mit gutem Grund voraussah, zu seiner Unterstützung verpflichten, und ihm den Anfall der Fürstenthümer Anspach und Baireuth beim Aussterben der Linie von Anspach (Baireuth war eben am 11. Februar 1769 erloschen) garantiren. Kaunitz hatte bei den Verhandlungen zu Hubertsburg den Verzicht des Königs auf diese Erbschaft zu erwirken gesucht und war im Begriff, darauf zurückzukommen. Es war Kaunitz' Ueberzeugung, daß nach der Vereinigung dieser Fürstenthümer mit Preußen der preußische Einfluß auch in Baiern und damit im Süden Deutschlands dominiren, Oestreichs Macht den Kräften Preußens nicht mehr gewachsen sein würde. Panin wollte von der bairischen Frage nichts hören; den Anfall der fränkischen Fürstenthümer wollte er „nach Maßgabe der deutschen Reichsgesetze" gewährleisten. Der König erwiderte, daß dies nichts bedeute, und ließ die Unterhandlung hinziehen.

Die Feindseligkeiten gegen Rußland waren seitens der Pforte im Mai 1769 durch einen Raubzug der Tataren eröffnet worden, die russische Armee hatte noch nicht mehr als einen vergeblichen Versuch auf Chotschim vollbracht, als Kaiser Joseph am 25. August bei dem Könige in Neisse eintraf. Er war mit einer sehr ausführlichen Instruktion des Fürsten Kaunitz, in 25 Artikel gefaßt, versehen, welche alle möglichen Punkte behandelte, die in Neisse zur Sprache kommen könnten [1]). Auf Grund der heimlich geöffneten Korrespondenz des preußischen Gesandten zu Wien setzte Kaunitz voraus, daß der König vornehmlich suchen werde, die wahre Ursache des Besuchs des Kaisers, die gegenwärtigen Absichten des Wiener Hofes zu entdecken und den Kaiser gegen die französische Allianz einzunehmen. Joseph versicherte den König, daß Oestreich nicht daran denke, Stanislaw zu entthronen, die Absichten des sächsischen Hofes in Polen zu unterstützen; es waren das Nachrichten, die Friedrich aus Paris erhalten hatte. Das System Oestreichs sei durchaus friedlich. Die Zurückhaltung, die Oestreich den Ereignissen in Polen gegenüber beobachte, beruhe auf der Hoffnung, daß die Weisheit des Königs von Preußen und

---

[1]) Beer Zusammenkünfte S. 64 ff.

sein eigenes Interesse ihm nicht gestatteten, die Dinge über angemessene Grenzen hinausgehen zu lassen, daß er Rußland zum Weichen nöthigen werde. Der König lächelte nach Josephs Bericht, ohne zu antworten, und sagte darnach: „Glauben Sie nicht, daß dies eine Kleinigkeit ist.“ Auch in den Krieg Rußlands mit der Pforte gedenke Oestreich, so fuhr Joseph fort, nicht einzutreten, wie günstig die Gelegenheit sei, Belgrad wiederzunehmen. Die Pforte habe sich während der Kriege der Kaiserin so loyal benommen, daß Oestreich seinerseits nicht mit ihr brechen werde. Man wünsche nur, daß der Krieg bald endige, ohne das gegenwärtige System Europa's zu alteriren. Der König meinte, die Osmanen würden bald und vollständig unterliegen; Oestreich möge die Pforte veranlassen, seine (Oestreichs) Mediation zu verlangen. Als der König von der steigenden Macht und den Projekten Rußlands sprach, sagte Joseph nach seinem Berichte mit möglichster Gleichgültigkeit: gegen den Ehrgeiz der Kaiserin von Rußland sei Preußen die Avantgarde. „Da Sie uns nicht haben, Sire, ist Ihnen die Allianz mit Rußland nothwendig; aber sie kostet Ihnen viel und ist Ihnen oft unbequem.“ Der König habe geantwortet: „Dies ist sehr wahr[1].“

Zu England und Frankreich, führte Joseph weiter aus, befinde sich Oestreich in anderer Stellung als früher; England und Holland dürften sich nicht schmeicheln, Oestreich wieder zu der Abhängigkeit zurückzuführen, in der es früher zu ihnen sich befunden. Der Allianz mit Frankreich werde es treu bleiben, aber nicht über den Buchstaben der Verträge hinausgehen. Daß Oestreich nicht Frankreichs Diener sei, zeige die von Frankreichs Richtung abweichende Politik, die es sowohl in Konstantinopel wie in Stockholm und Polen verfolge. Kaunitz hatte Joseph instruirt, auf Grund dieser Betrachtungen und auf die Voraussetzung hin, daß auch der König nicht verpflichtet sei, England gegen Frankreich zu unterstützen, vorzuschlagen: für den Fall des Krieges zwischen Frankreich und England in gutem Vernehmen zu leben und gemeinsam den Frieden und die Ruhe Deutsch-

---

[1]) Beer a. a. O. S. 72. 73; vgl. Arneth Maria Theresia und Joseph 1, 301 ff.

lands zu sichern, wenn der König wie Oestreich geneigt wäre, neutral zu bleiben und sich hierüber mit Oestreich zu vereinbaren. Nach Josephs Bericht kam ihm der König zuvor: er habe den Wunsch der Neutralität für den Fall eines Krieges zwischen England und Frankreich schon lange auf dem Herzen; verschiedene Umstände hätten ihn zurückgehalten; er habe keine Verbindlichkeit gegen England. „In der Besorgniß," so bemerkt Joseph, „daß er an einen förmlichen Vertrag hierüber denke, schlug ich ihm das Mittel gegenseitiger Briefe vor, das er auf der Stelle annahm [1])."

Auch in dem Wunsche, daß in Zukunft, trotz der Allianz Oestreichs mit Frankreich und Preußens mit Rußland, Oestreich und Preußen in gutem Vernehmen stehen und in engerem Einverständniß leben möchten, den Joseph auszudrücken beauftragt war, sah sich dieser von Friedrich überholt. Gleich nach der ersten Begrüßung sprach der König, wie Joseph berichtet, den Wunsch einer vollständigen Versöhnung und einer aufrichtigen Freundschaft aus. „Dies wurde hundert Mal wiederholt und schien mir aufrichtig. Ich glaube, daß er aufrichtig den Frieden wünscht, aber daß er möchte, wir ließen uns auf irgend eine üble Sache ein. Als ich geltend machte, daß die Begründung einer guten und aufrichtigen Freundschaft eine reifere Erwägung erfordere, antwortete er: Nein, fangen wir heut an. Als ich jung war, war ich ehrgeizig, ich bin heute nicht mehr derselbe; dies sagte er zwei Mal. Ihr haltet mich für unzuverlässig, ich weiß es, ich habe das ein wenig verdient; die Umstände verlangten es, aber dies hat sich geändert. Das deutsche Vaterlandsgefühl verlangt, daß wir Freunde sein und uns nicht gegenseitig abschlachten sollen, und wenn nicht heute, so wird unsere Allianz in zwanzig Jahren nöthig sein, um dem Despotismus Rußlands zu widerstehen [2]). Ich sagte, daß wir Schlesien vollständig vergessen hätten, und daß die gegenseitigen Vortheile, die wir uns ohne einen Schuß

---

[1]) Arneth a. a. O. 1, 310. 311; Beer a. a. O. S. 65. — [2]) Arneth a. a. O. 1, 301. Beer a. a. O. S. 65. 67. 69. Es ist ein offenbarer Druckfehler, wenn es bei Beer S. 67 heißt: Vous me croyez rempli de mauvaise foi, je le suis statt je le sais.

zu thun verschaffen könnten, bedeutender seien als für uns Schlesien und für ihn ein Stück von Böhmen. Er stimmte zu, aber schwach, obwohl ich die größte Wärme hineinlegte. Es sei doch schwer, sagte er, von vornherein Vertrauen zu einem versöhnten Feinde zu haben; aber mit der Zeit würde „das deutsche patriotische System“ wie er es nennt, dies Vertrauen bewirken. Ich wies auf den Nutzen und die Wirkung hin, die schon der Name des Bundes zwischen uns herbeiführen würde, daß dies Europa in zwei Theile theilen und einen Kordon zur Aufrechthaltung der Ruhe vom adriatischen zum baltischen Meere ziehen heiße, daß wir unsere Armeen vermindern und unsere Völker erleichtern könnten. Ich rathe Ihnen dies nicht, sagte er, man kann niemals für die Ereignisse einstehen [1].“ Seine Versicherung, daß Schlesien vollständig vergessen sei, schwächte Joseph selbst dadurch ab, daß er dem Könige, offenbar im Hinblick auf jenen Plan des Fürsten Kaunitz (S. 172) und die Anerbietungen, die Frankreich dem Könige im Frühjahr gemacht hatte (S. 168), hinwarf, man habe gesagt, daß er Oestreich Schlesien geben wolle, um Danzig zu haben. Ja, um König von Polen zu werden, habe Friedrich lachend erwidert; aber, setzt Joseph weit irrend hinzu, „er kam in Verlegenheit [2].“

Der Entwurf der Neutralitätsversicherung, welchen Kaunitz in der Form eines Handschreibens dem Kaiser mitgegeben hatte, lautete: „Versprechen wir uns somit auf Treue und Wort von Königen, daß, wenn auch das Feuer des Krieges zwischen England und dem Hause Bourbon sich jemals wieder entzünden sollte, wir den glücklich zwischen uns hergestellten Frieden getreulich aufrecht halten und daß wir ebenso die strengste Neutralität in Kriegsfällen, die zwischen anderen Mächten Europa's entstehen könnten, beobachten werden.“ Eben auf die Ausdehnung, die man der Neutralität zu geben gedenke, war jene wiederholte Vorfrage des Königs gerichtet gewesen, die Kaunitz un=

---

[1]) Beer a. a. O. S. 81. — [2]) Arneth a. a. O. 1, 304. Wie wenig Joseph Schlesien vergessen hatte, zeigen seine Aeußerung im Juni 1766 gegen Nugent: „la Silésie arrondirait mieux nos états“ (Beer a. a. O. S. 55), und das Votum vom 22. Januar 1771: „nichts kann uns mehr conveniren als das Glatzische und Neissische“ bei Arneth a. a. O. 2, 316.

beantwortet gelassen hatte. Friedrich fand nun die Neutralität für alle Kriege zwischen auswärtigen Mächten ausgesprochen. Er sagte dem Kaiser, wie Joseph seiner Mutter schreibt, daß er Schwierigkeit finde, die Neutralität für alle zukünftigen Kriege zu gewährleisten, daß die Allianz mit Rußland ihn hierin hindere. Für jeden Krieg in Deutschland oder für die gegenseitigen Besitzungen würde er es sogleich thun; aber er könne nicht dafür einstehen, was Rußland in Polen oder Schweden weiterhin unternehmen möchte; deshalb werde er dem Schreiben eine andere Wendung geben[1]). Die Zuschrift, welche der König hierauf am 27. August an Joseph richtete, sagte: „Ich verspreche Ihnen auf Treue des Königs und Wort des Ehrenmannes, daß, selbst wenn sich jemals das Feuer des Krieges zwischen England und den Häusern von Bourbon wieder entzündet, ich den glücklich zwischen uns hergestellten Frieden getreulich bewahren werde und auch in dem Falle, daß ein Krieg einträte, dessen Ursache gegenwärtig unmöglich vorauszusehen ist, die strengste Neutralität für Ihre gegenwärtigen Besitzungen beobachten werde, wie Sie mir dieselbe für meine gegenwärtigen Besitzungen versprechen wollen." Damit waren der gegenwärtige Krieg zwischen Rußland und der Pforte, die polnischen Wirren und die Kriegsfälle, die sich an diese Fragen knüpfen konnten, von dem Neutralitätsversprechen ausgenommen und demselben die Beschränkung gegeben, die der König von vornherein im Auge gehabt hatte, daß Oestreich und Preußen, wenn sie sich auch an Kriegen zwischen dritten Mächten betheiligten, sich trotzdem in ihren Besitzungen nicht angreifen würden. Joseph versprach hierauf in einem Schreiben vom folgenden Tage (28. August) „im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in seinem Namen" in den bezeichneten Fällen (er wiederholte die Worte des Königs) die strengste Neutralität für des Königs gegenwärtige Besitzungen, wie der König solche „für unsere gegenwärtigen Besitzungen versprochen hat[2])." In seiner Relation bemerkt Joseph: „Da der König die

[1]) Arneth Maria Theresia und Joseph 1, 304. — [2]) Der Abdruck des Koncepts dieses Briefes bei Beer, Zusammenkünfte S. 82—84, weicht von der Reinschrift ab, indem letztere nicht sagt: que nous maintiendrons, sondern que

Worte, die er geändert hat, für unvereinbar mit seinen Verbindlichkeiten gegen Rußland ansah, würde das Bestehen darauf gezeigt haben, daß man ihn sie brechen machen wolle. Deshalb habe ich diese Aenderung auf mich genommen. Endlich ist die Sache unschuldig und vollkommen gleichgültig, indem sie jedem Theile die Hände frei läßt, sich nach Gefallen in jeden fremden Krieg zu mischen [1])." „Da der König mich fragte," so berichtet Joseph weiter, „ob ich ihm nicht erlaube, mir in ähnlichen Fällen eigenhändig zu schreiben und meinerseits nicht ebenso verfahren wolle, konnte ich es nicht abschlagen; aber ich beschränkte es auf die Fälle der Nothwendigkeit und auf diejenigen, in denen die beiderseitigen Minister ununterrichtet bleiben sollten [2])." Die Zusammenkunft endete mit dem Versprechen des Königs, den Besuch des Kaisers im nächsten Jahre zu erwidern.

Joseph urtheilte sehr hart über den König. Seine Worte: „Er ist ein Genie und ein Mann, der bewunderungswürdig spricht, aber keine Aeußerung, die nicht den Schelm (fourbe) verriethe [3])", sind vielleicht seiner Mutter zu Liebe geschärft, die in Besorgniß war, daß Friedrich ihren Sohn bei dieser persönlichen Berührung umgarnen und verführen könne. Kaum günstiger spricht sich Kaunitz über die politischen Absichten des Königs aus: „Der König", so bemerkt er der Kaiserin über die Berichte des Kaisers, „fürchtet ohne Zweifel die Russen viel weniger, als er sie gefürchtet machen will. Was er fürchtet, ist, daß der Wiener Hof sich früher oder später mit ihnen aussöhnt und sie ihm entführt. Darum wünscht er die Lösung der Bande, welche den Wiener und den Petersburger Hof einst vereinigten, zu erweitern und zu verewigen. Indem er uns über die Macht und die Projekte Rußlands allarmirt, hofft er uns zu einem Schritte in dieser Richtung fortzureißen." Die Reden des Königs, daß die Türken so sagt Kaunitz der Kaiserin weiter, unsere Mediation verlangen,

---

je maintiendrai, und die Unterschrift in dieser nicht: Monsieur mon frère de Votre Majesté le bon et fidèle frère Joseph, sondern nur: de Votre Majesté le bon frère Joseph lautet.

[1]) Arneth a. a. O. 1, 306. 307. 311 ff. Beer a. a. O. S. 69. — [2]) Beer a. a. O. S. 70. — [3]) Arneth a. a. O. 1, 300.

sollen, sind eine Falle oder eine Lächerlichkeit. Es ist ein Widerspruch, vorauszusetzen, daß die Russen den Willen und die Macht hätten, das Gesetz vorzuschreiben und dem gegenüber zugleich die Möglichkeit einer Mediation. Die Briefe seien, da man den König weder dazu habe bringen können, sich zu verpflichten, bei Kriegsfällen inter alios neutral zu bleiben, noch die Ruhe Deutschlands zu gewährleisten (letzteres war wenigstens in seinem eigenen Entwurfe nicht vorgeschlagen), ohne alle Bedeutung; sie sagten nichts als was die zwischen Oestreich und Preußen bereits bestehenden Verträge feststellten. „Wenn Frankreich im Kriege mit England sich einfallen ließe, in Hanover Krieg zu führen, so hätten weder er noch wir ein Recht, uns dem zu widersetzen; wir könnten sogar die Franzosen unterstützen, ohne daß er ein Recht hätte, uns deswegen anzugreifen, und ebenso, wenn Rußland die deutschen Besitzungen Dänemarks angriffe, wären er und wir nicht im Recht, uns dem zu widersetzen, ja er könnte sogar, wenn er wollte, die Russen unterstützen[1]." Dies Urtheil über das Verhalten und über die Absichten des Königs wiederholt Kaunitz gemäßigter in einer Weisung an Mercy in Paris: die besondere Rücksicht und viele Aufmerksamkeit für Rußland, alles, was diesem Hofe mißfallen könnte, zu vermeiden und sich vielmehr ihm gefälliger zu machen, welche der König zu Neisse gezeigt habe, dürften nicht sowohl einer wahren Freundschaft als der Absicht beizumessen sein, seine Lande rückwärts sicher zu stellen und uns die Gelegenheit zur Aussöhnung mit Rußland zu erschweren.

Anders urtheilte der König. Dem Minister Finkenstein schreibt er unmittelbar nach der Zusammenkunft: „Der Kaiser ist ein Mann von lebhaftem Geist und liebenswürdigem gewinnendem Wesen. Er hat ernsthaften Sinn für das Militär. Er hat mich versichert, daß er Schlesien vergessen habe, was ich nach Gebühr zu würdigen weiß. Er hat mir dann eine gegenseitige Reduktion der Armee vorgeschlagen, was ich so höflich als möglich abgelehnt habe. Er ist von Ehrgeiz verzehrt. Ich kann im Augenblick noch nicht sagen, ob er

[1]) Beer a. a. O. S. 86 ff. 109.

es auf Venetien, Baiern oder Lothringen abgesehen hat; aber es ist sicher, daß Europa in Feuer stehen wird, sobald er zur Herrschaft gelangt (2. September)." Friedrich unterrichtet seinen Minister dann weiter: „Wir haben für den Kriegsfall zwischen Frankreich und England einen Neutralitätsvertrag für Deutschland geschlossen und ein Engagement, uns nicht in unseren gegenwärtigen Besitzungen anzugreifen, wenn andere Unruhen uns anderswo ins Spiel zögen. Dies ist um so besser, als ich keinen Traktat mit England habe und die Russen (das Schlimmste vorausgesetzt) mich nur mit Schweden oder Polen überwerfen können. Im Uebrigen ist der Kaiser offen und voll von Aufrichtigkeit, und ich bin fast moralisch überzeugt, daß er mir persönlich nichts Böses, sondern des Guten genug wünscht. Des Weiteren aber nöthigt die Politik die Fürsten oft zu Verpflichtungen und Maßnahmen, welche sie gegen ihre Neigungen zu handeln zwingen, so daß ich für die Zukunft nichts garantiren will." Finkenstein fand in der Konvention einen unwiderleglichen Beweis der guten Absichten des Kaisers und in derselben nichts, was Preußens Verbindlichkeiten gegen Rußland widerspreche, wohl aber eine Sicherheit für andere Ereignisse, die bei der gegenwärtigen Lage der polnischen Angelegenheiten nur doppelt erwünscht sein könne (8. September). Als der König dann seinem Bruder Heinrich, der ihn nach Neisse begleitet hatte, mittheilt: er höre zu seiner Freude von Wien, daß Joseph von der Zusammenkunft befriedigt sei (17. September), erwidert Heinrich: es würde ihn befremdet haben, wenn Kaiser Joseph nicht volle Satisfaktion über den Empfang bezeigt hätte, den der König ihm bereitet (22. September). Nachdem Friedrich darauf seinen Bruder unterrichtet, daß er Josephs Besuch im nächsten Herbst erwidern werde, fügt er hinzu: „Ich gehe auf alles dies ein, um ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen den beiden Häusern anzubahnen und die Geister auf engere Bande vorzubereiten, für welche mit der Zeit die ehrgeizigen Absichten der Russen Anlaß geben können. Demgemäß werde ich auch weiterhin Zusammenkünfte einleiten, um ganz allmählig einen Schritt nach dem anderen vorwärts zu kommen und mich in dem Vertrauen des Kaisers und, wenn es

möglich ist, der Mutter zu befestigen. Vorausgesetzt, daß es mir nicht gelänge, würde ich nur meine Mühe verloren haben (18. November 1769)." „Das Projekt, das Einverständniß mit dem Kaiser aufzurichten", antwortet Heinrich, „ist groß, nützlich und heilsam. Zwei Mächte, wie die Deinige und die der Kaiserin, können alle Unternehmungen durchführen, wenn sie über ihre gegenseitige Erhebung einmal einig sind. Der Krieg kann dann nicht erschöpfend und der Friede wird so dauernd sein, als sie es verlangen. Zwischen die Nordmächte, die ihre Einigung in Respekt halten wird, und Frankreich, England und Spanien gestellt, setzen sie auch diesen eine Barrière entgegen. Diese Einigung wird sicher und eine wahrhafte sein, wenn das Vertrauen bis zu dem Punkte befestigt sein wird, daß Du das Reich mit dem Kaiser nach dem Beispiele des Oktavius und Antonius theilst. Nichts wünsche ich mehr, überzeugt, daß dies das größte Glück und die höchste Erhebung wäre, zu der Du gelangen könntest (22. November 1769)." „Ich erwartete", entgegnet der König, „daß Du über mich und meinen letzten Brief spotten würdest, über die weitschichtigen Projekte, welche ein Greis entwirft, der sich dem Grabe nähert. Nicht ich, glaube es mir, lieber Bruder, werde die Einigung des Hauses Oestreich mit dem unserigen zur Reife zu führen vermögen. Nicht nur, daß die Zeit die Erinnerung an das Geschehene auslöschen muß; ein vollständiges Vertrauen muß Platz greifen, und die Kaiserin muß die Gewohnheit, mich zu hassen, die sie sich seit 30 Jahren zu eigen gemacht hat, aufgeben. Und nun frage ich Dich, lieber Bruder, ohne Rückhalt, ob man sich nahe an sechzig Jahren vernünftiger Weise schmeicheln kann, die Dinge zu diesem Ziele zu führen? Dazu treten andere Betrachtungen. Ist es nicht die Allianz, in der wir mit Rußland sind, welche die Oestreicher nöthigt, sich gut mit uns zu stellen? Solange sie besteht, sind sie in der Unmöglichkeit, etwas zu unternehmen. Ich leugne nicht, daß der junge Kaiser Hinneigung zu uns bezeigt hat, daß er wohlgesinnt zu sein schien; aber darf man auf einen jungen Fürsten zählen, der bei der Leichtfertigkeit seines Alters unschwer seine Meinung ändern mag? Zu allem, was ich sage, kommt, daß die Mutter noch lange

leben kann und daß er mit dem besten Willen von der Welt noch viele Jahre unthätig bleiben muß. Demnach betrachte ich, mein lieber Bruder, alles, was ich für diese Vereinigung thue, als Versuche in die Zukunft, die ein glücklicher Zufall über Erwarten gelingen lassen, die ein entgegengesetzter Zufall fehlschlagen lassen kann. In Wahrheit weiß man niemals, was man thut, wenn man Entwürfe in die Zukunft vortreibt. Eine Art von Fatum, wenn es ein solches giebt, oder ebenso unbekannte sekundäre Ursachen wenden meist die Ereignisse auf eine Weise, die man weder sich vorstellen noch vorhersehen konnte. Wir sind Blinde, die tastend in der Dunkelheit schreiten. Wenn günstige Umstände sich zeigen, giebt es helle Augenblicke, welche geschickte Leute ergreifen. Alles Uebrige ist ein Spielball der Ungewißheit (26. November)." Prinz Heinrich antwortete: „Wenn meine Wünsche erhört werden, wirst Du das Gelingen noch mancher Entwürfe erleben, unter denen keiner eine bedeutsamere Aenderung herbeiführen könnte, als wenn jemals zwischen Dir und dem Hause Oestreich die Einigung aufgerichtet würde. Du siehst zu weit, um nicht zu gewahren, daß das Vertrauen sich nicht so schnell herstellen kann. Nach einer Feindschaft von fast 30 Jahren ist es durchaus natürlich, daß Du auf Deiner Hut bist, ganz wie die Kaiserin-Königin auf ihrer Hut sein muß. Aber wenn das Glück wollte, daß man sich weiter über die gegenseitigen Interessen eröffnen könnte, so glaube ich doch, daß man sich leicht einigen würde. Es giebt keine Mächte, die sich nicht befreundeten, sobald sie in Traktate eintreten, welche die Vergrößerung der gegenseitigen Staaten bezwecken. Gelangte man dahin, so wäre hierin so viel, was Du noch viel besser durchschaust als ich, zu thun, daß die beiden Souveräne sich vollkommen Genüge leisten könnten. Man kann einwerfen, daß Oestreichs Macht, durch neue Besitzungen gesteigert, noch gefährlicher sein würde; aber man kann entgegnen, daß für die Dauer des Bündnisses die Kräfte im Verhältniß bleiben würden und, wenn es bräche, die Eifersucht der übrigen Mächte sich gegen den mächtigsten wenden und Du in diesem Falle mehr Bundesgenossen als die Oestreicher finden würdest. Ich gestehe ferner, daß ich wünsche, daß, wenn die Einigung zwischen

Dir und der Kaiserin zu Stande kommen soll, dies während des Krieges zwischen den Russen und Türken einträte und in einer Zeit, wo Frankreich und England durch die Finanzen und häuslichen Zwist beschäftigt sind (1. Dezember 1769)." „Die Menschen", erwidert der König, „haben ihre Zeit; ist sie vorüber, sind sie nichts mehr nütze. Dies hindert nicht, daß der, dem die Regierung des Staates obliegt, an die Zukunft denken muß. Aber alle Vorkehrungen dieser Art sind sehr abhängig vom Zufall. Zunächst fürchtet man, sich einer Macht gegenüber zu äußern, welche es so lange als ihren Beruf betrachtet hat, Dein Feind zu sein, wegen der Beispiele schlimmen Gebrauches, den die Höfe von ähnlichen vertraulichen Eröffnungen gemacht haben. Jedoch habe ich das Mittel gefunden, ohne mich bloßzustellen, der Kaiserin-Königin zukommen zu lassen, daß, wenn sie mit Zustimmung der Pforte die Vermittlung des Friedens übernehmen könnte, ich meinen ganzen Einfluß in Petersburg für die Annahme dieser Vermittlung anwenden würde. Die Kaiserin wünscht dies selbst; aber sie findet sich in Konstantinopel durch die Franzosen gehemmt, so daß wir recht in Verlegenheit sind. Dies sind jedoch schon immer ein paar Schritte vorwärts. Bei der Reise nach Mähren wollen wir sehen, was sich weiter thun läßt. Man darf jedoch niemals vergessen, daß in der Politik das Mißtrauen die Mutter der Sicherheit ist. Ich beschränke mich darauf, das Nothwendige vorzubereiten, Hülfsmittel aufzuhäufen, das Messer scharf zu schleifen, damit sich meine Nachfolger nicht über meine Nachlässigkeit beschweren können [1])."

Das waren die Pläne des Königs für die Zukunft. Gegenwärtig fielen ihm bald nach der Rückkehr von Neisse die ersten Früchte der dortigen Zusammenkunft zu. Gegen Ende des September 1769 traf die Erklärung Panins in Berlin ein, daß Rußland bereit sei, die Gewähr für den Anfall von Baireuth und Anspach einfach, d. h. ohne die Klausel „nach Maßgabe der deutschen Reichsgesetze," zu über-

---

[1]) Der König an Heinrich 3. Dez. 1769 und 1. Febr. 1770; geh. Staatsarchiv.

nehmen; dagegen möge Preußen sich verbindlich machen, mit Rußland in Schweden gegen Frankreichs Versuche, die Souveränetät herzustellen, einzutreten, um dort die Verfassung von 1720 aufrecht zu halten und zwar nöthigenfalls durch Besetzung von Schwedisch-Pommern [1]). Auf diese Bedingungen und mit diesen Zusätzen erfolgte die Erneuerung des Traktats vom 11. April 1764 bis zum Jahre 1780 schon am 12. Oktober, da man sich schließlich in Petersburg beeilte; man brauchte Preußen und fürchtete dessen Annäherung an Oestreich.

Im Felde erlangten die Russen noch im Herbst 1769 einige Erfolge gegen die Osmanen. Chotschim, das die türkische Besatzung verlassen hatte, konnten sie besetzen. Die griechisch gläubige Bevölkerung der Moldau und Wallachei gerieth allmählig in Bewegung, der Gegensatz des Christenthums gegen den Halbmond erwachte, die Geistlichkeit trat offen auf die Seite der Glaubensgenossen; ohne Anstrengung konnte die russische Armee die Moldau besetzen; zu Jassy huldigten die Bojaren der rechtgläubigen Kaiserin. Die Archimandriten, die Hegumenen und Popen der Wallachei baten die russischen Feldherren, auch hierher vorzurücken, und unterstützten ihre Unternehmungen. Und schon waren, wie einst zu Peter I., im Sommer 1769 Abgeordnete der Griechen von Morea nach Petersburg gekommen mit der Bitte an die Kaiserin: sie vom Joche der Ungläubigen zu befreien. Katharina zögerte nicht, die Beschützung der rechtgläubigen Kirche und ihrer Bekenner, die sie für Polen übernommen, auch auf das osmanische Reich auszudehnen. Das russische Volk stand mit sichtbarer Begeisterung in diesem Kriege, mit dem die Ungläubigen Rußland eben des Schutzes wegen, den es den Glaubensgenossen in Polen gewährte, heimsuchten, seiner Herrscherin zur Seite. Mit den Moreoten wurden Verabredungen getroffen; die Flotte des baltischen Meeres sollte ins Mittelmeer, sie gegen die Pforte unterstützen. Hatte die Protektion der Dissidenten Katharina Fuß in Polen zu fassen und die Republik in tödtliche Verwirrung zu stürzen vermocht, dasselbe Mittel schien bei der viel härteren Spannung des

---

[1]) Finkensteins Bericht vom 23. September 1769; geh. Staatsarchiv.

Gegensatzes, der so viel zahlreicheren christlich-griechischen Bevölkerung das osmanische Reich noch vollständiger aus den Angeln heben zu müssen. Ende Februar 1770 ankerte Katharina's Flotte, von Alexei Orlow geführt, an der Küste von Morea. Sein Manifest verhieß die Befreiung der gesammten griechischen Nation vom Joche der Ungläubigen. Die Mainoten erhoben sich. Aber die osmanischen Besatzungen zu Modon und Tripolitza widerstanden den russischen Abtheilungen, welche gelandet waren; diese wurden bald wieder zurückgezogen, die Aufständischen verfielen der blutigsten Rache der Osmanen. Besser gelang es den Russen zur See. Bei Chios wurde die türkische Flotte am 5. Juli geschlagen und am folgenden Tage in der Bucht von Tschesme, in welcher sie Schutz gesucht, verbrannt. Wenige Tage darauf schlug das Landheer unter Rumäntzow am Larga die Armee des Chans der Krim und entriß ihr 60 Geschütze; darnach wurde am 1. August der Großvezir selbst am Kaghul in entscheidender Schlacht überwältigt.

Dem Wiener Hofe hatte Katharina zwar, wie sie dem Könige angedeutet (S. 179), jede Erwerbung, die Oestreich auf Kosten der Pforte machen wolle, wenn Maria Theresia sich ihr gegen die Pforte verbinde, geboten, aber kein Gehör gefunden. Vielmehr hatte Oestreich im Frühjahr 1770 seine Allianz mit Frankreich durch die Vermählung der Erzherzogin Maria Antonia mit dem Dauphin befestigt und, um für jeden Fall vorbereitet zu sein, Rüstungen in Siebenbürgen begonnen. Der König machte in Petersburg auf diese aufmerksam, wies darauf hin, daß Choiseul in Wien zum Kriege dränge, und hob hervor, daß, wenn die Russen beabsichtigten, in der Moldau und Wallachei Nachbarn der Oestreicher zu werden, dies unfehlbar zum Kriege führen würde [1]). Zugleich war es schon vor jenen Niederlagen der Pforte dem preußischen Gesandten Zegelin in Konstantinopel gelungen, diese zur Bereitschaft zum Frieden zu stimmen; Friedrichs Vermittlung in Petersburg wurde erbeten. So konnte der König den Grafen Solms am 21. Mai beauftragen, die Bedingungen

[1]) Weisungen an Solms vom März und April 1770; geh. Staatsarchiv.

zu ermitteln, unter welchen Katharina den Frieden mit der Pforte zu schließen gedenke, insbesondere ob man in Petersburg gemeint sei, die Moldau und Wallachei zu behaupten [1]). Solms berichtete am 15. Juni: die Kaiserin sei dem Könige für das wiederholte Anerbieten seiner guten Dienste zur Herstellung des Friedens dankbar. Sie sei bereit, unter sicheren und ehrenvollen Bedingungen Frieden zu schließen. Der König möge die Pforte bestimmen, nähere Eröffnungen zu machen. Vorbedingung sei die Freilassung ihres Gesandten Obreskow (S. 165). Panin hatte hinzugefügt: die Kaiserin wolle nichts gewinnen; sie habe den Krieg nicht aus Ehrgeiz begonnen, sich zu vergrößern und ihre Grenzen auszudehnen. Aber Ehre und Pflicht nöthigen sie, für die einzutreten, die für sie Partei genommen hätten; insbesondere könne sie die Griechen der Rache der Türken nicht preisgeben; für deren Schutz müßten genügende Sicherheiten gewonnen werden. Diese Antwort war scheinbar höchst gemäßigt; thatsächlich ausweichend, ließ sie jedoch alle Fragen offen. Klar erhellte, daß Katharina entschlossen war, die Protektion der griechisch Gläubigen festzuhalten, und jene Erfolge, welche Flotte und Heer dann im Juli und August gegen die Osmanen davontrugen, waren nicht geeignet, den Rathschlägen der Mäßigung in Petersburg Gehör zu schaffen.

Katharina blickte indeß doch nicht ohne eine gewisse Sorge auf den bevorstehenden Gegenbesuch, den König Friedrich dem Kaiser Joseph in Neisse abstatten sollte. Die Zusammenkunft konnte Preußen und Oestreich einander näher bringen [2]); die Thatsache der Zusammenkunft genügte vielleicht allein, die Pforte in ihrem Widerstande zu ermuthigen und damit Oestreichs und Frankreichs Bestrebungen gegen Rußland dort zu fördern. Wie vor der Zusammenkunft in Neisse, lag Katharina daran, ein Gegengewicht zu finden, welches Preußen mit Rußland fest vereinigt erscheinen ließ. Von Peterhof aus richtete sie am 19. Juli das Ersuchen an den König, seinem Bruder,

---

[1]) Der König an Prinz Heinrich 10. Mai 1770 und Weisung an Solms vom 21. Mai; geh. Staatsarchiv. — [2]) Solms' Berichte vom 8. und 18. Juli 1770.

dem Prinzen Heinrich, zu gestatten, daß er den Rückweg von Stockholm über Petersburg nehme. Der König hatte den Prinzen Heinrich nach Stockholm gesendet, um der Schwester, der Königin Ulrike von Schweden, vertraulich mitzutheilen, daß er ernstliche Verpflichtungen gegen Rußland für den Fall auf sich genommen habe, daß Schweden dem Drängen Frankreichs nachgäbe und die Verfassung umgestoßen würde, um dem Souverän freie Hand zum Kriege gegen Rußland zu machen. Zugleich sollte der Prinz die Königin zu vorsichtigerem Verhalten gegen die französische Partei bestimmen. Prinz Heinrich bemerkte dem Könige wiederholt, daß es doch höchst lästig sei, den Russen für ihren Krieg gegen die Pforte Subsidien zahlen und ihre anspruchsvollen Pläne fördern zu müssen, ohne auch nur den Schein eines Gewinnes; daß sie die preußische Allianz ausbeuteten, die ihnen den Vortheil böte, daß keine andere Macht sie angreifen könnte, und daß sie Polen unter dem Namen eines Königs, der nur ihr Werkzeug sei, vollständig zu beherrschen vermöchten. Für die Fortdauer dieser Dienstleistung seien Gegenleistungen nöthig; die vagen Propositionen, die Rußland früher in dieser Richtung gemacht habe, müßten sich realisiren; es müsse Preußen ein gutes Stück Polen abtreten. „Ich will Dich als Herrn der Ufer des baltischen Meeres und Dich mit der stärksten Macht Deutschlands den Einfluß theilen sehen, den diese vereinigten Kräfte in Europa ausüben können." Die gegenwärtige Lage Rußlands und Oestreichs könne zum Gelingen eines so nützlichen Zweckes beitragen, und wenn man einen Plan zu bilden vermöchte, der allen Interessen genugthäte, würden auch die preußischen mit voller Sicherheit befriedigt werden. Dieser Plan müßte auf eine Garantie, welche die Betheiligten sich gegenseitig leisten würden, basirt werden. Der Krieg nöthige Rußland wie Oestreich, Preußen zu suchen; er dürfte noch sonderbare Ereignisse herbeiführen, von denen ein günstiges in dieser Richtung benutzt werden könnte. Der König gab zu, daß Rußland seine Unterstützung stark nutze; aber man müsse sich hüten, einmal eingegangene Verbindlichkeiten aus Aerger zu lösen. Weder Rußland noch Oestreich würden ihm einen Zuwachs gönnen; er werde von der russischen

Allianz nichts haben als die Garantie von Anspach, auf welche er nicht sehr zähle [1]. Dennoch fand der König seine Lage augenblicklich nicht unvortheilhaft. Rußland bedurfte seiner, um den Krieg in Polen und gegen die Pforte fortsetzen und seine Absichten hier wie dort durchführen zu können. Oestreich bedurfte seiner Mitwirkung, um Rußlands Uebergriffen in Polen, seiner Ausdehnung gegen die Pforte mit Erfolg entgegentreten zu können. Er gedachte das eingetretene bessere Verhältniß zu Oestreich zur Mäßigung der Ansprüche Rußlands in Polen und an die Pforte zu verwerthen, die Allianz mit Rußland aber festzuhalten. Die Berichte Heinrichs aus Stockholm zeigten dem Könige, daß dort Alles Korruption und Unordnung sei. Der Verrath sei beiden Parteien, sowohl der französischen (den Hüten) als der englisch-russischen (den Mützen), gemeinsam. Der Hof könne nicht wohl neutral bleiben, da sich dann beide Parteien gegen ihn vereinigen würden. Auch stehe derselbe bereits in zu intimen Beziehungen zu Frankreich, und der Reichsrath sei so absolut französisch, daß der Hof eine andere Politik kaum einzuschlagen vermöge. Doch versichere die Schwester, daß Frankreich zwar stark gegen die Verfassung arbeite, aber niemals eine Verpflichtung zum Kriege gegen Rußland verlangt habe; auch sei solche nicht etwa von freien Stücken übernommen worden. Die Königin gehe durchaus darauf ein, Katharina in Zukunft zu menagiren [2]). Als König Friedrich am 12. August das Schreiben Katharina's erhielt, welches die Anwesenheit Heinrichs in Petersburg erbat, schrieb er, entschlossen, in erster Linie seine Beziehungen zu Katharina intakt zu erhalten, seinem Bruder auf der Stelle: die Reise nach Petersburg werde ihm kein großes Vergnügen verursachen; aber die Kaiserin verlange ihn mit solchem Eifer, daß er glaube, Heinrich dürfe sich derselben nicht versagen [3]). Der Prinz erwiderte am 24. August, daß er mit großer Ueberraschung das Schreiben vom 12. mit dem Befehl, nach

---

[1]) Prinz Heinrich an den König 12. Februar, 18. März, 22. Juni und 30. Juni 1770; geh. Staatsarchiv. — [2]) Prinz Heinrich an den König 27. August und 25. Sept. 1770. — [3]) Vgl. Solms' Bericht vom 18. Juli 1770; geh. Staatsarchiv.

Petersburg zu gehen, empfangen habe; vor Ende September werde ihn die Schwester nicht fortlassen; für die Rückreise durch Preußen werde er eine Escorte brauchen, da die Konföderirten auch durch Polnisch-Preußen streiften. Der König wiederholte ihm am 30. August aus Neisse: die große Reise nach Petersburg sei unglücklicherweise unvermeidlich. Er werde sich dort jedoch in der Lage befinden, der Schwester in Schweden gute Dienste zu leisten, die er (der König) als ihm selbst geleistet ansehen werde. Er möge versuchen, die Kaiserin zu einer Erklärung über die Bedingungen zu bringen, unter denen sie ihren Frieden mit der Pforte zu schließen gedenke. „Ich reise am 2. (September) nach Mähren und finde dort Leute, die dieser Friede sehr beschäftigt und die am Ende ungeduldig werden könnten, wenn der Krieg im nächsten Jahre noch fortdauerte.“ Am folgenden Tage wiederholt der König noch einmal: „Wie unangenehm Dir die Reise sein wird, sie ist unter den gegenwärtigen Umständen und nach den Avancen, die Katharina gemacht hat, unvermeidlich,“ und ermahnt seinen Bruder wiederum, die Schwester bei der Kaiserin außer Schuld zu setzen (31. August).

Die Besetzung der Moldau und Wallachei, darnach die Niederlagen der Osmanen bei Tschesme, am Larga und am Kaghul erhöhten die Besorgnisse des Wiener Hofes vor der steigenden Uebermacht Rußlands[1]). Hatte man nach der Besetzung der Donaufürstenthümer in Siebenbürgen zu rüsten begonnen, so bemerkte Kaunitz jetzt: „Die Türken erscheinen nicht mehr geeignet, den Russen zu imponiren, und wenn man nicht will, daß die Dinge zu weit gehen und die Heilmittel zu spät kommen sollen, wird man sich vielleicht in der Nothwendigkeit sehen, sich wenigstens zu einer recht kräftigen Demonstration entschließen zu müssen, damit dieselbe ernsthaft genommen wird. Aber man kann sich über nichts entscheiden, bevor wir den König von Preußen gesehen haben (30. August).“ Dem Kaiser sagte Kaunitz: „daß man wahrscheinlich genöthigt sein werde, einen ernsthaften Entschluß zu fassen, der, wenn nicht gefährlich, doch

[1]) Beer Erste Theilung 1, 302 ff.

mindestens kostspielig sein werde. Nicht allein das Mehr oder Minder des Guten, das man wird thun können, sondern vielleicht alles, was man überhaupt thun kann, wird von der Mitwirkung des Königs von Preußen abhängen. Zu etwas wenigstens ist Unglück gut, da sich die Türken, wie es scheint, vollständig entschlossen haben, aufrichtig den Frieden und unsere Mediation zu wollen. Nun handelt es sich darum, auch die Russen das Eine wie das Andere wollen zu machen." Den Polen, fügte er hinzu, habe er auf das durch den Grafen Pac (er war gegenwärtig General-Marschall der Konföderation von Bar und hatte persönlich in Wien Hülfe erbeten) überreichte Memoire in einem Sinne geantwortet, der geeignet sei, sowohl den Russen zu denken zu geben, wenn diese Antwort in deren Hände fiele, als auch Leuten, „deren man vielleicht in Kurzem bedürfen würde", nicht alle Hoffnung zu rauben. Aus diesem Grunde habe er den Ausdruck „von dem Stande, in dem sich die Dinge noch befänden" gebraucht[1]).

Am 3. September, Mittags, traf Friedrich II. zu Neustadt bei Brünn ein, den Besuch von Neisse zu erwidern. Der Kaiser und Kaunitz erwarteten den König. Kaunitz berichtete noch an demselben Tage der Kaiserin-Königin, daß der König nach dem Diner lange Zeit mit ihm über den gegenwärtigen Krieg und die zukünftige Pacifikation gesprochen, aber mit wenig Haltung und Folge in der Ordnung der Ideen. Er (Kaunitz) habe schon Gelegenheit gehabt, ihm hinzuwerfen, daß nach seiner Ansicht nichts weniger fein sei als Finassierien; „ich werde morgen sehen, ob diese Lektion einige Wirkung gethan hat." Ueber dieses erste Gespräch mit dem Könige referirt Kaunitz dann der Kaiserin ausführlicher: „Der König sagte mir, daß er die baldigste Herstellung des Friedens wünsche, wie ich glaube, aufrichtig, theils seine Subsidien zu sparen, theils weil er wohl fühlt, daß er im Grunde bei der Vergrößerung Rußlands noch mehr Gefahr läuft als wir. Zugleich aber wollte er mich glauben machen, daß er die Fortdauer des Krieges mehr unsertwegen als seinetwegen fürchte, da wir durch die Fortschritte der Russen, die wir nicht dulden könnten,

[1]) Beer Zusammenkünfte S. 115 ff.

in einen Krieg mit den Russen hineingezogen werden würden, welchem das Interesse der Menschlichkeit, sein Interesse und unser Interesse zuvorzukommen geböten. Der Friede müsse diesen Winter geschlossen werden, damit nicht noch eine Campagne folge, durch welche, wenn die Türken unterlägen und wir dann ihre Partei nähmen, wir in den Krieg verwickelt werden könnten. Die Russen würden sich voraussichtlich mit Asow begnügen und mit der Einsetzung unabhängiger Fürsten in der Moldau und Wallachei. Die Türken könnten auf diese Bedingungen eingehen. Nachdem ich so wenig überlegte Ideen, welche seinerseits ohne irgend eine Folge hingeworfen wurden und die ich in die Ordnung eines Raisonnements gebracht habe, gehört hatte, begnügte ich mich, zu erwidern, daß ich aus den von ihm angeführten Gründen und aus vielen, die ich hinzufügen könne, einverstanden sei, daß der Friede lieber früher als später hergestellt werde. Aber dies sei nicht so leicht. Die Türken würden nicht so nachgiebig sein, wie er glaube, da sie begriffen, daß es in diesem Kriege auf Ausdauer ankomme. Sie hätten mehr Mittel als die Russen, und das Glück der Waffen wende der Tag. Rußland könne wohl wissen, daß wir weder die Zerstörung des osmanischen Reiches noch auch nur einigermaßen bedeutende Eroberungen, selbst wenn der König, was ich von einem so erleuchteten Fürsten nicht annehmen könne, diese Ideen gut finden wollte, dulden könnten, und daß wir sicherlich versuchen würden, sie zu verhindern, sollten wir auch Rußland den Krieg machen, sei es allein, sei es mit der Pforte verbunden. Da Rußland aus diesen Gründen den Frieden wünschen müsse, auch wenn es, wie der König annehme, die Mittel habe, den Krieg fortzusetzen, wären wir gern bereit, wenn es möglich sei, zur Beschleunigung des Friedens mitzuwirken; aber da ohne ihn alle unsere Anstrengungen ungenügend sein würden, handele es sich darum, zu wissen, bis zu welchem Punkte er seinerseits zur Förderung eines Ereignisses beizutragen bereit sei, welches ihn mindestens ebenso sehr interessire als uns." Kaunitz führt dann aus, wie er, nachdem er gefunden, daß das, was der König in dieser ersten Unterredung gesagt, entfernt davon, lichtvoll zu sein, vielmehr sehr klein und sehr

inkonsequent gewesen und somit entweder des Königs Ideen nicht klar wären oder deren Verwirrung und Gewundenheit ein Rest des früheren Mißtrauens sein müsse, beschlossen habe, ihm dieses zu nehmen und ihn in den Geschäften weiter und besser sehen zu machen, als er sehe. Zu diesem Zwecke hielt er dem Könige am folgenden Tage einen sehr langen Vortrag, nachdem er zuvor gebeten hatte, ihn nicht zu unterbrechen. Der Kern war: Oestreichs System sei ein System des Friedens. Es wolle keine Eroberungen. Deshalb habe es an den Unruhen in Polen nicht Theil nehmen wollen und die Gelegenheit, die ihm geboten war, sich mit Rußland zur Vernichtung des osmanischen Reiches zu verbinden und dessen Eroberung, die in diesem Falle wahrscheinlich nicht schwer gewesen wäre, zu theilen, nicht benutzen zu sollen geglaubt. Oestreich sei der Alliirte Frankreichs, das ihm den Rücken decke, Preußen der Alliirte Rußlands, das ihm ebenso den Rücken decke. Durch diese Defensivallianzen sei das Gleichgewicht hergestellt, und dieses für das besondere Interesse Oestreichs und Preußens wie für das allgemeine Interesse bestmögliche System müsse aufrecht erhalten werden. Mit der aufrichtigen Anerkennung dieses Systems, mit der Festhaltung des defensiven Charakters dieser Allianzen sei zugleich das loyale Verhalten Oestreichs und Preußens gegen einander und das gute Einvernehmen zwischen ihnen vereinbar und gegeben. Ein Vertrag sei dazu nicht erforderlich. Preußen müsse sich enthalten, mit Frankreich anzuknüpfen und Oestreich in Paris zu schaden; Oestreich müsse sich enthalten, mit Rußland anzuknüpfen und Preußen in Petersburg zu schaden. Aus diesem Grunde habe Oestreich verschmäht und werde verschmähen, sich wiederum mit Rußland zu verbinden oder auch nur den Schein dieser Absicht anzunehmen, da dies Rußland dem Könige gegenüber nur noch stolzer und anspruchsvoller machen würde. Es wäre wünschenswerth und nützlich, wenn Oestreich und Preußen übereinkämen, den politischen Katechismus, den er aufgesetzt habe, zu beobachten. Dieser lautete: Sobald man Grund zu Mißtrauen und Argwohn zu haben glaube, werde man freundschaftlich Aufklärung fordern. Man werde stets aufrichtig und freimüthig mit einander

verhandeln. Der Eine werde dem Anderen nichts Nachtheiliges vorschlagen oder etwas, das nicht auf Gegenseitigkeit gegründet sei. Man werde alle übrigen Höfe von der Freundschaft und Achtung, welche zwischen Preußen und Oestreich bestehe, zu überzeugen suchen. Oestreich wird sich Rußland, Preußen Frankreich nicht zu nähern suchen. Wenn Rußland dem Wiener Hofe oder Frankreich dem Berliner Hofe Allianzvorschläge machen sollte, wird man sich dies getreulich und schleunig mittheilen. Bei Unternehmungen von einiger Wichtigkeit wird man sich vorher Mittheilung machen. Der Eine wird sich dem Vortheile des Anderen nicht widersetzen, wenn solcher nicht von sehr großer Bedeutung ist. Bei wichtigen wird man sich benachrichtigen und über die Gegenseitigkeit und Verhältnißmäßigkeit des Vortheils im Voraus übereinkommen, welchen dann der Eine dem Anderen nicht bloß zubilligen, sondern diesem auch zu erlangen behülflich sein wird. Ueber kleine und specielle Dinge wird man sich in Unterhandlung von Staat zu Staat zu treten enthalten. Man wird sich gegenseitig die Insinuationen mittheilen, die von anderen Seiten gemacht werden, und den Argwohn, dessen Erregung versucht werden sollte. Friedrich erwiderte, daß er von allen Empfindungen erfüllt sei, welche der Wiener Hof wünschen könne, und daß es ihm demnach nicht schwer fallen würde, sich den Regeln dieses Katechismus anzuschließen [1]).

Dem Könige lagen die praktischen Fragen am Herzen. Am frühen Morgen waren fast zu gleicher Zeit Kuriere in Neustadt eingetroffen, die Schreiben des Kaimakam für den König und Kaunitz überbrachten, welche dort Zegelin und Thugut eingehändigt worden waren. Die Pforte verlangte die Mediation Oestreichs und Preußens. Der König sagte, nachdem er den Vortrag überstanden, nach Kaunitz' Bericht: „Dieser verdammte Türkenkrieg alarmirt und beunruhigt mich. Ich würde in Verzweiflung sein, wider meinen Willen in einen neuen Krieg gegen Euch verwickelt zu werden, und ich fühle, daß, wenn die Russen die Donau überschreiten, Ihr kaum ruhige

---

[1]) Beer a. a. O. S. 117—128. 144. 145.

Zuschauer dieses Ereignisses und der weiteren Fortschritte bleiben könnt. Wenn Ihr dann in Polen Krieg machen wolltet, so könnte mich dies Unglück treffen; denn meine Verpflichtungen gegen Rußland beziehen sich gerade auf dieses Land. Es würde in der That nicht derselbe Fall sein, wenn Ihr den Krieg in die Moldau und Wallachei verlegt, da ich nicht absolut verpflichtet bin, mich hierin zu mischen. Aber da man dessenungeachtet doch niemals weiß, wie weit die Dinge gehen können, so wünsche ich nicht, daß Ihr in den Fall kommt, Euch direkt mit diesen Leuten (so sagte der König, bemerkt Kaunitz) zu überwerfen. Machen wir deshalb den Frieden, ich bitte Sie, so bald wie möglich." Kaunitz erwiderte: „Da eine einigermaßen bedeutende Vermehrung der russischen Macht Oestreichs Sicherheit und die Preußens in der Folge ungewiß machen würde und somit in dem Augenblick, wo man noch auf die Mitwirkung der Pforte und selbst auf die Polens zu rechnen vermöge, der Krieg ein geringeres Uebel sein werde, als die Unthätigkeit, könne Oestreich sich nicht entbinden, sich zum Kriege zu entschließen, falls Rußland einigermaßen bedeutende Eroberungen behaupten, oder verlangen wollte, daß die polnischen Angelegenheiten auf einem Fuße blieben, der aus diesem Reiche eine russische Provinz mache. Wenn dann der König nicht mit Oestreich ginge, so wäre es nicht unmöglich, daß Oestreich sich wieder in dem Falle befände, ihn angreifen zu müssen, sei es, um Rußland eine Diversion zu machen, sei es, um einen Feind wie ihn nicht im Rücken zu lassen. Da es dem Könige nun so wenig zu konveniren scheine, mit Oestreich zu brechen, wie es Oestreich konvenire, mit ihm zu brechen, so müsse man allerdings Alles anwenden, um den Frieden baldmöglichst herbeizuführen. Oestreich habe dafür in Konstantinopel gewirkt, indem es die Türken bestimmt habe, die Mediation Oestreichs und Preußens zu verlangen. Damit habe sich nun wenigstens die Pforte dem Frieden geneigt gezeigt; es handle sich demnach nur noch um Rußland. In Petersburg habe der König den größeren Kredit, er möge also dort alle Mittel der Ueberredung und selbst stärkere anwenden, um „seine Kaiserin" (diese Wendung legt sich Kaunitz stets in den Mund) zu bestimmen, Oestreichs Me=

diation anzunehmen und verständigen Bedingungen sich zu unterwerfen. Weiche die Kaiserin der Mediation aus, so würde er (Kaunitz) sich berechtigt halten, anzunehmen, daß sie die Dinge zum Aeußersten treiben wolle, und würde Oestreich sich dann nicht entbinden können, einen Entschluß zu fassen, der ihre Fortschritte aufhalte und sie nöthige, Wasser in ihren Wein zu thun. Die Kaiserin, habe der König entgegnet, sei sehr stolz, sehr ehrgeizig und sehr eitel; man könne zu ihr nicht in dem Tone sprechen, wie zu einem Minister: „Könntet Ihr nicht Rumäntzow bedeuten, daß Ihr darauf zähltet, daß er sich nicht einfallen lasse, die Donau zu überschreiten, oder könntet Ihr Frankreich nicht erklären lassen, daß es Euch mit hunderttausend Mann unterstützen würde, wenn Ihr mit den Russen brächet, falls diese die Donau überschritten? Das würde Eindruck machen." Nachdem Kaunitz diese „kindischen Ideen", wie er sie qualificirt, aus dem Munde eines Fürsten, „der übrigens viel Geist habe", vernommen, schlug er dem Könige vor: „seiner Kaiserin", zu schreiben, daß er zwar bei dem Kaiser und Kaunitz keine Entfremdung und Erbitterung gegen Rußland bemerkt, daß er ihr aber nicht verbergen könne, daß, falls der Krieg länger dauere und eine bemerkliche Aenderung des Gleichgewichts zwischen Rußland und der Pforte herbeiführe, der Wiener Hof zu einem ernsten Schritte entschlossen geschienen habe, um ein Ereigniß zu verhindern, das dieser Hof für unvereinbar mit dem Staatswohle betrachte. Der König möge hinzufügen, daß es ihm auch sehr wünschenswerth erscheine, daß vor den Friedensverhandlungen, oder wenigstens vor dem Frieden die polnischen Angelegenheiten geordnet wären. Die Kaiserin möge zu diesem Zweck einen Pacifikationsplan entwerfen und diesen in Berlin und Wien mittheilen lassen. Fänden ihn die beiden Höfe ausführbar, so würden sie die Zustimmung des Königs von Polen und der verschiedenen Parteien in Polen zu bewirken suchen; wären diese nicht verständig genug, darauf einzugehen, so würde es Rußland überlassen bleiben, sie mit Gewalt dazu zu nöthigen, und würden die beiden Höfe erklären, daß sie die Aufrechthaltung der Pacifikation garan-

tirten, wenn die Kaiserin ihre Truppen aus Polen zurückgezogen haben würde. Der König erklärte sich einverstanden und sagte dann nach Kaunitz' Bericht: „Wir haben uns eben verständigt und, wie mir scheint, gut verständigt über die gegenwärtige Lage der Dinge. Aber diese kann sich ändern und ändert sich, wie Sie besser wissen als ich, durch Ereignisse, welche von Zeit zu Zeit eintreten. Ich glaube deshalb, daß es gut sein würde, wenn man sich sehen und sprechen könnte, wäre es auch nur einen Tag im Jahre oder wenigstens dann, wenn Veränderungen eintreten, über welche es wünschenswerth wäre sich zu verständigen." Kaunitz wich diesem doch deutlich und entschieden auf eine weitere Annäherung zielenden Vorschlage aus. Die Minister an beiden Höfen würden dazu genügen, erwiderte er, wenn man nur geeignete Personen wähle. Träten ganz besondere Ereignisse ein, so würde sich ein Wiedersehen durch Mittel, die nicht schwer zu finden sein würden, arrangiren lassen. Das Wichtigste sei, daß der König sich häufig an das erinnere und niemals vergessen wolle, was er die Ehre gehabt habe ihm zu sagen.

Die Ergebnisse der Besprechungen faßt Kaunitz dahin zusammen: „Der König ist diesen Morgen (7. September) um 5 Uhr abgereist. Ich habe Grund, zu glauben, daß meine Unterredungen auf den König einen lebhaften Eindruck gemacht haben und daß er mit anderen Empfindungen über uns und für uns abreist, als die, welche er mitgebracht. Ich habe ihn engagirt, allein in seinem Namen das Wort über die Mediation an Rußland zu richten. Er hat mit vieler Folgsamkeit die Wendung angenommen, die ich diesem Schritte zu geben ihm vorgeschlagen habe. Demnach werden wir Rußland gegenüber nicht kompromittirt sein, wenn es ablehnt. Ebenso hat er mit vieler Gelehrigkeit Rußland gegenüber die Ausführung eines Rathes übernommen, den ich ihm zur Beilegung der Unruhen in Polen an die Hand gegeben. Ich habe Grund, zu glauben, daß er uns in Zukunft trauen wird, soweit es ihm möglich ist, jemandem zu trauen, und daß wir dagegen ihm mehr trauen dürfen, als dies bisher vernünftig gewesen wäre." Kaunitz schließt mit der Anführung, daß der

König auch den Katechismus (S. 200) unterschrieben hätte, wenn der Kaiser dies seinerseits gethan[1]).

Dem Könige war die genaue Kenntniß, die er von den Absichten des Wiener Hofes erlangt hatte, willkommen. Er war entschlossen, diese sofort für die Mäßigung der Absichten Rußlands gegen die Pforte wie in Polen nachdrücklich zu verwerthen und dadurch den Frieden baldmöglichst zu erreichen. Von vornherein stark zu sprechen, hielt er für unklug und den Erfolg gefährdend. So schrieb er, nach Potsdam zurückgekehrt, der Kaiserin Katharina, daß er Kaunitz im Ganzen gemäßigter gefunden habe, als er erwartet, obwohl er die Aufrechthaltung des Gleichgewichts im Orient nachdrücklich hervorgehoben. Die Pforte habe Oestreichs und seine Mediation verlangt; er wünsche zu wissen, ob die Kaiserin diese annehme. Als guter Alliirter könne er nur sagen, daß der Friede in diesem Augenblick wünschenswerth sei, um einen allgemeinen Krieg zu vermeiden, den Frankreich zu entzünden suche. Katharina's Mäßigung werde den Ruhm noch erhöhen, den sie durch ihre Waffen erfochten habe. Auch die polnischen Angelegenheiten verlangten gegenwärtig eine ernste Erwägung. Der Würde Rußlands wäre es angemessen, wenn sie vor dem Abschluß des Friedens mit der Pforte beendigt werden könnten. Wenn die Dissidenten ihre Forderungen mäßigten, was sie, wie er glaube, von der Kaiserin selbst erbitten würden, würde es nicht unmöglich sein, Polen den Frieden zu geben. Er glaube ferner sogar, wenn er sich nicht zu sehr schmeichle, die Oestreicher bewegen zu können, in Gemeinschaft mit ihm die Konföderirten zur Annahme solcher Bedingungen zu zwingen. Diese Ideen seien wichtig wegen der Folgen und der Zukunft; sie verdienten, wohl diskutirt und wohl erwogen zu werden (14. September). Zugleich instruirte er Solms, daß, soweit er (der König) habe erforschen können, der Wiener Hof kein Hinderniß entgegenstellen werde, daß Rußland einen „ehrenvollen und sicheren Frieden" erlange, vorausgesetzt, daß die Moldau

[1]) Beer a. a. O. S. 141. Ueber die gesammte Konferenz ist die Mittheilung zu vergleichen, die Kaunitz dem Vertreter Englands am 3. October in Wien machte, bei Raumer a. a. O. 2, 285 ff.

und Wallachei unter türkischer Herrschaft blieben. Der Pacifikationsplan für Polen müsse auf sehr gemäßigten Bedingungen beruhen, damit sie den Konföderirten erträglich seien. Zuvörderst müsse der Thron dem Könige gesichert werden und die Dissidenten auf den Eintritt in den Senat verzichten; sodann sei zusammenzustellen, was Rußland zum Besten des Friedens nachlassen zu können glaube. „Geschieht dies, so erbiete ich mich, dies Projekt zu garantiren und vom Wiener Hofe garantiren zu lassen und ferner die Konföderirten zu zwingen, sich billigen Bedingungen, welche die Kaiserin von Rußland ihnen vorschriebe, zu unterwerfen (13. September)." Seinem Bruder Heinrich hatte er schon einige Tage früher aus Breslau geschrieben: „Ich beklage Dich von ganzem Herzen wegen der harten und unangenehmen Reise, die Du in der Nothwendigkeit zu machen bist. Aber sie ist im gegenwärtigen Augenblick unvermeidlich, und Du kannst meiner Schwester sehr nützlich sein und dazu beitragen, die Bedingungen des Friedens mit den Türken wie mit den Polen zu mäßigen [1])." Die Escorte durch Polnisch-Preußen für die Rückreise werde gestellt werden. „Mit meiner Reise", fährt der König fort, „bin ich im Ganzen sehr zufrieden und Alles geht nach Wunsch. Die Pforte hat meine und Oestreichs Mediation gefordert, was zu Konferenzen veranlaßt hat, die ich mit Kaunitz hierüber gehabt. Wir stimmen in unseren Principien und Ideen so ziemlich überein. Wenn die Kaiserin sich in ihren Forderungen für die Dissidenten etwas mäßigt, daß sie keinen Antheil an der Gesetzgebung erhalten, daß der Krongroßfeldherr Herr der Armee ist, daß Subsidien nur mit Zustimmung der Reichstage aufgelegt werden, so wird sich Alles beruhigen; ja, wir und die Oestreicher werden uns selbst verpflichten, die widerstrebenden Polen zu ihrer Pflicht zu bringen, falls sie so gemäßigten Bedingungen nicht zustimmen wollten. Diese Vorschläge bei der Kaiserin zu unterstützen, hast Du zwei große Argumente.

---

[1]) Diesem Briefe wie den oben mitgetheilten, dieser Reihe von Urkunden gegenüber bedürfen die Behauptungen von Smitts a. a. O. 1, 134. 136: wie kunstvoll der König die Reise des Prinzen Heinrich nach Petersburg bewerkstelligt habe, keiner Widerlegung.

Das eine ist das ihres Ruhmes, der nicht höher steigen kann, als wenn sie nach so vielen Siegen Mäßigung zeigt; das zweite ist, daß, wenn man eines soliden Friedens genießen will, man ihn unter erträglichen Bedingungen schließen muß. Entschließt sich die Kaiserin dazu nicht, so wird sie an ihrem Werke in Polen immer von Neuem arbeiten müssen, und schließlich könnten daraus so bedeutende Unruhen entstehen, daß sie ganz Europa in diese Streitigkeiten hineinziehen. Du hast so viel Geist, daß Du das, was ich in zwei Worten sage, nach Deinem Urtheile ausführen wirst. Ich zweifle nicht, daß es Dir gelingt, diese Ideen zur Annahme zu bringen und in diesem kritischen Augenblick das vornehmste Werkzeug der Pacifikation Europa's zu werden (9. September [1])." Nach Erlaß seines Schreibens an die Kaiserin und der Instruktion an Solms sagt der König seinem Bruder: „Das Nützlichste, was Du für unser Wohl und das Wohl Europa's thun kannst, ist, wo möglich zu bewirken, daß die Mediation Oestreichs nicht zurückgewiesen wird und daß Polen keine zu schweren Bedingungen auferlegt werden. Giebt die Kaiserin nach, so werden wir, ich und Oestreich, die Polen zur Vernunft bringen, und diese Ruhe wird dauernd sein. Die Türken hoffen wir dahin zu bringen, Asow abzutreten und Amnestie für die Griechen des Peloponnes zu gewähren, auch die übrigen wegen ihrer Religion nicht zu beunruhigen. Die Garantie hierfür würde Venedig übernehmen, und vielleicht ließe sich auch Oestreich dazu bewegen. Wenn Du zur Annahme einiger dieser Punkte beitragen kannst, so erweisest Du Deinem Vaterlande und Europa einen Dienst (18. September[2])." Heinrich hatte gewünscht, der Kaiserin einen Brief des Königs, der ihn berechtige, im Namen desselben zu sprechen, in Petersburg vorzeigen zu können. Zu diesem Zwecke schrieb ihm der König am 1. Oktober: „Die Pforte hat meine Mediation und die des Wiener Hofes verlangt. Wir erwarten die Antwort der Kaiserin: ja oder nein, ob sie diese Mediation annimmt." In Betracht der gemäßigten Absichten der Kaiserin werde das Werk der Mediation leicht sein; die

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 323—325. — [2]) Geh. Staatsarchiv.

größten Hindernisse würden von der Wunderlichkeit und dem Eigensinn der Türken kommen. Aber die russische Flotte vor den Dardanellen schneide ihnen die Zufuhr aus Aegypten und Großgriechenland ab, und die Fortschritte der Russen in der letzten Campagne sammt Hunger und Pest würden sie zur Nachgiebigkeit zwingen. Der Friede müsse bald geschlossen sein; Spanien habe die Engländer von den Falklandsinseln verjagt; der Seekrieg Englands gegen die beiden bourbonischen Höfe stehe bevor [1]).

So die Instruktionen des Prinzen Heinrich. Er traf am 12. Oktober nach einer stürmischen Ueberfahrt von acht Tagen in Petersburg ein. Die Dinge lagen hier anders, als der König vorausgesetzt. Katharina war entschlossen, obwol sie außer Stande war, neben der Führung des Türkenkrieges die Polen niederzuwerfen, diesen fortzusetzen, in keinem Falle ohne die entschiedensten Vortheile, ohne Anerkennung ihres Protektorats über die Griechen der Pforte Frieden zu schließen. Darnach war der Eintritt jeder Vermittelung, am meisten die gemeinsame Vermittelung Oestreichs und Preußens, die sie bei Festhaltung ihres Zieles nur in Konflikt mit Oestreich und Preußen bringen konnte, zu vermeiden. Um so erwünschter war ihr, daß sie den Prinzen eingeladen, durch den man nun jede vertraulichste Eröffnung nach Berlin gelangen lassen konnte, die geeignet wäre, Preußen von Oestreich abzuziehen. Zunächst handelte es sich darum, der gemeinsamen Vermittlung auszuweichen. Dies geschah am einfachsten, wenn Katharina eine direkte Verhandlung mit der Pforte eröffnete. Als das Schreiben des Königs vom 14. September in ihre Hand gelangte, erhielt der kommandirende General der Donau-Armee, Rumäntzow, Befehl, sich mit dem Großvezir in Beziehung zu setzen, ihm mitzutheilen, daß die Kaiserin bereit sei, in Verhandlungen über den Frieden einzutreten, sobald Obreskow freigelassen sei [2]). Sodann

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. Die Phantasieen des Herrn von Smitt a. a. O. S. 134, der die Aufgabe des Prinzen sehr genau zu kennen behauptet, an sich unmöglich, werden zum Ueberfluß durch diese ausdrücklichen Urkunden widerlegt. — [2]) Vgl. Panin an Galitzin bei Görtz S. 2. Nach Beer (Erste Theilung 2, 4) war Katharina bereits vor Eintreffen des Schreibens des Königs vom

schrieb die Kaiserin am 9. Oktober (28. September) dem Könige: sie sei dem Frieden geneigt; ein neuer Beweis davon sei, daß sie durch Rumäntzow dem Vezir ihre Bereitschaft zum Frieden habe erklären lassen. Vor Obreskows Freilassung könne sie jedoch auf keine Unterhandlung eingehen. Eine Vermittelung würde sehr erwünscht sein und die des Königs am meisten. Jedoch sei sie gerade hierin beengt. Seit dem Beginn des Krieges habe England die Mediation gewünscht, und sie habe diese zugesagt, wenn es zur Mediation komme. Werde England zugelassen, so werde auch Frankreich Antheil an der Mediation verlangen; Choiseul aber, „den geschworenen Feind ihres Staates und ihrer Person", könne und werde sie nicht zulassen. Gegen Oestreichs Mediation empfinde sie bei weitem diese Abneigung nicht. Ueber ihre Dispositionen und diese Schwierigkeiten habe Panin ein Memoire aufgesetzt, und der Theil, welcher die Mediation betreffe, sei so redigirt, daß sie dem Könige anheimstellen könne, diesen dem Wiener Hofe mitzutheilen, damit derselbe hieraus ihre Rechtlichkeit, ihren guten Glauben und ihre wahren Gefühle über die Mediation erkenne. „Geben Sie", so schließt Katharina, „der Sache die beste Wendung. Namen und Form der Mediation müssen vermieden werden. Die guten Dienste des Wiener Hofes bin ich bereit anzunehmen; die Eurer Majestät verlange ich. In Polen werde ich alle Mäßigung eintreten lassen. Ich habe schon eine Deklaration abgegeben, die ohne die Intriguen der Czartoryski zur Pacifikation geführt hätte. Meinem Minister in Polen werde ich hierüber neue Instruktionen ertheilen und bitte, ihn durch Ihren Minister unterstützen zu lassen [1])."

Auf die Anzeige des Grafen Solms, daß Rumäntzow zu Unterhandlungen mit dem Großvezir beauftragt sei, die vor diesem Briefe der Kaiserin in Berlin eintraf, schrieb der König am 15 Oktober seinem Bruder nach Petersburg: „Also man verhöhnt uns. Ich

14. September unterrichtet, daß die Pforte die Vermittelung Oestreichs und Preußens verlangt habe, und der betreffende Befehl an Rumäntzow schon vor dem 26. September ertheilt.

[1]) Geh. Staatsarchiv.

verzichte gern auf das undankbare Geschäft der Mediation, wenn nur mein Rath für Polen, der allein zu völliger und dauernder Pacifikation führen kann, endlich in Petersburg angenommen wird. Die Pest (von Süden her eingedrungen, wüthete diese seit längerer Zeit in Rußland und Polen und drohte sich weiter nach Westen zu verbreiten) wird Dich auf der Rückreise nicht belästigen. Ich habe einen Cordon von Teschen durch die Neumark nach Tuchel gegen Marienwerder und Preußen ziehen lassen und mir dadurch auch sichere Kommunikation verschafft." Im Besitz des Schreibens der Kaiserin sagte er Heinrich dann am 26. Oktober: „Nach der Antwort, welche ich eben erhalte, lehnt die Kaiserin die Mediation weder ab noch nimmt sie dieselbe an. Demnach gedenke ich mich in alles dies nicht mehr zu mischen, um so weniger als General Rumänzow Befehl hat, direkt mit dem Kaimakam und dem Großvezir zu unterhandeln. Die Kaiserin verlangt, daß mein Minister in Warschau alle Weisungen, welche sie ihrem Minister ertheilen wird, unterstützen soll. Aber ich bin nicht gewohnt, meine Minister handeln zu lassen, ohne zu wissen, womit man sie beauftragt, und gewöhnlich theilen sich alliirte Mächte die Dinge mit und verständigen sich, bevor man handelt. Ich hoffe, daß Du diese allgemein angenommene Gewohnheit dem Grafen Panin ins Gedächtniß rufen wirst. Bleibe, lieber Bruder, in jenem Lande, solange es Dir angenehm ist und Du unserer Schwester nützlich sein kannst. Ich bin sehr entschlossen, mich weder in den Frieden noch in die polnischen Dinge zu mischen sondern einfacher Zuschauer der Ereignisse zu bleiben. Die Leute da können unsere Mediation ablehnen oder annehmen; aber sie dürfen uns nicht offen höhnen [1])."

Inzwischen hatte Katharina dem Prinzen Heinrich am 17. Oktober versichert: sie wünsche den Frieden und verlasse sich auf die Vermittelung des Königs in Konstantinopel; zunächst müsse jedoch die Antwort des Großvezirs auf Rumänzows Schreiben erwartet werden und Obreskow frei sein. Als Heinrich Panin darauf aufmerksam

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 330.

machte, daß eine doppelte Unterhandlung durch Rumäntzow und Preußen nur schaden könne, erwiderte dieser: man wolle durch Rumäntzows Auftrag ermitteln, ob die Pforte überhaupt zu unterhandeln gedenke. Ueber die Friedensbedingungen erfuhr der Prinz von Panin und Saldern (dessen Vertrauten), daß außer Asows Abtretung die Freiheit der Krim, die Handelsfreiheit auf dem schwarzen Meere und Amnestie für die Griechen gefordert werden würden. Die Moldau und Wallachei würden der Pforte zurückgegeben werden. In Polen solle Wolkonski (der Nachfolger Repnins) zunächst auf die besser gesinnten Magnaten einwirken [1]. Dann berichtete der Prinz: „Vor zwei Tagen (24. Oktober) nahm mich die Kaiserin bei Seite und fragte mich, was ich glaubte, daß geschehen werde, wenn der Friede nicht zu Stande komme, ob ich ihr dazu riethe, die Armee den Rubikon — so nannte sie die Donau — passiren zu lassen. Ich sagte: dies würde die Eifersucht der Oestreicher im höchsten Maße erregen; die Franzosen würden sie vorwärts drängen, und es würde ein allgemeines Kriegsfeuer ausbrechen. Du würdest zwar nicht zugeben, daß ihre Unternehmungen gestört würden; aber wir würden es mit den Franzosen zu thun bekommen. Man wird also Frieden machen müssen, sagte sie lachend. Ich wünsche ihn; aber der Sultan ist ein wilder Mann, und die Aufhetzungen der Franzosen werden ihn hindern, vernünftig zu sein. Du würdest ihn vernünftig machen, erwiderte ich, wenn sie Dir ihre Interessen anvertraue. Sie entgegnete: vor dem nächsten Januar werde man nicht klar sehen. Ich drücke stark auf die Aufstellung eines Pacifikationsplans für Polen, der Dir mitgetheilt würde, und auf Grund dessen man auch Oestreich engagiren könnte. Aber sie mißtrauen den Oestreichern und würden sie nur unter Deiner Direktion und unter der Hand zulassen. Orlow, der den Frieden ohne Intervention will, kreuzt Panins Absichten (27. Oktober)." Die folgenden Berichte des Prinzen sagten dem Könige, daß Panin der Vortheile erwähnt habe, welche der Wiener Hof hätte

---

[1]) Bericht des Prinzen vom 18. Oktober. Die Antwort auf diesen ist die in den Oeuvres 26, 331. 332 gedruckte Chiffre des Königs.

haben können, wenn er mit Rußland in den Krieg gegen die Pforte eingetreten wäre; Kaunitz habe sich durch seine Leidenschaft für Frankreich zu diesem Fehler hinreißen lassen. „Ich habe hierauf", meldet der Prinz, „lakonisch geantwortet. Gestern (30. Oktober) war Saldern bei mir und fragte mich, ob Panin nicht von den Vortheilen gesprochen, die Oestreich hätte erlangen können. Ich sagte ja und fügte hinzu, wenn man sich mit politischen Träumereien unterhalten wolle, so könnte man, wenn es unmöglich wäre, den Frieden von den Türken zu erhalten, daran denken, eine Tripleallianz zwischen Preußen, Rußland und Oestreich aufzurichten, durch welche gegenseitige Vortheile für die drei Kronen festgesetzt würden, sobald dann die Türken zum Frieden gezwungen wären. Saldern fragte mich, ob er diese Idee dem Grafen Panin mittheilen dürfe. Ich antwortete: da ich mich Deinem Tadel aussetzen könnte, wolle ich in nichts engagirt sein. Du bist somit durch diese Unterredung in keiner Weise kompromittirt, und falls sich die Türken dieses Jahr nicht zum Frieden herbeilassen wollen, ist es doch möglich, daß ich Dir einen Dienst in der Voraussetzung leiste, daß Du den Wiener Hof bestimmen kannst, in dieselben Interessen einzutreten und für die Deinigen thätig zu werden, wie ich es wünsche. Ich werde sie nun kommen lassen und kein Wort mehr über dies Kapitel sagen (31. Oktober)." Sie kamen noch an demselben Abend, wie der Prinz in der Nachschrift meldet: „Diesen Abend bei Hofe sagte mir Panin, daß es gut sein werde, für den Fall, daß die Türken sich nicht zum Frieden herbeiließen, Maßregeln zu treffen, um einen allgemeinen Brand zu verhüten. Er werde darüber mit mir sprechen, um mir seine Ideen mitzutheilen; es würde sich um eine besondere Konvention handeln. Ich antwortete, daß ich sehr erfreut sein würde, mich mit ihm zu unterhalten. Der beste Rath, den ich geben könne, wäre der, am Frieden zu arbeiten. Spräche er mir von anderen Dingen, so würde ich freimüthig antworten, obwohl ich über diese Gegenstände zu reden nicht autorisirt sei, sondern nur dazu, die Vortheile des Friedens geltend zu machen. Es scheint, daß der Wiener Hof sie beunruhigt, daß sie anfangen zu fürchten, du seist mit diesem bereits fester verbunden,

oder daß man Vergrößerungsideen versteckt und wirklich zu einer Triplealliance zu gelangen hofft, wenn es nicht zum Frieden käme." Die Vermuthung, daß besondere Absichten vorhanden sein müßten, lag nahe, da Panin dem Prinzen, trotz alles Drängens, die Forderungen, die er an die Pforte zu stellen gedenke, erst mittheilen wollte, wenn der Großvezir geantwortet habe. Den Pacifikationsplan für Polen konnte der Prinz endlich am 4. November dem Könige senden; er bemerkt, daß er ihn angenommen, um nicht zu chikaniren; das Einzelne könne im Laufe der Unterhandlung gebessert werden [1]).

Noch von Neustadt aus hatte Friedrich am 5. September seinen Gesandten in Konstantinopel angewiesen, die Freilassung Obreskows zu verlangen. Der Reis Efendi hatte hierauf Zegelin und Thugut, den Vertreter Oestreichs, am 14. Oktober zur Konferenz einladen lassen und ihnen erklärt, daß die Pforte bereit sei, Obreskow loszulassen, sobald sie der ernsthaften Absicht Rußlands sicher wäre, Frieden zu schließen. Auch würde der Pforte ein Waffenstillstand erwünscht sein. Friedrich eilte, seinem Bruder diesen Bericht zu schicken, und erwiderte dem Prinzen auf dessen Schreiben vom 27. October: „Ich hoffe, man wird den Rubikon nicht überschreiten, vielmehr rasch und direkt mit den Türken abschließen. Ueberschritten die Russen den Rubikon, so gäbe es kein Mittel mehr, die Oestreicher zurückzuhalten, und Du kannst darauf zählen, daß daraus unfehlbar ein allgemeiner Krieg hervorgeht. Seit meiner Rückkehr aus Mähren hat Frankreich in Wien Terrain gewonnen, und Durand, den Choiseul dorthin geschickt hat, intriguirt unaufhörlich mit den Konföderirten in Polen [2])." Auf die folgenden Berichte Heinrichs vom 30., 31. Oktober und 4. November antwortete der König: die Pacifikationsbedingungen für Polen seien so, wie man sie nur wünschen könne. Die Kaiserin beschränke sich einfach darauf, ihren König aufrecht zu halten, und überlasse alles Uebrige dem Reichstage, Dissidenten und Konföderirten, sich zu vergleichen, wie sie könnten. Was die Insinuationen Panins

[1]) Der Plan ist abgedruckt bei Beer Erste Theilung Dokumente S. 112. — [2]) Friedrich an Heinrich 9. und 11. November 1770; geh. Staatsarchiv.

und Salderns betreffe, so habe der Prinz aus der ihm zugesendeten Depesche Zegelins gesehen, daß die Türken den Frieden inständig verlangten. Wollten die Russen hierauf in keiner Weise eingehen, so stürzten sie sich muthwillig in einen neuen Krieg, „und ich wäre in diesem Falle nach dem von allen Mächten angenommenen Gebrauch" berechtigt, meine Subsidien zu verweigern." Den Wiener Hof werde nichts von Frankreich trennen, wenn nicht Frankreich selbst, d. h. wenn Choiseul oder ein anderer Minister vollständig gegen Oestreichs Interesse handele, und selbst dann werde man sein Mißvergnügen in Wien noch verbergen. Kaunitz habe ihm deutlich genug gesagt, daß sein Hof das Gleichgewicht im Orient aufrecht halten und nicht dulden werde, daß die Russen die Donau passirten und sich in ihrer Nachbarschaft festsetzten. Darnach müsse man in Petersburg auf jede Hoffnung verzichten, Oestreich an den türkischen Eroberungen, die man dort plane, Theil nehmen zu lassen. „Meine Allianz mit Rußland ruht auf der Garantie des Königs von Polen; in Folge derselben habe ich Subsidien gegeben; will man den Krieg jetzt fortsetzen, so bin ich davon dispensirt, und ich werde auf keine Weise das Wohl und den Vortheil eines Landes, dessen Regierung mir obliegt, den weiten Eroberungsplänen einer anderen Macht opfern. Und welche Konvention wollen sie mit mir machen? Welches Land versprechen sie mir? Um dieses angebliche Land zu acquiriren, soll ich mir alle Streitkräfte Oestreichs, alle Streitkräfte Frankreichs auf den Hals ziehen ohne einen Alliirten, der mich unterstützte! Das stimmt weder mit unseren durch den letzten Krieg erschöpften Kräften noch zur gegenwärtigen Lage Europa's. Also keine Ueberschreitung des Rubikon und keine neue Konvention irgend welcher Art! Suchen wir sie vielmehr baldmöglichst zum Frieden zu bringen, oder wenn sie ihr Glück versuchen wollen, so mögen sie allein Krieg machen, gegen wen sie wollen. Ich habe die Allianz mit Rußland zu meinem Vortheil geschlossen, wie Oestreich die seine mit Frankreich, aber nicht um unter Rußlands Auspicien einen verderblichen Krieg zu führen, der mich weder schwarz noch weiß interessirt." In seinem Verhältniß zu Oestreich sei durch die Zusammenkünfte lange nicht alles Miß-

trauen beseitigt, das aus dem Unterschiede der Interessen und Gesichtspunkte stamme, und werde auch durch hundert Zusammenkünfte nicht beseitigt werden; aber es sei so viel erreicht, daß Oestreich ihn nicht von heut auf morgen angreifen werde, und dies gewähre Zeit zur Ordnung der inneren Angelegenheiten, die derselben noch sehr bedürften (15. und 16. November). Drei Tage darauf setzt der König ungeduldig noch hinzu: er erwarte, endlich zu erfahren, ob die Russen den Krieg fortsetzen oder Frieden machen wollen. „Im ersten Falle wirst Du sie daran erinnern, daß meine Verpflichtungen so weit nicht gehen, daß ich mich nicht auf eine Unternehmung einlassen könne, bei der die ganze Gefahr auf meiner Seite wäre, bei der ich dem Verlust aller meiner Besitzungen am Rhein und meine übrigen, Länder unausbleiblichen und augenscheinlichen Gefahren ausgesetzt sein würden." Gute Alliirte müßten auf ihre gegenseitigen Interessen Rücksicht nehmen; der eine dürfe nicht verlangen, daß sich der andere für jenes Interessen opfere (19. November [1]).

Inzwischen waren in Petersburg die Andeutungen und Insinuationen über Vorkehrungen fortgesetzt worden, welche für den Fall der Fortsetzung des Krieges zu treffen sein würden. „Panin sprach mir von den Maßregeln für den Fall, daß der Friede nicht zu Stande käme", schreibt Prinz Heinrich am 5. und 8. November. „Im Geheimniß wolle er mir anvertrauen, daß eine Tripleallianz zwischen Preußen, Rußland und Oestreich die schönste und glücklichste Idee sei, die man haben könne, da vermittelst der für die Interessen der drei betheiligten Mächte zu treffenden Arrangements die übrigen Mächte Europa's nicht wagen würden, unsere Maßnahmen und Entwürfe zu stören. Er bitte mich jedoch, hiervon noch nicht zu schreiben, weil er, solange er Hoffnung habe, den Frieden zu Stande zu bringen, der Kaiserin nicht davon sprechen wolle, aus Besorgniß, daß andere Ideen ein für die Menschheit so nützliches Werk stören könnten. Wenn diese Hoffnung schwinde, werde er noch ernstlicher darüber nachdenken." „Man glaubt hier nicht an den Frieden", fügt der Prinz

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 337.

am 12. November hinzu; „man nimmt an, daß Frankreich seinen ganzen Einfluß auf den Sultan behauptet habe und Alles aufbieten werde, ihn zu einer neuen Campagne zu bestimmen" „Gestern Abend sagte mir die Kaiserin", so fährt Heinrich am 22. November fort, „daß sie ihr ganzes Vertrauen auf Dich setze. Im Conseil ist, wie man mir mittheilt, der Beschluß gefaßt worden, Dich zum Vertreter (dépositaire) der Interessen Rußlands zu machen [1]). Die Reflexionen auf einen allgemeinen Krieg kommen. Man denkt hier daran, falls die Triplealliance nicht statthätte, welche Vortheile man Dir gewähren könnte, wenn Du allein in den Krieg einträtest. Panin meint, aus der Art, wie in Wien die Pacifikationsbedingungen für Polen und die Friedensbedingungen für die Pforte (die er mir am Ende dieser oder Anfang nächster Woche mittheilen will) aufgenommen werden würden, werde man Oestreichs Absichten erkennen. Mache man dort Schwierigkeiten, so wäre es Zeit, Arrangements für einen allgemeinen Krieg zu treffen. Ich habe hierauf nicht weiter eingehen wollen, weil ich Deine Antwort über die Frage der Triplealliance noch nicht habe. Ich sehe, daß ihnen diese sehr erwünscht wäre, falls sie möglich ist. Solms, mit dem ich nie hierüber gesprochen, kam, mir zu sagen, ich dürfe darauf rechnen, daß, falls Mittel zu finden wären, eine Allianz zwischen Preußen, Rußland und Oestreich zu Stande zu bringen, diese hier allen Vortheilen vorgezogen werden würde, die man erlangen könnte. Ich erwiderte, daß ich hierauf nichts antworten könne, da ich keinen Befehl von Dir habe. Falls solche Allianz stattfinden sollte, könnte es nur unter der Bedingung sein, daß die Eroberungen, welche die Oestreicher gegen die Türken machten, Dir zu Gute gerechnet würden, da Du unmöglich wollen könntest, daß das gegenwärtige Machtverhältniß zwischen Dir und Oestreich verändert werde. Schreiben würde ich Dir übrigens hierüber nicht, der hiesige Hof müsse es denn ausdrücklich wünschen und mich zu diesem Schritt ermächtigen. Siehst Du überhaupt eine Möglichkeit zu dieser Allianz, so wäre

[1]) Heinrich an den König am 5., 8., 12., 22. November 1770; geh. Staatsarchiv.

mein Rath, sich vorgängig mit Oestreich zu verständigen. Gelänge dies, so möchte ich die Zustimmung des hiesigen Hofes fast garantiren. Andernfalls würde auch hier leicht zum Ziele zu kommen sein, wenn es sich um Erwerbungen in Deutschland handelte; wenn Dein Antheil jedoch in Polen genommen werden sollte, so habe ich Grund, zu vermuthen, daß man hier sehr difficil sein würde. Oestreich kann gegen die Pforte alles erlangen, was es verloren hat, und mehr, ja alles, was es wollte, selbst bis zu den Thoren Konstantinopels (27. November)."

Der König erwiderte auf die Berichte des Prinzen vom 5., 8. und 12. November: was Panin vom Wiener Hofe gesagt, sei absolut unausführbar. Derselbe sei Frankreich blind attachirt. „Da dies so ist, wird man Kaunitz niemals (au grand jamais) bestimmen, mit den Alliirten Frankreichs, den Türken, zu brechen, um den Kuchen mit den Russen zu theilen. Man muß gar nicht daran denken, vielmehr daran, daß Katharina den Krieg nicht fortführen kann, ohne über den Rubikon zu gehen, und daß sie damit eine Feuersbrunst entzündet, deren Ende Gott allein kennt. Darum den Frieden, den Frieden so schnell wie möglich. Indem Katharina den Türken erträgliche und nicht zu demüthigende Bedingungen stellt, wird sie zu demselben gelangen, da Frankreichs Bemühungen durch die verzweifelte Lage der Pforte ihre Kraft verlieren. So hoffe ich auf den Frieden im Winter und Ruhe in Europa, solange es Choiseul erlauben wird (30. November [1])." Auf Heinrichs Berichte vom 22. und 27. November bemerkt der König: „Wenn ich versprechen wollte, Oestreich von Frankreich loszumachen, würde ich mich selbst und die Kaiserin von Rußland täuschen. Daß man in Petersburg stets vom allgemeinen Kriege spricht, läßt mich annehmen, daß man, stolz auf seine Erfolge, das Glück möglichst weit verfolgen will. Die Türken können nicht mehr thun, als den Frieden anbieten. Gehen die Russen darauf nicht ein, so sind sie es, die den Frieden verwerfen. Kommt es zum allgemeinen Kriege, so muß ich die ganze Last tragen. Beim

---

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 340.

Frieden befände ich mich günstigsten Falls im Besitze meiner gegenwärtigen Länder; aber die Provinzen und die Armee wären ruinirt und das Geld des Staates im Dienste Rußlands ausgegeben, was mir dann ein schönes Kompliment und einen Zobelpelz eintragen würde. Das ist es, was ich voraussehe, und darum bin ich so lau, mich in stürmischer Zeit einzuschiffen (13. Dezember)." „Wollte man aufrichtig Frieden in Petersburg", fügt der König einige Tage später hinzu, „so würde man sich mehr beeilen, den Grund dazu zu legen. Man wird das Frühjahr kommen lassen und kann sich dann nicht dispensiren, noch eine Campagne zu machen. Ich fürchte, man wird mich melken, wie eine Milchkuh, und Dir den Schnabel so lange wie möglich ins Wasser halten (16. Dezember[1])."

Die Weisung des Königs vom 15. November, daß er Frieden und nichts als Frieden wolle, daß Oestreich sich niemals von Frankreich trennen werde, daß kein Aequivalent die Gefahren aufwiege, die ihm bevorständen, wenn er sich Rußland auf dessen Wegen gegen die Pforte anschließe, hatte der Prinz am 30. November erhalten. Er erwiderte sogleich, daß er sich hiernach richten werde, sobald man auf die Maßregeln zurückkomme, die im Falle der Fortdauer des Krieges zu nehmen sein würden. Man werde es nur durch Solms thun, den man mit diesem Projekt vollgestopft habe, und dem er antworte, was die, die ihn schicken, wissen sollen. Die Antwort des Sultans auf Rumäntzows Anfragen sei eingetroffen. Er (der Sultan) habe bereits Oestreich und Preußen zu erkennen gegeben, daß er den Frieden wünsche, und erwarte er die ersten Eröffnungen von diesen Mächten. Damit sei die direkte Verhandlung zwischen Petersburg und Konstantinopel abgeschnitten.

Es gab nun keinen Vorwand und keine Ausflucht mehr, die Bedingungen zurückzuhalten. Der Prinz machte noch einmal alle Gründe gegen die Fortsetzung des Krieges Panin gegenüber geltend und faßte die Motive für den Frieden in eine Denkschrift zusammen. Der englische Gesandte berichtet, der Prinz dringe auf Frieden und hebe

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. Oeuvres de Frédéric 26, 342. 343.

hervor, daß es andernfalls das klare Interesse Oestreichs sei, die Partei der Pforte zu ergreifen, um deren Fall zu hindern [1]). Trotz der Denkschrift des Prinzen und trotz einer scharfen Note von Solms: daß eine längere Zurückhaltung das Verhältniß zwischen beiden Höfen erkälten könne [2]), entschloß sich die Kaiserin erst am 20. Dezember, dem Könige ihre Bedingungen mit einem eigenhändigen Schreiben zugehen zu lassen. Im größten Vertrauen theile sie dem Könige ihren Plan und ihre geheimsten Gedanken über den Friedensschluß mit der Pforte mit. Die nach den ersten Eröffnungen eingetretenen Ereignisse (d. h. ihre weiteren Waffenerfolge) — Rumäntzow stand an der Donau, und General Panin, des Kanzlers Bruder, hatte Bender genommen — hätten ihr noch größere Sicherheit gegeben, ihren Völkern einen gerechten, ehrenvollen und sicheren Frieden zu verschaffen. Das Interesse jeder unparteiischen christlichen Macht stimme vollkommen mit dem Zwecke, den sie verfolge, Anlaß zu künftigen Kriegen aus dem Wege zu räumen, überein. Indem sie den König zum Vertrauten aller ihrer Intentionen mache, sei sie überzeugt, daß er von diesen den besten Gebrauch machen werde. Die Freilassung Obreskows bleibe die Vorbedingung. In Konstantinopel könne sie die Unterhandlung nicht stattfinden lassen; aber an jeden Ort der Moldau oder Polens werde sie ihre Bevollmächtigten senden. Daß der Entwurf des Friedens, wie sie ihn dem Freunde mittheile, dem Feinde nicht mitgetheilt werden könne, werde der König selbst finden. Es würde zu früh sein und müsse dann in anderer Form geschehen. Auch dem Wiener Hofe gegenüber halte sie es bei dessen Verbindungen mit Frankreich nicht gerathen, sich näher zu eröffnen. Sie wolle in dieser Sache nur mit dem Könige zu thun haben und bitte ihn, Oestreich gegenüber so zu verfahren, wie er in seiner eigenen Sache verfahren würde. Doch könne Oestreich auf keinen Fall Abschrift des Plans mitgetheilt werden, „bevor wir

---

[1]) Raumer a. a. O. 2, 297. — [2]) Gedruckt bei v. Smitt a. a. O., der ihr selbstverständlich die verkehrteste Auslegung giebt. Vertrauliche Gespräche waren hinreichend geführt worden; es handelte sich vielmehr um einen amt-

nicht versichert sind, daß es zu besseren Grundsätzen über die Angelegenheiten Rußlands und von jener mit seinem klarsten Interesse so unvereinbaren Parteilichkeit zurückgekommen ist. Andererseits gestehe ich, daß ich nicht durch zu große Zurückhaltung und Zeichen von Entfremdung dem Vortheile schaden möchte, den eine größere Intimität mit Oestreich unserer eigenen Verbindung zubringen könnte. Wenn in Folge solcher Intimität es möglich wäre, Oestreich aus dem thörichten System, in dem es sich befindet, zu lösen und es auf unsere Auffassungen eingehen zu lassen, so würde sich Deutschland seinem natürlichen Zustande zurückgegeben sehen und Oestreich wäre durch andere Aussichten von den Absichten auf Eurer Majestät Besitzungen abgelenkt, welche seine gegenwärtigen Verbindungen unterhalten." Das dem Schreiben der Kaiserin angeschlossene Memoire verlangte für Rußland Asow, die beiden Kabardeien, die Unabhängigkeit der Tartaren der Krim, des Dnjestr, Bug und Dnjepr, den Besitz der Moldau und Wallachei als Entschädigung für die Kriegskosten auf 25 Jahre oder deren Verwandlung in unabhängige Staaten, endlich freien Handel und freie Schifffahrt auf dem schwarzen Meere und die Abtretung einer Insel im Archipel.

Prinz Heinrich, dem Brief und Denkschrift vor der Absendung mitgetheilt worden waren, begleitete sie mit folgenden Bemerkungen. Die Bedingungen seien im Conseil festgestellt worden. Er habe nicht zu stark widersprochen, um Aufklärung zu gewinnen, durch welche Mittel man Oestreich für Rußlands Interesse zu engagiren gedenke. „Als ich sagte, daß Oestreich die Abtretung der Moldau und Wallachei seinem Interesse präjudicirlich halten werde, erwiderte Panin: dann werde man diese Länder unabhängig machen. Ich fragte, wem sie in diesem Falle gehören würden; er antwortete: das sei der Kaiserin gleich, wenn nur die Türken sie nicht besäßen. Aber wenn Oestreich sie verlangte, fragte ich. Warum nicht, war die Antwort, wenn Oestreich gerade geht und mit uns und Euch Freund sein will. Die Absicht ist vornehmlich gegen die Pforte gerichtet. Durch ihre Erniedrigung hofft man Oestreich an sich zu ziehen, und Oestreichs

Eingehen auf diesen Standpunkt wird besonders darum erstrebt, um bei der ersten Gelegenheit über die Länder der Pforte disponiren zu können." Zeige Oestreich einige Bereitwilligkeit in dieser Richtung, so werde die Kaiserin dessen gute Dienste zur Herbeiführung des Friedens in Anspruch nehmen. Sein Rath sei, der König möge den Widerstand gegen die Bedingungen Rußlands von der Pforte und von Wien her kommen lassen. Dadurch behalte er die Unterhandlung in der Hand und werde sie zu dem Ziele führen können, das er für das richtige halte.

Das Schreiben der Kaiserin warf die Hoffnung des Königs auf den Frieden zu Boden. Er schloß aus demselben, daß Rußland den Krieg mit Oestreich wolle, daß es mindestens ebenso sehr auf Polen wie auf die Pforte abgesehen sei. Durch einen von Preußen zu unterstützenden Krieg gegen Oestreich sollte diese Macht zurückgeworfen werden, Rußland freie Verfügung über Polen gewinnen. Konnte Friedrich dann, mit Oestreich von neuem verfeindet, die Einverleibung Polens in Rußland hindern? Er war empört; der Rath seines Bruders fand keinen Boden. Unmittelbar nach Empfang der Sendung schrieb er dem Prinzen am 2. Januar 1771: „Mir sind Hörner gewachsen, als ich die Friedensbedingungen erhielt, welche die Russen vorschlagen. Weder den Türken noch den Oestreichern kann ich sie mittheilen; denn sie sind nicht acceptabel. Du kannst dieses Schriftstück als Kriegserklärung betrachten. Man verhöhnt uns, indem man uns ein solches Trugbild giebt. Ich werde ihnen einige Bemerkungen machen, und wenn sie sich nicht wenden, ziehe ich mich aus dem Spiele. Du kannst darauf rechnen, daß ihnen die Oestreicher den Krieg machen. Dies ist zu stark. Man kann Gefälligkeiten für seine Alliirten haben; aber es giebt Grenzen für Alles." „Was daraus komme", fährt der König in Beziehung auf Heinrichs Rath fort, „ich kann in diesem Augenblick nichts verbergen. Man muß bestimmt sprechen. Wenn man nicht wesentlich ändert und modificirt, verzichte ich auf jede Mediation und überlasse diese Herren ihrem eigenen Geschick. Dir bleibt nichts übrig, als einen ehrenvollen Rückzug zu

machen [1])." Am folgenden Tage fügt er hinzu: „Ich kann das Projekt nicht nach Wien schicken: 1) weil die Oestreicher die französische Allianz nicht aufgeben, 2) weil sie den Krieg der russischen Nachbarschaft vorziehen, 3) weil die Türken, statt solche Bedingungen anzunehmen, vorziehen werden, durch Abtretung Belgrads Oestreichs Hülfe zu erkaufen; 4) weil die Oestreicher nicht an der Vergrößerung Rußlands arbeiten sondern diese verhindern wollen. Die Sache wird sehr ernsthaft. Wenn die Artikel über die Moldau und Walachei, die Krim und die Insel im Archipel nicht so gut wie ganz gelöscht werden, ist der Krieg nicht zu vermeiden. Ich werde ihn den Oestreichern nicht machen, um den Russen alle diese Erwerbungen zu schaffen. Ich halte mich an meine Allianz, die sich auf Polen bezieht. Ich gehe keinen Schritt weiter. Sie werden dies übel nehmen; aber ich kann und darf einer feigen Nachgiebigkeit die Interessen meines Staates nicht opfern [2])." Am 4. Januar sagte er Finkenstein: man beabsichtige wohl in Petersburg, den Wiener Hof durch einige Konzessionen an der Grenze Ungarns zu gewinnen; Panin scheine keine richtigen Vorstellungen von den Interessen und der Politik der Mächte Europa's zu haben; es sei dies ein Mittel, sich sonderbar zu verirren. Der Kaiserin Katharina schrieb er am folgenden Tage: ihre Friedensbedingungen gäben den Oestreichern die Waffen in die Hand. Wolle sie sich mit Asow, den beiden Kabardeien und der freien Schifffahrt auf dem schwarzen Meere begnügen, so werde er die Zustimmung Oestreichs erwirken können; andernfalls werde er seinerseits auf die Mediation verzichten. Eine dem Schreiben beigefügte Denkschrift führte aus, daß die Pforte von neuem erklärt habe, nur durch Vermittelung Oestreichs und Preußens verhandeln zu wollen (der Reis Efendi hatte dies Thugut und Zegelin in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember wiederholt). Der König könne sich die Unmöglichkeit nicht verbergen, die Gesammtheit dieser Vorschläge in Wien annehmbar zu machen, und dürfe der Kaiserin die unüberwindlichen Hindernisse nicht verhehlen, denen sie

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 344. 345. — [2]) Geh. Staatsarchiv.

bei der Pforte begegnen würden. Trotz der schlechten Lage, in der diese sich gegenwärtig befände, werde sie weder die Moldau und Wallachei noch eine Insel abtreten, noch in die Unabhängigkeit der Krim willigen und, wenn man sie auf's Aeußerste triebe, sich Oestreich in die Arme werfen und diesem Belgrad abtreten. Oestreich sei sehr zufrieden, einen schwachen Nachbar zu haben, und wünsche hierin keine Veränderung. Selbst die Unabhängigkeit der Moldau und Walachei sei nicht nach seinem Geschmack, und es werde eher Krieg führen, als eine Veränderung der Herrschaft über diese Länder zugeben. Auch die Abtretung einer Insel des Archipels würde Oestreichs Eifersucht wie die der Staaten Italiens erwecken. Jeder Versuch, Oestreich über diese Artikel zu anderen Ansichten zu bringen, werde scheitern und deren Mittheilung in Wien nur Frankreich Mittel gewähren, Oestreich zum Kriege für die Pforte zu bestimmen. Bestehe Rußland auf diesen Bedingungen ohne Veränderung, so könne die Unterhandlung nur zur Verlängerung des Krieges führen und einen neuen hervorrufen, dessen Folgen noch beunruhigender für Europa sein würden[1]).

In einem nachträglichen Berichte vom 25. Dezember hatte Prinz Heinrich dem Könige gemeldet, daß er der Kaiserin auf ihre vertrauliche Frage, ob der König ihre Bedingungen billigen und ihrem Vertrauen zu entsprechen geneigt sein werde, nur geantwortet habe: der König werde für ihre Interessen sorgen. Er habe dies gethan, um dem Könige das Recht zu geben, zu fordern, daß die Kaiserin auch ihrerseits für seine Interessen sorge. Gegen die Bedingungen der Kaiserin schon jetzt zu sprechen, habe er unterlassen, um nicht den Glauben zu erwecken, als ob Preußen auf ihre Vortheile eifersüchtig wäre. Dazu werde Zeit sein, wenn Wien und die Pforte sich über die Vorschläge Rußlands geäußert hätten. Der König erwiderte: „Uebernähme ich die Negotiation auf Grund dieser Vorschläge, so wäre der Krieg zwischen Oestreich und Rußland im Frühjahr deklarirt. Siehst Du nicht, daß sie sich jetzt den Rücken freimachen wollen,

---

[1]) Die Denkschrift bei Görtz S. 129.

um bei der ersten Gelegenheit nach ihrem Gefallen über Polen zu verfügen? Ich würde den unverzeihlichen Fehler machen, mir selbst meine Ketten zu schmieden, und nur die Wohlthat des Polyphem genießen, zuletzt verspeist zu werden. Sie wollen den Krieg; sonst hätten sie nicht die Wallachei, die Freiheit der Tataren, die Insel gefordert. Ich werde nicht sklavisch für ihre Vergrößerung arbeiten, ohne daß irgend etwas zu meinen Gunsten stipulirt ist. Ich halte mich an das, was ich der Kaiserin geschrieben, und ziehe mich vom Spiel zurück, wenn es keinen Eindruck macht. Du wirst wohl thun, an Deinen Rückzug zu denken (11. Januar 1771 [1])."

Katharina wollte nicht verzichten, aber auch den Bruch mit Oestreich vermeiden. Vielleicht wich Kaunitz, wenn die Donaulande nur nicht einfach Rußland einverleibt wurden. Prinz Heinrich berichtete, die Kaiserin habe über das Schreiben des Königs geäußert, daß sie nicht erwartet, daß der König die Sache der Türken plaidiren würde; sie habe sich wie Orlow verwundert, daß der König von der Sicherheit für die Griechen gar nicht gesprochen. Den Besitz der Moldau und Wallachei für Rußland werde man in der Verhandlung fallen lassen — so sage ihm nicht nur Panin, sondern auch Orlow; auch auf die Insel im Archipel werde verzichtet werden. Man werde sich nun an Oestreich wenden, um dessen Mediation zu erlangen. „Willst Du Dir die Allianz mit Rußland erhalten", damit schloß der Prinz, „so überlasse zunächst den Andern den Widerstand (Berichte vom 23., 25., 29. Januar)." Katharina selbst schrieb dem Könige am 30. Januar: Obreskow sei noch immer nicht frei, und die Türken beständen darauf, in Konstantinopel zu unterhandeln. Dort werde sie niemals unterhandeln und niemals, bevor Obreskow frei sei. Asow und die beiden Kabardeien hätten Rußland schon früher gehört und seien zum Grenzschutz unentbehrlich. Auf das Sequester der Moldau und Wallachei verzichte sie vollständig und wolle nichts dagegen einwenden, daß diese Länder unabhängig würden. Der Wiener Hof befinde sich in offenem Widerspruch mit seinen klarsten Interessen, wenn er dadurch seine

---

[1]) Geh. Staatsarchiv.

Eifersucht in so hohem Maße erregen ließe. Wenn er einen so schwachen Nachbar wünsche wie die Pforte, so könne ihm eine kleine Souverainetät noch weniger Schrecken einflößen. Träten die Türken den Oestreichern Belgrad ab, so machten sie kein gutes Geschäft; denn die Moldau und Wallachei seien verloren und würden von ihnen nur durch Waffenglück wieder erobert werden können. Das Gleichgewicht im Orient, auf welches man in Wien freilich Nachdruck lege, werde doch nicht geändert, ob der Dnjestr oder die Donau die türkische Grenze bilde. Dies sei entweder eine frivole Besorgniß oder der Entschluß Oestreichs stehe schon fest, und dann würde auch durch Nachgiebigkeit nichts erreicht werden. Die Freiheit der Krim vom Despotismus der Türken sei eine Forderung der Humanität. Die Stärke der Pforte werde dadurch nicht vermindert, und die Krim berühre die Grenzen Oestreichs nicht. Würden Moldau und Wallachei unabhängig, so sei die Insel des Archipels ihre einzige Entschädigung, und die freie Schiffahrt auf dem schwarzen Meere werde die friedlichen Beziehungen zwischen ihrem Reiche und der Pforte stärken. Die Kaiserin ersuchte dann den König, diese Auseinandersetzung zu benutzen, um eine vorläufige Idee ihrer Bedingungen zu geben, die in Wien und Konstantinopel erst vollständig bekannt werden dürften, wenn die Unterhandlung im Zuge sei. In Wien habe sie eine erste Eröffnung gemacht, welche sie beifüge, nur um durch ihr Schweigen die Präventionen dieses Hofes gegen sie nicht noch zu vermehren, der übrigens sein eigenes Schweigen durch die Abwesenheit seines Gesandten von Petersburg decke. „Ich bekomme keinen guten Frieden, wenn ich mich nicht hart mache gegen den Hochmuth der Türken und die Parteilichkeit, welche sie unterstützt." Das angeschlossene Schreiben Panins an Galitzin führte aus, daß die Kaiserin den König von Preußen gebeten habe, dem Wiener Hofe mitzutheilen, daß sie die guten Dienste Oestreichs, verbunden mit denen Preußens, im Laufe der Verhandlung über den Frieden gern annehmen werde: „da, wenn der Wiener Hof einerseits Gewicht lege auf die engen Verbindungen, welche zwischen ihm und der Macht beständen, welche die Kaiserin als entschieden geneigt, ihrem Interesse zu schaden, kennen müsse, sie

doch andererseits nicht weniger überzeugt sei, daß die besonderen Interessen eines Alliirten nicht dem eigenen und wesentlichen Interesse der Staaten des Hauses Oestreich gleichgestellt werden könnten. Das dauernde Interesse dieser Staaten könne durch zufällige Umstände nicht aufgewogen werden. Die Kaiserin werde von der Pforte nichts fordern, was nicht gerecht und dem Interesse der Staaten des Hauses Oestreich wie dem eigenen Interesse ihres Reiches konform wäre."

Zu dieser nachgiebigeren Haltung hatte ein Zwischenfall beigetragen. Aus Warschau hatte Benoit dem Könige mehrfach gemeldet, der dortige Vertreter Katharina's, Wolkonski (er war im Juni 1769 an Repnins Stelle getreten), habe sich überzeugt, daß Rußland mit den Konföderirten nicht fertig werden könne; Oestreich und Preußen müßten zu Hülfe kommen und sich für ihre Mühe bezahlt machen; nicht nur ihm (Benoit) habe Wolkonski diese Eröffnung gemacht, er habe in gleichem Sinne nach Petersburg berichtet. Am 7. März 1770 hatte Benoit weiter angezeigt: Wolkonski sei der Meinung, die russischen Truppen aus Polen zurückzuziehen, den Polen ihre Angelegenheit zu überlassen, und wenn sie dann den Frieden von Oliva brächen, d. h. die freie Religionsübung der Dissidenten antasteten, sollten Rußland und Preußen ihnen die nächsten Provinzen wegnehmen und Oestreich das Gleiche thun lassen. Der König hatte geantwortet, die Gründe, auf welche Wolkonski seinen Plan stütze, schienen ihm nicht solid genug, um darauf einzugehen (15. März 1770). Als Benoit darnach im Beginn des Herbstes berichtete, die Oestreicher hätten drei bis vier Starosteien Polens an der ungarischen Grenze besetzt (22. September 1770), legte der König auch hierauf kein Gewicht. Im Oktober ließ Friedrich jenen Cordon gegen die Pest, die bereits 16,000 Menschen in Polen weggerafft haben sollte, ziehen. Benoit rieth, in diesen Cordon das ganze polnische Preußen einzuschließen; aber der König lehnte auch diesen Vorschlag ab (21. Oktober), wie er alle Aufforderungen Panins, in Polen einrücken zu lassen oder Polnisch-Preußen zu besetzen, abgewiesen hatte. Nunmehr, im Januar 1771, berichtete Benoit, die Oestreicher hätten

auch noch die Starostei Sandek okkupirt; Wolkonski rathe dringend, dies Beispiel nachzuahmen (12. Januar[1]). Der König erwiderte, er glaube nicht, daß die Oestreicher diese Gebiete behalten wollten (23. Januar).

Der König irrte. Jene Bezirke waren noch im September, gleich nach der Zusammenkunft in Neustadt, wo nichts davon angedeutet worden war, besetzt und darnach den Erblanden durch kaiserliches Dekret vom 9. Dezember 1770 inkorporirt worden. Es waren ansehnliche Gebiete. Die 13 Städte der Zips hatten allerdings ehemals zu Ungarn gehört; sie waren 1412 an Polen verpfändet worden. Darnach aber hatte Polen im Jahre 1589 auf die Wiedereinlösung verzichtet. Außer der Zips hatte Oestreich die Starosteien Novitak, Czotin, Sandek sammt den Salzwerken annektirt. Oestreich wollte einen starken Eindruck auf Rußland hervorbringen. Als man in Wien im November 1770 die Kunde erhielt, daß Rußland zögere, die Mediation Oestreichs und Preußens anzunehmen, wurde beschlossen, die Truppen aus Flandern und aus Italien heranzuziehen[2]). Im Januar 1771 wurde festgestellt, die Versammlung eines Corps von 50,000 Mann im Banat vorzubereiten und eine Anleihe von vier Millionen Gulden zu machen, um handeln zu können, wenn die Russen die Donau überschritten oder mit der Flotte Konstantinopel bedrohten, ohne Böhmen und Mähren zu entblößen[3]). Die Unterhandlung mit der Pforte über eine Defensivallianz zu eröffnen, und wenn irgend möglich, von Seiten Preußens das Versprechen der Neutralität für den Fall zu erlangen, daß Oestreich sich genöthigt sähe, das Schwert gegen Rußland zu ziehen, wurden Ende Januar die Gesandten in Konstantinopel und Berlin den nunmehr gefaßten Entschlüssen gemäß instruirt (27. Januar[4]). Demgemäß erklärte van Swieten, der Nachfolger Nugents in Berlin, dem Minister Finkenstein am 3. Febr.

---

[1]) Berichte Benoits vom März 1770 bis 12. Januar 1771. — [2]) Beer Erste Theilung 2, 4. Maria Theresia an Joseph 25. Januar 1772 bei Arneth a. a. O. 1, 362. — [3]) Joseph an Leopold 18. Dezember 1770 a. a. O. 1, 316 ff. — [4]) Joseph an Leopold 10. Januar, an die Kaiserin 19. Januar, an Leopold 24. und 31. Januar 1771 a. a. O. 1, 321 ff.

1771, daß das Wiener Kabinet mit dem ihm vom Könige zugesendeten Pacifikationsplan für Polen einverstanden sei und die Mittheilung der Bedingungen Rußlands für den Frieden mit der Pforte erwarte. Inzwischen habe dasselbe, um für jeden Fall vorbereitet zu sein, für den bevorstehenden Sommer die Zusammenziehung eines Corps von 50= bis 60,000 Mann in Ungarn angeordnet. Die Kaiserin=Königin sei zu jeder Entschließung bereit, wie gewaltsam dieselbe sein möge, die der König von Preußen vorschlüge und in Gemeinschaft mit ihr ausführe. Andernfalls liege ihm die Anfrage ob, ob sich der König durch einen eigenhändigen Brief an Kaiser Joseph verpflichten wolle, Oestreich in keiner Weise zu hindern oder ihm entgegenzutreten, wenn es mit Rußland breche; dies Schreiben werde strengstes Geheimniß bleiben. Zwei Tage darauf sprach er Finkenstein den dringenden Wunsch Oestreichs aus, mit Preußen vereinigt Rußland entgegenzutreten (5. Februar). Der Krieg schien unvermeidlich. Es handelte sich nur noch darum, auf welche Seite Preußen sich stellen würde.

In Petersburg hatte man am Schlusse des Jahres, wie wir sahen, die Hoffnung festgehalten, Oestreich werde sich entschließen, mit Rußland gegen die Pforte zu gehen und die türkische Beute mit ihm zu theilen. Als Katharina, die eine Reise nach Moskau gemacht hatte, am 6. Januar 1771 wieder in Petersburg eingetroffen war, fand sie die Nachricht von der Inkorporirung jener polnischen Gebiete durch Oestreich vor; Prinz Heinrich, der sie auf ihren Wunsch dorthin begleitet hatte, die starken Weisungen des Königs vom 13. und 16. Dezember, in denen dieser nachdrücklichst wiederholte, was er seinem Bruder bereits am 30. November gesagt, daß die Hoffnungen des russischen Kabinets auf Oestreichs Anschluß gegen die Pforte nichtig und eitel seien, er aber nicht gemeint sei, den Krieg gegen Oestreich und Frankreich für ein Kompliment und einen Zobelpelz zu übernehmen. Der Akt, den Oestreich auf seine Hand in Polen vorgenommen, trug den Stempel entschiedener Feindseligkeit gegen Rußland. Man mußte versuchen, Preußen bei der Allianz mit Rußland festzuhalten. Aber was hatte man zu bieten? Prinz Heinrich berichtet am 8. Januar:

wenn der Wiener Hof nicht so fest an Frankreich hielte, wäre er im Stande, für sich vortheilhafte Arrangements zu treffen. General Bibikow, der ihn nach Moskau begleitet — ein Freund Panins und in der Gunst der Kaiserin — habe ihn von den Vortheilen unterhalten, die das Wiener Kabinet beim Frieden erlangen könnte, und hinzugefügt, daß es dann gerecht sein würde, daß auch Preußen seinen Vortheil habe. In Wien sei man wohl von der hiesigen Denkweise nicht gut unterrichtet. Man würde hier Allem zustimmen, wenn nur die Pforte beraubt würde, und wäre mit dem kleineren Theile der Beute zufrieden. Die Nachschrift lautet: „Nachdem ich dies geschrieben, war ich Abends bei der Kaiserin. Sie sagte mir in der Unterhaltung, daß sich die Oestreicher zweier Starosteien in Polen bemächtigt und das kaiserliche Wappen an deren Grenzen aufgesteckt hätten. Sie fügte hinzu: Aber warum sollte nicht Jedermann ebenfalls nehmen? Ich erwiderte: Du habest, obwohl Du einen Cordon gezogen, doch keine Starosteien okkupirt. Aber, sagte die Kaiserin lachend, warum nicht ebenfalls solche okkupiren? Einen Augenblick darauf näherte sich Graf Czernitschew, sprach mir über denselben Gegenstand und fügte hinzu: Weshalb wollte man sich nicht des Bisthums Ermeland bemächtigen? Denn Alles zu Allem muß doch Jedermann etwas haben. Obwohl dies nur in Scherz gesagt war, ist es doch sehr gewiß, daß es nicht für nichts war, und ich bin überzeugt, daß es sehr möglich sein wird, daß Du von dieser Gelegenheit Vortheil ziehst. Morgen wird Panin zu mir kommen[1]." Zugleich berichtete Solms an demselben Tage, daß die Besitzergreifung von Sandek großes Aufsehen in Petersburg mache. Man sage, daß Preußen nun für seine Subsidien Ermeland nehmen müsse, Rußland als Entschädigung für seine Kriegskosten das polnische Liefland und Litthauen bis zur Dwina und zum Dnjepr. Solms fügte hinzu: die Umstände

[1]) Der Abdruck der Nachschrift in den Oeuvres (26, 345) weicht vom Original darin ab, daß es in diesem heißt: il est très certain que ce n'était pour rien, während der Druck hat: il est certain que cela n'était pour rien, und sodann: et je suis convaincu qu'il sera très possible, während der Druck hat: et je ne doute pas.

seien höchst günstig für alle drei Mächte (8. Januar). Ueber die Unterredung, die dem Prinzen mit Panin am 8. Januar Abends in Aussicht gestellt worden war, berichtete jener: Panin habe ihm erklärt, falls Oestreich aufrichtig den Frieden wolle, werde es sich auch für diesen verwenden, wenn ihm die wahren Intentionen des russischen Hofes bekannt sein würden, und daß es dann möglich sein werde, den Wiener Hof allmählig auf einen andern Standpunkt zu bringen. „So sehr man hier zufrieden wäre, eine Harmonie zwischen den drei Höfen herzustellen, so wird man den Wiener Hof doch nicht allein, sondern nur durch Deine Vermittlung zu gewinnen suchen. Es ist hier Grundsatz, mit Dir eng verbunden zu sein." Mit der Besitzergreifung der Oestreicher in Polen sei Panin nicht so zufrieden. Er habe auch nicht von Ermeland gesprochen. Es sei das eine Folge des Zwiespaltes im Conseil. Die, welche für die Vergrößerung seien, wollten, daß Jedermann nehme, damit zugleich auch Rußland nehmen könne, während Panin der Ruhe und dem Frieden geneigt sei. „Uebrigens werde ich die Sache, weiter aufklären und ich bin immer der Meinung, daß Du nichts dabei wagst, Ermeland unter einem plausiblen Vorwand zu okkupiren, wenn es wahr ist, daß die Oestreicher wirklich jene beiden Starosteien in Besitz genommen haben (11. Januar)."

Der König wollte von diesen Dingen nichts wissen. Im Besitz der Berichte des Prinzen und Solms' vom 8. Januar, die am 22. Januar in Berlin ankamen, schrieb er am 23. Januar, wie wir sahen, an Benoit: „daß er nicht glaube, daß die Oestreicher jene Bezirke behaupten wollten," und am folgenden Tage dem Prinzen: „Die Oestreicher werden der Niederwerfung der Pforte niemals zustimmen, niemals. Wenn die Russen von diesem ihrem großen Projekte nicht abstehen, so fürchte ich, daß sie noch dieses Jahr den Krieg mit Oestreich haben. Dies wird mich in große Verlegenheit setzen. Ich werde genöthigt sein, in diesem Lärm neutral zu bleiben, da der Krieg für uns zu vorzeitig ist. Der, welchen wir durchgemacht, war zu zerstörend und zu heftig, als daß wir so bald einen neuen unternehmen könnten, und das, was man uns in Aussicht stellt, Ermeland, ist nicht

werth, daß man sechs Pfennige für dessen Erwerbung ausgiebt. Wenn es zwischen Oestreich und Rußland zum Kriege kommt, wie ich sehr fürchte, so werden sie ganz andere Dinge untereinander zu regeln haben, als jenen Cordon in Polen. Ich werde mich demnach nicht beeilen und abwarten, ob die Ereignisse begünstigen, eine Acquisition zu machen oder ob ich besser bleibe, wie ich bin. Inzwischen giebt uns jeder Augenblick des Friedens neue Kraft, und wenn sich Oestreich und Rußland gegenseitig erschöpfen, so glaube ich, daß die neutrale Macht mehr gewinnen kann, als die kriegführenden Mächte. Wenigstens werde ich meine Neutralität mit Würde aufrecht halten können. Ich erwarte Deine Rückkehr, um von Deiner Einsicht und von dem, was Du dort gesehen hast, profitiren zu können; aber ich glaube, daß Du, wenn ich Dich von gewissen Umständen unterrichtet habe, die man fremden Posten nicht anvertrauen kann (wohl die nähere Kunde des Königs von den in Wien herrschenden Absichten), vielleicht meiner Meinung sein wirst. Ich würde einen unverzeihlichen Fehler zu machen glauben, wenn ich an der Vergrößerung einer Macht arbeitete, die ein furchtbarer Nachbar und bedrohlich für ganz Europa werden kann." Der Bericht Heinrichs vom 11. Januar kam am 30. in Berlin an. Der König antwortete am 31.: er sehe, daß im Conseil zu Petersburg nicht große Uebereinstimmung herrsche; die Ideen Panins bezüglich Oestreichs auszuführen, sei eine offenbare Unmöglichkeit. Der verdeckte Haß gegen Rußland in diesem Lande übersteige jede Vorstellung; er allein sei bemüht, ihn zu ersticken und dessen Ausbruch zu hindern. „Von Ermeland Besitz zu ergreifen, habe ich mich enthalten, weil das Spiel nicht die Kerze werth ist. Diese Portion ist so klein, daß sie nicht das Geschrei aufwöge, das sie erweckte. Aber Polnisch-Preußen würde die Mühe lohnen, selbst wenn Danzig nicht einbegriffen wäre; denn wir hätten die Weichsel und die freie Verbindung mit dem Königreiche, was eine wichtige Sache sein würde. Das würde die Mühe lohnen, wenn es sich um Geld handelte, Geld und reichlich auszugeben. Aber wenn man Bagatellen mit Eifer nimmt, so giebt das einen Charakter von Habsucht

und Unersättlichkeit, den ich mir nicht noch mehr beigelegt zu sehen wünsche, als dies in Europa schon der Fall ist [1])."

Als nun van Swieten jene Eröffnungen machte: Oestreich sei bereit, dem Könige gegen Rußland zu folgen; wolle aber der König nicht mit Oestreich gehen, so möge er sich verpflichten, Oestreich nicht zu hindern, wenn es mit Rußland breche, wies der König Finkenstein an, beide Vorschläge rundweg abzulehnen; er gedenke absolut neutral zu bleiben [2]). Andererseits erneuerte Katharina das Angebot, welches sie dem Prinzen am Abend des 8. Januar hingeworfen, in jenem Schreiben an den König, in welchem sie ihre Bedingungen milderte und vertheidigte, jedoch in unbestimmter Weise, indem sie am Schlusse sagte: „Bleiben wir beide fest, so halten wir alles im Zaume. Ich verlasse mich auf Ihre guten Dienste und werde nichts vernachlässigen, Ihre Interessen zu fördern, wenn die Umstände mich dazu beriefen (S. 224. 225)." Es machte keinen Eindruck auf den König; er erwiderte, nachdem er dies Schreiben am 12. Februar erhalten, obwohl Heinrich ihn ausdrücklich gebeten, nicht zu antworten, bevor er mündlich weitere Aufklärung gegeben, der Kaiserin am 13. Februar: sie möge die Friedensbedingungen nicht leicht nehmen, es sei eine Verhandlung von größtem Gewicht; scheitere sie, so könne ihr dies leicht einen schwereren Krieg als den, den sie gegen die Osmanen führe, zuziehen [3]).

Prinz Heinrich war am 30. Januar von Petersburg abgereist; am 17. Februar traf er in Potsdam ein. Es lag auf der Hand, daß Rußland, nachdem es allein mit den Konföderirten und den Osmanen nicht hatte zu Ende kommen können, noch weniger Aussicht hatte, durchzudringen, wenn sich Oestreich diesen Gegnern gesellte. Die Entscheidung lag bei Preußen. Nur Preußens Unterstützung konnte Rußland davor bewahren, vor Oestreich zurücktreten zu müssen oder im Kriege gegen Oestreich, gegen die Pforte und gegen die Polen zu unterliegen. Aber für Preußen war es unmöglich, den Krieg

---

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 348—350. — [2]) Weisungen an Finkenstein vom 7., 9., 10. Februar. — [3]) Geh. Staatsarchiv.

gegen Oestreich, das sich mit voller Kraft auf Preußen werfen würde, und voraussichtlich auch den Krieg gegen Frankreich ohne Gegengewähr zu übernehmen, an Rußlands Wachsthum und Größe zu arbeiten, ohne zugleich an Preußens Wachsthum zu denken; um so unmöglicher, als, wenn man Rußland zum Siege verholfen, damit dessen Herrschaft in Polen definitiv befestigt war. Rußlands Herrschaft zwischen den Marken und Ostpreußen war ungleich unerträglicher für Preußen und Preußens Zukunft gefährdender, als die des ohnmächtigen und schwachen Polens. Wollte und sollte Rußland in Polen herrschen, so mußte wenigstens Preußen seinen Zusammenhang an der Ostsee haben. Prinz Heinrich war der Meinung, daß Polnisch-Preußen und Ermeland als Preis der Fortdauer und Erneuerung des Bündnisses nicht zu hoch befunden werden würden. Schließlich war Rußland in der Lage, ihn zahlen zu müssen, wenn es nicht auf seine osmanischen Eroberungen verzichten wollte. Der König durfte sich nicht verhehlen, wie er selbst anführt, daß auch die Neutralität große Gefahren haben könne. Es war doch nicht auszuschließen, daß, wenn er vom russischen Bündnisse zurücktrat, Rußland den Krieg gegen Oestreich nicht aufzunehmen wagte. Es ließ dann die Eroberungen im Orient fallen; die dadurch erlangte Versöhnung mit Oestreich gestattete ihm, sich in Polen desto fester zu stellen. Damit gerieth die Verbindung zwischen den Marken und Ostpreußen sicher in Rußlands dann sogar feindselige Hand, und bei der Allianz Oestreichs und Frankreichs war Preußen wieder isolirt, wie im siebenjährigen Kriege. Indem der König für jenen Preis das Bündniß mit Rußland festzuhalten sich entschloß, war es zugleich seine Meinung, den Krieg, den Oestreich im Sinne hatte, wo möglich abzuwenden. Zu diesem Zwecke sollte Rußland bestimmt werden, seine Entschädigung für die Kriegskosten, statt in der Moldau und Wallachei, in Polen zu nehmen, wodurch Oestreich Rußlands Nachbarschaft an der Donau erspart wurde. Zugleich sollte Oestreich ebenfalls in Polen das Gegengewicht für den Machtzuwachs Rußlands und Preußens finden, wo es ja schon begonnen hatte sich auszudehnen und einzurichten. „Du hältst die Wage zwischen Oestreich und Rußland," sagte der Prinz; „Rußland

wird sich schließlich herbeilassen müssen, für die Vortheile, die Du ihm verschaffst, Dir einen Vortheil zuzugestehen. Wenn die Oestreicher dies sehen, werden sie ebenfalls einen Vortheil suchen, und so werden die drei Mächte zu einem gegenseitigen Koncert über ihre wahren Vortheile kommen [1])." Aber gerade dieser Hauptpunkt, das Verhalten Oestreichs, blieb doch höchst zweifelhaft. Man durfte freilich voraussetzen, daß Oestreich es kaum zum Kriege gegen Preußen und Rußland treiben werde, wenn es diese fest vereinigt sehe, zumal wenn ihm zugleich so große Vortheile geboten wurden. Aber wenn Oestreich sich auf Kosten Polens vergrößerte, so trat es in scharfen Gegensatz zu der Stellung, die sein Verbündeter, Frankreich, Polen gegenüber einnahm und nach dem Gesammtsystem seiner Politik einnehmen mußte, und setzte damit diese Allianz aufs Spiel. Sollte es sich dazu entschließen? Der Prinz stimmte dem Könige zu, daß Oestreichs Entschluß schließlich von der Haltung Frankreichs und dessen Bereitwilligkeit, Oestreich Kriegshülfe zu leisten, abhangen werde.

Es war das Projekt Lynar, das des Königs vorschauendes Auge zwei Jahre zuvor erblickt. Er hatte es seitdem, wie wir gesehen, vollständig fallen lassen. Jetzt machte es Rußlands Streben, zugleich in Polen zu herrschen und die Pforte niederzuwerfen, die Kriegsbereitschaft Oestreichs, der bedrängten Pforte beizuspringen, zum Programm der preußischen Politik. Zunächst kam es darauf an, Rußland zum Verzicht auf die Herrschaft über ganz Polen und damit zur Bewilligung des Preises für die Erneuerung der Allianz mit Preußen zu bestimmen. Demgemäß wurde Solms am 20. Februar instruirt: nach den Okkupationen, welche die Oestreicher in Polen vorgenommen, handele es sich nicht mehr um Polens Integrität, sondern um die Erhaltung des Gleichgewichtes unter den Nachbarn Polens. Der König habe, um die Störung desselben zu verhüten, kein anderes Mittel, als ebenfalls eine kleine Provinz von Polen zu besetzen, um sie zurückzugeben, wenn Oestreich abstehe, oder

---

[1]) Heinrich an den König 5. März 1771; geh. Staatsarchiv.

zu behalten, wenn es seine vorgeblichen Rechtstitel geltend machen wolle. Auch er habe alte Rechte geltend zu machen (die Zugehörigkeit Pomerellens zu Pommern). Der König wünsche jedoch hierüber zunächst die Ansicht Katharina's zu kennen. Behaupte Oestreich seine Okkupationen, so könne Rußland auf die Moldau und Wallachei verzichten und die Kriegsentschädigung gleichfalls in Polen nehmen; ihm selbst würde seine Erwerbung in Polen Entschädigung für die Subsidien gewähren, durch welche er Rußland die Kriegskosten erleichtert habe; Polen aber würde für alles, was es an die drei Mächte in dem vorausgesetzten Falle abzutreten haben würde, durch die Moldau und Wallachei entschädigt werden können. In keinem Falle könnten sich die Polen beschweren, da sie den Krieg der Pforte zu ihrer Unterstützung herbeigeführt und es sich gezeigt hätte, daß sie nur durch eine Kooperation der drei Nachbarn oder mittelst einer Schwächung durch Landabtretungen in Ordnung zu halten seien. Die Frage sei schließlich, ob man sich dem Vorgehen Oestreichs widersetzen oder dasselbe nachahmen wolle. Das Letztere sei deshalb vorzuziehen, weil dadurch zugleich die Schwierigkeiten des Friedensschlusses zwischen Rußland und der Pforte beseitigt würden [1]).

Panin konnte sich nicht entschließen, auf ganz Polen zu verzichten; er hoffte immer noch, Oestreich durch Anerbietung türkischer Gebiete gewinnen zu können, und glaubte nicht an dessen Ernst, Rußland entgegenzutreten. Er hütete sich wohl, Solms' Eröffnungen zurückzuweisen, versuchte jedoch, sie dilatorisch zu behandeln. Er ließ durchblicken, daß der Plan des Königs im Conseil wohl durchgehen werde, da ein Theil der Mitglieder demselben günstig sei, betonte jedoch die großen Schwierigkeiten, die dem entgegenständen. Zunächst komme es darauf an, festzustellen, ob Oestreich die okkupirten Starosteien zu behaupten gedenke; der König möge hierüber in Wien Gewißheit zu erlangen suchen und, wenn Oestreich auf deren Besitz beharre, würde man andeuten, daß auch andere Höfe Ansprüche erheben könnten. Die Antwort des Wiener Hofes werde ergeben, welchen Weg man

---

[1]) Weisungen vom 20., 21., 27. Februar und 5. März 1771.

einzuschlagen habe [1]. Friedrich wies Finkenstein an, van Swieten mitzutheilen, der König sei unter der Hand aufgefordert, die wahren Absichten Oestreichs bei Besetzung jener Gebiete zu erkunden. Er möge Swieten sagen: ich sei nicht eifersüchtig, rathe ihnen vielmehr, sich nach Gefallen auszudehnen; es sei mir erwünscht, dem Kaiser dies anbieten zu können, da sein Beispiel von den anderen Nachbarn nachgeahmt werden könnte (27. März). Swieten erklärte, die Meinung seines Hofes hierüber einholen zu müssen [2]. Der König zweifelte, daß man in Wien auf diese Andeutungen eintreten werde. „Oestreich," so schreibt Friedrich seinem Bruder in den ersten Wochen des April 1771, „verlangt die Friedensvorschläge Rußlands zu sehen. Panin zögert, sie vorzulegen. Die Campagne wird eröffnet; die Oestreicher stehen im Mai an der ungarischen Grenze. Die geringste Schwierigkeit kann das Feuer entzünden. Die flandrischen und italienischen Truppen (sie waren Anfangs März in Bewegung gesetzt worden) kommen nach Böhmen und Oestreich. Bei dem letzten schlechten Jahre (1770 hatte Hungersnoth geherrscht) und diesem, das ebenso schlecht werden kann, wäre ich in einer furchtbaren Lage, wenn es zum Bruche käme [3]. Ich hoffe mehr vom Zufall als von der Klugheit der Russen und der Weisheit der Oestreicher. Bis jetzt habe ich Panin nicht aus dem Schlafe der Sicherheit ziehen können; vielleicht erwacht er erst bei dem ersten Kanonenschuß, den die Oestreicher in der Wallachei abfeuern. Alle meine Nachrichten aus Wien verkünden den Krieg; gegen den August wird es sicher zu Feindseligkeiten kommen. Das wirft viel heilsame Entwürfe, die Wunden des Landes zu schließen, über den Haufen, und wenn unser Flamberg jetzt heraus muß, so ist an Ersparungen nicht zu denken." „Das Feuer entzündet sich von allen Seiten; nicht hineingezogen zu werden, erscheint fast unmöglich. Nun sage man mir noch, daß die Politiker die Herren der Ereignisse wären. Es ist eine kritische Zeit; man

[1] Solms' Berichte vom 12., 15. und 19. März 1771. — [2] Immediatbericht Finkensteins vom 28. März 1771. — [3] Joseph schreibt am 14. März 1771: „Mitten in einer Zeit der Pest und der Hungersnoth, am Vorabend eines Krieges erwacht man (hier) nicht und faßt keinen festen Entschluß"; a. a. O. 1, 333.

muß das Ohr am Winde haben und sich auf Alles vorbereiten [1])." Heinrich erwiderte: bevor die Entschädigung gesichert sei, könne der König selbstverständlich in keinem Falle für Rußland eintreten. Solms berichtete: die Kaiserin werde sich nicht eher bestimmt entschließen, bis man klar über Oestreich sähe; Panin glaube, Oestreich werde aus Eifersucht gegen Preußen auf jene Distrikte verzichten, wünsche aber jetzt selbst, daß Oestreich auf den Gedanken der Theilung eingehe; Orlow und Czernitschew seien entschieden dafür [2]).

Panins Voraussetzung war irrig. Oestreich gedachte jene Gebiete in der That zu behaupten. „Gestern," schreibt der König am 28. April an Solms, „hat sich der Baron van Swieten bei mir melden lassen, um mir die Antwort des Wiener Hofes in Betreff der Besitzungen, die er sich in Polen angeeignet hat, mitzutheilen. Diese besteht darin: daß das Land Zips Oestreich seit alter Zeit gehöre und daß die anderen Starosteien von Ungarn abgerissen worden seien. Oestreich habe sein Eigenthum wiedergenommen und würde bei der Pacifikation Polens seine Urkunden vorzeigen und seine Rechte und Ansprüche beweisen [3])." Dies sei klar. Der Wiener Hof gebe das Beispiel. Rußland und Preußen seien dadurch ermächtigt, ebenso zu verfahren. Rußland möge darnach mit Oestreich in Erörterungen über die Bedingungen des Friedens mit der Pforte eintreten und sodann mit dem Könige über die Acquisitionen übereinkommen, die von beiden Seiten in Polen zu machen seien. Der Wiener Hof werde sich dem nicht widersetzen können. Es handle sich nicht um Erwerbungen in Oestreichs Nachbarschaft, und Oestreich habe das Beispiel gegeben. Demnach komme es nur darauf an, sich über die Moldau und Wallachei zu verständigen, deren Abtrennung von der Herrschaft der Pforte Oestreich nach der Ueberzeugung des Königs niemals zugeben werde. Erfolge diese Verständigung, so werde alles Uebrige zur Genugthuung der Kaiserin und ihres Alliirten gelingen. Auch diese Eröffnung und eine weitere Weisung des Königs

---

[1]) Der König an Heinrich 3., 10. und 11. April. — [2]) Berichte vom 9., 12. und 19. April. — [3]) Vgl. Beer Van Swieten 1, 18.

vom 8. Mai: Rußland möge einfach den Verzicht auf die Moldau und Wallachei aussprechen und sich mit ihm über die in Polen in Besitz zu nehmenden Distrikte verständigen, dann sei Alles in Ordnung; ja, selbst eine scharfe Note, die Solms am 16. Mai vorlegte: daß er bei längerer Zögerung in dieser Sache für den Entschluß des Königs nicht einstehen könne, würden die Dinge in Petersburg kaum weiter vorwärts gebracht haben, wenn nicht um diese Zeit die Konföderirten in Polen neue Fortschritte gemacht und Panin sich überzeugt hätte, daß Oestreich, statt sich Rußland, wie er wähnte, zu nähern, vielmehr mit der Pforte sich zu einigen im Begriff stehe.

Dem Rath des Königs gemäß waren die Bedingungen Rußlands für den Frieden mit der Pforte gemildert worden. Die Moldau und Wallachei sollten unabhängige Staaten werden; auch auf die beiden Kabardeien verzichtete Rußland; nur die Unabhängigkeit der Tataren, Asow und die Insel im Archipel wurden festgehalten. Als Panin diese Bedingungen dem Vertreter Oestreichs am 31. Mai vorlegte, konnte dieser auf Grund einer vorgängigen Weisung des Fürsten Kaunitz vom 2. Mai auf der Stelle erwidern, daß auch die Unabhängigkeit der Moldau und Wallachei und die Freiheit der Tataren mit der Sicherheit und den Interessen Oestreichs unvereinbar seien. Diese Erwiderung wirkte. Am 2. Juni konnte Solms dem Könige berichten, daß die Idee angenommen sei, die Kriegsentschädigung in Polen zu nehmen, daß sich Panin für die vertragsmäßige Theilung unter Theilnahme Oestreichs ausgesprochen, daß er sich in diesem Sinne gegen Lobkowitz (den Vertreter Oestreichs in Petersburg) äußern und die Friedensbedingungen demgemäß modificiren werde, endlich daß Panin auf Befehl der Kaiserin mit ihm in Konferenz über die Gebiete getreten sei, die Preußen in Polen beanspruche. Der König ließ hierauf Solms den betreffenden Vertragsentwurf zufertigen und bemerkte zugleich, daß er über den Antheil, den Rußland sich in Polen bestimme, in keine Diskussion eintrete, vielmehr demselben überlasse, diesen nach seinem Interesse und seinem Gutdünken zu regeln; er empfahl wiederholt die Entschädigung Polens durch die Moldau und Wallachei. Zugleich berichtete Benoit

aus Warschau, daß Saldern, der an Wolkonski's Stelle nach Polen geschickt war, die Pacifikation herbeizuführen, weder der Konföderirten Herr werden könne (er hatte nur 16,000 Mann zu seiner Verfügung), noch mit der Bildung einer gemäßigten Partei zu Stande komme. Saldern habe ihm gesagt: die Theilung müsse vereinbart werden und jeder sich in Possession setzen, sonst werde man nicht zu Ende kommen; Saldern habe Panin vorgestellt, daß die Theilung unvermeidlich sei, Panin beharre jedoch auf vorgängiger Pacifikation. Saldern lasse den König bitten, die entgegengesetzte Ansicht in Petersburg zur Geltung zu bringen. Endlich richtete Saldern durch Benoit an den König das Ersuchen, seine Truppen in Polen einrücken zu lassen. Friedrich lehnte ab [1]). Der Bericht des Fürsten Lobkowitz, welcher Kaunitz die ermäßigten Friedensbedingungen Rußlands überbrachte, war am 16. Juni in Wien. Kaunitz erwiderte am 1. Juli: „ein Friede mit der Pforte unter diesen Bedingungen würde für das russische Reich die größte und wichtigste Eroberung sein, die eine europäische Macht in den letzten Jahren gemacht habe, und eine höchst gefährliche Veränderung des Gleichgewichts.“ Zugleich sollte Lobkowitz vernehmen lassen: wenn die russische Armee die Donau überschreite, werde sich Oestreich gezwungen sehen, zur Unterstützung der Pforte am Kriege Theil zu nehmen [2]). An dem Tage des Abgangs dieser Weisung sagte Maria Theresia selbst dem Gesandten Englands in Wien: „Es ist unmöglich, der Pforte die russischen Friedensvorschläge mitzutheilen. Wir können bei der engen Verbindung der Höfe von Petersburg und Berlin die Vergrößerung Rußlands nicht mit Gleichgültigkeit betrachten.“ Sie deutete dann an, daß Rußland und Preußen einen Plan zur Theilung Polens entworfen hätten. „Sie werden leicht einsehen, daß wir dies nicht dulden können. Ich

---

[1]) Benoits Berichte vom 5. Mai, 15. Juni, 6. Juli, 23. Juli und 21. August 1771. Hiernach ist die Anführung bei Ssolowjoff a. a. O. S. 136 zu beurtheilen, wie die bei Smitt a. a. O. 139, die übrigens schon durch das weiter oben im Text Mitgetheilte widerlegt ist, und die Angaben über Salderns Verhalten gegen Benoit bei Raumer a. a. O. 2, 412. 413. 455. — [2]) Beer Erste Theilung 2, 84 ff.

wünsche kein Dorf zu behalten, das mir nicht zukommt. Ich will keine Eingriffe machen, auch nicht dulden, daß solche gemacht werden. Beim Ausbruche dieses unglücklichen Krieges sagte ich Ihnen, ich wolle so lange als möglich neutral bleiben; ich sage Ihnen jetzt mit derselben Offenheit, daß ich daran Theil nehmen muß, wenn er länger dauert als dieser Feldzug. Ich weiß, es ist ein äußerst verderblicher Krieg; wir werden dem Hunger, der Pest, jeder Plage ausgesetzt sein; aber meine künftige Sicherheit, die Erhaltung meiner wesentlichsten Interessen fordern ihn so laut, daß mir keine Wahl bleibt. Ich hoffe, die Dinge werden nicht zu diesem Aeußersten kommen. Ich spreche vom Uebelsten, was geschehen kann [1])."

Diese Haltung Oestreichs mußte, verbunden mit den Berichten, die Saldern aus Warschau über die Unmöglichkeit einreichte, mit den Konföderirten ohne Unterstützung der Nachbarmächte zu Ende zu kommen [2]), in Petersburg mehr und mehr überzeugen, daß Friedrichs Assistenz nicht zu entbehren sei. So schwer es Panin wurde, auf die Herrschaft über ganz Polen zu verzichten, er mußte sich entschließen, den Preis für die Assistenz, den der König forderte, zuzugestehen. Auf Friedrichs Mittheilung, daß Oestreich Rußlands Bedingungen vom 31. Mai stolz abgelehnt habe, erwiderte Prinz Heinrich: nach dieser Antwort und seiner großen Rüstung bleibe Kaunitz nichts übrig, als Krieg zu machen oder aufrichtig am Frieden zu arbeiten. „Diese Antwort muß Rußland drängen, sich mit Dir zu einigen; Deine Unterstützung ist seine einzige Garantie für die Erlangung seiner Kriegsentschädigung. Es muß eilen, mit Dir zu schließen; denn es kann nur mit Dir die Bedingungen des Friedens vorschreiben (11. Juli)." Der Prinz sah richtig. „Nach den Schreiben, welche ich heute aus Rußland über meine Konvention erhalten," sagte ihm der König schon am 21. Juli, „wird mein Antheil aus Pomerellen bis zur Netze, Kulm, Marienburg und Elbing bestehen. Dies ist sehr ansehnlich und vergütet die gezahlten Susidien und andere Ausgaben,

---

[1]) Bei Raumer a. a. O. 2, 392. — [2]) Benoits Berichte vom 6. und 23. Juli 1771.

die mir der Türkenkrieg verursacht hat. Von Wien schreibt man mir, daß Kaunitz fortfährt, üblen Humors zu sein. Da ich nicht glaube, daß er auf Frankreich zählen kann, könnte dies wohl dazu beitragen. Ich erwarte nun in Kurzem Nachricht, wie man in Petersburg die Antwort Oestreichs aufgenommen hat. Allem Anschein nach muß sie die beiden Höfe mehr als jemals entzweien. Dann muß man sehen, welche Maßnahmen man in Petersburg für den Friedensschluß mit den Türken nehmen wird. Dies alles wird uns bis Ende dieses Jahres führen, bis wohin es nichts als eingeleitete Verhandlungen und neue Propositionen geben wird [1]."

In der That steigerte sich die Entzweiung zwischen Oestreich und Rußland. Oestreich schien seinen Worten die That auf dem Fuße folgen lassen zu wollen. Unter dem 5. August wies Kaunitz van Swieten an, dem Könige mitzutheilen, daß Oestreichs Entschluß gefaßt sei, eher das Aeußerste zu wagen, als sich ewiger Gefahr auszusetzen [2]. „Van Swieten hat mir heute so gesprochen", schreibt der König am 14. August seinem Bruder, „daß ich glauben muß, der Krieg werde Anfang nächsten Jahres erklärt werden. Saldern schickt mir einen Offizier mit der Bitte, ich möchte den Pestcordon, der seit acht Tagen aufgehoben ist, bis an die Warthe und Posen vorschieben; ganz Litthauen ist aufgestanden. Ich habe abgelehnt [3]. Panin schreibt unterdeß Memoiren, um zu beweisen, daß seine Bedingungen höchst gemäßigt sind. Er muß sich über die Moldau und Wallachei entscheiden, darin liegt der Knoten. Die Sache verwickelt sich so, daß der Ausgang nicht vorauszusehen ist. Ich fange an, die nöthigen Maßregeln zu treffen, um nicht unvorbereitet zu sein." Von Glatz aus fügte der König am 22. August hinzu: „Swieten sagte mir am 14., daß sein Hof sich mit allen Kräften jeder Zerstückelung der Türkei widersetzen werde, daß der Friede auf den Besitzstand vor dem Kriege geschlossen werden müsse. Ich machte alle Gegenvorstellungen und schloß, daß sie in diesem Falle den Russen den Krieg erklären müßten. Dazu

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 352. 353. — [2]) Beer Erste Theilung 2, 91. — [3]) Saldern an den König 31. Juli; Antwort des Königs vom 11. August 1771; geh. Staatsarchiv.

wären sie, erwiderte er, nicht allein entschlossen, sie ständen auch auf dem Punkte, mit den Osmanen eine Allianz abzuschließen. Dies ist klar. Ihr Stolz wird sich kein Dementi geben, und so ist außer Zweifel, daß sie agiren wollen, jedoch erst nächstes Jahr, weil die Verhandlung mit Rußland noch nicht formell abgebrochen ist, das schlechte Jahr den Unterhalt der Truppen unmöglich macht, die Allianz mit der Pforte noch nicht gezeichnet ist (der König irrte, sie war bereits gezeichnet) und sie alsdann, da die Russen nicht über die Donau gehen werden, noch zeitig genug kommen. Ich bereite Alles vor, remontire die Kavallerie und setze Alles daran, die Magazine zu füllen. Ueber meine Konvention bin ich noch ohne Nachricht aus Petersburg. Die Truppen hier sind gut, und Silberberg ist fertig.“ Der Prinz bemerkte, daß es nöthig sein werde, den Kriegsplan mit den Russen festzustellen, vor Allem aber Preußens Entschädigung. Ginge man in Petersburg hierauf ein, so müsse der König sogleich für Rußland eintreten. Würden die Russen zuerst allein geschlagen, so könnten sie Preußen nicht helfen; siegten sie allein, so würden sie auf Preußen keine Rücksicht nehmen. Träten die Russen auf den Kriegsplan und die Entschädigung nicht ein — dann möge der König seine Neutralität erklären (26. August). Der König erwiderte: das Contreprojekt seiner Konvention sei endlich angekommen (es war am 17. August aus Petersburg abgegangen); es sei darin für den Vortheil Rußlands so gut gesorgt, daß das Material der Verhandlung sehr groß sei. Er bereite sich sehr ernsthaft vor, dem Haufen der Feinde widerstehen zu können; seine Entschädigung müsse demgemäß vergrößert werden (10. September). Die Antwort des Prinzen hob hervor, daß Rußlands Zugeständnisse die Kriegskosten reichlich vergüten müßten. Die Oestreicher würden ohne Zweifel mit mehr Schnelligkeit und Resolution als früher operiren; aber auch dies würde ein Vortheil sein, da man sie dann im Marsche und auf der Ebene fassen könne. Doch glaube er noch immer, daß sie sich besinnen würden, wenn sie die Rüstungen des Königs gewahrten. „Du wirst über Krieg und Frieden entscheiden oder aber einen glorreichen Krieg führen (16. und 20. September).“ Wie entschlossen der König

seine Rüstung betrieb, er unterließ keinen Augenblick, in Petersburg darauf zu dringen, daß man die Bedingungen für den Frieden mit der Pforte noch weiter über das Programm vom 31. Mai hinaus (S. 238) herabmindern, daß Rußland auch darauf verzichten müsse, die Moldau und Wallachei zu unabhängigen Staaten zu machen. Solms erhielt unausgesetzt Weisungen in diesem Sinne[1]). Der König täuschte sich nicht darüber, daß Oestreich seinem Interesse gemäß verfahre, wenn es die Fürstenthümer nicht in Rußlands Hand oder in der Hand von Rußland abhängiger Fürsten sehen wollte, daß selbst, wenn Katharina sich dazu verstand, die Moldau und Wallachei der Pforte zu lassen, Oestreich in der Verzichtleistung der Pforte auf die Oberhoheit über die Tataren, auf welcher Rußland bestand, Anlaß zur Schilderhebung finden könne[2]). Aus Solms' Berichten, die in diesen Tagen eingingen, ersah er, daß man sich in Petersburg entschließen könnte, die Losreißung der Donaulande fallen zu lassen; aber damit waren eben nicht alle Anstöße gehoben[3]). Am 22. September schreibt er seinem Bruder: „Die Oestreicher werden den Krieg haben. Die Nachrichten, die ich heute aus Rußland erhalten, zeigen die Kaiserin sehr erbittert gegen Maria Theresia. Es bleibt zu erfahren, ob ich mich mit Katharina einigen kann. Meine Entschädigung muß dem Wagniß und den enormen Kosten des Krieges entsprechen. Inzwischen suchen die Oestreicher das Reich in Bewegung zu bringen, besonders Kassel und Würtemberg. Würtemberg und die Bischöfe werden thun, was man in Wien haben will. Ich fahre fort, zu rüsten. Der Krieg kommt, wenn nicht Zwischenfälle eintreten, z. B. daß der Beichtvater Maria Theresia's Gewissen erweicht wegen des Christenblutes, das für die Türken fließen soll; Kaunitz wird sich indeß wohl vorgesehen haben. Ohne den Krieg zu wünschen und ohne ihn zu fürchten, bereite ich mich auf alle Rollen vor, fest entschlossen, nichts zu unternehmen, es sei denn zum größten Vortheil des Vaterlandes." Maria Theresia hatte

[1]) Weisungen an Solms vom 5., 10., 12., 29. August, 8. und 10. September 1771. — [2]) Friedrich an Finkenstein 13. September 1771. — [3]) Friedrich an Finkenstein 19. und 20. September 1771.

höchst überraschend am 5. September dem Vertreter Friedrichs von ihrer Friedensliebe gesprochen, geäußert, daß Oestreich sogar bereit sein werde, die Krim in der Hand Rußlands zu lassen, worauf der König Weisungen in diesem Sinne nach Konstantinopel und Petersburg gesendet hatte; aber Kaunitz hatte gleich darauf van Swieten entgegengesetzte Vorschriften ertheilt [1]).

In diesen Tagen erklärte der König van Swieten: er habe den Russen die Moldau und Wallachei nicht garantirt; aber er werde nicht unthätig zusehen, daß man seinen Verbündeten angreife; der Kaiserin Katharina schrieb er: die Armee, die sie weise beschlossen habe nach Polen marschiren zu lassen, werde ein siegreiches Argument sein (30. Septbr.); zugleich ließ er die Erwiderung auf die russischen Gegenvorschläge (S. 242) nach Petersburg abgehen (1. Oktbr.). Es handelte sich um den völligen Verzicht Rußlands auf die Moldau und Wallachei, auf dem der König bestand, um die Verwendung des preußischen Hülfscorps, welches zur russischen Armee stoßen sollte, in dem Falle, daß Preußen selbst angegriffen werde (der König war bereit, es zur russischen Armee in Polen, jedoch nicht nach der Moldau marschiren zu lassen), und um Danzig, welches der König jetzt seinem Antheil hinzugefügt wissen wollte. Die Maßnahmen, zu denen man sich in Petersburg entschlossen erklärte, ließen den König einen Augenblick glauben, daß sich der Knoten ohne Krieg lösen lassen werde. „Die Russen", schreibt er seinem Bruder, „haben, durch die hochfahrende Antwort Oestreichs gereizt, beschlossen, im nächsten Januar eine Armee von 50,000 Mann nach Polen marschiren zu lassen. Das ist der Moment, unsere Konvention zu zeichnen. Es wird dies die Bedingungen verbessern, die ich für mich wünsche, und andererseits wird diese neue Armee, zwischen Krakau und Sandomir aufgestellt, die Oestreicher vom Handeln abhalten, so daß wir Acquisitionen ohne Schwertstreich machen werden. Kommt es jedoch zum Kriege, so dürfen wir weder Geld noch Subsidien sparen (die Fürsten des Reiches zu gewinnen). Ich bereite die Bildung von vier Garnison-

[1]) Beer Erste Theilung 2, 110 ff.

bataillonen, 10 Freibataillonen und eines Husarenregimentes vor. Die Aushebungen erfolgen auf der Stelle, sobald der Vertrag mit Rußland gezeichnet ist (27. Septbr.). Wenige Tage darauf setzt der König hinzu: „Wenn die Oestreicher widerstreben, müßte Czernitschew (der Kriegsminister Katharina's) wohl selbst hierher kommen, um den Kriegsplan im voraus festzustellen. Ich habe einen Versuch gemacht, Danzig unserem Antheil hinzuzufügen, und dem Projekt hinzugesetzt, daß Jeder sich unmittelbar nach Zeichnung des Vertrages in den Besitz seines Antheiles setzen wird. Wir brauchen noch 20,000 Mann. Die Mobilmachung der Artillerie kostet allein eine Million, sie braucht 16,000 Pferde; die gesammte erste Ausrüstung 4,200,000 Thlr. ohne die Magazine. Ich muß sehr stark arbeiten, habe keine Hülfe und bedarf noch eines vollen Monates, um fertig zu werden (2. und 5. Oktbr. [1])." Die Kosten der ersten Campagne berechnet der König auf 13,700,000 Thlr.; er müsse auf den Angriff von 200,000 Mann (die Streitmacht Oestreichs und der deutschen Fürsten, die Oestreich folgen würden) gefaßt sein [2]).

Die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang, die der König seinem Bruder am 27. September angedeutet hatte, die er auch Finkenstein und Rhod am 8. und 9. Oktober aussprach, schien sich nicht zu erfüllen. Kaunitz beharrte auf dem Widerstande gegen die russischen Friedensbedingungen. Seinerseits ging der König auf den dringenden Wunsch des russischen Kabinets, zur Unterstützung der russischen Truppen in Polen ein Corps nach Posen vorgehen zu lassen, was er Saldern im August abgeschlagen, ein (22. Oktober [3]). Aber noch immer war der Vertrag zwischen Preußen und Rußland nicht gezeichnet. Der König schrieb Solms: er habe gerüstet; man möge sich aber in Petersburg überzeugt halten, daß er keine Katze marschiren lassen werde, bevor der Vertrag unterschrieben sei (30. Oktober); er habe den Russen die Bedingungen bezeichnet,

---

[1]) Oeuvres de Frédéric 26, 353—355. Geh. Staatsarchiv. — [2]) Weisungen an Solms vom 25. September und 6. Oktober 1771. — [3]) Solms' Berichte vom 1. und 13. Oktober 1771. Der König an Finkenstein 22. Oktober.

unter denen sie ihn haben könnten; wollten sie diese nicht annehmen, so mische er sich in nichts (3. November); „keine Besitzergreifung, keine Truppen" (6. November); und endlich, er verpflichte sich nicht leichthin: „will man mich in Bewegung setzen, so muß dies unter guten Zeichen (bonnes enseignes) geschehen[1])." Seinem Bruder Heinrich sagte er: „Die russischen Langsamkeiten dauern fort. Aber wenn ich mich nicht täusche, brauchen sie meine Assistenz und werden genöthigt sein, sie durch das Geschenk eines Landes zu erkaufen, das ihnen nicht gehört"; und Finkenstein bemerkt er am 6. December: je länger Rußland die Sache hinausziehe, um so mehr werde es genöthigt sein, seine Bedingungen anzunehmen.

An demselben Tage wurde endlich in Petersburg dem Grafen Solms die Antwort auf die preußischen Vorschläge vom 1. Oktober (S. 244) übergeben. Es widerstrebe der Kaiserin, so lautete diese Erklärung, christliche Provinzen unter das Joch der Muhammedaner zurückkehren zu lassen. Aber in der grausamen Alternative, in welche sie durch die Kriegsdrohung Oestreichs versetzt sei, im Falle sie auf der Losreißung dieser Provinzen beharre, entschließe sie sich zu diesem Opfer.

Es war der vollständige Verzicht auf die Moldau und Wallachei, den das Drängen des Königs erlangt hatte. Friedrich wird dann ersucht, dergestalt in Wien zu interveniren, daß es nicht den Schein habe, als ob dies Opfer der Kaiserin durch den Wiener Hof auferlegt sei. Dagegen müßten die Türken Bender, Otschakow oder wenigstens Kinburn abtreten. Die Forderung eines preußischen Hülfscorps von 20,000 Mann für die Moldau, für den Fall eines Angriffes auf Rußland von Seiten Ostreichs, wurde aufrecht erhalten. Die Kaiserin wolle ihre Truppen in Polen im Laufe des Winters auf 50,000 Mann bringen und sei geneigt, die Operationen dieser Armee mit denen des preußischen Hülfscorps zu kombiniren. Aber es lasse sich darüber im voraus nicht entscheiden. Wenn die Oestreicher in den türkischen Provinzen die Türken unterstützten, müsse diese kombinirte Armee

[1]) Weisungen vom 30. Oktober, 3., 6., 7. und 27. November 1771.

nothwendig an die Donau marschiren; wenn sie in Polen einrückten, müsse dieselbe sie nach Ungarn zurückwerfen. Aber in letzterem Falle sei diese Armee nicht ausreichend, und Preußen müsse eine mächtige Diversion mit allen seinen Streitkräften in Oestreich selbst machen. Wendete sich Oestreich aber vornehmlich gegen Preußen, dann wolle man das Hülfscorps zurückschicken und diesem 6000 Mann Infanterie und 4000 Kosacken anschließen. Wenn die Umstände es erlaubten, werde diese Zahl verdoppelt werden, und falls der Friede mit den Türken zu Stande komme, würde man dem Könige mit allen Kräften zu Hülfe eilen, insbesondere mit 50,000 Mann in Ungarn einbrechen. Die Besitzergreifungen in Polen dürften nicht unmittelbar nach der Zeichnung des Vertrages (wie der König verlangt hatte) stattfinden. Polnisch=Preußen und Ermeland waren zugestanden; aber dem Wunsche des Königs in Bezug auf Danzig ständen unüberwindliche Hindernisse entgegen. Der russische Hof habe dieser Stadt wiederholt ihre Unabhängigkeit und ihre Privilegien garantirt, und die Seemächte wünschten den Fortbestand ihrer gegenwärtigen Stellung. Trüge Rußland dieser Auffassung nicht Rechnung, so würden die Seemächte Repressalien gegen den russischen Handel nehmen. Katharina begleitete diese Erklärung mit den Worten an den König: „Heute habe ich Solms die nöthigen Aufklärungen für die Negotiation geben lassen, welche zwischen uns schwebt. Mit Genugthuung betrachte ich diese Angelegenheit als bereits beendet. Eure Majestät kann überzeugt sein, daß nur eine absolute Nothwendigkeit, Folge der fundamentalen Interessen meines Reiches, mich verhindert hat, Ihrem Wunsche (bezüglich Danzigs) zu entsprechen. Die Zeit und die Ereignisse werden mich in den Stand setzen, Eure Majestät dafür zu entschädigen (6. December)."

Der König war nicht gemeint, den russischen Gegenvorschlag ohne Weiteres zu acceptiren Er beharrte darauf, daß das preußische Hülfscorps nur in Polen verwendet werde; nach der Moldau könne er keine Truppen schicken, er werde von Oestreich und Frankreich angegriffen werden. „Ich will nichts versprechen, was ich nicht halten kann; ich will unpolitisch, aber ehrlich sein (27. Decbr.)." Die

Forderung auf Danzig ließ er fallen; aber die Besitzergreifung von Polnisch-Preußen und Ermeland müsse gleich nach Zeichnung des Vertrages vorgenommen werden. Dies seien Bedingungen sine quibus non (4. Januar 1772). „Es sind meine letzten Bedingungen", fügt der König zu Solms' Direktion hinzu. Er sah den Krieg vor der Thür. Aus der Haltung Oestreichs zog er den Schluß, daß ein geheimer Vertrag zwischen Oestreich und der Pforte geschlossen sein müsse [1]. Seinem Minister Finkenstein sagte er am 16. Januar, er wolle noch einen Versuch bei Swieten machen; er hoffe jedoch davon nicht viel; er müsse annehmen, daß Kaunitz zu tief mit der Pforte engagirt sei. Und am 20. Januar: er habe gestern mit Swieten gesprochen, ihm ohne zu drohen gesagt, daß, wenn sie die Russen angriffen, sie auch mit dem Alliirten Rußlands zu thun bekämen. „Ich habe offen von meinen Aufstellungen gesprochen, ihm alle Gefahren des Krieges in der lebhaftesten und dringendsten Weise vorgestellt, ihn darauf hingewiesen, daß 40,000 Russen in Polen eingerückt seien und die gesammten Streitkräfte Preußens bereit ständen, in Oestreich einzubrechen, wenn die russische Donau-Armee von den Oestreichern angegriffen würde. Es habe Eindruck auf ihn gemacht — aber auf Kaunitz [2])?"

In dieser Spannung waren die Dinge, als am 31. Januar ein Kurier aus Wien bei dem Vertreter Oestreichs in Berlin eintraf, worauf dieser dem Grafen Finkenstein mittheilte, daß der Wiener Hof den Frieden den Wechselfällen des Krieges vorziehe. Nachdem Rußland darauf verzichtet habe, die Moldau und Wallachei den Türken zu entreißen, so erklärte van Swieten Finkenstein am 1. Februar, und damit die Bedingung weggefallen sei, welche dem Interesse Oestreichs am direktesten widersprochen, stehe Oestreich nicht an, der Pforte die neuen Vorschläge Rußlands mitzutheilen, halte es jedoch für zweckmäßiger, derselben zunächst einen Waffenstillstand und die Zustimmung zum Zusammentritte eines Kongresses vorzuschlagen;

---

[1]) Weisung an Solms 12. Januar 1772. — [2]) Der König an Finkenstein 20. Januar, an Solms 19. Februar 1772; geh. Staatsarchiv. Vergl. Swietens Bericht bei Beer Friedrich II. und van Swieten S. 55 ff.

über die in Polen zu nehmenden Entschädigungen sei Oestreich bereit, nach dem von Rußland neuerdings gemachten Vorschlage in eine Verständigung einzutreten. Die näheren Eröffnungen hierüber war Swieten angewiesen dem Könige persönlich zu machen. Dieser war von einem Gichtanfalle heimgesucht. Trotzdem empfing er Swieten am 4. Februar. Den Verlauf dieser Audienz schildert der König seinem Bruder in folgender Weise. „Du wirst wohl ebenso erstaunt sein, als ich es war, wenn Du den Auftrag, den Swieten erhalten hat, vernimmst. Die Komplimente bei Seite fing er an, mir zu sagen, daß es, um Mißhelligkeiten zu vermeiden, die aus Mißverständnissen hervorgehen könnten, gut wäre, sich über das zu verständigen, was man von Polen abreißen wolle. Vor Allem müsse man übereinkommen, daß keine Macht einen Vortheil vor der anderen habe. Ich antwortete, daß ich dieser Regel gern zustimme und daß der Wiener Hof in den Palatinaten von Lemberg und in der Nachbarschaft Ungarns Befriedigung finden werde. Hierauf hielt er mir einen großen Vortrag über die Karpathen, welche sie hinderten, jenseit derselben Besitzungen zu haben. Ich entgegnete: sie würden sehr erzürnt sein, wenn man ihnen das Mailändische nehmen wollte, obwohl sie durch die Alpen von diesem getrennt wären. Er meinte darauf, daß es vielleicht ein anderes Mittel gäbe, seinen Hof zu befriedigen, und zwar durch einen Austausch. Und durch welchen, sagte ich. „Wir würden Ihnen unsere ganze polnische Besitzung gegen die Grafschaft Glatz abtreten." Ich erwiderte, daß ich Mühe habe, zu glauben, daß es ein Minister Oestreichs sei, der mir nach dem Frieden von Hubertsburg und nach den Versicherungen, die mir der Kaiser selbst gegeben: auf immer alle Abtretungen, die mir Oestreich gemacht, zu vergessen, solche Vorschläge bringe. Es seien Vorschläge, die man mir machen könne, wenn ich die Gicht im Gehirn hätte, aber ich hätte sie nur in den Beinen. Hiervon sei aufzuhören. Der letzte Vorschlag war dann, daß es, um seinen Hof zu befriedigen, erforderlich sei, diesem die Cession Belgrads und Serbiens von den Türken zu verschaffen. Ich erwiderte, daß die Kaiserin von Rußland ihnen vor langer Zeit eine solche Entschädigung angeboten (ob.

S. 179), daß ich aber nicht wisse, ob sie jetzt noch dieser Meinung sei. Jedoch würde ich das Terrain sondiren und hielte die Sache für möglich. Du siehst hieraus, daß Kaunitz' Entwurf derangirt ist und daß er sich, da er ihn nicht durchführen kann, nach allen Seiten wendet, was sich etwa bekommen ließe; aber ich gestehe, es ist eine Perfidie von ihm, denen, die sich ihm anvertraut, die Oestreich zu ihrem Vermittler gemacht, ein Gebiet entreißen zu wollen, das die Türken an der Grenze Ungarns ebenso schwächt, wie die Russen sie in der Krim schwächen. Was uns betrifft, so bin ich jetzt sicher, daß diese Leute den Krieg fürchten und Alles annehmen werden, was man vorschlagen wird, ihn zu vermeiden (8. Februar 1772)." Van Swieten selbst berichtet seinem Hofe: der König habe ihm den Ursprung des polnischen Projektes mitgetheilt. Die Kaiserin Katharina habe seinem Bruder in Gegenwart einiger ihrer Vertrauten von der Besitznahme der Zips gesprochen; dabei sei geäußert worden, daß nun auch Rußland in Polen nehmen und ein Theil Preußen gegeben werden könne. Er sei darauf eingegangen. Aber erst, nachdem Rußland gesehen, daß es der Pforte die Moldau und Wallachei nicht entreißen könne, habe es sich auf Polen zurückgeworfen, um hier Entschädigung zu finden. Er (Swieten) habe dann den König ersucht, ihm die Maßnahmen nicht zu verbergen, welche hierüber schon zwischen ihm und dem russischen Hofe getroffen sein könnten. Der König habe erwidert: es sei noch kein Vertrag gezeichnet; er wisse nur, daß Rußland gewisse Gebiete behalten wolle, die eine feste und sichere Grenze gegen Polen gewährten, daß ihm selbst Polnisch-Preußen und Ermeland mit Ausnahme von Danzig und Thorn zufallen würden, daß Oestreich sich in den fruchtbaren Ungarn benachbarten Distrikten ausdehnen könne. Nun habe er (Swieten) dem Könige vorgeschlagen: „die Grafschaft Glatz und einen Theil Schlesiens abzutreten und dafür als Aequivalent den Antheil zu nehmen, der Oestreich in Polen zufallen solle." Der König habe diesen Vorschlag mit Lebhaftigkeit zurückgewiesen. Darauf habe er Belgrad, Serbien und einen Theil Bosniens genannt, die man vom Gebiete der Pforte abtrennen und Oestreich von Neuem

einverleiben könne. Der König habe dies gebilligt und versprochen, der Kaiserin von Rußland darüber zu schreiben [1]).

Der Zusammenhang der Dinge war folgender. Nachdem man sich in Wien nach der Zusammenkunft zu Neustadt entschlossen hatte, die 13 Städte der Zips und die galizischen Starosteien zu annektiren, „um einen heilsamen Eindruck“ bei Rußland hervorzubringen, d. h. zu zeigen, daß man nicht gewillt sei, Polen vollständig Rußland zu überlassen, Rüstungen vorzunehmen und ein Einschreiten Oestreichs für den nächsten Feldzug in Aussicht zu stellen, hatte sich Panin bemüht, wie er dem Prinzen Heinrich während der letzten Wochen seines Aufenthalts in Petersburg wiederholt angedeutet, eine Verständigung mit Oestreich herbeizuführen. Er versprach von Neuem alle Vortheile auf Kosten der Pforte, welche Oestreich wünschen möchte, wenn es sich Rußland anschließen wollte, selbst wenn sich Oestreich nur entschlösse, den Konföderirten keine Unterstützung weiter zu gewähren und öffentlich zu erklären, daß diese nichts vom Wiener Hofe zu erwarten hätten [2]). Kaunitz beharrte fest auf seinem Standpunkt. Er wies die gemäßigteren Friedensbedingungen Rußlands vom 31. Mai entschieden zurück und erklärte, wie bemerkt (S. 239) im Juli und August, daß die Ueberschreitung der Donau der Kriegsfall für Oestreich sein werde. Joseph war nur bedingt für den Krieg, Maria Theresia der Meinung ihres Sohnes; aber Kaunitz sah in einer kriegerischen Haltung das letzte Mittel, Friedrich auf Oestreichs Seite zu ziehen [3]). Der König, überdrüssig, Rußlands Vergrößerungsplänen zu dienen, nun noch in Gefahr, um Rußlands willen als Rußlands Alliirter mit Oestreich in Krieg zu gerathen, werde die russische Allianz aufgeben und sich Oestreich anschließen. Vereinigt könne man dann Rußland das Gesetz vorschreiben. Das Mittel schlug in Berlin nicht an. Seit den Siegen der Russen im Sommer 1770 hatte Kaunitz die Pforte insgeheim zum Widerstand ermuthigt. Es kam ihm darauf an, sie

---

[1]) Swietens Bericht vom 5. Februar 1772 bei Beer Erste Theilung 2, 154 ff. Weisung an Solms vom 5. Februar 1772. — [2]) April und Mai 1772 Beer Erste Theilung 2, 72. 75. — [3]) Beer Van Swieten 1, 7.

davon abzuhalten, nach ihren Niederlagen Frieden zu schließen; er stellte ihr Oestreichs Hülfe zur Erlangung eines günstigen Friedens in Aussicht. Als er die Hoffnung, Preußen durch seine kriegerische Haltung von Rußland abzuziehen, aufgeben mußte, war ihm der Krieg der Pforte gegen Rußland um so unentbehrlicher. Er ließ am 6. Juli 1771 einen Allianzvertrag mit ihr zeichnen. Oestreich verpflichtete sich in diesem, der Pforte einen günstigen Frieden zu verschaffen entweder auf Grundlage des Belgrader Vertrages von 1739, d. h. auf Grundlage der Zurückstellung sämmtlicher Eroberungen von Seiten Rußlands, oder auf Grundlage anderer für die Pforte annehmbarer Bedingungen. Dagegen mußte sich die Pforte verpflichten, die Wallachei bis zur Aluta Oestreich abzutreten, dem Handel Oestreichs Bevorzugung und Schutz zu gewähren und für den ersten Feldzug eine Subsidie von 20,000 Beuteln, d. h. 11,280,000 Gulden, zu gewähren, von denen 4000 Beutel sofort gezahlt werden sollten. Zum Zweck geheimer Ausgaben verpflichtete sich die Pforte ferner 2—3000 Beutel zu zahlen. Für den zweiten Feldzug Oestreichs zu Gunsten der Pforte, wenn solcher nothwendig werden sollte, war die Vereinbarung weiterer Subsidien vorbehalten [1]). Ob und wie weit man von diesem Vertrage in Petersburg unterrichtet war, ist nicht ersichtlich; aber es erhellt, daß Panin, auch nachdem er Preußen gegenüber bereits die Basis polnischer Abtretungen für die Erneuerung der Allianz zwischen Preußen und Rußland angenommen, die östreichische Erklärung, den Donauübergang als Kriegsfall anzusehen, durch die weitgehendsten Anerbietungen erwiderte, um Oestreich zu sich hinüberzuziehen. Um die Mitte August 1771 ließ Panin dem Wiener Hofe andeuten, daß die Moldau und Wallachei für Oestreich zu haben sein würden. Aber nicht allein dies. Rußland bot Oestreich sämmtliche türkische Besitzungen am adriatischen Meere bis nach Morea: Bosnien, Serbien, das türkische Dalmatien, Macedonien, Albanien, wenn Oestreich zustimme, daß die am schwarzen Meere belegenen osmanischen Provinzen sammt Konstantinopel Rußland zufielen. Und für den

---

[1]) Görtz a. a. O. S. 205—210. Beer Erste Theilung 2, 34 ff.

Fall, daß Oestreich so weit nicht gehen wolle, hatte Panin ein zweites Projekt bereit, nach welchem Oestreich die kleine Wallachei, Dalmatien, Bosnien, Serbien und Bulgarien gegen entsprechende Vortheile für Rußland zufallen sollten[1]). Diese Andeutungen hatten zur Folge, daß im Oktober zu Wien der Beschluß gefaßt wurde, die Verständigung mit Rußland zu suchen und mittelst dieser sich Vortheile zu versichern, Preußen aber leer ausgehen zu lassen. Am 24. Oktober machte Kaunitz dem Vertreter Rußlands in Wien, Fürsten Galitzin, eine „geheimste Eröffnung:" Rußland müsse sich der Pforte gegenüber mit Bedingungen begnügen, deren Annahme wahrscheinlich sei, und die mit dem Interesse Oestreichs nicht in Widerspruch ständen. Dem Umsturze des Gleichgewichts werde Oestreich den Krieg vorziehen. Polen müsse bei seiner Verfassung und seinem Territorialumfange bleiben. Bestehe Rußland und sein Verbündeter jedoch auf Vergrößerungen, so müßten auch Oestreich solche zu Theil werden. Indeß sei die Durchführung großen Schwierigkeiten unterworfen, und ziehe der Wiener Hof demgemäß den ersten Weg vor[2]). Kaunitz hatte zu viel Feinheit in diese geheimste Mittheilung gelegt. In Petersburg entschloß man sich nach Kenntnißnahme derselben, die Gegenvorschläge für die preußische Allianz am 6. December abgehen zu lassen (S. 246), und beantwortete die östreichischen Vorschläge vom 24. Oktober, die am 17. November in Petersburg eingetroffen waren, unter dem 20. Dezember mit der Aufforderung an Oestreich, sich über die Annexion polnischer Gebiete mit Rußland und Preußen zu vereinbaren. Nun erst entschloß man sich in Wien, da man gegen Preußen und Rußland nicht vorzugehen vermöge, einzulenken, die Pforte trotz der Allianz fallen zu lassen und, nach langen Berathungen und mannigfachen Differenzen — die Meinungen Maria Theresia's, Kaiser Josephs und des Fürsten Kaunitz gingen weit auseinander —, auf das Theilungsprojekt, aber nicht ohne Hintergedanken, einzugehen[3]). Man wollte Rußland und Preußen die Gehässigkeit der polnischen Annexion überlassen,

---

[1]) Diese und weitere Projekte bei Beer Erste Theilung 2, 130. Vgl. ob. S. 217. — [2]) Beer a. a. O. 2, 123. — [3]) Beer Van Swieten 1, 27.

sich selbst aber als Aequivalent für den Verzicht auf den polnischen Antheil zunächst Schlesien und Glatz, oder Anspach und Baireuth, Serbien und Bosnien oder andere türkische Gebiete verschaffen. Kaunitz hatte sieben verschiedene Projekte hierüber aufgestellt, die Kaiser Joseph noch seinerseits vermehrte.

Drei Tage nachdem jener Kurier an van Swieten abgegangen war (28. Jan.), eröffnete Kaunitz auch Galitzin, dem russischen Gesandten in Wien, daß Oestreich auf die Theilungsidee eingehe, um das Gleichgewicht der Staaten nicht zu stören. Es werde vielleicht nicht nothwendig sein, auf Polen allein zu rekurriren. Falls dieses nicht Stoff genug böte, eine gleiche Theilung eintreten zu lassen, würden sich Mittel finden, einiges Land noch einem Andern zu nehmen, der solches hinreichend besäße und der genöthigt sein würde, sich dazu herbeizulassen. Als Galitzin erwiderte: dieser Andere könne doch nur die Pforte sein, antwortete Kaunitz: ja [1]). Katharina ließ hierauf die preußische Allianz am 17. Februar in Petersburg zeichnen. Man gab hier Kaunitz fortdauernde Ermuthigung der Konföderirten in Polen schuld, und die gewundenen Erklärungen des Fürsten konnten kein Vertrauen erwecken [2]), während König Friedrich nach Swietens Eröffnung vom 1. Februar seine letzten Einwürfe hatte fallen lassen. Katharina schrieb ihm: „Nach der Zeichnung der Verpflichtungen, welche unserer intimen Verbindung das Siegel aufdrücken, kann ich den Kurier nicht abgehen lassen ohne den Ausdruck der Genugthuung über den Erfolg einer so wichtigen Unterhandlung. Eure Majestät ist von der Veränderung, welche in der Politik oder in der Sprache des Wiener Hofes bezüglich der guten Sache eingetreten ist, unterrichtet. Ich schreibe diese Wandlung der Festigkeit und Geradheit zu, mit der Eure Majestät meine Interessen unterstützt und gezeigt haben, daß nichts Sie von Ihrem Alliirten zu trennen vermag. Mit Befriedigung rufe ich mir alle Züge zurück, welche die Verpflichtungen, die ich gegen Eure Majestät habe, am meisten bezeichnen. Vielleicht wird nun mein Wunsch erfüllt, den ich immer im Auge und im Herzen gehabt, die

---

[1]) Bei Görtz a. a. O. S. 183 ff. — [2]) Beer a. a. O. 2, 159. 160.

drei Höfe zu einem System der Einigung zu führen, deren bedeutsames Interesse dem Wiener Hofe jeden Gedanken an Schlesien nehmen muß. Das sind 'meine Wünsche (19. Februar)." Prinz Heinrich sprach dem Könige seinen Glückwunsch zum Abschluß aus: „Hättest Du nicht gerüstet, so hätte der Stolz der Oestreicher sie zu Extremitäten fortgerissen; es wäre zum Kriege gediehen. Käme es zu dauernder Allianz der drei Mächte, sie würde Europa das Gesetz geben (5. März)." Der König meinte, die Kraft und Wirksamkeit dieser Tripleallianz werde von dem Maße der Verstimmung Frankreichs gegen Oestreich über dessen Preisgebung Polens und der Pforte abhängen und von der Solidität der Grundlagen; es werde nicht fehlen, daß Oestreich und Preußen um den größeren Einfluß in Petersburg kämpfen würden. Dennoch werde sie eine Garantie des Friedens sein.

In Wien war man immer noch unentschieden, welche Gebiete den größten Vortheil gewähren würden. Endlich entschied Kaunitz' Meinung, daß man sich, vorbehaltlich alles Weiteren, zunächst den Antheil in Polen sichern müsse. Am 28. Februar zeigte Swieten an, daß Oestreich seinen Theil von Polen begehre; er habe dem Könige eine Erklärung des Kaisers und der Kaiserin hierüber vorzulegen. Es hieß in derselben: „Da Seine Majestät von Preußen und Ihre Majestät von Rußland Rechte und Ansprüche auf einige Gebiete Polens erheben und Wir solche ebenfalls haben, so versprechen wir Uns auf Wort und Glauben von Souveränen durch diese von Unserer Hand gezeichnete Akte, daß, welches auch Ausdehnung und Grenzen der gegenseitigen Ansprüche sein mögen, die Erwerbungen, welche hieraus hervorgehen könnten, vollständig gleich sein sollen und der Antheil des Einen den des Andern nicht überschreiten soll, und weit entfernt, Hindernisse den Maßregeln entgegenzustellen, welche jeder von Uns für angemessen erachten sollte zu ergreifen, Uns nöthigenfalls gegenseitig und guten Glaubens zu unterstützen, indem wir Uns zugleich das vollkommenste Geheimniß über die geg nwärtige Verpflichtung zusagen; Wien am 19. Februar; Joseph. Maria Theresia." Der König vollzog die Akte, welche zugleich nach Petersburg abgegangen war und dort am 5. März von Katharina gezeichnet wurde. Er rieth nun in

Petersburg an, was er bei den Verhandlungen über seinen Vertrag mit Rußland vergebens zu erreichen gesucht hatte, daß Preußen und Rußland von den für sie nunmehr stipulirten Antheilen sofort Besitz ergriffen: es sei das einzige Mittel, sowohl mit Oestreich als mit der Pforte rasch zum Abschluß zu kommen. Kaunitz werde in Konstantinopel nicht eher loyal für den Frieden wirken, vielmehr den Krieg unterhalten, bis er seinen Antheil in Polen, so wie er ihn wolle, erhalten habe, und lange Verhandlungen würden Frankreichs und Englands Einmischung möglich machen, deren Einwirkungen in Polen, Stockholm, Wien und Konstantinopel dann fernere Weiterungen herbeiführen könnten. Der König sah richtig. Aber Panin beharrte darauf, der Vertrag mit Oestreich müsse vor den Besitzergreifungen geschlossen sein. Jene Einwirkungen sind in der That nicht ausgeblieben. Doch kam die Umwälzung in Stockholm, für die Frankreich große Summen verwendete, zu spät.

Man überzeugte sich endlich in Wien, daß der Versuch in Petersburg auf türkische Gebiete vergeblich bleibe, daß zunächst nur in Polen Erwerbungen zu machen seien; man wollte sie nun aber möglichst ausgedehnt und reich haben. Als Swieten am 19. April dem Könige den Theil Polens bezeichnete, den Oestreich verlange, fand Friedrich, „daß der Wiener Hof guten Appetit habe, daß der von ihm beanspruchte Antheil etwa so groß sein würde wie der preußische und russische zusammengenommen." Fürst Kaunitz trat auch sonst nicht bescheiden auf; er wartete nicht, bis ihm die Besitzergreifung gestattet wurde. Zu derselben Zeit, da Swieten dem Könige jene Eröffnung machte, überschritten bereits die östreichischen Truppen, 30 bis 40,000 Mann stark, unter Esterhazy, d'Alton und Haddik, die früher okkupirten Distrikte und die polnischen Grenzen und dehnten sich weiter und weiter im Süden Polens aus. Auch der Orte, in denen russische Garnisonen lagen, bemächtigten sie sich; „wir haben den Russen Tinietz weggeblasen", schreibt Joseph seinem Bruder Leopold, „das wird sie ärgern. Man muß sehen, was sie thun werden [1])."

[1]) Arneth Maria Theresia und Joseph 1, 373.

Es war von vornherein des Königs Meinung, daß der Antheil Oestreichs nicht ängstlich bemessen werde; Krakau müsse jedoch den Polen bleiben, Schlesien dürfe von dem östreichischen Antheil nicht umfaßt werden, und die Verbindung mit Rußland dürfe ihm durch das Vorschieben der östreichischen Grenze bis gegen Warschau hin nicht erschwert werden. Auf die Palatinate Chelm und Lublin, die Kaunitz beanspruchte, müsse er demnach verzichten. Als dies endlich geschehen war, rieth der König: die Salinen von Bochnia und Wieliczka und sogar Lemberg, was Panin nicht zugestehen wollte, — auch Friedrich war zuerst gegen den Uebergang der Salzwerke an Oestreich gewesen, — dem Wiener Hofe nicht vorzuenthalten. So kam der Vertrag vom 5. August 1772 zwischen Rußland, Preußen und Oestreich zu Stande.

Der Plan der Familie Czartoryski, Rußland herbeizurufen, sich durch russische Truppen zu Herren von Polen machen zu lassen, um alsdann die Verfassung Polens zu reformiren, hatte sich als höchst unglückliche Täuschung erwiesen. Er hatte Katharina die Brücken gebaut, auf welchen sie bequem in Polen einziehen und mit der Forderung gleichen Rechts für ihre Glaubensgenossen ihre Herrschaft über Polen zu gründen vermochte. Der Kampf für den katholischen Glauben und die Freiheit Polens, welchen die Konföderirten von Bar begannen, vermochte nicht, die nationalen Kräfte ernsthaft aufzurütteln und in seinen Dienst zu stellen. Es war ein staunenwerthes Schauspiel. Vier Jahre hindurch währte dieser Krieg. Gegenstand des lebhaftesten Antheils der Nachbarmächte, blieb Polen selbst unfähig, durch eigene Thaten bestimmend auf sein Geschick einzuwirken. Von den Konföderirten gehaßt und feindlich behandelt, waren der König und die Czartoryski ohne Plan, ohne Entschluß, ohne Mittel; sie verfügten über nichts als eitle Hoffnungen bald auf Rußland, bald auf die Erfolge der Pforte, bald auf Frankreichs, bald auf Oestreichs Hülfe, endlich auf die Zwietracht der Nachbarmächte, die Polen erhalten und retten werde. Wenn der Landadel, die Schlachta, durch religiöse vielmehr als durch nationale Motive in die Konföderation und den Kampf getrieben wurde — das Ziel der Magnaten war der Sturz des Königs, den sie schon durch die Konföderation von Radom hatten her-

beiführen wollen. Die Poniatowski gehörten der Schlachta an, nicht den „Herren", und dieser König niederen Ursprungs hatte sich erlaubt, Reformen einführen zu wollen, welche den Einfluß und das Gewicht der Magnaten beschränken sollten. Weder das eine noch das andere konnten ihm die Magnaten vergessen; die Zeiten sollten wiederkommen, da sie unter den Augusten ungestört über Polen geboten [1]). Solche Motive waren nicht geeignet, dem Verhalten der Magnaten in dem Kampfe, der über die Unabhängigkeit, über die Existenz Polens entscheiden mußte, Nerv und Stahl zu geben. Dazu haderten sie untereinander und nahmen bald für, bald gegen Rußland Partei, und Geld von jedem, der sie erkaufen wollte. Kein Führer erstand diesem Volke, weder innerhalb noch außerhalb der Konföderation, der ihm den Weg gewiesen, oder es fortgerissen hätte. Vergebens versuchten Dumouriez und Viosmenil, die Choiseul gesendet, den Streitkräften der Konföderation feste Ordnung zu geben. Es blieb bei Ueberfällen, Raubzügen und Plünderungen. Auch im Lager fuhren Magnaten und Schlachta fort, dem Spiel und der Liebe zu huldigen, in Saus und Braus zu leben, solange die „Herren" französisches Geld erhielten oder die Raubzüge nach den Salzwerken Gewinn brachten [2]). Dieser Freiheitskrieg war ein Raubkrieg, den die Polen gegen sich selbst führten, und der Widerstand, den er den Russen entgegenstellte, reichte eben nur aus, die schlimmste Wendung für Polen selbst herbeizuführen. Nachdem die Konföderation zuletzt noch im Sommer und Herbst 1771 nicht unerhebliche Erfolge davongetragen [3]), erlosch sie, sobald im nächsten Frühjahr die Nachbarmächte einig wurden, Oestreich den Konföderirten keine Zuflucht mehr gewährte und die Geldsendungen von Paris aufhörten.

Den Gedanken einer Theilung Polens hat ernsthaft zuerst ein König von Polen gefaßt, August der Starke, und zwar bald nach seiner Thronbesteigung. Er hoffte Peters Zustimmung zur Verwandlung des Wahlreiches in ein Erbreich durch Abtretungen polnischer Gebiete zu

---

[1]) Von der Brüggen Preuß. Jahrbücher, Bd. 35, 15. — [2]) Bernhardi Geschichte Rußlands 2, 2, 247. — [3]) Oben S. 239. 241. 245.

erkaufen. Im nordischen Kriege bot Schweden König Friedrich I., um ihn auf seine Seite zu ziehen, einmal Pomerellen, das andere Mal einen Strich Landes von Lauenburg durch Pomerellen bis zur Weichsel, Elbing und Ermeland, August dagegen Pomerellen mit Ausnahme von Danzig. Mit Theilungsgedanken hatte August seine Regierung begonnen, mit Theilungsentwürfen schloß er sie; er hoffte Oestreich, Rußland und Preußen dadurch zu bestimmen, ihm die Souverainetät in dem Ueberreste zuzugestehen. In dem Kriege um Augusts des Starken Nachfolge bot der Beschützer Polens, bot Frankreich dem Könige Friedrich Wilhelm I. Polnisch-Preußen für die Unterstützung des französischen Kandidaten; dann Choiseul, wie wir sahen, im Anfange des Krieges der Pforte gegen Rußland, Ermeland und Kurland (S. 168). Gleich nach dem Tode Augusts III., noch bevor Friedrich mit Rußland über die Wahl des Stanislav Poniatowski abgeschlossen hatte, ging das Gerücht, daß nun die Theilung des Landes beginne; und um darnach die Pforte zur Kriegserklärung gegen Rußland zu bringen, hatte der Vertreter Frankreichs in Konstantinopel hervorgehoben, daß Rußland und Preußen es auf die Theilung Polens abgesehen hätten.

Wie unsere Ausführung gezeigt hat, waren es Katharina's Politik, ihre Rückkehr zu den Wegen Peters des Großen, ihr rücksichtsloses Eintreten für die polnischen Unterthanen griechischen Glaubens, die Erzwingung der Garantie der polnischen Verfassung, um Polen in dauernde Abhängigkeit von Rußland zu bringen, der Konflikt mit der Pforte, zu dem diese Politik führte, und die Gegenwirkungen Oestreichs gegen dieselbe, dessen Okkupation einiger Grenzdistrikte des polnischen Gebietes, um der Festsetzung Rußlands in Polen ein Gegengewicht zu geben, endlich Oestreichs Entschluß, Rußlands Fortschritten gegen die Pforte Halt zu gebieten, die zu den Abreißungen führten, welche mit dem Namen der ersten Theilung Polens bezeichnet werden. Katharina's Absicht war auf die Beherrschung des gesammten Polens gerichtet. Das gesammte Land zur Verfügung zu haben, war vortheilhafter, als diese auf Theile desselben zu beschränken, und die Stellung Rußlands im Staatensystem insbesondere den deutschen Mächten gegenüber wurde

einflußreicher, je weiter nach Westen Rußlands dominirende Stellung reichte. Aber Katharina hatte mehr unternommen, als Rußlands Kräfte zu leisten vermochten. Ihre Streitmittel reichten nicht aus, der Konföderirten Herr zu werden, nachdem die Pforte die Waffen erhoben hatte. Als Oestreich Miene machte, sich den Konföderirten und der Pforte zuzugesellen, sah sich Katharina genöthigt, die Allianz Preußens durch Zugeständnisse festzuhalten. Die erhöhte Gefahr, die Preußen theilen sollte, konnte der König ohne Gegengewähr nicht übernehmen. Die Andeutungen, welche dem Prinzen Heinrich in Petersburg gemacht wurden, waren vorerst nur bestimmt, die Abwendung der preußischen Politik von Rußland zu verhüten. Aber obwohl Oestreich Zeichen und Anstoß des Zugreifens gegeben, obwohl seitdem, seit dem Herbst 1770, Polen für Rußland nicht mehr intakt zu haben war, zögerte Katharina mit dem Entschluß, Preußen den Preis der Assistenz zuzugestehen, bis die Erfolge der Konföderirten im Sommer 1771, die gleichzeitige Verbindung Oestreichs mit der Pforte keine Wahl mehr ließen.

Durch den Vertrag vom 5. August 1772 verlor die Republik nahezu 4000 Quadratmeilen und über fünf Millionen Bewohner. Aber es blieben ihr immer noch die ansehnliche Ausdehnung von gegen 6000 Quadratmeilen und die stattliche Volkszahl von neun Millionen Bewohnern, Raum und Kräfte genug, ein neues Leben zu beginnen, wenn die scharfe Lektion, die Polen durch diese Abreißungen erfuhr, nur den Erfolg hatte, Magnaten und Schlachta endlich zu ernster Einkehr in sich zu bewegen, die Ueberzeugung, daß die alten Wege verlassen werden müßten, in die Gemüther zu bringen, und eine sittliche Regeneration anzubahnen.

Wenn Oestreich den Weg der Abreißungen gezeigt und den Anstoß gegeben hatte, es trug auch den Löwenantheil davon. Die Gleichheit der Antheile, welche die Akte vom 19. Februar 1772 so feierlich festgesetzt hatte, wurde nicht ausgeführt. Oestreich wurden die fruchtbaren Landschaften Galiziens und Lodomeriens mit den reichen Salzwerken zu Theil; es waren 1280 Quadratmeilen mit fast 3 Millionen Bewohnern. Rußland annektirte zum größeren Theile Landschaften,

die ihm Polen vordem entrissen, das gesammte Weiß-Rußland an der Düna und dem Dnjepr, 1975 Quadratmeilen mit 1,800,000 Bewohnern. Noch bedeutsamer war, daß Katharina bei der den Abtretungen folgenden Umgestaltung der Verfassung Polens ihren entscheidenden Einfluß zu sichern wußte, daß sie in dem Frieden, den sie mit der Pforte zu Kutschuk-Kainardsche schloß, neben Asow und Kinburn, Kertsch und Jenikale, den Thälern des Kuban und Terek, neben dem Verzicht der Pforte auf die Oberhoheit über die Krim, die freie Uebung des griechischen Glaubens wenigstens für die Bewohner der Moldau und Wallachei, das Recht für Rußland, sich für diese zu verwenden, und ein allgemeines Versprechen der Pforte erlangte, die christliche Religion und deren Kirchen zu schützen.

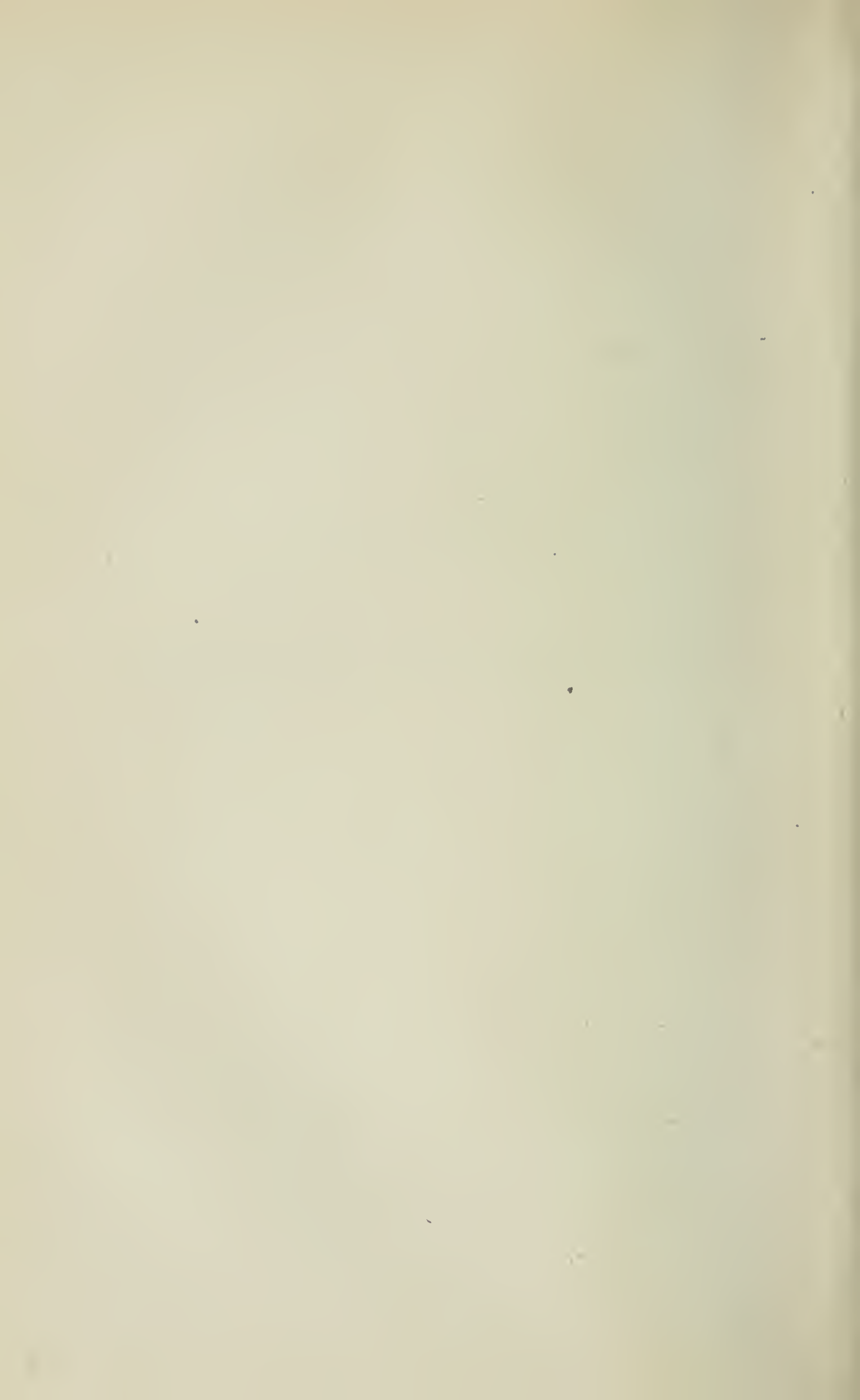
König Friedrich ergriff am 13. September 1772 Besitz von seinem bescheidenen Antheil, von Pomerellen, von den Palatinaten Kulm und Marienburg und der Stadt Elbing. Es waren 644 Quadratmeilen mit 600,000 Bewohnern. Deutschland empfing die Gebiete zurück, die ihm Polen in den Zeiten seiner Macht entrissen. König Friedrich hatte sie ihm wiedergewonnen. Ich habe gezeigt, daß er dieser Erwerbung nicht nachgetrachtet, daß, wie hoch er auch deren Werth für seinen Staat anschlug, er dennoch die Hände nicht darnach gestreckt hat Er hat sie erworben auf dem Wege einer standhaften Friedenspolitik, als Aequivalent der Subsidien, die er im Betrage von drei Millionen an Rußland gezahlt hatte, als Entschädigung für seine Rüstung gegen Oestreich, als Preis der Uebernahme der Gefahr eines Krieges gegen Oestreich und dessen Bundesgenossen. „Ich habe dieses Preußen gesehen," schreibt der König seinem Bruder, „welches ich gewissermaßen aus Deiner Hand erhalten; ich glaube, Kanada ist ebenso kultivirt, als dieses Pomerellen." „Die Polen, welche Dir zufallen", entgegnet Heinrich, „empfangen die größte Wohlthat, die Befreiung aus ihrem jetzigen Zustande." Mit dem 13. September 1772 waren diesem, Deutschland so lange entfremdeten Lande bessere Tage gekommen.



Preußen

während

der französischen Okkupation.



Die Behauptung, daß Napoleon den Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Preußen gerade im Herbst 1806 gewollt und herbeigeführt habe, würde um einen wenn auch kleinen Schritt über die Linie der Wahrheit hinausgehen. Er hatte diesen Krieg in Aussicht genommen, er war darauf vorbereitet und fand ihn zur gelegensten Stunde. So konnte er seinen Ministern, als er am 21. September Paris verließ, mit nur zu gutem Grunde sagen: „Meine Feinde greifen mich gerade in dem Augenblicke an, in welchem ich am stärksten bin."

Durch den Vertrag, den er neun Monate zuvor dem Grafen Haugwitz zu Schönbrunn diktirt (15. Dezember 1805), hatte er Preußen in den Gegensatz gegen Oestreich, dem damit in jenem höchst kritischen Momente seiner Friedensverhandlung zu Preßburg jede Aussicht auf die Unterstützung Preußens entzogen wurde, und zugleich, wie er meinte, in den Gegensatz gegen Rußland gedrängt. Die Täuschung, in welche er darnach König Friedrich Wilhelm zu versetzen wußte, daß die Modifikation des Schönbrunner Vertrages, die dessen Ausführung bis zum Frieden mit England hinausschob, unter welcher in Berlin die Ratifikation erfolgt war, von ihm angenommen sei, führte zu dem Beschlusse der Demobilisirung der preußischen Armee (25. Januar 1806). Auch Hardenberg hielt die bezügliche Verhandlung mit Frankreich für glücklich beendet und widersetzte sich der Abrüstung, dem Abmarsch der russischen und englischen Hülfsvölker nicht[1]. So war Napoleon in der Lage, den Vertrag von Schönbrunn in seinem Sinne durch den Vertrag von Paris (15. Februar)

[1]) Immediatbericht vom 25. Jan.; Schreiben an Haugwitz 27. Jan. 1806; geh. Staatsarchiv.

zu verbessern, der Preußen nicht bloß in verschärften Gegensatz gegen England brachte, sondern es auch in den Krieg mit England und Schweden drängte. Nachdem Haugwitz auch diesen Vertrag gezeichnet, eröffnete ihm Napoleon, daß er Hanover zwar an Preußen cedirt, aber nur auf die Bedingung des Wohlverhaltens cedirt habe [1]).

Wenn Haugwitz meinte, mit diesen seinen beiden Verträgen an Hanover die unschätzbarste Erwerbung für Preußen gemacht und ein ersprießliches System der Allianz mit dem Imperator begründet zu haben, — dem Könige waren beide Verträge erzwungen; sie hatten für ihn nur den Sinn, die französische Okkupation zwischen seinen Provinzen zu entfernen, nur den Zweck, seine Vorbereitung für den Krieg gegen Frankreich, den er als unvermeidlich ansah, ungestörter ausführen zu können. Seit dem Frühling des Jahres 1803, seit Napoleon mit dem Wiederausbruche des Krieges gegen England Hanover besetzt, hatte er daran festgehalten, sich nicht von Rußland trennen zu lassen; er beharrte auch nach den Verträgen von Schönbrunn und Paris bei diesem Grundsatze. Ohne daß Haugwitz darum wußte, blieb er im Briefwechsel mit dem Kaiser Alexander. Alexander machte ihn darauf aufmerksam, daß der Besitz Hanovers einen Zwiespalt zwischen Preußen und England, seinem Alliirten, begründe, welcher die Bildung der großen Koalition gegen Frankreich, die auch der König für erforderlich halte, unmöglich mache. Der König hatte am 1. Juli 1806 dem Kaiser erwidert: „Hanover ist für die Vertheidigung Preußens unentbehrlich. Solange der Krieg zwischen Frankreich und England dauert, muß ich es ungestört in Besitz halten; darnach will ich mich gern mit England freundschaftlich auseinandersetzen." Diese Korrespondenz führte zu einem geheimen Vertrage, den Alexander am 24. Juli zeichnete; er verpflichtete sich darin: alle seine Streitkräfte für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Integrität Preußens bereit zu halten und zu verwenden [2]).

---

[1]) Haugwitz' Immediatbericht 19. Mai 1806; geh. St.-A. — [2]) Geh. St.-A.

Nach dem Friedensschluß zu Preßburg (25. Dezember 1805) war es Napoleons Absicht, auch mit England zum Frieden zu gelangen. Die Schlacht von Trafalgar hatte die französische und die spanische Seemacht vernichtet; eine Epoche des Friedens, ein Waffenstillstand auf einige Jahre war erforderlich, um sie herstellen zu können. Dazu hatte er im Sinne, inzwischen dem deutschen Reiche den letzten Stoß zu geben, die alte Reichsverfassung über den Haufen zu werfen, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten unter die Herrschaft Frankreichs zu stellen. Er mußte darauf gefaßt sein und war es, bei Ausführung dieser Wandlung dem Widerstande Oestreichs zu begegnen. Nicht leichten Kaufs würde sich Oestreich aus seiner mehr als vierhundertjährigen Stellung an der Spitze des deutschen Reiches verdrängen lassen, und wenn Preußens Interesse an Erhaltung der Reichsverfassung nicht lebhaft genug schien, diesen Staat unter die Waffen zu bringen, so konnte es sich doch der Schilderhebung Oestreichs anschließen, so mußte es unzweifelhaft die Waffen erheben, wenn Napoleon ihm Hanover entzog, eine Entziehung, die unvermeidlich war, wenn der Friede zwischen Frankreich und England zum Abschluß kommen sollte. Für den Kampf, den Napoleon hiernach gegen Oestreich und Preußen voraussah, war es die beste Vorbereitung, nicht nur mit England, sondern auch mit Rußland zum Frieden zu gelangen. Er hatte es dann mit den deutschen Mächten allein zu thun, und er glaubte, die deutsche Frage so stellen zu können, daß er Oestreich und Preußen vereinzelt zu treffen vermöge.

Mit England zur Friedensverhandlung zu kommen, war nicht schwer. Dort war in den ersten Tagen des Februar 1806 Fox an Pitts Stelle getreten. Bis dahin Führer der Opposition, Gegner des Krieges mit Frankreich, mußte er, ans Ruder gelangt, dem Programm, zu welchem er sich so laut und so lange bekannt, nunmehr an der Spitze des Staates Rechnung tragen. Gleich im Beginn der Unterhandlung, noch im März, bot ihm Napoleon Hanover. Rußland zur Unterhandlung zu bringen, bedrohte Napoleon Oestreich mit neuem Kriege. Oestreich hatte im Frieden von Preßburg Dalmatien an Frankreich abgetreten. Die östreichische

Besatzung hatte Cattaro geräumt, ehe die zur Besitznahme bestimmten französischen Truppen heran waren; die russische Flotte im adriatischen Meere hatte dies benutzt, sich Cattaro's zu bemächtigen. Napoleon verlangte vom Wiener Hofe, daß er ihm Cattaro schaffe, die russische Besatzung, wenn nöthig, mit Gewalt entferne; andernfalls werde er Oestreich mit Krieg überziehen. Diese Drohungen wirkten, was sie sollten; der Wiener Hof drängte in Petersburg, ihn aus so peinlicher und gefährlicher Lage zu befreien. Alexander entschloß sich, den Staatsrath Oubril zur Friedensverhandlung nach Paris zu senden. Wie Haugwitz in Schönbrunn und Paris, gelang es Napoleon, auch Oubril zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages zu schrecken. Er ließ ihm vorhalten, daß nur durch schleunigen Abschluß Oestreich vor einem Vernichtungskriege gerettet und Deutschland vor dem Umsturz der Reichsverfassung bewahrt werden könne. Nachdem Oubril am 20. Juli gezeichnet, schien auch der Friede mit England außer Frage. Es war nicht wahrscheinlich, daß England, von Rußland verlassen, den Krieg allein fortsetzen werde. Am 22. Juli ließ Napoleon die Rheinbundsakte publiziren, die er schon zehn Tage zuvor (12. Juli) hatte zeichnen lassen. Die große Armee, welche seit dem Frieden von Preßburg in Süddeutschland stand, ließ er dergestalt dislociren, daß sie am 15. August bei Linz koncentrirt sein konnte. Gegen Preußen ließ er die Corps von Mortier und Bernadotte ins Baireuthische vorgehen, schob einige Divisionen ins Großherzogthum Berg, andere nach Holland und erklärte am 28. Juli die Vereinigung der Festung Wesel mit Frankreich. Um Preußen und Oestreich zu trennen, Preußen zunächst zurückzuhalten, ließ er den Grafen Haugwitz einladen, dem Rheinbunde gegenüber eine norddeutsche Konföderation unter Führung Preußens zu bilden.

Oestreich, noch unter der frischen Wirkung der Schläge von Ulm und Austerlitz, verzichtete auf jeden Widerstand gegen den Umsturz der deutschen Reichsverfassung. Mittelst Erklärung vom 6. August legte Franz die deutsche Kaiserwürde nieder. Drei Tage darauf befahl König Friedrich Wilhelm die Mobilmachung der preußischen Armee.

Napoleon hatte den König dazu getrieben, gegen Schweden Ernst zu machen und sich Schwedisch-Pommerns zu bemächtigen. Haugwitz war Feuer und Flamme dafür; der König hütete sich wohl, durch solchen Kriegszug tiefer in das französische System verstrickt zu werden. Er duldete den Krieg, den Schweden ihm machte, ohne ihn zu erwidern. Noch am 12. Juli hatte der Vertreter Napoleons in Berlin die Aufforderung, Preußen möge sich doch endlich Stralsunds bemächtigen, wiederholt; am 20. Juli ließ Napoleon Herrn von Oubril in jenem Friedensvertrag auch einen Artikel unterzeichnen, in welchem Rußland und Frankreich die Verpflichtung übernahmen, Schweden im Besitz seines Gebietes in Pommern zu erhalten. Als Haugwitz die Unterhandlung über den norddeutschen Bund begann, vernahm er in Dresden, Kassel und in den Hansestädten, daß Napoleon hier hatte andeuten lassen: der Eintritt in den Rheinbund stehe offen; erzwungenen Eintritt in den norddeutschen Bund werde er nicht dulden. Dann kam die Kunde von der Annäherung französischer Truppen an die West- und Südgrenzen Preußens; endlich die Nachricht, daß Hanover England als Preis des Friedens geboten sei. Der Unterhändler Englands zu Paris, erschreckt durch die Isolirung, in welche der russische Friede England gebracht, hatte dem Vertreter des Königs in Paris dies selbst mitzutheilen für geboten erachtet.

Jene Gegenwirkungen gegen den norddeutschen Bund, auf die er gestoßen war, die Annäherung französischer Truppen an seine Grenzen, in Verbindung mit der Annexion Wesels, ließen Friedrich Wilhelm nicht zweifeln, daß es Napoleons Absicht sei, nachdem Rußland seinen Frieden geschlossen, welchem hiernach und nach dem Angebot Hanovers auch der Friede mit England unmittelbar folgen mußte, d. h. nachdem er Preußen Rußlands Hülfe abgeschnitten und alle Streitmittel Frankreichs disponibel gemacht hatte, ihn anzufallen und niederzuwerfen. Er setzte sich sofort in Vertheidigungsstand. Die Befehle ergingen am 9. August. Erst 10 Tage später war er in Kenntniß und Besitz jenes Vertrages, den Alexander am 24. Juli in Petersburg gezeichnet; erst am 31. August erfuhr er, daß Kaiser

Alexander die Ratifikation des Friedensvertrages weigere, den Oubril in Paris gezeichnet hatte.

Es ist eine Sage und, so oft sie auch wiederholt worden ist, eine völlig unbegründete Sage, daß der König schwankend und zögernd dem Ausbruche des Krieges entgegengegangen sei; die unzweideutigsten Zeugnisse beweisen das Gegentheil. Die Sage ist entstanden aus dem Täuschungssystem, welches Haugwitz Frankreich gegenüber zu befolgen für nothwendig hielt, bis Rüstung und Aufmarsch der Armee vollendet wären. Der 18. September war für die Beendigung des Aufmarsches in Aussicht genommen. Haugwitz selbst hatte im ersten Augenblicke der Rüstung nur in dem Sinne zugestimmt, Position gegen Frankreich zu gewinnen; aber der ungemeine Aufschwung der Stimmung im Lande und in der Armee überzeugte ihn schon in den nächsten Tagen, daß er sich nur behaupten könne, wenn er ernsthaft auf die Seite der Kriegspartei trete. Die bittere Empfindung, von Napoleon getäuscht zu sein, der Wunsch, sich dafür zu rächen, kamen bei ihm hinzu. Wohl mochte er sich verpflichtet halten, so lange am Ruder zu bleiben, bis die Rüstung vollendet war; dann aber mußte er sich sagen, daß es gelte, Armee und Land mit festem Vertrauen auf die Leitung zu erfüllen, welches für einen so schweren Krieg unbedingt nothwendig war, das Vertrauen der Höfe zu gewinnen, auf deren Unterstützung Preußen angewiesen war. Der Mann, der die Verträge von Schönbrunn und Paris geschlossen, der als Vertreter des französischen Systemes die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen hatte, konnte dies Vertrauen weder im Lande noch außerhalb des Landes beanspruchen und gewinnen. Er wußte außerdem, in welchem Grade man ihm in Wien und Petersburg mißtraute. Er hoffte, dieses Mißtrauen überwinden zu können, indem er nicht, wie die ganze Situation gebot, den Angriff Napoleons abwartete, sondern Preußen in den Angriff warf. Niemand konnte mehr an seinem Ernste gegen Frankreich zweifeln, wenn man ihn den Krieg suchen und zum Kampfe vorgehen sah.

Die Waffenerhebung Preußens zerriß das künstliche System, durch welches Napoleon England und Rußland zum Frieden zu

bringen gedacht hatte. Sie stellte die Ratifikation des Oubril'schen Vertrages in Frage und machte die Aussicht auf den Frieden mit England hinfällig. Aber noch vor der Nachricht vom Beginne der preußischen Rüstung hatte Napoleon die Kunde von Oestreichs Fügung in den Rheinbund erhalten. Statt des Friedens mit Rußland und England (er ließ die Unterhandlungen mit England nur noch zum Scheine fortsetzen) eröffnete sich ihm die Aussicht, Preußen isolirt fassen zu können und Rußland durch einen Angriff der Pforte zu beschäftigen. Die längst eingeleitete Anreizung der Pforte zum Kriege gegen Rußland wurde durch seinen Vertreter in Konstantinopel nun mit verdoppeltem Eifer betrieben und führte schon im September zum Beginn des Kampfes an der unteren Donau. Haugwitz' Täuschungssystem täuschte ihn keinen Augenblick. Er erwiderte es mit gleicher Münze. Er hatte die gegen Oestreich aufgestellte Armee nur gegen Preußen zu wenden, sie aus den Lagern von Meudon und Boulogne, durch seine Garde zu verstärken. Bis dies geschehen, der Aufmarsch vollendet, bis die Kontingente des Rheinbundes aufgeboten und wenigstens die Baiern in erster Linie verwendbar seien, suchte er Preußen in Ungewißheit zu halten. In diesem Sinne beschenkte er Knobelsdorff, floß er von Betheuerungen des äußersten Wohlwollens für Preußen über, erklärte er, daß er seine Bewegungen nach denen Preußens richten werde, wies er seinen Gesandten in Berlin an, die Annäherung der französischen Truppen an die preußischen Grenzen in Abrede zu stellen. Er erreichte immerhin so viel, daß Haugwitz die Sendung des Obersten von Krusemark nach Petersburg, d. h. die Verständigung mit dem einzigen Alliirten, den Preußen nicht ihm, sondern dem Könige verdankte, bis zum 18. September und damit die Marschordres für die russischen Truppen bis zu den ersten Tagen des Oktobers verzögerte, daß Haugwitz die Benutzung des günstigen Moments, der für die Offensive Preußens noch offen war, dadurch verhinderte, daß er jede Angriffsbewegung vor dem 8. Oktober, dem in seinem Ultimatum gestellten Termin, für unthunlich erklärte. Napoleon war bereits neun Tage, bevor dies Ultimatum überreicht wurde, d. h. neun Tage vor dem 1. Oktober, zu seiner Armee abgegangen.

Der Feldzug von 1806 habe es in seine Hand gelegt, Preußen zu vernichten, so hat Napoleon nachmals versichert; aus Großmuth habe er diesen Staat verschont, und nicht zum ersten Male habe dann die Erfahrung gezeigt, daß Großmuth ein schlechter Rathgeber in der Politik sei [1]). Jedermann weiß, daß Großmuth nicht zu den Schwächen Napoleons gehört hat. An dem Willen, Preußen zu vernichten, hat es ihm nicht gefehlt; die Macht fehlte, militärische und politische Nothwendigkeiten zwangen ihn, von den wiederholten Versuchen dieser Vernichtung abzustehen. Ueber die Maßnahmen, die Napoleon nach seinem Einzuge in Berlin für die Verwaltung Preußens traf, bemerkt Bignon: daß sie die Rückkehr des regierenden Hauses „fast problematisch gemacht hätten [2])." In der Friedenshandlung zu Charlottenburg verlangte Napoleon zunächst die Abtretung aller Gebiete Preußens westwärts der Elbe; als dies Zugeständniß gemacht war, erklärte er, daß die künftige Ausdehnung Preußens abhängig sei von den Bedingungen, die England für die Rückstellung der Kolonien eintreten lassen werde; noch deutlicher sagte seine Botschaft an den Senat vom 10. November: die französische Armee werde Berlin und Preußen nicht verlassen, bis England die spanischen, holländischen und französischen Kolonien zurückgestellt habe. Als sich dann die russische Armee der Weichsel näherte, machte Napoleon einen Versuch, Preußen und Rußland zu trennen. Der General Duroc traf am 20. November zu Osterode bei König Friedrich Wilhelm ein; im Namen Napoleons bot er Waffenstillstand, wenn Preußen seine Festungen, die noch hielten: Hameln, Nienburg, Kolberg, Danzig, Graudenz, Breslau, Glogau, übergebe und sich verpflichte, die russischen Truppen in ihre Grenzen zu bringen und während der Dauer des Waffenstillstandes innerhalb derselben zu halten. Es waren ähnliche Bedingungen, wie die, welche Napoleon dem Kaiser Franz nach der Schlacht von Austerlitz gestellt, die dieser angenommen hatte. Auch in Osterode stimmte Haugwitz, die Mehr-

---

[1]) Fain Manuscrit de 1813 1, 103; vgl. Correspondance de Napoléon 16, 112. — [2]) Histoire de France 6, 44. 50.

zahl der Minister und Generale, die der König hier zur Berathung versammelte, für die Annahme dieser Bedingungen. In vollständiger Uebereinstimmung mit dem Gange seiner bisherigen Politik lehnte der König ab. Es war ein rettender Entschluß. Nach der Schlacht bei Eilau war die Trennung Preußens und Rußlands Napoleon selbstverständlich noch wünschenswerther. Er bot dem Könige einen günstigen Sonderfrieden. General Bertrand wurde beauftragt, dem Könige zu sagen, daß Napoleon sich einen Ruhm daraus mache, ihn in seine Staaten und seine Rechte zurückzuführen, daß er diesen Ruhm keinem Vermittler verdanken wolle (Oestreich hatte seine Vermittelung angeboten), daß Napoleon für seine Verbündeten kein Opfer von Preußen fordere, vielmehr dem Könige überlasse, sich mit denselben abzufinden, wie er sich selbst vorbehalte, sich seinerseits mit den Verbündeten Preußens zu verständigen. In Betreff Polens, d. h. der polnischen Provinzen des damaligen Preußens, hatte Bertrand zu erkennen zu geben, daß Napoleon keinen Werth auf Polen lege, seitdem er es kennen gelernt habe. Freilich hatte er Alles gethan und that Alles, den Polen die Wiederherstellung ihres Reiches vorzuspiegeln. Den freundlichen Erbietungen fehlte die Gegenseite nicht; während Bertrand locken sollte, mußte Talleyrand drohen. An Zastrow, der auf Hardenbergs Rath interimistisch an Haugwitz' Stelle getreten war, schrieb Talleyrand gleichzeitig: der Kaiser wünsche die Streitkräfte Preußens sofort zur Vertheidigung und Erhaltung des osmanischen Reiches zu verwenden: „er schlägt deshalb dem Könige nicht bloß Frieden, sondern auch Bündniß vor, das auf der Stelle zu zeichnen ist. Die Zeit drängt, die Ereignisse drängen den Kaiser, einen Entschluß zu fassen, und wenn er ihn einmal gefaßt hat, wird weder Rußland noch sonst Jemand den Kaiser zur Aenderung desselben bewegen. Ich darf nicht verschweigen, daß, wenn die Allianz nicht stattfände, der Kaiser die Ausführung seiner Absichten durch eine Maßnahme verfolgen würde, welche das Haus Brandenburg auf immer vom Throne ausschließen würde." Der König widerstand der Lockung wie der Drohung. Napoleon versuchte es noch ein Mal mit einem freundschaftlichen Briefe an

den König, in welchem er seinen Wunsch für die Herstellung der preußischen Monarchie, „die als Zwischenmacht der Ruhe Europa's nothwendig sei," aussprach und zur Erreichung desselben das einfachste und rascheste Mittel (d. h. den Sonderfrieden) anrieth. Wiederum vergebens.

Bei Friedland wurde die russische Armee am 12. Juni geschlagen, jedoch zu weiterem Kampfe nicht unfähig gemacht. Die unter General Labanow heranrückende Verstärkung ersetzte den Verlust des Kampfes vollständig. Die Widerstandskräfte Preußens waren noch nicht gänzlich gebrochen. General Blücher stand mit 20,000 Schweden und Preußen auf Rügen bereit, eine Diversion im Rücken Napoleons zu machen; er war eben durch die freilich unverantwortlich hinausgezogene Landung von 8000 Engländern verstärkt, denen 20,000 Mann demnächst folgen sollten. In der preußischen Kriegskasse lagen noch 6 Millionen Thaler. Von Wien her war zugleich General Stutterheim eingetroffen; Oestreich schien entschlossen, in den Kampf einzutreten. Aber eine starke Partei im russischen Heere und am russischen Hofe hielt diesen Krieg für Preußen längst für eine nutzlose und unverantwortliche Vergeudung von russischem Blut und russischer Kraft; sie hatte einen eifrigen Vertreter in dem Großfürsten Konstantin. Nach dem Mißerfolge bei Friedland drang sie mit verdoppelter Kraft in den Kaiser. Alexander fürchtete, daß das Vordringen der französischen Heere über die Grenze Rußlands nicht zu hindern sei, daß dies einen Aufstand in den vormaligen Gebieten Polens hervorrufen könnte. General Bennigsen hatte seinen Bericht über die Schlacht bei Friedland mit dem Hinweis darauf geschlossen, daß es gerathen sei, Unterhandlungen zu beginnen, wenn auch nur, um Zeit zu gewinnen [1]). So sandte Kaiser Alexander den General Labanow in das Hauptquartier Napoleons, einen Waffenstillstand auf vier Wochen zu beantragen (19. Juni). Napoleon forderte die Uebergabe von Kolberg, Pillau und Graudenz; Labanow konnte nicht über preußische Festungen verfügen, er kehrte unverrichteter Dinge zurück. Aber schon am nächsten Morgen war Duroc im Haupt-

---

[1]) Bernhardi Geschichte Rußlands 2, 2, 533.

quartier Bennigsens mit der Eröffnung: Napoleon sei bereit, Waffenstillstand zu gewähren, wenn Alexander sofort in Friedensverhandlungen eintreten wolle.

Labanows Sendung war Napoleon außerordentlich erwünscht gekommen. Oestreichs Haltung war beunruhigend. Er hatte während des Winterfeldzuges erfahren, was dieser Krieg in Ostpreußen bedeute, der die stolze Armee von Boulogne, von Austerlitz und Jena mindestens zur Hälfte aufgelöst hatte. Sie reichte für eine Invasion in Rußland nicht aus und war nicht begierig, den Kampf in den Wäldern und Sümpfen Litthauens fortzusetzen [1]).

Napoleon bot dem Kaiser Alexander nicht nur Frieden sondern zugleich Bündniß. Es war der beste diplomatische Zug, den er überhaupt gethan hat. Seine Erfolge gaben ihm kein Recht, von Rußland irgend ein Zugeständniß zu fordern, das über den Preis der Abwendung seiner etwa in Aussicht zu stellenden Invasion hinausging. Gewann er dagegen Rußlands Bündniß, so entzog er damit nicht nur dem niedergeworfenen Preußen, sondern auch Oestreich und England die mächtigste Stütze gegen Frankreichs Dominat. Er gewann damit dauernde Waffenruhe für Deutschland; er konnte ungestört im Süden vorgehen. Das gesammte bisherige Staatensystem brach zusammen.

Kaiser Alexander nahm die dargebotene Hand an. Bisher Vorkämpfer der Freiheit Europa's gegen Frankreichs Uebermacht, trat er nunmehr auf die entgegengesetzte Seite. Hatten England und Oestreich es sich nicht selbst zuzuschreiben, wenn er die Front wechselte? Das englische Kabinet hatte in thörichtster Verblendung ihm verweigert, die Gewähr für ein Anlehen von 6 Millionen Pfund zu übernehmen, d. h. für die Geldmittel, deren Alexander für die Kriegführung dringend bedurfte; Englands Landungstruppen waren zu spät gekommen; seine Intervention, die Pforte zum Frieden mit Rußland zu zwingen, das Erscheinen seiner Flotte vor Konstantinopel (Febr., März 1807), hatte sich vollkommen unwirksam erwiesen. Und

---

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 3, 89. 90.

Oestreich hatte, während unzweifelhaft die Entscheidung bei ihm stand, während der ganzen Dauer des Krieges, d. h. neun volle Monate hindurch, keinen Entschluß gefunden. Ließ Kaiser Alexander, in seinen guten Absichten für die Unabhängigkeit und das Gleichgewicht Europa's so ungenügend unterstützt, nunmehr die europäischen Gesichtspunkte und selbst die weiterliegenden Interessen Rußlands, so gewichtig sie waren, fallen, faßte er nur die nächsten Interessen Rußlands ins Auge, so konnte eine günstigere Konjunktur kaum jemals eintreten. Seinem Vordringen gegen Schweden standen Frankreich und England stets im Wege; jetzt erbot sich Frankreich, die Erwerbung Finnlands zu unterstützen. Dem Gewinne der Donauländer standen Oestreich in erster, in zweiter Linie Frankreich und England entgegen. Jetzt war Oestreich schwach, und Frankreich stimmte nicht nur zu, es erklärte sich zur Mitwirkung bereit. Der Feindschaft Englands begegnete Rußland unter allen Umständen, wenn es gegen Schweden oder die Pforte vorging. War es somit eine zu schwere Gegenleistung, wenn man Napoleons Bedingung annahm und die Sperre des Kontinents gegen den Verkehr mit England, die Napoleon am 21. November 1806 von Berlin aus verfügt hatte, auch bei sich einführte? Es ist schwerlich richtig, daß Alexander, wie die französischen Darstellungen wollen, von Napoleons Persönlichkeit, von den orientalischen Phantasien, die er ihm vorspiegelte, völlig umgarnt und geblendet worden sei. Er sah dem weiteren Verlaufe der Dinge doch nicht ohne Bedenken entgegen[1]).

Für Preußen war es das schwerste Unheil, daß Alexander den Kampf aufgab, den er bis zum Aeußersten zu führen zugesagt hatte, noch unheilvoller freilich, daß Alexander dem Imperator über Preußen hinweg die Hand zum Bunde reichte. Soweit die Verhandlungen, die zu Tilsit unmittelbar zwischen Alexander und Napoleon stattfanden, sich durchschauen lassen, war es Napoleons Absicht, Preußen nun nicht nur die linkselbischen Lande zu nehmen, sondern auch die polnischen Erwerbungen aus der zweiten und dritten

[1]) Mazade Alexandre et Czartoryski p. 87. 89. 599.

Theilung sowie Schlesien. Sachsen, Schlesien und die polnischen Gebiete Preußens (das Herzogthum Warschau) sollten zu einem Staate unter der Herrschaft seines Bruders Jerôme vereinigt werden, der Kurfürst von Sachsen durch Hessen und die rechtselbischen Besitzungen Preußens entschädigt, und Rußland mit dieser Staatsbildung dadurch versöhnt werden, daß es Ostpreußen bis zur Weichsel in Besitz nahm. Preußen wäre auf die Mittel- und Neumark, Pommern und Westpreußen beschränkt worden. Für Rußland war es bedenklich genug, daß überhaupt ein polnisches Gemeinwesen mit der alten Hauptstadt Warschau wieder ins Leben trat; dieser Staat, mit Sachsen und Schlesien verbunden, somit ein Staat von über sechs Millionen Bewohnern, an sich nicht ohne Bedeutung, hätte unter dem Bruder Napoleons das größte Schwergewicht dadurch erhalten, daß er Napoleons Herrschaft bis an die Grenzen Rußlands heranschob. Alexander konnte diese Kombination nicht gestatten, wenn er Rußlands Sicherheit nicht völlig preisgeben wollte; Napoleons Herrschaft bis zur russischen Grenze war eine stete Bedrohung, ein permanenter Kriegszustand für Rußland. Alexanders Widerstand gegen die Vorrückung der russischen Grenze bis zur unteren Weichsel (der Vorrückung derselben bis zum Niemen scheint er einen Augenblick zugestimmt zu haben), gegen Sachsen-Schlesien-Polen unter Jerôme überzeugte Napoleon, daß er diesen Plan aufgeben müsse, der überdies seine Hintergedanken zu früh verrieth. Er nahm seinen Rückzug, indem er Alexander am 4. Juli 1807 eine Note mit der Bemerkung zusandte, daß er aus dieser seinen Willen, sich stets in der Stellung der Freundschaft und Allianz mit Rußland zu halten und alles zu entfernen, was direkt oder indirekt diesem großen und schönen Gedanken entgegen sein könnte, erkennen werde. Die Note sagt: „Jerôme auf den Thron von Sachsen und Warschau berufen, das heißt alle unsere Beziehungen über den Haufen werfen. Jede Zollstreitigkeit, jede Handelsdifferenz, jede Polizeifrage würde das Herz des Kaisers Napoleon direkt erreicht haben, und durch diesen Einen Fehler hätten wir den Allianz- und Freundschaftsvertrag zerrissen. Nachdem der Kaiser über diese Frage nachgedacht hat, ist

er vielmehr bereit, zu erklären, daß es seine Politik ist, daß sein unmittelbarer Einfluß die Elbe nicht überschreitet. Er hat diese Politik angenommen, weil es die einzige ist, die mit dem System aufrichtiger Freundschaft, welche er mit dem großen Reiche des Nordens schließen will, vereinigt werden kann. Demnach werden die Länder zwischen Niemen und Elbe die Barriere zwischen den großen Reichen bilden, und die Protektion des Kaisers von Rußland wird den König von Preußen in den Besitz aller Länder zurücktreten lassen, welche die beiden Haffs bespülen und von der Quelle der Oder bis ans Meer reichen [1])." Also dem Kaiser von Rußland zu Liebe und um der Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland keinen Stoff zu Streitigkeiten zu geben, verzichtete Napoleon darauf, auch noch Schlesien von Preußen abzureißen und Jerôme auf den Thron des neuen Sachsen-Polens zu setzen, wollte er „seinen unmittelbaren Einfluß" ostwärts durch die Elbe begrenzen und König Friedrich Wilhelm in den Besitz der Länder zurücktreten lassen, welche von der Quelle der Oder bis an das Meer reichen, welche von der Elbe und vom Niemen begrenzt werden. Es war immer noch ein, wenn auch kleines Stück altpreußischen Gebietes, das Napoleon mit dieser Begrenzung dem Kaiser Alexander zuzuwenden gedachte, der schmale Streifen Landes von der Mündung des Niemen bis zur Grenze Kurlands mit dem Hafen Memel. Alexander wies auch dieses Angebot zurück. In einem Schreiben vom 6. Juli sagte er Napoleon: was Memel und dessen Territorium betreffe, so sei er bereit, darauf zu verzichten; mit der Abtretung der ionischen Inseln und Jevers (Napoleon hatte Cattaro und die ionischen Inseln für sich und Jever, das Erbe Katharina's, für Holland verlangt) habe er den Wunsch verbunden, daß Preußen bessere Bedingungen erhalte [2]). Dagegen acceptirte Alexander ein anderes Stück preußischen Gebietes aus dem polnischen Antheile, den Bezirk von Bialystok, ein Gebiet von 200

---

[1]) Corresp. Napol. 15, 382. Lefèbvre l. c. 5, 105. Thiers Consulat et l'empire 1, 658. 659. Zu vergleichen sind die Vorschläge, die Napoleon für die Gestaltung Preußens am 9. August 1813 für den Kongreß zu Prag machte bei Lefèbvre l. c. 5, 393. 394. — [2]) Bogdanowitsch 2, Anh. S. 43.

Quadratmeilen, das ihm Napoleon aufdrängte, um ihn mit Preußen möglichst zu entzweien [1]). Er nahm es, um das Herzogthum Warschau, dem es Napoleon anderenfalls hinzugefügt hätte, nicht zu vergrößern.

Der Friedens- und Allianzvertrag zwischen Rußland und Frankreich wurde am 7. Juli zu Tilsit gezeichnet. Beide Staaten sind zu Schutz und Trutz verbündet; jeder Krieg in Europa, in welchen eine der beiden Mächte verwickelt wird, ist ihnen gemeinsam. Rußland acceptirt die Vermittelung Frankreichs in seinem Kriege gegen die Pforte, Frankreich die Rußlands in seinem Kriege gegen England. Bleibt die Vermittelung bei der Pforte fruchtlos, so wird dieselbe gemeinsam angegriffen und Rußland die Moldau, die Wallachei und Bulgarien, Frankreich Bosnien und Albanien, die griechische Halbinsel mit dem Peloponnes erhalten. Rumelien und Konstantinopel bleiben von dieser Theilung ausgeschlossen [2]). Bleibt Rußlands Vermittelung bei England fruchtlos, so werden Dänemark, Schweden und Portugal gemeinsam aufgefordert, England den Krieg zu erklären und ihre Häfen den Engländern zu schließen. Weigert dies einer dieser Staaten, so wird er mit Krieg überzogen. Beide Mächte werden nachdrücklich darauf bestehen, daß Oestreich den gegen England zu ergreifenden Maßregeln beitritt. Rußland erkennt den Rheinbund und Napoleon als dessen Protektor an, wie Joseph, Ludwig und Jerôme Bonaparte als Könige von Neapel, Holland und Westfalen.

Aufrichtiger Weise konnte dieser Bund zwischen Frankreich und Rußland keine andere Basis haben als die Theilung der Herrschaft über Europa, so daß Frankreich der Westen, Rußland der Osten überlassen wurde. Nur indem Frankreich seine alten Allianzen im Osten: Schweden, Polen und die Pforte, aufgab, konnte es eine Allianz mit Rußland gewinnen, welche den beiderseitigen Interessen

---

[1]) Wer diese bestimmte Absicht bezweifeln wollte, würde auf Napoleons Aeußerung an Kurakin am 15. August 1811 zu verweisen sein, s. unten. — [2]) Lefèbvre l. c. 3. 113.

gerecht wurde, konnte es Rußland bestimmen, mit ihm in den Handelskrieg gegen England ernstlich einzutreten. Napoleon mußte Schweden und die Halbinsel des Balkan Rußland überlassen, wenn Rußland ihm dafür Italien, Spanien und Portugal, Belgien und Holland, die Schweiz und die Hälfte Deutschlands überlassen sollte. Kein Zweifel, daß Napoleon seiner Herrschaft über Westeuropa wie seinem Throne durch eine loyale Allianz mit Rußland Bestand und Dauer zu geben vermocht hätte. Er konnte dies Ziel auf diesem Wege erreichen; er konnte es, falls er diesen verschmähte, dadurch erreichen, daß er das italienische und das polnische Volk durch Aufrichtung nationaler Staaten zu seinen Bundesgenossen machte. Die Geschicke Italiens lagen längst in seiner Hand; jetzt vermochte er auch Polen wiederaufzurichten, vollständig freilich nur um den Preis der Fortsetzung des Krieges gegen Rußland. Aber schon jetzt hätte er treue Bundesgenossen wie an den Italienern, so an den Polen erworben, wenn er weder hier noch dort mittelbar oder unmittelbar zu herrschen begehrte. Die Dankbarkeit wie die Gefahr, welche Polen von den drei Theilungsmächten, Italien von Oestreich drohte, hätten das neue, wenn auch noch unvollständige Polen und das neue Italien unerschütterlich auf der Seite Frankreichs gehalten. Es wäre die für Deutschland nachtheiligste Gestaltung des europäischen Staatensystems geworden. Napoleon beabsichtigte weder das Eine noch das Andere.

Man durfte zweifeln, auf wessen Seite die nächsten Vortheile der neuen Allianz lagen. Napoleon gab die alten Bundesgenossen Frankreichs im Osten, Schweden und die Pforte, auf; er verzichtete darauf, Polen in weiterem Umfange wiederherzustellen. Unmittelbar wurden Rußland Vortheile gegen Schweden und die Pforte geboten, während Rußlands Verpflichtungen, abgesehen von der Uebernahme der Handelssperre gegen England, in weiterer Ferne lagen. Gewann Alexander durch diesen Systemwechsel Finnland, hatte er die Moldau und Wallachei, so konnte er das Weitere sehr wohl von dem Verhalten des Bundesgenossen, von der Lage Europa's abhängen lassen Thatsächlich aber gelang es Napoleon, und hierauf kam es ihm an,

Rußland dem System des Gegensatzes gegen Frankreich zu entziehen und die Aussicht zu erlangen, es mit Preußen, Oestreich und England auf lange Zeit hinaus zu verfeinden, Oestreich durch Rußland in Ruhe zu halten, solange er im Südwesten beschäftigt sein werde, und England durch eine längere Sperrung auch der russischen Häfen zu schädigen. Vielleicht daß die durch die Schließung der Ostsee verstärkten Handelsverluste England zur Restitution der französischen und holländischen Kolonien bestimmten. Als Gegengewähr für diese Dienste war er bereit Finnland preiszugeben. König Gustav IV. gehörte zu seinen hartnäckigsten Gegnern. Warum sollte dieser nicht durch einen französisch-russischen Krieg bestraft, warum Schwedens Häfen nicht auch den Engländern gesperrt werden? War Rußland stärker, wenn es die Schneefelder Finnlands besaß? Nur Sweaborg und Helsingfors waren von Bedeutung. Finnland wollte Napoleon opfern, nicht mehr. Nicht daß er sich in seinem Gewissen bedrängt gefühlt hätte, die Pforte, die er in den Krieg gegen Rußland geworfen, der er noch im April 1807 jede Unterstützung und jedenfalls einen besseren Frieden als den von Jassy versprochen hatte, nunmehr preiszugeben; nicht daß ihm etwa die Integrität der Pforte am Herzen gelegen hätte. Aber darauf kam es ihm an, in der Lage zu sein, das entscheidende Wort zu sprechen, wenn es zur Theilung komme, und den besten Theil für sich nehmen zu können.

Dieser Hintergedanke Napoleons war bereits in den Stipulationen zu Tilsit unschwer zu erkennen. Warum hatte sich Napoleon Cattaro und die ionischen Inseln gegen den Bezirk von Bialystok von Rußland abtreten lassen, als um seine Position in Dalmatien, die er dem Frieden von Preßburg verdankte, zu verstärken, als um hier auf und an der Halbinsel des Balkan in der Lage zu sein, nicht bloß in die Geschicke der Pforte unmittelbar einzugreifen, sondern auch Rußlands Vordringen gegen dieselbe von hier aus hindern zu können? Warum legte er Gewicht darauf, die Vermittelung mit der Pforte in der Hand zu haben? Warum bestimmte der Friede von Tilsit, daß Alexander die Moldau und Wallachei sofort, bis das definitive Arrangement hergestellt sein werde, räumen solle? Offenbar

doch, weil Napoleon die Hand im Spiele behalten wollte. Und hatte er sich nicht auch unmittelbar an der Westgrenze Rußlands eine haltbare, der Erweiterung fähige Position geschaffen, wenn er auch die Herstellung Preußens bis zur Hälfte seines vormaligen Umfangs schließlich zuzugestehen sich bequemt hatte? War die Aufrichtung des Herzogthums Warschau nicht der Beginn der Wiederaufrichtung eines nationalen polnischen Staates? Daß Napoleon seinen neuen Vasallen, den König von Sachsen, zum Souverän dieses Staates machte, geschah doch ebenfalls in antirussischem Sinn, um das neue Polen in sicherer Abhängigkeit von Frankreich zu halten und es Rußland unmöglich zu machen, auf diesen Staat Einfluß zu gewinnen. Was bedeutete die Allianz, wenn mit dem Abschluß derselben zugleich ein französischer Vorposten an der Grenze Rußlands aufgestellt wurde? Erwägungen dieser Art müssen sich Kaiser Alexander ebenso aufgedrängt haben, wie sie sich unserer Betrachtung darbieten.

Preußen wurde durch seinen Frieden mit Frankreich, den es am 9. Juli abschloß, nach jenem Ausdruck Napoleons als „Zwischenmacht", oder als „Barriere", wie Napoleon Alexander gegenüber sagte, zwischen den beiden Weltmächten, die sich nun die Hand reichten, wiederaufgerichtet [1]). Die Reduktion war stark. Preußen verlor 2851 Quadratmeilen mit 5,158,489 Bewohnern; es behielt 2856 Quadratmeilen mit 4,594,000 Bewohnern [2]). Auch diesseit der Elbe wurden Preußen noch Gebietstheile entzogen, zu Gunsten Sachsens der Kreis Kottbus, zu Gunsten des Herzogthums Warschau Thorn und das Kulmerland, zu Gunsten Frankreichs Danzig, das seitdem eine besondere Republik mit französischer Garnison bildete. Und dazu war dieser Friede, wie ein eifriger Bewunderer Napoleons, Bignon, selbst eingesteht: „nur der Name des Friedens", oder, wie Lefèbvre denselben bezeichnet: „er war nicht aufrichtig [3])." Es war nicht bloß, daß das neue Polen auf Kosten und im scharfen Gegensatz zu

---

[1]) Correspondance de Napoléon 15, 382. Fain Manuscrit de 1813 1, 280. — [2]) So Bassewitz Kurmark 1, 581. Stein giebt in einer Denkschrift aus dem Juli 1810 4,600,000 Einwohner, Hoffmann in einem Votum vom 2. Mai 1812 4,750,000 Einwohner. — [3]) Bignon histoire de France 6, 367. Lefèbvre l. c. 3, 356.

Preußen gebildet war, daß dasselbe bis unter die Wälle von Graudenz reichte, daß es mit dem auf Kosten Preußens vergrößerten Sachsen wiederum wie vordem verbunden war, eine Verbindung, die Preußen nach dem Ausdruck Friedrich Wilhelms I. in den „Käficht" sperrte, daß Polen und Sachsen in Ost und Süd Preußen zu Wächtern gesetzt waren, wie das neue Königreich Westfalen, aus den rechtselbischen Landen Preußens und dem Kurfürstenthum Hessen gebildet, im Westen. Auch dies so weit reducirte und so stark geknebelte Preußen nur dem Scheine nach noch fortbestehen zu lassen, war Napoleons Absicht. Wie gedrückt und fraglich die Lage war, man zögerte in Memel keinen Augenblick, die Reorganisation der Armee, des Staates in Angriff zu nehmen. Unter dem Drucke der französischen Okkupation begann Stein mit fester Hand das Werk der moralischen und politischen Regeneration durch die einschneidendsten Reformen, welche altberechtigte, tief eingewurzelte Interessen schwer verletzten und den erdrückenden Schwierigkeiten der äußeren Lage zunächst noch innere hinzufügen mußten.

Die Ausführung der Verträge von Tilsit begann Napoleon sowohl Preußen als Rußland gegenüber mit deren Bruch. Die Konvention vom 12. Juli bestimmte, daß Preußen am 1. Oktober 1807 von den französischen Armeen geräumt sein solle; dieselben waren jedoch bis dahin nur hinter die Passarge zurückgegangen. Nur dieser Theil Ostpreußens war geräumt. Die Rheinbundstruppen und die Garde Napoleons waren fortgezogen; im Uebrigen blieb die große Armee auch nach dem 1. Oktober 1807 in Preußen und lebte weiter auf Kosten des Landes. Es geschah nicht nur, um diese Armee auf fremde Kosten zu verpflegen, um Preußen vollständig zu erschöpfen und niederzuhalten. Diese Armee sollte auch auf den neuen Alliirten, auf Rußland, und auf Oestreich drücken. Ihr Kantonnement in Preußen und im Herzogthum Warschau genügte, Alexander zu hindern, seine Streitkräfte in stärkerem Maße an die Donau zu werfen. Sie stand gegen Rußland bereit, wenn es zu selbstständig und weiter, als Napoleon wünschte, in der orientalischen Frage vorgehe [1]). Fand Rußland diese Bedrohung zu

[1]) Lefébvre l. c. 3, 358. 365.

stark dem Geiste der Allianz widersprechend, so ließen sich Gegenbedingungen stellen, so ließ sich auf diesem Wege nachholen, was zu Tilsit nicht hatte erreicht werden können, so mochte Rußland den Rückzug Frankreichs aus Preußen mittelst Einwilligung in eine neue Halbirung Preußens erkaufen, welche Napoleon die unmittelbare Verbindung mit dem Herzogthum Warschau, die vorerst durch seine Armee in Preußen gesichert war, auf andere Weise auch für die Zukunft gewährte.

Rußlands Beschwerden über die vertragswidrige Fortdauer der Okkupation Preußens erwiderte Napoleon mit der Eröffnung, daß ihn die Fortdauer der Okkupation der Donaufürstenthümer durch russische Truppen zur Aufrechterhaltung der Okkupation Preußens berechtige. Als das Bündniß zu Tilsit geschlossen wurde, hatte die russische Armee Chotschim, Bender und Akjerman, die Moldau und die Wallachei der Pforte entrissen; auf dem linken Donauufer behaupteten die Osmanen nur noch Giurgewo, Braila und Ismail. Von Napoleon abgeordnet, brachte General Guilleminot den im Vertrage von Tilsit vorgesehenen Waffenstillstand behufs Geltendmachung der Mediation auf die Bedingungen zu Stande, daß zwar die von den Russen eroberten Festungen geräumt, die von den Osmanen diesseit der Donau behaupteten aber in deren Besitz bleiben, daß auch die von der russischen Flotte eroberte Insel Tenedos wie die von ihr genommenen osmanischen Schiffe zurückgegeben werden sollten und die russische Armee binnen 35 Tagen in die russischen Grenzen zurückkehre. Dieser Waffenstillstand, am 24. August zu Slobosia gezeichnet, sollte bis zum 3. April 1808 währen. Die russische Armee trat sofort den Rückmarsch an. Die Bedingungen waren so entschieden zu Gunsten der Pforte, daß Alexander diese Vereinbarung ohne Modifikationen zu bestätigen um so bestimmter weigerte, als ihn Napoleon zu Tilsit versichert hatte, es liege ihm nicht an der Räumung der Fürstenthümer; man könne sie in die Länge ziehen, um ihr zu entgehen [1]; die eroberten Schiffe könnten nicht zurückgegeben werden; eine bestimmte

[1]) Bernhardi Geschichte Rußlands 2, 2, 571.

Dauer des Stillstands sei unzulässig; nach erfolgter Kündigung müßten die Feindseligkeiten wieder eröffnet werden können. Da die Pforte die Annahme dieser Modifikationen verweigerte, blieben die russischen Truppen in den Fürstenthümern unter der Weisung, sich jeder Aggression zu enthalten.

Napoleon hatte die Artigkeit gehabt, mit der Wiedereröffnung des diplomatischen Verkehrs zuerst den General Savary, darauf Caulaincourt mit seiner Vertretung in Petersburg zu beauftragen, gerade die beiden Männer, die Napoleons Werkzeuge bei der Ermordung des Herzogs von Enghien gewesen waren, gegen welche Alexander damals so entschiedene Verwahrung eingelegt hatte. Es war Savary, der den Kaiser Alexander darauf hinzuweisen hatte, daß die Pforte die zu Tilsit stipulirte Vermittlung Frankreichs augenblicklich angenommen habe, daß die Räumung der Fürstenthümer unerläßlich sei, um dieselbe wirksam werden zu lassen. Je weniger bedacht sich der Imperator für die Interessen seines Freundes an der Donau zeigte, um so bestimmter mußte Rußland auf der Räumung Preußens bestehen. Das russische Kabinet führte aus, daß Rußland durch die Aufrechterhaltung der Besetzung der Moldau und Wallachei nur die Erfüllung der Versprechungen vorbereite, welche Napoleon in Tilsit gemacht habe, während Frankreich die heiligsten der übernommenen Verpflichtungen verletze, indem es nach dem Frieden 200,000 Mann auf Kosten Preußens in dessen Grenzen lasse [1]). Champagny, der Nachfolger Talleyrands im auswärtigen Ministerium, erwiderte (13. Oktober 1807): da die Verpflichtung zur Räumung Preußens von der Abtragung der Kontribution abhängig gemacht, diese Bedingung aber nicht erfüllt sei, bediene sich Frankreich nur eines unbestreitbaren Rechtes Preußen gegenüber [2]). Deutlicher war Napoleon selbst. Am 7. November schrieb er Savary: „Tolstoi (der Gesandte Alexanders in Paris) hat

---

[1]) Thiers (l. c. 8, 430) spricht sogar von 300,000 alten Soldaten, die an der Weichsel geblieben wären; Bignon (l. c. 6, 53) giebt 200,000 Mann an. Das Korps Davoust stand im Großherzogthum Warschau, Bernadotte in Schwedisch-Pommern; Preußen hatte 160,000 Mann zu verpflegen. — [2]) Lefèbvre l. c. 3, 354. 355.

mir viel von der Räumung Preußens gesprochen. Ich habe erwidert, daß ich sie auch wünschte, aber daß die Preußen nichts beendeten; daß ich erwartete, daß endlich ein Abkommen getroffen würde und daß dies bald geschehen werde. Ich habe hinzugefügt, daß es übrigens ohne Zweifel den Wünschen Rußlands entspräche, die Moldau und Wallachei zu behalten. Wäre dies die Absicht, so würde ich als Kompensation einige Provinzen Preußens behalten [1])." Champagny bemerkte dann, der Kaiser sei der Erwerbung der Moldau und Wallachei durch Rußland nicht absolut entgegen. Vielmehr könne diese seinen Interessen dienen, indem sie ihn in den Stand setze, als Kompensation die Abtretung eines Theils der preußischen Provinzen zu fordern, was durch weitere Schwächung dieser Monarchie das Föderativsystem Frankreichs stärken würde. Schlesien würde an Sachsen übergehen; Preußen werde hiernach nur noch zwei Millionen Einwohner haben; aber wäre dies nicht genug für das Glück der Königlichen Familie (12. November)? Caulaincourt, der Ende November Savary in Petersburg ersetzte, that sein Bestes, Alexander durch immer erneute Vorstellungen für diesen Vorschlag zu gewinnen. „Davoust in Warschau und Schlesien", sagte Alexander, „sind zu starke Bedrohungen für Rußland. Ich habe volles Vertrauen zum Kaiser Napoleon; aber ich kann es nicht Jedermann einflößen [2])." Bei dem lebhaftesten Wunsche nach dem Besitz der Moldau und Wallachei — wie hätte Alexander auf Vorschläge eingehen können, welche deutlich die Absicht wiederaufnahmen, das französische System in territorialer Kontinuität vom Rhein bis an die Grenzen Rußlands vorzuschieben? Napoleon fand schließlich, daß auch die Hinausschiebung der Entscheidung Vortheile für ihn habe. Solange die große Armee in Preußen stand, befand sich Rußland unter seinem Druck, und er gewann inzwischen Zeit, sich der Pforte wieder anzunähern. Während er wiederholt Alexander schrieb: die Angelegenheiten der Pforte endgültig zu regeln, werde ohne eine neue

---

[1]) Correspondance de Napoléon 16, 146. — [2]) Caulaincourts Berichte vom 15. und 25. Februar 1808 bei Lefèbvre l. c. 3, 367. 368. Thiers (l. c. 8, 432. 499) hat den Kern der Frage möglichst zurückgedrängt.

persönliche Besprechung nicht möglich sein [1]), hatte er bereits Caulaincourt am 12. Januar 1808 dahin instruiren lassen: daß es nicht dringend sei, die gegenwärtige Lage zu ändern. Die Frage der Räumung Preußens hänge nicht allein von der Zahlung der Kontributionen ab; es sei leicht geworden, sich hierüber zu verständigen; „sie hängt von der Schwierigkeit ab, dies Land zu räumen, bevor Alles zwischen Frankreich und Rußland geregelt ist, und von dem Frieden mit England." „Der Seekrieg zwingt den Kaiser, Herr des Kontinents zu bleiben, und er kann dies nur durch das Verbleiben seiner Armee in Preußen. Dies ist für Sie allein." Wie Napoleon die Regelung zwischen Frankreich und Rußland verstand, zeigt seine Weisung an Champagny von demselben Tage, dem Gesandten in Konstantinopel die Frage zu übermitteln: „wenn die Russen die Moldau und Walachei behalten wollen, ist die Pforte geneigt, gemeinsam mit Frankreich Krieg zu führen, und welche Mittel besitzt sie zum Kriege [2])?"

Während Napoleon die Fortschritte seines Verbündeten gegen die Pforte von dessen Zustimmung zur Abreißung Schlesiens von Preußen abhängig machte und sie auch nach dieser Zustimmung zu vereiteln sich vorbreitete, war er für seine eigenen Interessen im Westen desto rücksichtsloser vorgegangen. Er hatte nicht gesäumt, Oestreich das Kontinentalsystem aufzulegen. Er hatte Dänemark zur Annahme desselben gezwungen, indem er Bernadotte am 17. August 1807 den Befehl ertheilte, in Holstein einzurücken [3]), was dann diesem unglücklichen Staate die Beschießung Kopenhagens und die Wegführung seiner Flotte von Seiten Englands eintrug; er hatte Toskana an Frankreich annektirt, „um diese Difformität auf der Halbinsel Italien zu beseitigen [4])"; er ließ den Kirchenstaat in Besitz nehmen, „der seine Verbindungen mit dem Königreiche Neapel erschwere [5])." Er ließ Portugal, dem er durch Vertrag vom 19. März 1804 gegen Erlegung einer

[1]) Correspondance de Napoléon 14. Octbr., 7. Novbr., 7. Decbr. 1807, 2. Febr., 17. Febr. 1808; 16, 132. 145. 187. 489. 500. — [2]) Lefèbvre l. c. 3, 365. Corresp. de Napoléon 16, 243. — [3]) Corresp. de Napoléon 2. und 17. August 1807. — [4]) Napoleon an Duroc 25. Septbr. 1807; Corresp. de Napoléon. — [5]) An Eugen 5. Aug. 1807; Corresp. de Napoléon.

Summe von 16 Millionen Franks zugestanden hatte, während der Dauer des Krieges zwischen Frankreich und England dessen Schiffen seine Häfen zu öffnen, gebieterisch auffordern, dieselben gegen England zu schließen. Er verlangte außerdem die Konfiskation alles englischen Eigenthums im Lande [1]). Seine Truppen standen bereit. Am 30. November 1807 rückte Junot in Lissabon ein; im Namen Frankreichs nahm er Besitz von Portugal, nachdem er sich auf dem Durchzuge durch Spanien der spanischen Festungen auf und an seinem Wege bemächtigt hatte. Nachdem Napoleon auf diese Weise auch in Spanien Fuß gefaßt, fand er, daß der Krieg gegen England ohne die Besitznahme Spaniens nicht beendet werden könne. Am 9. März 1808 unterrichtete er seinen Gesandten in Madrid, daß am 22. oder 23. seine Truppen Madrid erreichen würden; am 27. März forderte er von seinem Bruder Louis eine kategorische Antwort, ob er den spanischen Thron besteigen wolle. Vier Wochen später folgten die Scenen von Bayonne. Von hier aus schrieb er, noch bevor er König Karl und dem Prinzen von Asturien die Abdikation entrissen, am 29. April an Alexander: er werde bald frei sein, die große Angelegenheit, d. h. die orientalische Frage, mit ihm zu regeln. In vier bis sechs Wochen hoffte er mit Spanien fertig zu werden [2]). Höchst unerwartet nahmen die Dinge hier einen ganz anderen Verlauf. Seine Truppen vermochten weder Saragossa noch Valencia zu bezwingen. Die Divisionen Dupont, Vedel und Dufour mußten bei Baylen vor den Spaniern, die Armee Junots bei Cintra vor der Armee Sir Arthur Wellesley's die Waffen strecken; Madrid mußte geräumt, die französische Armee hinter den Ebro zurückgezogen werden.

Nach solchen Unfällen (Juli und August 1808) blieb Napoleon nichts übrig, als die große Armee nach Spanien zu senden, d. h. Preußen zu räumen. Aber damit erhielt nicht nur Preußen eine Art von eigener Existenz zurück, auch Rußland gewann die Freiheit seiner Aktion gegen die Pforte, und Oestreich wurde von dem Drucke

---

[1]) Napoleon an Talleyrand 18. Juli 1807. — [2]) Corresp. de Napoléon 16, 501. 17, 33. 47.

befreit, den die Lagerung der großen Armee in Preußen seinen Entschließungen auferlegt hatte. Oestreich hatte, wie wir sahen, den Umsturz des deutschen Reiches, sechs Monate nachdem der Friede von Preßburg dessen Bestand ausdrücklich gewährleistet hatte, hingenommen, die Anerkennung der durch den Frieden von Tilsit neu kreirten Könige von Neapel, Sachsen und Westfalen ausgesprochen, die diplomatischen und Handels-Beziehungen zu England auf das Gebot Napoleons abgebrochen. Aber es verbarg seinen Ingrimm nicht, welchen die jüngsten Gewaltschritte Napoleons in Italien (S. 287), die Entthronung der Bourbonen in Spanien zur Empörung steigerten. War zu erwarten, daß Oestreich bei solcher Stimmung die Entfernung der großen Armee aus Preußen, die Erfolge der Spanier unbenutzt lassen würde? Oestreich begann zu rüsten, und selbst in Preußen wurde, trotz der Okkupation und der Erschöpfung des Landes, trotz der noch immer fortdauernden Zurückhaltung der Gefangenen des Krieges von 1806 in Frankreich, die Reorganisation der Armee emsiger betrieben; bei Kolberg und Neisse erhoben sich neue Befestigungen, und die Briefe des leitenden Ministers in Preußen, deren sich der Befehlshaber der Okkupationsarmee in Preußen, Marschall Soult, zu bemächtigen wußte, zeigten Napoleon, welche Absichten und Hoffnungen hier gehegt wurden. Die Erhebung der Spanier und ihre Erfolge stellten die Erhebung Oestreichs und Preußens, ganz Deutschlands in Aussicht.

Napoleon mußte seinen Entschluß fassen. Nur Kaiser Alexander konnte helfen. Alexander hatte es alsbald nach den Ereignissen von Kopenhagen zum Bruche mit England gebracht, der auch den Handel Rußlands lähmen mußte, die Aufforderung, dem Kontinentalsystem beizutreten, an Schweden gerichtet und auf dessen Weigerung ihm den Krieg erklärt (21. Februar 1808). Die Stipulationen von Tilsit waren damit von Seiten Rußlands vollständig erfüllt. Jetzt sollte Alexander jedoch Napoleon noch wichtigere Dienste leisten. Alexander allein vermochte Preußen und Oestreich in Gehorsam zu halten. Von Schlesien war selbstverständlich nicht mehr zu reden. Vielmehr mußte die Räumung Preußens als endliches Zugeständniß an Rußland verwerthet werden. Aber dies genügte offenbar nicht mehr. Napoleon

mußte, um sich Rußland fest zu verbinden, neben Finnland noch eine weitere Erwerbung zugestehen, er mußte die Moldau und Wallachei darangeben; wenigstens zunächst, bis Spanien niedergeworfen, durfte er Rußland an der Donau nichts mehr in den Weg stellen. Jene persönliche Besprechung über den Orient, die er so oft in Aussicht gestellt, um den Kaiser Alexander hinzuhalten, mußte nun sofort stattfinden. Er empfand jetzt das lebhafteste Bedürfniß des persönlichen Gedankenaustausches mit dem nordischen Freunde.

Rußland zu gewinnen, Oestreich und Preußen so stark wie möglich einzuschüchtern und zu bedrohen, das waren die nächsten Aufgaben seiner Politik. Am 2. August hatte er die Nachricht von der Kapitulation von Baylen erhalten; am 5. erhielten zwei der in Preußen kantonnirenden Korps der großen Armee Marschbefehl nach Mainz, und nach Petersburg ging die Versicherung unverzüglicher Räumung Preußens ab [1]). Dies hinderte Napoleon nicht, den übrigen Bedrohungen, mit denen er den Vertreter Oestreichs, den Grafen Metternich, am 15. August in Paris überschüttete, auch die hinzuzufügen: „er habe Schlesien räumen wollen; Oestreichs Rüstungen zwängen ihn, zu bleiben und die schlesischen Festungen stark zu machen.“

Um einen Vorwand für die Okkupation Preußens zu haben und den Ueberrest dieses Staates vollends zu Grunde zu richten, hatte Napoleon erklären lassen, die Kontributionen, die er successiv während des Krieges den einzelnen Landestheilen im Betrage von 152 Millionen Franks auferlegt hatte, seien nicht vollständig bezahlt worden Preußischer Seits wurde dagegen geltend gemacht, daß nach den Abtretungen des Friedens dem gegenwärtigen Preußen nur 115 Millionen von jener Gesammtsumme zur Last fallen könnten, daß hierauf bis zum 12. Juli 1807 über 98 Millionen Franks baar entrichtet worden seien. Napoleon ließ trotzdem als Kontributionsrückstände und ihm vom 1. November 1806 bis zum 12. Juli 1807 gebührende Landeseinnahmen die Summe von 154½ Millionen fordern [2]). Hierin Nach-

[1]) Correspond. de Napoléon 17, 427–429. Lefèbvre l. c. 4, 34. —
[2]) Ueber die Einzelheiten der Forderungen und Rechnungen s. die folgende Abhandlung.

laß und die Räumung herbeizuführen, hatte König Friedrich Wilhelm schon im November 1807 seinen Bruder Wilhelm nach Paris gesandt. Sieben Monate lang trachteten der Prinz und der Gesandte Preußens in Paris, von Brockhausen, vergebens, zu einer eingehenden Verhandlung zu gelangen. Erst nachdem die Räumung Preußens nothwendig geworden war, am 11. August 1808, wurde ihnen ein Vertragsentwurf vorgelegt. Er setzte sie in Schrecken. Preußen sollte die unumgängliche Räumung theuer erkaufen, und zwar durch Zugeständnisse, die Napoleon erlaubten, nach dem spanischen Kriege auf die weitere Dismembration, auf die Vernichtung Preußens zurückzukommen. Nach diesem Entwurf hatte Preußen nicht nur noch 194 Millionen Franks zu entrichten; die Oderfestungen Stettin, Küstrin und Glogau sollten in der Hand Frankreichs bleiben, die preußische Armee auf 42,000 Mann reducirt werden und die Staatseinkünfte Preußens bis zum Tage des Abschlusses dieses Vertrages Frankreich zustehen. Für den Fall eines Krieges zwischen Oestreich und Frankreich habe Preußen Napoleon ein Hülfscorps von 8000 Mann, späterhin von 16,000 Mann stellen [1]). Der Prinz und Brockhausen widersprachen so exorbitanten Forderungen sehr lebhaft. Am 3. September sagte ihnen Champagny: „der Kaiser müsse wissen, ob Preußen Freund oder Feind sei, um darnach die Bewegungen seiner Armeen regeln zu können. Nach dieser Korrespondenz (er legte zwei von Soult aufgefangene Schreiben Steins vor; das eine hatte Stein am 15. August an den Fürsten Wittgenstein gerichtet) sei Preußen Frankreichs Feind. Der Kaiser bedürfe hiernach Gewißheit, eines einfachen Ja oder Nein unter dem Vertrage." Mit Mühe wurden noch einige Tage für die Unterhandlung, die Herabsetzung der Geldforderung auf 140 Millionen, die Beseitigung eines ausdrücklichen Artikels, der Steins Entfernung im Vertrage selbst aussprechen sollte, erreicht. Der Prinz wußte, daß Alexander die Zusammenkunft, zu der ihn Napoleon aufgefordert, angenommen hatte, daß somit von Rußland für Preußen nichts zu hoffen sei; er wußte, daß Oestreich den Drohungen Napoleons weiche und seine Kriegsabsichten

---

[1]) S. die folgende Abhandlung.

mindestens vertagt habe. Er zeichnete am 8. September und schrieb dem Könige am folgenden Tage: „Es sind sechs Monate, daß die Auffangung der Briefe des Freiherrn von Stein, von deren Authenticität ich unglücklicher Weise nur zu sehr Ursache gehabt habe mich zu überzeugen, fast den Untergang der Monarchie zur Folge gehabt hätte [1]). Heut vermindern die gegenwärtigen Konjunkturen vielleicht diese Gefahr; aber sie beseitigen sie nicht. Bei der ungeheueren Truppenzahl, über welche der Kaiser verfügt, bleiben ihm immer noch genug, die gewaltsamsten Maßregeln gegen Preußen in's Werk zu setzen, und der Inhalt der aufgefangenen Briefe gab ihm sehr ausreichende Mittel, deren Ungerechtigkeit in den Augen seiner Nation, seiner Armee und der Alliirten Frankreichs, ja sogar in denen Rußlands zu beschönigen. Indem er diesen Briefen einen officiellen Charakter gab, hätte er sich darauf gestützt, den Vertrag von Tilsit für gebrochen zu erklären. Das, Sire, war die Gefahr, die ich zu entfernen hatte.“ Jedenfalls sei durch die Unterhandlung Zeit gewonnen, die Gefahr zu beschwören. Der König möge entscheiden, ratificiren oder neue Vorschläge machen. Brockhausen fügte hinzu: „Der Kaiser ist auf das Aeußerste erbittert und entschlossen, Alles an Alles zu setzen. Ich hatte die heftigsten Angriffe zu bestehen, um einen Artikel abzuwehren, der den König zwingen sollte, Stein zu entfernen. Stein muß Deutschland auf einige Zeit verlassen; er darf sich der Gefahr nicht aussetzen, den Franzosen in die Hände zu fallen.“ „Ich habe Briefe aufgefangen; ich werde schnell sein wie der Blitz“, sagte Napoleon einige Tage nach der Unterzeichnung zu Brockhausen, „jeden Ausbruch bösen Willens zu ersticken. Aus den Briefen eines eurer Minister weiß ich, mit welchen Gedanken man umgeht, welche Hoffnungen man auf die spanischen Ereignisse setzt. Man irrt sich; Frankreich besitzt eine so ungeheuere Macht, daß es überall die Stirn bieten kann. Ich weiß Alles, ich kenne die Denkungsart eurer Minister; es ist unmöglich, mich zu täuschen [2]).“

---

[1]) Vgl. Brockhausens Bericht vom 18. März 1808; geh. Staatsarchiv. — [2]) Berichte Brockhausens vom 9. und 16. September, Berichte des Prinzen Wilhelm vom 9. und 15. September; geh. Staatsarchiv.

Auf der Reise nach Erfurt, wo er mit Napoleon zusammentreffen wollte, erreichte Alexander am 18. September Königsberg. Er rieth dem Könige zu möglichster Nachgiebigkeit gegen Frankreich, zum Anschluß an das französische System. War er doch selbst zu diesem übergetreten und gegenwärtig gemeint, mit Frankreich vereinigt zu bleiben. Dagegen versprach er, kräftige Unterstützung für Verminderung der Geldforderungen Frankreichs und für die endliche Vollziehung des Tilsiter Friedens eintreten zu lassen; Stein sollte zu diesem Zwecke dem Kaiser nach Erfurt folgen. Am Tage nach der Abreise Alexanders von Königsberg (21. September) trafen hier die Berichte des Prinzen Wilhelm und Brockhausens vom 9. September sammt dem am Tage zuvor gezeichneten Vertrage ein. Der König schrieb Alexander auf der Stelle, betonte die Unmöglichkeit, diesen Vertrag zu ratificiren, hob hervor, daß er sich nur mit dem tiefsten Bedauern von Stein trennen, daß er ihn nicht entbehren könne, und erbat die Intervention des Kaisers. Als Garant des Friedens von Tilsit sei Alexander im Recht, sich jeder Veränderung desselben zu widersetzen, und nicht nur Preußens, auch Rußlands Interessen ständen in Frage. An Steins Stelle sende er Goltz nach Erfurt. In der beigefügten Denkschrift waren fünf Punkte bezeichnet, für welche Aenderungen erforderlich seien: Herabsetzung der Kontribution auf 100 Millionen, Verlängerung der Zahlungsfristen, Uebergabe der Oderfestungen an Preußen, mindestens von Küstrin und Stettin, Aufhebung der Beschränkung der Stärke der preußischen Armee, Beibehaltung Steins. Dieser selbst schrieb Goltz vor dessen Abreise: hilft die Verwendung Alexanders weder in Ansehung der Zeit noch der Summe, so muß man unterschreiben und halten, was man halten kann.

Kaiser Alexander hatte zu Erfurt das Geschick Europa's in seiner Hand. Hielt er Oestreich und Preußen nicht zurück, so hatte Napoleon nicht nur gegen Spanien, sondern auch gegen die beiden deutschen Mächte zu fechten. That er das Gegentheil, so konnte er freilich mit Sicherheit darauf rechnen, daß Preußen, im Augenblick noch besetzt, seinem Einverständniß mit Frankreich sich fügen mußte.

Wenn aber Oestreich diesem Einverständniß nicht wich? Sollte er dann seine Truppen mit denen Frankreichs vereinigen, um Oestreich niederzuwerfen, um Frankreichs Vordringen am adriatischen Meere zu unterstützen und diesem dadurch auch die Entscheidung über die orientalische Frage in die Hand zu legen? Den Krieg gegen Schweden hatte er im Frühjahre eröffnet; die Unterstützung, welche die englische Flotte der schwedischen gewährte, hatte die Eroberung Finnlands noch nicht gelingen lassen. Er wollte sich weder Finnland noch die Moldau und Wallachei entgehen lassen. Somit mußte das Bündniß von Tilsit festgehalten werden. Alexander hoffte, daß die ausdrückliche, handgreifliche Bekräftigung seiner Allianz mit Frankreich durch die Zusammenkunft mit Napoleon, daß von ihm und Napoleon nach Wien gerichtete ernstliche Vorstellungen Oestreichs Schwert in der Scheide halten würden.

Aber selbst bei dieser Disposition durfte Alexander den Vertrag vom 8. September, nachdem er bereits das Herzogthum Warschau, die Halbirung Preußens, dessen vertragswidrige Okkupation, die ebensowohl gegen ihn als gegen Preußen gerichtet war, über ein Jahr hindurch zugestanden, nicht zulassen; nicht etwa aus Fürsorge für Preußen, die ihm selbstverständlich in zweiter und dritter Linie stand, sondern aus Fürsorge für Rußland. Es war für Rußland keinesweges gleichgültig, daß Frankreich außer der Weichsellinie auch die Oderlinie festhielt und das Recht erwarb, seine Truppen durch Preußen nach Belieben an die russische Grenze vorzuschieben. Dieser Gesichtspunkt entging dem Kaiser Alexander keineswegs; sehr bestimmt hatte er ihn, wie wir sahen, hervorgehoben, als Napoleon auf seine Zustimmung zur Abreißung Schlesiens von Preußen drang, und er berührte ihn in Erfurt, indem er Napoleon sagte, daß die Besetzung der Oderfestungen Rußland näher angehe, als die Sicherstellung der preußischen Kontributionszahlung. Ueberdies war er während der Verhandlungen in Erfurt von dem größten Mißtrauen gegen Napoleon trotz des zur Schau getragenen größten Vertrauens erfüllt. Erklärte er mit Festigkeit, daß Napoleon in der Note vom 4. Juli 1807 zugesagt habe, die Elbe niemals zu überschreiten, daß

die Sorge für die Sicherheit Rußlands ihm nicht erlaube, französische Besatzungen in den Oderfestungen zu dulden, daß der Tilsiter Friede zwischen Frankreich und Preußen einfach auszuführen sei, so mußte Napoleon in diesem Punkte noch unbedingter weichen und den Räumungsvertrag mit Preußen demgemäß modificiren, wie ihn Alexanders Weigerung von einem anderen Verlangen abzustehen nöthigte, obwohl Alexander gegen dieses das Vertragsrecht nicht wie für Preußen geltend machen konnte. Napoleon bedurfte Rußlands in Erfurt in ganz anderem Maße, als Rußland seiner bedurfte. Er hatte Alexander vorgeschlagen, den Bruch mit der Pforte so lange zu verzögern, bis feststehe, ob England die Friedensvorschläge, die man ihm gemeinsam machen wolle, annehme oder ablehne, d. h. er wollte Rußlands Erwerbung der Moldau und Wallachei so lange hintanhalten, bis er in Spanien fertig sei, um dann Rußland den Preis des Erfurter Vertrages wieder entwinden zu können, zugleich aber durch geräuschvolle Friedensverhandlungen mit England das Vertrauen der Spanier auf die englische Hülfe erschüttern. Alexander durchschaute die Absicht und vereitelte die ihm angesonnene Verzögerung durch sein Nein. Wenn Alexander gegen den Septembervertrag nicht ebenso fest war wie in diesem Punkte, so mag wohl für diese Nachgiebigkeit der Wunsch der Erwerbung der Moldau, der zur Zeit Alexanders Politik dominirte, maßgebend gewesen sein; doch ist die Annahme nicht ganz auszuschließen, daß er für Preußens Recht und damit für Rußlands Sicherheit weniger fest eintrat, weil ihm zunächst daran lag, daß Preußen sich dem französischen System nicht entziehe. Hatte Oestreich nicht auf Preußen zu rechnen, so blieb es desto wahrscheinlicher in Frieden mit Frankreich.

Aus solchen Motiven läßt sich erklären, daß Alexander sich begnügen konnte, dem Grafen Goltz zu Erfurt zu sagen: Steins Brief habe zu starke Präventionen zur Folge gehabt; vergebens habe er sich bemüht, diese zu zerstören; ohne vorgängige Ratifikation sei an Milderung des Vertrages nicht zu denken. Goltz vollzog den Austausch der Ratifikationen am 8. Oktober, dem im Vertrage festgestellten Termin; Alexander habe wiederholt und dringend dazu gerathen.

Was sei anderes zu thun übrig gewesen, da Rußland abhängig von Frankreich, Deutschland auf den Knieen vor Napoleon, und Oestreich durch Drohungen paralysirt sei? Die Aeußerungen Champagny's über Stein, den „furchtbaren Ausfall", welchen Napoleon selbst gegen Stein gemacht habe, könne er nur mündlich berichten. An Stein selbst schrieb Goltz ebenfalls, daß er ihm die Worte Napoleons nur mündlich mittheilen könne. Doch vertraut er dem Briefe, daß Napoleon gesagt: „Wie wagt es Stein, solche Gesinnungen ungestraft zu bekennen!" „Er erwartet die Maßnahmen des Königs in Bezug auf Sie, um sein Verhalten gegen Preußen hiernach einzurichten." Die in Aussicht gestellte Milderung des Vertrages vom 8. September bestand dann in einem angeblichen Nachlaß von 20 Millionen Franks an der Forderung von 140 Millionen. Sachsen hatte bereits Napoleon diese 20 Millionen für die Erlaubniß, preußisches Eigenthum in Warschau von mehr als dem fünffachen Werthe zu konfisciren, gezahlt. Alexander honorirte diese Milderung dann auch noch seinerseits mit dem Verzichte auf einen Vorbehalt des Tilsiter Friedens zu Gunsten Preußens, nach welchem diesem eine Vergrößerung zu Theil werden sollte, falls Hanover mit dem Königreiche Westfalen vereinigt würde. Dem Könige von Preußen sagte Alexander auf der Rückreise (er war vom 20. bis 24. Oktober in Königsberg), daß seine Bemühungen für Stein vergeblich geblieben seien; es sei unumgänglich, eine politische Nothwendigkeit, Stein die erbetene Entlassung zu ertheilen.

Mit der Zusammenkunft in Erfurt und dem neuen Vertrage, der dort am 12. Oktober 1808 gezeichnet worden war, hatte Alexander dem Kaiser Napoleon aus einer bedrängten Lage geholfen. Für die Zustimmung Napoleons zur Erwerbung Finnlands und der Donaufürstenthümer erkannte Alexander seinerseits die Veränderungen an, die Napoleon seit dem Tilsiter Bündniß in Italien vorgenommen, und Joseph Bonaparte als König von Spanien und Indien. Die Anerkennung des Besitzes der Donaufürstenthümer in Rußlands Hand, sowie die Josephs als Königs von Spanien waren als unerläßliche Bedingungen des Friedens mit England festgestellt. War

diese Verpflichtung ernstlich übernommen, so hatte damit auch Rußland einen endlosen Krieg gegen England vor sich; denn daß England Alles daran setzen werde und müsse, die Vereinigung der Kolonien und der Seemacht Spaniens mit der Frankreichs in Napoleons Hand zu hindern, unterlag keinem Zweifel. Noch wichtiger für den Augenblick war die Bestimmung, daß, falls Oestreich Krieg gegen Frankreich beginnen sollte, Rußland mit Frankreich gemeinsame Sache machen werde. Der Vertrag vom 8. September verpflichtete auch Preußen zur Hülfsleistung gegen Oestreich.

Befriedigt, eine gefährliche Konstellation für seine Herrschaft in Europa beschworen zu haben, eilte Napoleon von Erfurt zu seiner bereit stehenden Armee am Ebro, nachdem er seinem Senat erklärt, daß er „den König von Spanien in Madrid krönen und seine Adler auf den Wällen von Lissabon aufpflanzen werde." Die Rebellion sollte zertreten, die Engländer ins Meer geworfen werden. Die spanischen Armeen wurden rasch genug bei Burgos (11. Novbr.), Espinosa (13. Novbr.), Tudela (23. Novbr.) geschlagen, der Weg nach Madrid erkämpft (4. Decbr.). Aber die Geschlagenen sammelten sich von Neuem und die Gefangennahme der englischen Armee mißlang. Es war nach ihrer Einschiffung zu Corunna (16. Januar 1809) keine Gelegenheit mehr zu glanzvollen Thaten in Spanien. Wodurch hätte Napoleon hier die Welt noch in Erstaunen zu setzen vermocht? Die Aufgabe, durch mühevolle Märsche, unabsehbare Einzelkämpfe, schwierige Belagerungen dies renitente Volk vollends Provinz für Provinz, Stadt für Stadt zu unterwerfen, hatte keinen Reiz für ihn. Den vollen Nimbus seiner Kriegsgewaltigkeit glaubte er, nachden er das Waffenglück in Spanien wieder an seine Fahnen gefesselt, schneller und glänzender herstellen zu können, wenn er sich gegen Oestreich wendete, wenn er Oestreich für die Rüstungen bestrafte, die es sich erlaubt hatte; denn nach Napoleons Völkerrecht durfte niemand rüsten, niemand gerüstet sein außer ihm selbst. Als er die große Armee nach Spanien sendete, hatte er zugleich mehr als 240,000 Rekruten in Frankreich ausgehoben. Die aus diesen neuformirten Truppen bildeten in Verbindung mit den beiden Corps,

die er in Deutschland gelassen, mit den zweien, die er aus Spanien zurückzog und den Rheinbundstruppen eine Armee von 324,000 Mann, mit den Kräften, die er in Italien hatte, eine Streitmacht von 424,000 Mann [1]). Mit dieser Armee mußte Oestreich niedergeworfen und für immer unschädlich gemacht werden können. Und hatte er nicht außer dieser Armee Rußland auf seiner Seite? Wenn er nur den Schein der Aggression auf Oestreich werfen konnte, wenn er den Ausbruch nur bis dahin verzögerte, daß Kaiser Alexander den Krieg gegen die Pforte begonnen und dadurch vorerst fest an den Vertrag von Erfurt gebunden war. Noch von Valladolid aus erhielten die Rheinbundsfürsten Weisung, ihre Kontingente mobil zu machen. Am 4. März 1809 ergingen die Marschbefehle an die Rheinbundstruppen, „da es scheine, daß Oestreich marschiren lasse"; zugleich lud Napoleon Alexander ein, auch seine Truppen gegen Oestreich in Marsch zu setzen [2]).

Noch einmal hatte Alexander über die Geschicke Europa's zu entscheiden. Es lag ihm aufrichtig daran, daß der Krieg vermieden, daß er nicht genöthigt werde, selbst zum Ruin Oestreichs zu helfen. Aber er vermochte nicht, den Entschluß zu fassen, der allein zu diesem Ziele führen konnte, nämlich den, von seinem Bündniß mit Frankreich zurückzutreten. Der schwedische Krieg, den Alexander im vorigen Frühjahr begonnen, dauerte noch fort; aber an der Donau bestand jene faktische Waffenruhe, die hier, wie wir sahen, im August 1807 eingetreten war. Ein Federzug befreite Alexander von allen Verpflichtungen, die er in Erfurt übernommen; er hatte einfach den Verzicht auf die Moldau und Wallachei auszusprechen, dann gab es keinen neuen Krieg an der Donau, und Napoleon wußte, daß er nicht bloß Oestreich, sondern auch Preußen und Rußland angreife, wenn

---

[1]) Corresp. de Napoléon 18, 445 seqq.; 8. April 1809. — [2]) Corresp. 18, 303 sqq. Die gewöhnliche Darstellung, Napoleon habe aus Spanien zurückeilen müssen, um dem Angriffe Oestreichs zuvorzukommen, der östreichische Krieg sei ihm sehr ungelegen gekommen, ist aus inneren Gründen wie den Urkunden der Correspondance gegenüber völlig unhaltbar, und definitiv aufzugeben.

er den Degen zog. Die Moldau und Wallachei trug es auch im Frühjahr 1809 davon. Gleich nach der Rückkehr von Erfurt hatte Alexander Befehl ertheilt, die Feindseligkeiten gegen die Pforte wieder zu eröffnen. Es war bereits zu spät im Jahre. Aber in den ersten Apriltagen begann seine Armee an der Donau den Krieg mit dem Sturme auf Giurgewo. Alexander war an Napoleon gebunden. Wenige Tage darauf, am 9. April, überschritten die Armeen Oestreichs, um dem Angriffe Frankreichs zuvorzukommen, die Grenzen und brachen in Baiern, Italien und in das Herzogthum Warschau ein.

Von Preußen hatte Napoleon kaum etwas zu fürchten. Der Vertrag vom 8. September 1808 war die Fortdauer der Okkupation Preußens unter einer anderen Form, oder vielmehr die ernstliche und dauernde Festsetzung Frankreichs in Preußen. Behauptete Napoleon durch seine Besatzungen in Danzig, Thorn, Modlin und Warschau die Weichsel, gehörte ihm die Elblinie durch die französischen Garnisonen in Hamburg und Magdeburg, durch die sächsischen in Wittenberg, Torgau und Dresden, so hatte ihm jener Vertrag dazu die Oderlinie in die Hand gegeben. Die Weichsellinie und die Oderlinie in französischen Händen zerschnitten den Torso des preußischen Staates in drei Stücke und machten ihn kriegsunfähig. In Folge der Vereinigung des neuen Polens mit Sachsen hatte diesem eine Militärstraße über Glogau geöffnet werden müssen, darnach drei Handelsstraßen mit dem Rechte besonderer Zollbefreiungen zwischen Sachsen und Polen; der Septembervertrag zwang Preußen nun noch, nicht weniger als sieben Etappenstraßen zwischen Magdeburg und den Oderfestungen, zwischen diesen unter einander, zwischen Stettin, Küstrin und Danzig zuzugestehen. Damit war jede beliebige Bewegung der französischen Besatzungen, jeder weitere Einmarsch unter dem Vorwande der Ablösung oder des Durchmarsches nach Warschau und nach Danzig zulässig. In einem Marsche gelangten die sächsischen Truppen von ihrer Grenze an die Oderbrücken von Frankfurt, konnten die polnischen Truppen den Weichselübergang bei Graudenz durch Einschließung dieser Festung hemmen, konnte Napoleons Be-

satzung von Danzig den Uebergang bei Dirschau verlegen; in zwei Märschen erreichten die Sachsen Glogau und schnitten damit Schlesien ab; in drei Märschen erreichten Franzosen und Westfalen von Magdeburg aus Berlin. Während die preußische Armee nach dem Septembervertrage die Zahl von 42,000 Mann nicht überschreiten durfte, hatte Napoleon 70,000 Mann französischer Truppen zwischen Rhein und Elbe zurückgelassen, standen ihm die Kontingente der Polen, Sachsen und Westfalen, die zusammen auf 70 bis 80,000 Mann gebracht wurden, zur Verfügung [1]).

Fast eben so schwer wog, daß Napoleon zugleich mit dem Septembervertrage den leitenden Minister Preußens entfernt hatte. Wie hätte er Stein im Amte lassen sollen, nachdem ihm die Tendenzen, die Stein verfolgte, durch dessen eigene Briefe bekannt waren, in einem Moment, wo ihm, nach seinen Unfällen in Spanien, Alles darauf ankam, Oestreich und Preußen in Ruhe zu halten, zur Ruhe zu schrecken, bis er dort den Glanz seiner Waffen hergestellt hätte. Hatte er doch gleich nach Abschluß des Pariser Vertrages vom 15. Februar 1806 Hardenbergs Entfernung durchgesetzt. Er hatte damals Haugwitz gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß er an der Spitze Preußens einen Mann des französischen Systemes sehen wolle; er hatte Hardenberg, eine vom englischen Gouvernement publicirte Note desselben benutzend, eine Note, die geschrieben war, bevor man in Berlin den Abschluß des Vertrages von Schönbrunn kannte, als einen von englischem Golde bestochenen Hanoveraner, als den entehrtesten Mann Europa's denuncirt (21. März 1806). Bei der Verhandlung in Tilsit hatte er in diese nicht einzutreten erklärt, bevor Hardenberg 40 Lieues vom Hoflager des Königs entfernt sei. Und er hätte Stein, gegen den er ganz andere Beweise in der Hand hatte, in einer für ihn viel bedenklicheren Lage im Amte lassen sollen? An dem Tage, an welchem Prinz Wilhelm in Paris unterzeichnete, nachdem ihm Steins Brief vom 15. August vorgelegt worden war,

---

[1]) Correspondance de Napoléon 23. Aug., 7. Sept., 10. Sept. und 4. Okt. 1808; 17, 464. 491. 495. 504. 558.

am 8. September, publizirte das Journal de l'Empire diesen Brief „als ein Merkzeichen des Gedeihens und des Falles der Staaten." Wir sahen, daß Napoleon die Zusage der Entfernung Steins in den Vertrag selbst aufgenommen wissen wollte; er war davon abgestanden, da dieser Vertrag dem Könige ohnehin auflegte, alle Westfalen aus seinem Dienste zu entlassen, und er Stein für einen Westfalen hielt. Am 10. September schrieb er dem damaligen Befehlshaber seiner Armee in Preußen, dem Marschall Soult nach Stettin: „Sie sehen in den Journalen, in welcher Weise man von dem Briefe des Herrn von Stein spricht. Ich habe verlangt, daß er aus dem Ministerium gejagt werde; geschieht dies nicht, so wird der König nicht in sein Land zurückkehren. Des Weiteren habe ich seine Güter in Westfalen sequestriren lassen [1])." Trotzdem hielt der König Stein im Amte und nahm, wie wir sahen, die Verwendung des Kaisers Alexander in Anspruch. Wie hätte sich Napoleon bewegen lassen sollen, diesen Mann am Ruder zu lassen, während seine Armee noch in Preußen stand, ihn sogar dann am Ruder zu lassen, da er seine Armee aus Preußen zurückziehen mußte? Die Verwendung mußte vergeblich bleiben, selbst wenn sie eine sehr ernstliche gewesen wäre. Auch nachdem Alexander dies zuerst Goltz noch in Erfurt mitgetheilt und dann auf der Rückkehr nach Petersburg dem Könige selbst, zögerte dieser, Stein die Entlassung zu geben. Hardenberg war erstaunt, daß Stein nicht bestimmter auf seinem Rücktritt bestehe, da sein Verbleiben im Amte in so kritischer Lage den Staat gefährde. Erst vier Wochen nachdem Alexander Königsberg verlassen, gewährte der König Steins Rücktritt (24. November 1808).

Wenn Napoleon in Erfurt nicht weiter ging gegen Stein, so hatte dies seinen Grund darin, daß er dort, wie wir wissen, Ursache hatte, Alexander zu schonen und zu gewinnen, daß er demnach unangenehme Erörterungen vermeiden mußte, vor allem aber, daß die Ratifikation des Septembervertrages, die ohne Alexanders Einwirkung nicht ohne weiteres zu haben war, in seiner Hand sein mußte. Daß

---

[1]) Corresp. de Napoléon 16, 503.

Napoleon es jedoch auch in Erfurt an Ausfällen gegen Stein nicht fehlen ließ, erfuhren wir schon. Er vergaß den Freiherrn in Spanien selbst am wenigsten; in dem Bülletin, welches er vier Wochen nach der Unterzeichnung des Erfurter Vertrages mit Rußland, am 13. November aus Burgos erließ, sagte er in Bezug auf die erste Niederlage der Spanier: das seien jene Streitkräfte, mit denen Frankreichs Adler zu bekämpfen Herr von Stein das erhabene Projekt hege. Am 16. December erfolgte von Madrid aus das Achts- und Konfiskationsdekret gegen Stein, das diesen für einen Feind Frankreichs und des Rheinbundes erklärte, seine Güter mit Beschlag belegte und ihn, wo er ergriffen werde, zur Haft zu bringen befahl. Die französischen Truppen hatten am 5. Dezember Berlin geräumt; nunmehr kam es darauf an, den Anhängern und Gesinnungsgenossen Steins in Preußen möglichst großen Schrecken einzuflößen. Es ist auffallend, wie sich dieser Reihe von Thatsachen, der bekannten Verfahrungsweise und dem Charakter Napoleons gegenüber die Tradition hat festsetzen und Glauben finden können, daß Steins Entfernung aus dem Amte wesentlich das Werk der preußischen Gegner seiner Reformen gewesen sei.

In Steins Amtsnachfolgern, dem Grafen Dohna und Altenstein, war in dem ersteren, obschon ihn Stein selbst dem Könige empfohlen, wohl der beste Wille, in dem zweiten wohl viel Einsicht und Geschick für besondere Verwaltungskreise, aber nichts von Steins Kraft, Geist und Leidenschaft; Preußen war mit Steins Entlassung auch in seiner Leitung entwaffnet. Nach den Erfolgen der Spanier und Angesichts der Rüstung Oestreichs im Juli und August 1808 hatte sich der König den Gedanken der Stein, Scharnhorst und Gneisenau nicht unzugänglich erwiesen, auf jede Gefahr die Waffen mit Oestreich zu erheben und alle Kräfte des Heeres und des Landes, der Truppen und der Insurrektion aufzubieten, die Unabhängigkeit wieder zu erkämpfen. Es war die Zeit, da die oben erwähnten Vorbereitungen getroffen wurden (S. 289). Darnach war Oestreich den Drohungen Napoleons, dem Einverständniß von Erfurt gewichen und hatte seine kriegerischen Absichten vertagt. Alexander hatte dem Könige bei der

Rückkehr von Erfurt zum Anschluß an das französische System gerathen; er lud ihn zum Winter nach Petersburg ein, um diesen Rath zu verstärken und einem Anschluß Preußens an Oestreich vorzubeugen. Wie konnte er anders, solange er selbst im Bündniß mit Napoleon war und dieses festzuhalten gedachte? Offen äußerte ihm der König in Petersburg seine Bedenken, nunmehr, nach der Räumung des Landes, seine Residenz wieder nach Berlin zu verlegen; er wies auf die Lage hin, in die er nach dem Septembervertrage in Berlin gerathen werde. Bei der Nähe der französischen und sächsischen an der Elbe und Oder garnisonirenden Truppen werde die Freiheit seiner Entschlüsse gefährdet, er werde dort nicht im Stande sein, sich dem Drucke Frankreichs zu entziehen. Alexander theilte diese Besorgnisse nicht. Friedrich Wilhelm gedachte gegen Napoleons Willen, gegen Alexanders und Steins Rath die weitere Entwickelung der Dinge zunächst in Königsberg zu erwarten [1]).

Als sich Napoleon vom Ebro gegen die Donau wendete, ließ er unter dem 24. Januar 1809 seinen Gesandten in Berlin, Herrn von Saint-Marsan, anweisen, wohl aufzupassen, daß in Preußen keine Truppenvermehrung statthabe; beständig habe er sein Augenmerk hierauf zu richten, er sei dafür verantwortlich. „Meine Absicht ist, eher den Krieg wieder zu beginnen, als eine Verletzung dieses wichtigen Artikels des Vertrages zuzugeben." Den Kaiser von Rußland versicherte er am 14. Februar 1809, daß er sich Preußen günstig zeigen werde, wenn es sich dem Rathe und den guten Lehren gemäß verhalte, die Alexander dem Könige und der Königin während ihres Aufenthalts (in Petersburg) ertheilt habe [2]). Sobald der Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Oestreich nicht mehr zweifelhaft war, bot man von Königsberg aus alle Mittel auf, den Kaiser Alexander der Sache Deutschlands und Europa's wiederzugewinnen. Man kannte den Vertrag von Erfurt in Königsberg nicht. Man glaubte hier, daß Alexander, nachdem alle Schritte, die er in Wien gethan, Kaiser Franz

---

[1]) S. die folgende Abhandlung und Friedrich Wilhelm an Alexander; kgl. Hausarchiv. — [2]) Corresp. de Napoléon 18, 237. 266.

zur Nachgiebigkeit zu bewegen, um dadurch den Krieg zu verhindern, ohne Erfolg geblieben, nachdem der Krieg unvermeidlich geworden, unmöglich die Wege, die ihm Napoleon gewiesen, weiter verfolgen, daß er selbst zum Verderben Oestreichs beitragen könne. Alexander bezog sich diesen Anliegen gegenüber zunächst auf die Verpflichtungen, die er gegen Frankreich übernommen, ohne diese jedoch näher zu präcisiren. Dann aber erfolgte in den ersten Tagen des April seinerseits die Erklärung, daß Preußen auf Rußland nicht zählen dürfe, wenn es seine Verpflichtungen gegen Frankreich nicht erfülle. Wenn Rußland von Preußen verlangte, dieser Verbindlichkeit gerecht zu werden, so war klar, daß Rußland mindestens dieselben Verpflichtungen gegen Napoleon übernommen, daß es am Kriege gegen Oestreich Theil zu nehmen gedenke. Diese Erklärung wirkte in Königsberg „wie ein Donnerschlag [1]." Durfte Preußen in seiner geknebelten Lage auf seine letzte Anlehnung, die an Rußland, verzichten und es darauf wagen, daß Alexander Ostpreußen besetzen ließ? Ging man trotzdem mit Oestreich, wer verbürgte, daß man in Wien zum Kriege auf Tod und Leben entschlossen war, daß nicht nach der ersten Niederlage, wie nach Austerlitz, Waffenstillstand geschlossen, Preußen verlassen werde? War ferner irgend wirksame Hülfe von England zu hoffen, oder war es zu tief in den spanischen Krieg verwickelt, um Streitkräfte nach Norddeutschland werfen zu können? Nach den Erfahrungen von 1807 waren Truppen von England weder rechtzeitig noch in ausreichendem Maße zu erwarten. Aber Preußen brauchte ebenso dringend Geld und Waffen und konnte diese nur von England erhalten. Man begann insgeheim in London und Wien zu verhandeln, die Kavallerie und die Artillerie auf den Kriegsfuß zu setzen und sistirte die nach dem Vertrage vom 8. September fälligen Ratenzahlungen der Kontribution an Frankreich. Der leitende Minister Oestreichs, Graf Stadion, erleichterte Preußen den schweren Entschluß nicht, den es zu fassen hatte. Er erklärte den Abschluß eines Vertrages für überflüssig; Oestreich werde die Grundsätze nie aufgeben, mit welchen es

---

[1]) Schladen Tagebuch S. 345. Erwägungen des Königs April 1809.

in den Krieg trete. Das Ziel des Kampfes sei für Oestreich und Preußen Wiederherstellung; Oestreich kämpfe um seine Existenz; nie werde es ohne Preußen Frieden schließen. Nicht viel aussichtsvoller gestaltete sich die Unterhandlung mit England, welche die Landung eines englischen Corps an der Niederelbe und damit einen Stützpunkt für Preußen herbeiführen sollte [1]). Dazu hatte nun der Krieg mit den schwersten Unfällen für Oestreich an der Donau begonnen (19. bis 24. April), die Napoleon gestatteten, am 13. Mai seinen Einzug in Wien zu halten. Der König suchte die Zusage Alexanders, wenigstens nicht Preußens Feind zu werden, wenn es sich Oestreich anschlösse, zu erlangen (12. Mai), und ließ Kaiser Franz andeuten, daß er in den Krieg eintreten werde, sobald seine Armee schlagfertig sei (18. Mai), obschon Alexander ihm erklärte, daß er auf seinem Systeme beharre: Oestreich werde der König nicht retten, sondern nur den eigenen Untergang entscheiden, ihm aber jedes Mittel rauben, diesen zu hindern (19. Mai). Graf Stadion hoffte, Preußen mit oder gegen seinen König fortreißen zu können. Erzherzog Ferdinand war gleich bei Eröffnung des Kampfes von Galizien aus in das Herzogthum Warschau eingerückt und die Weichsel aufwärts vorgedrungen. Er war Ende April in Warschau eingezogen und hatte am 18. Mai Thorn erreicht. Der weite Vormarsch war auf Preußen berechnet; man hoffte, Blücher und andere Befehlshaber gewinnen zu können, sich mit ihren Truppen, nöthigenfalls selbst gegen den Willen des Königs, dem Erzherzog anzuschließen [2]). Schon hatte jedoch Rußland die Waffen für Napoleon ergriffen; eine russische Armee unter dem Fürsten Galitzin rückte in das Herzogthum Warschau ein; der Erzherzog mußte den Rückzug nach Krakau antreten, das er nach einem leichten Gefechte mit den Russen am 15. Juni erreichte. Jene Andeutung des Königs erwiderte Stadion absichtlich mit einer erkennbaren Mission. Ganz offen wurde Oberst Steigentesch nach Königsberg entsendet [3]), die Militär-

---

[1]) Ompteda Politischer Nachlaß 1, 429. 430. 433. — [2]) Valentini's Aufzeichnungen bei Häusser Deutsche Geschichte 1, 380. — [3]) Weisung an Schladen vom 21. Juni 1809.

konvention über den Operationsplan mit dem Könige abzuschließen. Der König fragte den Bevollmächtigten Stadions, ob er ihn als einen Emissär zur Verführung seiner Truppen oder als einen Abgesandten, der unter dem Schutze des Völkerrechtes stehe, anzusehen habe. Trotzdem sprach er sich mit Offenheit und Vertrauen gegen Steigentesch aus: „Ich hoffe, zu kommen und ich hoffe sogar, nicht allein zu kommen." Aber der König sollte sofort in den Krieg. Auf der Rückreise über Berlin theilte Steigentesch hier dem Gesandten Jerôme's, Baron Linden, absichtlich die vertraulichen Aeußerungen des Königs und der Königin mit; sie sollten zur Kunde Napoleons gelangen und dem Könige nach solcher Kompromittirung keine Wahl bleiben. Wie beabsichtigt, trug Herr von Linden diese Geheimnisse von höchster Wichtigkeit sofort dem Grafen St. Marsan zu. Sein Bericht vom 26. Juni schloß: „Nach meiner Ueberzeugung ist der Krieg mit Preußen unvermeidlich, wenn Rußland sich von Frankreich trennt oder die Oestreicher eine Schlacht gewinnen [1])." Steigentesch hat schwerlich ohne Auftrag gehandelt; hatte Stadion doch auch Ende September 1806 Haugwitz' Eröffnung, daß der König sich bei seiner Ehre verpflichte, dem nunmehr offen ergriffenen System gegen Frankreich treu zu bleiben, nach Paris mitgetheilt.

Der Hoffnung, welche der König angedeutet hatte, traten schwere Ereignisse entgegen. Die Schlacht von Wagram (6. Juli), der Rückzug des Erzherzogs Karl nach Mähren, der Waffenstillstand, den dieser am 12. Juli mit Napoleon zu Znaym abschloß, die völlig verkehrte und selbstische, d. h. nur das nächste und ausschließliche Interesse Englands verfolgende Richtung, welche das englische Kabinet der endlich bereiten Landungsarmee gab, zu deren Ausrüstung dasselbe vier volle Monate gebraucht hatte, schienen jede Aussicht abzuschneiden. Dennoch votirte das preußische Ministerium für den Eintritt in den Krieg [2]), der König, vom Abschluß des Stillstands benachrichtigt, sendete den Major Knesebeck in das östreichische Hauptquartier zu Dotis, um

---

[1]) Correspondance inédite de Napoléon 7, 395 sqq. Lefèbvre hist. des cabinets 4, 424. Lebensbilder 2, 264. 3, 265. — [2]) Geh. St.-Archiv.

Gewißheit zu erlangen, ob Oestreich ernstlich gewillt sei, den Kampf wiederaufzunehmen, und schrieb in der Ueberzeugung, daß Alexander nach der Wendung, die der Krieg nunmehr genommen, sich von Frankreich trennen müsse, diesem am 24. Juli: Oestreich habe wahrscheinlich nur Waffenstillstand geschlossen, um den übrigen Mächten Zeit zu geben, sich zu erklären. Gelänge es Napoleon, Oestreich durch einen nachtheiligen Frieden in Abhängigkeit zu bringen, so sei auch die Vernichtung Preußens unvermeidlich. Die Vorwände würden dem Kaiser der Franzosen nicht fehlen. „Es ist im Hinblick auf die Schwäche der Streitkräfte, über welche ich im Augenblick verfüge, und die beständigen Unfälle, welche Oestreich erlitten hat, wenig wahrscheinlich, daß ich diesem traurigen Loose entgehe, wenn ich mich allein den Anstrengungen Oestreichs anschließe. Es wäre der Entschluß der Verzweiflung, der sicherlich nur im äußersten Falle gefaßt werden darf, wenn freilich mir dann Zeit dazu bleibt. Aber wie anders würde die Lage sein, wenn Sie, Sire, es im Interesse Ihres Reiches erachteten, auf Ihr gegenwärtiges System zu verzichten, und Sich gegen Frankreich erklärten! Nicht bloß die Kräfte Oestreichs würden dadurch in doppelter Beziehung bedeutend verstärkt, auch ich würde in diesem Falle nicht mehr durch dieses feindliche Polen, dessen unbequeme Nachbarschaft meinen Rücken bedroht, welches allein durch diesen Entschluß Eurer Majestät gezwungen sein würde, sich ruhig zu verhalten, gehindert sein, meine Kräfte im Norden Deutschlands frei zu entfalten, wo mir mächtige Verstärkungen um so gewisser sein würden, als alle Geister eine Wendung dieser Art erhoffen und eifrig herbeiwünschen. Die Ausdauer, welche Oestreich in dem Kampfe, in dem es allein steht, bisher gezeigt hat, gewährleistet noch größere Beharrlichkeit, wenn es unterstützt wird. Es scheint mir endlich, daß, wenn Rußland, Oestreich und Preußen fest entschlossen sind, in ihren Anstrengungen fortzufahren, sie mit den Unterstützungen, welche England und Spanien in Aussicht stellen, schließlich dahin gelangen müssen, Napoleon, selbst wenn das Waffenglück ihm bis zum Ende treu bliebe, zu einem Frieden zu nöthigen, welcher Deutschlands Freiheit sicherte. Dann würde auch Eure Majestät

auf die intakte Bewahrung Ihrer jüngsten Erwerbungen mit viel größerer Sicherheit rechnen können, als wenn diese von der Zustimmung des siegreichen und dem ganzen Ueberrest Europa's das Gesetz vorschreibenden Frankreichs abhängig ist. Wenn diese Erwägungen einer reiflichen Prüfung werth erscheinen, so würde der Major Schöler die Ehre haben können, Eurer Majestät alle erforderlichen Nachweisungen sowohl über die effektive Stärke der gegenwärtigen Streitkraft Preußens, als über alles, was hierauf Bezug hat, vorzulegen." Das Schreiben des Königs blieb unbeantwortet und alle Anstrengungen, die der Gesandte des Königs in Petersburg, Schladen, machte, diesen Erwägungen Eingang und Beachtung zu schaffen, waren vergebens. Noch am 22. September überreichte er eine Denkschrift, die unumwunden die Gefahren hervorhob, welche die Fortdauer des Bündnisses mit Frankreich für Rußland herbeiführen werde [1]).

Die Berichte Knesebecks aus Dotis lauteten ebenfalls nicht ermuthigend. Die Meinungen der Umgebung des Kaisers waren sichtbar getheilt; die einen für, die anderen gegen die Fortsetzung des Krieges. An Kräften dazu fehlte es in keiner Weise: Wagram war eine verlorene Schlacht, aber keine Niederlage; das Selbstgefühl der Armee war durch den Tag von Aspern gehoben, durch den von Wagram nicht gesunken. Aber es war doch ein sehr übles Zeichen, daß der Waffenstillstand Tirol völlig preisgab, und jene Versicherungen Stadions, den Krieg bis zum Aeußersten zu führen, war man offenbar nicht mehr geneigt festzuhalten; er selbst schien erschüttert und gebeugt. Wohl sagte der Kaiser Franz dem Major Knesebeck: „wenn's nach mir geht, wird wieder geschossen;" aber die starke Gegenströmung entging ihm nicht, und Knesebeck that sehr wohl, zurückzuhalten, und das letzte Wort, zu dem er eventuell bevollmächtigt war, nicht zu sprechen. Die Wahrheit war, daß die Lenker Oestreichs sowohl den Ausgang des Feldzuges in Spanien als den Erfolg der großen englischen Expedition zu erwarten gemeint waren. Diese war, 40 Linienschiffe, 30 Fregatten stark, mit 700 bis 800 Transportschiffen, die 40,000

---

[1]) Schladen Tagebuch S. 360 ff.

Mann an Bord hatten, endlich in den letzten Tagen des Juli bei Walcheren vor Anker gegangen und hatte die Truppen ausgeschifft. Ende Mai nach der Schlacht bei Aspern an der Niederelbe gelandet, hätten 40,000 Engländer Preußens Entschluß frei gemacht und Hanover sowie Kurhessen unter die Waffen zu bringen, das Königreich Westfalen umzustürzen und ganz Norddeutschland fortzureißen vermocht. Statt dessen landeten sie Ende Juli auf Walcheren, um Antwerpen zu nehmen. Ende August war das Unternehmen kläglich gescheitert. Auch der Feldzug in Spanien zwang Napoleon nicht, seine Armee an der Donau zu schwächen, um seine Truppen in Spanien zu verstärken. Wohl hatte hier Sir Arthur Wellesley, dem das Ministerium endlich den Befehl auf der Halbinsel wieder übergeben, in Portugal den Marschall Soult zwar nicht wie im Sommer 1808 den General Junot zur Kapitulation gezwungen, aber doch zu verlustvollem Rückzuge genöthigt. Er war nach Spanien vorgedrungen, er hatte die Angriffe des Marschall Viktor bei Talavera am 27. und 28. Juli siegreich zurückgeschlagen; aber eine Bewegung Soults gegen seine linke Flanke nöthigte ihn zum Rückzuge nach Portugal, und die spanische Armee des Venegas war von Sebastiani in der Nähe von Toledo bei Almonacid total geschlagen worden (11. August). In Kenntniß des Scheiterns der Engländer auf Walcheren und solchen Ausganges des spanischen Feldzuges sandte Kaiser Franz acht Wochen nach dem Abschluß des Waffenstillstandes seinen Adjutanten, General Bubna, direkt an Napoleon: er hoffe, auf diesem Wege schneller zum Ziele zu gelangen, als durch die Verhandlungen der Diplomaten, die allerdings bis dahin absichtlich in die Länge gezogen worden waren. In seiner Erwiderung erklärte Napoleon, daß er sich mit einer Cession von 1,600,000 Seelen am Inn und in Italien und mindestens der Hälfte von Galizien für den König von Sachsen und den Kaiser von Rußland begnügen wolle (15. September). Am 14. Oktober war der Friede von Wien geschlossen. Er schob Baiern nach Salzburg und Berchtesgaden vor und in Oberöstreich hinein, gab Napoleon Görz, Triest, Krain und einen Theil Kärntens zur Herstellung voller Verbindung Italiens mit

Dalmatien; Napoleon wollte im Stande sein, aus wirksamer Nähe auf die Pforte und ihren Krieg mit Rußland einwirken zu können, er sprach dies offen bei der Verhandlung aus. Westgalizien fiel mit Krakau und den übrigen Erwerbungen Oestreichs aus der dritten polnischen Theilung an das Herzogthum Warschau, von den Erwerbungen der ersten Theilung Ostgalizien, d. h. der Bezirk Tarnopol (400,000 Einwohner), an Rußland. Es war ein Verlust von 2000 Quadratmeilen, von $1^1/_2$ Millionen Menschen in Deutschland und Italien, von über 2 Millionen in Polen. Außerdem verpflichtete sich Oestreich zum Anschluß an das Kontinentalsystem, zur Zahlung einer Kontribution von 85 Millionen Franks und mußte versprechen, seine Armee auf die Hälfte, d. h. auf 150,000 Mann, zu reduciren und über diese Zahl nicht zu erhöhen.

Mit dem Abschluß dieses Friedens war die Zeit für Napoleon gekommen, für die Unruhe abzurechnen, die ihm der „Brigand" Schill und das Verhalten Preußens während des Krieges verursacht hatten. Wir wissen, wie gut er von allem unterrichtet war, was in Königsberg geplant und gesprochen war. Das Verhalten Alexanders gab König Friedrich Wilhelm kaum Aussicht und Hoffnung, gegen Napoleons Rachegedanken eine Anlehnung und Stütze an Rußland zu finden. Auf jenes Schreiben des Königs an Alexander vom 24. Juli erfolgte eine Antwort erst nach dem Friedensschluß, in welcher Alexander sagte, daß er in Folge des Verhaltens, *welches der König während des eben beendeten Krieges zu beobachten für angemessen erachtet habe*, allerdings Verlegenheiten für ihn von Seiten Frankreichs voraussehe. Er werde alle Anstrengung aufbieten, diese zu mindern und auszugleichen; aber er habe nur dann Hoffnung, hierin Erfolge zu erreichen, wenn der König ihn durch seine Haltung Frankreich gegenüber unterstütze. „Nur durch Sorgfalt, Ausdauer und besonders durch Unveränderlichkeit in dem angenommenen System könne man sich schmeicheln zum Ziele zu gelangen."

So wenig troftreich lauteten die Rathschläge aus Petersburg. Man mußte sich hiernach auf das Schlimmste von Paris her gefaßt

halten. Die Stimmung dort zu beschwichtigen und zugleich einigen Aufschluß über die Intentionen Napoleons zu gewinnen, schickte der König seinen Adjutanten, Obersten Krusemark, nach Paris, dem Kaiser die unvermeidlichen Glückwünsche zum Abschluß des Friedens zu überbringen. Napoleon empfing Krusemark am 5. November. „Es war eine sonderbare Idee", sagte ihm Napoleon, „in Mitten einer allgemeinen Erregung Uebungslager zu bilden. Man konnte nichts Besseres thun, sie zu steigern. In ungeschicktester Weise habt Ihr Eure Zahlungen eingestellt. Ihr wolltet mir den Krieg machen. Für das Ueble, das Ihr mir nicht gethan, bin ich Euch keinen Dank schuldig. Es ist nicht Euer Verdienst. Es wäre der Gipfel des Wahnsinnes gewesen, die Russen im Rücken, mir den Krieg zu machen. Nicht Jena ist Eure Schande; das Glück des Krieges ist wandelbar. Vielleicht werdet Ihr mich auch einmal schlagen. Aber ein Dieb, ein Brigand desertirt mit seiner Truppe. Andere Abtheilungen folgen ihm. Man setzt ihm nicht nach, man überläßt das den Dänen. Hier in Frankreich hat die Kanaille die Revolution gemacht, bei Euch hätte es die Armee gethan. Ich habe siebzehn dieser Brigands erschießen lassen. Der König muß das auch thun, statt die Entkommenen in Schutz zu nehmen oder zum Schein auf die Festungen zu schicken. Er ist mir diese Satisfaktion schuldig. Warum ist Lestocq Kommandant von Berlin, warum nicht Graf Kalkreuth? Ich habe das Hülfscorps gegen Oestreich nicht gefordert; der König hätte es mir unaufgefordert schicken sollen, wenn er seine Anhänglichkeit an mein System beweisen wollte. Das wäre ein loyales Verfahren gewesen. Brockhausen ist ein abscheulicher Mensch, der mit der schlechtesten Gesellschaft verkehrt; er ist nicht der Minister des Königs, er ist der Minister Schills. Ich verlange, daß Preußen alsbald zahlt, was es mir schuldet. Ist das nöthige Geld nicht vorhanden, so kann der König in Domänen und in Land zahlen, und wenn der König nicht nach Berlin gehen will, so gehe ich nach Berlin." Am folgenden Tage schrieb Napoleon dem Könige, daß er dem Obersten Krusemark die Beschwerden auseinandergesetzt, die er über das Verhalten mehrerer preußischer Corps und über andere

Dinge zu führen habe: „Resultate der Desorganisation, in welcher sich die preußische Monarchie befinde." St. Marsan wies er am 13. Dezember an, die ernstlichsten Schritte zu thun, um die Zahlungen herbeizuführen: wenn man in Preußen Geld habe, Truppen zusammenzuziehen und 10 bis 12,000 Pferde auszuheben, so könne man auch zahlen. Der Kaiser wolle seine Armee über den Rhein zurückziehen; er werde genöthigt sein, sie nach Magdeburg marschiren zu lassen. Am 8. Januar 1810 fragte er Krusemark, warum Brockhausen noch nicht abgerufen sei, warum der König seine Armee nicht bis auf 6000 Mann entlasse und mit dieser Ersparniß zahle: „la partie militaire est hors de saison en Prusse," fügte er hinzu. Wenn der König nicht zahlen könne, möge er eine Provinz abtreten. „Ich werde einen Termin stellen. Thut Preußen bis dahin weder das eine noch das andere, so lasse ich meine Truppen wieder einrücken und ergreife von neuem Besitz. Ich werde mich bezahlt zu machen wissen [1])." Darauf folgte die Weisung an St. Marsan: zu erklären, daß 50,000 Mann nach Magdeburg dirigirt seien, welche nach Frankreich zurückkehren würden, wenn Preußen zahle (29. Januar 1810); wenige Tage später erhielt St. Marsan den Befehl, in feierlicher Form eine Note zu übergeben, welche hervorhebe, daß Preußen seit Beginn des östreichischen Krieges nichts und nach dem Frieden höchstens eine Million bezahlt habe. Der Kaiser wolle nicht untersuchen, welche Vortheile man von den Ereignissen erwartet habe; aber die Zeit sei gekommen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es sei dies freilich unmöglich, wenn man eine Armee unterhalte, Lager bilde und eine zahlreiche Kavallerie verpflege. Maßnahmen dieser Art zeigten, daß man nicht zahlen wolle. Der Kaiser sei nicht in der Lage, ein isolirtes Corps an der Oder stehen zu lassen, er müsse dasselbe durch 60,000 Mann bei Magdeburg unterstützen. Vom 1. Januar ab müßten monatlich vier Millionen gezahlt werden, und

---

[1]) Geh. St.-Archiv. Corresp. Napol. 20, 18. 20. 60. 148. Bignon führt noch ein bezügliches Schreiben vom 9. Jan. 1810 an (9, 179), das sich jedoch in der Correspondance nicht findet; vielleicht ist das vom 29. Januar gemeint.

im nächsten Jahre der gesammte Rest der Kontribution gedeckt sein oder aber zur Entschädigung Frankreichs Glogau und ein Theil Schlesiens abgetreten werden. Zugleich sollte St. Marsan erklären, daß die Marschordres ertheilt seien und daß der Kaiser, wenn nöthig, die erforderlichen Mittel ergreifen werde, um weitere Verletzungen des Vertrages auf dem Wege des Zwanges zu hindern [1]). In einer nachträglichen Weisung (12. Februar) wurde St. Marsan bedeutet, Glogau und Schlesien nicht zu nennen, sondern einfach zu sagen, wenn Preußen nicht zahlen könne, müsse es eine Provinz abtreten. Krusemark solle eröffnet werden: „daß sich Alles ereignen könne, nur nicht, daß sich der Kaiser zum Spielball einiger Intriganten hergebe [2])." Demgemäß setzte Champagny Krusemark am 15. Februar auseinander, daß Preußen sich der steten Qual einer untilgbaren Schuld und einer unmöglichen Lage entziehen müsse und, wenn es, wie er selbst glaube, nicht zahlen könne, eine Abtretung „du coté de la Silésie" anbieten möge. In seinem Bericht über diese Unterredung hob Krusemark hervor, daß die doppelte Forderung der Entwaffnung und der Abtretung vorliege, daß diese Forderungen möglicher Weise bereits in der Voraussetzung eines Bruches mit Rußland gestellt seien, da der Kaiser überzeugt sei, daß Preußen in diesem Falle mit Rußland gehen werde. Er könne jede Abtretung nur widerrathen, sie werde Preußen nicht retten, sondern sicherer und früher verderben. Weiter meldete er dann, daß Truppen nach Norddeutschland und Magdeburg in Bewegung seien, daß dem dänischen Gesandten in Paris mitgetheilt worden, dieselben seien gegen Preußen bestimmt, daß der Kaiser Napoleon am 7. März der Fürstin Thurn und Taxis gesagt habe: „Wenn der König von Preußen nicht zahlt, so muß er mir Schlesien abtreten [3])." Napoleon hatte in der That nach der Unterzeichnung des Friedens von Schönbrunn fast die Hälfte der Franzosen seiner Armee von der Donau nach Norddeutschland dirigirt; unter Davousts Kommando, der sein

[1]) Corresp. Napol. 20, 181. 182. — [2]) Corresp. Napol. 20, 303. — [3]) Geheimes Staats-Archiv. Hiernach sind die Angaben bei Pertz Gneisenau 1, 592. 593. zu berichtigen.

Quartier in Hamburg nahm, sollten sie die Küsten besetzen und die Sperre gegen England streng durchführen.

Das Ungeschick der Nachfolger Steins in der Leitung Preußens hatte den Staat an diesen Abgrund geführt. Eine verkehrtere Maßregel war kaum denkbar, als mit dem Beginn des östreichischen Krieges die Zahlungen zu suspendiren. Erst mit dem Augenblick der eigenen Kriegserklärung hätten diese Zahlungen aufhören dürfen. Nun hatte man selbst Napoleon in das Recht, sich aber ins Unrecht gesetzt. Nachdem Stein in der aussichtslosesten, bedrängtesten Lage, unter den Augen der Okkupations-Armee die kühnsten Wege der Reform beschritten, die Grundlagen zu einer Gesetzgebung gelegt hatte, welche darauf abzielte, das wirthschaftliche Leben zu befreien, das Pflichtgefühl für die Aufgaben des Staates immer weiteren Kreisen des Volkes einzupflanzen, den Staat durch die Mitarbeit des Volkes zu erneuern, ließen diese seine Nachfolger in unvergleichlich freierer Lage nicht nur die Gesetzgebung stocken, auch die Reorganisation der Verwaltung blieb unvollendet, und die Finanzen geriethen in immer tiefere Verwirrung. Selbst jetzt vermochte Altenstein den drängenden Forderungen Napoleons, die offenbar die Existenz des Staates in Frage stellten, nicht zu genügen. Und doch waren statt der 68 Millionen Franks, die bis zum 8. März 1810 nach den Konventionen vom 8. Septbr. und 5. Novbr. 1808 gezahlt sein sollten, bis zum 1. Jan. 1810 nur $23^1/_2$ Millionen abgetragen, während durch den Zins der nicht bezahlten Raten der Gesammtbetrag der Kontribution von 120 auf 127 Millionen Franks gestiegen war. Im Januar 1810 hatte Altenstein $1^1/_2$ Million Franks abgeführt; im Februar wurden mittelst eines Anlehens durch freiwillige Anerbietungen von $1^1/_2$ Million Thalern[1]), auf welches gegen 1,400,000 Thaler eingezahlt wurden, noch 5 Millionen Franks abgetragen. Man hoffte mit dieser Zahlung, mit dem Hinweis auf Forderungen, welche Preußen gegen Ostfriesland und andere abgetretene Gebiete zustanden, durch die Ersetzung Brockhausens durch Krusemark in Paris, durch die

[1]) Edict vom 12. Febr. 1810. Bassewitz Kurmark 1809 und 1810 S. 397.

Zusage, daß auch der Graf Finkenstein aus Wien (einige seiner Berichte während des Krieges, welche den Eintritt Preußens in denselben dringend anriethen, waren den Franzosen in die Hände gefallen) abberufen und General Scharnhorst das Kriegsministerium aufgeben werde, durch halbe Maßregeln und schwächliche Mittel, endlich durch die Residenz des Königs in Berlin (diese Verlegung hatte jetzt freilich erfolgen müssen; 23. Decbr. 1809) den Zorn Napoleons zu beschwichtigen. Als nun aber jene Berichte Krusemarks und jene Note, welche St. Marsan am 7. März in Berlin übergab, zeigten, daß dies weder gelungen sei noch gelingen werde, hielt das Ministerium wiederholte Berathung und faßte deren Ergebniß am 12. März in einem Vortrage an den König zusammen. Das Ministerium habe bereits in seinem letzten Berichte den Grundsatz aufgestellt und vertreten, daß die Existenz Preußens nur durch die engste Verbindung mit Frankreich gesichert werden könne und für diesen Zweck jedes Opfer gerechtfertigt sei. Der Kaiser Napoleon bestehe in Ansehung der Kontribution auf strenger Erfüllung der Traktate. Diese sei, zumal bei der durch die Konjunkturen mißlich gewordenen holländischen Anleihe, schlechterdings unmöglich. Daß Preußen das Verlangte in der Art, wie es verlangt werde, nicht zu leisten vermöge, könne dem französischen Hofe selbst nicht unbekannt sein. Wahrscheinlich sei dessen geheime Absicht längst darauf gerichtet gewesen, den König zu dem Anerbieten einer Territorialcession als letztem Auskunftsmittel zu bewegen. Wenigstens sei nach den Aeußerungen Champagny's an Krusemark außer Zweifel, daß jetzt diese Absicht obwalte. Indessen bleibe doch die Möglichkeit des Gegentheils, und komme auf sichere Erforschung dieses Punktes Alles an. Preußen habe weder durch sich selbst noch durch seine politischen Verbindungen die Macht, jene Absicht, falls sie, wie die Minister besorgten, wirklich vorhanden sei, zu vereiteln. „Denn Rußland, sein einziger Alliirter, wird es gegen Frankreich, welches den Schein des Rechtes für sich hat, nicht in Schutz nehmen *wollen* und würde es nach unserem Dafürhalten auch gar nicht *können*. Ein Zerfallen der beiden Mächte wäre unter den gegenwärtigen Umständen für uns das größte Unglück. Ist nun aber einmal einer

Loskaufung Preußens durch eine Territorialcession auf keine Weise auszuweichen, so scheint es uns von höchster Wichtigkeit: Alles aufzubieten, damit der Werth derselben den Betrag unserer Schuld möglichst wenig überschreite; wir sagen möglichst wenig, weil, so wie die Dinge sich zu gestalten drohen, bedeutender Nachtheil wohl auf jeden Fall unabwendbar sein dürfte; sie dazu zu benutzen, die engste Verbindung mit Frankreich zu begründen und ein völlig reines Verhältniß Preußens nicht nur mit diesem Kaiserstaate, sondern auch mit seinen Verbündeten, namentlich mit Sachsen und dem Großherzogthum Warschau, wiederherzustellen. Unter dieser Bedingung wäre eine Territorialcession, sowenig wir auch sonst dazu rathen könnten, allerdings sehr zu verantworten." Schlesien war nicht genannt; nur zu gut wußten die Minister, daß es sich um Schlesien handele.

Der Gründe und der Weise ist oben gedacht worden, aus welchen und in welcher Napoleon Hardenberg im Frühjahr 1806 aus dem auswärtigen Amte entfernte, wie er ihn dann wiederum von der Friedensverhandlung zu Tilsit ausschloß; er gefiel sich darin, zu wiederholen, daß Prinz Ludwig Ferdinand, die Königin und Hardenberg die Schuld des Krieges von 1806 trügen. So hatte es Hardenberg für seine Pflicht gehalten, nach der Rückkehr des Königs nach Berlin sein in der Nähe belegenes Gut Tempelberg zu verlassen und sich auf ein Landgut seiner Familie bei Grohnde zurückzuziehen. Als der König den Bericht des Staatsministeriums vom 12. März am 14. März erhielt, fertigte er noch an demselben Tage einen Kurier an Hardenberg mit der Weisung an diesen ab, nach Berlin zu kommen. Die Königin fügte einige Zeilen hinzu: er möge seine Ankunft möglichst beschleunigen. Hardenberg kam. Nachdem er sich von dem Stande der Finanzen unterrichtet und gefunden hatte, daß die Passiva des Staates 86 Millionen Thlr., die Aktiva 122 Millionen Thlr. betrugen [1]), erklärte er sich bereit, die Leitung der Geschäfte zu übernehmen, wenn die Lage Preußens Frankreich gegenüber durch seinen Wiedereintritt nicht erschwert werde, wenn die Minister Altenstein

[1]) Denkschrift vom 28. Mai 1810; geheimes Staatsarchiv.

und Beyme sowie der Vice-Generalpostmeister Nagler entlassen würden, wenn ihm die Beaufsichtigung sämmtlicher Ministerien übertragen werde, um die nöthige Einheit und Uebereinstimmung der Verwaltung herzustellen und aufrechtzuhalten. Der König war einverstanden. Aber es handelte sich in letzter Instanz um die Genehmigung Napoleons. St. Marsan erhielt auf seine Anfrage in Paris, ob Hardenbergs Rücktritt in die Geschäfte zuzulassen sei, unter dem 16. Mai 1810 zur Antwort: daß er zustimmen könne, wenn er glaube, daß Hardenberg den Interessen des Kaisers nützlich sei. Er solle ihm sagen: Preußen habe während des Krieges bewaffnete Lager gebildet und schlechte Dispositionen gezeigt. Es habe nach Rußland gesehen und Alles gethan, um Unruhen in Deutschland zu fördern. Sein Benehmen sei feindlich gewesen, und ein Theil seiner Truppen habe die Waffen gegen den Kaiser erhoben. Die Albernheit habe man soweit getrieben, zu behaupten, daß jene Lager das Kontingent bilden sollten, welches Preußen zur Armee des Kaisers zu stellen habe. Daher die Verachtung, die der Kaiser gegen das schwankende Benehmen Preußens an den Tag gelegt. Gewiß habe er Großmuth geübt, indem er Preußen bestehen ließ und es unter den gegenwärtigen Umständen nicht angreife. Wolle Preußen seinen Kredit wiederherstellen, so dürfe es nicht zwischen zwei Wassern schwimmen, sondern müsse fest und gerade einherschreiten. Die Kontributionen müßten gezahlt werden. Die Mittel seien vorhanden, da man so viel Geld auf eine Armee verwende, die unnütz sei [1]). Der Gesandte milderte diese Weisung in der Mittheilung, die er in Berlin machte, fügte aber hinzu, daß er den ihm von dem Grafen Goltz als bevorstehend angezeigten Rücktritt Finkensteins und Scharnhorsts sogleich nach Paris gemeldet habe; da dieser inzwischen nicht erfolgt sei, müsse er bemerklich machen, daß es im Interesse des guten Vernehmens mit Frankreich angemessen erscheine, deren Rücktritt gegenwärtig stattfinden zu lassen.

Hardenbergs Eintritt in die Geschäfte bewahrte den Staat vor einem Schritte, welcher die Kapitulationen von Magdeburg, Küstrin

[1]) Corresp. Napol. 20, 359. 360.

und Stettin übertroffen haben würde, vor dem Anerbieten der Selbstvernichtung. Folgte der König dem Rathe des Berichtes vom 12. März, trat er „Glogau und einen Theil Schlesiens", d. h. Schlesien südwärts von Glogau, also ganz Schlesien, den Kreis Grünberg etwa ausgenommen, ab, so wäre die weitere Halbirung Preußens, welche Napoleon zu Tilsit, dann in jenen Verhandlungen mit Rußland über die Donaufürstenthümer verlangt hatte, vollzogen worden, Sachsen und das eben im Wiener Frieden um fast zwei Millionen Seelen vergrößerte Herzogthum Warschau wären in Territorialverbindung, der König von Sachsen in den Besitz eines wohl arrondirten Länderkomplexes von über 5000 Q.-Meilen und gegen acht Millionen Menschen gekommen. Es wäre durch Preußen selbst erreicht worden, was Napoleon für Jerôme zu Tilsit gefordert hatte; Preußen selbst hätte Sachsen an seine Stelle gesetzt und Frankreich das Gebiet seiner Herrschaft vom Rhein ununterbrochen bis an die Grenze Rußlands, bis an den Bug vorgeschoben. Die Schmach wäre um so größer gewesen, als Napoleon nur einen Versuch machte, ob Preußen durch Drohungen bewogen werden könne, jenes Projekt von Tilsit und zwar in der Weise zu realisiren, daß er diese Abtretung nicht sowohl forderte als daß sie ihm entgegengetragen wurde. Diese seine Absichten zu durchschauen, war man freilich damals in Berlin nicht in der Lage. Gewalt gegen Preußen brauchen, Schlesien mit bewaffneter Hand okkupiren, das hieß den Frieden von Tilsit und den Vertrag von Paris offen brechen. Das war der Krieg mit Rußland. Gewiß, dieser Krieg lag seit dem Frieden von Wien, wie auch Krusemarks Bericht andeutet und wie wir bald näher sehen werden, in Napoleons Absicht. Aber es war ein Unternehmen, das von langer Hand her vorbereitet werden mußte. Napoleon durfte, wollte er diese Vorbereitung nicht gefährden, Rußland nicht zu früh auf seine Absichten aufmerksam machen. Aus diesem Grunde scheute er sich, Schlesien offen und förmlich zu fordern. Die Forderung wurde alternativ gestellt und Schlesien in St. Marsans Note auf Napoleons ausdrückliche Weisung, wie wir sahen, nicht genannt. Wenn Preußen selbst Schlesien anbot, so konnte Rußland selbstverständlich nichts zu

erinnern haben. War Schlesien jedoch auf diesem Wege nicht zu gewinnen, so mußte Napoleon vorläufig verzichten. Er verzichtete in der That und bestand nur noch auf den Zahlungen, ob er auch noch einmal im August 1810 wiederholte: „wenn Preußen die Mittel nicht finden kann, mich zu bezahlen, so werde ich ihm Schlesien nehmen [1])." Er brauchte Geld, und er ließ Hardenberg in die Geschäfte eintreten, weil St. Marsan berichtet hatte, daß dieser Geld schaffen werde; er unterstützte sogar den Abschluß des holländischen Anlehens, das trotzdem schließlich kaum drei Millionen Thaler gewährte. In demselben Sinne der Vermeidung eines unmittelbaren Bruches mit Rußland verhielt sich Napoleon damals auch in den Angelegenheiten der Pforte.

Noch vor dem Abschluß des Friedens zwischen Frankreich und Oestreich war es Alexander gelungen, seinen Krieg gegen Schweden glücklich zu enden. Als er ihn im Frühjahr 1808 begann, war ihm alsbald Sweaborg mittelst Bestechung des schwedischen Kommandanten in die Hand gefallen; aber seine Flotte hatte der durch englische Schiffe verstärkten schwedischen Flotte gegenüber die See nicht halten können; die finnischen Bauern hatten sich bewaffnet und der russischen Armee das Vordringen in den weiten und öden Gebieten Finnlands erschwert. Alexander lag daran, zur Entscheidung zu gelangen. Die schwedische Flotte unwirksam zu machen und die schwierige Kriegführung in dem unwirthlichen Finnland zu vermeiden, sollte die russische Armee über das Eis des bottnischen Busens geraden Weges Stockholm bedrohen. Von Abo aus erreichte Fürst Bagration am 25. März 1809 die Alandsinseln; die schwedische Besatzung wich über das Eis nach der schwedischen Küste. Die Spitze der russischen Vorhut folgte und betrat eben das Festland Schwedens, als den russischen Führern Waffenstillstand und Friede geboten wurden. König Gustav IV. war von Offizieren seiner Armee vom Throne gestoßen worden; sein Oheim Herzog Karl hatte die Regierung angetreten und erklärte sich zum Frieden bereit. Er gedachte nur, Zeit zu gewinnen, bis das Eis des

---

[1]) Krusemarks Bericht vom 21. August 1810; geheimes Staatsarchiv.

Busens der Frühjahrssonne gewichen sei. Die Feindseligkeiten begannen von Neuem; die Russen versuchten nun auf dem schwierigen Wege über Tornea durch Lappland nach Schweden zu gelangen. Sie kamen nicht weit; aber als der Winter wieder nahte und Karl XIII. inne wurde, daß er auf wirksame Unterstützung Englands, das die Revolution, die ihn erhoben hatte, mißbilligte, nicht zu rechnen habe, bequemte er sich zur Abtretung Finnlands sammt den Alandsinseln. Der Friede von Friedrichshamm (19. September 1809) machte den Torneo zur Grenze zwischen Rußland und Schweden und legte Schweden die Verpflichtung auf, der Handelssperre gegen England beizutreten. Schweden war dem Bündniß mit England, der Gegnerschaft Frankreichs entrissen.

Auch gegen die Pforte trachtete Alexander nach baldiger Entscheidung. Der Vertrag von Erfurt mußte rasch benutzt werden; Alexander kannte seinen großen Bundesgenossen bereits hinreichend, um zu wissen, wie bald er zurückzunehmen trachten würde, was ihm eine zwingende Situation zuzugestehen genöthigt hatte. Als Alexander in den ersten Apriltagen des Jahres 1809 die Feindseligkeiten gegen die Pforte wieder eröffnen ließ (S. 299), hatten seine Generale Befehl, so weit wie möglich über die Donau vorzudringen, um dadurch den Frieden, d. h. die Abtretung der Donaufürstenthümer, baldmöglichst zu erzwingen. Aber sowohl der Sturm auf Giurgewo (5. April) als der auf Braila (2. Mai) mißlangen. Erst am 19. August, mehr als vier Wochen nach dem Waffenstillstand von Znaym, konnte die russische Armee die Donau überschreiten, und wenn sie nun hier auch einige Erfolge erkämpfte, so waren diese um so weniger wirksam, als sie im Herbst wieder über die Donau zurückgehen mußte. Alexander sah sich am Ende dieses Feldzuges ebensoweit wie im Beginn desselben von dem Besitz der Moldau und Wallachei entfernt.

Der Zweck, um dessen willen Alexander an der Allianz mit Napoleon festgehalten, um dessen willen er ihn aus einer bedenklichen Lage befreit, ihm Hülfe gegen Oestreich zugesichert und, wenn auch nicht eben eifrig, geleistet, um dessen willen er Preußen gehindert hatte, war somit nicht erreicht; wohl aber hatte der Bundesgenosse

Oestreichs Niederwerfung bewerkstelligt. Diese Folgen seiner eigenen Politik konnte Alexander nicht mehr abwenden, mochte er immerhin Napoleon ermahnen, Oestreich keine Landabtretungen aufzulegen, sich mit der Schwächung der Streitkraft Oestreichs zu begnügen. Die Einladung Napoleons als Verbündeter Frankreichs und kriegführender Theil an den Friedensverhandlungen mit Oestreich Theil zu nehmen, lehnte Alexander ab. Er wollte sich nicht zu scharf gegen Oestreich stellen, durch unwillkommene Bedingungen, die Oestreich auferlegt würden, sich nicht selbst binden, die Solidarität mit Frankreich vermeiden und möglichst freie Hand bewahren. Am 21. August 1809 schrieb er Napoleon: „Meine Interessen sind in den Händen Eurer Majestät. Ich setze mein ganzes Vertrauen auf Ihre Freundschaft zu mir. Sie können mir ein sicheres Pfand derselben geben, wenn Sie sich erinnern, was ich Ihnen bezüglich der Interessen Rußlands für die Angelegenheiten des vormaligen Polens zu Tilsit und Erfurt so oft wiederholt, was ich Ihren Gesandten beauftragt habe Ihnen in's Gedächtniß zu rufen." Alexander hatte, als die Polen Galiziens während des Krieges zu den Waffen gerufen wurden, als Poniatowski, der Befehlshaber der Truppen des Großherzogthums, sich „Oberbefehlshaber der polnischen Armee" nannte [1]), Caulaincourt nachdrücklich erklärt: er werde niemals eine französische Provinz an seiner Grenze dulden, niemals in die Herstellung Polens willigen: „es giebt kein Arrangement über Polen zwischen mir und Frankreich; ich kann die Sicherheit meines Reiches nicht aufopfern [2])." Trotz alledem entriß Napoleon, wie wir sahen, Oestreich nicht nur große Gebietsstrecken im Donauthal und im Süden; die Hauptabtretung Oestreichs bestand in jenen polnischen Landen, durch welche Napoleon das Herzogthum Warschau nahezu um das doppelte vergrößerte. Wenn Oestreich dann auch auf ein Stück Ostgaliziens zu Gunsten Rußlands verzichten mußte, so traf Napoleon diese Stipulation in der That nur, um es mit Oestreich zu verfeinden, in jedem Fall sehr wider Alexanders Wunsch und Willen. Seinerseits hatte Oestreich

---

[1]) Bernhardi Geschichte Rußlands 2, 2, 598. — [2]) Lefèbvre l. c. 4, 206. 207.

gerade in der Abtretung dieser polnischen Lande die geringsten Schwierigkeiten gemacht; man sah hier voraus, daß, je weiter Napoleon die Herstellung Polens treibe, desto eher der Bruch der Allianz zwischen Frankreich und Rußland erfolgen müsse, der Allianz, der Oestreich das Mißlingen aller seiner Anstrengungen, das Unheil des Wiener Friedens mit gutem Grunde zuschrieb. Alexander zu beruhigen, ließ Napoleon seinen Minister Champagny am 20. Oktober 1809 nach Petersburg schreiben: „eine Bevölkerung, die sich einmüthig für ihn erhoben, habe der Kaiser nicht unter die Herrschaft Oestreichs zurückkehren lassen können. Aber er sei weit entfernt, den Gedanken an eine Herstellung Polens erwecken zu wollen; im Gegentheil werde er mit Alexander dahin wirken, alle alten Erinnerungen auszulöschen und den Namen Polens und der Polen nicht allein aus jeder politischen Verhandlung, sondern auch aus der Geschichte verschwinden zu lassen [1]." Alexander wäre blind gewesen, hätte er nicht erkannt, was die Position bedeute, die Napoleon durch den Wiener Frieden am adriatischen Meere erlangt — sie war jetzt von Venedig und Triest bis Cattaro und Ragusa hinab geschlossen, sie stieß an Bosnien und erreichte die Nähe der ionischen Inseln, die Alexander Napoleon im Frieden von Tilsit abgetreten hatte —, welche Gefahr die Verstärkung des Herzogthums Warschau für Rußland im Schooße trage, und falls er erfahren hat, wie gleich nach dem Wiener Frieden im Winter bis zum Frühjahr hin in Berlin auf die Abtretung Schlesiens gedrängt wurde (S. 311. 313), würde ihm dies weitere Aufklärung über die Absichten Napoleons gegeben haben, wenn er deren bedurft hätte. Zunächst gedachte er die erweiterte Resurrektion Polens, die Verstärkung der französischen Ansiedlung an seiner Grenze nicht ohne Weiteres hinzunehmen. Er wollte seinen Bundesgenossen beim Wort fassen, ihn wenigstens nöthigen, bestimmt Farbe zu bekennen. Jene Erklärung Champagny's vom 20. Oktober sollte in einen förmlichen Vertrag verwandelt werden, in welchem Napoleon bestätigte, daß das Königreich

[1] Bogdanowitsch Feldzug von 1812 1, 8 D. Ü.; vgl. Bernhardi a. a. O. 2, 2, 599.

Polen nie wiederhergestellt, das Herzogthum Warschau nicht weiter vergrößert werden würde.

Trotz alledem schien im Winter des Jahres 1809 zum Jahre 1810 das Verhältniß zwischen Frankreich und Rußland inniger werden zu sollen als zuvor. Schon vor Erfurt hatte Napoleon verbreiten lassen, er werde seine Ehe trennen, um eine Großfürstin heimzuführen; in Erfurt hatte Talleyrand Alexander fragen müssen, ob Napoleon in diesem Falle die Hand der Großfürstin Katharina zu Theil werden würde. Alexander war ausgewichen: in der Familie gebiete seine Mutter; eine so erwünschte Verbindung werde sich jedoch vielleicht in Zukunft herbeiführen lassen. Aus dem östreichischen Feldzuge heimgekehrt, ließ Napoleon jetzt am 22. November 1809 an Caulaincourt Weisung ergehen: Alexander habe Napoleon in Erfurt gesagt, daß die Großfürstin Anna zur Verfügung stehe; Caulaincourt habe dem Kaiser demnach ohne Umschweife zu eröffnen, daß Napoleon, von ganz Frankreich gedrängt, sich zur Scheidung seiner Ehe anschicke, und Alexander zu fragen, ob man auf seine Schwester rechnen dürfe; die Verschiedenheit der Religion werde kein Hinderniß bilden. „Seine Majestät möge zwei Tage bedenken und dann offen antworten, nicht dem Gesandten Frankreichs, sondern einem Manne, der beiden Fürstenhäusern ergeben sei.“ Von der älteren Schwester, Katharina, war in Erfurt die Rede gewesen; sie war nicht zugesagt und inzwischen verheirathet worden, vielleicht um etwaiger weiteren Werbung Napoleons zu entgehen; jetzt warb Napoleon um die jüngere Schwester, die Großfürstin Anna, die in Erfurt nicht genannt worden war. Die Weisung wird Petersburg um die Mitte Decembers erreicht haben. Caulaincourt konnte sie erst am 28. December zur Ausführung bringen; Alexander war abwesend gewesen. Er wies auf die Jugend seiner Schwester hin (die Prinzessin Anna war erst fünfzehn Jahre alt), die einen Aufschub unerläßlich mache, auf den Unterschied des Bekenntnißes und versprach mit seiner Mutter zu reden. Es war in diesen Tagen, am 5. Januar 1810, daß Caulaincourt den ihm vorgelegten Entwurf jener Konvention über Polen zeichnete. Inzwischen war jedoch eine neue Weisung an ihn ergangen (unter

dem 13. December) augenblicklich eine kategorische Antwort zu fordern und zwar binnen zehn Tagen. Caulaincourt entledigte sich am 10. Januar dieses Auftrages. Alexander antwortete auf dies sonderbare Ultimatum, wohl in Erwartung der Ratifikation des Vertrages über Polen, in ruhiger Höflichkeit, er habe den Besorgnissen und Gewissensbedenken seiner Mutter Rechnung zu tragen; aber er hoffe, ihr Widerstreben überwinden zu können. Am 6. Februar traf ein Bericht Caulaincourts in Paris ein, daß Alexander noch keine bestimmte Antwort gegeben habe, gerade an dem Tage, an welchem der Heirathsvertrag Napoleons mit der Erzherzogin Marie Louise festgestellt wurde. Am 7. Februar erfolgte die Zeichnung. Auf der Stelle ließ Napoleon Caulaincourt schreiben, daß er sich anders entschieden habe: „er könne in den Tuilerien keinen Popen dulden." Alexander zeigte bei Mittheilung einer so urbanen Botschaft in so gewählter Form nicht die mindeste Erregung; er wünschte Glück zu den Folgen, welche die Verbindung Oestreichs und Frankreichs für den Frieden Europa's haben werde, und fügte nur hinzu: wenn nicht längst, bevor man irgend eine Antwort von ihm erhalten, mit Oestreich unterhandelt worden sei, sein Alliirter unmöglich in der Lage gewesen wäre, den Ehevertrag mit der Erzherzogin am 7. Februar zu zeichnen [1]).

Napoleon hatte die Armee, die gegen Oestreich gefochten, zwar zur Hälfte nach Spanien gewendet, um hier endlich zum Ziel zu kommen, er hatte jedoch einen ansehnlichen Theil derselben nach Norddeutschland marschiren lassen. Wohl sagte er am 3. December 1809 bei Eröffnung der Sitzung des legislativen Körpers, er werde nach Spanien gehen: „Sobald ich mich jenseit der Pyrenäen zeige, wird der erschreckte Leopard den Ocean suchen, um der Schande, der Niederlage, dem Untergange zu entgehen." Aber er blieb in Paris. Andere Absichten erfüllten ihn. Die Werbung in Petersburg war nicht angestellt worden, um eine Großfürstin, sondern um eine Erzherzogin zu erlangen. Die Gefahr, daß das Bündniß zwischen Frankreich und

---

[1]) Correspondance de Napoléon 20, 181. 182.

Rußland noch enger, daß es zu einem dauernden, Oestreich völlig erdrückenden werden könne, sollte dem Wiener Hof eindringlich gemacht werden. Dieser Zug verfehlte seine Wirkung nicht. Metternich, der den Frieden von Wien verhandelt und an Stadions Stelle getreten war, wußte bereits in den ersten Decembertagen, d. h. bevor die erste Weisung zur Anfrage in Caulaincourts Hand war, darum. Er trug dem Soldatenkaiser die Tochter des Erzhauses entgegen. Es war seine Meinung, daß die Allianz Frankreichs mit Rußland nicht fester werden dürfe, Oestreich vor weiterer Schädigung bewahrt und ihm wenigstens auf einige Jahre Friede gesichert werden müsse [1]). Andererseits wollte Napoleon sich Oestreichs versichern, bevor er sich gegen Rußland wendete. Nachdem Rußland seinen Dienst gethan, war Oestreich von dem Augenblicke an unentbehrlich, wo es darauf ankam, Rußlands Fortschritte gegen die Pforte zu hindern, gegen Rußland Front zu machen. Der Augenblick, diese Wendung vorzubereiten, war mit dem Frieden von Wien gekommen. Am 15. Dezember hatte Napoleon im Familienrath die Auflösung seiner Ehe beschlossen, der Senat am 16. diese Auflösung ausgesprochen. Am. 19. Dezember fand die entscheidende Verhandlung zwischen dem Sekretär der östreichischen Gesandtschaft in Paris, Herrn Floret, und dem Grafen de Laborde im tiefsten Geheimniß statt. So konnte der Heirathsvertrag am 6. Februar 1810 geschlossen, am folgenden Tage gezeichnet werden [2]). Von der Konvention mit Rußland über Polen konnte nun selbstverständlich nicht weiter die Rede sein. Unter demselben 6. Februar wurde Caulaincourt informirt, daß es „der Würde des Kaisers entgegen sei", zu erklären, daß das Königreich Polen nie wiederhergestellt werden solle, daß es absurd und lächerlich sei, die Verpflichtung zu übernehmen die Namen Polens und der Polen zu

[1]) Mittheilung Metternichs an Jakobi-Klöst vom 11. Septbr. 1811 in dessen Bericht an Hardenberg vom 12. Septbr. 1811; geh. Staatsarchiv. — [2]) Daß Napoleon am 21. Januar 1810 Rath halten ließ, ob die Verbindung mit Rußland oder Oestreich vorzuziehen sei, unterstützt die im Texte aufgestellte Meinung. Die Weisung, das Ultimatum in Petersburg zu stellen, war längst gegeben; es kam nur darauf an, einen Stützpunkt für die Ablehnung zu haben, falls Alexander zustimme.

unterdrücken. Es blieb Alexander überlassen diese neue Erklärung mit jener vom 20. Oktober 1809 in Uebereinstimmung zu bringen. In einem Gegenentwurfe wollte Napoleon sich nur verpflichten: „kein Unternehmen zu unterstützen, das die Herstellung Polens bezwecke." Alexander ließ die Fassung seines Entwurfs im Wesentlichen wiederherstellen und befahl im Juni 1810 seinem Gesandten in Paris, dem Fürsten Kurakin, dort zu erklären, daß die Weigerung, diesen Vertrag anzunehmen, ihm als Beweis dafür gelten werde, daß Napoleon die Herstellung Polens beabsichtige. „Was bedeutet diese Sprache", fragte Napoleon den Fürsten, „will Rußland den Krieg [1]?"

Napoleon kam es zunächst darauf an, daß die Pforte die Waffen nicht niederlege. Der Verlust Silistria's bei Eröffnung des neuen Feldzugs, das Erscheinen des russischen Heeres vor Schumla erschreckte den Sultan. Der Großvezir bot die Hand zum Frieden. Napoleon ließ in Konstantinopel erklären: die Moldau und Wallachei habe er dem Kaiser von Rußland zugestanden; gegen jede weiter gehende Forderung Rußlands werde er die Pforte schützen (Juli 1810 [2]). Die Donaufürstenthümer hatten die Russen bereits inne; weitere Verluste konnten nach dieser Erklärung für die Pforte nicht eintreten. Wie hätte sie nicht bewirken sollen, was Napoleon zunächst wollte und brauchte, die Pforte zur Fortsetzung des Krieges zu bestimmen, ohne ihn zu nöthigen, schon jetzt mit Rußland zu brechen? Oestreich unterstützte diese Bemühungen Frankreichs nicht bloß in Konstantinopel, sondern drängte auch in Paris: „den Ehrgeiz Rußlands zu zügeln." Man wünschte in Wien nicht nur, Oestreichs Interessen an der unteren Donau durch Rußland nicht beschädigt zu sehen, man wollte dem Kaiser Alexander auch den Angriff vergelten, den er das Jahr zuvor gegen Oestreich gerichtet. Hatte Rußland rücksichtslos seine orientalischen Interessen verfolgt, so wollte nun auch Oestreich sein Interesse an der unteren Donau rücksichtslos im Bunde mit Frankreich zur Geltung bringen, und in den Tagen der Hochzeit Marie Louise's wurden in Wien Projekte entworfen, Rußland an der Seite

---

[1]) Lefèbvre l. c. 5, 45. — [2]) Corresp. de Napoléon 20, 505.

Frankreichs zu bekriegen, Polen unter einem östreichischen Erzherzog herzustellen, die Grenzen Oestreichs nach Osten bis zur Donaumündung vorzuschieben [1]).

Am 10. Juli 1810 verlangte Napoleon von seinem Kriegsminister zu wissen, ob die Waffen, welche er nach Warschau geschickt habe, dort angekommen seien, wie viel Waffen sich überhaupt im Herzogthum befänden; es müsse dort eine große Quantität vorhanden sein, damit die Bevölkerung im Nothfalle bewaffnet werden könne. Am 2. August forderte er von seinem Gesandten zu Petersburg einen genauen Bericht über die Vertheilung, die Stellung und die Befehlshaber der russischen Armee; mit diesen Berichten solle er monatlich, stets in Chiffren, fortfahren [2]). Am 4. August befiehlt er seinem Kriegsminister, die Garnisonen von Danzig, Stettin, Küstrin und Glogau zu verstärken, und setzt dem König von Sachsen, Herzog von Warschau, die Nothwendigkeit der Befestigungsarbeiten bei Modlin auseinander. Anfangs Oktober ordnete er an, Sachsen mit 60,000 Gewehren und mit Geschützen aus Mainz zu versorgen; er sprach dem Könige von Sachsen seine Befriedigung darüber aus, daß die polnische Armee auf 17 Infanterie- und 16 Kavallerieregimenter gebracht sei, beschäftigte sich mit den Befestigungsplänen von Sierozk, Modlin und Praga und wies den König von Sachsen auf die Wichtigkeit dieser Arbeiten hin. Die Brückenköpfe von Modlin und Praga auf dem rechten Ufer der Weichsel lagen Napoleon wegen des Ueberganges über diesen Fluß besonders am Herzen; Sierozk erachtete er weniger wichtig. Am 6. Oktober theilte er seinem Kriegsminister mit, daß die Armee in Deutschland auf 200,000 Mann gebracht werden müsse und zwar dadurch, daß das bereits in Deutschland befindliche Corps des Marschall Davoust auf 64 Bataillone verstärkt werde, daß ein zweites Corps von derselben Stärke nach Deutschland rücke, ein drittes aus sechs älteren und 58 neuen Bataillonen, für welche die Kadres aus Spanien zurückzurufen seien, gebildet werde. Zur voll-

---

[1]) Lebensbilder aus dem Befreiungskriege 2, 9 ff. Lefèbvre l. c. 5, 27—33. — [2]) Corresp. de Napoléon 20, 457.

ständigen Aufstellung dieser drei Corps an Infanterie, Artillerie, Kavallerie in der Stärke von 200,000 Mann würden noch 70 bis 80,000 Mann erforderlich sein. Diese 200,000 Mann würden durch 44,000 Polen, 30,000 Sachsen, 28,000 Mann westfälische, hessische und bergische Truppen bis auf 300,000 Mann verstärkt werden; für Italien müßten die Kadres einer Armee von 200,000 Mann bereit sein [1]). Im November erhielt Napoleon Kunde, daß an der Düna und am Dnjepr geschanzt werde, und obwohl dies eine höchst bescheidene Antwort innerhalb der Grenzen Rußlands auf die Befestigungsarbeiten bei Modlin, bei Praga und bei Sierozk war, die Napoleon 150 Meilen von seinen Grenzen an der Grenze Rußlands seit dem Sommer betreiben ließ, wies er seinen Gesandten in Petersburg darauf hin, daß diese Arbeiten üble Dispositionen Rußlands verriethen. Wolle man dort Frieden mit England machen und den Vertrag von Tilsit verletzen, so würde dies unverzüglich der Krieg sein [2]). Die Drohung des unmittelbaren Angriffs hatte nur den Zweck, die russische Rüstung zu hindern, wenigstens aufzuhalten.

Noch deutlicher als diese Rüstungen, Fragen und Drohungen zeigten andere Schritte, was Napoleon im Schilde führe. Gleich nach dem Wiener Frieden hatte er den Entschluß gefaßt, seinem Bruder Ludwig die ihm verliehene Königswürde Hollands wieder zu entziehen. Ludwig Napoleon nahm diese Würde zu ernstlich. Er glaubte sich verpflichtet, im Interesse des ihm anvertrauten Landes, welches seine Kolonien und seine Flotte durch den Anschluß an Frankreich eingebüßt hatte und durch die Kontinentalsperre ruinirt wurde, die Verfügungen seines Bruders wenigstens zu mildern. Er sollte diese Keckheit, etwas Anderes als der Präfekt des großen Kaisers sein zu wollen, büßen; er sollte büßen, daß er weder Geld genug, noch Truppen genug, noch Kriegsschiffe, welche dessen Anforderungen genügt hätten, den Holländern abpresse. Der Wunsch, einen Gewaltschritt, wie die Absetzung eines Bruders, möglichst zu verdecken — welcher Souverän

---

[1]) Correspondance de Napoléon 21, 181—196. — [2]) Corresp. de Napoléon 21, 252. 302; 13. Oktbr., 4. Novbr., 5. Decbr. 1810.

war noch sicher auf dem Throne, wenn es selbst Napoleons Brüder nicht waren —, ließ Napoleon Umwege einschlagen, welche die Annexion Hollands an Frankreich bis zum 9. Juli 1810 verzögerten; unter diesem Datum erklärte ein Dekret des Kaisers, im Moniteur abgedruckt, daß Holland wie Ostfriesland und Jever, die Napoleon mit Holland vereinigt hatte, Theile des französischen Territoriums geworden seien, um diese Gebiete den Engländern zu verschließen und die Kontinentalsperre wirksam durchzuführen. Am 10. Dezember 1810 gab eine Botschaft des Kaisers dem Senat und Europa Kunde, daß der Kaiser sich ferner genöthigt gesehen habe, außer den Mündungen der Schelde, der Maas und des Rheins, auch die Mündungen der Ems, der Weser und der Elbe mit seinem Reiche zu verbinden; sie bezeichnete außerdem diese Reunionen nicht als die letzten, vielmehr als „die ersten und die wichtigsten." Es war die gesammte noch übrige Nordseeküste Deutschlands bis über die Elbmündung hinaus, bis zur Trave. Bremen, Hamburg und Lübeck waren auf einmal Städte des französischen Kaiserreiches geworden. Es geschah mitten im Frieden, ohne auch nur den dürftigsten völkerrechtlichen Vorwand, geschweige denn Grund, ohne vorgängige Mittheilung, allein nach dem Wohlgefallen Napoleons. Seine Absicht dabei war, die Küste vollständig in seiner Gewalt zu haben, nicht nur, um einer englischen Landung in seinem Rücken, wenn er nach Rußland vorgehe, sicherer begegnen zu können; er wollte am baltischen Meere Fuß fassen, um sich näher an Rußland heranzuschieben und Preußen noch fester zu umklammern.

Waren Deutschland durch diesen Federzug Napoleons 600 Q.-Meilen seines Gebiets entzogen, Kaiser Alexanders nächster Verwandter, der Herzog von Oldenburg, war durch denselben seines Landes beraubt. Oldenburg wurde okkupirt und das Schloß versiegelt, obwol Napoleon zu Tilsit erklärt hatte, sein direkter Einfluß solle die Elbe nicht überschreiten (S. 278) und der zwölfte Artikel des Tilsiter Vertrages ihn ausdrücklich verpflichtete, den Herzog von Oldenburg und sein Gebiet nicht anzutasten; Alexander hatte in Erfurt noch einmal hieran erinnert. Die Schwere dieser Beraubung empfand Alexander

in vollem Umfange; er sagte Caulaincourt: „Das ist eine Ohrfeige, die mir eine befreundete Macht vor den Augen Europa's giebt"; aber er begnügte sich, durch den Fürsten Kurakin einen Protest zur Wahrung der Rechte des Hauses Gottorp in Paris überreichen und den übrigen Höfen mittheilen zu lassen. Champagny mußte auf Napoleons Gebot dessen Zurücknahme fordern und schließlich das Dokument in Kurakins Wohnung zurücktragen; er legte es hier in dessen Gegenwart auf den Tisch [1]).

Der Bruch mit Rußland war längst beschlossen; daß er nahe bevorstehe, konnte Alexander nach solchem Vorgehen nicht zweifelhaft sein. Und neben alledem ließ Napoleon seit dem Frühjahr 1810 in Petersburg unaufhörlich drängen, daß alle seine Maßnahmen, die er zur Verschärfung des Kontinentalsystems in Frankreich einzuführen für gut fand: die Ausschließung der neutralen Flaggen, die Ausschließung der amerikanischen Schiffe, der Tarif von Trianon auch in Rußland eingeführt würden, ohne daß es ihm jemals eingefallen wäre, Alexander darum zu fragen, vor deren Erlaß mit ihm darüber zu verhandeln. Alexander blieb dabei, die Verpflichtungen, die er im Vertrage von Tilsit übernommen, zu erfüllen wie bisher; darüber hinauszugehen, sei er nicht verbunden. Nachdem Napoleon wiederholt seinen Zolltarif geändert und schließlich auch gewisse russische Produkte ausgeschlossen hatte, zeigte Alexander nach der Annexion Oldenburgs, daß auch er Herr seiner Grenzzölle sei. Er hielt die Handelssperre gegen England fest, aber schloß gewisse französische Manufakturwaaren aus (Ukas vom 15. Jan. 1811). Jenem Proteste und diesem Akte, dessen Berechtigung Napoleon selbst nicht bestreiten konnte [2]), folgte ein erhöhter Betrieb der französischen Rüstungen, der jedoch auch ohne diese eingetreten sein würde. Nach Warschau gingen 100,000 Gewehre ab: man müsse dort über 2—300,000 Gewehre disponiren, d. h. Polen vollständig bewaffnen können. Für die Oderfestungen und Danzig wurden Verstärkungen an Truppen, Geschütz und Munition angeordnet; die Besatzung von Magdeburg wurde auf 18,500 Franzosen

---

[1]) Bogdanowitsch a. a. O. 1, 16 D. Ü. — [2]) Corresp. Napol. 2. April 1811.

gebracht. Französische Corps wurden Ende Januar 1811 vom Rhein nach der Weser in Bewegung gesetzt, Davousts Corps gegen Ende des März auf 80,000 Mann gebracht [1]). Napoleon hoffte, daß Oestreich sich ihm bereitwillig anschließen werde, um Rußland den Gewinn der Donaufürstenthümer zu entreißen. Oestreich hierüber formell zu befragen, befahl er am 25. Februar 1811 [2]).

Als Hardenberg im Juni des Jahres 1810 die Leitung der Geschäfte antrat, konnte sein Programm kein anderes sein, als Preußen durch strikte Erfüllung der Pflichten, die es durch die Verträge von 1807 und 1808 übernommen, auch in sein vertragsmäßiges Recht wiedereinzusetzen. Die Herstellung der Finanzen stand in erster Linie, um die Verbindlichkeit der Kontributionszahlung erfüllen zu können. Die gute Ordnung der Verwaltung, die innere Kräftigung des Staates, die Herstellung der Steuerkraft bildeten die Mittel das Land für den Augenblick vorzubereiten, in welchem es gelten würde, die Existenz zu behaupten oder die Selbstständigkeit wiederzugewinnen. Blieben die inneren Zustände in der schwankenden Verwirrung, in welche sie das Ministerium Dohna-Altenstein gebracht, so fand die Stunde der Abwehr der äußersten Gefahr oder die Stunde der möglichen Erhebung Preußen ohne Aussichten auf Erfolg. Für diese unentbehrliche innere Konsolidation Zeit und Ruhe zu gewinnen, das war die ebenso bestimmt gewiesene Aufgabe der auswärtigen Politik. Es zeigte sich bald, was es bedeute, daß die Leitung der Dinge in der Hand eines umsichtigen und sehr geschickten Mannes lag. Die Verordnung wegen veränderter Einrichtung der obersten Staatsbehörden gab Hardenberg die volle Aufsicht über sämmtliche Ministerien oder, wie sie damals bescheidener hießen, über sämmtliche Departements. Auch Stein hatte in Gemäßheit der Ordre vom 5. Oktober 1807 die obere Leitung aller Civilangelegenheiten geführt und bei der Reorganisation der Armee Mitwirkung zu üben gehabt. Nach den Divergenzen der Nachfolger Steins, bei der Stellung Preußens zu

---

[1]) Corresp. de Napoléon 21, 422. 456. 503. — [2]) Corresp. de Napoléon s. d.

Frankreich, bei der Lage Europa's war eine streng einheitliche Leitung kaum jemals weniger entbehrlich gewesen. Zwar die Einkommensteuer, welche Stein empfahl, der um Rath gefragt worden war [1], wagte Hardenberg nicht, dem Lande aufzulegen. Aber sein Steuersystem erwies sich doch, nachdem es einige Modifikationen erfahren hatte, nicht allzu drückend, da mit demselben wirthschaftliche Erleichterungen Hand in Hand gingen, die das Land in den Stand setzen sollten und in den Stand setzten, die neuen Lasten zu tragen, und ausreichend einträglich, um in Verbindung mit der Einziehung der geistlichen Güter die Kontributionsraten abtragen und das Gleichgewicht im Staatshaushalte herstellen zu können. Mit der Einführung der Gewerbesteuer war zugleich die Gewerbefreiheit verfügt worden; der Einführung der das flache Land treffenden neuen Besteuerungen stand der Wegfall des Mühlenbanns, des Brau- und Brennereizwanges, der Lasten des Vorspannes und der Naturallieferungen für die Armee gegenüber. Das Edikt vom 27. Oktober 1810, welches das neue Steuersystem eingeführt hatte, verhieß dem Lande zugleich eine zweckmäßig eingerichtete Nationalrepräsentation. Zunächst wurde eine provisorische Vertretung berufen (sie war vom 23. Febr. bis zum 19. Septbr. 1811 versammelt) und nach ihrem Votum der ländlichen Bevölkerung statt der Mahlsteuer, die das Edikt vom 27. Oktober verfügt hatte, eine Personensteuer nach gewissen Klassen des Einkommens aufgelegt (Finanzedikt vom 7. Septbr. 1811 [2]), mit ihrem Beirath das Gesetz über Regelung der bäuerlichen Verhältnisse erlassen (14. Septbr. 1811), welches die Verwandlung aller bisher nicht eigenthümlichen Bauerhöfe in freies Eigenthum und die Ablösung der auf denselben ruhenden Dienste verfügte, was für die Domänen des Staates bereits sechs Monate früher geschehen war. Der provisorischen folgte die interimistische Nationalvertretung, welche auf Grund der Wahlordnung vom 11. Febr. 1812 im April dieses Jahres zusammentrat und bis zum März 1815 in Funktion blieb. Mit der wirth-

---

[1]) Denkschrift Steins vom 10. Juli 1810; geh. Staatsarchiv. — [2]) Die Details sind gegenwärtig am leichtesten zu übersehen bei Dieterici Geschichte der Steuerreform S. 18 ff.

schaftlichen Befreiung des Gewerbes und des Bodens ging die Sorge für die sittlichen Interessen des Landes Hand in Hand. Es genügt, der Eröffnung der Universität Berlin zu gedenken. Eine der schlimmsten Erbschaften, welche das Ministerium Dohna-Altenstein Hardenberg hinterlassen hatte, war jene Zusage des Rücktrittes des Generals von Scharnhorst von der Verwaltung des Kriegsdepartements. Scharnhorst hatte, sobald er erfahren, daß St. Marsan die Erfüllung der von Goltz gegebenen Zusage verlange (S. 317), gleich am 4. Juni 1810 seine Entlassung erbeten. Sein Rücktritt drohte das schwierige Werk der Herstellung der Armee, auf Grund der ausnahmslosen Wehrpflicht aller, unter den Augen Napoleons, in Frage zu stellen. Der König ertheilte Scharnhorst unter dem 6. Juni die Entlassung als Chef des Kriegsdepartements, dem er seit dem 25. November 1808 vorstand, aber nicht als Chef des Generalstabes und Inspekteur der Festungen und Ingenieure. Zugleich befahl eine geheime Kabinetsordre von demselben Tage: „Sie werden ungeachtet Ihrer Entlassung fortfahren, die wichtigsten Angelegenheiten des Kriegsministeriums zu führen, soweit dies heimlich geschehen kann, und sich zu diesem Behufe mit Oberst Hacke (dem neuernannten Chef des Kriegsdepartements) verständigen. Sie sind beide für das Geheimniß verantwortlich [1])."

In der auswärtigen Politik hatte Hardenberg einfach die gegebene Lage anzunehmen. Man mußte sich fügen und Fügsamkeit zeigen. Es war nichts übrig, als die Politik des Schwachen dem Starken gegenüber zu treiben und den Herrscher Europa's über die letzten Absichten zu täuschen. Er am wenigsten hatte Offenheit und Ehrlichkeit zu beanspruchen. Hardenbergs Art und Mittel eigneten sich zu dieser Aufgabe. Es hatte diesen Grund, daß er wider Steins Rath dem Grafen Goltz die Führung der auswärtigen Angelegenheiten ließ. Die obere Leitung derselben stand ihm als Staatskanzler zu. Die offizielle preußische Politik sollte das Einverständniß mit Frankreich zur Schau tragen; alles Andere konnte nur im vorsichtigsten Geheimniß geschehen.

---

[1]) Die hierauf zwischen beiden getroffene Vereinbarung ist bei Klippel Scharnhorst 3, 354. 355 veröffentlicht.

Hier war Hardenberg nicht unthätig. So bitter die Haltung Rußlands während des Krieges von 1809 empfunden worden war, so wenig freundlich Alexander sich auch nach dem Wiener Frieden gezeigt hatte, die Anlehnung an Rußland mußte festgehalten, die Beziehung zu Oestreich trotz der Verschwägerung mit Napoleon fester geknüpft, namentlich die tiefe Kluft, die der Krieg von 1809 zwischen Oestreich und Rußland geöffnet hatte, überbrückt werden. Hardenberg verfolgte den eigensten Gedanken des Königs, indem er eifrig an dieser Aussöhnung arbeitete; er ließ Wilhelm von Humboldt an Finkenstein's Stelle in Wien treten. Die Vorbereitung des Befreiungskampfes lag in der herzustellenden Uebereinstimmung zwischen Petersburg, Wien und Berlin. Keinen Augenblick ließ Hardenberg diesen Gesichtspunkt außer Acht.

Beständige und steigende Nachgiebigkeiten gegen Frankreich waren unvermeidlich, die höchst förderlichen Fortschritte, welche Preußen unter Hardenberg's Verwaltung im Inneren machte, von dem herrischen Gebieter Europa's zu erkaufen. Die ganze Reihe jener brutalen Maßnahmen, durch welche Napoleon das Kontinentalsystem sowohl wirksamer als ergiebiger zu machen unternahm [1]), führte Hardenberg ohne Widerspruch auch in Preußen ein und hielt geduldig allen Chikanen Stand, die mit deren Ausführung verbunden wurden. Wozu konnte es führen, böse Miene zum bösen Spiele zu machen, nachdem Bonaparte seinen eigenen Bruder wegen mangelhafter Durchführung des Kontinentalsystems des Thrones von Holland entsetzt hatte (S. 328). Mehr als einmal wurden diese Anforderungen in der schärfsten Weise gestellt. Am 19. Oktober 1810 instruirte Napoleon Champagny: Preußen aufzufordern, das eben von ihm ergänzte Dekret von Trianon auch bei sich in Ausführung zu bringen. Weigere man dies in Berlin, so solle St. Marsan abreisen. Wenn die Ladungen der 600 Schiffe (thatsächlich waren es nur 63), welche in den Häfen Mecklenburgs abgewiesen seien, in Preußen gelandet und nicht konfiscirt würden, so werde er sie konfisciren lassen, was auch in dem

[1]) Sie sind in der folgenden Abhandlung näher beleuchtet.

Falle geschehen würde, wenn sie etwa über Rußland nach Preußen gelangten. Die Küsten Preußens seien nur unter der Bedingung geräumt worden, daß Preußen den englischen Handel proscribire. Schon am folgenden Tage übergab Champagny Krusemark die demgemäß abgefaßte Note, und Napoleon konnte am 26. Oktober dem Gesandten Schwedens, welches zwar die englische, aber nicht auch die neutralen Flaggen von seinen Häfen ausschließen wollte, Preußen als Muster aufstellen. „Lange genug,“ sagte er, „bin ich der Betrogene Preußens und Schwedens gewesen. Preußen hat endlich durch die Katastrophe Hollands begriffen, daß man sich entschließen müsse; es hat den Kriegszustand gegen England offen angenommen[1].“ Als vier Wochen darauf eine Denunciation in Paris einlief: in Swinemünde seien zwar die Ladungen von fünf Schiffen konfiscirt, aber nur zum Scheine verkauft worden, verkündigte eine Note Champagny's vom 28. November, daß, wenn dieses Verfahren nicht sogleich rückgängig gemacht werde, die Beziehungen zu Preußen abgebrochen werden und St. Marsan abreisen würde. Der Staatskanzler wies nach, daß kein Schiff ohne Approbation des französischen Konsuls zugelassen werde und kein Verkauf konfiscirter Ladungen ohne diese Approbation stattfinde, auch in diesem Falle nicht stattgefunden habe[2]. Es war keine leichte Aufgabe, den Staat unter solchem Druck, bei der Vernichtung des gesammten Seeverkehres und der Unmöglichkeit, den Landesprodukten Ausfuhr, der Fabrikation Material zu schaffen, in leistungsfähigem Stande zu erhalten.

Preußen war in sein vertragsmäßiges Recht Frankreich gegenüber zurückgetreten. Es hatte seine Verpflichtungen erfüllt. Glogau war bereits von Rechtswegen zurückerworben; die beiden anderen Festungen, Küstrin und Stettin, waren auf demselben Wege nach Jahresfrist wiederzugewinnen, als am Schlusse des Jahres 1810 die Annexion Norddeutschlands bis zur Trave Preußen in nächster Nähe bedrohte. Dazu war Mecklenburg bereits von französischen Truppen besetzt, und da Schweden trotz der Wahl des Marschalls Bernadotte

---

[1]) Bogdanowitsch 1, 398. Schöll Recueil 2, 373 sqq. — [2]) Geh. St.-A.

zum Nachfolger Karls XIII. (21. August 1810), trotz jener Mahnung fortfuhr, die neutralen Flaggen zuzulassen, war auch die Wiederbesetzung des kaum vor Jahresfrist von den Franzosen geräumten Schwedischen Pommerns demnächst zu erwarten. Es schien darauf abgesehen, alle Seeküsten des Festlandes unter Frankreichs Herrschaft zu bringen, alle Fürsten, welche Seeküsten besaßen, zu entsetzen. Preußen war nun durch die Annexionen und Okkupationen Napoleons auch im Norden umfaßt, wie es seit Tilsit durch Westfalen und Sachsen im Westen und Süden, durch Polen im Osten umklammert war. Wie schädlich die französisch-russische Allianz bisher für Preußen gewesen, sie hatte dem Kaiser der Franzosen doch immer die Rücksicht auferlegt, den Bestand Preußens im Umfange des Friedens von Tilsit ohne Rußlands Zustimmung nicht anzutasten. Wie nun, wenn der Bruch zwischen Rußland und Frankreich, der mit der Einziehung Oldenburgs offen zu Tage trat, zum Kriege führte? Gab es eine Heerstraße, auf welcher die Armeen Frankreichs nach Rußland gelangen konnten, außer Preußen? Gab es einen Kriegsschauplatz zwischen den Heeren Frankreichs und Rußlands außer Preußen?

Eben begannen die Kräfte des Landes sich allmählig zu heben, die neuen Einrichtungen im Heere und in der Verwaltung Wurzel zu fassen. Waren die französischen Besatzungen mit der vollständigen Abtragung der Kontribution entfernt, war man zur Konsolidirung der Reformen, zur Sammlung der Kräfte gelangt, so konnte man dem Entscheidungskampfe in ganz anderer Stellung, mit größeren Mitteln und besseren Aussichten entgegengehen. Zu früh drohte nun die Stunde der Entscheidung. Und welcher Entscheidung? Was konnte man von Rußlands Kriegführung nach den Erfahrungen von 1805 und 1807 hoffen? Was durfte man von Alexanders Festigkeit und Ausdauer gegen Napoleon erwarten, der die Kräfte Frankreichs, Italiens, Hollands, der Schweiz und des Rheinbundes gegen ihn ins Feld stellen konnte? Dazu kam, daß Kaiser Alexander den Krieg gegen die Pforte fortsetzte. Man mußte sich in Berlin erinnern, wie hinderlich im Feldzuge von 1807 für die Kriegführung an der

Weichsel der damalige Kampf an der Donau gewesen war. Wie eifersüchtig Oestreich ihn jetzt ansah, ist bemerkt. Er hinderte die Aussöhnung Rußlands mit Oestreich, die dem preußischen Kabinet so unerläßlich schien, die Hardenberg beharrlich zu Stande zu bringen suchte. Wenn Kaiser Alexander nicht auf die Moldau und Wallachei verzichtete, war die Vereinigung Rußlands und Oestreichs gegen Frankreich unmöglich. Endlich wußte man in Berlin, daß Alexander zugleich Pläne in Bezug auf Polen verfolgte, die den Gegensatz zwischen Oestreich und Rußland nur steigern konnten.

Auch Alexander fühlte die Hemmung, die ihm der Krieg gegen die Pforte auferlegte, nachdem ihm der Wiener Friede, die Werbung und die östreichische Heirath wie das Verhalten Napoleons in den Verhandlungen über die Nichtwiederherstellung Polens (S. 325) so deutlichen Aufschluß über dessen Absichten gegeben hatten. Er wünschte den Krieg gegen die Pforte beendigt zu sehen, jedoch nicht ohne den Preis, den zu erreichen er überhaupt in das Bündniß mit Frankreich getreten war, d. h. nicht ohne den Gewinn der Donaufürstenthümer. Mit dem Oberbefehl über die Donauarmee erhielt der General Kamensky im Frühjahre 1810 Weisung, durch rasche und wirksame Kriegführung den Frieden herbeizuführen. Er wurde bevollmächtigt, auf die Bedingungen der Abtretung der Moldau und Wallachei, der Anerkennung des russischen Besitzstandes im Süden des Kaukasus, der Unabhängigkeit Serbiens, der freien Schifffahrt für die russische Handelsflagge durch die Dardanellen und den Bosporus, der Erlegung von 20 Mill. Piastern, endlich der Ausweisung des englischen Gesandten aus Konstantinopel abzuschließen [1]). Die Eröffnung des Feldzuges war glücklich (S. 326). Kamensky drang bis Schumla vor, der Großvezir, der hier mit seiner Armee lagerte, verlangte zu unterhandeln. Aber diese Verhandlung scheiterte an jenen starken Forderungen und der Ermuthigung, die Napoleon, wie oben bemerkt, der Pforte zukommen ließ. Vergebens versuchte Kamensky nun das Heer des Großvezirs bei Schumla einzuschließen

[1]) Bernhardi Geschichte Rußlands 2, 2, 603. 608.

und auszuhungern; vergebens beschränkte er sich dann auf die Beobachtung dieser Armee, um Rustschuk zu stürmen (3. August). Dagegen gelang es ihm, eine zweite türkische Armee, die zum Entsatz Rustschuks von Nikopolis heranzog, bei Batin entscheidend zu schlagen (7. September). Rustschuk kapitulirte (26. September); Giurgewo, Sistowa, Nikopolis selbst fielen den Russen in die Hände.

Hardenberg hatte unausgesetzt in Petersburg gerathen, sich mit mäßigen Bedingungen zu begnügen, um den Frieden mit der Pforte zu erlangen. Er erreichte in der That, daß die Bedingungen Rußlands auf die Abtretung der Donaufürstenthümer, auf die Forderung der Selbstständigkeit Serbiens unter Hoheit der Pforte und jene Kontribution, auf die man auch eventuell verzichten wollte, beschränkt wurden. Diese theilte der Kanzler Rumäntzow dem Gesandten Preußens in Petersburg mit. Sie zur Kenntniß des Divan zu bringen, übernahm der preußische Gesandte in Konstantinopel, Freiherr von Werther. Bei der Stellung Preußens zu Frankreich, bei dem gegentheiligen Interesse Napoleons, der alles daran setzte, die Pforte gegen Rußland unter den Waffen zu halten, mußte Herr von Werther „ohne Befehl seines Hofes“, auf seine persönliche Verantwortung, die vertrauliche Eröffnung Rumäntzow's dem Divan mittheilen und strenge Bewahrung des Geheimnisses verlangen. Nach der Schlacht von Batin durfte Werther hoffen, seine Bedingungen zur Annahme bringen zu können. Aber der Reis Efendi bestand auf der Integrität des osmanischen Gebietes und behauptete, die Pforte könne nicht Frieden schließen, ohne daß Rußland zugleich mit Persien Frieden schließe. „Diese Hartnäckigkeit der Pforte beruht offenbar, bemerkt der Gesandte, auf der Hoffnung, Rußland bald von anderer Seite in Krieg verwickelt zu sehen. Unter anderem fragte mich der Reis Efendi, ob ich nicht glaube, daß die Erwählung des Fürsten von Pontecorvo zum Könige von Schweden (S. 335) den Krieg zwischen Rußland und Schweden wieder entzünden und Rußland noch andere Feinde zuziehen werde?“ Auch der östreichische Gesandte biete alles auf, die Pforte in ihrem Widerstande zu

ermuthigen. So berichtete Werther unter dem 18. Oktober 1810[1]). Man mußte preußischer Seits um so mehr abstehen, als die Pforte das Geheimniß nicht wahrte; Graf Latour Maubourg, Napoleons Vertreter in Konstantinopel, fragte bald nach jener Konferenz Herrn von Werther, ob etwa der preußische Hof die Mediation zwischen Rußland und der Pforte übernommen habe.

Hatte Alexander die Zwecke, die Napoleon in Polen verfolgte, nicht schon zu Tilsit bei der Gründung des Herzogthums Warschau erkannt, so waren sie seitdem sehr deutlich geworden. Es war die Ermuthigung, die Napoleon der Pforte gewährte, die diese in Waffen gegen Rußland hielt; mit Oestreich hatte er sich verschwägert; Schweden, dem Alexander Finnland entrissen, schien mit der Wahl Bernadotte's vollständig für Frankreich gewonnen — wo waren Stützpunkte und Bundesgenossen für Rußland zu finden, wenn es nun zum Kriege mit der gewaltigen Macht Napoleons kam? Alexander wußte, welche Hoffnungen die Polen auf Napoleon setzten; ihrer zwanzigtausend kämpften jetzt in Spanien für ihn, d. h. für die kommende Wiederherstellung Polens durch ihn. War es unmöglich, diese starke Waffe gegen Rußland Napoleon zu entwinden? Alexander kam auf die Gedanken seiner Jugend zurück. Wie oft hatte er damals mit dem Freunde jener Tage, nachmals seinem Minister Adam Czartoryski, von der Wiedervereinigung der zerrissenen polnischen Nation geträumt! Konnte er Napoleon nicht überbieten, wenn er von freien Stücken das russische Polen mit dem Herzogthum Warschau vereinigte? War es ohne Aussicht, den Rest Galiziens hinzuzufügen, wenn er Oestreich dafür die Moldau, die halbe Wallachei bot? War er nicht in der Lage, den Polen ein größeres Polen, den vollen Nationalstaat zu bieten, den Napoleon ihnen erst erobern sollte, in ganzem Umfange schwerlich zu beschaffen vermochte. Nur unter Einer Bedingung freilich konnte Alexander solches Angebot thun: unter der der Vereinigung des neuen Polens mit Rußland, unter der, daß er selbst der König des neuen Polens war. Schon in den ersten

[1]) Geh. Staatsarchiv. Vgl. Bogdanowitsch 1, 397 D. Ü.

Monaten des Jahres 1810, als er noch über die Nichtherstellung Polens mit Napoleon unterhandelte, hatte Alexander Czartoryski diesen Plan angedeutet. „Die große Schwierigkeit," schrieb er dem Fürsten am 5. April 1810, „ist, den König von Sachsen zu entschädigen, wenn man den armen König von Preußen nicht noch weiter entgliedern will." Sobald es zum Bruche (mit Frankreich) komme, müsse Hand an die Ausführung gelegt werden; in diesem Jahre, fügt Alexander hinzu, werde es nicht dazu kommen; er erwarte die Krisis im nächsten Frühjahre. Von der Okkupation und Annexion Oldenburgs benachrichtigt, schrieb Alexander am 25. Decbr. 1810 (6. Januar 1811) dem Fürsten Czartoryski, der sich damals in Pulawy aufhielt: „Der Moment scheint gekommen zu sein, den Polen zu beweisen, daß Rußland nicht ihr Feind, sondern ihr natürlicher und wahrer Freund ist, und wenn man ihnen Rußland als das einzige Hinderniß ihrer Herstellung bezeichnet, so ist es im Gegentheil nicht unwahrscheinlich, daß Rußland diese realisire. Die Umstände scheinen mir günstig, einer Idee zu folgen, die vormals meine Lieblingsidee war, welche die Gewalt der Umstände mich zweimal zu vertagen gezwungen hat, die aber darum nicht minder im Grunde meiner Gedanken geblieben ist. Haben Sie Ursache, zu glauben, daß die Warschauer mit Eifer jede Gewißheit (ich sage nicht Wahrscheinlichkeit sondern Gewißheit) ihrer Herstellung ergreifen werden? Werden sie diese ergreifen, von welcher Seite sie auch komme? Werden sie sich dem Staate anschließen, der ihre Interessen zu seinen eigenen macht?" Czartoryski bezeichnete als Bedingungen der Polen: die Proklamirung der Verfassung vom 3. Mai 1791, die Vereinigung aller polnischen Lande, gesicherte Ausgangspforten für den polnischen Handel, d. h. die preußischen Lande an der unteren Weichsel. Alexander stimmte in seiner Antwort vom 31. Januar (12. Februar) den beiden ersten Punkten zu; wenn nicht die Verfassung von 1791, jedenfalls eine liberale Verfassung. Oestreich werde er die Moldau und Wallachei bis zum Sereth für Galizien bieten. Die Bedingung sine qua non sei, daß Polen ein mit Rußland vereinigtes Königreich bilde, dessen Kaiser dann auch den Titel

König von Polen tragen werde. „Der angreifende Theil zu sein, wäre in der gegenwärtigen Lage ein Fehler. Aber diese wendet sich vollständig, wenn sich die Polen mit mir vereinigen wollen." Er sei bereit, mit 106,500 Mann in erster, 134,000 Mann in zweiter Linie den Krieg zu eröffnen. Dazu käme eine Reserve von 45,000 Mann und 80,000 Rekruten, die schon eingekleidet und einige Monate exercirt wären. Durch 50,000 Polen und ebensoviel Preußen, wie „durch die moralische Revolution verstärkt, die das Beispiel der Polen in Europa hervorrufen werde," könne er dann bis zur Oder vorgehen. Die Streitkräfte Frankreichs unterschätzte Alexander in hohem Maße. In jenem früheren Schreiben an Czartoryski vom 6. Januar 1811 nimmt er an, daß bei Fortdauer des Krieges in Spanien nur 60,000 Franzosen gegen ihn operiren könnten, so daß mit den Rheinbundstruppen Napoleons Armee gegen Rußland nicht mehr als 155,000 Mann betragen werde[1]). Dem intimen Vertreter Preußens, Major Schöler, sagte Alexander im März 1811: Napoleon habe höchstens 50,000 Franzosen in Deutschland. Ueber den Ernst der polnischen Absichten des Kaisers ließen die Berichte Schölers, der dessen Vertrauen in hohem Maße besaß, in Berlin keinen Zweifel.

Konnte man hier bei solchen Tendenzen der russischen Politik an der Donau und an der Weichsel die Aussöhnung Oestreichs und Rußlands zu erreichen auch nur ernsthaft hoffen? Und doch war ohne diese Verbindung kaum auf Erfolg zu rechnen. Es war der letzte Kampf für die Unabhängigkeit Europa's, der geführt werden konnte; mit Rußlands Unterliegen fiel der letzte Staat, der noch aufrecht stand, ging der in Berlin und Wien noch vorhandene Rest von Selbstbestimmung verloren. Noch war jedoch in keiner Weise zu übersehen, ob es überhaupt zum Kampfe kommen würde. Konnte nicht der Gang der Dinge in Spanien Napoleon zu erneuerter Annäherung an Rußland bewegen? Durfte Preußen für Rußland Partei nehmen — und kein preußisches Herz konnte in jenen Tagen eine

---

[1]) De Mazade Alexandre et Czartoryski p. 65 sqq. 99. 101. 127 135. 161. 199.

andere als diese zu ergreifen gedenken — solange zu befürchten stand, daß die beiden Kaiser sich zum dritten Male über Preußen die Hand reichten? Selbst wenn man es dennoch wollte, war es möglich, Danzig und Warschau im Rücken, die Franzosen im Lande, Sachsen, Westfalen und die Armee Davoust's an der Elbe, in Lübeck und Mecklenburg in der Front, sich für Rußland zu erklären, ohne erdrückt zu werden, bevor die eigenen Truppen gesammelt werden konnten? Und wenn man alles daransetzte, das ganze Land preisgab, um hinter der Weichsel mit den Russen vereint zu kämpfen, wer stand dann dafür, daß Alexander nicht wieder, wie 1805 und 1807, nach der ersten Niederlage wich oder Frieden machte und Preußen fallen ließ. Wollte er überhaupt an Preußen einen starken Bundesgenossen haben, so mußte er seinerseits die Folgen des Pariser Vertrages, den er durch Zulassung über Preußen gebracht, aufheben, an die Oder und Elbe vorgehen, ehe Napoleon gerüstet und zur Stelle war, und damit den Kriegsschauplatz vom Niemen an die Elbe verlegen. Nichts für Preußen Erwünschteres, nichts Folgereicheres konnte geschehen. War dies zu groß und zu kühn, so mußte er mindestens das Herzogthum Warschau, den Waffenplatz Napoleons an seiner Grenze im Rücken Preußens rasch überziehen, um Preußens Aktion nach Westen, Norden und Süden freizumachen. Waren dies die Absichten Alexanders, oder wollte er den Feind innerhalb der Grenzen Rußlands erwarten? Was man aber auch von der Gesammtlage, von den Aussichten auf Erfolg oder Mißerfolg, von Alexanders Absichten wissen oder halten mochte — für Napoleon war Preußen die Angriffsstraße gegen Rußland. Wenn er es nun für angemessen hielt, sich dieser durch einen plötzlichen Ueberfall fest zu versichern?

Am 27. Januar 1811 schrieb der König dem Staatskanzler: „Die Nachrichten aus dem Auslande werden von Tag zu Tag beunruhigender und es wird immer weniger unwahrscheinlich, daß eine große Katastrophe sich vorbereitet." Die Konventionen, welche die Ausführung des Vertrages vom 8. September 1808 regelten, schrieben selbstverständlich vor, daß die preußische Regierung von jedem Marsche auf den Etappenstraßen im Voraus zu benachrichtigen sei.

Im März betraten stärkere französische Abtheilungen ohne Anzeige das preußische Gebiet; sie gingen nach Danzig und nach den Oderfestungen [1]. Der König befahl die Verproviantirung seiner Festungen auf zwei Monate, die Verstärkung ihrer Besatzungen und wies den Staatskanzler an, mit dem General Scharnhorst in Berathung zu treten. „Ich erwarte," schrieb er dem Staatskanzler am 7. März, „Ihren Bericht, welcher unserem zukünftigen Verhalten zur Basis dienen soll." Hardenberg hörte auch Gneisenau's Meinung, mit welchem er am 17. und 18. März auf seinem Landgute bei Berlin eine Besprechung hatte. Gneisenau führte in einer Denkschrift aus, daß es fast keinen Rath gebe, als verwegen dem Ausbruche entgegen zu harren. Rußland werde schwer widerstehen können; dauere der Türkenkrieg fort, so habe es wohl nicht mehr als 80,000 Mann an seiner Westgrenze zu verwenden. „Für Preußen war der Pariser Vertrag ein Todesurtheil; er übergab die drei Festungen, die den einzig haltbaren Strom beherrschen, dem Feinde. Füllen sich diese, Danzig und Magdeburg mit französischen Truppen, was dann? Jede Anstalt, jede Rüstung erregt Argwohn." Die Truppen aus den Marken müßten nach Kolberg; aber sie würden schwer und nur fechtend durchkommen. Eben dahin wären die ostpreußischen zu dirigiren, aber die Besatzung in Danzig werde so stark werden, daß auch sie nur vielleicht fechtend dorthin gelangen würden. Die Seeküste müßte festgehalten werden, um in Verbindung mit England zu bleiben. Wolle Napoleon an die Weichsel, dann sei es von Wichtigkeit, ein Corps zwischen den schlesischen Festungen zu haben. Wäre die Explosion nahe, so müßten die Truppen in Lager vereinigt werden. Voraussichtlich sei dieselbe jedoch noch fern; doch müsse man sich vorbereiten. Elemente zu einer Insurrektion seien nicht in zu starkem Maße vorhanden. Man müsse geeignete Verbindungen anknüpfen und

---

[1] Die Anzeigen unterblieben, wie die Correspondance de Napoléon gegenwärtig erkennen läßt, auf ausdrücklichen Befehl Napoleons; 21, 433. 488. 490—493. 503. 511. 518. Ueber die Verstärkung der Garnison von Danzig l. c. 22, 266. Bogdanowitsch 1, 19. 26. 35 D. Ü.

unterhalten und den Adel auf das Schicksal hinweisen, das ihm unter dem Code Napoléon bevorstehe [1]). Es war auch Scharnhorsts Meinung, daß die militärische Lage Preußens vor Allem die Verbindung mit Ostpreußen, den Uebergang über die Weichsel bei Dirschau zu behaupten und den brandenburgischen Truppen den Rückzug nach Kolberg oder Schlesien offenzuhalten fordere. Da die Brücken bei Frankfurt von den Sachsen wie von der Küstriner Besatzung leicht erreicht werden konnten, wurde der Bau einer Brücke bei Schwedt beschlossen. Beide Uebergänge sollten durch Detachements gedeckt, die Dislokationen so getroffen werden, daß diese rasch verstärkt und die Beurlaubten schnell einberufen werden könnten. Im Fall eines französischen Einbruches gedachte man die Truppen bei Kolberg und Neisse in verschanzten Lagern zu sammeln, von hier aus auf die Flanken der französischen Armee zu wirken und Pillau stark zu befestigen, um diesen wichtigen Verbindungspunkt mit Rußland sicher behaupten zu können. Napoleon hatte Preußen oft genug aufgefordert, seine Küsten militärisch zu besetzen, um den Schleichhandel der Engländer zu unterdrücken; er deckte gegenwärtig seine gewaltigen Rüstungen, indem er sie gegen England gerichtet erklärte, welches eine große Expedition gegen die deutschen Küsten beabsichtige [2]). Man konnte auch in Preußen hiervon Vortheil ziehen, vornehmlich für Kolberg und Pillau.

Mit der militärischen mußte die diplomatische Vorbereitung Hand in Hand gehen. Aber die Nachrichten aus Wien wurden mit den steigenden Anzeichen der Krisis nicht besser. Der Unwille gegen Rußland, die Verstimmung über die Fortdauer des russisch-türkischen

---

[1]) „März 1811" geh. Staatsarchiv; Droysen York 1, 254. Vergl. bei Pertz Gneisenau die Schreiben vom 2. 16. April (nicht März) und 21. April; 2. 51. 61. 67. Das bei Pertz folgende „Ew. Excellenz u. s. w." ist vom 24. April. An diesem Tage ist auch Boyens Denkschrift, und zwar in Folge einer Unterredung des Königs mit dem Hauptmann am 23. April, dem Könige übergeben worden; a. a. O. 2, 71. — [2]) Correspondance de Napoléon 21, 464. 492. 508. 509; vom 10., 19., 24., 29. März 1811.

Krieges, die persönliche Abneigung Metternichs gegen Rumänzow, den leitenden Minister Alexanders, beherrschten das östreichische Kabinet. Humboldt berichtete am 2. März: man wird hier schwerlich zu einem Entschlusse kommen, und wenn es geschähe, würden die Mittel fehlen. Die Verwaltung im Innern ist trostlos. Am 16. März fügte er hinzu: man wird hier solange als möglich neutral bleiben und dann nach den Umständen handeln; die Armee soll nun zwar auf 180,000 Mann gebracht werden, aber es geschieht nichts, sie zu vermehren. Und am Tage darauf: die Vermehrung der französischen Truppen in Deutschland beginne Metternich unruhig zu machen; er gebe jedoch Rußland die Schuld, es habe angefangen zu rüsten; Preußen könne nichts thun, als sich eng an Frankreich anschließen.

In den ersten Tagen des April ging der Adjutant Alexanders, Oberst Czernischew, im Auftrage seines Kaisers durch Berlin nach Paris; er hatte dem Könige vertrauliche Mittheilungen zu machen. „In diesem Augenblicke," so schrieb der König am 4. April an Hardenberg, „verläßt mich Czernischew. Er hat mir anvertraut, daß er mit versönlichen, wenn auch festen Eröffnungen beauftragt sei. Er hält die Hoffnung fest, daß das Gewitter nicht *sobald* ausbrechen wird. Uebrigens trägt alles, was er mir gesagt hat, den Stempel einer unglücklichen Velleität, Krieg zu machen (velléité de guerroyer). Mit Emphase hat er mir von den neunzehn an den westlichen Grenzen versammelten Divisionen und einer Reserve, ich glaube von 150,000 Mann, gesprochen. Dies alles erinnert mich an 1805 und 1806, wo die Umgebungen des Kaisers von derselben Aufwallung ergriffen waren. Ich fürchte sehr, daß das Endresultat noch einmal ein schlecht kombinirter Krieg sein wird, welcher den Freunden Rußlands Unglück bringt, statt sie von dem Joche zu befreien, welches sie erdrückt." Der König sah vollkommen richtig. Auch Czartoryski gegenüber hatte Alexander von neunzehn Divisionen an seiner Westgrenze gesprochen, die noch durch einige Divisionen von der Moldauarmee verstärkt werden könnten, von jener starken Reserve an Linientruppen und Rekruten. Er hielt die Gewinnung der Polen

damals für zweifellos und den Moment zum Angriff für günstig; Czernischew theilte auch persönlich diese Ansicht[1]).

Wir sahen, es war für Preußen von großem Werthe, die eben begonnene Konsolidation noch ein paar Jahre fortzusetzen; das europäische, das deutsche, vor allem das preußische Interesse forderten, Rußland darauf aufmerksam zu machen, den Kampf nicht zu beginnen, wenn man nicht sicher sei, ihn mit Nachdruck und einiger Wahrscheinlichkeit des Erfolges führen zu können. In diesem Sinne schrieb der König am 7. April an Kaiser Alexander: „Die unglückliche Situation, in welcher ich mich befinde, ist Ihnen bekannt. Ein Blick auf die Karte, auf die Positionen, welche des Kaisers Napoleon Truppen einnehmen, auf die Militärstraßen und Kommunikationen, welche unheilvolle Verträge ihnen zusichern, genügt, zu zeigen, in welchem Grade meine Stellung gehemmt, gefahrvoll, vielleicht ohne Beispiel ist, mit welcher Vorsicht ich handeln muß, um den Staat nicht einer ebenso schnellen als unfehlbaren Vernichtung auszusetzen; er genügt, um sich zu überzeugen, daß ich ohne günstige Veränderungen mich sogar in der grausamen Nöthigung sehen kann, den Weg zu gehen, der meinen Wünschen und Grundsätzen am meisten widerspricht. Ein Krieg zwischen Frankreich und Rußland wird immer für Preußen ein großes Unheil sein, welches sich nur mit äußerster Mühe von seinem Unglück erholt. Man müßte mithin mit Sicherheit auf große Erfolge zählen können, um diesen Krieg nicht eifrig hinausgeschoben zu wünschen. Die Richtung, welche ich einschlagen zu müssen glaube, behalte ich mir vor, mit vollem Vertrauen mitzutheilen. Sehr glücklich werde ich sein, wenn meine Verpflichtungen mit meinen Neigungen und der unverbrüchlichen Anhänglichkeit an Ihre Person vereinigt werden können. Inzwischen erlaube ich mir zu bemerken, daß, um einen so furchtbaren

---

[1]) Alexander sagte am 1. Juni 1811 Lauriston: „Wenn ich der Angreifer sein wollte, wer hätte mich gehindert? Ich bin seit zwei Monaten bereit;" Lanfrey hist. de Nap. 5, 427. Und Czernischew schreibt aus Paris am 20. Febr. 1812: die drei ersten Monate des Jahres 1811 seien für den Angriffskrieg Rußlands die günstigsten gewesen, er habe damals dazu gerathen; Smitt Zur Aufklärung S. 308. 309. Vgl. oben S. 341 u. unten S. 354.

Feind wie Napoleon mit Glück zu bekämpfen, es unerläßlich scheint, nur einen Krieg führen zu müssen, um diesem alle Aufmerksamkeit und alle Kräfte zuwenden zu können, sich durch den Beistand seiner Nachbarn zu verstärken und selbst große Opfer nicht zu scheuen, um sich dieses Beistandes zu versichern. Dem Eifer des Freundes wird verziehen werden, wenn ich einer engen Verbindung mit Oestreich gedenke, welche Eure Majestät von vornherein aus einer rein passiven Rolle heraustreten lassen würde, der Beziehungen, welche vielleicht mit Schweden angeknüpft werden könnten, endlich der Herstellung Polens, welche Eure Majestät schon im Auge haben und welche von großen Folgen sein würde, besonders wenn ihm ein König seiner Wahl gestattet werden könnte. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt, wie nöthig es ist, seine Entwürfe wohl zu erwägen. Die Unabhängigkeit zu sichern und herzustellen, das ist heut die nützlichste und glorreichste Eroberung." Am 12. April fügte der König hinzu: „Napoleon läßt so eben eine neue Militärstraße fordern, von Hamburg nach Stettin und von da nach Danzig. Sie wird unter den gegenwärtigen Umständen nicht versagt werden können. Sie erleichtert und verkürzt die Verbindungen und schließt mich immer enger ein. In absoluter Ungewißheit über die Absichten Napoleons gegen Preußen muß ich fürchten, daß er sich erst im Augenblick des Krieges gegen Rußland erklären und inzwischen alle Maßregeln nehmen wird, um die Streitkräfte zu paralysiren, welche mir bleiben, und sich Preußens und aller seiner Hülfsmittel zu bemächtigen. Diese Betrachtungen erscheinen mir ebenso wichtig für Eure Majestät. Kann ich mit Sicherheit auf Ihre Unterstützung zählen, werden Ihre Armeen mir zu Hülfe kommen, wenn ich angegriffen werde oder meine Provinzen durch Napoleon oder seine Verbündeten auf vertragswidrige Weise betreten werden? Maßregeln dieser Art wären unwidersprechlich feindlich gegen Eure Majestät, und ich denke, daß Ihr eigenes Interesse Ihnen in diesem Falle verbieten würde, sich auf die strikte Defensive innerhalb der Grenzen zu beschränken. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich Napoleon nicht provociren, sondern die größte Vorsicht beobachten werde; aber ich habe das dringendste Bedürfniß, Ihre Entschließungen zu kennen,

Sire, um darnach die meinigen in den schwierigen Fällen, welche eintreten können, zu nehmen. Theilen Sie mir dieselben so bald als möglich mit und seien Sie versichert, daß ich das Geheimniß bewahren werde." Am 16. April wiederholte der König die Bitte, bald positiv darüber unterrichtet zu sein, was Alexander thun werde, um Preußen im Falle eines Angriffes oder in dem Falle zu helfen, daß Koncessionen verlangt würden, welche Preußen paralysirten, z. B. der Einmarsch eines bedeutenden Truppencorps oder die Abtretung eines Hafens. Direkte und vollkommen sichere Nachrichten aus Oestreich sagten: daß man dort ungern sähe, daß Rußland den Schild gegen Frankreich erhebe, daß man den Krieg vermieden wünsche. „Wenn man sich auch die Folgen nicht verhehlt, die ein für Rußland ungünstiger Ausgang auch für Oestreich haben könne, so ist man doch entschlossen, neutral zu bleiben. Der Türkenkrieg giebt dem Wiener Hofe noch immer üble Meinung, und es ist noch keineswegs klar, daß solche Dispositionen nicht früher oder später die Wage zu Gunsten Napoleons neigen könnten. Noch ein Mal gestatte ich mir zu bemerken, daß Eure Majestät, immer stark genug, Ihre Staaten zu vertheidigen, doch das großmüthige Ziel, das übrige Europa vor dem vollständigen Verluste seiner Freiheit und politischen Existenz zu bewahren, schwerlich erreichen werden, wenn Sie das Spiel nicht gut einleiten, Ihrer Nachbarn sicher und von jedem anderen Kampfe frei sind."

Die Auffassung des leitenden Ministers von der Lage Preußens, die Einleitungen, welche er Frankreich gegenüber bereits getroffen hatte, als der König dem Kaiser Alexander diese Mittheilungen machte, läßt ein Bericht desselben vom 13. April erkennen. Preußen könne nicht neutral bleiben, wenn es nicht dem Schicksale Brandenburgs unter Kurfürst Georg Wilhelm verfallen solle. Napoleon würde nur ein entwaffnetes Preußen in seinem Rücken dulden, und wäre selbst die Neutralität möglich, so würde Preußen nichts davor bewahren, Kriegsschauplatz zu werden. Napoleon sei in der Lage, Preußen in kurzer Zeit in vier Stücke zu trennen, die Provinzen von allen Seiten zu überschwemmen. Zur Verbindung mit Frank-

reich könne nur die Noth zwingen. Sie vermehre die Abhängigkeit, würde auf sehr üble Bedingungen geschlossen werden müssen und keine Sicherheit gegen Schädigung und Vernichtung gewähren, während Rußland sogleich Ostpreußen besetzen und England und Schweden den letzten Rest des preußischen Seehandels zerstören würden. Die Verbindung mit Rußland empfehle dagegen das gemeinsame Interesse, die Unabhängigkeit zu erkämpfen, die sich damit eröffnende Hoffnung auf die Unterstützung Englands, das Bewußtsein, für Ehre und Recht einzutreten, und die Aussicht, verlorene treue Provinzen wiedererlangen zu können. Dagegen komme in Betracht: die ungeheuere Macht Napoleons, sein Feldherrntalent, die Einheit und Schnelligkeit seiner Maßnahmen, die Folgsamkeit des Rheinbundes, die traurigen Erfahrungen der letzten Kriege, die stets mit weiteren Fortschritten Frankreichs endeten, der mangelnde Geist der Eintracht und Kraft der Höfe, der Mangel an Feldherren, die Napoleon und seinen Generalen entgegentreten könnten, der geringe Grad von Ausdauer und Kraft, den Kaiser Alexander in den früheren Fällen bewiesen, sein noch immer sehr gespanntes Verhältniß zu Oestreich, ferner der Umstand, daß bei der Verbindung mit Rußland das Land zwischen Elbe und Oder wenigstens vorerst verloren gehen würde, endlich die Ungewißheit, ob Alexander es wirklich auf den Krieg ankommen lassen werde, ob Napoleon bei der Lage der Dinge in Spanien nicht vorziehe, den Krieg zu verschieben. Habe man mit Rußland abgeschlossen und der Krieg erfolge nicht, so würde solcher Anschluß Preußen theuer zu stehen kommen. Rußland wünsche die Verbindung mit Preußen. Es sei wahrscheinlich, daß Kaiser Alexander einem Angriffe auf Preußen nicht zusehen werde, aber nicht ausgemacht. Bis hierüber Gewißheit erlangt sei, müsse die Verbindung mit Rußland offengehalten werden. Sich jetzt schon für Rußland zu erklären, d. h. das Gebiet diesseit der Oder aufzugeben, sei äußerst bedenklich, da offensiv vorzugehen für ein zu großes Wagestück gehalten werde, auch die Mittel dazu schwer zusammenzubringen wären. Ob Frankreich Preußen zum Freunde oder zum Feinde zu haben vorziehe, um dann dessen Hülfsmittel um so freier benutzen

zu können, sei fraglich. Deshalb sei dem Grafen St. Marsan das Verlangen geäußert worden, die Absichten Napoleons für Preußen zu erfahren und eine Verbindung einzugehen. Man habe dabei die Unruhe und das Mißtrauen nicht verborgen, welche durch die Ungewißheit entstehen müssen, in der man gehalten werde, während Frankreichs Armeen sich an Preußens Grenzen häuften, Durchmärsche und kriegerische Maßregeln einander folgten und verabredete Formen nicht beobachtet würden, daß der König wohl in den Abgrund gestürzt werden könne, daß dies aber gewiß nicht geschehen würde, ohne daß er die Achtung seines Volkes und Europa's mit hinab nähme. In wenigen Tagen müsse die Entschließung Napoleons hierüber erfolgen. Da jedoch derselbe auch die Absicht haben könne, Preußen erst völlig zu umstricken, um seinen Willen über Preußens Schicksal desto unbedingter auszusprechen, müßten, bis der Hauptentschluß gefaßt werden könne, alle militärischen Mittel ohne Bedenken ergriffen und vorbereitet werden. Sollten sie auch Aufsehen erregen, so sei dies das geringste Uebel. „Ich stimme," so schließt der Bericht, „allen Anträgen des Generals von Scharnhorst bei. Das Corps bei der über die Oder zu schlagenden Brücke muß immer stark genug sein, um Zerstörungsversuche durch Detachements der Besatzungen von Stettin und Küstrin vereiteln zu können. Die eventuelle Ernennung von Militär= und Civilgouverneurs erscheint mir schon jetzt nöthig."

In der Absicht, zunächst durch den Antrag eines Bündnisses Napoleons Absichten zu erkunden, sein Mißtrauen, welches einen plötzlichen Angriff herbeiführen konnte, zu beschwichtigen, Zeit für Unterhandlungen mit Rußland und Oestreich zu gewinnen, um sich für den Fall eines französischen Angriffes der russischen Hülfe zu versichern und wenn möglich zu einer Vereinigung mit Oestreich zu gelangen, hatte Hardenberg am 24. März dem Grafen St. Marsan jene Eröffnungen gemacht. Er war noch weiter gegangen. Eben in diesen Tagen (26. März) war die Nachricht eingetroffen, daß Napoleon ein Erbe geboren sei. Hardenberg rieth dem Könige, den Fürsten Hatzfeldt mit Ueberbringung des Glückwunsches zu beauftragen. Hatz=

feldt war neben dem Feldmarschall Kalkreuth der erklärteste Parteigänger Frankreichs. Als Hatzfeldt im Frühjahre 1810 wegen seines Verhaltens im Jahre 1806 (er hatte damals einen Transport von 20,000 Gewehren nicht abgehen lassen) unter Anklage gestellt wurde, ließ Napoleon durch eine in Berlin übergebene Note erklären: „die Feinde Hatzfeldt's seien seine Feinde, die, welche Hatzfeldt angriffen, griffen ihn selbst an [1])." Die Fortsetzung des Prozesses hatte aufgegeben werden müssen. Der König erklärte Hardenberg, „daß er den größten Widerwillen empfinde, Hatzfeldt diese Mission anzuvertrauen." Hardenberg brachte jedoch seinen Vorschlag zur Annahme und instruirte Hatzfeldt, wenn ihm der Kaiser oder dessen Minister von Politik sprächen, diese Mittheilungen nur zum Bericht entgegen zu nehmen, doch aber jede solche Gelegenheit zu der Versicherung zu benutzen, daß Preußen in vollständiger Uebereinstimmung mit Frankreich zu handeln gedenke. Zugleich ließ er indeß in Paris die auf Grund des Vertrages vom 8. September 1808 (welcher die Räumung Glogau's nach Abzahlung der Hälfte der stipulirten Kontribution verfügte) bereits erhobene Forderung dieser Rückstellung durch eine Note des Staatsrathes Labaye, den er zur Regelung der Kontributionszahlungen Ende August 1810 nach Paris geschickt hatte, unter dem 18. April wiederholen. „Da gegenwärtig," sagt diese Note, „nach der am 10. d. M. festgestellten Rechnung über die Hälfte der Kontribution abgetragen ist, gestatte ich mir, die Forderung in Betreff der Rückstellung Glogau's zu erneuern, welche nunmehr in Gemäßheit des Art. 6 des Vertrages vom 8. September 1808 durch nichts mehr aufgehalten werden kann [2])."

Napoleon kamen die Eröffnungen Hardenbergs an St. Marsan nicht ungelegen. Er wies seinen Minister unter dem 8. April an:

---

[1]) Correspondance de Napoléon 20, 335; 9. Mai 1810. — [2]) Nach Labaye's Bericht an den Staatskanzler von demselben Tage waren auf den Gesammtbetrag der französischen Forderung von 127,096,556 Francs (das Mehr von 7,096,556 Francs war die Zinsforderung für die früherhin verzögerte Zahlung fälliger Raten; ob. S. 304) bis zum 8. April bezahlt 64,482,819, und lagen zu weiterer Zahlung in Paris bereit 4,970,000 Franks.

St. Marsan solle die Verhandlung im Gange halten, dabei aber zu erkennen geben, daß man an die Möglichkeit eines Bruches zwischen Frankreich und Rußland nicht glaube, ohne zu verhehlen, daß einige Kälte zwischen beiden Mächten bestehe. Der Kaiser sei dankbar für die Eröffnung und St. Marsan beauftragt, von deren Tragweite sich zu unterrichten und festzustellen, wie weit sie sich mit den Ideen des Kaisers vereinigen ließe[1]). St. Marsan machte dem Staatskanzler die vorgeschriebene Mittheilung, welche er selbst als sehr zufriedenstellend bezeichnete (18. April), und General Krusemark konnte (11. April) Champagny's Aeußerung nach Berlin berichten, daß nur vorübergehende Wolken zwischen Frankreich und Rußland schwebten, welche zu keiner Explosion führen würden. Zugleich referirte Hatzfeldt, daß Napoleon zwar die Schwankungen der preußischen Politik getadelt und großes Mißtrauen gegen Preußen gezeigt, jedoch hinzugesetzt habe, wenn Preußen dem französischen System treu bleibe, werde er Preußen ebenso viel Gutes thun als er ihm bisher Schlimmes zugefügt habe. Der König sandte dem Staatskanzler beide Berichte (23. April) mit der Bemerkung, daß die allgemeinen Ausdrücke, die Hatzfeldt zu Theil geworden, nichts sagten. Man will unsere Vorschläge abwarten und hütet sich sorgfältig, etwas zu artikuliren. „Neue Verlegenheiten aller Art werden zu überwinden sein, und endlich ein enges Bündniß — wohin wird es führen?"

Während Frankreich hiernach bereit schien, auf Verhandlungen über ein Bündniß einzugehen, erhielt man aus Wien auf das Anerbieten Hardenbergs: bei dem gleichen Interesse beider Staaten in der gegenwärtigen Krisis das System zu verfolgen, welches man in Wien ergreifen werde, zur Antwort, daß man sich außer Stande glaube, Preußen im Falle eines Angriffes von Seiten Frankreichs unterstützen zu können, sich selbst auf Neutralität beschränken werde, und Preußen überlassen müsse, sein System nach seiner Lage zu wählen. Mit Humboldts Urtheil, daß Oestreich, im Falle die Neu-

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 24.

tralität nicht aufrecht zu erhalten wäre, mit Frankreich gehen werde, stimmten Krusemarks Beobachtungen in Paris, der jedoch zugleich die Meinung aussprach, daß der Krieg bis zum nächsten Jahre vertagt sei, wenn der Zwist nicht überhaupt ausgeglichen werde. Von Petersburg her blieben die Mittheilungen des Königs vom 7., 12. und 16. April unbeantwortet; dagegen sagten Schölers Berichte, daß der Kaiser den Kampf mit Frankreich scheue, daß er sich in starken Vertheidigungsstand setze und den Plan festhalte, Polen durch Vereinigung mit Rußland wiederherzustellen. Gegen Galizien würde er die Moldau und Wallachei an Oestreich abtreten (S. 340). Er wünsche den Krieg mit der Pforte zu beendigen; aber seine Forderungen seien immer noch zu stark, und die Pforte verweigere Alles. Der Kaiser sei durchaus abgeneigt, sich unwiderruflich für den Krieg zu entscheiden. Komme es dennoch dazu, so werde, falls die Polen sich für Rußland erklärten, zwar die Besetzung des Herzogthums Warschau, jedoch keine weitere Offensive erfolgen; andernfalls sei man entschlossen, rein defensiv zu Werke zu gehen, worin der General Phull den Kaiser bestärke. Der Kaiser halte dafür, daß Oestreich und Preußen die ersten Schritte gegen Frankreich thun müßten; die Nation theile die Ansicht des Kaisers; alles hänge dem unseligen Systeme an, daß jede Kriegführung außerhalb der Grenzen Ruin der Finanzen und Vergeudung des russischen Blutes sei. Der Entschluß des Kaisers zur Offensive stehe demnach bei den Polen. Noch üblere Aussichten gab eine Mittheilung Rumäntzows: „was Preußen denn zu fürchten habe, wenn es sich mit Rußland verbinde und umsichtig genug sei, sich gegen eine Ueberraschung zu sichern? Das positive Interesse der Staaten gewährleiste ihre Haltung besser als Verträge; das Herzogthum Warschau sei bereits durch die Aufstellung der russischen Armeen paralysirt [1])." So schrieb Rumäntzow, während Alexander Czartoryski sagte, daß er nur dann den Krieg beginnen werde, wenn er Polens sicher sei, daß Preußen nur dann wagen könne, sich mit ihm zu verbinden, wenn die Polen sich Rußland anschlössen [2]).

[1]) Schölers Berichte vom 30. März, 5. und 18. April. Rumäntzow an Lieven 19. April (1. Mai) 1811; geh. Staatsarchiv. — [2]) De Mazade

Unter diesen Umständen glaubte Hardenberg, daß den Verhandlungen mit Frankreich Folge gegeben werden müsse, und legte dem Könige das Projekt eines Vertrages vor. Scharnhorst vertrat in einer beredten Denkschrift den Anschluß an Rußland. Napoleon würde höchstens eine Scheinallianz mit Preußen schließen; er mißtraue dem Könige, der Armee, der Nation, wie er dies dem Prinzen Wilhelm selbst gesagt habe[1]). Preußen wäre nicht mehr, wenn er Rußlands Zustimmung zu seiner Vernichtung zu erlangen vermocht hätte. „Schlössen wir mit Frankreich ab, so entbänden wir Rußland von seinen Verpflichtungen und würden in der Stunde der Noth keinen Alliirten mehr finden. Rußland kann nur mit Preußen Napoleon widerstehen; besiegt aber Napoleon mit Preußen Rußland, so wären wir dann trotz der Allianz mit Frankreich verloren." Preußens Untergang sei gewiß, wenn es sich mit Frankreich verbinde; er sei freilich auch wahrscheinlich, wenn es sich mit Rußland verbinde. „Mit Rußland und England verbündet, hat die Königliche Familie im übelsten Falle ein ehrenvolles Privatleben zu erwarten, mit Frankreich verbündet eine unbemitleidete Gefangenschaft." Nur in dem Falle, daß Rußland die Zusicherung kräftigster Unterstützung ablehne, worüber man sich baldmöglichst vergewissern müsse, könne er zum Anschluß an Frankreich rathen. Der Staatskanzler entgegnete: man könne zugeben, daß wir unsere Erhaltung im Frieden zu Tilsit Rußland verdanken; aber verlangte dies nicht sein eigenes Interesse? War es nicht Rußland, welches Preußen dazu trieb, den Krieg fortzusetzen und, nachdem es versprochen, daß es bis zum Verlust des letzten Dorfes kämpfen würde, beim ersten Unfall das

---

l. c. p. 163. „Ew. Majestät werden aus meinem letzten Berichte zu ersehen geruht haben, daß von der Wahrscheinlichkeit, daß die Polen unter Bedingung ihrer Herstellung und Vereinigung mit Rußland an dieses sich anzuschließen geneigt sein könnten, der Entschluß des Kaisers zur Offensive abhängig sein wird," schreibt Schöler am 18. April. Ueber die damaligen Offensivpläne ist auch die Denkschrift Magnitzky's, welche Smitt (Zur Aufklärung des Jahres 1812) mittheilt, zu vergleichen. Leider fehlt, wie bei Smitt nur zu oft, zwar nicht die Jahreszahl (1811), aber das Datum. — [1]) Vgl. die folgende Abhandlung.

Feld verließ, ohne Preußen Waffenstillstand schloß, zugab, daß man uns einen unheilvollen Frieden diktirte, an Preußens Beraubung Theil nahm, nach dem Frieden nichts that, uns zu stützen, und sich begnügte, uns Nachgiebigkeit gegen Frankreich zu predigen? Wer hat uns in Frankreichs Arme geworfen, wer hat uns gerathen, uns eng mit Frankreich zu verbinden? Wer ist schuld, daß uns die französischen Armeen umzingeln? Hätte Kaiser Alexander größere Energie gezeigt, die Oderfestungen wären nicht in Frankreichs Hand; hätte sein Kabinet eine gesunde Politik, es hätte seit 1809 gehandelt.

Es war in diesen Tagen Hardenbergs Meinung, in Betracht der Unsicherheit, ob es zum Kriege kommen werde, der Politik Rußlands der Pforte und Polen gegenüber, der Gewißheit, von Oestreich keinen, der Ungewißheit, von Rußland irgend genügenden Beistand zu erhalten, mit Frankreich unter der Voraussetzung abzuschließen, daß Bedingungen erlangt werden könnten, die einigermaßen Sicherheit und Selbstständigkeit gewährten. Am 10. Mai führte er aus: das Wesentlichste sei, die Existenz zu bewahren; in dem Wechsel der Zeiten könnten Hülfsmittel liegen, die man nicht zu ahnen vermöge. Der Schwerpunkt für die Entscheidung beruhe in der Frage: wo ist das größere, wo das kleinere Uebel, wo die größte und dringendste Gefahr? Die Verbindung mit Frankreich könne nur die eiserne Nothwendigkeit gebieten. Die Verbindung mit Rußland wäre weit vorzuziehen, wenn hier eine feste und uneigennützige Politik vorherrschte, die nicht auf für die Nachbarn gefährliche Eroberungen ausgehe, die uns und Oestreich zu unterstützen Maßregeln nähme, welche uns in den Stand setzten, uns mit verminderter Gefahr zu erklären, wenn auf Festigkeit und Ausdauer des Kaisers und zweckmäßige Führung seines Heeres zu rechnen wäre. „Noch in einem lästigen Kriege begriffen, reizt Rußland durch Rüstungen den gefährlichsten Feind, verliert den Augenblick, wo es durch kräftiges Vordringen Oestreich und Preußen in die Lage bringen könnte, sich ihm anzuschließen. Unbegnügt, der Moldau und Wallachei Unabhängigkeit unter der Oberherrschaft der Pforte zu sichern, besteht es auf dieser Eroberung,

die das wesentlichste Hinderniß eines Einverständnisses mit Oestreich ist; es beabsichtigt sogar die Vereinigung Polens mit seinen übrigen ungeheueren Besitzungen, welches die Eifersucht Oestreichs aufs Höchste steigern und es auf die französische Seite drängen wird. Auch gegen Preußen giebt es nichts Feindseligeres als diese Vereinigung. Nur wenn der Kaiser die Polen für unabhängig erklärte und ihnen einen König aus ihrer Mitte zu wählen gestattete, könnten wir uns eher beruhigen, obwohl ein unabhängiges kräftiges Polen unsere Ostseeprovinzen stets bedrohen wird. Nimmt man dazu die Erfahrungen von 1805 und 1807, das schnelle Abspringen des Kaisers von einem System zum anderen, so kann ich unter den gegenwärtigen Umständen, dem tiefen Gefühle meines Herzens zuwider, nicht zum Bündniß mit Rußland rathen. Die größere Gefahr, die Gefahr, welche unvermeidlich ist und schnell eintreten würde, liegt gegenwärtig hier. Die Existenz Preußens würde höchst wahrscheinlich verloren gehen, wenn es jetzt durch das Bündniß mit Rußland gegen Frankreich in Krieg geriethe. Die Gefahr des Bündnisses mit Frankreich ist weniger drohend, später drohend und mithin eher zu vermeiden." Entschlösse sich der König zu diesem, so würde dem Kaiser von Rußland vertraulich im Hinweise auf die Nothwendigkeiten der Lage, unter freimüthiger Geltendmachung der Bedenken gegen seine Politik, hiervon Nachricht zu geben sein. Zugleich könnte Napoleon ein ostensibles Schreiben des Königs an Kaiser Alexander mitgetheilt werden, in welchem Letzterem die Herstellung des guten Einvernehmens mit Frankreich ans Herz gelegt würde. Aenderten sich während der nicht zu pressirenden Unterhandlung mit Frankreich die Umstände, so daß die Verbindung mit Rußland bessere Aussichten gewährte, so würde diese zu ergreifen sein. Stelle Napoleon unannehmbare Bedingungen, so sei es besser, mit Ehre zu fallen, als mit Schande stehen zu bleiben. Scharnhorst hielt seinen Standpunkt in einer Denkschrift vom 12. Mai aufrecht, welche der Staatskanzler seinerseits wiederum glossirte und sämmtliche Schriftstücke am 13. Mai dem Könige zur Entscheidung vorlegte.

Man hatte in Preußen Grund genug, auf der Hut zu sein. Zu

derselben Zeit, als die Durchmärsche durch Preußen nach den Oder-festungen und Danzig begannen, hatte Napoleon seinem General-Inspektor der Artillerie die Zusammenstellung von drei Belagerungs-parks für Spandau, Kolberg und Neisse befohlen. Die Belagerung dieser drei Festungen müsse zu gleicher Zeit geführt werden; der Park für Spandau müsse aus Magdeburg, der für Kolberg aus Stettin und Küstrin, der für Neisse aus Glogau und den sächsischen Festungen gezogen werden. Was die genannten Festungen böten, was außerdem erforderlich sei, müsse angegeben werden; das Geheimniß dürfe Niemand anvertraut werden. Darnach beschäftigte er sich mit dem Projekte, Hamburg in einen festen Platz ersten Ranges gegen Preußen und England umzuwandeln [1]). In den letzten Tagen des März wies er Davoust an, daß, wenn die Ereignisse es nöthig machen sollten, er im Fluge mit 90,000 Mann bei Danzig sein müsse; er stehe ja auch bereits mit zwei Divisionen fast bei Stettin. In Westfalen dürfe nur eine Division (12,500 Mann) zurückbleiben. An der Weichsel würden 50,000 Sachsen und Polen zu ihm stoßen. In Hamburg und Mecklenburg würden statt seiner Truppen 84 französische Bataillone einrücken, ihn zu unterstützen, und im nächsten Monat noch 100,000 Gewehre nach Polen abgehen. Poniatowski müsse alles in Modlin unterbringen, damit die Russen nicht etwa auf den Gedanken kämen, anzugreifen, um sich dieser Waffen zu bemächtigen. In Warschau und den größeren Städten müßten Nationalgarden gebildet, die neuen Befestigungen von Danzig ohne Rücksicht auf Geld so gefördert werden, daß sie im Laufe des Sommers fertig und im Oktober armirt werden könnten, und die Arbeiten so eingerichtet, daß die Werke jeden Tag in Vertheidigungszustand zu setzen seien. General Haxo werde Danzig, Thorn, Modlin, darnach Stettin, Küstrin und Glogau inspiciren, endlich nach Magdeburg zurückkehren [2]).

Die militärischen Vorbereitungen, die in Preußen begonnen

---

[1]) 11. März 1811; Correspondance de Napoléon 21, 466. 474. 22, 120. — [2]) 25. bis 30. März 1811; Corresp. de Nap. 21, 504 seqq., 514 seqq. 529. 532. Bogdanowitsch 1, 26 R. D. Ü.

hatten, blieben ihm nicht verborgen. Am 27. April verlangte er Bericht, ob es wahr sei, daß die Truppen aus Schlesien nach den Küsten gezogen würden? Wozu die Oderbrücke bei Schwedt dienen solle? St. Marsan müsse diese Rüstungen hemmen; hindern, daß Beurlaubte einberufen, die Kadres vermehrt, viele Rekruten ausgehoben würden. Die Regierungen von Sachsen und Westfalen müßten auf die Rüstungen Preußens aufmerksam gemacht und nach Schlesien, nach Berlin, nach Kolberg und Königsberg drei ganz zuverlässige geheime Agenten abgeschickt werden. Bereits am 30. April werden diese Befehle geschärft: „St. Marsan läßt sich von den Preußen düpiren. Wäre die Regierung aufrichtig, so brauchte sie keine Oderbrücke und keine Zusammenziehung bei Dirschau. Wenn Preußen Rüstungen macht, ehe wir uns verständigt haben, so sind sie gegen mich, und ich werde das Land auf der Stelle besetzen. Preußen muß ruhig bleiben; kein Rekrut darf einberufen, keine Bewegung gemacht werden, bevor mein Streit mit Rußland beendet ist. Man hat St. Marsan glauben machen wollen, daß die Rüstung gegen die Engländer bestimmt sei; aber man weiß wohl, daß die Engländer keine Landung machen werden.“ Er selbst hatte dies, wie wir sahen, überlaut verkündet. Den Kommandanten zu Küstrin und Glogau befiehlt Napoleon die größte Wachsamkeit einzuschärfen; sie dürften bei Tage, nie des Nachts schlafen (3. Mai). Die Besatzungen dieser beiden Festungen sollten um drei Regimenter verstärkt werden; zugleich wiederholte er den Befehl wegen der Belagerungsparks für Spandau, Kolberg und Neisse (11. und 12. Mai[1]).

Die Vorstellungen, welche St. Marsan in Berlin auf Grund der Weisungen vom 27. und 30. April gegen die Rüstungen machte, gaben hier den Ausschlag für den Beschluß, die Unterhandlung mit Frankreich förmlich zu eröffnen. Man glaubte, die militärischen Vorbereitungen ungestörter fortsetzen zu können, wenn sie durch solche Verhandlung gedeckt wären. Das Verfahren, welches eingeschlagen ward, basirte auf den Anträgen Hardenbergs vom 10. Mai, mit

---

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 114. 115. 125. 140. 153. 155.

welchen jedoch der Vorschlag Scharnhorst's, sich über die Absichten Rußlands zu vergewissern, in so weit kombinirt wurde, daß der König noch ein Mal eine Erklärung des Kaisers hierüber hervorrief. Den ostensiblen Brief, den der König unter dem 12. Mai an Kaiser Alexander richtete, um die Herstellung des Einvernehmens mit Frankreich zu empfehlen [1]), begleitete ein vertrauliches Schreiben, in welchem der König ausführte, daß es nothwendig gewesen sei, Explikationen von Frankreich zu fordern, um einer plötzlichen Ueberziehung des Landes vorzubeugen. Beruhigende Erklärungen seien erfolgt, daß der Friede nicht gestört werden würde, und der Wunsch ausgedrückt worden, in Verhandlung über ein Bündniß zu treten. Dieser könne man sich nun nicht mehr entziehen. Man werde die Restitution Glogau's fordern, die Räumung von Stettin und Küstrin in Aussicht nehmen, endlich den Wegfall der Beschränkung der Stärke der preußischen Armee verlangen. Diese Vorschläge würden als Prüfstein für die Absichten Napoleons dienen; sie würden Zeit gewinnen lassen und die Entwickelung der Ereignisse mit etwas größerer Ruhe abzuwarten gestatten. Zugleich legte der König dem Kaiser noch ein Mal ans Herz, daß ein ungünstiger Ausgang seines Krieges gegen Frankreich den letzten Rest von Unabhängigkeit in Europa vernichten würde, daß er nur auf Erfolg rechnen könne, wenn er mit vollster Uneigennützigkeit in diesen großen Kampf eintrete. Er möge sich begnügen, der Moldau und Wallachei unter der Oberhoheit der Pforte möglichst große Unabhängigkeit zu verschaffen. Eine Partei im Herzogthum Warschau wolle sich für Rußland erklären. Nur dadurch würde ein Schritt dieser Art nützlich werden, wenn Niemand den Verdacht hegen könne, daß es auf die Vereinigung Polens mit Rußland abgesehen sei. Preußen würde diese Vereinigung nur mit lebhafter Unruhe ansehen können. „Stände Oestreich auf Ihrer Seite, verbänden Sie Sich das Herzogthum Warschau dadurch, daß Sie dessen Unabhängigkeit zugestehen, wären Ihre Armeen meinen Staaten nahe und im Stande, mich zu unterstützen, so würde ich keinen Augenblick schwanken,

---

[1]) Oben S. 356; er ist abgedruckt in den Lebensbildern 3, 431.

und Eure Majestät würde mich an Ihrer Seite kämpfen sehen; aber solange weder die eine noch die andere Voraussetzung zutrifft: wie kann ich die Existenz meines Staates bewahren, ohne mich mit Frankreich zu verbinden? Es hängt nur von Napoleon ab, sie zu vernichten, ehe Eure Majestät mir zu Hülfe kommen könnte; und könnten Sie es, nachdem Sie die Vortheile eines wohl kombinirten Angriffs zu rechter Zeit aufgegeben hätten? Ist dieser Moment nicht bereits vorüber? Hat Napoleon nicht schon zu viel Zeit gehabt, seine Maßregeln zu nehmen? Das ist der Grund meines eifrigen Wunsches, daß der Krieg unter den gegenwärtigen Umständen vermieden werde." Darnach erging dann am 14. Mai die Weisung an Krusemark in Paris, eine Offensiv- und Defensiv-Allianz für alle diejenigen Kriege anzubieten, welche den Interessen Preußens nicht fremd wären; für diese würde Preußen Frankreich ein Truppencorps stellen, Frankreich dagegen die Unabhängigkeit und Integrität des gegenwärtigen preußischen Gebietes garantiren. Glogau wäre nach den Bestimmungen des Vertrages vom 8. September 1808 zurückzustellen; die Bestimmungen desselben Vertrages über die Höhe der Kontribution müßten ermäßigt, die über die Stärke der preußischen Armee beseitigt werden. Erläuternd bemerkte der Staats-Kanzler dem Gesandten, daß in diesen Vorschlägen alles vermieden sei, was das Mißtrauen Napoleons erregen könne. Im Uebrigen handle es sich nicht de lucro captando, sondern de damno vitando. Die Vorschläge könnten diskutirt und modificirt, müßten jedoch im Wesentlichen streng festgehalten werden. „Sie sind der Prüfstein für die Absichten des Kaisers gegen Preußen; der König wird auf keinen anderen Grundlagen unterhandeln." Zugleich schrieb Hardenberg dem Staatsrath Labaye (S. 351), daß Krusemark ihn jetzt vielleicht zur Erlangung der Restitution Glogau's besser werde unterstützen können als bisher (16. Mai).

Während man in Berlin der Antwort auf diese Anträge entgegensah, wurde Davoust verstärkt, die sächsischen und polnischen Truppen marschfertig gemacht, und die Gewißheit, welche man Mitte Juni über die Absichten Rußlands durch gleichzeitige Beantwortung der vertraulichen Schreiben des Königs vom 16. April und 12. Mai Seitens des

Kaisers Alexander (unter dem 26. und 28. Mai) erhielt, war gerade in dem wesentlichsten Punkte, dem der Waffenhülfe, auf welche Preußen zu rechnen habe, in keiner Weise ermuthigend. Im Laufe des Monats Mai hatte sich Alexander überzeugt, daß seine Anerbietungen bei den Polen keinen Boden fänden; er war nunmehr fest entschlossen, sich angreifen zu lassen. Er hatte vermieden, dem Könige zu antworten, bis er klar über Polen sähe. Weit entfernt, den Krieg zu suchen, so schrieb er nunmehr dem Könige, hege er keinen anderen Wunsch als den Frieden zu erhalten. Seine militärischen Maßnahmen seien Vorsichtsmaßregeln, die Frankreichs Verhalten ihm auferlegt habe. Um jeden Schein der Aggression zu vermeiden, setze er auch den Krieg gegen die Pforte fort, der, rein defensiv geführt, nur ein kleines Truppencorps beschäftige. Das politische Interesse Rußlands verlange gebieterisch die Erhaltung Preußens. Alles, was gegen Preußen geschehe, könne somit nur als feindlich gegen Rußland angesehen werden. Es werde es als Kriegserklärung betrachten. Für den Kriegsfall müßten sorgsam die großen Schlachten vermieden und sehr lange Operationslinien für rückgängige Bewegungen, die in verschanzten Lagern endeten, organisirt werden. „Dies System hat Wellington zum Siege verholfen, und ich bin entschlossen, es zu befolgen. Wenn günstige Umstände, wie der Abfall Polens oder eine Insurrektion in Deutschland, einträten, so würde man sie gewiß benutzen, aber sich stets bereit halten, zu diesem System zurückzukehren. Der Krieg wird jedoch nur dann statthaben, wenn Napoleon ihn beginnt. Ich will wenigstens den Trost haben, nicht der Angreifer gewesen zu sein. Die Annäherung Englands habe ich abgewiesen und werde es thun, bis der erste Kanonenschuß gefallen ist. Ihre Unterhandlung, Sire, mit Frankreich wird diesen eher beschleunigen als zurückhalten, indem sie Napoleon über Ihre Intentionen beruhigt. Sie würden durch den Anschluß an Frankreich sehr wesentlich zur Vernichtung der Unabhängigkeit Europa's in dem letzten Kampfe beitragen, der geführt werden kann, und die Erfahrung hat nur zu sehr gelehrt, daß die Fürsten, welche sich in Frankreichs Hand gegeben, ihren Fall nicht erheblich verzögert haben. Die Ueberziehung Preußens durch die

Franzosen habe ich kein Mittel zu verhindern, da dieselben von der Elbe und Mecklenburg her die Oder früher erreichen, als ich vom Niemen her; aber sie würde auch mit der Vernichtung der Monarchie nicht gleichbedeutend sein, wenn verschanzte Lager bei Kolberg und Pillau beständen. In Folge der Angriffe, welche die Franzosen auf diese zu richten hätten, würden den russischen Armeen geringere Streitkräfte gegenüberstehen und diese dadurch in der Lage sein, vorzurücken. Hierdurch würden die Franzosen gezwungen werden, die Belagerungen aufzuheben und meinen Truppen entgegenzugehen, wodurch Eure Majestät die Möglichkeit erhielte, in den Flanken und im Rücken der Franzosen zu operiren, während dann meine Truppen ihre Rückzugsbewegungen wiederaufnehmen würden [1])."

Kaiser Alexander wollte nach diesem Schreiben Feindseligkeiten gegen Preußen als Kriegserklärung gegen Rußland ansehen; aber er wollte zugleich nicht einmal den Schein des Angriffs auf sich nehmen, in keinem Falle bis zur Oder noch weniger zur Elbe vorgehen, vielmehr vor dem Angriff der Franzosen tiefer in das Innere seines Reiches bis auf dort errichtete verschanzte Lager zurückweichen. Gewiß ein sehr zweckmäßiger Kriegsplan für Rußland, der leider nur die Kräfte des Herzogthums Warschau Preußen im Rücken ließ, und dazu dieses selbst vollständig preisgab. Es war die stärkste Unterschätzung der Streitmittel Napoleons, wenn angenommen wurde, daß ihm, neben den zur Einschließung von zwei befestigten Lagern und einigen Festungen erforderlichen Truppen, nicht sehr ausreichende Kräfte zu Gebote ständen, den Krieg jenseit des Niemen ohne Rücksicht auf diese Blokaden zu führen. Wollte man es auch auf diesen russischen Kriegsplan hin wagen, den überwältigenden Stoß der französischen Massen auf sich zu nehmen, wollte man es auf die Preisgebung des gesammten preußischen Landes und aller seiner Hülfsmittel ankommen lassen, wie waren die Truppen aus Brandenburg und Schlesien nach Kolberg zu bringen? Jede Rüstung, jede Bewegung in größerem Maßstabe zog

---

[1]) Der ostensible Brief Alexanders, der den ostensiblen des Königs vom 12. Mai beantwortete, ist erst am 18. Juni geschrieben; Lebensbilder 3, 433.

den unmittelbaren Einmarsch der Franzosen, Westfalen, Sachsen und Polen von allen Seiten her augenblicklich nach sich. Gelang auch das fast Unmögliche, 50,000 Mann in Kolberg zusammenzubringen, man wurde hier von 100,000 Mann eingeschlossen. Und wenn Rußland dann, innerhalb seiner Grenzen geschlagen, seinen Frieden mit Frankreich machte, was hatte Preußen zu hoffen?

General von Scharnhorst hielt dennoch den Anschluß an Rußland für geboten. Die Verzögerung der Antwort Napoleons auf den Bündnißvorschlag genüge, dessen Absichten erkennen zu lassen. Gerade jetzt, nachdem man auf diese über vier Wochen gewartet, sei man in vollem Rechte, die Verhandlung mit Frankreich fallen zu lassen und sich nach Petersburg zu wenden. Man werde dort für einen anderen Kriegsplan nicht unzugänglich sein. Die Besatzung von Danzig sei zur Stärke einer Armee angewachsen; es würden dort neun Batterien bespannt; es handle sich also um Operationen im freien Felde, um die Abschneidung der Verbindung mit Ostpreußen, und die diesseit der Oder stehenden Truppen seien einem Einbruche gegenüber in augenscheinlichster Gefahr. Die kurze Frist, welche noch bleibe, müsse der König benutzen, um unter einem angemessenen Vorwande nach Königsberg zu gehen und den Sitz der Regierung dorthin zu verlegen. Hardenberg konnte sich nicht überzeugen, daß die Gefahr so nahe sei: sie werde erst eintreten, wenn der Krieg mit Rußland auf dem Punkt wäre, wirklich auszubrechen; bis dahin werde Napoleon, auch wenn er das Feindseligste beabsichtige, Preußen durch Hoffnungen oder Verhandlungen hinhalten. Zeige sich dies, so sei der Hauptzweck der Verhandlung erreicht. Er rieth deshalb (8. Juli), die Antwort aus Paris zu erwarten, die unverzüglich eintreffen müsse, bevor man einen entscheidenden Entschluß fasse. Auch wenn dieser für den Anschluß an Rußland ausfalle, müßten die Verhandlungen mit Frankreich unter vertraulichem Einverständniß mit Rußland in solcher Weise fortgesetzt werden, daß man vor Napoleons Rache gedeckt sei, wenn die Zwistigkeiten mit Rußland sich ausglichen.

Tags darauf traf in der That endlich Botschaft aus Paris ein. Der König schickte Hardenberg die Berichte mit folgenden Zeilen:

„Ich kann beinah sagen, sehr zufrieden zu sein, daß nichts in Paris geschlossen ist: wenigstens haben wir uns nach diesem letzten Versuche keinen Vorwurf zu machen. Es scheint mir wirklich mehr und mehr, daß Napoleon den Krieg mit Rußland nicht will, da er zu stark auf der Halbinsel beschäftigt ist. Was jedoch seine wahren Absichten uns gegenüber angeht, so finde ich sie fortwährend sehr verdächtig, und die vagen Ausdrücke, welche unsern Complimenteur (Hatzfeldt) so sehr entzückt haben, scheinen mir nichts zu sagen, als daß die wirklichen Dispositionen immer dieselben sind, die Zeit ihm aber noch nicht gekommen und nicht günstig genug zu sein scheint, um zu versuchen, unserer Existenz ein Ende zu machen — vielleicht daß dieser Moment noch für einige Zeit verschoben ist (9. Juli)." Napoleon hatte Hatzfeld am 27. Juni gesagt, daß er vor einiger Zeit genöthigt gewesen sei, die Besatzungen Danzigs und der Oderfestungen zu verstärken, daß jedoch hierin nichts liege, was den König beunruhigen könne. Seitdem sei eine glückliche Veränderung eingetreten; er glaube, den Frieden des Kontinents bewahren zu können. Er habe die besten Absichten für Preußen; aber eben, weil er den Frieden wolle, dürfe er keinen Grund zu Besorgnissen geben. Der Herzog von Bassano, dem Napoleon an Champagny's Stelle das auswärtige Amt übergeben, hatte dann, das Schweigen des Kaisers über die preußischen Anerbietungen erklärend, Hatzfeld anvertraut: der Kaiser könne sich über die Allianz nicht aussprechen, um dem Petersburger Hofe keinen Anstoß zu geben. Dem General Krusemark hatte Bassano gesagt, daß man auf die Allianz nicht eingehen könne, solange die Verhältnisse mit Rußland unentschieden seien, und auf die Forderung der Rückstellung Glogau's erwidert, daß der gegenwärtige Moment dazu nicht geeignet sei. Krusemarck fügte hinzu, daß die Lage augenblicklich weniger beunruhigend, jedoch keineswegs beruhigend sei. Die Projekte gegen Preußen schienen vertagt und Napoleon weniger disponirt für den Krieg gegen Rußland als vor drei Monaten, wahrscheinlich wegen des üblen Ganges der Dinge in Spanien, der Zurückhaltung Oestreichs, sich ihm gegen Rußland anzuschließen, endlich auch wohl wegen der Stärke der Rüstungen Rußlands. Massena war von Wellington

bei Fuentes d'Onoro, Soult von Beresford bei Albuera geschlagen worden; Metternich hatte auf das im Frühjahr erfolgte Anerbieten der Donaufürstenthümer für den Anschluß an Frankreich gegen Rußland (S. 331) ausweichend geantwortet: Oestreich sei in Folge des letzten Krieges noch in zu großer Erschöpfung.

Die Prüfung der Absichten Napoleons, welche Hardenberg mit den Allianzvorschlägen zunächst beabsichtigt hatte, war erfolgt. Das Ergebniß schien keinen Zweifel an den schlimmsten Vorsätzen in Paris zu erlauben. Mehr als drei Monate waren seit jener ersten Eröffnung an St. Marsan vergangen — man hatte keinerlei Erklärung Frankreichs erlangt, man war nun selbst auf die auf den Wunsch Frankreichs vorgelegten Vorschläge ohne Antwort geblieben. Sie waren mithin stillschweigend abgelehnt; die vertragsmäßige Rückstellung Glogau's, welche die Weisung vom 14 Mai zum dritten Male gefordert hatte, war für inopportun erklärt. Dazu kam, daß sich die französischen Truppen an der Elbe inzwischen ansehnlich verstärkt hatten; Oberst Hacke schätzte deren Zahl mit Einschluß der Besatzungen Mitte Juli auf 96,000 Mann, und überdies standen die sächsische wie die polnische Armee marschfertig an den Grenzen Preußens; in den Oderfestungen, in Danzig wurden Kriegsvorbereitungen in größtem Maßstabe betrieben [1]. Nach alledem schien erwiesen: Napoleon wollte Preußen hinhalten, es vollständig umgarnen, um ihm sodann mit leichter Mühe den letzten Stoß geben zu können „oder günstigsten Falls die Bedingungen vorzuschreiben, unter denen er Preußen erlauben würde, alle seine Streitkräfte und Hülfsquellen für Frankreichs Zwecke zu opfern." So sah der Staatskanzler jetzt die Lage; er trat auf Scharnhorsts Seite hinüber: nur energische Rüstung und Bündniß mit Rußland könnten Preußen vor diesen Gefahren retten. Die Krümper wurden einberufen, die Aufwerfung von befestigten Lagern bei Kolberg und Neisse in Angriff genommen, die Vorräthe in den Festungen vermehrt. Nach Berlin berufen, trat Gneisenau als

[1] Napoleon bemerkt Clarke am 23. Juni 1811, daß Davoust demnächst 120,000 Mann, die Sachsen 24,000, die Polen 34,000, die Westfalen 15,900 zählen würden.

Staatsrath wieder in die Geschäfte ein, um an der Feststellung und Ausführung dieser Maßregeln mitzuarbeiten. Mit Scharnhorst erstattete er Hardenberg über die dringendsten Vorkehrungen Bericht [1]. Gneisenau meinte, daß zu diesen vor allem die Entfernung des Königs aus Berlin gehöre, der bei der Stärke der französischen Besatzungen in Magdeburg und den Oderfestungen, der Stellung der Franzosen in Mecklenburg und der Sachsen bei Guben der Gefahr nicht ausgesetzt werden dürfe, in französische Gewalt zu gerathen. Scharnhorst hatte die Entfernung des Königs von Berlin bereits ebenfalls, wie wir sahen, für wünschenswerth erklärt (S. 363). Er hielt jedoch, Gneisenau's Meinung entgegen, das Durchkommen des Königs unter allen Umständen für möglich.

In Folge des nun genommenen Standpunkts schrieb der König am 16. Juli dem Kaiser Alexander. Er versuchte, ihn bei seinem Worte zu nehmen: „Feindseligkeiten gegen Preußen als Kriegserklärung zu betrachten", um bestimmte Zusagen für das Vorrücken der russischen Truppen zu erlangen. Die Verhandlungen mit Frankreich hätten festgestellt, daß Napoleon sich Preußen gegenüber nicht binden wolle, während seine Rüstungen fortdauerten. Der König hoffe, den Maßnahmen Alexanders den unschätzbaren Vortheil verdanken zu können, vor der traurigen Nothwendigkeit bewahrt zu bleiben, sich gegen seinen einzigen Freund mit Frankreich verbinden zu müssen. Um Zeit zu gewinnen, sich über die Vorkehrungen zu verständigen, welche Preußen die Möglichkeit gewährten, an der Seite Rußlands zu kämpfen, würde der Schein des Einverständnisses mit Frankreich weiter bewahrt werden müssen. Trotz allen Widerwillens gegen Duplicität sei solche gleichwohl einem Manne wie Napoleon gegenüber unvermeidlich und eine für die Existenz Preußens gebotene Pflicht. Alexander sei einverstanden, daß, wenn der Krieg nicht mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg geführt werden könne, alles anzuwenden sei, den Frieden zu erhalten. Ein Aufschub

---

[1] Dieser von Scharnhorst und Gneisenau gezeichnete, gegen Ende Juli eingereichte Bericht ist irrthümlich bei Pertz Gneisenau (2, 250) von Alinea 5 an als Denkschrift Gneisenau's aus dem Januar 1812 abgedruckt.

von einem oder zwei Jahren wäre schon ein großer Vortheil; Oestreich und Preußen würden in dieser Frist wieder einige Kraft gewinnen, und man könnte sich gut vorbereiten. Aber der Krieg könne trotz aller Bemühungen ausbrechen. Der Kaiser habe die deutliche Versicherung gegeben, daß alles, was gegen Preußen geschehe, als feindlich gegen ihn selbst betrachtet und als Kriegserklärung angesehen werden würde. „Ich habe Ihnen“, fährt der König fort, „von der Nothwendigkeit gesprochen, mir wirksam zu Hülfe zu kommen, um mir die Mittel zu bewahren, mich Ihnen anschließen zu können, und mich nicht der traurigen Aussicht zu überlassen, mich von der Uebermacht Napoleons erdrückt zu sehen. Ich kann nur auf diesen Punkt bestehen, und ich bitte Sie, Sire, die Denkschriften in Erwägung zu ziehen, welche ich hierüber den General von Scharnhorst habe abfassen lassen und welche Schöler die Ehre haben wird Ihnen vorzulegen. Ich gestatte mir zu bemerken, daß nicht Preußen allein ein kraftvolles System beansprucht, welches ihm Stütze bietet und Gewähr leistet, sondern daß dies auch die mächtigen Mittel, welche wir in dem Geiste, der fast überall in Deutschland herrscht, finden können, verlangen, um einen vielleicht entscheidenden Erfolg herbeizuführen, und ich bemerke, daß nichts besser Oestreich auf unsern Standpunkt hinüberziehen würde als ein System dieser Art. Aber ich verlasse mich auf Sie, Sire; Sie werden Alles mit Weisheit erwägen und den besten Entschluß ergreifen. In diesem Vertrauen mache ich mich gern verbindlich, für den Fall, daß der Krieg zwischen Frankreich und Rußland stattfindet, keine andere Partei zu ergreifen als die Ihrige. Lebhaft erkenne ich Ihre freundschaftlichen und großmüthigen Intentionen, im Falle des Erfolgs Preußen mindestens in die Besitzungen wieder eingesetzt zu sehen, welche ihm der letzte Krieg geraubt hat; aber ich zähle auch für den Fall des Unglücks darauf, daß Eure Majestät nicht Frieden schließen wird, ohne die Existenz und die Interessen Preußens zu sichern. Für den Augenblick ist das Wesentlichste, sich über die nothwendigen Vorbereitungen und den Operationsplan ausreichend zu verständigen. Die Denkschriften des Generals Scharnhorst werden, wie ich glaube, der Aufmerksamkeit würdig erscheinen. Er ist von

meinen Intentionen, von meinen Mitteln und Hülfsquellen vollständig unterrichtet, und die vorerwähnte Vereinbarung wird vielleicht am leichtesten und ausreichendsten festgestellt werden können, wenn im tiefsten Geheimniß eine Zusammenkunft zwischen einem Offizier Ihres Vertrauens und Scharnhorst und Schöler stattfinden könnte. Schöler wird die Ehre haben, Eurer Majestät die Art und Weise zu entwickeln, wie diese Idee realisirt werden könnte, deren Ausführung mir sehr dringlich erscheint. Meine weiteren Verhandlungen mit Frankreich werde ich genau mittheilen oder mittheilen lassen. Wenn es sich dereinst um den Abschluß handeln sollte, wird Napoleon durch die Bedingungen, von welchen er seine Freundschaft abhängig machen wird, ausreichenden Grund zum Abbruch derselben bieten. Um mich der Möglichkeit einer Abhängigkeit von Napoleon zu entziehen, ehe über Krieg und Frieden entschieden ist, werde ich mich im Nothfalle unter dem Vorwande der gewöhnlichen Revüen nach Königsberg begeben und meinen Aufenthalt dort bis in den Spätherbst verlängern können." Für Schöler fügte der König hinzu (18. Juli): er wünsche dringend, daß der Ausbruch des Krieges vermieden werde und eine Uebereinkunft zwischen Rußland und Frankreich zu Stande komme. „Da die Hoffnungen, den Frieden zu erhalten, jedoch leicht vereitelt werden können, so ist das Allerwichtigste, im voraus festzusetzen, wie man operiren will und auf welche Hülfe ich mit Gewißheit rechnen kann." Auch Hardenberg legte Schöler seinerseits dringend ans Herz, „daß jene Zusammenkunft mit Scharnhorst nicht genug beschleunigt werden könne."

Um die Verhandlung Scharnhorsts, auf welche nicht weniger als alles ankam, möglichst zu fördern, beschloß der König, Scharnhorst „zur gewöhnlichen Festungsinspektion" nach Ostpreußen gehen zu lassen. Hier sollte er auf seinem Gute Dollstädt das Zeichen der Abreise nach Rußland abwarten, welches Schöler ihm von Petersburg dorthin zukommen lassen würde. Scharnhorsts Instruktion sagte ihm: „Preußens Interesse erfordere, daß der Krieg vermieden oder wenigstens verschoben werde. Bei der Möglichkeit eines Ueberfalls sei es jedoch geboten, sichernde Vorbereitungen zu treffen, um einen energischen

Widerstand zu thun und sich der Hülfe der russischen Armeen zu versichern. In Kenntniß der Verhandlungen, welche mit dem Kaiser von Rußland geführt worden, habe der General den Operationsplan mit dem oder denen zu verabreden, die der Kaiser von Rußland zu diesem Zweck ernennen werde. Vorzüglich seien die Mittel und Maßregeln festzustellen, durch welche Preußen in dem angenommenen Falle schleunigst Hülfe erhalten könne. Ferner habe er Anleitung zu geben, wie die Streitkräfte, welche die preußische Monarchie zu einem langwierigen Kriege darbietet, erhalten und für den gemeinsamen Zweck verwendet werden könnten, und dazu die von ihm verfaßten, bereits nach Petersburg gesendeten Memoirs zu benutzen (29. Juli)."

Nach Scharnhorsts Abreise hatte Gneisenau mit dem Staatskanzler die militärischen Maßnahmen zu bearbeiten und vorzuschlagen. Seine Meinung war, daß es vorzugsweise auf Kolbergs Behauptung ankomme; die in Schlesien stehenden Truppen seien an der sächsischen Grenze zu sammeln, die märkischen müßten bei Potsdam und Berlin zusammengezogen werden, da man die Provinz Brandenburg nicht gleich aufgeben könne. Wolle man ihnen keine befestigte Stellung bei Spandau vorbereiten, so müßten sie nach Schlesien zurückzukommen suchen, da sie den Uebergang bei Schwedt schwerlich erreichen würden. Die Gegenwehr Preußens müsse durch die Bildung von Milizen und Vorbereitung eines Volksaufstandes, deren Plan Gneisenau seinen Vorschlägen über Vertheilung und Aufstellung der Truppen folgen ließ, ergänzt und wirksamer gemacht werden (8. Aug. [1]). Der König erwartete nicht viel von einer Insurrektion. In dringendster Weise stellte ihm Gneisenau am 20. August vor: die Gefahr, die Oder und Weichsel plötzlich gesperrt zu sehen, sei im Wachsen; wenigstens sei so viel gewiß, daß, wenn der König seinen Entschluß, über die beiden Flüsse zurückzugehen, bis über die laufende Woche hinaus verschiebe, dessen Ausführung unmöglich sein werde, wenn Napoleon die Absicht habe, sich der Person des Königs zu bemächtigen. Ein gewaltsamer Versuch zum Durch-

[1]) Denkschrift, am 8. August dem Staatskanzler übergeben; geheimes Staatsarchiv.

schlagen möchte leicht unglücklich ablaufen und der König dann zur Unterzeichnung eines Unterwerfungsvertrages genöthigt und ein Gefangener in seinem Palast sein. Genug habe der König gethan, um sich die Rache des harten Feindes zuzuziehen, nicht genug, sich vor derselben zu schützen. Der König unterschätze seine Streitkräfte. Auch die Mittel des Heerbannes (Landmiliz) sowie des Landsturmes möchten so verächtlich nicht sein, wie der König in seinen Bemerkungen zum Milizplane urtheile. Es seien nicht immer die stehenden Heere gewesen, die Throne und Staaten gerettet haben; häufig war es die Liebe eines für seinen Herrscher begeisterten Volkes. „Eure Majestät werden mir", so schließt Gneisenau, „abermals Poesie Schuld geben, und ich will mich gern hierzu bekennen. — Zur Ehre will ich es mir rechnen, der Schaar jener Begeisterten anzugehören, die alles daransetzen, um Eurer Majestät alles zu retten; denn wahrlich zu einem solchen Entschluß gehört Begeisterung, die jede selbstsüchtige Berechnung verschmäht [1])." General Bülows Gutachten vom 19. August führte dagegen aus, daß nach dem Charakter der Märker, Pommern und Preußen nicht viel von einem Insurrektionskriege zu hoffen sei; höchstens auf den nicht polnischen Theil der Schlesier, welche lebhafteren Geistes seien, könne man rechnen; auf die übrigen Bevölkerungen nur, wenn ganz Außerordentliches geschähe und etwa eine Schlacht gewonnen sei. Er halte es darum für falsch, den Kriegsplan auf die Insurrektion zu basiren; viel richtiger scheine ihm, sich vielmehr, ehe der Feind im Lande sei, der gesammten Kraft des Volkes zu bemäch-

---

[1]) Geheimes Staatsarchiv. Pertz hat dieses Schreiben vom 20. August, dessen Inhaltangabe unter dem Datum des 21. August (Gneisenau 2, 143) gegeben ist, irrthümlich als davon verschiedene Denkschrift, die angeblich dem Könige nach St. Marsans Eröffnung vom 11. September übergeben worden sei, 2, 188 abdrucken lassen. Die Lücke in unserem Texte zwischen den Worten „bekennen" und „zur Ehre" enthält die Worte der Gegenbemerkung Gneisenau's zu einer Bemerkung des Königs zum Milizplan vom 8. August (Pertz, Gneisenau 2, 137) mit einer sehr leichten Variante. Gneisenau kann deshalb diese Gegenbemerkungen erst nach dem 20. August eingetragen haben. Auf die nicht bedeutungslosen Abweichungen, welche das Schreiben an den König von dem bei Pertz abgedruckten Konzept unterscheiden, denke ich gelegentlich zurückzukommen.

tigen, alle irgend entbehrliche waffenfähige Mannschaft auszuheben und zu üben und somit der Unsicherheit der Zukunft möglichst wenig zu überlassen.

Auf jene Berichte aus Paris, welche am 9. Juli in Berlin eingetroffen waren (S. 363), hatte Hardenberg Krusemark angewiesen, den flagranten Widerspruch hervorzuheben, der darin liege, daß französischer Seits behauptet werde: man könne auf die preußischen Vorschläge nicht eingehen, weil man Rußland keinen Anstoß geben wolle, während man die Oderfestungen, den stärksten Anstoß für Rußland, festhalte, und ihm befohlen, die vertragsmäßige Zurückstellung Glogau's zum vierten Male und in bestimmtester Weise zu fordern (13. Juli). „Der so lange erwartete Kurier“ — so schrieb der König dem Staatskanzler am 21. August — „ist endlich eben angekommen. Sie erhalten hierbei alle Depeschen Krusemarks und werden aus deren Inhalt ersehen, daß sie nichts weniger als beruhigend sind. Obwohl die Dispositionen gegen Preußen nicht offen feindselig sind, so ist die Rückstellung Glogau's dennoch formell abgelehnt. Man bleibt dabei, einen Bruch mit Rußland vermeiden zu wollen, man glaubt nicht daran; aber eine Annäherung zwischen beiden Mächten ist entfernt nicht herbeigeführt, da man nichts thut, als sich über die feindseligen Maßregeln Rußlands zu beschweren, denen man zur Erwiderung die gleichen entgegenstellt. Das ist in zwei Worten der wesentliche Inhalt der Depeschen.“ Er bestimmte den König, die Bildung einer Kommission zu rascherer Betreibung der Rüstungen unter Leitung des Staatskanzlers anzuordnen. Die Mitglieder sollten sein: Staatsrath Sack, Oberst von Hacke, Staatsrath und Oberst von Gneisenau und Major von Boyen. „Da die gegenwärtigen Verhältnisse eine genaue Verbindung der politischen, militärischen und inneren Anordnungen nothwendig machen, hat die Kommission sowohl die bereits genehmigten Maßnahmen als die, welche noch weiter nöthig werden, unter größter Geheimhaltung zu bearbeiten und die Geschäfte unverzüglich in Gang zu setzen (22. August).“ Noch bevor diese Kommission am folgenden Tage zu ihrer ersten Berathung zusammentrat, übersandte der König dem Staatskanzler das Schreiben Gneisenau's vom 20. August: „Ich

enthalte mich jeden Urtheils, da Sie meine Ansichten kennen; ich habe aber geglaubt, daß die Wissenschaft dieses Briefes Ihnen gerade heute wünschenswerth sein könnte, da Ihre Anwesenheit in Glienicke sich auf die darin enthaltenen Gegenstände hauptsächlich bezieht. Nur füge ich noch hinzu, wie ich mich immer mehr überzeugt halten muß, daß, wenn die Abreise beschlossen ist, sie immerhin, um weniger Aufsehen zu erregen, bis zu meiner Abfahrt für eine Revüereise gelten kann, daß aber in demselben Augenblicke, wo ich Berlin verlasse, auch alles Uebrige, was gerettet werden kann und muß, fortzuschaffen ist. Beide Maßregeln halte ich für unzertrennlich. Denn von dem Augenblicke an, in dem ich fortgehe, möchte wohl die Aufmerksamkeit unserer Widersacher alles, was man erst später fortzuschaffen gedächte, in Zeiten zu verhindern wissen. Meinen Gruß Ihrem Gaste (Gneisenau)."

Die Kommission stellte fest und berichtete dem Könige: daß Spandau, Pillau und Graudenz für die für sie bestimmten Garnisonen auf sechs Monate mit Brot und Fourage versehen seien; Kolberg für dieselbe Zeit für eine Besatzung von 4000 Mann und für weitere 4000 Mann ebenfalls auf sechs Monate. Das noch erforderliche Schlachtvieh müsse in den Umgebungen der Festungen requirirt werden; die dazu nöthigen Ordres fehlten jedoch noch für Kolberg und Graudenz. Man sei beschäftigt, in Kolberg Lebensmittel für 20,000 Mann auf vier Monate zusammenzubringen. Für die Einkleidung der Krümper seien dort theils Uniformen, theils genügendes Tuch vorhanden. Noch fehlten aber ausreichende Waffen für die Krümper, die bald beschafft werden müßten, um die ausgedehnten Befestigungen gegen einen etwa plötzlich von Stettin her erfolgenden Angriff halten zu können. Pulver und Gewehre zu kaufen müsse im Auslande versucht werden. Der König möge bestimmen, ob die Truppen, die in Berlin, Potsdam und bei Schwedt ständen, in die Spandauer Verschanzungen rücken oder zurückgezogen werden sollten. Im Falle des Rückzuges könne man unter den gegenwärtigen Umständen nicht zum Uebergange über die Oder bei Schwedt (die Besatzung von Stettin war inzwischen auf 16,000 Mann verstärkt worden), sondern nur zum Uebergange bei Frankfurt rathen. Gelinge derselbe, so würde

Seine Majestät zu bestimmen haben, ob diese Truppen nach Schlesien oder über Landsberg nach Kolberg gehen oder endlich den Marsch an die Weichsel versuchen sollten. Für den Fall, daß die Truppen bei Spandau blieben, wodurch der Vortheil erreicht würde, die Marken länger zu halten, müßten einige Bataillone mehr nach Spandau geschickt werden, um die Schanzarbeiten zu beschleunigen. In Betracht der Schwierigkeiten des Abmarsches von Berlin würde dem General Tauentzien das Kommando allein zu übergeben sein, „und müssen wir Eure Majestät unterthänigst bitten, bei Allerhöchstdero Abreise den Feldmarschall Grafen von Kalkreuth unter Beibehalt seines Gehalts in den Ruhestand zu versetzen.“ Endlich stellte die Kommission für den Fall des Ausbruchs der Feindseligkeiten und der Einschließung des Obersten Thümen mit den zurückbleibenden Truppen in Spandau anheim, den Grafen Chazot zum außerordentlichen Kommissar in den Marken zu ernennen. „Die mit jedem Tage sich mehrenden Besorgnisse können nur den ehrerbietigen Wunsch verstärken, daß Eure Majestät den Tag Allerhöchst Ihrer Abreise baldigst zu bestimmen geruhe, da, wenn sie mit dem Anmarsch des Feindes zugleich geschehen solle, sowohl große Gefahr als Unordnung zu besorgen ist.“ Der geheime Staatsrath Sack würde die Personen ausmitteln, welche zum besseren Betrieb der Geschäfte dem Könige folgen müßten, und zugleich vorläufig eine Instruktion für die zurückbleibenden Dikasterien entwerfen. Die Ordres für die Reise würden nach dem Plane des Obersten von Hacke ausgefertigt (23. August). Bis Ende August gediehen dann die Vorbereitungen so weit, daß 74,557 Mann unter Waffen waren. Am 30. August befahl der König, die Kompagnien auf die volle Kriegsstärke zu bringen und aus den überzähligen Krümpern 40 Reserve- und 11 Depot-Bataillone zu bilden[1]). Die französischen Truppen waren nach Oberst Hacke's Berechnung inzwischen mit Einschluß der Festungsbesatzungen auf 130,000 Mann verstärkt, denen 70,000 Sachsen, Westfalen und Polen zur Seite ständen.

[1]) Wenn Gneisenau in seinen Briefen aus dem August und September von 120,000 und 124,000 Mann spricht, so sind diese Formationen dabei als bereits vollzogen vorausgesetzt.

Mit der förmlichen Weigerung der Zurückstellung Glogau's und den Fortschritten der eigenen Rüstung hielt der Staatskanzler den Zeitpunkt für gekommen, dieselbe nicht mehr zu verdecken, vielmehr sie selbst in Paris offen anzukündigen. „Die Rüstung beginne Aufsehen zu erregen; Napoleon würde demgemäß bald die Einstellung fordern, Preußen überziehen und dennoch fortfahren, gegen Rußland eine freundschaftliche Sprache zu führen, indem er die Ursache seines Vorgehens lediglich Preußen zuschöbe. Dies zu verhüten, müsse durch einen bestimmten Schritt erklärt werden, weshalb Preußen gezwungen sei, zu rüsten." Der Bericht, welchen Hardenberg am 26. August über die Eröffnungen empfing, die Napoleon dem Vertreter Rußlands in Paris, dem Fürsten Kurakin, gemacht hatte, hielt ihn nicht ab, diesen Vorsatz auszuführen.

Am 15. August hatte Napoleon bei dem Empfange der Gesandten und Staatsbehörden an diesem seinem Geburtstage Kurakin gesagt: „Ich begreife Euer Verfahren nicht, entweder habt Ihr Hintergedanken, oder Euer Gouvernement hat den Kopf verloren und macht es wie der Hase, der Blei in den Kopf bekommen hat; er läuft, ohne zu wissen, wo er sich stoßen wird. Wenn zwei Edelleute sich streiten, wenn z. B. einer dem anderen eine Ohrfeige giebt (S. 330), so schlagen sie sich und versöhnen sich nachher. Die Regierungen müssen es ebenso machen, entweder Krieg oder Frieden. Vor allem handelt es sich darum, sich zu erklären. Wenn man dies gewollt und verlangt hätte, so hätte ich gesagt: ziehet Eure Truppen zurück, ich werde die meinigen zurückziehen. Warum den Kontinent alarmiren, warum nicht lieber mit mir unterhandeln? Ich bin nicht dumm genug, um zu glauben, daß Ihr Euch um Oldenburg kümmert; ich sehe klar, daß es sich um Polen handelt. Ihr schreibt mir Kriegsprojekte zu Gunsten Polens zu, und ich fange an zu glauben, daß Ihr es seid, die sich Polens bemächtigen wollen, indem Ihr Euch vielleicht einbildet, das sei das einzige Mittel, Eure Grenzen an dieser Seite zu sichern. Daraus wird nichts. Ihr werdet es nicht haben und wenn Ihr auf dem Montmartre oder in der Nähe lagertet. Ich erkläre Euch, daß ich den Krieg nicht will, und daß ich ihn Euch, wenn Ihr mich nicht

angreift, in diesem Jahre nicht machen werde. Ich habe keine Neigung, Krieg im Norden zu führen; aber wenn diese Krisis bis zum November nicht vorüber ist, hebe ich 120,000 Mann aus. Ich werde zwei, drei Jahre so fortfahren, und wenn ich sehe, daß dies System lästiger ist als der Krieg, werde ich ihn führen. Ihr werdet den ganzen Kontinent gegen Euch haben. Oestreich wird niemals vergessen, daß ihm Rußland 400,000 Seelen in Galizien geraubt; Preußen wird sich immer erinnern, daß Kaiser Alexander, „sein guter Bundesgenosse", sich des Kreises Bialystok beim Frieden von Tilsit bemächtigte. Ihr werdet alle Eure polnischen Provinzen verlieren. Sprecht offen mit mir, wie ich es liebe und wie ich verfahre. Ich habe die Garnison von Danzig verstärkt und Euch vertraulich erklärt, daß es wegen Eurer Rüstung geschähe. Der König von Sachsen hat seine Truppen bei Mühlberg versammelt, um, wenn es nöthig ist, denen zu helfen, die er im Herzogthum Warschau hat. Ich habe bis jetzt nicht mehr als 50,000 Mann in Norddeutschland. Verlangt eine Entschädigung für den Fürsten von Oldenburg, aber nicht 100,000 Seelen für 50,000, und verlangt nichts von Polen. Ich werde Euch kein Dorf, keine Mühle dieses Landes geben. Danzig, das Ihr vielleicht gewünscht hättet, würde ich wohl gegeben haben, wenn man es, den weißen Stab in der Hand, verlangt hätte [1]). Ich denke nicht daran, Polen herzustellen; das Interesse meiner Völker ist an dieses Land nicht gebunden. Aber wenn Ihr mich zum Kriege zwingt, werde ich mich sicherlich Polens als eines Mittels gegen Euch bedienen. Noch ist es Zeit, allem diesem Unheil zuvorzukommen. Noch einmal: die Fürsten von Oldenburg sollen eine Entschädigung haben und was Euren Protest wegen Oldenburgs betrifft (S. 330), so muß das zu treffende Abkommen meine Satisfaktion dafür in sich fassen [2])."

---

[1]) Daß Rußland Danzig und einen Theil von Warschau begehrt hätte, gefiel Napoleon auch Krusemark am 17. December 1811 zu erzählen; geh. Staatsarchiv. Es ist möglich, daß hierbei eine Andeutung, die Rumänzow bei oder nach Czernischews Sendung im April hatte machen lassen, zu Grunde liegt; Bogdanowitsch bei Bernhardi a. a. O. 2, 676. — [2]) Geh. Staatsarchiv. Thiers (hist. du consul. 13, 183 sqq.) hat gerade die wesentlichen Züge weggelassen

Der Staatskanzler glaubte, daß diese brutale Herausforderung Napoleons die Frage zwischen Frankreich und Rußland auf die Spitze stelle, daß durch Alexanders Erwiderung die Entscheidung über Krieg und Frieden in drei bis vier Wochen herbeigeführt sein werde. Wenn der König in diesem Augenblick, wie die Kommission beantrage, Berlin verlasse, so würde dies in Verbindung mit den Rüstungen Napoleon über den Entschluß Preußens, die Partei Rußlands zu nehmen, keinen Zweifel lassen. Nun bestehe aber die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Frankreich und Rußland. Die Erklärung, welche Napoleon von Rußland gefordert, gebe dem Könige Zeit, die Abreise zu verschieben, bis man den in Petersburg gefaßten Entschluß kenne, der früher als in Paris in Berlin vertraulich bekannt sein werde. „Machen positive Nachrichten aus Petersburg die Abreise nothwendig, so muß diese im letzten Augenblick an der Spitze eines ansehnlichen Truppencorps geschehen. Ich denke, daß der König immer im Stande sein wird, sich auf der Straße nach Frankfurt zurückzuziehen und die Feinde, die sich ihm in den Weg stellen könnten, zurückzuschlagen. Die Umstände würden dann entscheiden, ob der Weg nach Preußen oder Schlesien einzuschlagen sein würde (27. Aug.)." Tags zuvor hatte der König bei Uebersendung des Berichtes über die Vorgänge vom 15. August Hardenberg geschrieben: „Es scheint mir, daß kein Augenblick zu verlieren ist, die wichtigen Nachrichten, die uns Krusemark eben mittheilt, zu benutzen, um dem Kaiser von Rußland die gewichtigen Beweggründe, welche sich von allen Seiten für die Vermeidung des Bruches darbieten, und insbesondere die unsrigen von neuem darzulegen. Ich meine, daß ein Schreiben von mir nicht am unrechten Orte wäre (26. Aug.)." Diese Absicht ausführend, schrieb der König dem Kaiser: „Eben werde ich von der langen Unterredung unterrichtet, welche

oder verwischt. Wenn die Richtigkeit der im Texte gegebenen Humboldt'schen Version (sie beruht auf Schwarzenbergs Bericht, den Napoleon und Bassano durchgesehen hatten) weiteren Beweises bedürfte, so würde solcher in den Weisungen liegen, welche Napoleon im Juli Bassano und Davoust ertheilte, Rußland möglichst zu beruhigen und das Aufsehen, welches die Truppenanhäufung in Deutschland mache, zu mindern, z. B. Correspondance de Napoléon 22, 335. 336; 19., 20. Juli 1811.

Napoleon für angemessen erachtet hat, öffentlich am 15. mit dem Fürsten Kurakin zu halten. In der Voraussetzung, daß die große Frage über Krieg und Frieden zur unmittelbaren Entscheidung steht, gestatte ich mir, diese Zeilen an Sie zu richten. Die Umstände erscheinen mir durchaus ungünstig und werden es mehr und mehr. Das Uebereinkommen, die Truppen gleichzeitig von beiden Seiten zurückzuziehen und alles auf den Fuß vor den Rüstungen zu setzen, würde den Geboten der Ehre und der Sicherheit genügen, und vielleicht wird die Weisheit Eurer Majestät die Mittel finden, die Punkte, welche den Gegenstand der Diskussion bilden, friedlich auszugleichen. Der Erfolg eines neuen Krieges gegen Frankreich ist ohne Zweifel höchst problematisch. Untersucht man ruhig die Elemente, welche die Höfe Europa's bilden, ihre Kräfte, ihre Auffassungsweise, ihre Art zu handeln, den Mangel an Einigkeit, der unter ihnen besteht, und die großen Schwierigkeiten, diese herbeizuführen, so verzweifelt man, das große Ziel zu erreichen, das man sich vorsetzen muß; vielmehr eröffnet sich die Aussicht auf die Vernichtung dessen, was noch von Unabhängigkeit besteht, und auf einen unheilvollen Despotismus, der an deren Stelle treten wird. Sie, Sire, werden aufrecht bleiben; aber die, für die Sie Sich interessiren, für welche Sie großmüthig kämpfen wollen, werden sie dasselbe Glück haben? Ohne die nöthigen Mittel, welche vereinigt werden müssen, um Napoleon mit sicherem und entscheidendem Erfolg den Krieg zu machen, wohl kombinirt und vorbereitet zu haben, muß man sich, wie mir scheint, begnügen, seine Existenz zu bewahren, an einer engeren Einigung unter den Mächten, welche noch aufrecht stehen, arbeiten, versuchen, sich herzustellen und wieder Kräfte zu gewinnen, unter der Hand die Mittel vorbereiten, um diese Kräfte erfolgreich anwenden zu können, sobald nur die Umstände günstiger werden. Mögen die exaltirten Köpfe nur Heil im Kriege sehen — ich glaube, daß wir ihn in der gegenwärtigen Lage der Dinge unter schlechten Auspicien führen würden. Napoleon hat vollkommen Zeit gehabt, furchtbare Streitkräfte zu sammeln, und ich beschwöre Euere Majestät, denen nicht zu glauben, welche sie als wenig gefährlich darstellen wollten. Ich bin näher interessirt als jeder andere,

mir sichere Kunde zu verschaffen, und meine Nachrichten sind genau. Möchten Sie, Sire, Mittel finden, die Schwierigkeiten zu ebenen, welche der Aufrechthaltung des Friedens entgegenstehen. Sollte es sich um Zurückziehung der Truppen handeln, so gestatte ich mir, zu hoffen, daß Eure Majestät die Oderfestungen nicht vergessen werden, deren Okkupation ebenso offensiv gegen Rußland wie gegen Preußen ist. In diesem Augenblicke sind gegen 16,000 Mann in Stettin allein, und die Rückstellung Glogau's gebührt mir von Rechtswegen (27. Aug.)." An Schöler schrieb der Staatskanzler: „Höchst wesentlich ist es, daß wir ohne den mindesten Zeitverlust von den Beschlüssen des Kaisers über Krieg oder Frieden und die nach Paris zu ertheilende Antwort bestimmt unterrichtet werden; denn die Ungewißheit, ob und wann es zum Bruche kommt, ist für uns das größte aller Uebel (29. August)."

Gleich nach Empfang des Berichtes über die Vorgänge des 15. August zu Paris, noch am 26. August, hatte der Staatskanzler dem Grafen St. Marsan die beabsichtigte Eröffnung über die Rüstungen Preußens gemacht. Abgesehen auch von der seinerseits eingeleiteten Unterhandlung über die zwischen Frankreich und Preußen zu schließende Allianz ließ ihm sowohl die nahe Möglichkeit des Ausbruches des Krieges als die entferntere einer Ausgleichung zwischen Frankreich und Rußland — auch die letztere konnte Preußen in Vergeltung seiner gegenwärtigen Rüstung gefährlich werden — räthlich erscheinen, dieser Mittheilung die Fassung zu geben, daß Preußen rüste, weil Frankreich ihm die Allianz geweigert, daß Preußen für Frankreich rüste, wenn Frankreich keine feindseligen Absichten verfolge und eine ehrenvolle Allianz biete. Nach St. Marsans Berichte sagte ihm der Staatskanzler an jenem Tage: der König verlange nur das Vertrauen des Kaisers Napoleon. Wenn unglücklicher Weise der Krieg ausbrechen sollte, stelle er sich ganz zu seiner Verfügung: „aber ich bin beauftragt, zu erklären, daß, wenn dieses Vertrauen nicht zu erreichen ist, wenn im Kriegsfalle sein Land überzogen würde, er sich vor den Augen Europa's entehrt sehen würde. Dann würde er es, auch ohne jede Hoffnung auf Erfolg, vorziehen, sich dem Untergange mit den Waffen in der

Hand auszusetzen. Deswegen hat er beschlossen, sich in Bereitschaft zu setzen; alle Festungen werden in Vertheidigungsstand gebracht, die Regimenter vollzählig gemacht [1])." Hardenberg selbst sagt: „Ich habe gestern mit St. Marsan über die Vernichtung unserer Hoffnung auf die Rückgabe Glogau's gesprochen. Er gestand zu, daß die Ehre des Königs und die Sicherheit des Staates dem Könige geböten, zu rüsten, da alles um uns her rüste, und daß der Kaiser nach den Erklärungen, die wir in Paris gegeben hätten, keinen Anstoß daran nehmen könne, wenn er wirklich unsere Allianz wolle. Ich habe nicht angestanden, ihm zu sagen, daß wir unsere Festungen in Stand setzen und in kurzer Zeit 100,000 Mann aufstellen könnten, die bereit wären, ohne eingekleidet zu sein; daß wir es vorzögen, den Degen in der Hand zu sterben, als einen unehrenhaften Vertrag zu unterschreiben. Er fragte nach der Reise des Königs; ich erwiderte, daß sie nichts Ungewöhnliches habe, sie sei lediglich durch die politischen Konjunkturen verzögert (27. August)." In demselben Sinne der Motivirung der preußischen Rüstung durch das nicht angenommene Anerbieten der Allianz wies Hardenberg Krusemark an, die Rüstung auch in Paris anzuzeigen, aber sich zugleich jedes Schrittes zu enthalten, der als Drohung ausgelegt werden könnte. Wenn die Rücksicht auf Rußland den Kaiser Napoleon früherhin veranlaßt habe, jeder Erklärung über die Allianzvorschläge auszuweichen, die im Laufe des März gemacht worden seien, so treffe dieser Grund heute nicht mehr zu, da die kriegerischen Vorbereitungen Frankreichs täglich einen imposanteren Charakter annähmen und Kaiser Napoleon selbst den eventuellen Zweck dieser Maßregeln Rußland nicht länger verberge. Da die Besorgniß, unzeitig Anstoß zu geben, die Rüstungen Frankreichs nicht zurückhalte, wie könnte der Abschluß einer engeren Union zwischen Frankreich und Preußen durch diese Besorgniß jetzt noch verzögert werden? „Dennoch ist keine Erklärung erfolgt. Alles um uns her ist in Waffen: von der einen Seite die russischen Heere, von der anderen die Haltung der Warschauer Armee, welche, angeblich

---

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 5, 139. 140.

gegen Rußland, auch gegen uns gerichtet sein kann. Die sächsische Armee ist in so nahen Kantonnirungen vereinigt, daß sie in zwei Märschen die Hauptstadt des Königs zu erreichen vermag. In Danzig allein liegt eine andere Armee; die Besatzungen der Oderfestungen, vertragsmäßig 10,000 Mann, sind auf 23,000 Mann verstärkt. In dem Augenblick, in welchem ich schreibe, beträgt die Garnison von Stettin 17,546 Mann. In diesen verschiedenen Armeen besteht nur Eine Meinung, Eine Stimme über die bevorstehende Vernichtung Preußens. Was bleibt dem Könige bei der Ungewißheit, in welcher Frankreich ihn läßt, übrig, als Maßregeln zu seiner Vertheidigung zu nehmen? Wir waffnen also, weil die Umstände dem Könige diese Pflicht gebieterisch auflegen und weil es besser ist, wie ich Herrn von St. Marsan gesagt habe, mit dem Degen in der Hand zu sterben, als mit Schande zu unterliegen. Wir waffnen für Frankreich, wenn es aufrichtig unseren freien Beistand dem Kampfe vorzieht, von dem seine Soldaten sprechen (30. August[1])."

Napoleon hatte seine Rüstung in umfassendster Weise betrieben. Er bemühte sich, die Küsten Hollands und Deutschlands, die Mündungen der Ems, der Weser, der Elbe in starken Vertheidigungsstand zu setzen, eine Küstenflottille zu bilden, um, wenn er nach Osten vordringe, eine Landung der Engländer in seinem Rücken unmöglich zu machen. Eingehend beschäftigte er sich mit den Munitionsvorräthen und den Befestigungen von Danzig, Thorn, Modlin, Zamosk. Auf das Anlehen, welches der König von Sachsen zur Bestreitung der Kosten des polnischen Festungsbaues gemacht hatte, ließ er Vorschüsse zahlen; er drängte ihn, die polnische Armee auf 46,000 Mann zu bringen, ohne Einrechnung der Besatzung von Zamosk[2]). Aber der wesentlichste Theil dieser Rüstung bestand darin, sich Preußensvollständig zu bemächtigen. Darum ist er unaufhörlich beschäftigt, Davoust Verstärkungen zu schicken, ihn zu erinnern, daß er seine Truppen jeden Augenblick en cas d'événement marschbereit

---

[1]) Gedruckt bei Schöll Recueil 10, 112 sqq. — [2]) Z. B. Correspondance de Napoléon 22, 458, vergl. 22, 464. 299. 483. 526.

halten müsse. Wir erinnern uns der Befehle, die Napoleon im März und im Mai zur Ausrüstung der Belagerungsparks für Spandau, Kolberg und Neisse ertheilt hatte. Am 12. Mai schrieb er dem Kommandanten von Danzig, General Rapp, daß die mobile Division, die in Danzig (die Besatzung war auf 20,000 Mann gebracht) unter General Grandjean gebildet werde, 11 bis 12,000 Mann stark und somit den in der Nähe befindlichen preußischen Truppen überlegen sein müsse [1]; Scharnhorst hatte ihre Bestimmung deutlich erkannt (S. 363). In den ersten Tagen des Juni erhielt Napoleon Anzeige von Davoust, daß Geschütze und Munition in Kolberg aufgehäuft würden, daß die Arsenale in Berlin in großer Thätigkeit seien. Hierauf hin wurde Maret am 4. Juni Weisung ertheilt, über das Verhalten Preußens Bericht zu erstatten. Ueber solche Vorgänge müsse man sich offen erklären: tout cela est aujourd'hui une mauvaise plaisanterie [2]). In Folge des auf diesen Befehl erstatteten Berichtes ließ Napoleon Sachsen und Westfalen am 22. Juni auffordern: die polnischen, westfälischen und sächsischen Truppen in der Stärke von 60,000 Mann marschbereit zu machen; am 23. befiehlt er dem Kriegsminister: Davoust müsse in 24 Stunden marschiren können [3]). In Berlin wurden zunächst keine Vorstellungen wegen der Rüstungen erhoben, noch weniger die Drohungen wiederholt, die er Ende April hierüber hatte machen lassen; vielmehr hielt er den Fürsten Hatzfeldt übermäßig lange in Paris fest und täuschte ihn in demselben Augenblick, in dem er die Sachsen und Polen an die preußischen Grenzen kommandirte und Davoust Marschbereitschaft binnen vierundzwanzig Stunden befahl, durch die angenehmsten Aeußerungen. Das angetragene Bündniß wurde nicht abgelehnt, sondern hinausgeschoben, Davoust angewiesen, die Vermehrung seiner Streitkräfte möglichst zu verbergen, endlich der Versuch gemacht, Rußland durch die Eröffnung vom 15. August zugleich einzuschüchtern und durch das Anerbieten gegenseitiger Zurückziehung der Truppen

---

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 155. 162 vergl. 22, 228. 266. 304. 366. — [2]) Correspond. 22, 202. — [3]) Correspond. 22, 273. 279. 296.

hinzuhalten und zu beruhigen. Am 4. Juli schrieb Napoleon Davoust, daß er, wenn er am 1. August marschiren müsse, über 64,000 Mann, mit der Division in Danzig über gegen 80,000 Mann zu verfügen haben werde, bald darauf (7. Juli), daß er am 1. September 104 vollzählige Bataillone, d. h. 84,000 Mann Infanterie stark sein werde; bis zum 15. September werde seine Kavallerie auf 10,000 Mann gebracht sein. Vom 1. September ab müsse er sich bereit halten, wenige Tage nach Empfang der Ordre marschiren zu können[1]).

Die Gesichtspunkte, welche Napoleons Verfahren diktirten, sind heute leicht zu erkennen. Zunächst lag ihm viel daran, seine eigenen Rüstungen ungestört bis zum Frühjahr 1812 fortzuführen und zu vollenden; sodann wünschte er das Herzogthum Warschau, das von der größten Wichtigkeit für ihn war, vor dem Einfall, vor der Besitznahme durch die bei Wilna bereit stehende russische Armee zu bewahren; endlich legte er das allergrößte Gewicht darauf, den Krieg nicht an der Elbe anfangen zu müssen, vielmehr den Russen an der Weichsel zuvorzukommen, diesen Strom vor ihnen zu besetzen und den Krieg womöglich am Niemen beginnen zu können. Das waren die Aufgaben, die er sich für die Einleitung des russischen Krieges gestellt hatte. Er wußte, daß die Feldzüge in der Vorbereitung gewonnen und verloren würden, und man wird nicht leugnen, daß die Einleitung, die er sich vorgezeichnet, den Erfolg des Feldzuges mehr als irgend eine andere gewährleistete. Wir kennen seinen Trieb, Preußen zu vernichten; auch Champagny votirte nunmehr schon am 16. November 1810 für volle Vernichtung[2]). Aber diese Frage konnte doch jetzt nicht in erster Linie stehen. Sie war mit dem glücklichen Ausgange des Krieges gegen Rußland entschieden. Um diesen führen zu können, mußte Napoleon unbedingt über Preußen verfügen. Wenn er Preußen über den Pariser Vertrag hinaus gewaltsam okkupirte und niederwarf, so war dies allerdings die beste Sicherung für ihn; aber der zu erwartende Widerstand gab den Russen das Signal des Einmarsches in das Herzogthum Warschau, des Vormarsches nach

---

[1]) Corresp. Napol. 22, 287. 303. 316. — [2]) Bogdanowitsch 1, 55. D. Ü.

Ostpreußen; der Widerstand der preußischen Armee, der Festungen, der Bevölkerung hielt auf, und selbst das bezwungene Preußen im Rücken forderte 100,000 Mann, um es in Gehorsam zu halten und die Etappenstraßen zu sichern, während zugleich durch diesen Zustand der Gewalt die Hülfsmittel, welche für die französische Armee durch die bestehende Regierung aus Preußen zu gewinnen standen und um so wichtiger waren, aus je weiterer Ferne der Ersatz herangeschafft werden mußte, Napoleon entzogen oder wenigstens in erheblichem Maße vermindert wurden. Die friedliche Unterwerfung Preußens war ohne Zweifel vortheilhafter. Die von Preußen angebotene Allianz war jedoch nicht die, welche Napoleon brauchte, und jede Allianz, die er mit Preußen schloß, brachte, wie er annehmen mußte, die Russen vorzeitig in das Herzogthum Warschau. Alle diese gebotenen Rücksichten und Erwägungen ließen Napoleon abwarten und sich begnügen, jede Vorbereitung zu treffen, um Preußen im gegebenen Augenblick möglichst rasch von allen Seiten überziehen und niederwerfen zu können. Je später der Einmarsch in Preußen nöthig war, um so stärker wurden inzwischen die dazu bestimmten Truppen. Dann mußte Davoust, wie er ihn schon Ende März angewiesen hatte, im Fluge die Weichsel zu erreichen suchen; wir sahen, wie Napoleon ihm successiv das Ende Juni, den Anfang August, dann den Anfang September als möglichen Angriffstermin bezeichnete. Zu ernstlicher Rüstung durfte Preußen keine Zeit gewährt werden. Der Angriff wurde unaufschiebbar, wenn dessen Vorbereitungen Umfang gewannen, wenn es abzurüsten weigerte, wenn die Russen in Warschau einrückten, wenn der preußische Hof mit dem russischen einverstanden war. Demnach wurde Davoust im August auf 100,000 Mann verstärkt und der Befehl gegeben, daß bei dem geringsten Zeichen des Einverständnisses zwischen Preußen und Rußland, wenn auch nur Ein russisches Bataillon die Grenze des Herzogthums Warschau überschritte, die preußischen Grenzen von allen Seiten überzogen, das um Preußen gespannte Netz zusammengezogen werden solle [1]).

---

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 5, 108. 109.

So lagen die Dinge, als St. Marsans Bericht über die Mittheilung, die ihm Hardenberg am 26. August gemacht hatte, in Compiègne eintraf, wohin sich Napoleon am 30. August begeben hatte. Hardenberg stellte Frankreich die Wahl zwischen der Annahme der preußischen Allianzvorschläge und dem Kriege. Napoleon war überrascht und fragte sich, ob dieser Schritt etwa im Einverständniß mit Rußland geschehe. Jedenfalls war der Krieg mit Preußen auch der Krieg mit Rußland, die Invasion des Großherzogthums Warschau vor Vollendung der französischen Rüstung, und Napoleon wünschte nicht, ihn unter diesen Bedingungen zu führen Man konnte Preußen jedoch mit seinen Waffen schlagen, in seiner Schlinge fangen, wenn man in das Bündniß willigte, ohne es zu schließen. Man erwarb damit das Recht, ihm die Rüstungen zu untersagen. Gehorchte Preußen trotz des in Aussicht gestellten Allianzabschlusses nicht, so war damit der Beweis seines Einverständnisses mit Rußland erbracht. Die Ueberziehung mußte erfolgen; sie geschah dann, weil Preußen gegen Frankreich rüste und diese Rüstungen nicht einstellen wolle. Von diesen Gesichtspunkten aus schrieb Maret dem Grafen St. Marsan unter dem 5. September: „Die preußischen Allianzvorschläge seien der Gegenstand ernster Erwägungen; man könne jedoch in die Erörterung derselben nicht eintreten, bis auf die dem Fürsten Kurakin gemachten Eröffnungen Antwort aus Petersburg eingegangen sei. Sobald dies der Fall, werde sich der Kaiser über jene Vorschläge in einer Weise erklären, welche dem Könige nichts zu wünschen übrig lassen würde. Die Rüstungen machten jedoch den übelsten Eindruck auf den Kaiser; sie wären geeignet, den Krieg gegen Rußland zum Ausbruche zu bringen und müßten demgemäß sogleich abgestellt werden." Am folgenden Tage (6. September) lud Maret den General Krusemark nach Compiègne und sagte ihm hier: die Rüstungen in Preußen würden mit großer Thätigkeit betrieben; von allen Seiten kämen Nachrichten, daß man in Berlin Hintergedanken habe. Diese Nachrichten wären ihm gerade in diesem Augenblick um so unerwünschter, als ihn der Kaiser mit einer Arbeit über die Allianzvorschläge Preußens beauftragt und als er vorbehaltlich einiger

Modifikationen eine Einigung zu erzielen gehofft habe. Der Kaiser habe keine feindseligen Absichten gegen Preußen, vielmehr den Wunsch, das Vertrauen, das er seit einiger Zeit zu Preußen gefaßt, zu befestigen. Schließlich bat er den General dringend, seine Regierung zu beschwören, kein Mißtrauen zu zeigen, eine Haltung, welche Napoleon am wenigsten zu verzeihen vermöge.

Als Graf St. Marsan am 11. September dem Staatskanzler die Depesche Marets vom 5. September vorlas und darauf der Bericht Krusemarks über dessen Mittheilungen einlief, war man in Berlin noch ohne jede Nachricht aus Petersburg. Man wußte nicht, ob Kaiser Alexander die Eröffnung Napoleons vom 15. August in friedlichem oder in kriegerischem Sinne zu beantworten gedenke, ob er Frieden halten oder Krieg führen wolle. Nach fast zwei Monaten war noch keine Antwort auf jenes Schreiben des Königs vom 16. Juli erfolgt; man wußte nur aus einem Berichte Schölers vom 14. August, daß „das, was der (am 18. Juli von Berlin abgegangene) Kurier mitgebracht, den besten Eindruck gemacht habe," und General Scharnhorst hatte noch immer nicht aus Dollstädt gemeldet, daß er nach Petersburg abreisen könne. Unter diesen Umständen schien es Hardenberg gerathen, hinhaltend zu verfahren und die Rüstungen so weit einzustellen, als es ohne wesentlichen Nachtheil geschehen könne. Auf seinen Rath schrieb der König selbst dem Kaiser Napoleon gleich am 12. September: der Kaiser habe ihn wissen lassen, daß er sich über die Allianzvorschläge in einer Weise erklären wolle, welche nichts zu wünschen übrig lassen werde, sobald die Antwort Rußlands auf die dem Fürsten Kurakin gemachten Eröffnungen eingetroffen sein würde. Diesem Worte vertrauend, werde er unverzüglich die Maßregeln suspendiren, welche er für die Vermehrung seiner Streitkräfte beschlossen habe. Er sei im Begriff gewesen, neue Bataillone aus den alten Soldaten zu bilden, die sich noch in großer Zahl im Lande befänden. Der Befehl, diese Maßnahmen nicht auszuführen, sei ertheilt. Er hoffe, der Kaiser werde hieraus erkennen, wie er sich beeile, allen seinen Wünschen entgegenzukommen, und nicht säumen, sobald die Umstände es erlaubten, dem Könige die

Mittel zu erleichtern, das angenommene System wirksam zu verfolgen, indem die gegenseitigen Beziehungen auf eine sichere und solide Basis gestellt würden und dem König ein öffentliches Zeichen des Vertrauens und Wohlwollens durch die Zurückstellung Glogau's zu Theil werde.

Die Mittheilungen Marets vom 5. und 6. September an St. Marsan und Krusemark waren jedoch nur die Einleitung gewesen. Napoleon hielt den Zeitraum von acht Tagen für ausreichend, diesen Eröffnungen in Berlin die erwartete Wirkung zu geben, und er glaubte das dortige Kabinet durch sie in hinlängliches Schwanken versetzt, um den Hauptstoß, zu welchem Hardenbergs Depesche vom 30. August (S. 379) an Krusemark, die von diesem Maret am 9. September vorgelegt worden war, erwünschten Anlaß bot, mit Erfolg führen zu können. Am 20. September erschien Graf St. Marsan beim Staatskanzler, behufs Mittheilung der Befehle, die er eben aus Compiègne empfangen habe. Der Kaiser habe die Anzeige von den Rüstungen Preußens mit Mißfallen vernommen; er könne dieselben nicht geschehen lassen, da sie den bestehenden Verträgen entgegenliefen, ohne vorgängiges Einverständniß mit Frankreich vorgenommen und überdies geeignet seien, den Krieg mit Rußland herbeizuführen, welchen der Kaiser vermeiden zu können hoffe. Er sei ermächtigt, in der positivsten Weise zu erklären, daß die Absichten des Kaisers für Preußen die freundschaftlichsten und günstigsten seien, daß der Kaiser bereit sei, mit Preußen abzuschließen, ohne die Antwort Rußlands auf die Eröffnungen vom 15. August abzuwarten; er sei ferner ermächtigt, sein Wort zu geben, daß er binnen drei Tagen nach Abstellung der Rüstung Vollmacht zum Abschluß dieser Allianz erhalten werde. Eine bewaffnete Verhandlung, welche den Schein habe, von Preußen erzwungen zu sein, sei gegen die Ehre des Kaisers, welcher deshalb verlange, daß Preußen auf der Stelle entwaffne, daß die Armee auf die traktatenmäßige Zahl zurückgeführt, die Rekruten und Arbeiter nach Hause geschickt würden und jede Arbeit an den Befestigungen aufhöre, endlich daß Preußen in Petersburg erkläre, daß es, nachdem es vollkommen friedliche Zusicherungen empfangen,

alle zur Verstärkung seiner Streitkräfte getroffenen Maßregeln suspendirt habe. Werde ihm der Entschluß hierzu nicht binnen drei Tagen bekannt gemacht, so müsse er Berlin verlassen und hiervon den Herzog von Eckmühl (Davoust) benachrichtigen, worauf dieser einrücken werde.

Gleichzeitig mit dieser Eröffnung traf ein Bericht Krusemarks vom 14. September mit einem Schreiben Bassano's an ihn von demselben Tage ein. Bassano benachrichtigte Krusemark, daß der Kaiser ihm eben aufgetragen habe, dem Grafen St. Marsan zu befehlen, Berlin zu verlassen, wenn die Rüstungen auf seine Vorstellungen nicht rückgängig gemacht würden, und fügte hinzu, daß er für seine Person seinen Ruhm und sein Glück darin gesucht habe, das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und Preußen herzustellen und den Kontinent vor den blutigen Katastrophen zu bewahren, die ihn nur zu oft verwüstet. Es sei dies die einzige Art von Auszeichnung gewesen, welche er für die ersten Monate seines Ministeriums erstrebt habe. „Sollte ich nur einer Chimäre nachgetrachtet haben? Wie hat man in Berlin glauben können, daß der Kaiser einer bewaffneten Unterhandlung zustimmen werde? Man brauchte ihn nur zu kennen und zu würdigen, um alles vorauszusehen, was sich ereignen kann. Ich bin erschrocken. Senden Sie auf der Stelle einen Kurier nach Berlin und beschwören Sie Herrn von Hardenberg, einen Brand zu vermeiden, der so viele Verwüstungen verursachen wird. Rußland und Frankreich sind noch weit davon entfernt, handgemein zu werden; sie sind vielleicht näher daran, sich zu verständigen, als wir meinen. Warum also Ereignisse überstürzen, die immer zu früh eintreten werden? Kann Rußland glauben, daß Preußen rüstet, ohne mit uns einig zu sein? Und wenn dies sein Gedanke ist, und Preußen nicht mit Rußland einig ist, wird es nicht den Augenblick gekommen glauben, die Feindseligkeiten zu beginnen? Ihr wollt das Bündniß mit Frankreich, und Ihr nehmt gerade die Maßregel, die ihm Mißtrauen und Feindseligkeit einflößen muß. Ihr habt mehr Interesse als irgend eine andere Macht Europa's, daß der Friede im Norden erhalten bleibt; Ihr seid vielleicht die einzige, die

Alles im Kriege zu verlieren hat, und Ihr thut gerade das, was noch zu thun ist, um den Krieg unvermeidlich zu machen! Was den Kaiser bisher verhindert hat, die Allianz, die er nur wünschen kann, zu unterhandeln, ist allein die Besorgniß, daß die Unterhandlung mit Euch der Bruch mit Rußland sein würde. Aber weil Ihr es so wollt, so soll die Allianz geschlossen werden. Damit es geschehen kann, entlaßt die Arbeiter an Euren Festungen, haltet Eure Truppenbewegungen auf und stellt Eure Rüstungen ein, die verfrüht sind, wenn sie gegen Rußland gerichtet sind, und in dem Augenblick, in welchem Preußen und Frankreich sich durch engere Bande verbinden, ohne Gegenstand. Weigert man sich in Berlin, was unmöglich zu denken ist, so wird Preußen überzogen. Entweder wird dann Rußland auch seinerseits marschiren, oder Frankreich und Rußland gelangen zu einem Einverständniß, und Preußen wird einen falschen Schritt theuer bezahlen müssen. Ich bitte Sie, die Absendung eines Kuriers nicht zu verschieben. Sie werden Ihrem Herrn niemals durch heilsamen Rath einen größeren Dienst leisten können." Mündlich hatte dann der Minister noch mitgetheilt, daß ein Kurier an den Marschall Davoust abgegangen sei, mit dem Befehle, die preußischen Grenzen zu überschreiten, sobald St. Marsan Berlin verlassen hätte, daß andernfalls, wenn der König den Wünschen Napoleons entspräche, keine Satisfaktion gefordert werden würde, welche den König verletzen könnte, daß die Allianzverhandlungen beginnen sollten, sobald die Rüstungen abgestellt seien. Jener Kurier war in der That an Davoust abgegangen und zwar mit einem Schreiben Napoleons vom 14. September des Inhalts, daß der Marschall, sobald St. Marsan Berlin verlassen habe, was dieser ihm anzeigen werde, mit seiner Armee auf Berlin marschiren müsse. Die Division Dessaix zu Stettin sei durch eine zweite und mehrere Kavalleriebrigaden zu verstärken, um hinreichend stark zu sein, die Oderbrücke der Preußen (S. 358) zu zerstören und den Uebergang über diesen Fluß zu sperren. Für den Fall des Einmarsches seien die Könige von Westfalen und Sachsen zu benachrichtigen, ihre Truppen bei Magdeburg und Glogau zu vereinigen. Nach Dresden und Warschau sei zu

schreiben, daß die Armee des Großherzogthums die Passage für Truppen, Wagen und Munition über die Weichsel zu hemmen, daß sie alle Truppen zu entwaffnen und zu Gefangenen zu machen habe, welche sie finde, und sich der Geschütze und Trains bemächtigen müsse. Stettin, Glogau, Danzig und Küstrin seien anzuweisen, auf ihrer Hut zu sein. Auf den Etappenstraßen dürften sich weder einzelne Leute, noch Wagenzüge, noch sonst etwas befinden, was verloren gehen könnte. „Wenn ich einen Mann oder ein Fuhrwerk verliere, werde ich Grund haben, Ihnen mein Mißvergnügen zu bezeigen. Ich habe meinen Beschluß so stark ausgedrückt, daß ich hoffe, daß Preußen seine Ohnmacht und die Thorheit seiner Prätensionen empfinden und St. Marsan nicht abreisen wird. Meine Absicht ist übrigens, daß Sie keine drohende Vorbereitung machen. Die Truppen müssen bereit sein und ihre Lebensmittel auf vier Tage unter dem Vorwande einer Revüe haben. Wenn Sie in Preußen einmarschiren, darf keine Proklamation gemacht oder irgend etwas gesagt werden; es muß Alles gefangen genommen und entwaffnet und vor allen Dingen gute Disciplin beobachtet werden. Im Falle des Einmarsches müssen Sie versuchen, Spandau zu überrumpeln."

In Berlin war man, als St. Marsan jene Forderungen an den Staatskanzler stellte (20. September), immer noch in derselben Ungewißheit, ob die Unterhandlung zwischen Frankreich und Rußland zum Frieden oder zum Bruche führen werde. Blieb man fest gegen Frankreich, so war der Krieg zwischen Preußen und Frankreich und damit auch der zwischen Rußland und Frankreich, vielleicht gegen die Absicht Kaiser Alexanders, entschieden. Jedenfalls erschien es höchst mißlich, ohne bestimmte Verabredung mit Rußland in den Krieg gedrängt zu werden. Seit drei Tagen wußte man nun freilich, daß ein Kurier Schölers am 9. September Abends in Dollstädt angelangt und der General in Folge dessen am nächsten Tage nach Petersburg abgegangen war. Der Bericht Schölers vom 26. August, den dieser Kurier dann am 16. September nach Berlin gebracht hatte, sagte, daß ihm der Kaiser am 15. August seine große Freude über die letzte Erklärung des Königs (das Schreiben vom 16. Juli) ausgesprochen,

daß er Alles thun werde, den Frieden zu erhalten. Sollte Preußen jedoch aus nichtigen Gründen angegriffen werden, so werde er diesen Angriff als einen Angriff auf Rußland ansehen. Dieselbe Aeußerung hatte der Kaiser bereits in seinem Schreiben vom 28. Mai an den König gethan. Sie enthielt doch nicht mehr, als daß der Angriff auf Preußen auch für Rußland das Zeichen zum Kriege sein würde, was thatsächlich ohnehin der Fall sein mußte. Sobald Preußen nicht mit Frankreich ging, mußte Napoleon den Angriff auf Rußland mit dem Angriff auf Preußen beginnen. Für Preußen war aber die Frage die: welche Hülfe will uns Rußland im Falle dieses Angriffes gewähren und in welcher Zeit? Hierüber war man völlig im Dunklen; die Versicherungen Alexanders, sich angreifen lassen, sich streng defensiv halten zu wollen, jene Entwickelung des Operationsplanes mit langer Rückzugslinie, die er dem Könige gemacht (S. 361), die zurückgezogene Aufstellung der russischen Armee, endlich die beharrliche Nichtbeantwortung der Mittheilung des Königs vom 16. Juli, d. h. die Vermeidung der Annahme einer von freien Stücken gegebenen Zusage des Königs, sich unter bestimmten Voraussetzungen Rußland anzuschließen, eröffneten wenig günstige Aussichten. Gewißheit konnte nur die Mission geben, welche Scharnhorst nun eben angetreten hatte. Es schien geboten, bis zu deren Ergebniß Zeit zu gewinnen. Demnach bezog sich Hardenberg St. Marsans peremtorischer Forderung gegenüber auf das Schreiben des Königs vom 12. September, welches Napoleon inzwischen zugegangen sein müsse, in welchem der Entschluß, weitere Vermehrung der Streitkräfte nicht eintreten zu lassen, bereits ausgesprochen sei, und sagte die Einstellung der Rüstungen, in Betracht und in Erwartung der in nahe Aussicht gestellten Gegenvorschläge Frankreichs, noch ein Mal zu. Am 24. September versicherte er St. Marsan: die Befehle seien ertheilt, von diesem Tage an die Befestigungsarbeiten einzustellen. Sie gingen in der That am 25. und 26. September ab. Ein Artikel der Berliner Zeitung verkündete am 26. September, daß die Truppen ihre gewöhnlichen Herbstübungen anstellten. Die Kriegsgerüchte hätten, wie man aus sicherer Quelle wisse, nicht den geringsten

Grund. Höchst übertrieben seien die Aussprengungen über die Rüstungen Preußens. Die Festungen seien in Stand gesetzt und die Mittel vorbereitet worden, die Armee im Nothfalle schnell kriegsfertig aufstellen zu können; beides erfordere die Klugheit auch im tiefen Frieden und hätte keinen offensiven Zweck. Auch das letzte Verlangen Frankreichs wurde erfüllt. Eine Weisung an Schladen vom 26. September sagte diesem: der König habe in der Ueberzeugung, daß Rußland keine feindlichen Absichten hege, auch die wirklichen Intentionen des Kaisers Napoleon zu erforschen gesucht und in Folge dieser Erörterungen soeben eine positive Versicherung der friedlichen Absichten und guten Intentionen Frankreichs gegen Preußen empfangen sowie darüber, daß auch gegen Rußland keine feindlichen Absichten von Seiten Frankreichs gehegt würden, und hätten deshalb die angeordneten Rüstungen eingestellt werden können.

Trotzdem war man Napoleon gegenüber bei weitem noch nicht am Ziele. St. Marsan beschwerte sich, daß die entlassenen Arbeiter nicht in die Heimath geschickt, sondern beim Chausseebau beschäftigt würden, daß die Augmentation der Regimenter nicht entlassen würde (4. Oktober). Nach einem weiteren Berichte Schölers vom 15. September rieth Kaiser Alexander, man möge den Forderungen Frankreichs nachgeben, ihm keinen Vorwand zum Kriege geben. Hardenberg erwiderte Schöler: Preußens Lage werde durch Rußlands Zögern immer bedenklicher. Die Sachsen nähmen Stellung bei Sorau (S. 388), und 20 polnische Bataillone wären nach der preußischen Grenze auf Posen dirigirt; der französische Gesandte fordere peremtorisch die Entlassung der bisher bei den Schanzarbeiten beschäftigten uneingestellten Soldaten. „Bedroht mit augenblicklicher Invasion, von allen Seiten umringt, ungewiß, was man in Petersburg beschließen, ob man uns zu Hülfe eilen wird, zumal bei den letzten feierlichen Erklärungen, nicht über die Grenze gehen zu wollen und bei dem Rath zur Nachgiebigkeit in Ihrem letzten Schreiben, glaubt der König seine Existenz *allein* aufs Spiel zu setzen. Er hat beschlossen, das Verlangen des französischen Gesandten zu erfüllen. *Das Zögern ist tödtlich für uns.* Seit dem 15. Julius (der

Staatskanzler meinte den 18. Juli), wo die letzte Erklärung des Königs abging, sind nun in wenig Tagen drei Monate verflossen, und wir harren noch immer der Entscheidung. Rußland kann diesen Zustand der Ungewißheit lange aushalten. Für uns ist nur Rettung in einem baldigen Vergleich Rußlands mit Frankreich oder einem baldigen Bruche zwischen Rußland und Frankreich (4. und 5. Oktober)."

Ganz so weit, wie Hardenberg nach Petersburg zu melden für angemessen hielt, hatte man in Berlin noch nicht nachgegeben. Auf Grund des Gutachtens der Immediatkommission (S. 371) berichtete Hardenberg dem Könige am 7. Oktober, daß die Entlassung der Civilarbeiter nicht bedenklich sei (Hardenberg hatte dies St. Marsan bereits am 5. Oktober zugesagt); die der Einberufenen und Kantonisten könne jedoch nicht ohne schweren Nachtheil eintreten, bevor Napoleon sich bestimmt über die Bedingungen erklärt habe, welche er der Allianz mit Preußen zu Grunde legen wolle. Nur diejenigen würden entlassen werden können, welche im Nothfalle in 48 Stunden wiederum bei den Fahnen sein könnten. Da die Franzosen sicher Spandau und Kolberg vorzugsweise im Auge hätten, würde es sich empfehlen, die Maßregel auf diese Plätze und ihre Umgebung zu beschränken, zugleich aber an die Generale von Blücher, von York und von Stutterheim einen vertrauten Offizier abzuschicken, damit die Maßregeln, welche die Gefahr des Augenblickes erheische, mit Umsicht und in Kenntniß der Sachlage getroffen werden könnten. Der König befahl, daß alle Krümper, die im Umkreise von sechs Meilen des Garnisonortes ihres Regimentes ansässig wären, beurlaubt werden sollten, und betraute den Hauptmann von Thile mit der Information der Generale.

An demselben Tage (8. Oktober) schrieb Napoleon seinem Minister des Auswärtigen: er werde aus einem weiteren Schreiben Davousts ersehen, daß dieser noch immer über Preußen in Unruhe sei. „Es wäre sehr schädlich, wenn sich St. Marsan hintergehen ließe. Schicken Sie doch einen Vicekonsul nach Kolberg, um zu wissen, was dort vorgeht; die Nachlässigkeit, dort Niemand zu haben,

ist unverzeihlich [1])." St. Marsan ließ es jedoch nicht an sich fehlen. Am 10. Oktober erhob er neue Reklamationen: der Konsul zu Stettin habe angezeigt, daß die Arbeiten in Kolberg fortgingen, daß dort noch kein Arbeiter heimgeschickt worden sei; er müsse die Abberufung von Generalen verlangen, welche den ertheilten Befehlen nicht gehorchten. Der König beschloß, den General Blücher für den Augenblick durch den General Tauentzien zu ersetzen. Auch damit beruhigte man sich französischer Seits nicht. Man war im Vortheil und wollte ihn benutzen. St. Marsan erklärte am 19. Oktober: daß er beauftragt sei, die Entlassung aller alten Soldaten wie der gesammten neuen Aushebungen und die Rückgängigmachung der außerordentlichen Verproviantirungen zu verlangen; daß er ferner zu fordern habe, daß die Arbeiten an den festen Plätzen und den befestigten Lagern definitiv eingestellt und nicht wiederaufgenommen würden; daß alle Arbeiter, sowohl die Landleute als die beurlaubten oder ausgedienten Soldaten, in ihre Heimath geschickt und die Armee auf die im Vertrage vom 8. September 1808 festgestellte Stärke zurückgeführt würde; daß er Befehl habe, seinen Legationssekretär Lefebvre (dieser war eben St. Marsan beigegeben worden, um seine Wachsamkeit zu schärfen) an die betreffenden Orte zu schicken, um sich zu vergewissern, daß die Arbeiten und Rüstungen aufgehört hätten. Hardenberg lehnte die letzte Forderung durch ein Schreiben vom 21. Oktober bestimmt ab. Als sich St. Marsan jedoch auf den ausdrücklichen Befehl des Kaisers Napoleon bezog, gab der Staatskanzler nach und stellte St. Marsan vier Schreiben für die kommandirenden Generale in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen zu, in welchen es gleichlautend hieß: der Sekretär der französischen Gesandtschaft unternehme eine Reise in Handelsangelegenheiten und habe um Empfehlungsschreiben gebeten. Der König wolle, daß diese Gelegenheit benutzt werde, den Herrn Lefebvre zu überzeugen, daß der Uebereinkunft mit dem Kaiser Napoleon gemäß die Einstellung der Arbeiten an den Befestigungen und die Entlassung der Arbeiter

---

[1]) Correspondance de Napoléon 22, 503.

überall geschehen sei (22. Oktober). Lefebvre ging am 23. Oktober zunächst nach Kolberg ab.

Während St. Marsan in Berlin drängte, war Napoleon unausgesetzt damit beschäftigt, seine Elbarmee zu verstärken. Neue Corps wurden nach Münster und Erfurt vorgeschoben. Davousts Truppen waren nach Napoleons Berechnung am 30. Oktober an Infanterie 120,000 Mann, an Kavallerie 23,000 Mann stark; sie bildeten somit eine Armee von 150,000 Mann, die stets bereit sein mußte, in vierundzwanzig Stunden zu marschiren [1]). Am 2. November äußerte Davoust in Magdeburg: Preußen habe die Entwaffnung nur zur Hälfte vollzogen; zwar seien die Arbeiten in Spandau und Kolberg unterbrochen, aber die Arbeiter seien in der Nähe kantonnirt und könnten ohne Zeitverlust wieder versammelt werden. Er stehe mit 120,000 Franzosen zum Einmarsche bereit [2]). Am 3. November befahl der Kaiser (er war in Düsseldorf) Bassano: St. Marsan müsse verhindern, daß Blücher verwendet werde [3]); am 5. November schrieb er ihm: die Berichte aus Kolberg (d. h. die Berichte Lefebvre's) bewiesen, wie sehr St. Marsan düpirt worden sei; dieser dürfe nicht länger in Berlin bleiben. Man müsse einen Soldaten dahin schicken. An den wichtigen Punkten von Kolberg und Memel müßten sich nicht nur Konsuln, sondern auch Kanzler befinden, welche alle Tage schrieben und sich von allem unterrichteten, was vorgehe. „Sie werden Krusemark meine Unzufriedenheit darüber ausdrücken, daß Lefebvre, obwohl Legationssekretär, nirgend unbegleitet gewesen ist. Die französischen Offiziere und beglaubigten Agenten müssen überall hingehen können, wohin das Volk gehen kann. Theilen Sie ihm das Wesentliche von dem mit, was wir von Preußen wissen, von der Zusammenziehung bei Kolberg, von der Art, die Geschütze zu transportiren u. s. w., und setzen Sie hinzu, daß diese Politik falsch, miserabel und geeignet ist, Preußen jede Achtung zu rauben, daß dies das alte System ist, welches wieder in Anwendung gebracht wird, daß Preußen

---

[1]) Corresp. Napol. 22, 493. 507. 515. 537. 538. 540. — [2]) Jordans Bericht; geheimes Staatsarchiv. — [3]) Corresp. Napol. 22, 553.

sich dabei ruiniren und fallen wird, ohne Achtung einzuflößen, während es wenigstens mit Ehren fiele, wenn es sich offen mit Rußland oder irgend einer anderen Macht alliirte, von welcher es glaubt, daß sie Frankreich bekriegen will. Wenn dies Verfahren auch nach Abschluß des Vertrages, den Graf St. Marsan unterhandelt, fortgesetzt wird und die Worte im Widerspruch mit den Thaten bleiben, so wird derselbe nichts bedeuten und Preußen ohne System sein. Die Gesandtschaft in Preußen bedarf einer kräftigen Organisation."

Mit diesem Druck von seiner Seite verband Napoleon den Versuch, auch Rußland zu bewegen, auf Preußen einzuwirken, daß dieses die Rüstungen einstelle, indem er Rußland vorspiegelte, daß die Verstärkung der französischen Armee in Deutschland lediglich durch die preußischen Rüstungen herbeigeführt würde, womit er dann zugleich Alexander auf den Fall vorbereiten konnte, daß er in Preußen einmarschire; er sei höchst friedlich, aber Preußen verderbe Alles. Zu diesem Zwecke wies er am 12. November Lauriston, seinen Gesandten in Petersburg, an, dort mitzutheilen, daß das Verfahren Preußens die Verstärkung der Truppen in Deutschland nothwendig gemacht habe, daß Preußen bewaffnet, dann entwaffnet habe und dennoch fortfahre, zu rüsten, daß diese Haltung nicht zu verstehen sei. Dadurch verwickele sich die Frage, und diese Verwickelung könne weiter führen. Lauriston solle hinwerfen, daß es sehr unglücklich sei, daß Preußen rüste und sich in die schwebende Frage einmische; „es liege in Preußens Interesse, keine Bewegung zu machen, welche andere herbeiführe. Der Kaiser wolle fortdauernd den Frieden und wünsche, die Differenz mit Rußland im Laufe des Winters geschlichtet zu sehen [1])." In Berlin befahl er zu erklären, daß Preußens Rüstungen ihn genöthigt hätten, Verstärkungen an Kavallerie nach Deutschland zu senden; St. Marsan solle nachdrücklich einschärfen, daß Preußen sich ruhig verhalte (12. Novbr.).

Für den Fall, daß alle diese Mittel fruchtlos blieben, hörte er nicht auf, Vorsorge zu treffen. Marschall Davoust erhielt unter

---

[1]) Corresp. Napol. 22, 556. 23, 1. 2.

dem 14. November Befehl, den Kriegsplan gegen Preußen einzureichen. St. Marsan unterhandle in diesem Augenblick; aber er sähe so viel Unaufrichtigkeit und Unsicherheit in diesem Kabinet, daß er es für unmöglich halte, Preußens Vernichtung zu hindern. Die siebente Division (in Danzig) und die Armee des Großherzogthums Warschau, von welcher ein Theil zur Beobachtung der Russen an der Grenze stehen bleiben müsse, hätten sich durch eine kombinirte Bewegung rasch zu vereinigen und, ehe Nachricht davon nach Berlin gelangen könne, die Straßen von Berlin nach Dirschau und Graudenz zu sperren, Graudenz zu blokiren, Marienburg zu besetzen und schnell zu befestigen und die Schanzen bei Pillau zu überraschen, während die Sachsen auf Glogau, der Marschall selbst aber über Stettin auf Kolberg und zugleich von Magdeburg auf Berlin marschire. Man müsse diese Bewegungen wohl kalkuliren, um sie so vortheilbringend wie möglich zu machen. „Ich glaube, daß die Preußen nur eine Brücke über die Oder haben; es wird somit leicht sein, sich derselben zu bemächtigen und alle ihre Garnisonen zwischen Oder und Weichsel zu umzingeln, ehe sie es bemerken. Die Artillerie in Stettin, Glogau und Küstrin muß verstärkt werden; die Infanterie in Glogau ist um ein Regiment zu vermehren. Schicken Sie auch Stabsoffiziere der Artillerie und des Genie in diese Festungen. Wenn der Krieg stattfindet und Preußen gegen uns ist, so muß vor allen Dingen der Belagerungspark für Spandau 24 Stunden nachdem die Bewegung demaskirt ist von Magdeburg, und sechs Tage nach Demaskirung der Bewegung der Belagerungspark für Kolberg aus den Oderfestungen abgehen. Ihr gesammtes Armeecorps und die Sachsen werden vor den Russen an der Weichsel sein; denn Sie werden in Berlin sein, ehe man in Petersburg Nachricht von der Bewegung hat. Die Sache eilt nicht; unterrichten Sie sich, ehe Sie mir antworten." Napoleon setzte noch hinzu: „Die Russen haben große Erfolge über die Türken gehabt, die sich wie dumme Thiere benommen. Ich sehe den Frieden auf dem Punkte, abgeschlossen zu werden; Oestreichs bin ich sicher [1])."

---

[1]) Corresp. Napol. 23, 14—16. Vgl. Bogdanowitsch 1, 53. D. Ü.

Auf Davousts Anfrage, ob der Kaiser nicht selbst zur Armee kommen werde, erwiderte Napoleon (24. November): dies sei allerdings sein Entschluß; der Krieg könne jedoch verschiedene Akte haben. Es sei möglich, daß Davousts Armee zur Vereinigung mit den Sachsen und Polen an die Weichsel vorgehen müsse. In diesem Falle würde Davoust mit fast 200,000 Mann und 400 bis 500 Geschützen die Vorhut bilden, während er, der Kaiser, mit anderen 200,000 Mann in der Nähe sein werde. Diese Hypothesen seien übrigens noch entfernt; er werde sich im letzten Augenblick entscheiden [1]).

Die Ereignisse an der Donau hatten allerdings einen für Napoleon nicht günstigen Verlauf genommen. Wie Alexander dem Könige beruhigend geschrieben (S. 361), wollte er den Krieg gegen die Pforte nur noch defensiv weiterführen, d. h. die Donaufürstenthümer behaupten. Es fragte sich aber, ob die vier Divisionen, die dieser Armee nach den Abgaben, die sie im Herbste 1810 und im Sommer 1811 der Armee in Litthauen hatte zusenden müssen, schließlich blieben, für diesen Zweck ausreichen würden. Kutusow beschränkte sich auf die Vertheidigung der Linie der Donau. Das im vorigen Jahre genommene Rustschuk vermochte er nicht zu behaupten, obwohl er es auf eine Schlacht ankommen ließ (16. Juli). Erst der Donauübergang des Großvezirs gab ihm Gelegenheit, der osmanischen Armee, als sie zur größeren Hälfte diesseit, zur kleineren Hälfte aber jenseit des Flusses stand, am 13. Oktober einen entscheidenden Schlag beizubringen. Der übergegangene Theil der Armee streckte am 8. December die Waffen; ein Waffenstillstand folgte. Die Unterhändler der Pforte erschienen im Hauptquartier Kutusows; der Abschluß hing lediglich davon ab, daß Alexander nicht zu harte Bedingungen stellte. Und während hier im Süden Napoleon mit dem Verluste eines Bundesgenossen bedroht war, drängte er selbst im Norden Schweden auf die Seite der Gegner. Wohl hatte er hier im Frühjahre die Wiedererwerbung Finnlands für den Anschluß gegen Rußland in Aussicht gestellt; Schweden schien geneigt, hierauf einzugehen. [2]) Aber

[1]) Corresp. Napol. 23, 35. — [2]) Schöll Recueil 2, 349.

wenn er seit dem Herbst 1810 (S. 335) die Forderungen zum Anschluß an seinen Handelskrieg gegen England fortdauernd gesteigert, so wurden diese nach jenem Angebot noch weiter getrieben. Da Schweden nicht unbedingt gehorchte, rief er seinen Gesandten ab (Novbr. 1811).

Neben jenen sehr ernsten Vorbereitungen, die Napoleon im September, Oktober und November gegen Preußen traf, unterließ er nicht, in Berlin die Aussicht auf die Allianz mit ihm zu unterhalten. An St. Marsan war unter dem 20. Oktober Instruktion ergangen: auf Grundlage der preußischen Vorschläge vom 14. Mai Gegenvorschläge zu machen. Man hatte freilich in Berlin nach jener Versicherung St. Marsans vom 20. September, daß, falls Preußen die Rüstungen einstelle, ihm binnen drei Tagen nach Anzeige davon die zum Abschluß der Allianz erforderlichen Weisungen zugehen würden, die Eröffnung dieser Unterhandlung viel früher erwartet und erwarten müssen. In der Besorgniß, zum Abschluß mit Frankreich gedrängt zu werden oder zur Ablehnung des Bündnisses mit Frankreich genöthigt zu sein, bevor Scharnhorsts Unterhandlung in Petersburg beendet und Rußland fester für Preußen engagirt sei, als durch jene allgemeine Erklärung, den Angriff auf Preußen als Kriegsfall für Rußland zu betrachten, hatte der König den Gedanken gefaßt: Rußland möge, wenn die Unterhandlung in Berlin begonnen habe, erklären, daß es den Abschluß einer Allianz zwischen Preußen und Frankreich als gegen seine Sicherheit gerichtet und damit als einen Akt der Feindseligkeit betrachten müsse; dadurch werde sowohl Rußland in bestimmterer Weise für Preußen verpflichtet als Preußen der Rücktritt von einer Unterhandlung, die es selbst eingeleitet, erleichtert werden. Hardenberg hatte sofort (4. Oktober) in diesem Sinne an Schöler geschrieben: der Zweck Frankreichs sei offenbar, Preußen zu umringen und ihm die Forderungen, die täglich zu erwarten seien, auf der Degenspitze vorzuhalten. Als nun am 26. Oktober St. Marsan dem Staatskanzler anzeigte, daß er in den Stand gesetzt sei, ihm die Vorschläge für die Allianz vorzulegen, war auf die Mittheilung vom 4. Oktober noch keine Antwort aus Petersburg erfolgt; dagegen war endlich ein Schreiben Kaiser Alexanders an den König vom 9. Oktober (27. Septbr.)

eingelaufen. Auch dieses erwähnte weder des Schreibens des Königs vom 16. Juli, noch ging es auf dessen Inhalt ein. Alexander beschränkte sich darauf, das spätere Schreiben des Königs vom 27. August zu beantworten: Schöler sei beauftragt worden, den König von dem Verhalten, welches er zu beobachten gedenke, zu unterrichten; er gebe Lieven (seinem Vertreter in Berlin) Befehl, dem Freiherrn von Hardenberg die Depeschen mitzutheilen, welche sein Kurier Kurakin überbringe. Er wolle den Krieg nicht; er habe Alles gethan, ihn zu vermeiden, und werde auf diesem Wege beharren, solange seine oder des Königs Staaten nicht angegriffen würden. Er habe den Vertrag mit Frankreich nicht gebrochen und von Frankreich nichts zu verlangen, als dessen Integrität herzustellen. General Scharnhorst werde in den nächsten Tagen zurückkehren. Der Vereinbarung, welche Preußen und Rußland noch enger vereinigen solle, habe er (der Kaiser) eine streng defensive Basis geben zu müssen geglaubt. „Eurer Majestät will ich nicht verbergen, daß ich bei der Kunde von dem Beginn der Werke bei Spandau und von der Deklaration, die Sie für nothwendig gefunden haben, Frankreich über Ihre Rüstungen zu machen, sogleich geglaubt habe, daß man auf einen derartigen Schritt seitens dieser Macht gefaßt sein müsse, und dieser konnte nur die Folgen haben, welche eingetreten sind. Ich habe deshalb die Stärke Preußens immer nur so hoch geschätzt, als sie vor diesen Vorgängen war. Aber Eure Majestät mag überzeugt sein, daß auch, bevor unsere Vereinbarung geschlossen ist, jede Feindseligkeit gegen Ihren Staat als eine Kriegserklärung gegen Rußland betrachtet werden wird, und daß die Waffen erst nach gemeinsamem Uebereinkommen werden niedergelegt werden. Dies Schreiben ist ebenso verbindlich, wie die Vereinbarung, an welcher wir arbeiten."

Die Weisung an Kurakin, welche Graf Lieven dem Staatskanzler mitzutheilen hatte, war die Antwort auf Napoleons Eröffnungen vom 15. August. Sie war vom 7. Oktober datirt und besagte, daß Kaiser Alexander bei dem Bündniß mit Frankreich, dessen Werth er zu schätzen wisse, beharren werde, solange das gleiche Verhalten von der anderen Seite stattfinde, daß er bereit sei, die Vorschläge zu hören, welche

Napoleon machen werde, um die Gegenstände der Diskussion zu beseitigen. Weder Danzig noch irgend ein Stück des Herzogthums Warschau begehre er zu erwerben (S. 375). Er sei entschlossen, die Allianz mit Frankreich festzuhalten, solange dies auch andererseits geschehe. Diese Mittheilungen wurden in den letzten Tagen des Oktobers durch ein Schreiben Rumänzow's vom 15. Oktober an den Staatskanzler vervollständigt, dem der vom Kaiser in Aussicht gestellte Vertragsentwurf und ein Entwurf zu der von dem Staatskanzler am 4. Oktober vorgeschlagenen Note beilagen. Von Hardenbergs Vorschlage weit abweichend, ging der letztere dahin, die preußische Regierung zu ersuchen, in einem ihr fremden Streite nicht Partei zu nehmen, nichts zu übereilen und beiden Kaisern gleiche Freundschaft zu bewahren; Kaiser Alexander sei der Meinung, daß jeder Schein eines Einverständnisses zwischen Rußland und Preußen zu vermeiden sei. Nach dem Vertragsentwurfe verpflichteten sich beide Mächte, Alles zur Erhaltung des Friedens aufzubieten; sollte aber eine oder die andere von ihnen oder beide von Napoleon oder dessen Bundesgenossen angegriffen werden, so versprechen sich der Kaiser und der König gegenseitig, einander mit allen ihren Streitkräften zu Hülfe zu kommen und die Waffen nur gemeinsam niederzulegen. Es war ziemlich genau das Gegentheil von dem, was der König verlangt hatte und brauchte. Er wollte sich den Abschluß mit Frankreich verbieten lassen und das Vorrücken der russischen Armee zugesichert wissen. Nach Alexanders Meinung mußte aber auch der Schein des Einverständnisses zwischen Rußland und Preußen vermieden werden, mithin jede Intercession unterbleiben; aber vielleicht half Scharnhorsts Verhandlung in Petersburg allen diesen Mängeln ab. Schöler berichtete unter dem 18. Oktober, daß Scharnhorst die militärische Vereinbarung abgeschlossen habe.

Wenige Tage vor Eingang dieses Berichtes hatte die erste Konferenz zwischen dem Staatskanzler, dem Grafen Goltz und dem Grafen St. Marsan über die von diesem vorzulegenden Allianzvorschläge stattgefunden (29. Oktober). St. Marsans Aeußerungen ließen den letzten Gedanken Napoleons erkennbar durchscheinen. „Welche Achtung der Kaiser vor den militärischen Mitteln haben möge, die Preußen ihm

bieten könne, er glaube ihrer nicht zu bedürfen; er lege mehr Gewicht auf die Mittel, welche ihm die preußische Administration gewähren könne, seine Armee wie einen reißenden Strom an den Riemen zu bringen." Für den Fall, daß Preußen nicht vorziehe, in den Rheinbund zu treten, seien die Bedingungen Frankreichs für ein allgemeines Offensiv- und Defensivbündniß: strenge Durchführung des Kontinentalsystems, Aufrechthaltung des Vertrages vom 8. September 1808 mit Ausnahme der Zurückstellung Glogau's und unter Vermehrung des nach demselben gegen Oestreich für den Kriegsfall zu stellenden Truppencorps (S. 291) von 16,000 auf 24,000 Mann, Stellung eines Corps von 20,000 Mann für den Kriegsfall gegen Rußland, das nicht vereinigt bleiben könne und dessen Verwendung dem Kaiser unbedingt zustehen würde, sowie zweier Linienschiffe und einer Fregatte gegen England, freier Durchzug im Kriegsfalle gegen Rußland auf der ganzen Operationslinie von der Elbe zur Oder, von der Oder zur Weichsel, auf welcher sich alsdann keine preußischen Truppen befinden dürfen. Die französischen Befehlshaber würden, ohne sich in die Civilverwaltung zu mischen, Lieferungen an Brot, Fleisch und Fourage ausschreiben können, über deren Bezahlung man sich verständigen wolle. Gegen die Neutralität Schlesiens, die in den preußischen Vorschlägen vom 14. Mai gefordert sei (S. 360), habe der Kaiser nichts einzuwenden. Er würde sich sogar verpflichten, sich des Durchmarsches durch Schlesien zu enthalten; Rußland werde diese Neutralität jedoch schwerlich respektiren.

Die Stunde der Entscheidung, ob Preußen die Partei Frankreichs oder Rußlands zu ergreifen habe, schien gekommen. Auf Hardenbergs Bericht über den Verlauf der Konferenz erwiderte der König am 30. Oktober. „Ich gestehe, daß ich die Eröffnung, die St. Marsan Ihnen eben gemacht hat, erträglicher finde, als ich erwartet habe, und eben deshalb schwieriger. Hätte Frankreich vor sechs Monaten solche Vorschläge gemacht und hätten wir damals die wahren Intentionen Rußlands gekannt, die wir heute kaum kennen, die Wahl wäre weniger schwierig gewesen — allein auf dem Punkte, zu welchem die Dinge heute gediehen sind, wird es reiflicher Erwägungen bedürfen, um seine

Meinung über den wahrscheinlichen Ausgang der kommenden Ereignisse festzustellen. Es ist nur zu wahr, diese Vorschläge sind weit verschieden von denen, welche wir vor sechs Monaten machen zu müssen glaubten. Trotzdem sind sie weniger hart und weniger lästig, als sie es nach den vorgängigen Mittheilungen, die uns zugekommen waren, sein zu sollen schienen. Freilich Versprechen und Halten sind sehr verschieden." Am folgenden Tage fügte der König hinzu: „Die Schwierigkeiten und die Folgen der Wahl, welche uns bevorsteht, sind furchtbar. Man ist wie in heißem Fieber, der Abgrund zeigt sich auf jeder Seite. Wenn uns die Vorsehung nicht besonders erleuchtet, wird es sich fast darum handeln, das Loos zu ziehen. Die nächsten und schwersten Gefahren drohen uns ohne Zweifel, wenn wir uns gegen Frankreich erklären. Aber auf der anderen Seite stoßen wir die Freundschaft zurück und verbinden uns einer Sache, die uns widerstrebt — das ist es, was uns erwartet!"

Hardenberg erörterte die Lage in einem ausführlichen schriftlichen Vortrage (2. November). Er ging davon aus, daß man sich wohl der stärkeren Macht anschließen könne, wenn man deren Absichten trauen dürfe. Das Gegentheil sei hier der Fall: die französischen Vorschläge zeigten, daß Preußen in die vollkommenste Abhängigkeit versetzt werden solle, um ohne Schwertschlag über dasselbe disponiren zu können. Zudem habe der König keine freie Wahl mehr; er sei seit dem 16. Juli an Rußland gebunden (S. 367). In beiden Fällen stehe die Existenz auf dem Spiele. Auf der Seite Rußlands treffe Preußen der erste Sturm; aber die Hülfe Rußlands und Englands sei gewiß und die Lage bei weitem nicht so schlimm wie nach der Schlacht bei Jena und Auerstädt. Im anderen Falle zunächst erschöpfende Lasten, danach das Gutfinden des Alleinherrschers über den preußischen Staat, die Abreißung von Theilen, die Vernichtung des Ganzen und die Entsetzung der Dynastie. Demnach sei sein Rath: mit Rußland abschließen, mit England anknüpfen, mit Oestreich auf den Grund verhandeln, den Jacobi eben in Wien gelegt habe, Frankreich Gegenvorschläge machen, im Nothfalle die russische Note zum Abbruch der

Unterhandlung benutzen, endlich die Residenz nach Schlesien verlegen [1]).

Am folgenden Tage (3. November) traf auch General Scharnhorst in der Nähe Berlins ein und meldete Hardenberg seine Ankunft. Der Major Boyen würde dem Könige einen kurzen Bericht und die Aktenstücke der Mission überreichen, während er selbst morgen (4. November) in Wusterhausen den Befehl des Königs erwarten werde, ob er kommen solle. In vierundzwanzig Stunden werde er umständlichen Bericht erstatten, der zeigen würde, daß nicht mehr zu erreichen gewesen sei. Scharnhorst hatte volle vierzehn Tage gebraucht, um von Dollstädt (S. 389) nach Petersburg zu gelangen, obwohl er Tag und Nacht gereist war; man hatte ihn auf Nebenwegen nach Zarskoi-Selo geführt. Dort hatte er am 4. Oktober die erste Audienz beim Kaiser gehabt, der ihm sagte, daß er den Krieg vermeiden wolle solange als möglich. Er sei unvermeidlich und werde über die Erhaltung Rußlands entscheiden. Eben deshalb müsse er mit großer Vorsicht verfahren; hiermit schien der Kaiser — so bemerkt Scharnhorsts Bericht — zu sagen, daß er mehr auf eigenes als auf fremdes Interesse zu sehen habe. Scharnhorst führte dem Kaiser aus, daß es nur Ein Mittel gebe, Preußen dem Machtgebote Napoleons zu entziehen, wenn Rußland erkläre, seine Armeen nur ebensoweit vom Niemen und Bug zurückzuhalten als Napoleon die seinigen von der Elbe. Der Kaiser schien diese Idee zu billigen. Scharnhorst bemerkte dann, die preußischen Truppen würden von vornherein vor der Uebermacht nach Kolberg, Neisse und Königsberg zurückweichen müssen; es sei deshalb nothwendig, wenn jenes Arrangement mit Frankreich nicht getroffen werden könne, daß die russische Armee, sobald die französischen Truppen an der Elbe und in Mecklenburg verstärkt würden, bis hart an die Grenze Rußlands nach Georgenburg, Brzesc und Bialystok vorgeschoben werde, um schnell die Weichsel erreichen zu können und dadurch zunächst die Provinz Ostpreußen vor der Ueberschwemmung durch die Garnison von Danzig und durch die Armee des Großher-

---

1) Dieser Bericht ist abgedruckt in den Lebensbildern 2, 102.

zogthums Warschau bewahren zu helfen. Wenigstens Ein russisches Corps müsse alsbald an die Grenze Ostpreußens rücken, und wie dieses müßten auch alle übrigen russischen Corps angewiesen werden, nicht erst Befehle aus Petersburg zu erwarten, sondern auf Benachrichtigung von Berlin, daß die französische Invasion begonnen habe, an die Weichsel marschiren. Der Kaiser erwiderte, dergleichen Bestimmungen dienten zu nichts; das werde sich von selbst finden, wenn es so weit wäre; auch hätten diese Vorschläge seinen Beifall nicht. Seine Armee stehe von Riga bis Pinsk mit zwei Avantgarden in Kurland und vor Wilna. Man werde mit zwei Armeen vorgehen, mit der einen auf Rastenburg, mit der anderen auf Warschau. Die Armee, gegen welche sich der Feind wendet, geht zurück, während die andere in dessen Flanke operirt. Nur mit überlegener Macht wird eine Schlacht angenommen. Findet solche Konjunktur nicht statt, werden die beiden Armeen zurückgedrängt, so weichen sie in ihre verschanzten Lager. Es war dasselbe System, das Kaiser Alexander dem Könige bereits unter dem 28. Mai mitgetheilt hatte (S. 361). Scharnhorst hob die Lage hervor, in welche Preußen bei diesem Operationsplane kommen müsse; „und nunmehr erhielten verschiedene Punkte eine für Preußens Interesse günstigere Auslegung." Er stellte sodann schriftlich vor, daß Napoleon jeder der beiden Armeen auch seinerseits besondere Armeen gegenüber stellen, daß er sie so weit auseinanderdrängen werde, daß kein Koncert mehr unter ihnen stattfinden könne und der Rückzug in die verschanzten Lager innerhalb der russischen Grenzen unvermeidlich sei. Napoleon wäre dann ohne Schlacht im Besitz ganz Preußens; im Besitz aller Hülfsquellen Preußens vermöge er, am Niemen stehend, die polnische Nation bis tief in Rußland hinein zu revolutioniren und zu bewaffnen, und hätte zugleich volle Freiheit und Muße, die preußischen Lager in seinem Rücken einschließen und aushungern lassen zu können. Preußen wäre somit völlig sich selbst überlassen und dürfte auch im glücklichsten Fall kaum darauf rechnen, seine Existenz zu behaupten. Die preußischen Lager und Festungen könnten nur dann mit Erfolg wirken, wenn die Russen bis zur Weichsel und Oder vorgingen, so daß Napoleon zugleich mit

ihnen und den Russen zu thun habe. Wolle man den Krieg nach Wellington's Muster führen, so müsse man vorerst Terrain zu gewinnen suchen, ehe man in die Defensive zurückginge. Die besten Defensivpositionen biete die Weichsel, und wenn die russische Armee weit schwächer und ohne vorbereitete Stellungen die Angriffe der Franzosen bei Pultusk und Eylau zurückgeschlagen, so werde sie dies in solchen und bei viel größerer Stärke auch in dem bevorstehenden Kriege vermögen. Fehler, wie der, welcher den Verlust der Schlacht bei Friedland herbeigeführt, dürften freilich nicht wiederholt werden.

Bei der zweiten Audienz, am 10. Oktober, las der Kaiser dem General Scharnhorst und dem Oberstlieutenant Schöler jenen ganz allgemein gehaltenen Vertragsentwurf zwischen Rußland und Preußen vor (S. 400), worauf Schöler bemerkte, daß der König das Hauptgewicht auf die militärischen Anordnungen und die darüber zu treffende Vereinbarung lege. Der Kaiser erklärte die politische Uebereinkunft für die Basis der militärischen, worauf Scharnhorst hervorhob: der König glaube, daß nur wenn die russischen Armeen das Kriegstheater nach Polen verlegten und Preußen dadurch in die Lage versetzten, wirksam bleiben zu können, einige Aussicht auf guten Erfolg vorhanden sei. Erhalte der König die Ueberzeugung, daß Rußland sein Augenmerk ganz vorzüglich auf die Vertheidigung seiner inneren Grenzen gerichtet habe, so müsse er sich verlassen erachten, und was diese verzweifelte Lage zu thun veranlassen werde, sei nicht zu berechnen. Acht preußische Festungen und 40,000 Mann im Felde würden 100,000 Franzosen beschäftigen; auch würden in diesem Falle Norddeutschland und England am Kriege Theil nehmen, anderenfalls aber Preußen der französischen Armee ihre Bedürfnisse leichter und rascher als deren Heimath selbst liefern, die Streitmittel Preußens gegen Rußland gewendet werden, ganz Polen außerhalb und innerhalb der Grenzen Rußlands Napoleon verstärken, die Türken mit neuem Muth beim Eindringen der französischen Armee in Rußland den Krieg aufnehmen, vielleicht auch Oestreich sich gegen Rußland erklären. Nach „mehreren Diskussionen“ willigte der Kaiser in die Entwerfung einer militärischen Konvention und beauftragte den Kriegsminister Barclay de Tolli, diese

mit Scharnhorst zu vereinbaren. In den mühsamsten Konferenzen mit diesem vermochte Scharnhorst nichts als die Festsetzung zu erreichen, daß die russische Armee, sobald der Krieg unvermeidlich geworden, sich so schnell wie möglich in Marsch setzen und, „wenn es sein kann", die Weichsel zu erreichen suchen werde. Dabei mußte Scharnhorst noch den Zusatz hinnehmen, daß von eigentlichen Operationen nichts Näheres bestimmt werden könne, „weil man den Angriff abwarten wolle" und demgemäß die Maßnehmung des Gegners zu diesem. „Da von der russischen Armee elf Divisionen so weit von der Grenze liegen, daß sie diese nach erhaltenem Befehl erst in 3 bis 4 Wochen erreichen können, die nächstgelegenen sechs Divisionen hierzu acht Tage gebrauchen, so willigt der Kaiser von Rußland ein, da die Wirksamkeit der russischen Armeen zunächst nur gegen Unternehmungen des Gegners an der Weichsel gerichtet sein kann und derselbe solche wahrscheinlich zuerst gegen Königsberg machen wird, ein Corps von 12 Bataillonen und 8 Eskadronen auf dem rechten Flügel seiner Armee dergestalt in Bereitschaft halten zu lassen, daß es binnen fünf Tagen die Grenze bei Tauroggen passiren kann, um Königsberg in Verbindung mit dem Corps des General York zu decken. Außerdem wird die russische Marine Vorkehrung treffen, einige bewaffnete Fahrzeuge zur Deckung der Schifffahrt zwischen Memel, Pillau und Kolberg auf das schnellste verwenden zu können."

Das war das Ergebniß der langen und mühevollen Verhandlung des Generals Scharnhorst. Waren die Franzosen an der Weichsel, marschirten sie gegen Königsberg, requirirte York in diesem Falle, so kamen zwölf Bataillone, welche fünf Märsche bis Tauroggen und von hier wieder fünf Märsche nach Königsberg hatten, nicht um Ostpreußen, sondern diesen Küstenpunkt vertheidigen zu helfen. Mit solchen Mitteln, auf solche Weise sollte den Operationen Napoleons begegnet werden! Es war eine kaum verdeckte Ablehnung der Forderungen Preußens, der Versagung des für Preußen unerläßlichen Vorgehens. Mit voller Offenheit sagte Alexander dem Gesandten Oestreichs einige Wochen später, er wage nichts zu unternehmen, um sich Preußens zu versichern, weil dies den Krieg beginnen heiße.

Ueberdies sei nur der Theil Preußens für Rußland von Werth, der zwischen der russischen Grenze und der Weichsel liege. Der Theil jenseit der Weichsel sei zu entfernt, um ihn zu besetzen, und Schlesien bereits durch Frankreich abgeschnitten.

Ebensowenig hatte Preußen von anderer Seite wirksame Unterstützung zu erwarten. Englischer Seits hatte freilich Graf Münster gleich im Frühjahr, als sich das Wetter zusammenzuziehen begann, den Grafen Hardenberg, einen Vetter des Staatskanzlers, nach Wien und den ehemaligen hannoverschen Gesandten in Berlin, Ompteda durch den Graf Goltz im Frühjahr 1809 die Verbindung mit England anzuknüpfen versucht hatte (S. 305), nach Berlin gesendet, um hier wie dort unter dem Vorwande privaten Aufenthaltes Kenntniß von dem Verhalten und den Absichten beider Höfe einzuziehen und, wenn deren Intentionen günstige wären, Beziehungen mit England herbeizuführen. Ompteda war angewiesen, die Wichtigkeit einer Verbindung zwischen England, Rußland, Preußen und Oestreich geltend zu machen. Auf eine unmittelbare Unterstützung, auch auf solche durch Subsidien, dürfe jedoch nicht gerechnet werden; indeß werde die bald in das baltische Meer abgehende Flotte zur Vertheidigung der Küsten mitwirken können (27. März [1]). Hardenberg kam den Eröffnungen Ompteda's mit vollem Vertrauen entgegen, sprach sich offen über die Politik, die er zu verfolgen gedenke, aus und fragte, nachdem beschlossen worden war, die Armee auf Kriegsfuß zu setzen (S. 369), am 14. August: ob die englische Flotte in der Ostsee unter Admiral Saumarez auch wohl Vorräthe an Gewehren und Geschütz bei sich führe: Preußen würde derselben dringend bedürfen. Er stellte die Anfrage wegen Ueberlassung englischer Waffen dann auch schriftlich und wiederholte sie

---

[1]) Ompteda Nachlaß 2, 45—47. Diese Weisung vom 27. März und die Nachschrift vom 4. April sind offenbar mit den vertraulichen Depeschen vom 27. März und 11. April bei Pertz Gneisenau 2, 206 gemeint. Was Pertz hier mittheilt (S. 205. 206), ist eine nicht ganz wörtliche Wiedergabe der von Gneisenau nach der Lesung der Instruktion Dörnbergs für den Staatskanzler notirten Inhaltsangabe. Wenn Dörnberg die befremdliche Nichtbeantwortung jener Weisungen an Ompteda ergründen sollte, so wäre deren Beantwortung jedenfalls noch befremdlicher gewesen.

am 25. September, während Gneisenau die Nothwendigkeit, der preußischen Rüstung durch Waffen und Munition zu Hülfe zu kommen, in dringendster Weise dem Grafen Münster selbst brieflich vorstellte, und dem geheimen Agenten Münsters, dem Grafen Dörnberg, den er am 1. Oktober zu Neustadt=Eberswalde sprach, erklärte, daß Preußen Geld und Waffen für 200,000 Mann bedürfe[1]). Ompteda hatte dem Staatskanzler erwidert, daß auf eine große Unterstützung an Waffen nicht gezählt werden könne; er werde aber diesen Wunsch zur Kenntniß bringen und Erkundigung einziehen. Dörnbergs Instruktion bestätigte, daß England keine direkte Unterstützung gewähren könne, da die Umstände solche nicht erlaubten; auch Subsidien seien bei dem Kriege auf der spanischen Halbinsel und den dem Handel angelegten Fesseln nicht thunlich; aber jener Krieg sei die sicherste Diversion, welche England den deutschen Höfen machen könne. Die Antwort, welche Ompteda vom Grafen Münster am 15. Oktober empfing, wiederholte, daß die nachdrückliche Fortsetzung des Krieges in Spanien die beste Diversion sei, die England für den Kontinent machen könne; doch habe Admiral Saumarez geheime Befehle erhalten, Preußen beizustehen, wo er könne. Ueberdies würden 10,000 Gewehre mit Munition an die Ostseeküste abgehen, welche, wenn es zum Kriege gegen Frankreich gekommen sein würde, in Kolberg und Pillau ausgeschifft werden sollten[2]). Gewiß waren dies entgegenkommende Schritte Englands und um so höher anzuschlagen, als Preußen sich formell in Folge des Kontinentalsystems in Kriegszustand mit England befand; auch war mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß mehr Waffen zu erhalten sein würden; in der That ging am 19. November Nachricht ein, daß noch 25,000 Gewehre sammt 55 Geschützen zur Absendung befehligt seien, am 21. November, daß England 50,000 Gewehre in Oestreich für Preußen kaufen lassen wolle, und am 28. November, daß wiederum 25,000 Gewehre in die Ostsee beordert seien[3]).

---

[1]) Pertz Gneisenau 2, 207. — [2]) Ompteda a. a. O. 2, 65. 67. 87. 100. — [3]) Vergl. die Angaben Gneisenau's bei Pertz 2, 212, die nach den oben gegebenen Daten erst im December 1811 aufgestellt sein können. Ompteda benachrichtigt dann am 14. December den Grafen Hardenberg, daß er diese Schiffe theils der

Alle diese Maßnahmen zeigten unzweifelhaft den guten Willen und in noch stärkerem Maße den Wunsch Englands, Preußen zum Entschluß des Krieges gegen Frankreich zu bewegen; handelte es sich doch darum, einen erheblichen Theil der Streitkräfte Napoleons durch Preußen zu beschäftigen, ein Zweck, der wohl auch größerer Leistungen Englands werth gewesen wäre. 100,000 Gewehre waren, wie erwünscht immer, dennoch kein Stützpunkt gegen den Angriff Frankreichs, welchen auch die Flotte des Admirals Saumarez nicht zu gewähren vermochte. Daß auf Geld und Mannschaft nicht zu rechnen sei, stand Ende Oktober fest; England wollte seine verfügbaren Kräfte dem Kriege in Spanien nicht entziehen.

Noch weniger war von Oestreich zu erwarten. Wir sahen, welche Antwort Metternich der Annäherung des Staatskanzlers im Frühjahre hatte zu Theil werden lassen (S. 352). Nach dem Beginne der Rüstungen nahm Hardenberg diese Verhandlung wieder auf, indem er den Freiherrn von Jacobi am 24. August an den Grafen Metternich persönlich abordnete, mit dem Auftrage: auf ein besseres Verhältniß zwischen Oestreich und Rußland, insbesondere durch die Erlangung der Zustimmung Oestreichs zur Erweiterung der russischen Grenze gegen die Pforte bis zum Pruth, hinzuwirken und zugleich eine positive Erklärung Metternichs darüber herbeizuführen, was Preußen im Fall eines Angriffs Seitens Frankreichs von Oestreich zu erwarten habe. Metternich zeigte sich zugänglicher als früher. Die Moldau und Wallachei könne Oestreich dem Kaiser Alexander nicht zugestehen; die Theilung der Moldau und Wallachei zwischen Oestreich und Rußland, die Rußland angeboten, habe er abgelehnt (S. 340). Aber ein Friede, wenn er auch Rußlands Grenzen bis zum Pruth ausdehne, könne ihm in der gegenwärtigen Lage Europa's nur willkommen sein. Rußland hätte ihn machen müssen, bevor es gegen Frankreich gerüstet; er sei jedoch auch

---

vorgerückten Jahreszeit wegen, theils weil die Sache bekannt geworden, zurückgeschickt habe; 2, 148. Auch der Gesandte Oestreichs in Berlin, Graf Zichy, meldet am 21. December nach Wien, daß Ompteda die neun Transportschiffe zurückbeordert habe. Nach Pertz 2, 265 geschah dies durch Gneisenau im Februar oder März 1812, was hiernach unrichtig ist.

jetzt bereit, der Pforte diese Abtretung anzurathen; ferner werde er in Petersburg Oestreichs Mediation zwischen Frankreich und Rußland anbieten. Der Ausbruch des Krieges zwischen diesen beiden Mächten sei ihm ebenso unerwünscht wie Preußen; Oestreichs Finanzen befänden sich in der traurigsten Lage; ein Jahr später werde es eine ganz andere Sprache führen können. Anders als im Frühjahr war Metternich jetzt der Meinung, daß Preußen keine Allianz mit Frankreich gegen Rußland eingehen könne, ohne, wie er sich ausdrückte, selbst sein Todesurtheil zu unterschreiben. Der Antwort auf die Frage, was, wenn die Weigerung Preußens zum Kriege führe, Oestreich für Preußen thun werde, wich er jedoch beständig aus. Er blieb dabei: Napoleon werde Preußen nicht angreifen. Als dann Jacobi bestimmt fragte, wenn es dennoch geschehe, wenn Preußen unterliege: ob Oestreich der Vernichtung Preußens zusehen werde, erwiderte er endlich, daß man Vorstellungen machen werde. Jacobi verlangte wenigstens die Aufstellung eines Observationscorps; „aber ich vermochte dem Grafen Metternich auch nicht ein Wort zu entreißen, welches wenigstens Demonstrationen zu Gunsten Preußens hoffen lassen konnte." Im Begriff, Wien zu verlassen, drängte Jacobi noch einmal. Metternich erwiderte endlich, wenn Preußen ehrenvolle Bedingungen von Frankreich erlangen könne, möge es abschließen; wenn Frankreich erniedrigende verlange, sei es ja stark genug, sich zu vertheidigen und einen ehrenvollen Rückzug hinter die Oder zu nehmen. Endlich deutete er an, daß Oestreich möglicherweise ein Observationscorps in Galizien aufstellen könnte [1]), hob dann aber diese Andeutung wieder auf, indem er am 28. Oktober dem Staatskanzler einen völlig nichtssagenden Brief schrieb. An demselben Tage zeichnete Humboldt dem Staatskanzler ein höchst trauriges Bild von den inneren Zuständen Oestreichs, von der Lage der Finanzen und der Armee und fügte hinzu: „Wenn Frankreich Oestreichs Bündniß oder den Durchmarsch fordert, so wird man hier keinen wirksamen Widerstand leisten. Gegen das, was Napoleon gegen Preußen

---

[1]) Jacobi's Berichte vom 12. und 27. Septbr., 9., 12. und 14. Oktbr.; geh. Staatsarchiv.

unternehmen könnte, wird man höchstens gute Dienste versuchen. Man wird niemals den Muth haben, Preußens Partei zu nehmen, wenn Preußen gegen Frankreich steht.“ Es war deutlich, Metternich wünschte, daß Preußen nicht mit Frankreich gehe, Frankreichs Angriffen Widerstand entgegenstelle; Oestreich aber sollte dabei in keiner Weise verpflichtet sein. Konnte man seinen Aeußerungen überhaupt Gewicht beilegen, wenn sich zeigte, daß, nachdem er Jacobi versichert hatte: den Frieden mit der Ausdehnung Rußlands bis zum Pruth billige er, er werde der Pforte dazu rathen; sein Gesandter in Konstantinopel dabei beharrte, die Pforte zur Fortführung des Krieges zu spornen [1])?

So lagen die Dinge in den ersten Novembertagen. Wohl legte Kaiser Alexander Gewicht darauf, Preußen auf seiner Seite zu sehen [2]), aber seit Ende Mai des Jahres 1811 noch größere darauf, nicht der Angreifer zu sein, nicht einmal als Angreifer zu erscheinen. Wenn Preußen von Frankreichs Truppen und den Truppen seiner Genossen durchsetzt und auf allen Seiten umgeben war, so war dies wesentlich, wie wir sahen, eine Folge der Allianz mit Frankreich, die Alexander in Tilsit geschlossen, in Erfurt aufrecht erhalten hatte. Als Alexander nun zum entgegengesetzten System überging, übergehen mußte, so hatte Rußland wohl die Freiheit seiner Bewegung. Wie konnte jedoch Preußen dieser Wendung ohne Rußlands aktive Unterstützung folgen? Wenigstens die Besetzung Warschau's war nöthig, um Preußens Rücken und damit Preußens Entschluß freizumachen. Alexander hatte diese im März und April beabsichtigt. Nachdem er sich jedoch überzeugt, daß die Polen auf seine Vorschläge nicht eingingen, verstand er die Interessen Rußlands dahin, daß sie die Defensive unverbrüchlich forderten. Eben weil dies seine Ueberzeugung war, glaubte er nicht nur, mit Frankreich nicht brechen sondern auch diesem keinerlei Vorwand zum Bruch geben zu dürfen, sich unbedingt angreifen lassen zu müssen. War diese politische, dann die militärische Defensive, der Rückzug in das Innere Rußlands nach der Ueberzeugung

---

[1]) Ompteda politischer Nachlaß 2, 184. 210. — [2]) Oben S. 345. 361. De Mazade l. c. p. 134. 169.

Alexanders das diplomatische und Kriegssystem, welches allein glücklichen Ausgang versprach — und dies war bereits Ende Mai seine Ueberzeugung — so durfte er in der That nicht nach Preußen vorgehen. Von diesem Standpunkte aus hatte er die Annäherung Englands zurückgewiesen, die Erklärung des Königs vom 16. Juli unerwidert gelassen, Hardenbergs Weisung an Krusemark vom 30. August mißbilligt, Mitte September in Berlin zum Nachgeben gegen Frankreich gerathen (S. 391), Preußens Rüstungen in Paris beklagen lassen [1]), war er auch Scharnhorst's Drängen gegenüber nur so weit gewichen, als absolut erforderlich war, um wenigstens einen Schein von gutem Willen zu zeigen, um Preußen nicht jede Aussicht auf Unterstützung Rußlands selbst nach dem Ausbruche des Krieges zu nehmen.

Preußen stand zwischen zwei Mächten, von denen die eine nach den Worten St. Marsan's bereit war, sich wie ein reißender Strom auf und durch Preußen an die russische Grenze zu stürzen, die andere nicht einmal durch den Einmarsch in Warschau Preußen den Rücken zu decken gemeint, vielmehr entschlossen war, dem Angriff des Feindes durch Rückzüge in das Innere seines Landes auszuweichen. Wer wollte Rußland tadeln, daß es seine Politik machte; aber wer durfte dann Preußen tadeln, wenn es gleichfalls den Geboten seiner Lage in erster Linie Gehör gab? Die Stärke der französischen Besatzungen in Magdeburg, den drei Oderfestungen und Danzig (70,000 Mann) erreichte fast die Stärke der gesammten preußischen Armee. Konnte man Preußen einen Vorwurf machen, wenn es sich in einem Kampfe versagte, in welchem es Anfang November 150,000 (vier Monate später sogar 400,000) Feinde vor sich, 50,000 Feinde in Mitten seines Landes (in den Oderfestungen und Danzig), endlich 50,000 Feinde (die sächsisch-polnische Armee) in seinem Rücken hatte, einem Kampfe, welchen Rußland mit einer nicht zu ernstlichen Demonstration von zwölf Bataillonen bis Königsberg zu unterstützen, England lediglich mit Lieferung von Geschützen und Gewehren zu nähren, Oestreich mit guten Wünschen und Worten zu begleiten gedachte? Wer durfte es

[1]) Weisung an Kurakin vom 26. Septbr./8. Oktbr. 1811; geh. St.-A.

tadeln, wenn es einem unmöglichen Kampfe, dessen unzweifelhafter Ausgang jede Aussicht abschnitt, auswich und eine Unterwerfung vorzog, die wenigstens Aussichten übrig ließ? Ein Anderes ist es, in edelstem patriotischen Zorne der Schmach der Knechtschaft mit bereitwilligster Aufopferung widerstehen oder untergehen zu wollen, in diesem Sinne den Krieg seines Ortes zu begehren und anzurathen; ein Anderes, die Möglichkeit des Widerstandes gegen die gewaltigste Uebermacht und ein unübertroffenes Feldherrngenie in vollster Uebersicht der gesammten Lage, welche nirgend einen irgend verlässigen Stützpunkt gewahren ließ, erwägen, die letzte und höchste Verantwortlichkeit für die Entscheidung über den Bestand des Staates und der Dynastie, über tausende von Opfern, über das Geschick des gesammten Volkes auf sich zu nehmen. Die Lage war beispiellos. Ehre gebührt sicher denen, welche damals urtheilten, daß es sich nur darum handeln könne, nicht mit Schande, sondern mit Ehren unterzugehen — am wenigsten der König versagte sie ihnen — aber das Urtheil derer wird nicht mindere Achtung verdienen, welche, von gleichem Patriotismus erfüllt und ohne Illusion über die Bedeutung der französischen Allianz, die Existenz des Staates erst dann in solchem Kampfe daransetzen zu dürfen glaubten, wenn es sich unmittelbar um dessen Vernichtung handle.

Auf den Vortrag des Staatskanzlers vom 2. November, welcher trotz allem den Anschluß an Rußland befürwortete (S. 402), erfolgte die Resolution des Königs am 4. November. Der König glaubte weder an den ernsten Willen Oestreichs noch an die Wirksamkeit einer englischen Unterstützung, noch konnte sein Vertrauen auf thatkräftige Hülfe Rußlands durch Scharnhorsts vorläufigen Bericht, der Tags zuvor (am 3. November) eingetroffen war, gestärkt sein. Er hielt dafür, daß Alexander immer noch zwischen dem Entschlusse, Krieg zu machen, und dem geheimen Wunsche, ihn nicht machen zu müssen, schwanke. So schrieb er dem Staatskanzler: wenn er der Stimme seines Herzens Gehör geben, seiner Neigung und seinem Gefühle folgen wolle, so würde die Frage bald entschieden sein; wenn er jedoch seine Vernunft und innige Ueberzeugung zu Rathe

ziehe, so glaube er der Erhaltung des Staates und seines Hauses alles Uebrige opfern und sich hiernach in der jetzigen Lage der Dinge für den Anschluß an Frankreich entscheiden zu müssen. Die dagegen anzuführenden Gründe seien erheblich, nur zu erheblich; dennoch stehe sein Entschluß fest. Ein entscheidendes und glückliches Resultat des Krieges sei nur zu erwarten, wenn die Armeen Frankreichs bis über den Rhein zurückgeschlagen würden; das sei gegen die Macht und das Genie Napoleons nur möglich, wenn Rußland, Preußen und Oestreich zusammenständen. Unter den gegenwärtigen höchst ungünstigen Konjunkturen sei hierauf in keiner Weise zu rechnen, und würden mithin die Anstrengungen Preußens als einzigen Alliirten Rußlands kein anderes Resultat als das einer neuen Zertrümmerung, wo nicht gänzlicher Vernichtung seiner Existenz ergeben. Rußlands Absichten seien rein defensiv. Napoleon habe drei Vierteljahre Zeit gehabt, sehr ansehnliche Truppenmassen zu sammeln. „Unsere kriegerischen Vorbereiterungen konnten vernünftiger Weise nur auf einen Krieg der Verzweiflung berechnet sein, falls Napoleon beschlossen hätte, uns zu vernichten." Die Gegenvorschläge Frankreichs auf die diesseitigen verhießen nun zwar nicht viel Tröstliches, seien aber dennoch so angethan, nicht unbedingt abgewiesen zu werden. Man werde alles anzuwenden haben, noch möglichst bessere Bedingungen zu erhalten. Die Engagements mit Rußland seien noch nicht abgeschlossen. Es thue dem Könige weh, recht sehr weh, die gewiß treu und herzlich gemeinten freundschaftlichen Verheißungen Alexanders aufgeben zu müssen; aber die Staaten könnten in Lagen kommen, wo sie nicht so handeln könnten, wie sie möchten oder wollten, sondern ihrem Interesse und dem Drange der Umstände gehorchen müßten. Preußens Bedrängnisse seien zudem unleugbar großentheils durch das unzweckmäßige Benehmen Rußlands herbeigeführt, und kein Reich habe mehr Ursache, tolerant über dergleichen zu denken als Rußland selbst. Es möge sich des Friedens zu Tilsit erinnern, wo es sich nicht stark genug glaubte, den Distrikt von Bialystok von sich zu weisen, oder des Krieges von 1809, wo es

Oestreich auf Geheiß Napoleons den Krieg machte und hinterher Galizien auf gleiche Weise annahm. Für Preußen komme es jetzt nur darauf an, die politische Existenz zu fristen, nicht sie aufs Spiel zu setzen, indem wir gern Hoffnungen Raum geben, deren Erfüllung, wenn sie nicht gerade absolut unmöglich sei, doch die allergrößte Wahrscheinlichkeit gegen sich habe. Drei Tage darauf schrieb der König dem Staatskanzler bei Uebersendung des inzwischen vorgelegten ausgeführten Berichtes Scharnhorsts (S. 403): „Hierbei noch einige Details über die Mission des Generals Scharnhorst. Alle diese Verabredungen hätten uns von einigem Nutzen sein können, wenn sie stattgefunden, bevor Rußlands militärische Maßregeln Napoleon in Bewegung gebracht haben. Seitdem kann allein die Verzweiflung und die absolute Unmöglichkeit, erträgliche Bedingungen von Napoleon zu erhalten, uns bestimmen, auf die Seite Rußlands zu treten. Uebrigens beweist alles deutlich genug, daß ein hoher Grad von Thätigkeit seitens der russischen Armeen wenig zu erwarten steht, welche sich offenbar möglichst bald damit begnügen werden, auf ihren ersten Kriegsplan zurückzukommen, den man nur mit Widerstreben und allein darum verlassen hat, um sich unserer zu versichern (7. November)."

Dem Befehle des Königs gemäß hatte bereits Tags zuvor (6. November) eine zweite Konferenz mit St. Marsan stattgefunden; die Gegenvorschläge Preußens waren übergeben worden. Diese lehnten den Beitritt zum Rheinbunde, die Ausdehnung des Bündnisses auf den Krieg mit Spanien wie auf andere Kriege, die von den Grenzen Preußens entfernt geführt würden, ab, verlangten die Zusammenhaltung der preußischen Hülfstruppen unter dem Befehle eines preußischen Generals, Erhöhung der Stärke der preußischen Armee von 42,000 auf 48,000 Mann, Freihaltung der Residenzen des Königs von französischen Durchmärschen, Verzicht Frankreichs auf unmittelbare Requisitionen in Preußen, Nachlaß des noch nicht abgetragenen Restes der Kontribution, endlich eine kategorische Erklärung Frankreichs, daß Glogau, Küstrin und Stettin nach Aus-

gleichung der Differenzen mit Rußland zurückgestellt werden würden und die Verpflegung der drei Garnisonen bis dahin von Frankreich übernommen werde.

Gleich nach der ersten Konferenz mit St. Marsan hatte der König angeordnet (30. Oktober), Jacobi, dessen Mission in Wien, wie wir sahen (S. 410), beendet war, Weisung entgegenzuschicken, seine Ankunft in Berlin zu beschleunigen, um Bericht zu erstatten. Er war zunächst nicht aufzufinden gewesen und traf erst am 11. November in Berlin ein. Da er die Aussicht auf eine dennoch mögliche Intervention Oestreichs für Preußen mehr andeutete als versicherte, forderte der König schriftliche und bestimmte Antwort auf die drei Fragen: Wie steht Oestreich zu Preußen; wird sich Oestreich im Kriegsfalle Rußland annähern; räth Oestreich Preußen, sich an Frankreich oder an Rußland anzuschließen? Die hierauf eingereichte Denkschrift Jacobi's stellte die Unterstützung Oestreichs bestimmter in Aussicht. „Die Meinung," schrieb der König am 14. November dem Staatskanzler, „welche der Baron Jacobi hegt, daß Oestreich schließlich ein wenig früher oder ein wenig später die Partei Rußlands nehmen werde, scheint mir nach den Mittheilungen Metternichs selbst an Jacobi höchst unwahrscheinlich. Diese allgemeinen Phrasen sagen nichts. Preußen hat sich 1806 und 1807 durch solche täuschen lassen. Auf dem Punkte, auf dem wir stehen, bedarf es der Beweise, um seinen Entschluß zu fassen, und wenn die Partei der guten Sache uns nicht Sicherheiten geben will oder kann, um mit einiger Hoffnung den drohenden Gefahren zu trotzen, so wirft sie uns wider Willen der allgemeinen Unterdrückung in die Arme. Vielleicht könnten wir noch einen neuen und letzten Versuch machen. Es wäre der: dem Wiener Hofe die bestimmt artikulirten Intentionen Rußlands mitzutheilen, wenn wir dies können, ohne Rußland zu kompromittiren. Da Jacobi behauptet, daß die Kenntniß dieser Dispositionen Oestreich entscheiden würde, so könnte man vielleicht diesen Versuch machen. Für meinen Theil erwarte ich übrigens nichts von solchem Schritte. Man wird uns wie gewöhnlich mit allgemeinen Phrasen antworten, und indem man von dem Interesse spricht, welches

man an uns nimmt, wird es dabei bleiben; man wird die Dinge kommen sehen und von den Umständen Vortheil ziehen. Das kann und darf uns nicht genügen. Der Beistand Oestreichs bestimmt und positiv, wenn nicht — eine ehrenhafte (wenn auch immer unglückliche) Verbindung mit Frankreich. Einen dritten Weg kann ich wenigstens nicht entdecken, wenn der Krieg zwischen Frankreich und Rußland unvermeidlich ist."

Der Staatskanzler ging augenblicklich auf den Gedanken des Königs ein. Die Alternative, die der König stellte, war in der That das einzige Mittel, über welches Preußen verfügte, Oestreich zu einer deutlichen Erklärung zu bringen. Hardenberg schlug Scharnhorst, der am 13. November noch einmal trotz der ihm selbst am besten bekannten Zurückhaltung Rußlands für den Anschluß an diese Macht votirt hatte, auch für diese Mission nach Wien vor. Der König fand, daß Scharnhorst eine zu markirte Stellung einnehme, um in Wien willkommen zu sein, gab jedoch Hardenberg nach, der nun dem Grafen Zichy die bevorstehende Sendung anzeigte (18. Novbr.). Bei Kaiser Franz wurde Scharnhorst durch ein Schreiben des Königs beglaubigt, in welchem der König sagte, daß ihn das lebhafteste Verlangen, in seiner Politik wie in seinen militärischen Maßnahmen mit Oestreich in Uebereinstimmung zu handeln, bewogen habe, über seine Verhältnisse zu Frankreich und Rußland durch den Ueberbringer in vollstem Vertrauen Aufschluß zu geben; er wünsche, daß durch diese Mittheilung ein vollständiges Koncert zwischen beiden Staaten herbeigeführt werde (19. Novbr.). Die Scharnhorst ertheilte Instruktion wies ihn in Betracht des gleichen Interesses beider Staaten an, den Rath Oestreichs über die Partei, welcher sich Preußen anzuschließen habe, zu fordern, das Einverständniß zwischen beiden Staaten einzuleiten, um gemeinsam an der Erhaltung des Friedens zu arbeiten; für den Fall jedoch, daß diese Bemühungen ohne Erfolg blieben, das Maß der Hülfe festzustellen, auf welche Preußen, als die der französischen Invasion zunächst ausgesetzte Macht, von Seiten Oestreichs zu zählen haben würde. Der König setzte, als er diese Instruktion am 19. November zeichnete, hinzu: „Sollte der Wiener Hof in keinen der

von mir gemachten Vorschläge eingehen, so bleibt für Preußen kein anderer Ausweg übrig, als die französische Partei zu ergreifen."

An demselben Tage, an welchem Davoust Napoleons Vorschriften vom 14. November zugingen, in welcher Art die Vernichtung Preußens, die zu vermeiden unmöglich sein werde, am schnellsten zu bewirken sei, an dem St. Marsan wiederholte Weisung empfing, Preußen von neuem zu bedrohen (S. 395), am 20. November, machte sich Scharnhorst insgeheim auf den Weg nach Wien. Der König hatte richtig vorausgesehen. Die Depesche, mit welcher Metternich Zichy's Anzeige von Scharnhorsts Mission erwiderte, erklärte, daß dieser für eines der hervorragendsten Mitglieder des Tugendbundes gelte und er (Graf Metternich) sich solchem gegenüber nicht mit dem Vertrauen zu äußern im Stande sei, mit welchem er gewünscht hätte, sich Preußen gegenüber aussprechen zu können (25. Novbr.). Die ausdrückliche briefliche Versicherung Hardenbergs, daß Scharnhorst nicht zu diesem Bunde gehöre, und eifrige Anstrengungen des Grafen Hardenberg in Wien schienen Metternich zu beschwichtigen. Es war ein erwünschter Vorwand gewesen. Metternich gedachte sich in keiner Weise zu binden, und es war am bequemsten, die Zurückhaltung durch die Person des Unterhändlers zu decken. In Wien eröffnete Metternich dem General, daß der Kaiser die Anträge Preußens ablehnen werde, worauf Scharnhorst mündlich und schriftlich erwiderte (3. Decbr.): daß diese Weigerung, Preußen zu unterstützen, die Verbindung Preußens mit Frankreich herbeiführen und dadurch sowohl Oestreich als Rußland in eine sehr üble Lage gerathen werde. Schließe Preußen mit Frankreich ab, so sei dies für Napoleon ein größerer Erfolg, als er je davongetragen. Dieses Bündniß gewähre ihm eine Verstärkung von 100,000 Mann mit 300 Feldgeschützen und acht gut armirten, auf sechs Monate versorgten Festungen; es beraube Deutschland der Hoffnung, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, gestatte Napoleon, ganz Polen in die Waffen zu rufen, setze Rußland in die Unmöglichkeit, den Krieg anders als defensiv zu führen, und werde endlich den Erfolg haben, daß England sich völlig von den Angelegenheiten des Kontinents zurückziehe. Preußen müsse

sich Frankreich anschließen, wenn Oestreich sich nicht zur Defensiv-Allianz, die er beantrage, verstehe, da es ohne diese außer den Gefahren des französischen Angriffs zu besorgen habe, im Fall eines für Rußland ungünstigen Ausganges des Krieges beim Friedensschlusse aufgeopfert zu werden. Im Grunde sei die Defensiv-Allianz mit Preußen für Oestreich noch wichtiger als für Preußen selbst, denn Oestreich gerathe durch den Anschluß Preußens an Frankreich in vollständige Abhängigkeit von Letzterem. Hierauf erklärte Metternich in einer zweiten Konferenz: „daß man zwar keine förmliche Allianz abschließen könne, daß man aber die Absicht habe, den König zufriedenzustellen, soweit dies die Lage Oestreichs erlaube, daß Informationen eingezogen werden würden, was die inneren Verhältnisse zu thun gestatteten. Preußens Allianz mit Frankreich würde die noch vorhandenen unabhängigen Staaten vollends um die Mittel bringen, der Unterjochung zu widerstehen."

Die beiden Agenten Englands in Wien und Berlin, Graf Hardenberg und Ompteda, boten alles auf, die Unterhandlung Scharnhorsts nicht völlig scheitern zu lassen. Ersterer beschwor brieflich den Staatskanzler, von der furchtbaren Alternative: „Allianz mit Oestreich, wenn nicht — mit Frankreich" abzustehen. Man dürfe nicht das Unmögliche von Oestreich verlangen. Es sei Oestreich unmöglich, 50,000 Mann in vierzehn Tagen marschiren zu lassen. Finanzen und Heer seien in desolatem Zustande. Man könne eben darum auch nicht verlangen, daß sich Oestreich durch den Abschluß einer Allianz mit Preußen unverzüglich gegen Frankreich kompromittire. Metternich sei bereit, für Preußen in Paris zu interveniren, indem er dort erklären lasse, daß Oestreich auf die Erhaltung Preußens das größte Gewicht lege und Feindseligkeiten gegen Preußen als Oestreich gefährdend ansehen müsse. Man müsse Oestreich durchaus Zeit geben und Scharnhorsts Instruktion demgemäß modificiren (4. Decbr.[1]). Ompteda unterstützte diese Vorstellungen auf

[1]) Nur die beiden Schreiben Graf Hardenbergs an den Staatskanzler und an Ompteda vom 4. Decbr., die am 10. in Berlin ankamen, könnten etwa

das lebhafteste, und Zichy erklärte dem Staatskanzler, daß in diesem Moment von Zeichnung einer Allianz nicht die Rede sein könne, da sich Oestreich zuvor die Mittel zu einer imposanten Stellung verschaffen müsse, zu welchem Zwecke man ein Arrangement mit Ungarn zu treffen beabsichtige, welches mehr Kraft und Einheit der Monarchie herbeiführen würde. Jedes andere System würde nur die Invasion und Knechtschaft Oestreichs zur Folge haben und die Absichten des Gegners befördern. Seinem Berichte an Metternich, daß er diese Erklärung abgegeben, fügt Zichy hinzu, der Staatskanzler wolle wegen weiterer Instruktion Scharnhorsts mit dem Könige sprechen, und bemerkt: „Wir können die Situation dieses Landes nicht ohne Schmerz und Interesse sehen; der Entschluß ist schwer, es seinem Schicksale zu überlassen, aber das Gegentheil würde uns in eine ebenso schlimme Lage stürzen", d. h. in die, in der sich Preußen befindet. Er schließt dann, indem er Metternich seine Bewunderung über das Verfahren ausspricht, das er in dieser Unterhandlung einzuschlagen gewußt habe (12. Decbr.).

Der König beharrte mit gutem Grunde darauf, daß Scharnhorsts Instruktion seine Absicht deutlich ausdrücke und Spielraum genug gewähre, worauf der Staatskanzler diesem schrieb: es sei zu beklagen, daß Oestreich bei dem so offenbar gemeinsamen und gleichen Interesse Preußens und Oestreichs kein förmliches Defensivbündniß zu gegenseitiger Behauptung der Unabhängigkeit abschließen wolle; die Bedingungen könnten ja eventuell und den Verhältnissen Oestreichs entsprechend gestellt werden, und würde das Bündniß, wie es müsse, geheim gehalten, so könne es in keinem Falle kompromittiren. Auf die Form komme es nicht an; ein Schreiben Metternichs an ihn, auf welches sich der Kaiser in seiner Antwort an den König bezöge, würde genügen; in der folgenden Antwort würde der König dann seinerseits die Annahme aussprechen. Vorausgesetzt, daß der

---

der Angabe bei Pertz (Gneisenau 2, 244) zu Grunde liegen, daß günstig lautende Depeschen von Scharnhorst gegen den 14. Decbr. eingelaufen seien. Scharnhorst selbst hat am 4., 24. und 27. Decbr. von Wien und dann am 5. Jan. 1812 von Neisse aus berichtet.

Wiener Hof die Allianz mit Frankreich abriethe, müsse er sich über die Absicht seiner Intervention und deren Tragweite wie über die Art und die Zeit des Eintreffens seiner thätigen Hülfe, wenn Preußen von Frankreich angegriffen würde, bestimmt erklären. Kaiser Alexander beabsichtige, den Grafen Nesselrode mit General- und Spezial-Vollmachten zum Abschluß einer Uebereinkunft nach Paris zu schicken. „Wer steht dafür, daß Rußland und Frankreich den Plan nicht wieder hervorsuchen, sich in Europa zu theilen? Oestreich und Preußen müssen zusammenhalten, innigst sich verbinden; hierin liegt die einzige Hoffnung (14. Decbr.).“ Scharnhorst erwiderte, nachdem er am 22. December mit Metternich wiederum konferirt, in einem kurzen Berichte, daß er, von dem Grafen Hardenberg unterstützt, bemüht sei, eine positive Erklärung zu erlangen. Man vermeide solche indeß, und es scheine, daß man unentschlossen sei, was man thun wolle. „Vielleicht hat man nur die Absicht, die Verhandlung in die Länge zu ziehen, um für den Augenblick den Abschluß der Allianz mit Frankreich zu hindern. Ich fange an zu fürchten, daß man Zeit gewinnen will, ohne sich an bestimmte Bedingungen zu binden. Man hat versprochen, mich morgen zu expediren; aber man hat sich über die wesentlichsten Punkte nicht ausgesprochen, und ich verliere die Hoffnung, die ich einige Zeit gehegt habe (24. Decbr.).“

Scharnhorst täuschte sich nicht. Die scheinbare Wendung zum Besseren, welche mit der zweiten Konferenz eingetreten, war rasch vorübergegangen. Man habe zwar erfahren, berichtet Scharnhorst, daß Metternich die Aufstellung eines Observationscorps beantragt und in dieser Frage wie in der der Behandlungsweise der ungarischen Angelegenheiten den Sieg über den Grafen Wallis davongetragen. Aber auf die Nachricht der beabsichtigten Truppenaufstellung seien die Staatspapiere gefallen, und Graf Wallis habe nun hierauf hin mit größerem Nachdruck auftreten können. Ferner hätten die Generale Duca und Kutschera die Aufstellung eines Observationscorps für höchst gefährlich erachtet, obwohl solches nur auf 18,000 Mann hätte beschränkt werden sollen; endlich habe Fürst Schwarzenberg aus Paris berichtet, daß die Bildung eines Observationscorps zu

Erörterungen zwischen Frankreich und Oestreich führen werde, worauf man zu dem Entschlusse gelangt sei, die preußischen Anträge abzulehnen[1]). „Ich drang darauf, die Sache noch einmal in Ueberlegung zu nehmen, indem ich bemerklich machte, was Preußen bereits für die gute Sache gethan, indem Seine Majestät selbst ihr Privatvermögen, ihre Pretiosen, Gold- und Silberzeug aufgeopfert, um neue Streitmittel aufzustellen und die Kontribution zu bezahlen, daß Sie durch ihre Rüstungen mit eigener Gefahr für die Sicherheit anderer Staaten gewirkt hätte, daß die Nachwelt das zukünftige Schicksal Preußens zum Theil dem Benehmen des russischen und östreichischen Kabinets zuschreiben werde. Metternich gab mir zur Antwort, daß keine Aenderung mehr möglich sei." Beim Abschiede wiederholte dieser dem General die ihm sehr geläufigen Deklamationen über die schlechte Politik Rußlands, das „einen Defensivkrieg für sich selbst provocire," das nichts für Preußen thue, das gegen den Abschluß der Allianz zwischen Preußen und Frankreich nur Noten habe, statt gegen solche durch das Vorrücken seiner Armee an die Oder zu protestiren. Dennoch könne er Preußen nur rathen, mit Rußland abzuschließen, wie schlecht und ungenügend immer sowohl der angebotene Traktat in Bezug auf den Kriegsfall als auch die Militär-Konvention für die in Aussicht gestellte Hülfe sei. Schließe Preußen mit Frankreich ab, so sei der Krieg mit Rußland entschieden, da dieses Bündniß Napoleon den Weg und die Mittel zum Angriff auf Rußland zur Verfügung stelle. Oestreich werde Frankreichs Partei nicht nehmen, es werde neutral bleiben und seine Neutralität behaupten, und in Berlin möge man sich moralisch überzeugt halten, daß die Interessen Oestreichs und Preußens auch ohne Traktat unauflöslich verbunden seien. Diese mündlich ertheilten Rathschläge und Zusicherungen auch nur in einer Weisung an seinen Vertreter in Berlin schriftlich abzugeben, unterließ Metternich, angeblich weil

---

[1]) Die dem Wiener Frieden angehängte geheime Konvention verpflichtete Oestreich, seine Armee auf die Hälfte zu reduciren, die Landwehr für immer abzuschaffen, keine Truppenzusammenziehungen oder Befestigungen an den Grenzen vorzunehmen, welche Frankreich beunruhigen könnten.

er die Verantwortung für den Entschluß Preußens, sich in die Arme einer Macht zu werfen, die selbst in ihren Entschlüssen schwanke, nicht übernehmen könne, thatsächlich weil er sich in keiner Weise binden wollte. Nicht einmal die Erklärung, daß Oestreich neutral bleiben werde, war in seiner Depesche vom 29. December an Zichy zu finden. Dem Staatskanzler selbst schrieb er: „Was soll man thun, wenn eine Macht, welche stets Alles will, nur nicht die Mittel zu einem Ziele, welches sie stets verläßt, sobald sie es aufgestellt hat, wenn eine so starke Macht wie Rußland von allen Wegen den schwankendsten und darum falschesten geht (29. Decbr.)?" Und dem Baron Jacobi, der ihn brieflich auf das äußerste gedrängt hatte, Preußen nicht jede Hoffnung zu nehmen: „Ich hätte gewünscht, daß Oestreichs Haltung seit unseren ersten Gesprächen (S. 409) in der Weise eine andere geworden wäre, um Preußen wirklich zum Stützpunkt dienen zu können; aber wie weit sind wir von diesem glücklichen Zustande entfernt! Suchen Sie das Uebel da, wo es sich findet: in einer unzählbaren Menge falscher Schritte, falscher Hoffnungen und demnach falscher Berechnungen einer Macht, die ohne die traurigste Verblendung berufen wäre, die Welt zu retten, während sie sich selbst zum Werkzeuge ihres Verderbens macht." Kaiser Franz erwiderte das Schreiben des Königs vom 19. November (S. 417) mit der Versicherung: „daß die Gefahren, welche Preußen laufe, in der ersten Linie seiner Erwägungen ständen."

Napoleon hatte, wie bemerkt ist (S. 395), durchgesetzt, daß der Sekretär seiner Gesandtschaft in Berlin sich persönlich mittelst einer Rundreise von dem Stande der preußischen Bewaffnung überzeuge. Dieser war am 30. November nach Berlin zurückgekehrt. Der Herzog von Bassano sagte in den ersten Tagen des December dem General Krusemark, daß dessen Berichte nicht so befriedigend ausgefallen, wie man zu hoffen berechtigt gewesen sei. Auch Davousts Operationsplan gegen Preußen, den Napoleon am 14. November dem Marschall einzureichen befohlen hatte, lag nun hier vor. Napoleon bemerkte dem Marschall am 9. December: sein Plan zeige ihm, daß die Elbarmee zu wenig Kavallerie habe; er solle deshalb noch zwei

Chasseurregimenter von Münster an die Elbe ziehen, so daß er über 18 Kavallerieregimenter disponire; die Brigade in Münster werde er im Januar durch eine andere ersetzen. Die Kommandeure der Kavallerie seien verantwortlich zu machen, daß sie 24 Stunden nach Eingang des Befehls mit allen Mannschaften und Pferden marschiren könnten; er setze voraus, daß Davoust ihnen die Mitführung von Vorräthen an Hufeisen vorgeschrieben habe, damit sie ohne Aufenthalt große Märsche machen könnten. „Ihre achte und neunte Division dürfen Sie im Fall des Ereignisses benutzen. Die achte ist bereits in Münster, die neunte wird im Januar dort sein." An demselben Tage schrieb Napoleon seinem Bruder Jerôme. „Wie viel Mann würden Sie brauchen, Schlesien zu besetzen? Wie viel haben Sie 1807 gehabt? Welche Festungen sind zu nehmen?" Am 16. December erging die Weisung an die Rheinbundfürsten, ihre Truppen fertig zu machen; sie sollten an den der Oder zunächst gelegenen Punkten gesammelt werden[1]).

Der wesentliche Zweck Napoleons blieb jedoch, das Großherzogthum Warschau, die Weichsel und die russische Grenze ohne Widerstand und ohne Aufenthalt vor den Russen zu erreichen, keine starke Truppenzahl in Preußen zurücklassen zu müssen, über die intakten Hülfsquellen Preußens verfügen zu können. Da Preußen die Gegenvorschläge vom 20. Oktober nicht einfach zurückgewiesen sondern mit neuen Vorschlägen beantwortet hatte (S. 415), war der Weg des Vertrages und der der Gewalt wohl zu kombiniren. Man diktirte schließlich die Bedingungen und rückte zugleich ein, um jeden Widerstand abzuschneiden. So konnte Napoleon dem Fürsten Schwarzenberg bei dessen Rückkehr nach Paris am 17. December sagen: „Ich sehe, daß diese Narren (die Russen) mir den Krieg machen wollen, ich werde ihn ihnen im April mit 500,000 Mann machen. Preußen scheint sich vernünftig aufführen und sich mit mir verbinden zu wollen. Ich habe keinen Grund, mit ihm unzufrieden zu sein. Ich unterhandle in diesem Augenblicke mit Preußen. Hat man es Ihnen gesagt?

---

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 60. 61. 82.

Ich habe St. Marsan eben Weisungen ertheilt. Der Minister ist klug, der König ein guter Mann; aber es ist eine schlechte Nation, die ich nicht liebe: es ist stets ein starkes Widerstreben in den Geistern [1])." Nach dem Fürsten Schwarzenberg empfing er an jenem Tage den General Krusemark [2]). „Man klagt mich bei Ihnen an," sagte er, „Preußen vernichten zu wollen. Ich konnte es zu Tilsit, ich diktirte dort die Bedingungen. Ich that es nicht. Ich konnte es 1809 nach dem Frieden mit Oestreich. Der Losbruch Schills und alle die Umtriebe, die damals bei Euch stattfanden, gaben mir Grund und Recht. Ich that es auch damals nicht, und dennoch führt man dieselben Reden fort. Man hat ohne Motiv gerüstet, und als man auf meine Vorstellungen versprochen hatte, alle Vorbereitungen aufhören zu lassen, hat man sich Widerlegungen ausgesetzt und insgeheim gethan, was man nicht eingestehen konnte, und sich beklagt, daß ich die Unterhandlungen in die Länge ziehe, um desto sicherer über Preußen herfallen zu können. Und wenn jetzt die Allianz geschlossen sein wird, so wird man sagen, der Kaiser will sich Preußens bedienen, um es nachher zu vernichten. Und so weiter. Ich versichere, daß ich von Preußen nichts will als die Annahme des Kontinentalsystems. Außerdem erhebe ich keinen Anspruch. Ich wünsche die Erhaltung des regierenden Königshauses. Mit einem Wort: ich ziehe vor, daß der König dort regiert als daß mein eigner Bruder dort regiert [3]). Schreiben Sie es, beruhigen Sie den König auf das Positivste. Wenn der König aber nicht glaubt, mein aufrichtiger Freund sein zu können, dann möge er die Allianz nicht zeichnen. Ich tadle ihn nicht, er muß sein Interesse kennen. Wir führen dann Krieg. Wenn aber der König mein Alliirter ist und wendet sich dann auf die andere Seite, so schone ich nichts mehr;

---

[1]) Bericht Schwarzenbergs vom 17. December. — [2]) Diese Audienz fand nicht statt und konnte nicht, wie Pertz (Gneisenau 2, 249) angiebt, behufs Uebergabe der französischen Vorschläge an Krusemark stattfinden. Anlaß derselben war die Krusemark obliegende Anzeige der Niederkunft der Prinzessin Wilhelm. — [3]) Diese Aeußerung hat die Projekte im Auge, die damals Jerôme zugeschrieben wurden.

ich gebrauche meine Macht und vernichte Preußen. Es giebt Beispiele, und der König Friedrich ist eins, daß man von einer Partei zur andern übergeht. Das Glück der Schlachten ist ungewiß und könnte mir entgegen sein. Ich kann mich der Besorgniß nicht aussetzen, meinen Rückzug gefährdet zu sehen. Ich fürchte, daß Ihr nicht versteht, eine feste Richtung zu nehmen und zu verfolgen. Ich wiederhole Ihnen, laßt Ihr mich glauben, daß Ihr das System wechselt, so thue ich Euch alles Ueble, was ich vermag." Er ließ Krusemark keinen Zweifel, daß der Krieg mit Rußland bevorstehe, daß er des Sieges sich sicher halte: „dieser Krieg werde schwerere Folgen haben, als je ein Krieg gehabt", und Kaiser Alexander ihn mit blutigen Thränen beweinen.

Im Sinne dieser Eröffnung, d. h. im Sinne der Beschwichtigung Preußens unter der Bedingung vollständiger Verfügung über seine Streitkräfte und Hülfsquellen, war auch die Instruktion gehalten, welche St. Marsan über die Gegenvorschläge erhielt, die Hardenberg für den Allianzvertrag in der Konferenz vom 6. November gemacht hatte. St. Marsan empfing diese Weisung am 24. December. Der casus foederis war darin auf Kriege in der Nähe der Grenzen Preußens beschränkt; ebenfalls dem Gegenvorschlage Preußens gemäß sollte das preußische Hülfscorps, jedoch nur „soweit möglich", vereinigt bleiben und vorzugsweise zur Vertheidigung der preußischen Staaten verwendet werden. Die französischen und alliirten Truppen sollten während des Durchmarsches verpflegt werden und zu diesem Zwecke Requisitionen ausschreiben dürfen. Berlin könne von Durchmärschen nicht verschont bleiben, aber doch Potsdam. Auch Geschütze und Munition müßten im Falle des Bedarfs aus den preußischen Festungen für die französische Armee geliefert werden. Die Forderung der Stellung zweier Linienschiffe und einer Fregatte war dahin limitirt, daß Preußen nur deren Bemannung stellen und für diese Kleidung und Sold gewähren solle. Dagegen war jede Verstärkung der preußischen Armee abgelehnt wie die Rückstellung der Festungen, die Napoleon bis zum Frieden mit England besetzt halten müsse, und nur für den Unterhalt der Besatzung Glogau's war die Ueber=

nahme von dem Zeitpunkt ab in Aussicht gestellt, daß die Kontribution vollständig abgetragen sei.

Der König gedachte das Endergebniß der Mission Scharnhorsts nach Wien zu erwarten, bevor über Annahme oder Ablehnung dieser Vorschläge Beschluß gefaßt werde. Doch wiederholte er Hardenberg, was er seit Scharnhorsts Abreise öfter geäußert: „Sie werden sehen, daß er nichts mitbringt.“ In den letzten Decembertagen ging jener Bericht Scharnhorsts vom 24. December (S. 421) ein, der kaum eine Hoffnung übrig ließ. Am 2. Januar 1812 berichtete Graf Zichy auf Grund einer Mittheilung Hardenbergs dem Grafen Metternich, daß der König die Allianz Frankreichs annehmen werde, falls Scharnhorst ohne positive Erklärungen von Wien heimkehre. Am 3. Januar kamen zwei Zeilen von Scharnhorst vom 27. December: „Erst gestern Abend erhielt ich die lang erwartete Eröffnung, welche mich unbeschreiblich unglücklich macht;“ am 4. Januar 1812 gelangten jenes Schreiben des Kaisers Franz, das Schreiben Metternichs und dessen Depesche an Zichy vom 29. December zur Kenntniß des Königs und des Staatskanzlers. Oestreich war eine deutliche Alternative gestellt worden. Es hatte trotzdem jede Unterstützung Preußens abgelehnt. Sein Wunsch, daß Preußen sich in die Bresche stelle, war durch diese Verhandlung noch deutlicher als zuvor geworden, ebenso deutlich aber auch sein Entschluß, für Preußen keinen Finger zu rühren. Die Unterlagen für den Entschluß Preußens waren vollständig vorhanden. Es war festgestellt, daß Rußland sein entschieden defensives Kriegssystem festhielt, daß von England nur Waffen und Munition, von Oestreich nichts zu erwarten sei, während Frankreich die Verfügung über Preußen mittelst eines Allianzvertrages verlangte. Gleich am 3. Januar, als Scharnhorsts Meldung vom 27. December einlief, sagte der König dem Staatskanzler, daß nun nichts übrig bleibe, als dem Kaiser Alexander zu erklären, daß er sich, da Preußen von Oestreich nichts zu erwarten habe, gezwungen sehe, mit Frankreich zu gehen. Der definitive Beschluß sollte jedoch erst nach Eingang des von Scharnhorst in Aussicht gestellten ausführlichen Berichtes gefaßt werden.

Der Ansicht des Staatskanzlers entgegen, vertrat Staatsrath Ancillon, der Erzieher des Kronprinzen, sehr lebhaft den Anschluß an Frankreich. Hardenberg meldete dem Könige, daß er Ancillon aufgefordert habe, sein Votum schriftlich zu formuliren. Für den entgegenstehenden Entschluß suchte Jacobi den König noch in letzter Stunde zu gewinnen, indem er ausführte, daß trotz der Zurückhaltung Oestreichs die französische Allianz abgelehnt werden müsse; sie sei der moralische, wenn nicht der physische Tod Preußens. Der König sandte dies Schreiben am 8. Januar 1812 dem Staatskanzler mit folgenden Zeilen: „Der Baron Jacobi hat mir eine Art von Denkschrift zukommen lassen, welche seine Auffassung von der gegenwärtigen Lage unserer Politik enthält; aber ich gestehe Ihnen offen, daß ich seiner Meinung nicht sein kann. Ich bin sehr einverstanden, daß Sie Ancillon aufgefordert haben, seine Ansicht schriftlich aufzusetzen." Ancillons Denkschrift führte aus, wie schön es sei, wenn ein ganzes Volk Leben und Eigenthum seiner Regierung zur Verfügung stelle. Aber es sei außerordentlich gefährlich, ein solches System zu dekretiren, da es leicht zu einer Revolution führen könne, die das Volk seine Freiheit verlieren ließe, um seine Unabhängigkeit zu erstreiten, und das eigene Land der Anarchie preisgäbe, um dem fremden Despotismus zu entgehen. Ueberdies habe nur die Republik, nicht ein Monarch das Recht, in dieser Weise über Leben und Gut der Staatsangehörigen zu disponiren. In der ganz besonderen Lage, in welcher Preußen sich zwischen Frankreich und Rußland befinde, von den französischen Armeen umgeben, französische Truppen in eigenem Lande, müsse es sich für die Macht entscheiden, welche ihm das möglichst größte Uebel, das gewisseste Uebel zufügen würde, wenn es sich gegen sie erkläre. Diesem Satze dürfe man nicht die Gefahren entgegenstellen, welche die Allianz mit Frankreich in sich berge, sondern man müsse diese mit den Gefahren vergleichen, welche der entgegengesetzte Entschluß herbeiführen würde. Im Uebrigen hänge alles von den Bedingungen dieser Allianz ab. Er stellte den französischen Vorschlägen, die St. Marsan am 25. December übergeben hatte, ziemlich weit abweichende Gegenvorschläge gegenüber und meinte,

Preußens Bündniß habe für Napoleon so viel Werth, daß man auf deren Annahme rechnen dürfe (10. Januar). Gneisenau, dem der Staatskanzler diese Denkschrift mittheilte, urtheilte: „Zu einer Revolution würde ein Volkskrieg führen? Ja, wenn die Völker, von ihren Regierungen verrathen und verlassen, zur Selbsthülfe greifen werden. Dann möchten die Regenten leicht über glücklichen Anführern vergessen werden!“ Ancillon sei wenig in den Geist des französischen Regierungssystems eingedrungen. Alle Traktatsbedingungen seien fast gleichgültig. Ob etwa der Tilsiter Friede ausgeführt worden sei? „Hat Herr Ancillon berechnet, daß es durchaus unmöglich ist, sich ohne Unredlichkeit zur Versorgung einer Armee von 200,000 Mann anheischig zu machen (13. Jan.)?“ So weit unterschätzte auch Gneisenau die von Napoleon bereit gestellten Streitkräfte.

Nachdem Scharnhorsts ausführlicher Bericht am 10. Januar eingetroffen und Hardenberg Ancillons Denkschrift mit seinen Gegenbemerkungen dem Könige vorgelegt hatte, schrieb dieser am 15. Januar: „Man darf die Gefahren der französischen Allianz nur denen gegenüberstellen, welche der entgegengesetzte Entschluß herbeiführen würde;“ diesen Satz habe ich Ancillons Denkschrift entnommen und finde ihn vollkommen richtig. Nur diese Alternative kann uns entscheiden, welche Partei wir zu ergreifen haben. Es scheint mir, daß Sie Ancillons Kontreprojekt des Bündnisses zustimmen. Ich billige dasselbe ebenfalls; aber ich muß sehr fürchten, daß wir in verschiedenen Punkten werden nachgeben müssen, um die wesentlichen zu erreichen: 1) die Kontributionssache (d. h. Niederschlagung des Restbetrages); 2) den Artikel der Requisitionen soweit als möglich (d. h. Requisitionen können nur durch die preußischen Behörden ausgeschrieben und müssen baar bezahlt werden); 3) die Rückstellung der Festungen nach dem Frieden im Norden, wenn der Krieg stattfindet, wenn nicht, nach Abtragung der Kontribution; 4) die Seeausrüstungen, obwohl ich immer rathen werde, in dieser Sache nachgiebiger zu sein, indem wir, wenn wir ihr nicht in anderer Weise entgehen können und endlich um andere Vortheile zu erlangen, die Ausrüstung von drei großen Kriegsfahrzeugen auf unsere Kosten dafür anbieten; 5) irgend

eine Vermehrung der Armee, wäre es auch nur um ein Infanterieregiment und ein Jägerbataillon, um das Bündniß zu nationalisiren. Die Sendung Knesebecks (er sollte auf Ancillons Vorschlag nach Petersburg gehen, dem Kaiser Alexander die Erhaltung des Friedens dringend ans Herz zu legen) muß unverzüglich vorbereitet und ohne den mindesten Verzug ausgeführt werden. Ihren Vorschlag, daß Ancillon selbst mit der Abfassung der betreffenden Schriftstücke beauftragt wird, billige ich durchaus."

Demgemäß wurde der Vertragsentwurf, der den französischen Vorschlägen vom 25. December gegenübergestellt werden sollte, vom Staatskanzler, dem Grafen Goltz und Ancillon redigirt. Von der Vorstellung befangen, daß Napoleon den größten Werth auf die preußische Allianz legen müsse, und in dem Wahne, daß man durch Festigkeit in Worten imponiren könne, brachte Ancillon die Vermehrung der preußischen Armee um 24,000 Mann (die Vermehrung um nur 6000 Mann war bereits abgelehnt) und bestimmte Ziffern für die Garnisonen von Spandau und Pillau in dies Gegenprojekt. In dem Schreiben, mit welchem dasselbe am 21. Januar St. Marsan übergeben wurde, bemerkte Hardenberg: „daß der König, von dem Wunsche durchdrungen, den Frieden im Norden bewahrt zu sehen, und in Kenntniß, daß Graf Nesselrode vom Kaiser Alexander beauftragt sei, versöhnliche Vorschläge nach Paris zu überbringen, den Entschluß gefaßt habe, einen geeigneten Mann nach Petersburg zu senden, um den Kaiser zu beschwören, sich zu einem Ausgleiche herbeizulassen, ihm das Unheil zu schildern, welchem das entgegengesetzte Verfahren Preußen aussetzen würde, und zu wiederholen, daß dieses trotz der persönlichen Gefühle, welche den König an den Kaiser bänden, den König zwingen würde, auf die Seite Frankreichs zu treten." St. Marsan erwiderte die Mittheilung des Gegenprojektes auf der Stelle mit einigen Zeilen (22. Januar): „Wäre eine Möglichkeit, in diesem Punkte (Vermehrung der Armee) etwas zu erlangen, so läge sie darin, in dem Projekte nichts davon zu sagen, sondern nur in der begleitenden Note Bemerkungen über deren Nothwendigkeit zu machen. Von Spandau zu reden, sei überflüssig; man werde

einige Invaliden und Veteranen dorthin legen, da es so weit vom voraussichtlichen Kriegstheater entfernt sei. Auch von Pillau sei es besser, in dem Vertrage nicht zu sprechen." Abends schrieb er noch einmal: die aufmerksame Lektüre der Papiere habe ihn zu so gewichtigen und dringenden Erwägungen geführt, daß der Staatskanzler baldmöglichst die Stunde für eine Konferenz bestimmen möge. Hardenberg übersandte diese Zuschriften dem Grafen Goltz: „Die Anlagen sind ein erster Beweis, daß jede Hoffnung einer Unterhandlung mit Frankreich illusorisch ist. Nichts als das Vae victis des Brennus darf man erwarten (22. Januar)." In der Konferenz erklärte dann St. Marsan, daß er auf der Stelle abgerufen werden würde, wenn er dies Gegenprojekt nach Paris schicke, und verlangte kategorisch die von ihm angedeuteten Aenderungen (23. Januar). Während man noch über die zuzugestehenden Modifikationen berieth, zeigte St. Marsan dem Staatskanzler an, daß der Marschall Davoust Befehl erhalten habe, Schwedisch-Pommern zu besetzen: „wegen notorischer Verletzung des Kontinentalsystems." Die Division Friand und die Brigade Bourdesoult würden diese Besetzung ausführen und in Mecklenburg durch die Division Compans und die Brigade Poirée ersetzt werden. Diese neue Stellung mache eine Verbindung für die Korrespondenzposten über Anklam nach Stettin erforderlich; es werde jedoch nur nöthig sein, einen oder zwei neue Posten einzurichten (26. Januar Abends).

Mit großer Spannung sah man in Wien der Entscheidung in Berlin entgegen. Gleich am Tage nach Empfang des Befehles des Königs vom 15. Januar hatte Hardenberg dem Grafen Lieven mitgetheilt (16. Jan.), daß der Oberst Knesebeck in besonderer Mission nach Petersburg gehen werde. Auch Graf Zichy berichtete hierüber seinem Hofe: die beabsichtigte Mission nach Petersburg werde in Paris gegen Preußen erbittern, falls man sich in Berlin einfallen lasse, die Mediation zwischen Frankreich und Rußland zu übernehmen. Er hoffe noch immer, obwohl der König fingire, daß er Humboldts Berichten glaube, welcher eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen Oestreich und Frankreich in Aussicht stelle (der König hatte nur zu aus-

reichende Gründe, hieran ehrlichst zu glauben), daß ein förmliches Engagement mit Frankreich preußischer Seits vermieden und Zeit gewonnen werden würde, sich von Rußland einige Beruhigung zu schaffen. Inzwischen breche die Wuth der Armee gegen Frankreich in Insubordination aus. Arretirungen hätten stattgefunden gegen Komplicen eines Versuches, die That Schills zu wiederholen. Ein verabschiedeter Offizier von Werder und ein Graf Schulenburg waren wegen unerlaubter Anwerbung verhaftet worden. Der Staatskanzler scheine gegen die Schuldigen streng vorgehen zu wollen. „Aber es ist sehr gewiß," fährt Graf Zichy fort, „daß der König selbst innerlich die Tendenz dieser Männer billigt, und ich werde nicht überrascht sein, wenn einige in der Umgebung des Königs ihn in der Vorstellung bestärken, daß diese schlechten Köpfe aus lobenswerthen Motiven gehandelt hätten. Und doch könnte man einen so schuldvollen Schwindel nicht hart genug strafen, den man sich gefällt mit dem Mantel des Patriotismus zu dekoriren [1])."

Das Gegenprojekt Preußens, welches nach der Konferenz vom 23. Januar am 29. festgestellt und St. Marsan am 31. Januar übergeben wurde, beschränkte sich im Wesentlichen auf folgende Punkte: Die Kontributionssache müsse im Vertrage oder wenigstens gleichzeitig mit dem Abschlusse des Vertrages geregelt werden; Requisitionen dürften nur da stattfinden, wo die französischen Truppen keine Magazine errichten könnten, und binnen drei Monaten in baarem Gelde bezahlt werden [2]); die preußische Armee werde um 6000 Mann (die ursprünglich geforderte Zahl war wiederhergestellt) verstärkt werden; Berlin und Potsdam müßten von Durchmärschen frei bleiben; doch könne neben der preußischen französische Garnison nach Berlin verlegt werden; über das Ende der Okkupation der Oderfestungen solle erst nach der Wendung, welche die Verhandlungen zwischen Frankreich und Rußland nehmen würden, Festsetzung eintreten; Artillerie und

---

[1]) Berichte Zichy's Nr. 6. 7. 8. vom 18., 26., 27. Januar 1812. — [2]) Dieses halbe Zurückweichen von der Baarzahlung der Lieferungen ist der Denkschrift Knesebecks vom 26. Januar: „Auf welche Bedingungen soll Preußen mit Frankreich schließen?" entnommen.

Munition könne Preußen nur insoweit liefern, als sein eigener Bedarf es gestatte. Dienstpflicht zur See bestehe in Preußen nicht; man wünsche diese Forderung beseitigt, sei jedoch bereit, kleine Fahrzeuge zum Schutze des Küstenhandels zu bewaffnen. Zugleich schrieb der König dem Kaiser Alexander: „Ich habe gezögert, Eurer Majestät von neuem zu schreiben, weil ich in der gegenwärtigen gewaltigen Krisis und in der schwierigen und gefahrvollen Position, in welcher ich mich befinde, unaufhörlich zwischen den Pflichten des Souveräns und der Neigung, von welcher mein Herz erfüllt ist, gerungen habe. Warum darf ich dieser nicht blindlings folgen? Eure Majestät weiß durch die Mittheilungen, welche dem Grafen Lieven gemacht worden sind, daß ich den General von Scharnhorst insgeheim nach Wien geschickt, daß ich Alles versucht habe, diesen Hof zu einem bestimmten Entschlusse zu bewegen, weil nichts denjenigen besser zu rechtfertigen vermocht hätte, welcher meinen Wünschen entsprach. Aber alle diese Bemühungen sind fruchtlos geblieben, und ich habe von neuem die Ueberzeugung erlangt, daß Oestreich, wie gut seine Absichten sind, die Vertagung des Krieges verlangt und dieser Vertagung dringend bedarf. Dies Bedürfniß, Sire, ist das von ganz Europa und insbesondere das Bedürfniß Preußens, dessen Lage seit dem vorigen Sommer sehr viel schlimmer geworden ist und jeden Tag gefahrvoller wird. Ich sende Eurer Majestät den Oberst und Generaladjutanten Knesebeck, um genauen Bericht von derselben zu erstatten wie von den Ergebnissen jener Mission. Er ist von den Umständen und meiner Anschauungsweise vollkommen unterrichtet. Ich halte die Bewahrung des Friedens in diesem Augenblicke für so wichtig für die Rettung Europa's wie für die Sicherung und Wahrung des großen Zieles, welches Eure Majestät stets vor Augen hat, daß die Aufopferung untergeordneter Erwägungen nichts kosten sollte. Sie werden dadurch, Sire, und es wird dies der ihres Charakters würdigste Ruhm sein, der Menschheit und Ihrem Freunde insbesondere unübersehbares Unglück ersparen (31. Januar 1812)." Knesebeck war angewiesen, des Näheren auszuführen, daß Preußen, auf allen Seiten von den gewaltigen Streitkräften Frankreichs umgeben, ohne

einen festen Stützpunkt an Rußland zu finden, und von Oestreich ohne jede Aussicht auf Hülfe gelassen, nicht anders könne, als dem Zwange der Lage weichen [1]). So war es in der That und dies die

[1]) Der Bericht von dieser Mission, der in den hinterlassenen Papieren des Generals von Knesebeck veröffentlicht ist (S. 91—104), ist ersichtlich sehr lange nach den Ereignissen niedergeschrieben, und so kann es nicht auffallen, daß sich Gedächtnißfehler eingeschlichen haben. Knesebeck hatte mit Ancillon den Anschluß an Frankreich empfohlen, Ancillon am 11. Januar Knesebeck sla zur Absendung nach Petersburg, um Alexander zum Frieden zu bestimmen, höchst geeignet bezeichnet. Daß Knesebeck für die Allianz mit Frankreich votirt hatte, bestimmte den König, ihm die Mission, die diese in den Augen des Kaisers rechtfertigen sollte, zu übertragen. Es ist unrichtig, wenn S. 96 und 103 gesagt wird, Hardenberg hätte wohl den wahren Zweck dieser Sendung nicht gekannt. Wir sahen, daß der König Hardenberg am 15. Januar anwies, unverzüglich Knesebecks Sendung vorzubereiten. Wie hätte der König in demselben Augenblick, in dem er in seinem und Oestreichs Namen den Frieden so warm empfahl Knesebeck zugleich mit der Entwickelung des Kriegsplanes für Rußland, wie S. 95 erzählt wird, beauftragen können? Wir sahen überdies, bereits am 28. Mai 1811 hatte Alexander dem Könige seinen Kriegsplan des Ausweichens in das Innere mitgetheilt. Die gesammten Verhandlungen Preußens mit Rußland hatten sich um diesen Punkt gedreht. Gerade die Ueberzeugung des Königs, daß die russische Heerführung, trotz der Scharnhorsts Andringen gemachten kleinen Zugeständnisse, auf diesen ersten Plan zurückkommen werde, bestimmte ihn, sich nicht an Rußland anzuschließen (S. 415). Knesebeck wußte dies damals sehr genau. Es ist demnach unrichtig, wenn das Fragment S. 93 sagt: „daß ein schnelles Vorrücken, so weit es gehen würde, Rußlands Kriegsplan zu sein" ihm geschienen. Vielmehr hatte er in Petersburg im Namen des Königs zu sagen: eben weil Ihr in Euren Grenzen verbleiben, eben weil Ihr Euch zurückziehen wollt, weil ich keine Hülfe von Euch und von Oestreich zu erwarten habe, muß ich mich Frankreich anschließen. Die Depesche, welche Knesebeck mitgetheilt wurde (S. 96) — es war der Legationsrath Lecoq, der sie ihm sandte — war nicht eben (am 31. Januar) eingelaufen, sondern ein Auszug aus dem Berichte Krusemarks vom 18. Dezember 1811 über jene Audienz beim Kaiser (S. 425); die Worte „Je crois à la guerre" sind Worte, die Napoleon in dieser Audienz gebraucht hatte; er hatte jedoch weiter hinzugesetzt, daß, wenn ihm nur Rußland, wie er bereits am 15. August verlangt habe, einen Unterhändler schicke, der Friede erhalten werden könne. Gerade auf diese Eröffnung Napoleons an Krusemark basirte Ancillon seinen Satz, daß der Friede erhalten werden könne und müsse. Der Kaiser Alexander müsse zur Abordnung dieses Unterhändlers bestimmt werden, und wenn man nur Jemand, der für den Frieden enthusiasmirt sei, nach Petersburg schicke — er kenne einen solchen (Knesebeck) — so

einfachen Gründe. Alexanders Politik der Allianz mit Frankreich, die Politik von Erfurt hatte Preußen genöthigt, sich dem Vertrage von Paris zu unterwerfen. Indem Rußland sich gedrungen fand, das

---

werde man ihn haben: Napoleon wolle den Frieden; Alexander wünsche den Krieg nicht, und die Aussicht, daß Preußen und Oestreich sich Frankreich anschließen würden, müsse Alexander unbedingt für den Frieden disponiren. Die Begegnung mit York (S. 98) ist ebenfalls nicht genau referirt. Wir sahen oben, (S. 406) York war in der Punktation von Petersburg als der General bezeichnet, auf dessen unmittelbare Requisition jene zwölf russischen Bataillone auf Königsberg vorrücken sollten. Dies hatte Scharnhorst York mündlich mitgetheilt, und Knesebeck konnte ihm daher auf der Durchreise nur sagen, daß die Punktation nicht ratificirt sei, die Dinge jetzt anders lägen, daß der Abschluß einer Allianz mit Frankreich wahrscheinlich sei, was York wie Tauentzien, unter Erwähnung der Sendung Knesebecks nach Petersburg „zur Erhaltung des Friedens", mittelst Kabinets=Ordres vom 4. Februar officiell mitgetheilt wurde. Was Knesebeck nach jenem Fragment seiner Memoiren Alexander gesagt haben will, konnte und durfte er ihm nicht sagen. Er hat das auch weder nach seinem ostensiblen noch nach seinem vertraulichen Berichte an den König gesagt. Er hat thatsächlich dem Kaiser sehr ernsthaft zum Frieden, insbesondere zur Absendung Nesselrode's nach Paris gerathen. Alexander hatte Anfang December beschlossen, Nesselrode, den Napoleon selbst in jener Unterredung vom 15. August als dazu sehr geeignet bezeichnet, nach Paris zu senden (S. 421). Napoleon paßte aber diese Unterhandlung nicht, weil sie den Bruch zu früh herbeiführen konnte. Er machte sie demgemäß durch sein Verhalten gegenüber Kurakin und abfällige Aeußerungen unmöglich. Auf Kurakins Bericht vom 13. Januar hatte dann Alexander diese Mission, also mindestens vierzehn Tage vor Knesebecks Ankunft in Petersburg, definitiv aufgegeben. Ueber alle weiteren Angaben Knesebecks s. die folgende Abhandlung: Die Mission des Obersten von Knesebeck nach Petersburg. Sein ostensibler Bericht wurde am 23. März St. Marsan übergeben, am 24. März Abschrift desselben an Krusemark nach Paris geschickt. Dieser berichtet am 3. April: „Knesebecks Bericht sei unverzüglich dem Kaiser vorgelegt worden und scheine interessirt zu haben. Mit Befriedigung habe Napoleon gesehen, daß noch nicht jede Hoffnung auf Ausgleichung verschwunden, und erwünscht sei ihm gewesen, Versicherung darüber zu erlangen, daß Kaiser Alexander bei dem Entschlusse beharre, sich in strikter Defensive zu halten. Trotzdem werde der Vormarsch der Truppen an die Weichsel nur noch mehr beschleunigt." Knesebeck war am 20. März in Berlin wieder eingetroffen. Am Abend des folgenden Tages ging Gneisenau in geheimer Sendung über Wien nach Petersburg ab, Scharnhorst am 26. März nach Dollstädt und dann nach Schlesien. Daß Scharnhorst, wie a. a. O. S. 103 gesagt ist, 300 Offiziere zur Forderung der Entlassung veranlaßt habe, bedarf keiner Widerlegung. Bezüglich der darauf berichteten Aeußerung Scharnhorsts

System der Allianz mit Frankreich aufzugeben, vermochte es nicht, zugleich die Folgen, die dasselbe für Preußen herbeigeführt, aufzuheben, wenn es nicht mit rascher Offensive vorzugehen bereit war oder Oestreichs Betheiligung Preußen einen anderen Stützpunkt gewährte.

Die lange Verzögerung der preußischen Erwiderung auf die Vorschläge vom 25. December erregte in Paris Argwohn. Bassano wiederholte Krusemark: Preußen hätte sich früherhin über Zögerungen Frankreichs beklagt; gegenwärtig zögere es selbst in unbegreiflicher Weise unter viel drängenderen Umständen. Ferner berichtete Krusemark, daß Schwarzenberg ihm offen erkläre, Oestreich werde seine Neutralität zu behaupten nicht im Stande sein (31. Januar). Ueber die Aufnahme, die das preußische Gegenprojekt, welches am 6. Februar in Paris eintraf, bei Napoleon finde, konnte er nichts erfahren. Aber Fürst Schwarzenberg hatte seit dem 12. Februar lange Konferenzen mit

ist zu bemerken, daß Scharnhorst selbst, wie wir wissen, formell nicht Chef des Departements des Krieges war. Daß nicht Knesebeck sondern Petersburg und Wien Scharnhorsts Pläne vereitelt hatten, wußte Niemand besser als Scharnhorst. Daß Knesebeck gegen Scharnhorst, seitdem er bei dessen Brigade gestanden, erbittert war und Scharnhorsts Annäherung vor Antritt der Mission nach Petersburg absichtlich auswich, steht fest. Ueber Scharnhorsts zukünftige Stellung hatte dieser selbst Hardenberg am 18. Februar geschrieben: er wünsche nach Preußen zu gehen, um die Kriegsschule zu Königsberg zu inspiciren und seine Angelegenheiten in Dollstädt zu ordnen. „Sollte der Allianztraktat unterzeichnet sein, so müßte ich den Posten des Chefs vom Generalstabe niederlegen; die Aufsicht über die Kriegsschulen würde ich aber immer behalten können." Am 29. Februar ersuchte er Hardenberg, dem Könige die Anfrage vorzutragen: ob unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein Aufenthalt wie der Gneisenau's und Boyens in Berlin nicht nachtheilig sei, „da man uns für diejenigen hält, welche gegen die Franzosen kabaliren", und ob es nicht gut sei, „daß wir unsere Stellen, ich als General-Quartier-Meister-Lieutenant, Boyen als Direktor der ersten Division des Kriegsdepartements niederlegen." „Mir scheint es vortheilhaft zu sein, daß die Veränderung bei allen drei Personen zugleich bekannt gemacht würde. Es würde den Franzosen angenehm sein und ihre Maßregeln mildern." Hardenbenberg wird gebeten, „uns nach der Allerhöchsten Willensmeinung zu bescheiden." Gneisenau wurde scheinbar entlassen, Scharnhorst scheinbar beurlaubt. Ueber wichtige Fragen wurde des Letzteren Gutachten vom Könige erfordert; seine Aufgabe bestand vornehmlich darin, den neutralen Theil Schlesiens, d. h. den einzigen Theil der Monarchie, der von den Franzosen unbetreten blieb, vertheidigungsfähig zu erhalten.

Bassano über den Abschluß einer Allianz zwischen Frankreich und Oestreich, und Schwarzenberg vertraute Krusemark: er glaube nicht, daß Oestreich in der Lage sei, die Vorschläge, welche Bassano gemacht habe, zurückzuweisen. Humboldts Berichte hatten dies stets vorausgesagt. Der Krieg sei unzweifelhaft, meldete Krusemark weiter; er stehe unmittelbar bevor. In Spanien sollten sich die französischen Generale helfen, wie sie könnten; die französische Armee sei in voller Bewegung gegen den Rhein (18. und 20. Februar 1812).

Napoleon traf seine Maßregeln, früh im Jahre an der Weichsel zu sein. Am 19. Januar hatte er Davoust jenen Befehl zur Besetzung von Schwedisch-Pommern gegeben, den St. Marsan am 26. in Berlin mittheilte. Am 27. Januar zeigte er seinem Bruder Jerôme an, daß er nunmehr nach den Vorbereitungen eines ganzen Jahres mit 300,000 Mann in Deutschland bis an die Ostgrenzen des Rheinbundes (S. 424) vorrücken werde, nicht in feindlicher Absicht, sondern um der Weichsel ebenso nahe zu sein wie die russische Armee; das westfälische Kontingent müsse am 15. Februar bereit stehen, die Campagne zu beginnen. Sein Stiefsohn erhielt am 29. Januar Befehl, die bereits bei Verona und Brescia versammelte italienische Armee zwischen dem 15. und 20. Februar über den Brenner gegen Regensburg in Bewegung zu setzen. Die Baiern würden sich ihm anschließen; in Regensburg dürfe kein Aufenthalt stattfinden, der Marsch müsse vielmehr auf Glogau fortgesetzt werden; wenn die Umstände sich nicht entgegenstellten, würde er in dem schönen Oberschlesien ausruhen können[1]). Am 6. Februar, dem Tage, an welchem St. Marsans Kurier Preußens Gegenvorschläge nach Paris brachte, schrieb Napoleon dem Kommandeur der Artillerie der großen Armee, daß der Belagerungspark zu Magdeburg für Spandau oder Kolberg, der zu Danzig für Graudenz am 1. März bereit sein müsse. Auch der Brückentrain in Magdeburg müsse in Stand gesetzt werden, um ihn für die Oder und die kleinen Flüsse in Preußen gebrauchen zu können, wenn der Fall einträte. Am 9. Februar erhielten die

[1]) Diese Ergänzung ist vom 8. Februar; Corresp. Napol. 23, 216, 219.

Truppen der Großherzogthümer Berg, Baden und Hessen-Darmstadt Befehl, nach Magdeburg zu marschiren. An demselben Tage wurde Davoust benachrichtigt, daß seine Armee zwischen dem 20. und 30. (sic) Februar eine große Bewegung machen müsse; die Division Bruyère müsse an der Grenze Pommerns stehen, um die Spitze zu nehmen, so daß Friand mit beiden Divisionen und acht Kavallerie-Regimentern augenblicklich nach der Weichsel marschiren könne; die übrigen Infanterie-Divisionen und die drei Küraſſier-Divisionen würden fünf oder sechs Tage später folgen. Dies alles müsse sehr geheim sein. Der Beginn der Bewegung hänge von dem Tage ab, an welchem sich der Marsch der italienischen Armee demaskire. Davoust müsse, bevor hiervon Nachricht in Petersburg eintreffe und vor dem Aufgehen des Eises, an der Weichsel stehen.

Mit diesen militärischen Maßnahmen stand die diplomatische Vorbereitung Napoleons in engster Verbindung. Maret theilte dem General Lauriston in Petersburg unter dem 18. Februar mit, daß die Aufstellung von 400,000 Mann an der Weichsel und Oder nicht der Beginn des Krieges, sondern die Beendigung einer erniedrigenden Stellung für Frankreich sei, die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen zwei rivalisirenden Mächten, die Versetzung Frankreichs in die Lage, auf dem Fuße der Gleichheit zu unterhandeln. Zu Lauristons Information fügte er hinzu: es komme absolut darauf an, Zeit zu gewinnen. Lauriston müsse damit anfangen, die Bewegung nach der Oder zu leugnen, wenn dies nicht mehr möglich, erklären, daß die Oder nicht überschritten werden würde. Endlich, wenn die Truppen an die Weichsel marschirten, habe er zu sagen, daß die Bewegung nicht feindselig sei, daß der Kaiser nur in guter Lage unterhandeln und seine bedrohten Bundesgenossen schützen wolle. Dann solle Lauriston von sich aus einen Kongreß oder eine Begegnung der beiden Kaiser zwischen Weichsel und Niemen vorschlagen [1]. Am folgenden Tage (19. Februar) wurde die Kaisergarde nach Mainz in Marsch gesetzt, der Generalstab der großen Armee trat in Funktion.

---

[1]) Thiers l. c. 13, 439—447. Lefèbvre l. c. 5, 173.

Den Chef desselben, Berthier, wies Napoleon an (21. Febr.): Davousts Bewegung müsse unverzüglich beginnen, die Division Gudin die Elbe wo möglich am 29. Februar überschreiten, die Elbarmee am 8. März an der Oder (Hauptquartier Stettin) stehen; die leichte Kavallerie sei auf den Straßen nach Danzig und Posen vorzuschieben, um die Verbindung mit den dortigen Divisionen aufzunehmen, welche entgegenkommen würden; die zweite Armee solle bis dahin in Magdeburg sein, die dritte auf Leipzig und Erfurt marschiren. Diesen Befehlen fügte Napoleon hinzu: „In einem Briefe, den ich Ihnen morgen (22. Februar) schreiben werde, werde ich Ihnen das Verhalten, welches gegen Preußen beobachtet werden soll, angeben [1]."

Die Truppen standen überall bereit. Napoleon war in der Lage, Preußen die Bedingungen der Unterwerfung zu diktiren, oder es, wenn es remonstrirte, augenblicklich über den Haufen zu werfen und mit größter Schnelligkeit an und über die Oder vorzudringen. Wie gut er auf diesen Fall vorbereitet war — wir kennen die Gründe, die ihn trotz wiederholten Schwankens wünschen ließen, daß Preußen sich ohne Widerstand füge. Nachdem jene Befehle ertheilt, der am 18. an Lauriston abgesandte Kurier den nöthigen Vorsprung hatte, lud der Herzog von Bassano den General Krusemark am 22. Februar zu einer Konferenz ein. Der Kaiser, so sagte er ihm, nehme die preußischen Vorschläge mit leichten Modifikationen an. Die Augenblicke seien kostbar; die Zeit, welche zwischen der Absendung des Vertrages nach Berlin und dem Einlaufen der Nachricht von der Unterzeichnung vergehen werde, gefährde die gemeinsamen Interessen und insbesondere die Interessen Preußens; ein Mißverständniß, eine Unvorsichtigkeit, die falsche Maßnahme eines preußischen oder eines französischen Generals, ein Zufall könne die traurigsten Folgen herbeiführen. Der Kaiser lege das größte Gewicht darauf, daß der Vertrag noch heute gezeichnet werde. In wichtigen Dingen lasse sich der Kaiser nicht durch Formen aufhalten; er könne den Marsch seiner Truppen nicht länger verschieben. Es handle sich

[1] Correspondance de Napoléon 23, 244.

demnach darum, ob General Krusemark ausreichend ermächtigt zu sein glaube, für den König zu zeichnen. Krusemark war ohne Instruktion und ohne Vollmacht. Er empfand, daß das Geschick Preußens in diesem Augenblick in seiner Hand lag. Er verlangte 24 Stunden Zeit, die beiden Vertragsentwürfe zu vergleichen. Freilich fand er nun, daß die „leichten Modifikationen“ des preußischen Projektes vom 29. Januar (S. 432) schwerwiegendster Art waren. Es gelang ihm nur, hier und da eine kleine Erleichterung zur Annahme zu bringen. Aber er wußte, daß die große Armee marschiren werde, ob er zeichne oder nicht zeichne. Nachdem sich die zweite Konferenz mit dem Herzog von Bassano die Nacht vom 23. Februar hindurch verlängert, unterschrieb der General am 24. Februar Morgens 5 Uhr. In dem begleitenden Berichte entwickelte er die gebieterischen Gründe, die ihn bewogen hätten, eigenmächtig zu handeln, und schloß mit den Worten: „Eurer Majestät Lage ist in Folge früherer Ereignisse der Art, daß keine freie Wahl zwischen zwei gleich unglücklichen Entschlüssen blieb. Die Liebe zu Ihrem Volke hat Sie bestimmt, den zu fassen, dessen Gefahren die geringeren zu sein schienen, und der die Hoffnung bietet, die Existenz zu bewahren, welcher Zeit und Ereignisse den alten Glanz wiedergeben können [1].“ Es war geschehen, was Hardenberg vorausgesehen und vorausgesagt hatte: die Verhandlung war hingezogen worden, um die Bedingungen der Unterwerfung Preußen auf der Degenspitze zu überreichen.

An dem Tage, in dessen Frühe Krusemark gezeichnet, machte Napoleon dem Adjutanten des Kaisers Alexander, Oberst Czernischew, persönlich Mittheilung, daß er mit Preußen abgeschlossen habe. „In der Lage, in welche mich Eure Haltung seit einiger Zeit versetzt hat,“ sagte er Czernischew, „mußte ich mich Preußens durch einen Vertrag oder durch einen Handstreich versichern. Die Entwaffnung wäre ein so gewaltsamer Vorgang gewesen, daß sie den Bruch zwischen dem Kaiser und mir entschieden hätte. Ich habe deshalb mit Preußen abgeschlossen. Diese Allianz ist nichts als eine Vorsichtsmaßregel

[1]) Bei Pertz (Gneisenau 2, 256) ist diese Stelle aus dem P. S. vom 27. Februar nicht genau wiedergegeben.

meinerseits, welche die große Frage über Krieg und Frieden zwischen uns offen läßt. Je mehr ich nachdenke, um so weniger kann ich mich an den Gedanken gewöhnen, daß der Krieg zwischen Kaiser Alexander und mir ausbrechen könnte." Darauf zählte er in gewohnter Weise seine Beschwerden gegen Rußland auf, das mit England durch die Vermittelung angeblich Neutraler Handel treibe, die Einfuhr französischer Waaren verbiete u. s. w. Er sei noch immer bereit, zu erklären, die Wiederherstellung Polens nicht begünstigen zu wollen, den Herzog von Oldenburg zu entschädigen. Danzig könne er ihm nicht geben (S. 375. 400); er biete Erfurt, aber zum letzten Male. „Keine dieser Streitfragen ist einen Kanonenschuß werth. Gehen Sie zum Kaiser, übergeben Sie ihm diesen Brief. Sagen Sie ihm vor allem, daß ich ihn bitte, die Unterhandlung nicht länger zu verschieben, welche allen unseren Mißverständnissen ein Ende machen muß." Der Brief sagte Alexander nur, daß er (Napoleon) mit Czernischew über die seit fünfzehn Monaten eingetretenen Streitigkeiten gesprochen und daß es nur von Alexander abhänge, Alles zu beenden (24. Februar[1]). Es kam Napoleon lediglich darauf an, dem Eindrucke, den die Nachricht von dem Einrücken seiner Truppen in Preußen in Petersburg machen würde, noch ein stärkeres Gegengewicht durch ein von ihm selbst ausgehendes Friedensanerbieten zu geben, als Lauristons Erklärungen in Gemäßheit der Weisung vom 18. Februar vermöchten. Er will Alexander in Friedenshoffnung versetzen oder diese erhalten, ihn ungewiß machen, dadurch das Vorrücken der Russen verhindern, um ungestört durch Preußen vorgehen und die Weichsel erreichen zu können. Oberst Czernischew machte sich sofort auf den Weg nach Petersburg.

In Berlin erhielt man am 28. Februar Nachricht, daß französische Kolonnen von Mecklenburg und Schwedisch-Pommern her die Peene, d. h. die preußische Grenze am 26. überschritten und Demmin mit 3000, Anklam mit 4000 Mann besetzt hätten; am folgenden Tage, daß eine dritte Kolonne von 2800 Mann bei Wolgast über

---

[1]) Lefèbvre l. c. 5, 171. Bogdanowitsch a. a. O. 1, 408 D. Ü.

die Peene gesetzt sei, auf Usedom vorrücke und mit der Spitze Swinemünde erreicht habe: „behufs Konfiskation von Kolonialwaaren", wie die Befehlshaber erklärten. Da St. Marsan den Staatskanzler ohne jede Kunde hierüber zu sein versicherte, wurde der Major Kalkreuth unverzüglich nach Hamburg zu Davoust entsendet, Aufklärung über dies Vorgehen zu verlangen; zugleich wurden St. Marsan Noten übergeben (28. und 29. Febr.), welche die Zurücknahme von Maßnahmen forderten, die den Charakter der Feindseligkeit trügen. Oberst Borstell zog die preußischen Garnisonen auf die Insel Wollin zurück, koncentrirte die übrigen Truppen auf Kolberg, ließ die Wälle armiren, rief die Beurlaubten und Arbeiterbrigaden ein und benachrichtigte den französischen Obersten, der mit 500 Mann in Swinemünde eingerückt war, daß er die Feindseligkeiten beginnen werde, sobald die Swine überschritten würde [1]). Am 2. März Morgens erfuhr man in Berlin: jene französischen Abtheilungen seien auf dem Rückmarsch, nachdem sie überall vergebens nach Kolonialwaaren gesucht; Swinemünde sei noch am 28. Februar wieder geräumt worden. Dagegen traf Mittags, als der König bei Tafel war, die Kunde ein, die Division Gudin (S. 439) sei mit 15,000 Mann aus Magdeburg aufgebrochen, habe die Elbe überschritten und marschire auf Brandenburg. Der König befahl, die Truppen in Berlin bereit zu machen; General Lestocq sollte mit den Garnisonen von Berlin, Spandau und Potsdam den Franzosen entgegengehen, Scharnhorst und Gneisenau die weiteren Dispositionen entwerfen, während Hardenberg und Goltz zu St. Marsan gingen, diesem zu eröffnen, daß Einmärsche ohne Anzeige und Benachrichtigung als Kriegserklärung angesehen werden müßten. Um 6 Uhr Abends sollte die Garnison von Berlin durch den Generalmarsch gesammelt werden; um 5 Uhr traf Krusemarks Kurier mit den Verträgen vom 24. Februar ein; zugleich erfuhr man, daß die aus Magdeburg ausgerückten Truppen ihren Weg nach Stettin nähmen. Am folgenden Tage (3. März) erreichte Czernischew Berlin, machte Mittheilung von Napoleons

---

[1]) Anzeige des Oberst Borstell, Treptow 28. Februar; geh. Staatsarchiv.

Eröffnungen und fügte hinzu, daß nach den Armeelisten des französischen Kriegsministeriums, die er sich zu verschaffen gewußt, 550,000 Mann bereit ständen [1]).

Die Verträge vom 24. Februar wurden ratificirt (5. März). Sie untersagten sehr bestimmt jede Vermehrung der preußischen Armee und schrieben deren Dislocirung vor. Die Kommandanten von Kolberg und Graudenz waren anzuweisen, an den Generalstab der französischen Armee zu berichten, dessen Befehlen zu gehorchen, die Generalstabsoffiziere aufzunehmen, welche dahin geschickt, und die Artilleristen, welche zur Anfertigung von Munition dorthin beordert werden würden. Keine Aushebung, keine Zusammenziehung, keine Befestigung war ohne vorheriges Einverständniß beider Theile zulässig. Die Stellung und Bemannung der beiden Linienschiffe und der Fregatte war festgehalten. Die Neutralität Schlesiens war nicht mehr für die ganze Provinz zugestanden; sie sollte nur für deren östliche Bezirke, für Breslau, Oels und Brieg gelten. Dagegen übernahm Frankreich die Verpflegung der Garnison Glogau's vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages, die der Garnisonen von Stettin und Küstrin mit der völligen Abtragung der Kontribution. Was bedeutete dies, wenn zugleich den Befehlshabern der französischen Armee das Requisitionsrecht im vollsten Umfange zugestanden war? Jedoch sollte der Werth der Requisitionen auf den Rest der Kontribution angerechnet und die Zahlung der fälligen Raten derselben demgemäß aufhören. Das ganze Land war mit Ausnahme Potsdams und jener Theile von Schlesien den Bewegungen der französischen Armee geöffnet und hatte außer deren Quartierung und Verköstigung, außer jenen Requisitionen, bestimmte Lieferungen ungeheuersten Umfanges an Wagen, Pferden und Ochsen, an Pulver und Blei, an Naturalien jeder Art verträgsmaßig zu übernehmen. Der Werth der Letzteren sollte ebenfalls auf die Kontribution angerechnet werden [2]).

Es war die Unterwerfung Preußens. Und Napoleon blieb bei

[1]) Goltz an Krusemark am 29. Febr. und 3. März 1812. — [2]) S. die folgende Abhandlung.

diesen Verträgen nicht stehen. Sobald sich die französischen Heeresschwärme über Preußen ergossen, schrieb er am 6. März seinem Stabschef: „Ich habe eine Allianz mit Preußen geschlossen. Die Brücke bei Schwedt (S. 344) muß entfernt werden. Davonst wird den Preußen mittheilen, daß keine militärische Bewegung in seinen Linien stattfinden darf. Sobald der Traktat ratificirt ist, wird St. Marsan den preußischen Corps die Orte bezeichnen, wo sie stehen sollen." Er fand dann, daß es nöthig sei, auch Pillau und Spandau durch französische Truppen zu besetzen (Spandau mit 2 bis 3000 Mann); in beiden Plätzen könnten jedoch einige preußische Invaliden bleiben. Er müsse Herr dieser Plätze sein, da Spandau die Citadelle von Berlin, Pillau die Citadelle von Königsberg sei. Berlin müsse einen französischen Kommandanten erhalten. Mit 40,000 Mann in Magdeburg und Berlin sei Victor im Stande, Preußen bis zur Weichsel im Zaum zu halten; er solle das Oberkommando in allen Provinzen führen; nur die Küste sei, die westliche Hälfte unter das Gouvernement zu Stettin, die östliche unter das Gouvernement zu Danzig zu stellen. Jede Insulte gegen französische Soldaten sei durch Militärgerichte zu ahnden. In Berlin solle eine thätige Polizei für das ganze Land organisirt werden. Man müsse hier täglich Wachtparade halten und häufig Offiziere nach Potsdam schicken, um auch diese Stadt an den Anblick der französischen Uniformen zu gewöhnen. Die Magazine in Kolberg, die Gewehrvorräthe in Pillau und Königsberg seien für die französische Armee in Beschlag zu nehmen. „Herren von Torgau, Magdeburg, Berlin, Spandau, Stettin, Küstrin, Glogau, durch unsere Autorität und Aufsicht auch in Kolberg, endlich durch die Reservearmee zwischen Elbe und Oder sind wir in der Lage, im Falle eines unglücklichen Ereignisses nichts fürchten zu dürfen." „Die beste Art, die Ruhe Preußens zu sichern, besteht darin, es in die Ohnmacht zu versetzen, eine Bewegung zu machen [1])."

Rußland unterließ jeden Gegenzug gegen Napoleons Vormarsch an die Oder und weiter an die Weichsel. Die russischen Truppen

---

[1]) Correspondance de Napoléon 23, 381. 383.

rückten nicht einmal gegen den Niemen vor; unbeweglich hielten sie in ihren Quartieren in Kurland und Litthauen. Ungestört, in voller Muße konnte Napoleon seine gesammte Armee in Preußen und im Großherzogthum Warschau versammeln und ausruhen. Er hatte erreicht, wonach er anderthalb Jahre hindurch mit unausgesetzter Sorge, unvergleichlicher Thätigkeit und italienischer Verschlagenheit gestrebt hatte, nicht bloß seine im größten Maßstabe unternommene Rüstung unbehindert zu vollenden, das Herzogthum Warschau intakt zu bewahren, sondern auch Preußen ohne Schwertstreich wiederum vollständig zu besetzen, seine Armee an der Weichsel in aller Ruhe zu etabliren und die Vorräthe Preußens und Polens seinen weiteren Operationen ungeschwächt und in vollem Umfange zu sichern. Aber er irrte, wenn er diesen immensen Erfolg den Künsten seiner Unterhandlungen, seinen abwechselnden Einschüchterungen und Beruhigungen, den weit voraus kalkulirten Bewegungen seiner Truppen zuschrieb; Rußland gegenüber hätte er dasselbe Resultat mit weit geringerer Mühe erreichen können. Alexanders Entschluß, seine Grenzen nicht zu überschreiten, stand, wie wir wissen, schon Ende Mai des Jahres 1811 fest. Er motivirte, verbunden mit der Haltung Oestreichs, wiederum den Entschluß König Friedrich Wilhelms, dem Rathe Scharnhorsts, Gneisenau's und Boyens, dem Rathe des Staatskanzlers entgegen, der seit Mitte Juli 1811 den Anschluß an Rußland entschieden vertreten hatte, auf den Vertrag mit Napoleon einzugehen. Die Folge hat den Entschluß des Königs gerechtfertigt, durch welchen in kurzer Frist größere und glücklichere Erfolge für Preußen und Deutschland ermöglicht worden sind als dem entgegengesetzten beim denkbar günstigsten Gange der Dinge hätten zu Theil werden können.

Die große Armee war nach den Siegen von Smolensk und Borodino am 14. September in Moskau eingezogen. Napoleon schien auch hier am Ziele. Trotz so glänzender Erfolge hielt man in Berlin die Hoffnung fest, daß, wenn Rußland nur nicht Frieden schließe, doch noch eine Wendung eintreten könne. Diese Möglichkeit glaubte der Staatskanzler so wenig außer Acht lassen zu dürfen, daß er Ende September mit dem Grafen Metternich eine Erörterung anknüpfte,

welche Maßnahmen in solchem Falle zu treffen sein würden. In England hatte man sich wie 1807 und 1809 mit dem Plane beschäftigt, eine Expedition im Rücken Napoleons an der deutschen Küste landen zu lassen. Oberst Gneisenau, der nach Abschluß der Februarverträge scheinbar aus dem Dienste geschieden, in der That in geheimer Sendung über Wien nach Wilna zum Kaiser Alexander, von hier nach Stockholm, von Stockholm nach England gegangen war, um die Verbindung mit dem englischen Hofe zu unterhalten, berichtete hierüber aus London (29. August und 5. September): es sei beschlossen worden, dem Kronprinzen von Schweden Geld und 10,000 Mann zu gewähren; Bernadotte wolle sich jedoch zunächst gegen Dänemark wenden, Seeland erobern und dann erst an der deutschen Küste landen. Hardenberg erwiderte am 15. Oktober: „Unsere politischen Gesinnungen haben sich nicht geändert, darauf rechnen Sie gewiß. Wir wollen beharrlich einerlei Zweck; aber es kommt alles darauf an, den rechten Augenblick zu erwählen, um mit Erfolg für solchen zu wirken. Darnach müssen wir streben. Der König ist von dem Inhalt Ihrer Briefe unterrichtet. Er denkt wie wir. Obgleich er, wie Sie wissen, nicht so leicht in heroische Pläne hineingeht, so wird er dennoch nicht zurückbleiben, sobald das Wagestück nur nicht zu groß und ein guter Erfolg wahrscheinlich ist. Man ist in Wien unzufrieden mit Rußland, hofft von dorther gar nichts und setzt auch wenig Vertrauen in die Maßregeln der anderen Mächte, weil auf Rußland, wo immer noch dieselben Menschen, welche die bisherigen falschen Maßregeln nahmen, an der Spitze sind, gar nicht zu rechnen sei. Das einzige Hülfsmittel glaubt man in einem Versuche zu finden, während des Winters den allgemeinen Frieden zu vermitteln. Es ist unstreitig, daß die Sachen in Rußland unglaublich schlecht stehen und geleitet werden. Indeß hat Napoleon trotz seiner Siege mit den Schwierigkeiten zu kämpfen, die in seiner Stellung, in der Entfernung von seinen Staaten und der herannahenden bösen Jahreszeit liegen, und er kann in große Gefahr gerathen, wenn mächtige Diversionen in seinem Rücken gemacht werden und man ihm die Kommunikationen abschneidet oder sehr bedeutend erschwert, wenn dann Oestreich und Preußen den rechten

Zeitpunkt benutzen, kräftig zusammenwirken und durch ihren Einfluß und ihre Aufforderung Deutschland mit fortreißen. Von der Friedensvermittelung ist wenig zu hoffen, und gesetzt, der Friede käme zu Stande, würde er das Joch entfernen, das auf Europa lastet?" In diesem Sinne werde er sich in Wien äußern. Noch sei Preußen ganz in Napoleons Macht; ein voreiliger Schritt könne es ohne den geringsten Nutzen für das Ganze in den Abgrund stürzen. Für Landungen in diesem Jahre erscheine die Jahreszeit zu weit vorgerückt, wenn auch Seeland noch angegriffen werden könne. Nach den Nachrichten aus Schweden sei aber auch dies wenigstens für dieses Jahr aufgegeben. „Hat man einmal festen Fuß in unserem Rücken und giebt uns dadurch ein Appuy, so wird ein großer Theil Deutschlands, so werden wir uns, so wird Oestreich sich an die gute Sache anschließen."

Die Hoffnungen des Staatskanzlers schienen sich zu bestätigen, als ihm Ende Oktober über Kopenhagen ein Schreiben des Grafen Lieven, des früheren Vertreters Rußlands in Berlin, zuging. Es war am zweiten Oktober geschrieben und sagte, daß Rußlands Kräfte nicht gebrochen, vielmehr im Wachsen begriffen seien; die Donauarmee (der Friede mit der Pforte war am 28. Mai geschlossen worden) ziehe von Süden, die finnischen Truppen von Norden her auf den Kriegsschauplatz. Moskau sei aufgegeben worden, aber Rußland werde nicht Frieden schließen; selbst wenn Petersburg dem Feinde in die Hände fiele, würde der Krieg fortgesetzt werden. Die Friedensanträge, die Napoleon nach der Schlacht von Moshaisk gemacht habe, verriethen die Gefahr seiner Lage. Kaiser Alexander wolle die Unabhängigkeit und die Wohlfahrt seines Reiches gesichert sehen; er würde dies nicht zu erreichen glauben, wenn nicht auch Oestreich und Preußen ihre Unabhängigkeit wiedererlangten. „Unsere Interessen sind in dieser Beziehung die Eurigen. Indem wir den Kaiser in das Innere des Reiches gezogen, gaben wir Euch Freiheit des Willens und der Aktion zurück, welche zu benutzen Euer besonderes und das gemeinsame Heil Europa's Euch vorschreiben. Vereinigt Euch zu diesem großen Zwecke mit Oestreich. Stellt Oestreich die Uebereinstimmung der gemein=

samen Interessen vor, zeigt ihm den Sturz Napoleons und die Freiheit Europa's. Ich würde Ihnen nicht in diesem Sinne sprechen, wenn ich dazu nicht vollständig autorisirt wäre." Nachdem Hardenberg diese Aufforderung noch an dem Tage, an welchem sie eingegangen (28. Oktober), dem Könige vorgelegt, erhielt er die Weisung, vertraulich in Wien zu eröffnen: „Der König könne ohne Oestreich nichts unternehmen; aber wenn ihn Oestreich unterstütze, werde er nicht zögern, das System zu wechseln, und alle Kräfte zu dem Versuche zusammennehmen, seine Unabhängigkeit wiederzugewinnen und das fremde Joch abzuschütteln [1])." Hardenberg unterließ seinerseits nicht, Gneisenau aufzufordern, Sorge zu tragen, daß auch von London aus in diesem Sinne auf das Wiener Kabinet eingewirkt werde.

Vom Kriegsschauplatze erfuhr man durch einen Bericht Krusemarks aus Wilna — er war dem Herzoge von Bassano dorthin gefolgt —, der am 8. November in Berlin eintraf, daß Napoleon nicht die Absicht habe, den Winter über in Moskau zu bleiben; die große Armee werde bei Tula Winterquartiere beziehen. Am 13. November ergab weitere Meldung Krusemarks, daß die französische Armee in Bewegung sei, sich auf Smolensk zu koncentriren. An demselben Tage forderte Graf St. Marsan auf Grund einer Weisung Bassano's vom 4. November, der ein Befehl Napoleons vom 16. Oktober aus Moskau zu Grunde lag (die Armee hatte Moskau am 20. Oktober verlassen), die Ersetzung der beiden preußischen Kavallerieregimenter, die Napoleon zur Hauptarmee gezogen hatte, durch zwei gut berittene frische Regimenter und die Verstärkung des Hülfscorps. Die beiden Regimenter hätten sich in der Avantgarde ausgezeichnet, aber auch sehr gelitten. Zugleich möge der König ein neues Korps von 6000 Mann Infanterie und 1000 Mann Kavallerie auf Riga dirigiren; wohl verstanden jedoch, daß das preußische Korps bei Memel zu dieser Verstärkung nicht herangezogen werden dürfe. Der König müsse begreifen, daß die rasche Beendigung des Krieges vornehmlich in

---

[1]) So lautet wörtlich die bezügliche Erklärung des Königs in Zichy's Bericht an Metternich vom 29. Oktober 1812.

seinem Interesse liege, und daß man zu dieser nur gelangen könne, indem man Rußland durch die großen Mittel der Rekrutirung, die der Kaiser nicht nur in seinen Staaten, sondern auch durch die Unterstützung seiner Alliirten besitze, die Unmöglichkeit zeige, die französische Armee untergraben zu können, wie es hoffe[1]). Zur Erläuterung diente eine russische Mittheilung, welche Graf Brandenburg von Yorks Armeecorps in diesen Tagen nach Berlin brachte. Es war ein Schreiben des russischen Generals Essen vom 2. November an York: Napoleon sei bei Moskau geschlagen, Moskau wiedererobert worden, die französische Armee in voller Retraite. Essen fügte hinzu: „Es hängt von Ihnen ab, durch einen kühnen Entschluß die Fesseln Ihres Königs und Ihres Vaterlandes zu zerbrechen."

Graf Metternich legte dem Rückzuge Napoleons aus Moskau kein entscheidendes Gewicht bei; was etwa verloren sei, werde er bald auf dem Schlachtfelde wiedergewinnen[2]). Hardenberg hatte er auf jene Anfrage (S. 445) geantwortet, daß Oestreich die französische Allianz festhalten werde, die Rettung liege allein in der Herbeiführung des Friedens. Diesem Gedanken glaubte er nunmehr trotz Hardenbergs lebhafter Abmahnung Folge geben zu können. Er erließ eine Einladung an den Prinzen Regenten von England: den Abschluß des allgemeinen Friedens auf billigen Grundlagen zu unterstützen, und forderte Hardenberg auf, sich diesem Schritte in London anzuschließen. Die Mittheilung, die Zichy hierüber am 15. November machte, erfüllte Hardenberg mit Schmerz. Er mußte sich sagen, daß auf Oestreich wiederum nicht zu rechnen sein werde. Er betrachte diesen Schritt Oestreichs, so sagte er Ompteda, dem Agenten Englands, als einen Schlag ins Wasser. „Wie kann man hoffen, so vage Friedensvorschläge in einem Moment beachtet zu sehen, in welchem alle Vortheile des Friedens zu Gunsten Napoleons wären, der ihn aus der schlimmsten Verlegenheit zöge, die er je erfahren hat? Jedoch haben wir nicht

---

[1]) Correspondance de Napoléon 16. Oktober 1812. Das Schreiben Marets an St. Marsan wiederholt die Weisung des Kaisers wörtlich, auch daß die Zahl der Verstärkungen in den Zeitungen verdoppelt werden müsse. — [2]) Humboldts Berichte vom 12. und 18. November; geh. Staatsarchiv.

verweigern wollen, uns diesem Schritte anzuschließen; es könnte sogar vortheilhaft sind, während des Winters Unterhandlungen anzuknüpfen, um die vorhaendenen Streitkräfte zu vermehren und Unterstützungen zu erwarten, welche in diesem kritischen Moment durch Mangel an Uebereinstimmung und genügenden Verständnissen fehlen. Erst dann wird sich beurtheilen lassen, ob die Idee einer bewaffneten Mediation ausführbar ist oder nicht [1])." An demselben Tage (23. November) hatte Hardenberg bereits, nachdem er dem Könige Vortrag gehalten, an Gneisenau geschrieben: „O, warum wird der gegenwärtige, vielleicht schnell vorübergehende Zeitpunkt nicht recht benutzt! Aber es ist einmal der Wille des Schicksals, daß nirgend Zusammenhalten ist und kräftige wirksame Maßregeln genommen werden. Oestreich scheint sich darauf zu beschränken, den Mittler zum allgemeinen Frieden machen zu wollen. Es macht deshalb dem Prinzen Regenten eine allgemeine Eröffnung; vermuthlich hat es Napoleons Einwilligung dazu. Uns hat es aufgefordert, dahin mitzuwirken. Wir versprechen uns davon wenig. Indessen werden Sie im Namen des Königs hierdurch autorisirt, dort zu erklären, daß Preußen seiner Lage nach sich nur an Oestreich anschließen könne, daß unsere Gesinnungen und Wünsche unverändert sind, daß wir den Frieden als ein großes Gut betrachten und gern Alles dazu beitragen werden, insofern er allgemein und sicher wäre, daß wir bereit sind, wenn der Friede nicht zu Stande kommt, auch mittelst kräftiger Maßregeln gemeinschaftlich mit Oestreich zu handeln, wogegen wir dies allein nicht vermöchten. Eben dies soll ich Sie auf Befehl des Königs bitten dem Grafen Lieven auf dessen an mich gerichteten Brief zu antworten, da der Graf vermuthlich schon bei Ihnen (d. h. in London) angekommen sein wird und eine schriftliche Antwort manchen Bedenken unterworfen ist. Sagen Sie ihm insbesondere, daß der Kaiser Alexander auf die persönlichen Gesinnungen des Königs fest rechnen könne. Auf Oestreich wirken, von allen Seiten zusammenhängende kräftige Schritte zu rechter Zeit

[1]) Ompteda Politischer Nachlaß 2, 312. Der Auszug bei Pertz (Gneisenau 2, 460) giebt die Meinung des Staatskanzlers nicht genau wieder.

thun — darauf kommt's an. Verliert man wieder Zeit, läßt man Napoleon Zeit, sich zu erholen und neue Mittel anzuschaffen, so wird nichts ausgerichtet und das Uebel schlimmer werden [1])."

Wohl hatte Hardenberg Grund, zu klagen. Weitere Mittheilungen Metternichs ergaben, daß Kaiser Alexander die Eröffnung, welche Lieven dem Staatskanzler gemacht, auch nach Wien hatte gelangen lassen. Dem russischen wie dem englischen Kabinet hatte Metternich hierauf erklärt, daß Oestreich mit Frankreich nicht brechen, daß es den Vertrag mit Frankreich halten, aber nicht über denselben hinausgehen werde. Metternich fügte hinzu, daß Oestreich sich in anderer Stellung als Preußen befände, daß er zugebe, daß für Preußen eine Lage eintreten könne, in der es außer Stande sei, dem Beispiele Oestreichs zu folgen [2]). Es war das alte System vom vorigen Jahre: Preußen möge sich mit Frankreich überwerfen, Oestreich könne sich nicht kompromittiren.

Der König wollte Frankreich gegenüber mit Oestreich in Uebereinstimmung bleiben (26. November). Demgemäß wurde dem Grafen St. Marsan auf jene Forderung der Vermehrung der preußischen Hülfstruppen am 28. November erwidert: Der König wünsche ohne Zweifel lebhaft die Beendigung des gegenwärtigen Krieges. Dem Kaiser Napoleon sei jedoch durch freimüthige und eingehende Mittheilungen die Erschöpfung bekannt, in der sich Preußen durch die strikte Erfüllung der von ihm übernommenen Verpflichtungen befinde. Sie mache es unmöglich, neue Korps aufzustellen und zu unterhalten, wenn der Kaiser die bedeutenden Vorschüsse, welche Preußen über die Abtragung der Kontribution hinaus durch Lieferungen Frankreich bereits geleistet habe, nicht erstatten lasse. Auch habe der König weder Verlustlisten jener beiden Kavallerieregimenter noch Listen des gegenwärtigen Standes

---

[1]) Dieser Weisung vom 23. November lag ein früheres Schreiben ohne Datum bei, welches bei Pertz (Gneisenau 2, 462) abgedruckt ist. Es wird in den ersten Tagen des November geschrieben sein. Hardenberg sagt im Eingange des Schreibens vom 23. November in Bezug auf das erste liegen gebliebene: „Vieles hat sich verändert", d. h. die Hoffnungen auf Oestreich sind geschwunden. — [2]) Vergl. Ompteda Politischer Nachlaß 2, 321.

derselben erhalten, ebensowenig die betreffenden Listen der beiden Artilleriekompagnien, welche der Garde angeschlossen worden seien. Inzwischen werde Nichts versäumt, die nach den Allianzverträgen zu stellenden Truppen vollzählig zu machen; die Ersatzmannschaften für jene beiden Kavallerieregimenter würden möglichst bald in der Stärke von 800 bis 900 Pferden in Graudenz gesammelt werden. Andrer Seits schrieb Hardenberg dem Oberst Schöler nach Petersburg durch den dorthin abgesendeten Major Lützow: dem Grafen Lieven sei auf die Aufforderung vom 2. Oktober (S. 447) durch Gneisenau in London geantwortet worden, Lützow sei beauftragt, sowohl hierüber als auch von einigen andern Umständen Schöler zu unterrichten, der mit der nöthigen Vorsicht Kaiser Alexander Mittheilung zu machen habe. (10. December).

Krusemarks Berichte vom Kriegsschauplatze schienen zunächst der Auffassung, die man in Wien hegte, Recht zu geben. Napoleon sollte auf dem Rückzuge bedeutende Erfolge davongetragen haben; die Winterquartiere würden hinter der Düna und dem Dnjepr genommen und der nächste Feldzug auf Petersburg gerichtet werden; Napoleon selbst sei in Smolensk. Bald jedoch folgten andere Meldungen vom 28. November, welche am 8. December in Berlin eintrafen. Sie zeigten, daß Smolensk nicht behauptet worden sei, daß Napoleon in Wilna erwartet werde; die russische Donauarmee marschire auf Borisow an der Beresina; dies könne Verlegenheiten herbeiführen; indeß werde Napoleon ihrer ohne Zweifel Herr werden. Am 13. December kam Major Seydlitz, den York am 5. December, behufs Mittheilung einer ihm zugegangenen Aufforderung Paulucci's vom 1. December zum Abschluß einer Konvention abgesendet hatte, in Berlin an[1]; Tages darauf traf höchst überraschend die Anzeige des Postmeisters zu Glogau ein: Napoleon sei mit wenigen Begleitern am 12. Abends in Glogau angekommen und habe den Weg nach Dresden eingeschlagen. Am folgenden Tage (15. December) meldete St. Marsan dem Staatskanzler, daß er dem Könige einen Brief des Kaisers zu über-

---

[1]) Droysen York 1, 423. Eckardt York und Paulucci S. 72.

reichen habe. Der König nahm diesen am 16. December in Potsdam entgegen. Napoleon schrieb vom 14. aus Dresden; „Mein Herr Bruder! Graf St. Marsan wird Eurer Majestät die Bulletins mitgetheilt haben, aus denen Sie die Ereignisse seit meiner Abreise von Moskau ersehen haben werden. Nach dem Kampfe an der Beresina bin ich abgereist und habe das Kommando meiner Armee während meiner Abwesenheit dem Könige von Neapel überlassen. Ich werde in vier Tagen in Paris sein. Unter den gegenwärtigen Umständen würde ich wünschen, daß Eurer Majestät Truppen zahlreich genug wären, um für sich allein ein Armeecorps zu bilden, d. h. daß sie auf 30,000 Mann gebracht würden. Ich setze voraus, daß Ihr bevollmächtigter Minister Befehl erhalten wird, sich nach Paris zu begeben. Von Eurer Majestät in diesem Augenblick die Vermehrung Ihrer Truppen fordern, das heißt Ihnen zeigen, welches Vertrauen ich auf Ihre Beständigkeit in dem Systeme setze, welches Sie ergriffen haben. Ich habe Grund, mit dem Verhalten zufrieden zu sein, das Ihre Truppen während des ganzen Feldzuges bewiesen haben. Eure Majestät kann von dem Wunsche überzeugt sein, den ich hege, Ihnen Beweise der Achtung und vollkommenen Werthschätzung zu geben, welche ich Ihnen zolle." Der König sagte hierauf dem Grafen St. Marsan nach dessen Bericht: er werde die Wünsche des Kaisers so weit erfüllen, als dies die Lage seiner Finanzen zulasse. Der Kaiser habe zahlreiche Garnisonen in den Oderfestungen, die herausgezogen werden könnten; er übernehme es, diese durch preußische Truppen zu ersetzen, was ohne große Kosten geschehen könne [1]).

Welches Geschick die französische Armee getroffen hatte, war nun klar. Gleich am nächsten Tage (17. December) führte Kabinetsrath Albrecht in einer Denkschrift dem Könige aus, daß das Schicksal schwerlich zum zweiten Male einen solchen Moment herbeiführen werde, die Fesseln Europa's zu zerbrechen. Angenommen, daß ein Befehl des Königs an den General York, sich gegen die französischen Truppen zu richten, die Trümmer der großen Armee völlig vernichten

---

[1]) Lefèbvre histoire des cabinets 5, 186.

könnte, so wäre damit wenig ausgerichtet, wenn Oestreich in der französischen Allianz verbleibe. Was man auch sagen möge, Napoleon gebiete über so außerordentliche Ressourcen und sei so geschickt, sie zu benutzen, daß er bald Streitkräfte genug aufbringen werde, um den deutschen Fürsten vom Rhein bis zur Elbe zu imponiren und furchtbar genug im nächsten Frühjahre aufzutreten, selbst wenn von seiner Armee in Rußland und Polen nichts übrig geblieben wäre. Und dränge Rußland auch wirklich noch vor Eintritt des Frühjahrs nach Polen vor und bemächtigte sich dieses Reiches, fände dann auch die schwedische Landung in Norddeutschland westlich der Elbe statt, erhalte sie großen Anhang, so würden Preußens Kräfte doch gegen Frankreich, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Westfalen und Oestreich nicht ausreichen und Preußen höchst wahrscheinlich das Opfer des Krieges werden. Bleibe andererseits die Gunst des Augenblicks unbenutzt, so habe man nur auf den Spott Frankreichs zu rechnen. Ohne Oestreich in die Schranken zu treten, sei zu gefährlich. „Mit Oestreich müsse der vom Schicksal dargebotene Moment ergriffen werden; mit Oestreich und Rußland müsse jetzt oder nie das Unternehmen gelingen." Der König bemerkte, daß diese Denkschrift „beinahe wörtlich seine eigenen Ansichten über diesen so höchst entscheidenden Augenblick enthalte," zugleich aber: „ob Oestreich mit Frankreich zusammenhalte, darüber sind wir noch immer im Dunklen." An demselben Tage unterrichtete Hardenberg den General York, daß der Kaiser Napoleon seine Armee verlassen, und gab ihm von den Forderungen Kenntniß, die er für die Vermehrung der preußischen Hülfstruppen gestellt habe. Die frühere Forderung sei abgelehnt, über die letzte noch kein Entschluß gefaßt. Vermuthlich würden die Mannschaften und Streitkräfte auf dem rechten Weichselufer zur Verstärkung seines Corps und der Besatzung von Graudenz verwendet werden. Wenn York über die Memel zurückgehen sollte, möge er kluge Einleitung zur Besetzung von Pillau treffen. Er schreibe dies mit Vorwissen des Königs für ihn allein, im engsten Vertrauen; nächstens werde er bestimmte Befehle erhalten (17. December). Der König selbst trug dem Grafen Brandenburg, der diese Weisung zu überbringen hatte, auf, dem

General York zu sagen, daß Unterhandlungen mit Oestreich stattfänden [1]). Die in Aussicht gestellten Befehle erfolgten drei Tage darauf dahin, daß York als Generalgouverneur die Leitung der Provinz Preußen zu übernehmen habe, sobald er demnächst in die Grenzen Preußens zurückkehre. Bis dahin werde General von Bülow alles Erforderliche einleiten und ihn von den getroffenen Verfügungen in fortgehender Kenntniß erhalten. Zugleich erfolgte der Befehl, daß die Beurlaubten und Krümper Ost- und Westpreußens nach Graudenz einzuberufen und hier vom General von Bülow einzukleiden seien. Diese Befehle sollte Major Seydlitz seinem General überbringen. Bei der Abfertigung am 20. December sagte ihm der König (nach mündlicher Ueberlieferung [2]): General York müsse „nach den Umständen" handeln. Er erhielt damit zwar nicht Befehl, die französische Armee zu verlassen, aber doch freilich verantwortungsvollste Freiheit, dies unter Umständen zu thun. Wäre der König gemeint gewesen, die Partei Frankreichs festzuhalten, so war York selbstverständlich anzuweisen, den französischen Oberbefehlshabern unter allen Umständen zu gehorchen.

Noch in Smorgoni, bevor er die Armee verließ, hatte Napoleon seinem Adjutanten, dem General Grafen Narbonne, befohlen, sich nach Berlin zu begeben und von hier zu berichten, welchen Gang die Dinge nähmen. Er werde seine Instruktionen in Berlin finden [3]). Narbonne kam am 20. December in Berlin an und fand bei St. Marsan die Vorschrift, darauf hinzuwirken, daß Preußen bei der französischen Allianz beharre, daß die Verstärkung des Hülfscorps auf 30,000 Mann unverzüglich erfolge, die nöthigen Magazine an der Oder errichtet würden, um die Corps, welche nach der Weichsel vorgehen würden und an die Oder zurückgingen, zu ernähren, sammt den erforderlichen Lazarethen für die Kranken, endlich daß sämmtliche preußische Festungen mit Munition und Vorräthen wohl versehen würden. Bei den Konferenzen, die Narbonne und der Kommandant von Berlin, Marschall Augereau, mit dem Staatskanzler hatten, fügte Letzterer

---

[1]) Droysen York 1, 446. — [2]) Droysen York 1, 447. — [3]) Corr. Nap. 23, 337. 352.

jenen Forderungen noch den Vorschlag hinzu, einen Cordon preußischer Truppen an der oberen Oder zu ziehen, welchen St. Marsan lebhaft unterstützte. Am 23. December traf der Herzog von Bassano selbst auf der Reise von Warschau nach Paris in Berlin ein. Er blieb zwei Tage und versicherte, daß die französische Armee nicht in dem Maße geschwächt sei, wie man annehme, wenn sie auch starke Verluste gehabt; die der russischen Armee seien noch größer; neue Anstrengungen Frankreichs und seiner Alliirten seien das beste Mittel, den Frieden herbeizuführen. Er sprach dann von der Nothwendigkeit eines engeren Bündnisses zwischen Preußen und Frankreich, fügte jedoch hinzu, daß er dem Könige nur die Motive zu entwickeln habe, die den Kaiser zu dem Entschluß bestimmt hätten, die Armee zu verlassen. Bei der Eile, die ihm geboten, sei er im Augenblick außer Stande, sich einer Unterhandlung zu unterziehen; in Paris angekommen, werde er dort mit dem Vertreter Preußens solche alsbald einleiten.

Inzwischen waren dem Könige verschiedene Denkschriften von dem General Tauentzien, dem früheren Gesandten in Paris, Brockhausen, von Knesebeck und von Ancillon überreicht worden. Knesebeck hatte die Täuschung wohl erkannt, der er sich zu Anfang des Jahres hingegeben, als er mit Ancillon wähnte, daß Napoleon Preußen „eine sichere und ehrenvolle Allianz gewähren werde", daß der Kaiser Alexander zu größerer Nachgiebigkeit gegen Napoleon zu bewegen und damit der Krieg zu vermeiden sein müsse. Jetzt war er um so eifriger, den Irrthum wieder gut zu machen. „Es ist Zeit, zu handeln," sagte er dem Könige am 23. December: „die französische Armee sei vernichtet, in Danzig, in den Oderfestungen und auf dem Marsche nach Osten befänden sich höchstens 60,000 Mann. Oestreich scheine geneigt, zu handeln, und Baiern, Sachsen, die übrigen deutschen Staaten erwarteten wohl Oestreichs Entschluß. Oestreich wolle den Frieden vermitteln; seine Bedingungen würden den Absichten Rußlands, Europa von der Uebermacht Frankreichs zu befreien, voraussichtlich gemäß sein. Preußen müsse daher, ohne sich schon jetzt gegen Frankreich zu kompromittiren, eine Stellung einnehmen, die ihm gestatte, Oestreichs oder Rußlands Partei zu

ergreifen. Vor allem müsse der König sich der Gewalt der Franzosen entziehen, Berlin schon in den nächsten drei Tagen verlassen und nach Schlesien gehen. Alle Krümper müßten einberufen werden, die der Marken und Schlesiens in die schlesischen Festungen, die Pommerns nach Kolberg; alle Festungen mit Proviant auf sechs Monate versehen werden und keine fremden Truppen mehr einlassen. Ein Bevollmächtigter müsse sogleich nach Wien gehen, um hier die Frankreich vorzulegenden Friedensbedingungen zu vereinbaren und Oestreich zu bewegen, sogleich, ehe Napoleon eine neue Armee sammle, 100,000 Mann an den Oberrhein, 60,000 Mann nach Italien abzuschicken und ein Hülfscorps von 30,000 Mann für Preußen bereit zu machen. Deutschland und Italien würden unter dieser Aegide aufstehen. Je schneller dies alles geschehen könne, mit je weniger Blutvergießen sei Europa's Freiheit zu erkämpfen. Im sechsten Monate würde Napoleon wieder stark sein und ohne inneren Widerstand gewiß wieder an der Spitze von 200,000 Mann stehen. Jetzt würden 100,000 Mann mehr ausrichten als 500,000 nach sechs Monaten. Die Abreise des Königs, die Sammlung der waffenfähigen Mannschaft seien die Vorbedingungen für alles Andere und müßten unverzüglich geschehen. Sobald der König in Schlesien und die waffenfähige Mannschaft in Kolberg, Graudenz und den schlesischen Festungen gesammelt sei, könne sich der König entweder, wenn Oestreich zögern sollte, für Rußland erklären, oder abwarten, wozu sich Oestreich entschließen wird. Ancillon schloß sich diesen Ausführungen in doktrinärer Abschwächung an (24. December). Die Herrschaft Frankreichs müsse gebrochen, die Uebermacht Rußlands verhindert werden. Preußen könne jedoch die Führung nicht nehmen, sondern nur in zweiter Linie handeln. Oestreich müsse führen, Preußen aber Oestreich vorwärts treiben. Oestreich müsse die Mediation deklariren, seine Truppen koncentriren und als Bedingung vorschreiben, daß Frankreich über den Rhein zurückweiche. Zur Feststellung der Friedensartikel, zum Abschluß der Allianz zwischen Oestreich und Preußen möge der König den Oberst Knesebeck nach Wien senden. „Dieselben Grundsätze, welche vor acht Monaten die Allianz mit Frankreich diktirt, geböten heute

die Allianz mit Oestreich. Damals sei Vorsicht nöthig gewesen, heute gelte es Entschlossenheit, aber eine überlegte Entschlossenheit und eine wohlabgemessene Thätigkeit." Er überschätzte bei weitem Oestreichs Willen und Stärke, welche schon Knesebeck viel zu hoch angeschlagen hatte; er unterschätzte Preußens Geist und Kraft in noch höherem Maße.

Der König hatte Hardenberg bereits befohlen, mit Knesebeck und Ancillon über den Weg, welchen Preußen einzuschlagen habe, in Berathung zu treten. Der Staatskanzler wollte Preußen nicht unbedingt an Oestreich gebunden wissen; wenn Oestreich das, was man voraussetze, nicht thue, so müsse Preußen eben allein mit Rußland in Aktion treten; daß Oestreich nicht gegen Preußen sein werde, davon halte er sich fest überzeugt. Am 26. December sendete er dem Könige, der ihm Tags zuvor alle jene Denkschriften übergeben, dieselben mit seinen Gegenbemerkungen versehen zurück und berichtete, daß er sich in der am 25. December abgehaltenen Konferenz mit Ancillon und Knesebeck über folgende Punkte geeinigt habe: die Zeit des Handelns sei gekommen, kein Augenblick dürfe versäumt werden; Preußen sei am gedrängtesten und habe am meisten verloren; somit habe es auch die größten Anstrengungen zu machen, seinen Ruhm, seine Unabhängigkeit, seine Macht wiederzugewinnen. Preußen müsse alles aufbieten, Oestreich zu schnellem Handeln und dazu zu bestimmen, als bewaffneter Vermittler in Gemeinschaft mit Preußen einzutreten. Ueber das Minimum der zu stellenden Friedensbedingungen müsse man sich mit Oestreich verständigen. Weise Napoleon diese zurück, so sei dies der Krieg, der bei gehörigen Maßregeln zwischen Rhein und Weser und am Oberrhein geführt werden könne. Die Streitkräfte Preußens seien augenblicklich in allen Provinzen zu sammeln und zu koncentriren, um der Unterhandlung Nachdruck, Oestreich Vertrauen, Rußland den Glauben zu geben, daß Preußen zur alten Allianz zurückkehre. Ohne kräftige und schnelle Maßregeln werde es auch schwer sein, die gespannte Erwartung des Landes von wilden Ausbrüchen zurückzuhalten. Die Kosten könnten nicht in Frage kommen. In einem Falle der Noth und Rettung müsse das Geld

genommen werden, wo es zu finden sei. Der König möge sich bald nach Schlesien begeben, weil von dort aus selbstständig gehandelt werden könne und Rußland, Oestreich und die übrigen Mächte darin ein Unterpfand sehen würden, daß man handeln wolle; doch sei wünschenswerth, Oestreichs Meinung hierüber vorerst zu kennen. Den Abgang des Oberst Knesebeck nach Wien habe der König bereits befohlen. Er werde sich unterwegs mit General Scharnhorst besprechen, der dann mit Oberst Boyen in Ratibor zusammentreffen und von dem Ergebniß dem Oberst Knesebeck direkt nach Wien Nachricht geben werde. Hardenberg hatte eben Mittheilung aus Wien empfangen, daß Oberst Boyen mit einem Auftrage Kaiser Alexanders aus Petersburg auf der Reise nach Berlin an der Grenze Galiziens eingetroffen sei. Endlich sei es von großer Wichtigkeit, den Schein der Anhänglichkeit an das französische System festzuhalten und den militärischen Maßregeln die Gestalt zu geben, als ob sie für Frankreich getroffen würden. Auch müßten Krusemark und Beguelin unverzüglich nach Paris abgehen, die von Maret in Aussicht gestellten Unterhandlungen zu eröffnen; sie dürften jedoch nichts abschließen und hätten, wenn dies verlangt würde, Mangel an Vollmacht vorzuschützen. Der König erwiderte: „Auch ich bin im Ganzen mit den eingereichten Memoires und Ihren hinzugefügten Bemerkungen einverstanden, habe jedoch mit Bleistift einige Stellen noch besonders bemerkt und einige meiner Ansichten hinzugesetzt. Ich bin morgen um zwölf Uhr in Berlin und erwarte Sie alsdann (27. December)."

Die Bedenken, die der König Hardenberg hier zuerst mündlich, dann auch schriftlich (28. December) näher bezeichnete und dem Oberst Knesebeck aussprach, bestanden wesentlich darin, daß die Hoffnung, den Krieg am Rhein führen zu können, eine Chimäre sei; um dahin zu gelangen, müßten erst noch einmal 300,000 Franzosen vernichtet sein. Aber selbst wenn man den Krieg dort führen könnte, würde er mit größerem Vortheil im Norden stattfinden. Im Norden vermöchten Preußen, Oestreich, Rußland, England und Schweden am leichtesten zusammenzuwirken. In ihren Grenzen angegriffen, würden

die Franzosen mit neuem Enthusiasmus und größerer Energie fechten als fern von ihrer Heimath im Norden, wo sie so üble Erfahrungen gemacht. Außerdem trete Rußland im Norden mit ganzer Macht auf, und Oestreichs Heere gelangten hier ebenfalls eher zur Koncentrirung. „Schlagen muß man und vernichten; dies aber geschieht zuverlässiger im Norden als am Rhein, bis wohin Rußlands Macht nie mit ganzer Kraft kommen wird und beinahe nicht kommen darf." Weiter meinte der König, daß, wenn Oestreich auch auf den Gedanken der bewaffneten Mediation eingehe, es äußerst schwierig sein werde, sich über die Bedingungen zu verständigen, welche geeignet seien, das Gleichgewicht Europa's herzustellen. Von Napoleons Art und Charakter sei nicht zu erwarten, daß er sich das Gesetz machen lasse; er werde eher zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Demnach scheine es am gerathensten, abzuwarten, ob Napoleon im nächsten Frühjahr defensiv oder offensiv auftrete. Verhalte er sich defensiv, so gehe Rußland zur Offensive über, und der Uebergang über die Weichsel sei in diesem Falle das Zeichen des Aufbruchs für Oestreich und Preußen. Gehe Napoleon jedoch offensiv vor, so koncentrire Rußland, welches das feierliche Versprechen Oestreichs und Preußens zur Theilnahme am Kriege gegen Frankreich erhalten hat, seine Armee von der Weichsel rückwärts nach Litthauen. Sobald Napoleon die Memel überschritten, wendeten sich die östreichischen Streitkräfte, die in der inzwischen gewonnenen Zeit in Böhmen und Galizien, und die preußischen, die bei Kolberg und in Schlesien koncentrirt worden, gegen Napoleon. Die gänzliche Vernichtung der französischen Armee wäre dann die unausbleibliche Folge. Hardenberg und Knesebeck hoben dagegen hervor, obwohl auch sie der Meinung waren, daß Rußland bis zum Frühjahre nur bis zur Weichsel gelangen und etwa das Herzogthum Warschau okkupiren werde, daß dieser Plan höchst mißlich sei, weil er Napoleon volle Zeit gewähren würde, eine neue und starke Armee zu sammeln, seine Macht in Deutschland zu befestigen, und Preußen zum Kriegstheater mache. Der Nothwendigkeit sofortiger Rüstung stimmte der König zu; die Armee sollte so rasch

als möglich auf 90,000 Mann gebracht und zu diesem Zwecke die Krümper einberufen und die noch ungeübten Waffenfähigen als Miliztruppen zusammengezogen werden. Krusemarks Instruktion wurde nach dem in der Konferenz vom 25. December festgestellten Gesichtspunkt ausgefertigt (31. December).

Auf Grund dieser Lage konnte Hardenberg dem Oberst Gneisenau am 29. December nach London schreiben: die Elemente seien so treue und mächtige Verbündete der Russen gewesen, daß die große Armee aufgelöst sei. Man bemühe sich jetzt, die Trümmer an der Weichsel zu sammeln; er glaube nicht, daß noch 60,000 Mann übrig seien. Der König von Neapel sei mit 30,000 Mann in Königsberg; von diesen seien nicht 5000 bewaffnet. Die Russen seien an der Grenze; unser Corps, mit einer französischen, noch in gutem Stande befindlichen Division zusammen etwa 25,000 Mann stark, auf dem Rückzuge nach Kurland. Die Russen, die auch wohl stark gelitten hätten, verfolgten nicht rasch. Es wäre sehr wesentlich, wenn sie sich wenigstens des Herzogthums Warschau bemächtigen könnten. Oestreich habe seine Vermittlung angeboten. „Es ist wichtig, dahin zu wirken, daß es nicht bei Unterhandlungen stehen bleibt, sondern gleich stark imponirende Maßregeln damit verbindet. Der König bleibt dabei, sowie die Sachen jetzt noch stehen, nicht allein etwas unternehmen zu wollen; aber er ist fest entschlossen, mit Oestreich Alles für die gute Sache einzusetzen, und wir unterlassen nichts, um den Wiener Hof anzufeuern. Wirken Sie nun dort, mein Freund, damit England und Schweden recht kräftige Operationen ausführen, sobald es nur irgend die Jahreszeit zuläßt. Theilen Sie dem Grafen Lieven alles Vorstehende vertraulich mit; aber bitten Sie ihn, ja recht vorsichtig zu sein, damit wir nicht vor der Zeit kompromittirt werden, und seien Sie es selbst. Wir müssen dem Scheine nach unser bisheriges System durchaus verfolgen. Napoleon hat die Vermehrung unseres Hülfscorps auf 30,000 Mann gefordert und dagegen versprochen, es selbstständig unter einem preußischen General beisammen zu lassen. Man fordert von uns, einen Cordon an der oberen Oder

zu ziehen. Wir benutzen dies, um unsere Armee zu vermehren und unsere todten und lebendigen Streitkräfte zu sammeln, wie wir es im Herbst des vorigen Jahres thaten und beabsichtigten."

Die Instruktion, welche Knesebeck sammt Vollmacht zum Abschluß eines Bündniß-Vertrages mit Oestreich erhielt, ging davon aus, daß die Allianz beider Mächte das einzige Mittel sei, Frankreichs Herrschaft wirksam zu bekämpfen und zu verhüten, daß Rußland bei fernerem siegreichem Vorschreiten eine Autorität in den deutschen und europäischen Angelegenheiten erlange, welche weder Oestreich noch Preußen konveniren könne. Der Oberst habe zuerst festzustellen, ob Oestreich durch die Frankreich angebotene Vermittlung für dieses oder gegen dieses einzutreten beabsichtige. Erlange er die Ueberzeugung, daß letzteres die Absicht sei, so habe er zu erklären, daß Preußens Lage ihm nicht erlaube, im gegenwärtigen Augenblicke die Initiative gegen Frankreich zu nehmen. Aber der König fürchte und vermeide den Krieg nicht. Er rüste; bis diese Rüstung vollendet sei, müsse er die Rolle eines aufrichtigen Verbündeten Frankreichs spielen. Solle Oestreichs Vermittlung Frucht für die gute Sache tragen, so müsse sie nicht angeboten, sondern angekündigt werden und bewaffnet sein. Der König werde dann seinen Beitritt zu dieser Vermittlung erklären. Frankreich werde sie nur zum Schein annehmen; darum werde auch Oestreich sofort rüsten müssen. Wenn Oestreich diese Absichten hege, so habe der Oberst auf dieser Grundlage abzuschließen; hege Oestreich sie nicht, so sei die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß Oestreich diesen Weg betrete. Schließlich habe er zu bedenken zu geben, ob es den Interessen Oestreichs entsprechen würde, wenn dessen Zurückhaltung den König in die Lage bringe, mit Rußland ein Sonderbündniß schließen zu müssen. Von Frankreich werde die Räumung Deutschlands bis zum Rhein, der Verzicht auf seine deutschen Besitzungen, das Aufhören des Rheinbundes zu fordern sein. Die Hansestädte würden wiederhergestellt werden; den Rheinbundsfürsten könne die Fortdauer ihrer gegenwärtigen Existenz vorbehaltlich späterer Verhandlungen zugesichert werden, und an die Stelle des Einflusses Frankreichs würde insbesondere für die militärischen Einrichtungen im

Süden des Main der Einfluß Oestreichs, im Norden des Main der Einfluß Preußens treten. Preußen werde mit allen seinen Kräften auftreten, den östreichischen Truppen seine Provinzen zum Durchmarsch für die Kriegsoperationen, ja auch seine Festungen öffnen, wenn die Ereignisse dies nothwendig machen sollten. Dagegen wünsche es, daß Oestreich 80,000 Mann in Böhmen, die nach den Umständen auch in der Richtung gegen den Rhein verwendet werden könnten, und 30,000 Mann in Mähren aufstelle, welche mit den an der Oder zu koncentrirenden preußischen Truppen kooperiren würden. Auch scheine es förderlich zu sein, wenn Oestreich 30,000 Mann nach Italien sendete und die Völker Italiens zur Mitwirkung aufriefe. Endlich habe Knesebeck in Wien mitzutheilen, daß der König beabsichtige, um die volle Freiheit seiner Entschließungen zu erlangen, sich nach Schlesien zu begeben, „wenn man nicht etwa in Wien meine, daß dadurch die gemeinsamen Absichten verrathen würden." Ertheilte Oestreich seinen Rath in dieser Frage, so war derselbe, was der Staatskanzler wünschte, eine Verpflichtung mehr für Oestreichs Theilnahme an der Befreiung Deutschlands.

Der König hatte diese Instruktion und die dazu gehörige Vollmacht zum Abschluß eines Allianzvertrages zu Potsdam am 2. Januar 1813 vollzogen, als ihm ein Schreiben des Königs von Neapel vom 29. December aus Königsberg zuging. Murat schrieb: „Ich verliere keinen Augenblick, Eurer Majestät anzuzeigen, daß die Avantgarde des 10. Corps (Macdonald) gestern Morgen in Tilsit ihre Vereinigung mit einem Streifcorps bewerkstelligt hat, welches ich dorthin geschickt und welches vorgestern die Russen von dort vertrieben hat. Dieselbe Avantgarde hat vorgestern ein Gefecht gehabt, dessen Resultat die Gefangennahme einiger Bataillons und die Wegnahme eines Geschützes war. Inzwischen verschwinden die russischen Streifcorps, welche bis Wehlau, Gumbinnen und Insterburg vorgegangen waren. Wehlau und Taplacken sind gestern durch meine Truppen wieder besetzt worden. Ich habe jetzt die Gewißheit, daß die Russen nur wenige Leute in Gumbinnen und Insterburg hatten." In dem Begleitschreiben, mit welchem St. Marsan diesen Brief Murats dem

Staatskanzler übersendet hatte, bemerkte der Gesandte: das Schreiben an den König enthalte jedenfalls die sehr erwünschte und wichtige Nachricht, die ihm der Fürst von Neufchatel mittheile, daß die Avantgarde des Herzogs von Tarent am 28. in Tilsit eingerückt sei, nachdem sie den Feind über den Haufen geworfen, zwei Bataillone gefangen und zwei Geschütze erobert habe. „Der Marschall, die Division Grandjean und die Kolonne des Obersten Massenbach sollten am 29. den Niemen passiren; York und Kleist, welche die Hinterhut bildeten, wurden am Abend erwartet." Anders lautende Nachrichten von diesen Truppen erhielt der König Nachmittags desselben Tages. Eine halbe Stunde nach drei Uhr meldete sich in der Orangerie im neuen Garten, wo der König gespeist hatte, Major Graf Henckel vom Corps des Generals York; er war von diesem am 27. December Mittags mit einem Schreiben an den König abgefertigt worden. York zeigte dem Könige an, daß er auf dem Rückzuge von Mitau nach Tilsit seit zwei Tagen vom Marschall Macdonald getrennt sei. Er glaube nicht, daß er wieder zu diesem stoßen könne, und werde, im Falle er auf ein russisches Corps treffe, bemüht sein, Alles so zu leiten, daß er die Truppen konservire, die Ehre der Waffen nicht kompromittire, und der König nach kurzer Frist frei über das Corps disponiren könne. Wahrscheinlich werde er durch das Wittgenstein'sche Corps von Tilsit abgedrängt werden; er sei dann Willens, sich gegen Memel zu ziehen und einen augenblicklichen Waffenstillstand in der Art abzuschließen, wie der Marquis Paulucci vorgeschlagen. „Ich bin noch immer ohne Leitfaden. Weder der Kapitain von Schack [1]) noch der Major von Seydlitz sind zu mir gekommen; selbst von der Grenze habe ich seit acht Tagen keine Nachricht. Meine Lage ist wahrlich sehr peinlich, da ich beim besten Willen fehlgreifen kann. Handle ich unrecht, so werde ich meinen alten Kopf ohne Murren zu Eurer Majestät Füßen legen. Nur der Gedanke, mir vielleicht

---

[1]) York hatte Schack am 30. November 1812 nach Berlin geschickt, um den König von dem Zerwürfniß zu unterrichten, welches zwischen ihm und Macdonald eingetreten war.

die Unzufriedenheit Eurer Majestät zuzuziehen, macht mich sehr unglücklich. Ueber alles Uebrige bin ich völlig einig mit mir selbst (27. Debr.)." Das anliegende Schreiben des Marquis Paulucci vom 22. Debr. enthielt den Vorschlag [1]), daß das preußische Corps gegen das Versprechen, binnen zwei Monaten nicht offensiv zu verfahren, Kantonnements bei Liebau beziehe. Werde inzwischen keine Vereinbarung zwischen den Höfen von Preußen und Rußland getroffen, so werde es dann dem General York freistehen, sich mit dem nächsten preußischen oder französischen Korps zu vereinigen. Diesem Briefe hatte der Marquis Paulucci beglaubigte Abschrift eines an ihn gerichteten Schreibens des Kaisers Alexander (Petersburg, 18. December) beigefügt, in welchem dieser Paulucci ermächtigte, mündlich oder schriftlich dem General York zu erklären, daß für den Fall, daß der König von Preußen gemeinsame Sache mit Rußland mache, der Kaiser die Verpflichtung übernehmen werde, die Waffen nicht eher niederzulegen, bis Preußens Gebiet den Umfang erreiche, der es die Stelle unter den Mächten wieder einnehmen lasse, welche es vor dem Kriege von 1806 besaß [2]).

Wie überrascht der König von dieser unerwarteten Lage der Dinge, durch den Entschluß war, dessen nahe Vollziehung General York ankündigte, er billigte ihn. Ohne Zögern antwortete er dem Könige von Neapel noch an demselben Tage (2. Januar): „Ich bin sehr dankbar für die Aufmerksamkeit, welche Eure Majestät mir durch die angenehme Nachricht von der Ankunft der Avantgarde des 10. Corps zu Tilsit und der Erfolge, welche sie dort über die Russen davongetragen hat, erwiesen haben. Jetzt wünsche ich jedoch die glückliche Vereinigung meiner von den Generalen York und Kleist befehligten Truppen mit dem Reste dieses Corps mit um so größerer Ungeduld zu erfahren, als die Nachrichten, welche mir über diese zugegangen sind, mir Besorgniß einflößen müssen, da diese Truppen

[1]) Vgl. S. 452. Am 7., 11. und 17. Decbr. hatte Paulucci York zu einfachem Uebertritt aufgefordert. — [2]) Vgl. Droysen York 2, 269. Die daselbst erwähnte Weisung: de ne pas y donner de plus grande latitude fehlt in der im Text erwähnten beglaubigten Copie.

sich auf Befehl des Herzogs von Tarent erst zwei Tage später als die übrigen in Marsch gesetzt haben." Mit diesen Zeilen reiste der Major von Luck am folgenden Tage (3. Januar 1813) zum Könige von Neapel nach Königsberg ab [1]), während Hardenberg dem Grafen St. Marsan ausführlicher schrieb: „Den guten Nachrichten, welche Sie die Güte gehabt haben mir gestern mitzutheilen, sind bald sehr schlechte gefolgt. Ich gestehe, daß ich bereits für diese Arrieregarde unter den Befehlen der Generale York und Kleist, welche angeblich am 29. Abends in Tilsit ankommen sollte, sehr große Besorgnisse hegte, da sich diese dem Befehle des Herzogs von Tarent gemäß erst am 20. Abends in Marsch gesetzt hatte, während die übrige Armee am 19. am frühesten Morgen aufgebrochen war. Sie sind nur zu sehr bestätigt worden. Der Major von Henckel ist, nachdem er viel Mühe gehabt, durchzukommen, mit der Nachricht eingetroffen, daß sich diese beiden Generale mit 7 bis 8000 Mann von allen Seiten von unendlich überlegenen feindlichen Korps eingeschlossen sähen, und daß es unmöglich war, den Marsch auf Tilsit fortzusetzen. Der General York wollte noch eine Seitenbewegung versuchen und sich auf Memel zu werfen bemühen. Aber es ist durchaus nicht wahrscheinlich, daß er dorthin gelangen könne, da wir wissen, daß der Marquis Paulucci mit seinem Corps geraden Weges und mit größter Schnelligkeit auf diese Stadt marschirt ist und sich derselben bemächtigt hat. Wir erwarten demnach, zu erfahren, daß dieser Theil unseres Korps abgeschnitten ist. Der König ist dadurch in außerordentliche Betrübniß versetzt. Es ist fast unbegreiflich, weshalb der Marschall von Tarent einen so großen Zwischenraum zwischen dem Marsch der beiden Theile seiner Armee hat eintreten lassen. Mir scheint, daß es nur eine Art der Erklärung hierfür giebt. Er hat dem General York nur sechs Schwadronen gelassen. Daraus folgt, daß er vor Allem die Kavallerie und den größten Theil seines Corps retten wollte, indem

[1]) Es ist demnach ganz unmöglich, daß Graf Henckel diesem, wie dessen Erinnerungen (S. 173) behaupten, am 31. December oder 1. Januar zwischen Friedeberg und Landsberg begegnet ist. Ebenso unrichtig ist der Zweck der Sendung Lucks bezeichnet.

er den General York den Angriffen der Russen überließ (3. Januar)."

Die Absicht beider Schreiben ist klar; sie sollten den König von Neapel, den Vertreter Frankreichs in Berlin und durch diesen Napoleon selbst auf das bevorstehende Ereigniß vorbereiten. Mit voller Absicht ließ der König auch den General Krusemark noch am 3. Januar nach Paris abreisen. Er war angewiesen, auf Zahlung der preußischen Vorschüsse zu dringen, scharf zu beobachten und keine neue Verpflichtung einzugehen. Unter scheinbarer Festhaltung der französischen Allianz wollte man den Weg gewinnen, zugleich auch mit formellem Rechte von ihr zurücktreten zu können, indem der Beweis erbracht wurde, daß Frankreich die gegen Preußen übernommenen Verpflichtungen nicht nur nicht erfülle, sondern auch zu erfüllen verweigere. Knesebecks Instruktion erhielt den Zusatz: daß die Lage in wenigen Wochen kritischer werden, daß die Russen bis zur Oder vorrücken könnten. „Der König würde sich für Rußland erklären müssen, wenn dieses die Weichsel überschritte. Es würde ein Vortheil ersten Ranges für die gemeinsame Sache sein, wenn Rußland und Preußen die französischen Waffen bis zur Elbe zurückdrängten. Der Oberst Knesebeck hat sich demnach zu beeilen, gleich bei seiner Ankunft in Wien vor allem Anderen diese Betrachtungen dem östreichischen Ministerium vorzuhalten und von demselben eine kategorische und günstige Erklärung für den Fall zu verlangen, daß die Russen die Weichsel überschritten und bis zur Oder vorgingen. Der König will ohne Zustimmung Oestreichs mit den Russen keine Vereinbarung treffen. Er wünscht, daß diese erfolge, und es wäre in Oestreichs Interesse, so zu verfahren (4. Januar)." Knesebeck reiste sofort ab.

Das Ereigniß ließ nicht auf sich warten. Der Staatskanzler war am 4. Januar von dem Kommandanten Berlins, General Augereau, zum Mittagstisch geladen; Graf St. Marsan, der Adjutant Napoleons Narbonne, Fürst Hatzfeldt waren anwesend. Beim Dessert brachte ein Kurier aus Königsberg dem Grafen St. Marsan die Nachricht, daß General York eine Konvention mit den Russen

geschlossen. Die Franzosen geriethen in die größte Bestürzung. Der Staatskanzler hatte das Unglück vorausgesagt. Am Abend überreichte ihm St. Marsan mittelst einer Note Abschrift des Schreibens, welches York am 30. December an Macdonald gerichtet, und der Zuschrift vom 31. December, mit der Macdonald dieses Schreiben Yorks dem Chef des Generalstabes, Fürsten von Neufchatel, in Königsberg übergeben hatte. York zeigte dem Marschall an, daß er eine Konvention geschlossen, nach welcher die preußischen Truppen ein neutrales Korps auf preußischem Gebiete bilden würden: „die kommenden Ereignisse, Folgen der Verhandlungen, die unter den kriegführenden Mächten stattfinden müßten, würden über die endliche Bestimmung dieser Truppen entscheiden." Macdonald hatte hinzugefügt: „General Massenbach, der hier (in Tilsit) mit mir war, mit zwei Batterien, sechs Bataillonen und zehn Escadronen, ist diesen Morgen ohne meinen Befehl abmarschirt, um über den Niemen zurückzugehen. Er wird sich mit General York vereinigen. Er läßt uns ohne einen Mann Kavallerie dem Feinde zur Beute. Ich sammle in Eile die 7. Division (Grandjean) und setze sie in Marsch nach Labiau. Ich weiß nicht, ob ich intakt ankommen kann, da ich von Kavallerie umgeben bin." St. Marsans Note sagte: „Die Folgen dieses Ereignisses sind unberechenbar; die höchsten Interessen könnten gefährdet werden, wenn nicht auf der Stelle die schleunigsten, kraftvollsten, deutlichsten und zugleich offenkundigsten Maßregeln ergriffen würden. Ich erwarte sie mit Ungeduld von der mit so großem Recht anerkannten Loyalität des Königs." Mit diesen Schriftstücken begab sich Hardenberg noch Abends zum Könige und darnach wieder zu St. Marsan, um diesem mitzutheilen, daß der König überrascht und indignirt sei.

Von York gesendet, traf am folgenden Morgen (5. Januar) Major von Thile ein, mit einem Schreiben Yorks an den König aus Tauroggen vom 30. December und der Konvention, die York in der Mühle zu Poscherun mit dem Stabschef des Generals Wittgenstein, General-Major von Diebitsch, an diesem Tage vollzogen hatte. Major von Seydlitz war am Morgen des 29. December wieder bei

York eingetroffen [1]). Der König und der Staatskanzler hatten vorausgesetzt, daß York eine rein militärische Konvention abschließen, daß die Vereinbarung lediglich auf militärische Motive basirt sein und durch deren Anführung gedeckt sein werde, daß sie wesentlich darauf gestützt sein werde, daß es nicht möglich gewesen, die russischen Corps, die sich in den Weg gestellt, zu durchbrechen. Die Konvention sagte nichts von allem dem, und dem Marschall Macdonald hatte York geschrieben: „daß die Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Mächten über die endliche Bestimmung seiner Truppen entscheiden würden." Wenn damit Unterhandlungen mit Rußland in Aussicht gestellt wurden, welche in keiner Weise zu dem beschlossenen und verfolgten System: „unter dem Deckmantel der französischen Allianz die diplomatischen und militärischen Vorbereitungen zum Kriege gegen Frankreich zu machen", stimmten, so war noch übler, daß Napoleon aus dieser Wendung schließen mußte, wenigstens unfehlbar schließen würde, daß solche bereits angeknüpft seien. Erkannte der König unter diesen Umständen die Konvention Yorks an, so gab er nicht nur jenes System auf — er erhob jene Schlußfolge zu unwiderleglicher Gewißheit. Es war der offene Bruch mit Frankreich.

War dieser schon jetzt räthlich, war er möglich? Der König selbst war persönlich schutzlos. Die preußischen Garnisonen in Berlin und Charlottenburg zählten je 250, in Potsdam 1500 Mann — so bestimmten die Verträge vom 24. Februar 1812 — die französischen Truppen in Berlin und Spandau 12,000 Mann. Entzog sich der König dieser Lage durch schleunigste Abreise, so war dies um so gewisser der augenblickliche Bruch mit Frankreich. Man wußte von Oestreich positiv nichts, als daß es Frankreich die Friedensvermittelung angeboten hatte; aber man war noch immer ungewiß, ob diese zu Gunsten oder zu Ungunsten Frankreichs beabsichtigt werde. Man wußte auch von den Absichten Alexanders nicht mehr, als jene Stelle in der Weisung an Paulucci vom 18. Decbr. ergab (S. 465 [2]). Erschien

---

[1]) Droysen York 1, 481. — [2]) Man wäre freilich über diese besser unter-

es bei solcher Ungewißheit über Oestreich und Rußland politisch fast unmöglich, offen und auf der Stelle mit Frankreich zu brechen, so übersah man auch militärisch in keiner Weise, welche Streitkräfte den Russen nach dem schweren Feldzuge übrig geblieben waren. Ihre Verfolgung der Franzosen war außerordentlich matt, und wenn man auch in Berlin sofort erkennen konnte und, wie wir sahen, erkannt hatte, daß die Konvention von Tauroggen den Franzosen die wirksame Vertheidigung der Weichsellinie unmöglich mache, so wußte man doch nicht, ob russischer Seits auch nur die Absicht bestehe, die Weichsel wirklich zu überschreiten, und, wenn sie bestand, ob die Streitkräfte ausreichten, ob eine Erhebung des polnischen Volkes für Frankreich diese nicht beschäftigen werde, ob Kaiser Alexander nicht vorziehen werde, den neuen Feldzug hinter der Weichsel zu erwarten. Man mußte sich der russischen Kriegspläne des vorigen Jahres erinnern. Jedenfalls hatte die russische Armee, wenn sie über die Weichsel vorging, 50,000 Mann zur Blokade von Danzig, Thorn, Modlin und Zamosk zurückzulassen. Von der französischen Armee war allerdings das Centrum vernichtet; die Trümmer, welche Murat in Ostpreußen sammelte, ergaben wenig mehr als 10,000 Bewaffnete, die durch die Reste der Division Loison (Marchand) und die Kavallerie-Brigade Cavaignac auf 15,000 bis 16,000 Mann anwuchsen. Die Division Heudelet führte Murat eine weitere Verstärkung von 14,000 Mann frischer Truppen zu, zu denen noch die Division Grandjean vom

---

richtet gewesen, wenn Graf Metternich dies nicht verhindert hätte. Der Kaiser Alexander hatte am 10. November den Oberst Boyen an den König abgesendet (S. 459). Boyen hatte nach dem Abschluß der Februarverträge seine Entlassung gefordert (S. 436 N.). Es war seine Absicht, in russische Dienste zu treten. Er war jedoch erst im Oktober nach Petersburg gelangt und der Kaiser hatte es vorgezogen, ihn mit mündlichen Aufträgen an den König zu versehen. In den letzten Tagen des November an der Grenze Galiziens angekommen, ließ man ihn nicht nach Schlesien passiren, obwohl er sich als Beauftragten Alexanders zu erkennen gab. Graf Metternich fragte bei Hardenberg an, ob er wünsche, daß Boyen durchgelassen werde und da diese Anfrage erst am 23. December nach Berlin gelangt war (S. 459), so durfte man hier vor Mitte Januar nicht auf weitere Aufklärung rechnen.

linken Flügelcorps, welche dem Marschall Macdonald, nachdem sich York ihm entzogen, übrig geblieben war, mit 10,000 Mann stoßen konnte. Murat war demnach im Stande, in den ersten Tagen des Januar 40,000 Mann am Pregel zu vereinigen[1]). Auf dem rechten Flügel der französischen Armee hatten das östreichische Corps Schwarzenberg, das polnische Corps Poniatowski, das sächsische Corps und die Division Durutte unter Reynier wohl Verluste gehabt, waren aber völlig streitfähig geblieben. Ließ man auch Schwarzenberg außer Rechnung, so zählte General Reynier noch etwa 10,000 Mann. Verfügte Napoleon hiernach im Januar auch ohne die Oestreicher und Polen (30,000 Mann) immer noch über eine Streitmacht von 50,000 Mann an der Weichsel, so standen überdies in den Festungen dieses Stromes, in denen der Oder und Elbe 70,000 Mann, und die Besatzung von Berlin hatte durch das Korps Grenier, welches mit 23,800 Mann auf Berlin marschirte (es erreichte diese Stadt am 15. Januar) eine bedeutende Verstärkung zu erwarten[2]). Die

[1]) Chambray Feldzug in Rußland (übers. von Blesson 2, 300) rechnet 44,000 Mann. — [2]) Correspondance de Napoléon 24, 410 giebt die Stärke Greniers auf 25,000 Mann an. Bei Eröffnung des neuen Feldzuges gegen Ende April 1813 betrugen nach Thiers' Angaben (l. c. 15, 434 sqq.) die französischen Besatzungen in den Weichsel- und Oderplätzen 60,000 Mann; Eugens Stärke einschließlich der detachirten Division Puthod und ausschließlich der Besatzungen von Magdeburg und Wittenberg 76,000 Mann. Napoleon schreibt Eugen sogar, wenn er nicht 28,000 Mann en pure perte zerstreut hätte, würde er mit 88,000 Mann statt mit 60,000 Mann zu ihm stoßen; Corresp. 25, 248. Thiers giebt ferner an, daß Eugen mit 62,000 Mann (Macdonald und Lauriston) zur Vereinigung mit Napoleon nach Weißenfels marschirte, der seinerseits 135,000 Mann (Ney, Marmont, Bertrand, Garde) heranführte; die vereinigte französische Armee zählte demnach bei Lützen 197,000 Mann (Napoleon sagt über 200,000; a. a. O. 25, 240) oder nach Abzug der Division Maison auf dem Schlachtfelde reichlich 180,000 Mann. Die russische Armee zählte: Kutusow und Wittgenstein 38,000, Miloradowitsch und Gortschatow 9000, entsendet 1400, Streifcorps 8000 Mann (Bernhardi Toll 2, 521); die preußische: Blücher 25,000 Mann, York 10,000 Mann, Kleist 4000, Bülow 4000 Mann, zusammen 43,000 Mann; vor Spandau, Stettin, Glogau, Wittenberg u. s. w. 30,000 Mann, Garnisonen der Festungen 15,000, in Marsch zur Armee 12,000 Mann. Auf dem Schlachtfelde von Lützen standen 70,000 Preußen und Russen gegen 180,000 Franzosen, bei Bautzen 80,000 Preußen und Russen gegen mindestens

preußische Rüstung war eben begonnen, aber noch nirgend eine nennenswerthe Anzahl von Truppen gesammelt; man war, wie es der Vertrag vom 24. Februar 1812 gewollt, in diesem Augenblicke noch wehrlos. Konnte man in solcher Lage von immer noch ansehnlichen feindlichen Streitkräften umgeben und durchsetzt, die eigene Rüstung fortführen, wenn man sich zu Yorks That bekannte; war dies, selbst abgesehen von der politischen und militärischen Lage, möglich, solange die Gegner dieses Bekenntniß mit dem Befehl an Augereau, den König von Preußen zu ergreifen und abzuführen zu beantworten vermochten?

Der König beschloß, die Konvention thatsächlich anzunehmen, Frankreich gegenüber sie zu verleugnen. Am Abend des 5. Januar ging der Major von Natzmer mit einem Schreiben des Königs an Murat ab: der König von Neapel werde aus dem letzten Schreiben des Königs ersehen haben, daß er nicht ohne Unruhe über das Corps des General York gewesen; doch wäre er entfernt gewesen, zu erwarten, was eingetreten sei. Der Major Natzmer überbringe mit diesem Briefe zugleich dem General Kleist die Ordre, das Kommando des Corps zu übernehmen, York zu entsetzen und zu verhaften. Die Konvention ratificire der König nicht, die Truppen ständen nach dem Allianzvertrage zu Murats Disposition; er möge General Kleist mit seinen Befehlen versehen und diese dem Major Natzmer bezeichnen [1]. Hardenberg ließ St. Marsan Abschrift dieses Briefes und darnach, am 7. Januar, auch die bezügliche Ordre des Königs an General Kleist zugehen mit der Anzeige, daß Fürst Hatzfeldt ungesäumt nach Paris abreisen werde, um dem Kaiser die Details der getroffenen Maßregeln auseinanderzusetzen. Tags zuvor hatte der Staatskanzler mit Ompteda von dieser Angelegenheit gesprochen, „ohne viel Unruhe darüber zu zeigen.“ Nach Ompteda's Bericht sagte ihm Hardenberg: die Angelegenheit bereite wegen der Formen Verlegenheit. General York hätte vollkommen Unrecht gehabt, in dieser Weise zu verfahren,

---

160,000 Franzosen und Rheinbündner, und doch wird immer noch die Meinung ausgesprochen, daß man trotzdem, trotz Eugen, Magdeburg und Wittenberg, im Frühjahre bis zum Rhein hätte vordringen können und sollen. — [1]) G. St.-A.

besonders darin, daß er in seiner Korrespondenz in politische Diskussionen eingetreten sei und Unterhandlungen unterstellt habe, die nicht existirten. Um konsequent zu bleiben, habe der König nicht anders handeln können. Als Ompteda bemerkte, daß Yorks Truppen durch die Weigerung der Ratifikation den sie umgebenden russischen Truppen gegenüber in die übelste Lage kommen würden, entgegnete Hardenberg: „Das ist meine geringste Sorge; das Wesentliche ist, nicht zu früh gegen Frankreich kompromittirt zu werden." Er schloß indem er sagte: „Der General York hat dem Fasse den Boden ausgeschlagen (6. Januar [1])." An Gneisenau schrieb er: „General York hat mit unserm Corps kapitulirt, auf eine unkluge Art. Der König konnte nicht anders als ihn desavouiren. Kleist bekommt das Kommando, der Kaiser Alexander aber einen Wink. Knesebeck ist nach Wien mit den besten Instruktionen und Vollmachten, sowohl mit Oestreich selbst als gemeinschaftlich mit dem Wiener Hofe mit anderen Mächten abzuschließen. Von daher haben wir aber noch nichts Tröstlicheres und Bestimmteres. Man führt zwar gegen Frankreich eine festere Sprache; aber sie mit Handlungen zu unterstützen, darauf kommt es an. Es bleibt immer die Hauptsache, dort zu wirken; hier werden die Befehle jetzt ausgefertigt, wodurch unsere Truppen, das Hülfskorps ausgeschlossen, bis gegen 60,000 Mann vermehrt werden, zum Theil unter dem Namen einer Miliz; das ist ein Hauptpunkt. Der König wird auch wohl nächstens nach Schlesien gehen. Seien Sie nun thätig, theuerster Freund, und machen Sie, daß man handle. An uns soll es gewiß nicht fehlen, wenn wir nur Oestreich mit haben, und wäre dieses auch am Ende nur nicht auf französischer Seite, so könnten auch sonst Fälle eintreten, wo gewiß auf uns gerechnet werden kann (9. Januar)."

An demselben Tage übergab der Major von Natzmer dem Könige von Neapel in Elbing das Schreiben des Königs vom 5. Januar. Indem er angeblich von hier aus weiter zum General York ging, um diesen durch Kleist absetzen und verhaften zu lassen, begab er sich

---

[1]) Ompteda Politischer Nachlaß 2, 339 340.

thatsächlich, nachdem er die russischen Vorposten erreicht, dem ihm mündlich ertheilten Auftrage gemäß, zum Kaiser Alexander. Die angebliche Mission zur Absetzung Yorks enthielt und deckte eine Botschaft an Alexander; eben diese ließ Hardenberg Ompteda sagen, daß er wegen der russischen Truppen ohne Besorgniß sei. Natzmer hatte dem Kaiser Alexander zu erklären, daß der König die Konvention Yorks billige, dieselbe aber öffentlich nicht anerkennen und somit auch nicht formell ratificiren könne. Wenn der Kaiser seine Armee unverzüglich die Weichsel überschreiten und bis zur Oder vorgehen lasse, sei der König bereit, ein Schutz- und Trutzbündniß gegen Frankreich mit ihm abzuschließen [1]). Daß Natzmer nicht zu York gelangte, war sehr einfach dadurch zu erklären, daß ihn die russischen Truppen nicht durchgelassen hätten, und falls der König von Neapel seinerseits die Verbindung mit York herstellen konnte, verhalf ihm das Schreiben des Königs vom 5. Januar auch den preußischen Truppen gegenüber höchstens dazu, daß Kleist das Kommando an Yorks Stelle übernahm, wodurch thatsächlich nichts geändert werden konnte. Ueberdies wußte der König, daß Kleist im Auftrage Yorks nach Wilna zum Kaiser Alexander gegangen sei [2]).

Als General Narbonne, der seine Forderungen am zweiten Januar wieder in Erinnerung gebracht hatte, sich vom Staatskanzler verabschiedete (7. Januar), versicherte ihn dieser: „es werde nichts vernachlässigt, Preußen, so gut wir irgend vermögen, in Vertheidigungsstand zu setzen, unsere Mittel zu koncentriren und unsere Festungen zu approvisioniren." Narbonne ließ fallen, daß nichts geeigneter sein würde, die Allianz zwischen Frankreich und Preußen zu befestigen und Preußen einen Theil der verlorenen Gebiete wiederzugewinnen, als die Verbindung des Kronprinzen von Preußen mit einer Prinzessin des Kaiserlichen Hauses, einer Beauharnais oder einer der Töchter Murats. Ohne Befehl des Kaisers war eine Andeutung dieser Art unmöglich [3]). Hardenberg erwiderte, daß er die Dispositionen des Königs hierüber

---

[1]) Aus Natzmers Leben S. 92 ff. — [2]) Der König an Hardenberg 14. Januar 1813; geh. Staatsarchiv. — [3]) Thiers bestätigt diese selbstverständliche Voraussetzung ganz ausdrücklich; hist. du Consulat et de l'Empire 15, 205.

zu erforschen suchen werde. Als nun Fürst Hatzfeldt mit dem Auftrage nach Paris abging: die Kapitulation Yorks in das richtige Licht zu stellen und zu verhüten, daß dieselbe einen ungünstigen Eindruck mache, sagte ihm der König mündlich von Narbonne's Andeutungen und fügte hinzu, daß er sich jeder Anspielung hierauf zu enthalten habe; sollte man etwa französischer Seits darauf zurückkommen, so habe er zu erklären, daß bereits Verpflichtungen beständen, die auf solche Vorschläge einzugehen nicht zuließen [1]). Im Uebrigen war Hatzfeldt angewiesen, auf neue Verabredungen nicht einzugehen, Zahlung der preußischen Vorschüsse zu verlangen und dem Kaiser anzudeuten, daß, wenn die Russen weiter vorrückten, der König sich nach Schlesien begeben werde und alsdann von Rußland die Anerkennung der Neutralität für den Theil Schlesiens zu erlangen hoffe, für welchen diese im Vertrage vom 24. Februar 1812 von Frankreich anerkannt sei (Instruktion vom 8. und 9. Januar). Hatzfeldt reiste am 12. Januar nach Paris ab.

Napoleon hatte auf die Nachricht von der That Yorks zunächst Berthier geschrieben, daß es nach den Maßnahmen des Königs doch vielleicht möglich geworden sei, das preußische Korps zurückkommen zu lassen (11. Januar). Zugleich aber verkündete der Moniteur am 12. Januar den Beschluß des Senats zur Aushebung von 350,000 Mann und die Begründung dieses Beschlusses durch den Verrath Yorks. Der Kaiser selbst empfing den General Krusemark (15. Jan.) mit größerer Ruhe, als er sonst bei Anlässen dieser Art an den Tag zu legen pflegte; die Lage schien selbst ihm nicht mehr zu Insulten angethan. Krusemark übergab ihm zunächst die Antwort des Königs auf jenes Schreiben Napoleons vom 14. December aus Dresden (S. 453). Die Antwort datirte vom 31. December und sagte, daß der König bereit sei, an der französischen Allianz festzuhalten; der

[1]) Hardenberg scheint nach dem Berichte St. Marsans vom 12. Januar bei Fain (Manuscrit 2, 210 sqq.) es für zweckmäßig erachtet zu haben, diesem zu sagen: wenn reelle und ansehnliche Vortheile geboten würden, könnte sich der König vielleicht entschließen. Auf diesen Bericht St. Marsans geht auch offenbar zurück, was noch stärker ausgedrückt auch bei Lefebvre zu lesen ist; a. a. O. 5, 218.

Kaiser müsse jedoch der Erschöpfung Preußens zu Hülfe kommen. Der König sei einverstanden, daß die preußischen Truppen fortan ein besonderes Corps bilden sollten, und sei Befehl ertheilt, dasselbe bei Graudenz zu sammeln. Der General hob dann die militärischen Gründe hervor, welche York zum Abschluß der Konvention bestimmt haben könnten, nachdem er sich von Macdonald verlassen und seiner Kavallerie beraubt gesehen, führte aus, daß York geirrt haben möchte, aber ein Mann von Ehre und Pflichttreue sei, daß die Konvention, die er geschlossen, somit nicht unter die gehässige Anklage des Verraths gestellt werden könne. Weiter bemerkte er, daß 14 bis 15,000 Mann mehr oder weniger für den Fortgang der Operationen ohne entscheidende Bedeutung seien, endlich daß der König nicht in der Lage sei, erheblichere Rüstungen zu machen, wenn der Kaiser nicht die Vorschüsse Preußens im Betrage von 100 Millionen Franks, deren Zahlung er zu reklamiren habe, wenigstens abschläglich erstatten lasse. Der Kaiser erwiderte: Yorks Abfall sei ein großes politisches Ereigniß. „Wir stehen vielleicht am Vorabend großer Ereignisse; es ist ein Sturm, durch den wir hindurch müssen." Er beurtheile den General York nach seinem Briefe an den Herzog von Tarent; seine eigenen Worte verurtheilten ihn. Es sei das schlimmste Ereigniß, was eintreten konnte. „Wird man in Graudenz Yorks Beispiel folgen?" Wenn der Kaiser Alexander sich nicht mit den Erfolgen begnüge, die er davongetragen, wenn er über die Weichsel gehe, mache er denselben Fehler, den er selbst im vorigen Feldzuge begangen habe. Er glaube, daß Alexander ihn begehen werde; seitdem er wisse, daß er „jenen Stein" und Rostopschin zu Ministern ernannt habe und auf ihre Eingebungen höre. Aber die russischen Truppen bedeuteten nicht viel, hätten ungeheuer gelitten, und die Armee habe keine Generale, die sie zu führen verständen. Er sei Frankreichs sicher, habe ausreichende Geldmittel und werde mit stärkeren Streitkräften wieder auftreten, als er gehabt habe. Yorks Abfall habe ihn zu dieser Aushebung genöthigt; bis dahin habe er nur seine Cadres wieder füllen wollen. Er wolle den Frieden, Oestreich habe seine Vermittelung angeboten, er habe sie angenommen. Vor Yorks Abfall sei der Friede

möglich gewesen, jetzt glaube er nicht daran. Er sei bereit, das Kontinentalsystem aufzugeben; aber er könne Rußland nicht die geringste Eroberung zugestehen. Die Engländer wollten keinen Frieden. Oestreichs sei er sicher; seit seiner Heirath habe Oestreich nichts mehr von Frankreich, nur noch von Rußland zu fürchten, und der König von Preußen werde es nicht zu bereuen haben, wenn er der Allianz mit Frankreich treu bleibe. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn Oestreich, Preußen und Deutschland sammt Dänemark sich gegen ihn erklärten, sei er stark genug, zu widerstehen. Er würde dann hinter dem Rhein die Ereignisse erwarten und sehr bald den Moment finden, ihn mit Erfolg wieder zu überschreiten, ja dies wäre für ihn vielleicht die beste Wendung. Was die Forderungen Preußens betreffe, so kenne er die Sache nicht; Krusemark möge mit Bassano sprechen; er werde sehen, was sich thun lasse.

An Thätigkeit ließ es Napoleon in diesen Wochen nicht fehlen, alles, was sich an verfügbaren Truppen an der Nordküste Deutschlands, am Rhein und an der Weser befand, auf Magdeburg zu dirigiren, die Bildung von Magazinen in den Oderfestungen, in Spandau und Magdeburg zu betreiben, den König von Sachsen zur Aufstellung eines Observationscorps bei Glogau zu drängen, Er gab seine Absicht zu erkennen, in den ersten Tagen des März persönlich in Magdeburg einzutreffen. Am 20. Januar befahl er seinem Adjutanten, dem Ingenieurgeneral Hogendorp, das Kommando der Stadt und Citadelle von Spandau zu übernehmen: beide seien in den bestmöglichen Vertheidigungsstand zu setzen; er müsse die Wichtigkeit dieser centralen Position begreifen, welche Berlin beherrsche, und fleißig berichten; der Kaiser rechne auf seine Treue und Wachsamkeit. Darnach befahl er, die Oderfestungen, Spandau und Magdeburg auf ein volles Jahr mit Lebensmitteln zu versehen, die französischen Kassen von Berlin nach Spandau und Magdeburg zu bringen. Am 22. Januar schreibt er Eugen, der am 15. Januar an Stelle Murats das Kommando über die Trümmer der großen Amee übernommen hatte, nach Posen: der König von Preußen müsse sein Kontingent erneuern und Kavallerie stellen; er möge nach Berlin schreiben, daß das Kontingent versammelt und

1000 Pferde nach Posen geschickt würden. Die Preußen würden seine linke Flanke, die Sachsen bei Glogau seine rechte Flanke decken. Die Division Lagrange könne er aus den Oderfestungen ziehen, deren Besatzungen, solange er sie decke, nicht sehr stark zu sein brauchten, und die beiden Divisionen Greniers aus Berlin heranziehen; so werde er im Stande sein, Posen zu behaupten. Er zweifle nicht daran, daß dies gelingen werde; Danzig werde jetzt blokirt sein, er werde es spätestens im Juni deblokiren und gedenke am 15. August den Niemen wieder zu überschreiten, da alsdann die Ernte eingebracht sein werde. „Ich lasse Preußen drängen," schreibt er am 27. Januar, „die Reorganisation seines Korps zwischen Posen und Stettin zu beeilen." Die russische Armee müsse 50,000 Mann vor Danzig, 20,000 Mann vor Thorn und Modlin zurücklassen und Schwarzenberg mit Reynier 60,000 Mann gegenüberstellen, auch wenn Schwarzenberg Warschau räume. In Berlin habe er (Napoleon) seine (d. h. des Kaisers) baldige Ankunft anzeigen lassen [1]). Dem Fürsten Hatzfeldt sagte er am 29. Januar: Zwischen mir und dem Könige muß jetzt die größte Einigkeit herrschen. Europa muß sich überzeugen, daß Intriguen nichts gegen unsere Allianz vermögen und momentane Erfolge der Feinde den Muth meiner Verbündeten nicht erschüttern können. Dieser Uebereinstimmung wegen muß ich von Preußen die Abberufung seines Gesandten aus Stockholm unbedingt verlangen (St. Marsan hatte diese Forderung bereits am 19. Januar in Berlin gestellt); wir müssen zeigen, daß wir dieselbe Politik verfolgen. Das gleiche Verlangen habe ich an Oestreich gerichtet. Die Verhandlung zwischen Preußen und Rußland, die Sie mir anzuzeigen haben (S. 475), kann nicht stattfinden. Ich kann nicht zugeben, daß mein Verbündeter mit meinem Feinde unterhandelt; das Beispiel wäre für die übrigen zu gefährlich. Uebrigens würden auch die Russen die Neutralität für jene Theile Schlesiens nicht zugestehen. Endlich muß der König das Hülfscorps, das er mir nach dem Allianzvertrage zu stellen hat, schleunigst reorganisiren. Da Preußen verfügbare Truppen in gutem

---

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 439. 455. 464. 465. 468.

Stand und weder Mangel an Menschen noch an Waffen und Offizieren hat, kann dies weder schwierig noch langwierig sein. Hatzfeldt erwiderte: er glaube, daß dem ersten Punkte zugestimmt werden würde; dem zweiten wich er aus; dem dritten Verlangen stellte er entgegen, daß das Land so erschöpft sei, daß jede weitere Anforderung der Regierung die bereits allgemein vorhandene Erbitterung zum Aufstande treiben würde. Man habe nichts mehr zu verlieren. Ganz Deutschland sei in größter Erregung; die Regierungen könnten dem Strome der öffentlichen Meinung nicht mehr widerstehen. Bräche das Feuer jetzt in Preußen aus, so werde es ganz Deutschland entzünden. Der Kaiser müsse Preußen wenigstens 25 bis 30 Millionen auf Abschlag zahlen. Was Hatzfeldt über die popularen Bewegungen in Deutschland sage, entgegnete Napoleon, sei nur zu begründet; Frankreichs sei er jedoch sicher, und in Preußen wolle er keine Requisitionen mehr machen. Gegen Maret äußerte er sich höchst mißfällig über die Langsamkeit Preußens bei Aufstellung seines neuen Hülfscorps, für welches er die Truppen des Generals Bülow nahm: „Preußen thut nichts, anstatt mit uns sein Territorium gegen die Russen zu vertheidigen und den Verrath Yorks auszugleichen. Es sind da 2000 Reiter, welche sich in die Festungen Schlesiens einschließen als ob sie Furcht vor uns hätten, statt uns zu helfen, ihr Land zu decken (3. Februar [1])." Zugleich erhielt Eugen Befehl, das für die Oderfestungen, für Spandau und Magdeburg nöthige Holzwerk zu Blendungen und Blockhäusern zu requiriren, zu fällen, wegzunehmen, wo er es finde, auf den Flüssen, in den Forsten, auf den Promenaden, gleichviel ob es dem Könige von Preußen oder Privatleuten gehöre. Dem Kriegsminister wurde aufgegeben, dafür zu sorgen, daß das Lauriston'sche Corps Mitte Februar mit der ersten Division in Brandenburg, mit der zweiten in Magdeburg stehe; in Hamburg solle nur ein Regiment bleiben; das preußische Korps sammle sich bei Neustettin und sei dort an seinem Platze; Augereau solle es nicht hinter die französische Armee zurücknehmen (dies würde gefährlich sein), sondern in erster

---

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 471.

Linie auf dem linken Flügel marschiren lassen. Davoust müsse nach Stettin, um dort sein Korps zu organisiren und von da aus das preußische Korps bei Neustettin zu überwachen; St. Cyr solle dasselbe befehligen und später mit den Baiern vereinigen. In Spandau und Berlin müßten 17,000 Mann bleiben (8. Februar). Nach Spandau dirigirte Napoleon dann auch seine eigenen Pferde und Feld-equipage [1]).

Den ersten Zweifel an der Festigkeit der preußischen Regierung in seinem System erregte ihm der Aufruf des Königs vom 3. Februar zum freiwilligen Eintritt in die Armee. Maret soll einen Kurier an St. Marsan schicken: die große Rekrutirung in Preußen unter Offizieren, denen der König nicht trauen könne, müsse Frankreich beunruhigen; der Kaiser wünsche, daß Alles ruhig bleibe. Zugleich erhielt der Vicekönig von Italien Befehl: die Rekrutirung in Preußen zu sistiren und sich mit den Truppen des Generals Bülow zu begnügen, wie sie seien. Die 500 berittenen Gensdarmen, welche sich in Magdeburg befänden, solle er nach Berlin beordern, wo sie für die Polizei dieser großen Stadt nützlich sein würden (10. und 11. Februar [2]). Eugen erließ die ihm anbefohlene Verfügung. Für die Versorgung der Oderfestungen hatte der Generallieutenant Dumas Lieferungsverträge geschlossen. „Hat Dumas den Kopf verloren," schreibt Napoleon an Eugen, „ich kann und will das Geld nicht auf diese Weise fortwerfen." Die Preußen müssen fortfahren, den täglichen Bedarf zu liefern; wenn sie damit aufhörten, so müsse man requiriren, und Preußen würde uns dann in die Lage setzen, das Land in Besitz zu nehmen. „Man muß starke Requisitionen ausschreiben und Bons geben. Nichts ist lächerlicher als Dumas' Ankäufe. Auch die Hospitaltage müssen durch Bons bezahlt werden bis zur allgemeinen Liquidation. Ich gebe jedoch nicht mehr als 20 Sous täglich. Geben Sie die strengsten Ordres, daß die Kommandanten der Oderfestungen sich mit allem versehen, was ihnen nützlich ist

---

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 486. 491. 500 sqq. — [2]) Corresp. Napol. 24, 510. 514.

(15. und 27. Februar [1]).“ Da der Kaiser die Lieferungsverträge kassirt hatte, wies Eugen die Kommandanten an: zehn Lieues in der Runde um ihre Festungen alles, was sie brauchten, mit Gewalt zu nehmen.

Nicht lange nach Hatzfeldts Abreise nach Paris beschloß der König, nach Breslau zu gehen, obwohl die Berichte Humboldts und bald auch die Knesebecks zeigten, daß auf die Hoffnung, mit Oestreich das französische Bündniß kündigen zu können, verzichtet werden müsse. Die Befehle an die Truppen, welche die Reise des Königs nach Breslau, die durch die zurückgehenden französischen Truppen hindurch führte, decken sollten, ergingen am 17. Januar. Tags darauf liefen erwünschte Nachrichten von russischer Seite ein. Zuerst die Mittheilungen Boyens, die jetzt endlich (18. Januar) nach mehr als zwei Monaten nach Berlin gelangten. Sie bewiesen, daß Kaiser Alexander bereit sei, Preußen zu unterstützen, wo und wie es wolle, und nicht eher Frieden zu machen, bis Preußen in dem Umfange, den es vor 1806 besessen, hergestellt sei. Was der Kaiser damals Boyen gesagt, später Paulucci geschrieben, bestätigte ein gleichzeitig eintreffender Brief Alexanders von jüngerem Datum. York hatte nach Abschluß der Konvention ein Schreiben an Kaiser Alexander gerichtet und General Kleist mit diesem an Alexander nach Wilna gesendet. Noch ehe Kleist eintraf, hatte der Kaiser bereits seinerseits an York geschrieben, um seine Freude auszudrücken, daß das preußische Corps nicht mehr für den Unterdrücker Europa's fechte, und einen Brief an den König zur Beförderung beigefügt, den er York als von größter Wichtigkeit bezeichnete; York sandte ihn dem Könige durch Hauptmann Schack, den er zugleich mit mündlichen Aufträgen an den König versah (11. Januar). Der Kaiser hatte am 6. Januar (25. December) in Wilna geschrieben: er ergreife den ersten günstigen Augenblick, dem Könige zu sagen, daß trotz der schmerzlichen Ereignisse des letzten Jahres seine Gesinnungen unverändert seien. Er werde nicht befriedigt sein, bis Preußen seinen alten Glanz und seine Macht wiedergewonnen habe.

[1]) Correspondance de Napoléon 24, 525. 5?7.

Zu diesem Zwecke erbiete er sich, die Waffen nicht eher niederzulegen, bevor dies große Ziel erreicht sei. Er hoffe, daß General York, indem er die Konvention annahm, die er ihm habe anbieten lassen, im Sinne des Königs gehandelt habe. „Wenn Eure Majestät diesen einzigen Moment ergreift, erwerben Sie den unsterblichen Ruhm, Europa zu retten, indem Sie zugleich Preußen seine alte Macht wiedergeben. Ich werde glücklich sein, dazu meinerseits beizutragen und dadurch den Wunsch zu erfüllen, den ich seit so langer Zeit hege, Niemals war ein Entschluß wichtiger, als der, welchen Eure Majestät jetzt fassen wird. Sie können Europa retten oder für immer verderben [1]." Major Natzmer, der den Kaiser acht Tage später (13. Januar) im Hauptquartier zu Boberst in Litthauen gesprochen und am 19. Abends in Berlin, am 20. Morgens in Potsdam wieder eintraf, konnte nur hinzufügen, daß die russische Armee die Weichsel überschreiten werde, daß der Kaiser den Abschluß eines Schütz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und Rußland dringend wünsche. Der König bestimmte am 20. Januar seine Abreise nach Breslau auf den 22. Januar Morgens.

Da Hatzfeldt erst in diesen Tagen in Paris eintreffen konnte, Napoleon mithin von der Absicht des Königs, Berlin zu verlassen, noch nicht unterrichtet war, auch erst nachträglich davon unterrichtet werden sollte, der Staatskanzler aber annahm, daß dieser Schritt französischer Seits als Erklärung des Bruches angesehen werden würde (worin er Dank seinem eigenen virtuos durchgeführten Täuschungssysteme irrte), ließ er jetzt, um jeden Argwohn der Franzosen zu zerstreuen (am 19. Januar), in den Berliner Zeitungen die gegen Yorks

[1]) Ueber den Inhalt der Schack mündlich ertheilten Aufträge Yorks habe ich nichts ermitteln können; nur folgende Zeilen des Adjutanten des Königs, von Thile I., an Hardenberg liegen vor: „Eurer Excellenz habe ich auf Befehl Sr. Majestät die Anlagen zu übersenden die Ehre, welche durch den General von Kleist, der in Wilna gewesen ist, zurückgebracht worden sind, und die heute Abend der Hauptmann von Schack überbracht hat. Die mündlichen Aufträge des Generals von York an denselben sind so wichtig, daß ich ihn aufgefordert habe, morgen frühestens bei Eurer Excellenz zu erscheinen, um Hochdieselben davon au fait zu setzen; Potsdam den 18. Januar 1813."

Konvention genommenen Maßregeln verkündigen, worauf St. Marsan unaufhörlich gedrungen hatte, und nahm aus den Händen St. Marsans ein Schreiben Eugens an General Kleist, den angeblichen Kommandeur des Yorkschen Korps, entgegen. St. Marsan theilte Hardenberg mit, daß der König von Neapel in Folge des an ihn gerichteten Schreibens des Königs vom 5. Januar dem General Kleist eigenhändig geschrieben, sich in Elbing mit ihm zu vereinigen; denselben Befehl habe der Fürst von Neufchatel Kleist zugehen lassen. Nachdem nun der Vicekönig das Kommando übernommen weise dieser Kleist in dem übergebenen Schreiben an, von dem Punkte, an welchem er sich befinde, auf Stettin zu marschiren; der König werde ersucht, den Versuch zu machen dies Schreiben an General Kleist gelangen zu lassen.

Die Antwort Hardenbergs auf diese Aufforderung und die Widerlegung jenes Zeitungsartikels war die Absendung des Majors von Thile, der die Konvention von Tauroggen überbracht hatte, an den General York mit Befehlen des Königs für diesen nebst der Mittheilung, daß der König im Begriff sei, nach Breslau abzureisen (20. Januar), und ein Edikt von demselben Tage, welches die Emission von zehn Millionen Thalern Tresorscheine verfügte und diesem Papiergeld Zwangscours beilegte. Es war bestimmt, die Kosten der vorschreitenden Rüstung zu bestreiten: „die gefahrvolle Lage des Staates erfordere Maßregeln, durch welche die Vertheidigung des Vaterlandes bewirkt und die Selbstständigkeit des Staates erhalten werden könne.“ Die Berliner Zeitungen vom 19. Januar gelangten früher nach Königsberg als der Major Thile und erregten hier einen Augenblick die größten Besorgnisse. Aber schon am 26. konnte der Landhofmeister von Auerswald in sein Tagebuch vermerken: „Major Thile bringt die Genehmigung zu allem, was York gethan hat und was hier geschehen ist[1].“ Der König hatte inzwischen Berlin verlassen. Die Maske konnte somit fallen.

Die ersten Berichte Knesebecks aus Wien hatten lediglich be-

---

[1]) Droysen York 2, 70.

stätigt, daß man dort von einer entscheidenden Wendung noch weit entfernt sei. Hardenberg wies nunmehr am 22. Januar Humboldt an, unverzüglich folgende Mittheilung Metternich zu übergeben: „Der König hat keinen lebhafteren Wunsch, als sich mit Oestreich auf gleicher Linie zu bewegen; er hält dafür, daß es für Oestreich und Preußen keine gute und heilsame Politik giebt als die engste Einigung; er glaubt, daß beide Mächte dasselbe Interesse haben, die Suprematie und den zu großen Einfluß sowohl Rußlands als Frankreichs besonders in Deutschland zu verhüten. Es ist für den König außerordentlich wichtig, so schnell wie möglich zu wissen, was Oestreich thun würde, im Falle der König sich genöthigt sähe, die Partei Rußlands zu nehmen. Würde Oestreich diesen Entschluß günstig beurtheilen? Kann Preußen sicher sein, daß Oestreich in diesem Falle nicht gegen Preußen handeln, daß es die Streitkräfte nicht vermehren wird, die es Frankreich nach dem Allianzvertrage stellt? Graf Metternich wird gebeten, auf diese Fragen offen und kategorisch zu antworten. Der König ist heute nach Breslau abgereist.“ Am Mittag dieses Tages machte der Staatskanzler dem Grafen St. Marsan, den Marschällen Augereau, Ney und Sebastiani, die er eingeladen, beim Nachtische Mittheilung von der am Morgen erfolgten Abreise des Königs. Er selbst werde dem Könige am nächsten Tage folgen. In Berlin sei eine Oberregierungskommission unter dem Vorsitze des Grafen Goltz eingesetzt: jedoch habe er die Vertreter Frankreichs und Oestreichs im Auftrage des Königs zu ersuchen, sich an das Hoflager nach Breslau zu begeben.

Die Freiheit, wenn nicht des Entschlusses, doch die, ihn frei zu bekennen, war mit dem Eintreffen des Königs in Breslau am 25. Januar gewonnen. Freilich war die Sicherheit auch hier keine vollständige; Reynier und Poniatowski konnten ihren Rückzug über Breslau nehmen, Grenier und der Vicekönig selbst sich nach Glogau wenden. Gleich am Tage nach der Ankunft schrieb der König Hardenberg über die Art wie der „Systemwechsel“ auszuführen sein würde. „Die große russische Armee, etwa 100,000 Mann stark, wird ungefähr Anfang Februar an den Ufern der Weichsel vereinigt sein. Es scheint,

daß sie dort wird Halt machen müssen, um sich von den Verlusten der ersten Campagne herzustellen und sich für die zweite vorzubereiten. Die bei uns so sehr als möglich beeilten neuen Formationen werden dennoch frühestens Mitte nächsten Monats auf ihren Sammelplätzen vereinigt und auch dann nur zum Theil im Stande sein, gegen den Feind zu marschiren. Wie mir scheint, muß man von dieser Zwischenzeit Nutzen ziehen, um mit Zustimmung Rußlands Frankreich zu erklären, daß Preußen sich verpflichte, dahin zu wirken, daß die russische Armee die Weichsel nicht überschreite, um hier das Ergebniß der von Oestreich angeknüpften Unterhandlungen zu erwarten, wenn dagegen die französischen Armeen vollständig und unverzüglich ohne irgend eine Ausnahme das preußische Gebiet räumten, sich auf das linke Ufer der Elbe zurückzögen und alle preußischen Festungen, womöglich auch Danzig, Preußen zurückgäben, welches diese genügend besetzen und weder Russen noch Franzosen einlassen würde, bis über den Frieden oder Fortgang des Krieges entschieden wäre. Zugleich würde das Corps des Generals York unter einem stattlichen Vorwande in Marsch gesetzt werden, um sich bei Kolberg mit Bülow zu vereinigen. Wenn Frankreich, wie mehr als wahrscheinlich ist, ablehnt, so würde man auf der Stelle gemeinsame Sache mit Rußland machen, indem man es aufforderte, so schnell wie möglich vorzurücken. Alle unsere Streitkräfte mit Ausnahme der Besatzungen der Festungen würden den russischen angeschlossen. Wenn der rasche Gang der Ereignisse diese Art des Systemwechsels nicht mehr ausführbar macht, wenn man sich auf der Stelle entscheiden müßte, ohne Rücksicht auf die Vermittlungsprojekte Oestreichs, so müßte Rußland aufgefordert werden, mit allen seinen Kräften und ohne Zeitverlust vorzurücken. An der Oder angelangt, würden sich hier die preußischen Streitkräfte oder da mit ihnen vereinigen, wo der festzustellende Operationsplan dies erforderte. Bei weiterem Nachdenken wird es nicht schwer sein, noch andere Motive als die angeführten zu finden, um die Forderung, welche Preußen an Frankreich zu stellen vorhat (Räumung seines Territoriums), zu begründen (26. Januar)." Die Sorge für die Beschleunigung der Rüstungen übertrug der König dem Staats=

kanzler, dem General Scharnhorst, der sich seit dem Mai des vorigen Jahres in Schlesien befand (S. 436 N.), und dem Oberst Hacke. Krusemarks am 28. Januar eintreffender Bericht über seine Audienz bei Napoleon (S. 473) zeigte, wie wenig dieser an Friedensverhandlungen denke, wie gewaltige Anstrengungen zur Fortsetzung des Krieges er mache, während ein zu gleicher Zeit von Osten her eingehendes Schreiben dem Könige meldete, daß Kaiser Alexander den preußischen Boden betreten habe. Er selbst zeigte dies dem Könige aus Lyck unter dem 21. Januar an. Für den Fall, daß sein Schreiben vom 6. Januar aus Wilna dem Könige nicht zugegangen sei — so sagte Alexander — füge er Abschrift desselben bei. „Ebenso halte ich es für meine Pflicht, Ihnen mitzutheilen, Sire, daß ich in Folge des gewissenhaften Verfahrens, welches ich mir in Ihren Staaten zu beobachten vorgezeichnet habe, nicht einen höheren russischen Beamten sondern einen Ihrer treuesten Unterthanen, den Baron Stein, mit meiner Vollmacht versehen habe." Da beim Einrücken in Memel Königsberg noch in der Gewalt des Feindes gewesen sei und es den Anschein gehabt, als ob dieser sich dort behaupten wolle, sei der Befehlshaber seiner Truppen genöthigt gewesen, um für die in feindlicher Gewalt befindlichen Oberbehörden Aushülfe zu treffen, eine Administration zu schaffen; sobald Königsberg sich befreit gesehen, habe er diese provisorischen Anordnungen aufgehoben, und alles sei in die gewohnte Ordnung der preußischen Verwaltung zurückgekehrt. Der Kaiser erklärte hiermit die Maßregeln Paulucci's in Memel, der dort eine einstweilige Verwaltung im Namen Rußlands eingesetzt hatte, für hinfällig und zurückgenommen. Was das kaiserliche Schreiben von der dem Freiherrn vom Stein ertheilten Vollmacht meldete, wurde durch Berichte aus Königsberg in den nächsten Tagen bestätigt, welche dieselbe als sehr weitgreifend bezeichneten. Stein war am 22. Januar in Königsberg eingetroffen[1]).

Graf Brandenburg erhielt am Tage nach Eingang dieses

---

[1]) Die Beseitigung der Maßnahmen Paulucci's war auf Yorks Forderung vom 15. Januar und Steins Betreiben erfolgt; Droysen York 2, 59.

Schreibens vom Könige Auftrag, sich zum Kaiser Alexander zu begeben: der König nehme dessen Anerbietungen an und werde einen Bevollmächtigten zum Vertragsschlusse in das kaiserliche Hauptquartier senden (29. Januar); zugleich ging ein Kurier nach Wien, Knesebeck abzuberufen, da ihn der König zum Kaiser Alexander zu schicken und mit dem Abschlusse der Allianz mit Rußland zu beauftragen beschlossen habe. Hardenberg schrieb Humboldt: Knesebecks Mission in Wien sei für den Augenblick erfüllt. Auf die am 22. Januar gestellten Fragen werde Metternich hoffentlich eine amtliche und positive Antwort zu ertheilen nicht verweigert haben. Die Umstände würden täglich dringender. „Der König hat die kräftigsten Maßregeln zur Vermehrung seiner Streitmacht ergriffen, besonders hier in Schlesien und in Pommern. Binnen Kurzem werden wir über 100,000 Mann auf den Beinen haben, von diesen 60,000 Mann in Schlesien mit Einschluß dessen, was für die Festungen nöthig ist, welche alle in gutem Stand und wohl versehen sind, den Ueberrest bei Kolberg und in Preußen. Vielleicht können wir Knesebeck offen zum Kaiser Alexander schicken, unter dem Vorwande, die Anerkennung der Neutralität Schlesiens zu negociiren, welche in unserm Vertrage mit Frankreich festgestellt ist (29. Januar)." Den Brief Alexanders vom 21. Januar hatte Lieutenant Werner von den litthauischen Dragonern gebracht; er war zufällig in Lyck auf Urlaub gewesen und hatte sich dem Kaiser erboten, das Schreiben sicher zu überbringen [1]). Er mußte zu seinem Regiment zurück. Hardenberg gab ihm ein Schreiben nach Königsberg an Stein mit, das er, da es den Franzosen in die Hände fallen konnte, in der mit Stein verabredeten Bildersprache abfaßte. Es trug die Adresse der Mademoiselle Caroline Heinsius zu Marienwerder und lautete: „Liebe Schwester! Von ungefähr erfahre ich, daß der Herr Lieutenant von Werner in die dortige Gegend geht. Bei der Unsicherheit des Postenlaufes benutze ich eilig diese Gelegenheit, Dich zu benachrichtigen, daß unser

---

[1]) Die erhaltene äußere Adresse dieses Briefes lautet: A Sa Majesté le Roi de Prusse Monsieur mon frère; vgl. Droysen York 2, 61.

guter Vater (der König) im Begriff steht, dem Onkel (Kaiser Alexander) die Ehestiftung (den Allianzvertrag) durch eine sichere Gelegenheit zu senden, und da vorauszusehen sein wird, daß alle Punkte ihm recht sein werden, so wird die Verbindung unserer lieben Amalie (Preußen) bald und gewiß zu Stande kommen, wozu ich von Herzen Glück wünsche. Sage unsern dortigen Geschwistern aber nichts davon, da der Vater will, daß Alles geheim bleibt, bis mit dem Onkel Alles in Richtigkeit gebracht ist. Indessen kannst Du nun Deine Einrichtung hiernach machen. Der Vater grüßt Dich und rechnet übrigens darauf, daß Du seine dortigen Geschäfte, die besonders in dem gegenwärtigen kritischen Zeitpunkt große Aufmerksamkeit erheischen, mit Sorgfalt besorgen wirst. Ich umarme dich herzlich als dein treuer Bruder Karl (1. Februar)."

Am 3. Februar wurde der Aufruf zum freiwilligen Eintritt in die Armee publicirt; er konnte in Preußen wenigstens keinen Zweifel übrig lassen, gegen welchen Feind die Rüstung dienen solle. Je weniger zunächst auf Oestreich zu rechnen war, um so bestimmter war man auf die eigenen Kräfte angewiesen. Ein eben eintreffender Bericht Humboldts vom 28. Januar faßte das Resultat der Mission Knesebecks und seiner eigenen Bemühungen in Erwiderung der Mittheilung des Staatskanzlers vom 22. Januar an Metternich dahin zusammen: Oestreich wird seine Streitkräfte für Frankreich nur in dem Falle verstärken, wenn es durch verletzendes Verfahren Rußlands und Englands dazu gedrängt würde; es wird gegen Napoleon nur dann mitwirken, wenn es diesen so engagirt sieht, daß es selbst außer aller Gefahr ist, und insbesondere deshalb, um dann bei der Regelung der Angelegenheiten mitwirken zu können; bis dahin wird die Furcht, sich Frankreich gegenüber zu kompromittiren, es von jeder kategorischen Erklärung zurückhalten. Metternichs eigene Note von demselben Datum bewegte sich in den allgemeinsten Ausdrücken der Friedensliebe und Vermittelung: man habe nach England und an den Kaiser Alexander gesendet, um deren Bedingungen für den Frieden zu hören. Während Scharnhorst am 4. Februar den Operationsplan für die

vereinigten preußisch-russischen Armeen vorlegte [1]), deducirte Ancillon in einer sehr ausführlichen Denkschrift über die Knesebeck zu ertheilende Instruktion an demselben Tage, daß durch die höchst beklagenswerthe Zurückhaltung Oestreichs geboten sei, dem Kriege das mäßigste Ziel zu stecken, d. h. den Rheinbund und den französischen Besitz der Nordwestküste Deutschlands nicht in Frage zu stellen. Nicht nur Hardenberg, Scharnhorst und Hacke widerlegten in einem Immediatbericht vom 6. Februar diese kleinliche und ängstliche Auffassung; Knesebeck selbst schloß sich ihrer Ansicht an und übergab an demselben Tage seinerseits dem Könige eine Denkschrift über die nächsten Operationen, deren Plan er zugleich mit dem Allianzvertrage im russischen Hauptquartier vereinbaren sollte. Er schätzte die Streitkräfte, die Napoleon zur Verstärkung des Vicekönigs, dessen Truppen er auf 35,000 Mann annahm, von Mitte April bis Anfang Mai an die Elbe bringen könne, ganz richtig auf über 200,000 Mann [2]). Die Instruktion für den Abschluß mit Rußland, die er gleich darauf erhielt, wies ihn an, auf die Herstellung des Vertrauens zwischen den Höfen von Petersburg und Wien nachdrücklich hinzuwirken, den casus foederis nicht auf Italien und Spanien erstrecken zu lassen; so wünschenswerth die allgemeine Regelung der europäischen Verhältnisse sei, so habe doch Rußland ebenso wenig Interesse wie Preußen, sich in Beziehung auf diese Fragen die Hände zu binden. Sollte der Kaiser Erwerbungen in Bezug auf den ehemals preußischen Antheil Polens, in dessen Besitz Preußen zurücktreten würde, beanspruchen, so würden diese auf Landstriche zwischen Ostpreußen und dem Niemen zu beschränken sein. Dem Verlangen Schwedens nach Norwegen solle Knesebeck bei dem Kaiser entgegenarbeiten, da dies Dänemark auf die

---

[1]) Dies Aktenstück trägt das Datum des 4. Jannar 1813. Da Scharnhorst jedoch erst unter dem 3. Jannar mittelst Feldjäger von der eingetretenen Wendung unterrichtet wurde, wird dasselbe vom 4. Februar sein. — [2]) Nur Eugen und die Garnisonen in den Plätzen der Weichsel, Oder und Elbe schätzte er zu niedrig; in Danzig allein befanden sich, nachdem Murat hier die Divisionen Heudelet, Grandjean und Marchand zurückgelassen hatte, 35,000 Mann.

Seite Frankreichs treiben müsse; es scheine vielmehr richtiger, die Vergrößerung Schwedens von dem Maße seiner Anstrengungen gegen Frankreich abhängig zu machen. Endlich habe Knesebeck darauf zu dringen, daß die russischen Generale in den preußischen Provinzen unter keinem Vorwande selbstständige Anordnungen zu treffen sondern sich überall mit den preußischen Regierungspräsidenten zu verständigen hätten, zugleich aber auch das Vorrücken einer erheblichen russischen Streitkraft an die Oder möglichst zu betreiben, um die Vernichtung der diesseit der Elbe befindlichen französischen Truppen herbeizuführen. Er war ermächtigt, den preußischen Befehlshabern jenseit der Oder nach Maßgabe dieser Verabredungen Weisungen zu ertheilen (8. Februar). In dem Beglaubigungsschreiben Knesebecks sagte der König: „Es ist mir unmöglich, Eurer Majestät so lebhaft, wie ich es wünsche, sowohl meine Dankbarkeit für die Empfindungen auszusprechen, welche Sie mir bewahrt haben, als die Befriedigung, die ich fühle, mich Ihnen, Ihrem Systeme und Ihren Maßnahmen anzuschließen, von denen nur die zwingendsten Umstände mich eine Zeit lang trennen konnten. Die treue Freundschaft, die ich Ihnen gewidmet und die nichts zu ändern vermag, haben Sie nie bezweifeln können; wie theuer es mir war, diese auch bei Ihnen in dem Briefe aus Wilna und dem aus Lyck wiederzufinden, werden Sie selbst ermessen. Ich hätte ohne jeden Verzug geantwortet, wenn ich nicht gehofft hätte, Ihnen zu gleicher Zeit befriedigende Nachrichten über die Kooperation des Wiener Hofes geben zu können, wohin ich den Obersten von Knesebeck gesendet hatte, um Alles aufzubieten, uns diese Mitwirkung zu sichern. Wenn es ihm nicht gelungen, so ist er doch nicht ohne Hoffnung zurückgekehrt, und es wird gewiß sehr förderlich sein, alle unsere Mittel aufzubieten, um die Gründe zu Besorgnissen, welche Oestreich haben könnte, zu beseitigen, und es zu bewegen, sobald als möglich einen energischen und bestimmten Entschluß zu fassen, zu welchem es sich wahrscheinlich in dem Falle entschließen wird, daß seine Dazwischenkunft für einen Frieden, der die Unabhängigkeit Europa's besser sichert als die früheren, erfolglos bleiben sollte." Der König fügte hinzu, daß er Knesebeck darum zu seinem Bevoll=

mächtigten ernannt, weil dieser dem Kaiser über die Anschauungen und Absichten in Wien treuen Bericht erstatten könne (8. Februar).

Den Abschluß des Vertrages mit Rußland erwartete der König binnen wenigen Tagen nach Knesebecks Abgang. Am 9. Februar erging das Gesetz, welches jede Exemtion von der Leistung der Militärpflicht für die Dauer des bevorstehenden Krieges aufhob. St. Marsan protestirte sehr lebhaft wie gegen die Verordnung vom 3. Februar (S. 480) auch gegen dies Gesetz, das gleich am 10. Februar erweitert wurde. Als dann Major von Thile, mit Berichten und Schreiben der Generale York und Kleist vom 1. Februar von Königsberg zurückkehrend, in Breslau eintraf, vollzog der König, nachdem er Kenntniß von den überbrachten Schriftstücken genommen, folgenden Armeebefehl: „Durch die von dem Generallieutenant von York eingereichten Rechtfertigungen und Berichte habe ich mich überzeugt, daß derselbe zu der mit den Russen eingegangenen Kapitulation durch die Umstände, besonders aber durch die Anordnungen des Marschalls Herzog von Tarent selbst bewogen und genöthigt worden ist. Als den kräftigsten Beweis meines ungeschwächten Vertrauens habe ich dem General von York den Oberbefehl über meine sämmtlichen Truppen in Preußen und Pommern ertheilt und mache dies der Armee bekannt (12. Februar)." Eine an York selbst gerichtete Ordre von demselben Tage sagte ihm, daß die Generale von Bülow und von Borstell sowie die Besatzung von Graudenz ihm unterstellt seien, und werde der General York sich durch diese Ordre hierüber ausweisen. Der König hege das Vertrauen zu ihm, daß er die zweckmäßigsten Maßregeln ergreifen, und falls die Truppen in Schlesien angegriffen werden sollten, dem Feinde kräftig in dem Rücken operiren werde. Noch an demselben Abend ging der Major von Thile mit diesen Befehlen von Breslau ab und erreichte nach seiner Angabe* den General York am 22. Februar in Marienwerder.

Andererseits war der Staatskanzler beschäftigt, die Formalität des Systemwechsels regelrecht weiter zu führen. Metternich hatte Knesebeck gesagt, man möge doch die Ankunft der russischen Armee an der Oder ruhig erwarten und sich dann von Kaiser Alexander

peremtorisch auffordern lassen, binnen 24 Stunden seine Partei zu nehmen. Verlange Preußen hiergegen den Schutz Frankreichs und könne dieser in der gestellten Frist nicht geleistet werden, so sei man im besten Rechte, auf die Seite Rußlands zu treten. Solchem Rathe war das System des Staatskanzlers vorzuziehen: von dem Vertrage mit Frankreich dadurch loszukommen, daß man den Nachweis führte, daß dieser von Seiten Frankreichs nicht gehalten sei. In Verfolgung dieses Ganges, den Hardenberg nach der Weisung des Königs vom 26. Januar modificirte, erhielten Krusemark und Hatzfeldt am 13. Februar Befehl, die Zahlung wenigstens der Hälfte der preußischen Vorschüsse im Betrage von 47 Millionen Franks bestimmt zu fordern. Der König habe die Rüstungen angeordnet, welche die Umstände gebieterisch erheischten. Auch habe er sich nicht enthalten können, den Obersten Knesebeck wegen der ihm vertragsmäßig zugestandenen Neutralität Schlesiens an den Kaiser Alexander zu schicken; Hatzfeldts Bericht vom 29. Januar: Napoleon könne keine Verhandlung mit Rußland über die Neutralität Schlesiens zugeben (S. 478), war am 5. Februar in Breslau eingetroffen, und St. Marsan hatte nach seinem Ausdrucke Alles erschöpft, die Absendung Knesebecks zu verhindern [1]). Sollte Napoleon geneigt sein, die Besetzung Danzigs, Pillau's und der Oderfestungen Preußen zu überlassen und seine Truppen hinter die Elbe zurückzuziehen, so werde der König den Kaiser Alexander sondiren lassen, ob er auf dieser Basis einen Waffenstillstand zu schließen geneigt wäre, der seinen Truppen, die sich eben Warschau's bemächtigt hätten, die Weichsel nicht zu überschreiten vorschriebe. Dem General Bülow, dessen Corps noch in der Formation sei, sei wohl durch ein Mißverständniß die Ordre des Fürsten von Neufchatel zugegangen, daß er unter den Befehl des Herzogs von Belluno (Viktor) gestellt sei [2]). Der König sei hiervon nicht benachrichtigt, und der Kaiser habe selbst erklärt, daß das preußische Hülfscorps unter einem preußischen General stehen solle; Bülow sei deshalb angewiesen worden, jenem Befehle nicht zu gehorchen. In

[1]) St. Marsan an Bassano 15. Februar 1813. — [2]) Vgl. S. 479. 480.

einer Note vom 15. Februar verlangte Hardenberg von St. Marsan zu wissen, ob der Kaiser Napoleon auf einen Waffenstillstand unter jenen Bedingungen einzugehen geneigt sei. Nach der Antwort des Kaisers werde der König seine weiteren Maßnahmen treffen.

Diese Weisungen theilte der König dem Kaiser Alexander mit: der Systemwechsel werde auf diesem Wege vollzogen werden, da Napoleon sehr weit entfernt sein würde, diesen Forderungen zu genügen. Jedenfalls werde er nicht lange säumen, sich zu erklären, und er hoffe, daß inzwischen die beiderseitigen Beziehungen durch Knesebecks Sendung vollständig geregelt sein würden. Seine Ungeduld sei ebenso groß, wie die des Kaisers (17. Februar). Und noch bevor Nachricht von diesem Abschluß einging, am 20. Februar, wurde York angewiesen, gegen die Oder vorzugehen, da der König beschlossen habe, seine Truppen mit den russischen gegen diesen Strom vorrücken zu lassen; der im russischen Hauptquartier befindliche Oberst von Knesebeck sei beauftragt, ihm die näheren Bestimmungen über die Direktion des Marsches mitzutheilen. Bülow und Borstell wurden entsprechende Befehle ertheilt. Hardenberg schickte diese drei Ordres des Königs an Knesebeck, dem er bereits am 15. und 17. Februar geschrieben hatte: „Um eine kostbare Zeit nicht zu verlieren, ist es höchst dringlich, daß wir uns so schleunig als möglich aussprechen und handeln können. Beeilen Sie sich, ich bitte Sie, abzuschließen und uns Nachricht zu geben. Jedoch ist es zu wünschen, daß vor unserer Deklaration noch so viel Zeit vergeht, daß wir Antwort auf unsere Forderungen aus Paris haben könnten. Es scheint sehr wesentlich, Napoleon keinen neuen Vorwand zu geben, die Köpfe der Franzosen zu exaltiren. Wir verlieren dadurch auch keine Zeit, da York vor dem 8. oder 9. März die Oder nicht erreichen kann. Noch einmal, beeilen Sie sich, zu enden. Die guten Gründe zum Bruche werden uns nicht fehlen (21. Februar)." Aus Knesebecks erstem Berichte vom 18. Februar — Knesebeck hatte sechs Tage (9. bis 15. Februar) gebraucht, von Breslau in das Hauptquartier zu Klodawa zu gelangen — ging dann hervor, daß er gleich nach seiner Ankunft auf den Wunsch Alexanders den General Bülow angewiesen

habe, mit dem Corps Wittgensteins an die Oder vorzugehen, da Wittgenstein zu schwach sei, diese Operation allein auszuführen; doch habe er Bülow aufmerksam gemacht, nicht offensiv zu verfahren und über Schwedt nicht hinauszugehen, da der Bruch mit Frankreich noch nicht erklärt sei.

Der Vormarsch Wittgensteins wurde dem Könige gleichzeitig von anderer Seite bestätigt. Graf Ludwig Dohna überbrachte am 21. Februar aus Königsberg drei Schreiben Yorks vom 12. und 13. Februar sammt den Beschlüssen der ostpreußischen Stände. York meldete, daß er als Generalgouverneur der Provinz (S. 455) an die Spitze der landständischen Versammlung getreten sei und schilderte das Verhalten, den Patriotismus der Stände, weiter überreichte er den von den Ständen beschlossenen, darnach in Konferenzen mit den Landesbehörden modificirten Entwurf zur Bildung der Landwehr. In dem dritten Schreiben (13. Febr.) berichtete York, daß ihn der russische Oberbefehlshaber zum Vorrücken an die Oder aufgefordert habe. Wittgenstein hatte ihm ein Schreiben Kutusows zugesendet, in dem dieser sagte: „Es ist der Wille seiner kaiserlichen Majestät, daß das preußische Corps des Generals York ebenfalls vorrücke. Zu Folge dieses werden Eure Erlaucht demselben den Befehl ertheilen, aus Elbing aufzubrechen und auf dem rechten Flügel Eurer Erlaucht in der Richtung auf Neu-Stettin zu marschiren.“ York bemerkte: „So wünschenswerth es mir auch gewesen wäre, noch einige Zeit diesseit der Weichsel bleiben zu können, so habe ich dennoch dem Antrage nachgeben zu müssen geglaubt, um auf keinen Fall bei entscheidenden Operationen zu fehlen.“ Das Corps werde den 17. von Elbing aufbrechen, am 19. die Weichsel passiren, am 27. in Schlochau eintreffen. Bei seiner auf den 19. Februar festgesetzten Abreise aus Königsberg werde er bis auf weitere Allerhöchste Bestimmung dem General Massenbach die Geschäfte des Generalgouverneurs abgeben, dem Obersten Below die neu zu errichtenden acht Reservebataillone, dem vormaligen Major Grafen Lehndorf die Errichtung des von den Ständen angebotenen National-Kavallerie-Corps übertragen; „Eurer Königlichen Majestät ferneren Befehlen sehe ich nun in Ehrfurcht

und mit Sehnsucht entgegen." Der König übersandte sämmtliche Berichte Hardenberg mit folgenden Zeilen: „Hierbei die Nachrichten aus Berlin und die durch den Grafen Dohna erhaltenen Berichte. General York und die preußischen Stände schlagen die Formation einer Landwehr vor, die nützlich werden kann, wenn die Vorschläge gehörig geprüft und mit den übrigen Maßregeln in Verbindung gebracht sein werden. Das durch den Feldmarschall Kutusow motivirte Vorrücken des Generals York giebt Anlaß zu allerlei Betrachtungen. Es erhellet daraus, daß man uns coûte que coûte entrainiren und kompromittiren will. Ueber Alles dieses sehe ich Ihrem Vortrage entgegen (21. Februar)." Hardenberg konnte nur betonen, daß so unzulässige Uebergriffe doch wesentlich daraus entsprängen, daß mit Rußland noch nicht abgeschlossen sei, daß Knesebeck die Verhandlungen hinziehe. Der König befahl, Knesebeck zu schleunigem Abschluß anzuweisen.

Die Schwierigkeiten, auf welche Knesebeck traf, lagen in der polnischen Frage. Knesebeck wünschte dringend Preußen den früheren Antheil Polens, wenigstens bis zur Weichsel, verbrieft zu sehen und fürchtete, daß ohne eine bestimmte Feststellung auch über den vormals öſtreichischen Antheil die Besorgniß Oestreichs vor der Vergrößerung Rußlands in Polen und vor dessen Festsetzung an der Weichsel Oestreichs Theilnahme am Kriege gegen Frankreich erschweren, ja vielleicht verhindern würde. Wir kennen Alexanders Intentionen in Bezug auf Polen (S. 339 ff.); bei diesem Standpunkte kann es nicht verwundern, daß er aussprach und trotz allem Drängen Knesebecks daran festhielt: er könne sich vor dem Frieden über Polen nicht erklären. Für Preußen würden sich andere Entschädigungen finden z. B. Sachsen, wenn Sachsen mit Napoleon gehe. Knesebeck blieb ebenso hartnäckig bei seinem Verlangen; beredt schilderte er dem Staatskanzler, wie man ohne bestimmte Zugeständnisse Rußlands in Bezug auf Polen nur das französische Joch mit dem russischen vertauschen werde, daß der Fehler von 1806 in keinem Falle wiederholt werden dürfe, der Fehler: mit Frankreich zu brechen, ehe man mit Rußland sicher engagirt sei. Es hieß das doch in diesem Moment

die Hauptsache über den Nebensachen vergessen und das Fell des Bären theilen, ehe man ihn erlegt hatte.

Hardenberg drang wiederholt auf den Abschluß. Am 23. Februar schrieb er Knesebeck: „Die Ungeduld des Königs, den Vertrag vollzogen zu erhalten, steigert sich von Stunde zu Stunde, und es wird ohne Zweifel immer dringender, den Abschluß nicht länger zu verzögern. Es ist dies um so wichtiger, als die Verträge mit England und Schweden nach Maßgabe des russischen eingerichtet werden müssen. Die Anlagen zeigen Ihnen, was der Vicekönig sich erlaubt (jene gewaltsame Approvisionirung der Festungen; S. 481), und mit welcher Schwäche sich die Regierungskommission in Berlin benimmt. Schon in meinem letzten Briefe sagte ich Ihnen, daß Artikel 9 des Entwurfs von selbst falle, wenn ihn der Kaiser von Rußland nicht zulassen will. Was kann Sie noch hindern, zu zeichnen? Der König befiehlt mir eben, Ihnen einen Kurier zu schicken, um Sie zu drängen, mein lieber Oberst. Herr Friesen, der sich mit mehreren Militairs eifrig mit der Bildung eines Freicorps beschäftigt, ist hierzu bestimmt worden. Ich schreibe durch ihn zugleich auch dem Baron Stein. Es ist meine Pflicht, Ihnen nicht zu verbergen, daß man Sie im russischen Hauptquartier anklagt, nicht rund und offen genug zu verfahren und in Ihrer Unterhandlung zu finassiren. Ich glaube das nicht, setze Sie aber in Kenntniß, da ich weiß, daß Sie nur das vollständigste Gelingen unserer Absichten im Auge haben. Lassen Sie uns nicht länger in der Ungewißheit." Und darauf am folgenden Tage: „Der Hauptmann von Röder, der in das Hauptquartier der Avantgarde geht, bringt Ihnen diesen Brief. Das militärische Koncert für das, was augenblicklich zu thun ist, wird täglich dringender und nöthiger. Wir müssen daher wissen, was es mit dem jetzt vereinigten polnischen und sächsischen Korps unter Poniatowski für eine Beschaffenheit hat, ob dieses in unserem Rücken operiren und wie man dies verhindern kann; es könnte uns in der Folge sehr geniren." Dem Könige sagte Hardenberg bei Uebersendung einiger Berichte: „Aus den beigelegten Stücken erhellt, daß die gewaltsamen Requisitionen im Umkreise der Festungen auf ausdrücklichen Befehl

Napoleons geschehen (S. 480). Von Paris haben wir seit dem 5. d. M. gar nichts. Es ist nicht zu bezweifeln, daß wir uns schon im Kriegszustande befinden. Hiernach müssen wir meines Erachtens alle unsere Maßregeln nehmen. Ich habe heute wieder an Knesebeck geschrieben (24. Februar)."

Auch dem Kaiser von Rußland war die Geduld ausgegangen. Am 25. Februar meldete sich beim Staatskanzler der Freiherr von Anstett, um dem Könige ein Schreiben Alexanders zu überreichen. Es war aus Zbiersko vom 22. Februar. Alexander bat den König dringend, sich nicht zu bemühen, Napoleon ins Unrecht zu setzen, (S. 493) um dem Vorwurfe der Treulosigkeit zu entgehen. Habe nicht Napoleon dem Könige gegenüber jeden Artikel des Vertrages von Tilsit in jedem Punkte auf die unerhörteste Weise gebrochen? Das Recht, sich einer erdrückenden Allianz, welche die Uebermacht erzwungen, unter veränderten Umständen zu entziehen, sei unbestreitbar. „Wir werden, wie ich hoffe, hierüber einig sein, und ich schmeichle mir, daß wir uns ebenso über alle übrigen Punkte verständigen werden. Um die Unterhandlung zu beschleunigen, schicke ich Ihnen, mit meiner Vollmacht versehen, den Staatsrath Anstett. Ich empfehle ihn Ihrem Wohlwollen und bin überzeugt, daß seine Ankunft alle noch übrigen Schwierigkeiten ausgleichen wird. Baron Stein benutzt diese Gelegenheit, sich Eurer Majestät zu Füßen zu legen. Er ist sicherlich einer der treuesten Unterthanen, die Sie besitzen. Fast ein Jahr hindurch ist er in meiner Nähe, und ich habe ihn dadurch noch besser kennen und achten gelernt. Er kennt alle meine Pläne und meine Wünsche für Deutschland und kann darüber genaue Auskunft geben."

Der Vertragsentwurf, welchen Anstett vorlegte, bezeichnete als den unmittelbaren Zweck der Defensiv- und Offensiv-Allianz zwischen Rußland und Preußen die Herstellung Preußens. Diese sei nicht erreicht, solange Frankreich Einfluß in Norddeutschland übe. Rußland werde 150,000, Preußen 80,000 Mann, abgesehen von den Garnisonen der Festungen, stellen, wohlverstanden, daß Preußen diese Zahl in jeder möglichen Weise erhöhen werde. Zur Feststellung des Operationsplanes werde der König einen höheren Offizier in das russische

Hauptquartier schicken. Der Kaiser werde die Waffen nicht niederlegen, bis Preußen in dem Umfange und der Stärke von 1806 hergestellt sei. Für die hierzu erforderlichen Aequivalente würden alle Gebiete Norddeutschlands, welche durch Unterhandlung oder die Waffen erworben würden, mit Ausnahme der Besitzungen des Hanoverschen Hauses, verwendet werden. Insbesondere garantire der Kaiser dem Könige den Besitz Ostpreußens, dem ein Territorium hinzugefügt werden würde, welches diese Provinz in allen Beziehungen, militärisch wie politisch, mit Schlesien verbinde. Nachdem Hardenberg diesen Entwurf mit Anstett durchgegangen, rieth er, ihn ohne jede Aenderung anzunehmen. „Nach der Art, wie Knesebeck diese Unterhandlung geführt hat", schrieb er dem Könige, „wären noch Wochen erforderlich gewesen, und an Stelle von Uebereinstimmung und Vertrauen hätten wir von vornherein das Gegentheil gehabt [1])." Der König genehmigte die Vollziehung durch den Staatskanzler auf der Stelle und schrieb dem Kaiser: „Ich hoffe, Sire, daß Sie aus der Beeilung, mit welcher ich auch meinerseits den Vertragsentwurf, den der Staatsrath Anstett vorgelegt, ohne Aenderung genehmigt habe, das unbegrenzte Vertrauen erkannt haben werden, welches ich in Ihre freundschaftliche Gesinnung für mich, der ich den Vorschlag völlig entsprechend gefunden habe, setze, und wie groß meine Ungeduld ist, die Bande, welche mich mit Eurer Majestät verknüpfen, unauflöslich geschlungen und unser Bündniß gezeichnet zu sehen. General Scharnhorst wird die Ehre haben, Ihnen diese Zeilen zu überreichen. Ich sende ihn in Ihr Hauptquartier, um dort gemeinschaftlich mit Oberst Knesebeck mit den von Eurer Majestät ernannten Offizieren unsere ersten Kriegsoperationen festzustellen. Den Baron Stein habe ich noch nicht sehen können, da

---

[1]) Durch den Text wird der Erzählung bei Pertz (Steins Leben 4, 302. 303; Gneisenau 2, 505), daß Stein beim Schlosse vorgefahren, dem Könige gesagt, daß er sich nun doch besinnen werde, die Lage auf das Eindringlichste vorgestellt, der König nachgegeben habe und Hardenberg gerufen worden sei, als deren Quelle mündliche Mittheilung Boyens citirt ist, jede Grundlage entzogen. Auch zeigt, was oben vorangeht, ausreichend, daß es sich um Nachgeben des Königs keinesweges handelte.

er durch ein Unwohlsein in seinem Zimmer zurückgehalten ist; aber ich werde ihn mit Vergnügen wiedersehen und Eurer Majestät Absichten über Deutschland von ihm vernehmen. Möge der Himmel unsere Anstrengungen segnen (27. Februar[1])!"

Als Anstett mit dem vollzogenen Vertrage in Kalisch eintraf, ließ der Kaiser Knesebeck rufen und sagte ihm: „Sie sehen, mein Herr, der König hat mehr Vertrauen zu mir; er hat sogleich gezeichnet, ohne ein Wort zu ändern. Das ist eine Verstärkung, welche die Vorsehung mir sendet, und der König kann sicher sein, daß ich nicht abstehen werde, ohne seine Hoffnungen erfüllt zu haben. Ich werde eher untergehen, als ihn verlassen." Dem Könige selbst schrieb er (28. Februar): „Es ist mir unmöglich, mich zu enthalten, Sire, das volle Glück Ihnen auszusprechen, welches ich empfinde, mich Ihnen von Neuem durch den feierlichsten und heiligsten Akt verbunden zu sehen, der mit Hülfe der göttlichen Vorsehung Europa dem Joche entreißen wird, welches es niederdrückt, und mir die lange erwartete Freude gewähren wird, Ihnen durch Thaten zu beweisen, wie sehr ich Ihr Freund bin. Wohl habe ich Ihr Herz erkannt an der schnellen und offenen Art, mit welcher Alles geschlossen und beendet worden ist. Ich schließe, indem ich unseren Wahlspruch wiederhole: Hoffnung auf Gott, Muth und Ausdauer; und Alles wird gut gehen. Mit Ungeduld erwarte ich den General Scharnhorst; dann werde ich nach dem Glücke trachten, Sie wiederzusehen, ein Augenblick, der mir über jeden Ausdruck theuer sein wird." Der König erwiderte: „Lebhaft bewegt mich, Sire, der ergreifende Ausdruck Ihrer Empfindungen in Ihrem Schreiben vom 28. Februar; die meinigen entsprechen denselben vollständig, und ich kann Ihnen nicht sagen, wie befriedigt

---

[1]) Wenn bezweifelt worden ist, daß Alexander mit Wahrheit Knesebeck am 28. Februar in Kalisch habe sagen können: „Stein sei vom Könige sehr gut aufgenommen worden" (Sybels historische Zeitschrift 16, 289), so beweist diese Aeußerung des Königs, daß Alexander vollen Grund dazu hatte. Was der König dem Kaiser schrieb, wird er Anstett auch mündlich gesagt haben; vgl. Hardenbergs Brief an Stein S. 488. Stein war gleich nach der Ankunft in Breslau schwer erkrankt, die Besserung trat erst am 19. Februar ein. Zur Verhandlung über den Allianzvertrag war nur Anstett bevollmächtigt.

ich bin, die Bande, welche uns einigen, feierlich und für immer befestigt zu sehen. Ich nehme Ihren Wahlspruch in seiner ganzen Bedeutung an: Hoffnung auf Gott, Muth und Ausdauer!"

Als Napoleon die Kriegserklärung Preußens erhielt, ließ er seinem Gesandten in Wien schreiben: Da Oestreich den Frieden will, muß es rasch handeln. Will Kaiser Alexander nicht unterhandeln, so schlagen wir vor: Preußen wird in drei Theile getheilt. Es hat fünf Millionen Einwohner. Eine Million im Osten der Weichsel bleibt ihm, zwei Millionen (d. h. den besten Theil Preußens, Schlesien) erhält Oestreich, eine Million Sachsen, die letzte Million Westfalen. Die Tage sind gezählt, der Kaiser wird Anfang Mai an der Elbe sein.

An der gewaltigen Erhebung des preußischen Volkes, an dem festen Zusammenhalten Friedrich Wilhelms und Alexanders scheiterten dieses und ähnliche Projekte, scheiterten Thron und Macht des ersten Napoleon. Die persönliche Beziehung, welche seit der Zusammenkunft in Memel zwischen beiden Fürsten bestand, hatten alle Künste Napoleons nicht zu erschüttern vermocht. Trotz des wechselnden Ganges der Politik, trotz der übelsten Zwischenfälle unbeirrt festgehalten, bewahrte sie die Möglichkeit der Koalition gegen Frankreichs Dominat, gestattete sie die rasche und volle Vereinigung Preußens und Rußlands, bildete sie den festen Kern der Kriegführung gegen den ersten Napoleon, welche ohne diesen kaum zum Ziele gelangt sein würde.

Eine Milliarde Kriegsentschädigung,

welche

Preußen Frankreich gezahlt hat.



Man liebt es in Frankreich, sich der Großmuth des nationalen Charakters zu rühmen; aber seine Lenker haben es dennoch zu allen Zeiten verstanden, die Vortheile, welche ihre Armeen erfochten hatten, zu verwerthen und den Besiegten die ganze Schwere des Unterliegens eindringlich fühlbar zu machen. Was „Ludwig der Große" in dieser Richtung geleistet, wurde von dem Konvent und der Direktorial-regierung ansehnlich überboten, und diese wiederum ließ das erste Kaiserthum weit hinter sich zurück. Die schärfste Anwendung dieses Systems hat der Imperator nach den Tagen von Jena und Auer-städt gegen Preußen eintreten lassen. Wenn ich versuche, Art und Umfang dieser Ausbeutung des Sieges im Einzelnen zu vergegen-wärtigen, so geschieht dies nicht sowohl, um die Erfindungskraft des Siegers nach dieser Seite hin zu verdeutlichen, als vielmehr um die Folgen anschaulich zu machen, die diese Auspressung Preußens auf dessen weitere Geschicke ausüben mußte und ausgeübt hat, Folgen, die thatsächlich über die Wiederaufrichtung unseres Staates weit hinaus gereicht und mehr als zwei Decennien hindurch einen sehr bemerkbaren Einfluß auf die wirthschaftliche Lage des Landes und dessen politische Aktion geübt haben.

„Niemals," sagt einer der eifrigsten Bewunderer Napoleons unter den Franzosen, Bignon, „hatte bis dahin eine fremde Okku-pation so grausam einen Staat gedrückt, wie die Frankreichs Preußen drückte." Er erzählt, daß, als Napoleon im September 1806 seine in Deutschland bereitstehenden Truppen gegen Preußen wendete, der Generalzahlmeister der Armee in der Feldkriegskasse nur 24,000 Frs.

über den Rhein mit sich genommen habe; nach anderen Angaben waren es 80,000 Frs. Während des Krieges seien dann 200,000 Franzosen und dazu deren Alliirte auf Kosten Preußens besoldet, verpflegt, bekleidet und remontirt worden, und trotzdem hätten die baaren Ueberschüsse am Schlusse der ersten Okkupation (d. h. im Herbst 1808) 474 Millionen Franks betragen[1]). Bignons Autorität, der des ersten Generaladministrators der preußischen Finanzen, Estève's, Nachfolger in Berlin war, wird für den Druck, welchen Preußen erfuhr, und dessen Erträge nicht leicht anzufechten sein. Noch sachkundiger, als er, war in dieser Beziehung der Generalintendant der großen Armee, Daru. Dieser berechnete schon am 1. Januar 1808 den Ertrag der Okkupation auf 604,227,922 Frs. und am 15. Oktober 1808 den baaren Ueberschuß nach Abrechnung dessen, was die Besoldung der Armee gekostet, auf 474,352,650 Frs. 53 Cts.[2]). Napoleon selbst, der, wenn auch sonst, doch in solchen Dingen gewiß nicht zu seinem Vortheil übertrieb, sagte nach Beendigung der ersten Okkupation am 9. März 1809 dem Grafen Röderer: „Ich habe eine Milliarde aus Preußen gezogen[3])."

Man würde irren, wenn man hiermit die Leistungen Preußens erschöpft glaubte. Es hatte nach dieser Räumung (Debr. 1808) eine schwere Kontribution zu erlegen; es hatte die französischen Garnisonen, welche Küstrin, Stettin und Glogau auch weiterhin besetzt hielten, zu unterhalten; die Last des Kontinentalsystems drückte nach seiner wirthschaftlichen und Handelslage Preußen schwerer als irgend ein anderes Land; es hatte 1812 vertragsmäßig die enormsten Lieferungen für Napoleon zu beschaffen und dazu die Quartierung, die Verpflegung, den Transport und die Remontirung der großen französischen Armee auf dem Marsche nach und von Rußland, die Quartierung und Verpflegung ihrer Reserven zu tragen. Und diese Fülle von Leistungen mußte ein Staat aufbringen, den der Friede von

---

[1]) Bignon Histoire de France 6, 31. 7, 399. — [2]) Daru bei Dumas Précis 19, 459 399. 463 sqq. — [3]) Oeuvres du comte Roederer p. 544.

Tilsit auf ein Gebiet von 2856 Quadratmeilen und eine Einwohnerzahl von 4,600,000 Bewohnern beschränkt hatte [1]).

Vor dem Kriege hatte das höchste Gesammteinkommen des Staates, zu dem Preußen überhaupt gelangt war (es war im Rechnungsjahre 1805/1806 erreicht worden), 35½ Millionen Thaler, das reine Einkommen 27 Millionen Thaler betragen. Nach Abzug der Kosten für den Hof und die Civilverwaltung, welche sich auf 7 Millionen Thaler beliefen, waren 20 Millionen Thaler verfügbar geblieben [2]). Nachdem Preußen im Frieden von Tilsit die fruchtbarere und dichter bevölkerte Hälfte seines Gebietes verloren, hätte das Gesammteinkommen höchstens 17 Millionen, das reine Einkommen nicht mehr als 14 Millionen Thaler, der verfügbare Theil höchstens 11 bis 12 Millionen Thaler betragen können, wenn der Krieg das Land unberührt gelassen, wenn der Grundbesitz, wenn die übrigen Quellen des Einkommens nicht durch diesen, durch die Okkupation und das Kontinentalsystem im Werthe theils tief herabgedrückt, theils vollständig aufgetrocknet worden wären. Das Finanzdepartement erklärte bald nach dem Frieden noch in Memel und noch ohne Kenntniß der Lasten, welche Preußen nach diesem aufgebürdet werden sollten: es sei höchst ungewiß, ob das Gesammteinkommen nach der Räumung des Landes in den nächsten Jahren auf 17 Millionen Thaler gebracht werden könne.

Prüfen wir, ob die Angaben des Kaisers Napoleon und seiner mit Aussaugung Preußens beauftragten Beamten zu den Angaben unserer Behörden aus jenen Jahren stimmen, ob sie hinter ihnen zurückbleiben oder dieselben übersteigen. Es wird sich dabei ergeben, in welcher Weise Napoleon innerhalb zweier Jahre jene Milliarde oder wie viel sonst aus dem Gebiete, das er Preußen übrig gelassen, herauspreßte, welche Summen und Leistungen er über diese hinaus,

---

[1]) Stein giebt 4,600,000 Einwohner in einer Denkschrift aus dem Juli 1810; Bassewitz, Kurmark (1, 581) berechnet unmittelbar nach dem Frieden 4,594,000 Einwohner, Hoffmann in einer Denkschrift vom 2. Mai 1812 4,750,000. — [2]) Riedel Der Brandenburgisch-Preußische Staatshaushalt S. 225.

von welchen wir durch Autoritäten jener Seite nicht unterrichtet sind, Preußen abzunehmen verstanden hat. Die Kriegskosten und Leistungen, welche die eigene Armee, sodann die russische unserem Staate in den Jahren 1806 und 1807 verursacht haben, bleiben selbstverständlich bei Seite; ich versuche nur, die Leistungen und Lieferungen, die Preußen für die französische Armee und für Frankreich zu tragen gehabt, insbesondere aber die Kriegsentschädigung, welche Frankreich aus Preußen gezogen hat, annähernd festzustellen.

Gleich am Tage nach der Doppelschlacht von Jena und Auerstädt schrieb Napoleon mittelst Dekretes vom 15. Oktober eine Kontribution von 100 Millionen Franks aus. Dieser Betrag wurde alsdann auf das Herzogthum Magdeburg, auf die Marken, auf Berlin und auf Pommern vertheilt. Nach der Uebergabe Stettins wurde der dortigen Kaufmannschaft durch Dekret vom 4. November 1806 noch eine besondere Kontribution von 10 Millionen Franks aufgelegt. Die Dekrete vom 7. December 1806 und 12. Januar 1807 legten der Provinz Schlesien 30 Millionen Franks auf. Endlich wurde nach der Schlacht von Friedland Königsberg angewiesen, eine Kontribution von 12 Millionen Franks zu entrichten. Von der Belegung Ostpreußens mit einer besonderen Kontribution nahm Napoleon selbst Abstand; er kannte den Zustand dieser Provinz aus halbjähriger Erfahrung. Sonach war dem preußischen Gebiet an der Elbe und ostwärts der Elbe an Kontributionen ein Gesammtbetrag von 152 Millionen Franks auferlegt worden. Als dann der Friede am 9. Juli 1807 zu Tilsit gezeichnet war, befahl Napoleon, dafür zu sorgen, daß keine Flinte, kein Pulverkorn, kein Ausrüstungsgegenstand in Preußen zurückbleibe. Es zeigte sich bald, daß auch kein Geld, kein Korn und kein Vieh im Lande bleiben sollten.

Die Konvention zur Ausführung des Friedens von Tilsit, die am 12. Juli gezeichnet wurde, verfügte durch Art. 2, daß Ostpreußen bis zum 20. August, das übrige Preußen verbliebene Gebiet bis zur Elbe, mit Ausnahme der Kreise Prenzlau und Pasewalk und des Herzogthums Magdeburg rechts der Elbe, am 1. Oktober geräumt sein solle; die Räumung der ausgenommenen Territorien solle bis zum

1. November 1807 erfolgen. Jedoch bestimmte Art. 4 dieser Konvention: „Diese Dispositionen werden zu den bestimmten Terminen Platz greifen, sobald die dem Lande aufgelegten Kontributionen abgetragen sind.“ Man hatte preußischer Seits an diesem Vorbehalte zunächst keinen Anstoß genommen. Ohne schon im Besitze genügender Kenntniß zu sein, was die Kreise und Provinzen bis zum 9. oder 12. Juli auf ihre Kontributionen gezahlt, wußte man doch, daß bedeutende Summen abgetragen waren, daß noch bedeutendere Lieferungen auf die höchst umfassenden Requisitionen, welche für die Ernährung, Bekleidung und Remontirung ihrer Truppen von den französischen Befehlshabern gefordert worden waren, von den Provinzen erfolgt seien. Der Generaladministrator Estève hatte am 15. November 1806 erklärt, daß diese Requisitionen auf die ausgeschriebenen Kontributionen angerechnet werden würden. In jenem Dekrete, durch welches der Stadt Königsberg 12,000,000 Franks auferlegt wurden, war ausdrücklich verfügt, daß ein Drittel dieser Summe in Lieferungen abgetragen werden solle. In fast allen Requisitionsausschreibungen war gesagt, daß die verlangten Lebensmittel, Fourage, Bekleidung, Ausrüstung, Lager- und Lazarethbedürfnisse auf die Kontribution angerechnet werden sollten. Endlich hielt man sich preußischer Seits überzeugt, daß, nachdem das Herzogthum Magdeburg, mit Ausnahme der drei rechtselbischen Kreise, die gesammte Altmark und von der Neumark der Kreis Kottbus abgetreten waren, die von diesen Gebieten aufzubringenden Quoten der Kontribution Preußen nicht mehr zur Last fallen könnten. Ueber den Betrag dieser Quoten konnte kein Streit sein; die Kontributionen waren nach Anweisung des Generalintendanten Daru selbst nach dem Maßstabe der in den einzelnen Landestheilen aufkommenden Grundsteuer vertheilt worden.

Es war freilich auffallend, daß unmittelbar nach Auswechselung der Ratifikationen neue Anforderungen besonderer Art gestellt wurden. Napoleon schenkte innerhalb der preußischen Staatsgrenzen, seinem Stabschef Berthier die Güter Schönlanke und Schlope, dem Marschall Mortier die Herrschaft Kammin. Der Friedensvertrag vom 9. Juli

verpflichtete durch Art. 16 Preußen: Sachsen und dem nunmehr mit diesem verbundenen Großherzogthum Warschau eine Militärstraße durch sein Gebiet zu gestatten. Sie wurde über Kressen und Züllichau auf Posen gelegt. Bereits am 25. Juli 1807 beanspruchte Berthier jedoch nachträglich noch eine Handelsstraße zwischen Sachsen und Polen, auf welcher der Verkehr für die Unterthanen Sachsens und des Großherzogthums Warschau zollfrei sein und der sächsischen Regierung das Recht zustehen solle, eigene Postbureaus zu errichten. Die Konvention von Elbing gestand am 13. Oktober 1807 statt der einen drei Handelsstraßen mit erheblichen Zollbefreiungen von Dresden über Breslau und Oels, über Liegnitz und Steinau, über Sorau und Glogau nach Fraustadt, jedoch ohne sächsische Postbureaus zu. Kaum war dies zugegeben, als französischer Seits Grenzberichtigungen für das Großherzogthum Warschau, d. h. Erweiterungen desselben, auf Kosten Preußens verlangt wurden. Preußen sollte zu Gunsten Warschau's auf den Michelauer Kreis und Neuschlesien, welches Art. 2 des Friedens ausdrücklich unter den Preußen verbliebenen Gebieten aufzählte, verzichten. Beide Forderungen wurden am 10. November 1807 gewährt, um die Räumung des Landes nicht zu verzögern. Art. 18 des Friedens zu Tilsit hatte Danzig zu einer unter dem Schutze Preußens und Sachsens unabhängigen Stadt gemacht: „avec un territoire de deux lieues de rayon autour de son enceinte.“ Auf ausdrücklichen Befehl Napoleons mußten Soult, der die Armee in Preußen befehligte, und Berthier einen Umkreis von zwei deutschen Meilen, und zwar von den letzten Außenwerken bemessen, fordern [1]). Auch dieser wurde am 6. December 1807 aus dem bereits erwähnten Grunde von Seiten Preußens zugestanden.

Hatte man preußischer Seits gehofft, durch diese Reihe von Nachgiebigkeiten die Räumung zu erkaufen, um endlich wieder Herr in dem Ueberreste des Staates zu werden — man wurde bald grausam enttäuscht. Die französische Armee, welche am 20. August über die Weichsel zurückgezogen sein sollte, blieb hinter der Passarge stehen

[1]) Correspondance de Napoléon 15, 473. 481.

und fuhr fort, Preußen mit mindestens 160,000 Mann und 50,000 Pferden besetzt zu halten [1]). Napoleon war nicht gemeint, Preußen überhaupt zu verlassen, so sagt er uns selbst [2]), und der unbefangenste, aber keineswegs ungünstig gesinnte Darsteller seiner Politik, Lefebvre, bemerkt: „Es war seine Absicht, die Okkupation Preußens ins Unbestimmte zu verlängern [3])." Napoleons Motive habe ich an einem anderen Orte nachgewiesen (S. 283 ff.). Um der Fortdauer der Okkupation den Schein das Rechtes zu geben, verbot er dem Generalintendanten Daru, die Requisitionen auf die Kontributionen anzurechnen; außerdem müsse ihm (Napoleon) wenigstens eine volle Jahreseinnahme des preußischen Staates zufallen: die Erträge der letzten Monate des Jahres 1806 und das ganze Jahr 1807 (der Friede war, wie bemerkt, am 9. Juli 1807 unterzeichnet worden) gehörten ihm. Da die Provinzen, welche Preußen geblieben, jährlich 73,000,000 Franks einbrächten, müsse Preußen noch 200,000,000, mindestens 150,000,000 Frs. zahlen. Alle Holzvorräthe seien wegzuführen oder zu verkaufen; es müsse mit der äußersten Härte verfahren werden [4]).

Diese Befehle erklären, wie es geschah, daß die preußischen Kommissare, welche Ende Juli zu Berlin zur Vollziehung des Friedens in Berlin mit Daru zusammentraten, erstaunliche Ansätze zu sehen bekamen. In den letzten Tagen des August präsentirte ihnen Daru die folgende Note; er hatte für die oben erwähnten abgetretenen Landestheile etwa 21½ Millionen Franks von jener Gesammtkontribution von 152 Millionen abgesetzt; trotzdem sollte Preußen noch mehr als 154 Millionen Franks zahlen und zwar:

An Kontribution . . . . . . 130,511,856 Frs. 9 Cent.
An Landesrevenuen nach dem Anschlage von 87,986,625 Frs.

---

[1]) Am 1. Mai 1808 standen in der Kurmark 40,774 Mann und 16,151 Pferde, in Schlesien bis Decbr. 1807 77,373 Mann und 19,067 Pferde; S. 528. — [2]) Correspondance de Napoléon 15, 410. 531. 543. 545; 16, 33. 51. 123. 143. — [3]) Lefèbvre histoire des cabinets 3, 352. — [4]) Corresp. Napol. 15, 419. 423. 429. 440. 448. 453. 461.

Transport	130,511,856 Frs.	9 Cent.	
3 Cent. jährlich für die Zeit vom 1. November 1806 bis zum 12. Juli 1807 d. h. für 8 Monate und 12 Tage	61,590,637 =	53 =	
An anderen Forderungen . . .	6,624,475 =	24 =	[1])
Summa	198,726,968 Frs.	86 Cent.	

Hierauf könne angerechnet werden an bereits gezahlten Kriegskontributionen . . .	33,077,182 Frs.	40 Cent.
an erhobenen Landesrevenuen . .	11,144,307 =	28 =
Summa	44,221,489 Frs.	68 Cent.

Mithin habe Preußen noch zu entrichten: 154,505,479 Frs. 18 Cent., in runder Summe 154,500,000 Frs. [2]).

Napoleon wußte, so sagt uns Lefebvre, daß Preußen in naher Frist 150 Millionen nicht zu zahlen vermochte. Es kam ihm nur auf einen Vorwand an, das Land besetzt zu halten [3]). Was konnte es solchen Absichten gegenüber fruchten, daß die preußischen Kommissare geltend machten und überzeugend nachwiesen, daß von der Gesammtforderung an Kontribution von . . . . 152,000,000 Frs.
unter jeder Voraussetzung nach Abtretung der Altmark, des Herzogthums Magdeburg und des Kreises Kottbus nach Maßgabe der betreffenden Grundsteuerquoten für die Altmark . . . . 9,209,883 =

Latus 9,209,883 Frs.

---

[1]) Réquisitions 5,392,744 Frs. 40 Cent., Créances 1,231,730 Frs. 84 Cent. — [2]) Die Forderungen Frankreichs wurden durchgehends noch dadurch erhöht, daß der Thaler nur zu 3 Frs. 65 Cent. angenommen und berechnet wurde. — [3]) Lefèbvre l. c. 3, 352.

	Transport	9,209,883 Frs.
für Magdeburg, von dem nur die drei rechtselbischen Kreise bei Preußen geblieben		24,040,322 =
für den Kreis Kottbus		939,718 =
	in Summa	34,189,923 Frs.

abgesetzt werden müßten, wodurch sich die Kontributionsforderung auf . . . . 117,810,077 Frs. ermäßige. Die für Danzig, das Kulmerland und den Kreis Michelau erforderlichen Absetzungen mußten die ausgeschriebenen Kontributionen dann noch weiter und zwar auf den Betrag von etwa 115,000,000 Frs. reduciren. Wollte man selbst diesen Abzug nicht zugeben, so konnte Preußens restirende Schuld, da über 98 Millionen Franks auf die ausgeschriebenen Kontributionen abgetragen waren, nicht mehr als 19 Millionen Franks betragen. Zu dieser Zahlung erklärten sich die Kommissare des Königs bereit. Wenn Daru dann weiter das Staatseinkommen für das Preußen des Tilsiter Friedens auf jährlich nahezu 88 Millionen Franks und zwar nach Abzug der Administrationskosten berechnet hatte, so zeigte uns bereits Napoleons eigene Autorität, daß Daru's Ansatz auch für das Bruttoeinkommen um mindestens 15 Millionen Franks zu hoch war. Die angeführte Aeußerung Napoleons, daß die Einkünfte der Provinzen, welche Preußen geblieben seien, 73 Millionen Franks (rund 19,465,000 Thaler) betrügen, beruht offenbar auf den Berichten seines eigenen Generaladministrators. Auch dieser Ansatz war nach dem, was oben über die Einkünfte Preußens bemerkt ist (S. 505), noch um mehr als zwei Millionen Thaler zu hoch.

Die Gegenrechnung Preußens gegen Daru's Forderungen stellte sich, wie folgt:

Preußen hatte auf die Kontributionen bis zum 12. Juli eingezahlt den sehr erheblichen Betrag von . . . . 98,662,125 Frs. 42 Cent.

Ferner war bis zu demselben Tage von den französischen Behörden

Transport	98,662,125	Frs.	42	Cent.
an Staatseinkommen empfangen . . .	16,832,756	=	34	=
Dagegen aber waren an Gehalten und Pensionen preußischer Beamten, deren Zahlung das Dekret Napoleons vom 13. November 1806 zugesagt hatte, am 12. Juli 1807 rückständig . . .	4,773,699	=	—	=
Bei den Ueberschußverwaltungen und den Geldinstituten des Staates, der Bergverwaltung, der Bank, der Seehandlung, den Holzverwaltungen war konfiscirt worden in baarem Gelde und Vorräthen ein Betrag von	23,400,083	=	18	=
Ebenso waren an Pupillen- und Waisenhausgeldern konfiscirt worden .	7,538,636	=	89	=
Der Werth der bis zum 12. Juli 1807 geleisteten Requisitionen, abgesehen von der Quartierlast und Kriegsschäden, betrug	56,228,941	=	86	=
Die Gesammtsumme der Leistungen, Vorenthaltungen und Konfiskationen betrug mithin für Preußen am 12. Juli 1807	207,436,242	Frs.	69	Ct.[1]

[1] Aufstellung Sacks vom 16. November 1809; geh. Staatsarchiv. [Für die Bank, die Bergverwaltung u. s. w. sind die besonderen Ergebnisse folgende. An konfiscirten Beständen an Geld und Material hatte verloren:

die Nutzholzgesellschaft	5,491,161	Frs.	68	Cent.
die Bank	9,735,009	=	10	=
die Seehandlung	4,281,576	=	40	=
die Bergverwaltung	2,646,134	=	30	=
die Brennholzgesellschaft . . .	1,047,641	=	70	=
Summa	23,201,523	Frs.	18	Cent.

Ich habe dieser Summe im Texte die erst später zur Anzeige gelangten Verluste der Porzellanfabrik mit 198,560 Frs. hinzugefügt. Für die Bergverwaltung diesseit der Elbe ist eine spätere Anzeige Gerhards vom 22. September 1815

Den Forderungen, welche Daru für Frankreich erhob, ließ er die der Provinzen zur Seite treten, welche der Friede von Tilsit Preußen genommen hatte. Daru hatte die Institute und Bewohner derselben aufgefordert, ihm ihre Ansprüche an Preußen einzureichen, und daraus eine Rechnung zusammengestellt, welche zuerst auf 116, dann auf 126, und endlich auf 135 Millionen Franks summirt wurde. Preußischer Seits wurde dagegen nachgewiesen, daß Preußen für seine Institute und Unterthanen den abgetretenen Provinzen und dem französischen Gouvernement gegenüber eine bei weitem höhere Forderung im Betrage von 204,315,060 Franks 60 Cent. geltend zu machen habe, welche durch Artikel 25 des Tilsiter Friedens, soweit sie die abgetretenen Provinzen betraf, vollständig gewährleistet war [1]).

Weder Rechnungen noch Gegenrechnungen entschieden. Die französische Armee blieb in jener Stärke (S. 509) im Lande, bezog abwechselnd Kantonnirungen und Uebungslager in Preußen und lebte weiter auf Kosten des Landes, wurde weiter auf Kosten Preußens remontirt. Die Einkünfte des Staates füllten die Kassen Frankreichs, die aufgelegten Kontributionen wurden weiter erhoben, die Forderungen gesteigert. Der Kommandant von Berlin, St. Hilaire, hatte sich anfangs mit 800 Thalern Tafelgeld wöchentlich begnügt; er forderte jetzt 1000 Thaler. Nicht einmal die Zurücksendung der gefangenen Preußen war zu erreichen. Sie wurden mit Kanalbauten und anderen Arbeiten in Frankreich beschäftigt. So standen die Dinge, als Daru Mitte Oktober der stockenden Verhandlung mit der Friedensvollziehungs-Kommission eine auffallende Wendung gab. Er erklärte, noch 35 Millionen Franks von seiner Forderung als auf die Kontribution gezahlt absetzen und sich demnach mit 119,505,479 Franks begnügen

---

ebenfalls höher, indem sie an Verlust an Material 747,511 Thlr. 5 Gr., an baaren Zahlungen 59,448 Thlr. 10 Gr. 9 Pf. ergiebt. Stägemann berichtet 1815 dem Staatskanzler, daß die Verluste dieser Verwaltungen und Institute nach vorhandener Nachweisung ohne die Warschauer Beraubung 35,000,000 Frs. betrügen; geh. Staatsarchiv.

[1]) Die Nachweisungen in Sacks Mittheilung an Brockhausen vom 24. Januar 1808; geh. Staatsarchiv.

zu wollen. Da jedoch nach dem Zugeständnisse der preußischen Kommissare höchstens 19 Millionen auf der Stelle entrichtet werden könnten, müsse Frankreich für die restirenden 100 Millionen Sicherheit haben. Diese würde für die Hälfte dieser Summe, also für 50 Millionen, in Cession von Domänen bestehen, die, zwischen der Elbe und Oder und dem Königreich Westfalen möglichst nahe gelegen, dem Kaiser Napoleon in der Weise zur Verfügung gestellt würden, daß er sie auch zu Gratifikationen verwenden könne; für die zweite Hälfte müßten bis zur Abtragung derselben die Festungen Kolberg, Graudenz, Stettin, Küstrin und Glogau als Sicherheit eingeräumt werden und zwar mit der Maßgabe, daß jede eine französische Besatzung von 6000 Mann Infanterie und 2000 Mann Kavallerie erhalte, die auf Kosten Preußens besoldet, equipirt und unterhalten würde. Einen auf diesen Basen artikulirten Vertragsentwurf legte der Generalintendant der preußischen Kommission am 24. Oktober vor. Von den zuvor mündlich gemachten Vorschlägen wich derselbe darin ab, daß als einzuräumende Festungen nur Küstrin, Stettin und Glogau genannt und das Einlösungsrecht der cedirten Domänen dem Könige vorbehalten war. Man wollte französischer Seits versuchen, wie weit man Preußen über den Frieden von Tilsit hinausdrängen könne, während Napoleon andererseits mit Rußland jene Verhandlung begann, welche Kaiser Alexanders Zustimmung zur Abreißung Schlesiens von Preußen herbeiführen sollte [1]).

In Kenntniß von diesem Vertragsentwurf gesetzt, untersagte König Friedrich Wilhelm seinen Kommissaren in Berlin dessen Annahme. Er beschloß, seinen Bruder Wilhelm nach Paris zu senden. In der Instruktion für den Prinzen hieß es: es handle sich um die Existenz Preußens. Der Prinz solle Napoleon als Beweis der aufrichtigen Absicht des Königs, sich dem System Napoleons unbedingt anzuschließen, dessen Bereitschaft zu einer Defensiv- und Offensivallianz — der König werde ihm 30 bis 40,000 Mann zur Verfügung stellen können — gegen augenblickliche Räumung des Landes aus-

---

[1]) Preußen während der französischen Okkupation ob. S. 285 ff.

sprechen. Schlimmsten Falles dürfe der Prinz selbst den Eintritt in den Rheinbund gegen die sofortige Räumung anbieten. Man werde aus der Aufnahme dieser Anträge wenigstens Napoleons wahre Absichten erkennen können[1]). Bezüglich der Kontribution habe der Prinz auf Abschluß zu dringen, indem er 51 Millionen Franks auf der Stelle zahlbar in auf drei Monate gestellten Wechseln preußischer Kaufleute auf außerpreußische Handelsplätze oder gültigen Werthpapieren, sodann 50 Millionen nach zwölf Monaten zu zahlen böte, wogegen Frankreich von der durch Daru vorgeschlagenen Cession von Domänen und Einräumung von Festungen abzustehen habe[2]).

Erst nach Beseitigung manchen Hindernisses, das ihm absichtlich in den Weg gelegt wurde, gelangte der Prinz, der am 7. November 1807 von Königsberg abgereist war, am 3. Januar 1808 nach Paris. In der Audienz, die ihm Napoleon einige Tage darauf gewährte, lehnte dieser die Allianzanträge des Prinzen rund ab. Niemals, sagte er dem Prinzen, werde er sich auf Preußen verlassen können; er wisse sehr gut, daß alle Preußen ihn haßten, täglich habe er Beweise davon durch Briefe, die in seine Hände fielen. Er müsse gegen Preußen stets auf dem qui vive stehen, um Westfalen zu decken. Die Kontributionen müßten gezahlt werden. „Warum wollt Ihr nicht in Domänen zahlen," fragte er den Prinzen. Die Einräumung von Kolberg und Graudenz habe Daru über seine Instruktion hinaus gefordert. Persönlich freundlich schloß er mit den Worten: „Ueber die Kontribution wird man sich arrangiren[3])." Inzwischen wurden in Preußen immer neue Remonten ausgehoben und neue Leistungen ausgeschrieben. Mittelst Erlasses vom 9. Januar 1808 an die kurmärkische Kammer forderte Bignon z. B. 4000 der stärksten Stämme aus deren Forsten für die Artillerie. Vergebens versuchte der Prinz, Einhalt zu schaffen; vergebens bot er Ende Januar auf Tolstoi's, des russischen Gesandten, Rath und Verantwortung die Garantie Rußlands für die Summen,

---

[1]) Instruktion vom 6. November 1807; geh. Staatsarchiv. — [2]) Weisung an den Prinzen 22. November 1807. — [3]) Bericht des Prinzen vom 9. Januar 1808; geh. Staatsarchiv.

welche Preußen nicht augenblicklich zu zahlen vermöge[1]). Vergebens wiederholte Tolstoi diesen Vorschlag, nachdem er von Petersburg dazu ermächtigt worden war[2]). Am 23. Februar gab Napoleon dem Prinzen auf sein Ansuchen eine zweite Audienz. Der Kaiser war ziemlich offen. „Der Abschluß Eurer Angelegenheiten", sagte er, „hat seinen Platz in den großen Kombinationen der allgemeinen Politik, welche sich zu entwickeln im Begriff stehen. Es handelt sich nicht um eine Frage des Geldes sondern um eine politische Frage. In einigen Millionen mehr oder weniger liegt die Schwierigkeit nicht. Ich will meine Verpflichtungen erfüllen; da ist es billig, daß auch die anderen die ihrigen erfüllen. Preußens Friede zu Tilsit hängt von dem dort mit Rußland geschlossenen Frieden ab. Rußland fährt fort, die Moldau und Wallachei besetzt zu halten; sein Friede mit der Pforte ist noch nicht geschlossen. Hiervon wie von dem Arrangement der allgemeinen Angelegenheiten hängt die Räumung Preußens ab." Konstantinopel sei gegenwärtig, fuhr der Kaiser fort, der Mittelpunkt seiner Politik. Nach den Umständen werde er die Pforte als Freund oder Feind ansehen. Vielleicht kämen die Dinge im Laufe des Sommers zum Ausgleich. Es sei nicht angemessen, daß Preußen eine Armee von mehr als 40,000 Mann halte. Die Provinzen würden sich in zwei bis drei Jahren bei guter Verwaltung wieder im früheren Zustande befinden; die ausgehobenen Remonten sollten auf die Kontribution angerechnet werden[3]). Daß die Berichte aus Petersburg meldeten, Napoleon habe dort angedeutet, er werde an der Donau coulanter sein, wenn Alexander gegen die Abreißung Schlesiens nichts einzuwenden habe, konnte der König gleichzeitig seinem Bruder mittheilen (25. Februar). Auch Tolstoi machte Brockhausen, dem Gesandten des Königs in Paris, kein Geheimniß aus dieser Unterhandlung; „es werde jedoch wohl etwas dazwischen kommen", setzte Alexanders Vertreter hinzu[4]).

[1]) Bericht des Prinzen vom 26. und 27. Januar 1808; geh. Staatsarchiv. — [2]) Weisung an den Prinzen vom 16. März, Bericht des Prinzen vom 1. April 1808. — [3]) Bericht des Prinzen vom 26. Februar 1808. — [4]) Bericht des Prinzen vom 20. März und Brockhausens Bericht vom 30. März 1808.

Wenn im November 1806 den Unterhändlern Preußens zu Charlottenburg erklärt worden war, daß der zukünftige Umfang Preußens von dem Maße abhängig sei, in welchem England die Kolonien Frankreichs, Spaniens und Hollands zurückzustellen gedenke, so hatte Napoleon jetzt, nach dem Frieden, dem Prinzen denselben Trost gegeben. Preußens Geschick hänge von der Gestaltung der europäischen Politik ab. War man im Frieden oder war man noch im Kriege mit Napoleon? Jedenfalls hielt Er den Kriegszustand gegen Preußen fest, und der Prinz wie der König wußten, daß Alexanders Entschluß über die Moldau und Wallachei für Schlesien entscheidend werden könne. Als der König dem Prinzen mittheilte: Stein sei in den letzten Tagen des Februar selbst nach Berlin gegangen, in der festen Absicht, mit Daru zum Abschluß zu kommen, und voll Zuversicht, daß ihm dies auch gelingen werde, erwiderte Prinz Wilhelm aus näherer Empfindung der Atmosphäre in den Kreisen der hohen Beamtenschaft zu Paris, des Eindrucks, den er selbst von Napoleon empfangen: „auch wenn sich Stein und Daru einigen, selbst wenn wir zahlen, was man fordert — Preußen wird dennoch nicht geräumt werden (13. März)." Stein wurde in der That mit Daru über den Entwurf eines Vertrages einig, der die Räumung Preußens, mit Ausnahme Stettin's, Küstrin's und Glogau's als Unterpfand für die Restzahlungen, feststellte. Die Forderungen Frankreichs waren auf 100 bis 112 Millionen Franks ermäßigt; die von Preußen zu verpflegenden Besatzungen der drei Festungen sollten 9000 Mann betragen. Am 18. März traf der Assessor Koppe mit diesem Entwurfe bei dem Prinzen in Paris ein, der nun von Neuem Audienz bei Napoleon erbat. Napoleon empfing ihn erst am 29. März. „Ich habe das Projekt gesehen (Daru hatte Stein versprochen es sofort vorzulegen und zu befürworten)," sagte er dem Prinzen, „es scheint, daß sich alle Bedingungen darin befinden." Der Prinz hob hervor, daß Napoleon wohl nicht nöthig finden werde, stärkere Besatzungen, als der Entwurf vorschlage, in den drei Plätzen zu lassen, da Preußen ja außerdem durch die Truppen im Danziger Gebiet und im Großherzogthum Warschau ausreichend cernirt sei. Weder hierüber noch

über die Hauptfrage der Räumung: „da Preußen ja nun alles erfüllt, was gefordert worden sei", vermochte der Prinz eine Antwort zu erlangen, welche weiter als: „wir werden sehen", „man muß sehen", „ich werde an Euch denken", „ich werde mit Champagny sprechen", gegangen wäre.

Nicht der Prinz, aber der König und sein Minister waren um eine neue Hoffnung ärmer. Statt des Eintritts einer Erleichterung spitzte sich die Lage vielmehr immer grausamer zu. Im Gefolge des Prinzen befand sich neben Alexander von Humboldt und dem Major Grafen Goltz der geheime Legationsrath Leroux. Diesem ließ der Polizeiminister Fouché am 21. Mai den Befehl zugehen: Paris binnen 24 Stunden, Frankreich binnen 5 bis 6 Tagen zu verlassen. Es hieß nicht nur jeder Vorschrift des Völkerrechts, es hieß auch jeder Regel des Anstandes ins Gesicht schlagen, das Mitglied einer außerordentlichen Mission, einen Beamten des auswärtigen Amtes eines Staates, mit dem man in Frieden war, der dem Bruder des Königs behufs Erfüllung seines Auftrags beigegeben war, wie einen Verbrecher fremden Ursprungs aus den Grenzen zu jagen. Eine Note Champagny's, des Ministers Napoleons für das Auswärtige, vom 21. Mai sagte Brockhausen: der Kaiser sei mit dem Betragen verschiedener preußischer Beamten unzufrieden. Er habe erfahren, daß den Ständen der Mark geschrieben worden sei, sich mit allen Mitteln einem Projekt, das der Generalintendant der Armee verlautbart habe, zu widersetzen. Dieser Widerstand sei den Ständen als Pflicht der Ehre und Unterthanentreue vorgestellt, es sei ihnen mit dem Fluche des Volkes und der Rache ihres Souveräns gedroht worden, wenn sie die Absichten des französischen Gouvernements förderten. Diese Anführungen würden genügen, den Urheber einer so offenbaren Provokation dem preußischen Hofe nicht unbekannt bleiben zu lassen. Der Kaiser habe nicht ohne Bedauern erfahren, daß ein Mann, der das Vertrauen des Königs genieße, sich einen Schritt erlaubt habe, der offenbar darauf berechnet war, den Bruch zwischen beiden Staaten herbeizuführen. Dieser Mann sei nicht der einzige Beamte Preußens, der den Versicherungen des preußischen Hofes entgegengesetzte Ge-

sinnungen zeige. Berichte, die der Kaiser über das wenig konvenable Betragen des Herrn Leroux erhalten, hätten ihn bestimmt, demselben die zuvor ertheilte Erlaubniß, sich in Frankreich aufhalten zu dürfen, zu entziehen. Es sei sehr zu wünschen, daß der preußische Hof seine Beamten auf der Bahn ihrer Pflichten festhalte. Aehnliche Provokationen in einem noch besetzten Lande könnten die Dinge dahin treiben, daß der Kaiser den Vertrag von Tilsit als gebrochen ansehe. „Welche Verantwortlichkeit für die," ruft Herr von Champagny am Schlusse seiner Note aus, „die den Krieg von Neuem über ihr Land gebracht hätten!"

Napoleon hielt, wie es scheint, eine nachdrückliche Einschüchterung der preußischen Regierung für angezeigt, obwol sich seine Truppen in sehr ausreichender Stärke in Preußen befanden. Der Beamte, den Champagny's Note anklagte, die Stände der Kurmark zur Opposition aufgeregt zu haben (sie sollten sich zu den Kosten der Herstellung und Verpflegung eines Barackenlagers für 25,000 Mann bei Berlin verpflichten), war der geheime Oberfinanzrath Sack, Präsident der Friedensvollziehungskommission. Die Beschuldigung beruhte auf einem Berichte des Generalintendanten Daru; Brockhausen hatte schon im März gewarnt, man sei in der Friedensvollziehungskommission nicht vorsichtig genug [1]). Ein Schreiben Sacks war — man weiß nicht, durch wen — Daru verrathen worden [2]). Des Legationsraths Leroux Berichte oder Privatbriefe waren von der französischen Polizei geöffnet worden: „Ich habe Briefe dieses Leroux, der in Lucchesini's Fußtapfen wandelt", sagte Napoleon später Brockhausen, „in welchen meine Finanzen und meine politische Lage als verzweifelt geschildert sind [3])."

Wie brutal die Schritte Napoleons waren, man mußte sie um so gelassener hinnehmen, man durfte sich um so weniger verletzt zeigen, als Kaiser Alexander dem Könige dringend rieth, sich unter den gegenwärtigen Umständen Napoleon unbedingt zu fügen. Prinz Wilhelm schrieb

---

[1]) Brockhausens Bericht vom 11. März. — [2]) Steins Bericht an den König vom 8. Mai 1808; gedruckt bei Pertz Stein 2, 628. — [3]) Brockhausens Bericht vom 16. September 1808.

Napoleon: was zu Berlin geschehen, sei ohne Weisung des Königs geschehen und nur die Wirkung eines übereifrigen Patriotismus, während Brockhausen Champagny ausführte, daß die Stände der Kurmark sich ehrlicher Weise einer neuen Forderung von Lieferungen im Werthe von drei Millionen Franks hätten widersetzen müssen, da sie anderenfalls eine Zusage gegeben, die sie unter keinen Umständen zu erfüllen vermocht hätten [1]. Sack wurde auf Steins Vorschlag durch den Minister von Voß ersetzt [2]) und im Departement der Justiz beschäftigt, Leroux angewiesen, sich in die Neumark zu seinen Freunden zu begeben und sich dort still zu verhalten. Dem Könige führte der Prinz aus: nach seiner Meinung komme es gegenwärtig nur noch darauf an, „Preußen irgend welche Existenz bis zu dem Tage zu bewahren, der Europa's Freiheiten wieder erstehen sehen werde." Er bat um neue Instruktionen [3]). Der König konnte seinem Bruder nur erwidern, daß er auf das Anerbieten der Allianz zurückkommen möge, in keinem Falle aber dem Eintritte in den Rheinbund zustimmen; die Umstände hätten sich in dieser Beziehung seit seiner Abreise von Königsberg wesentlich geändert [4]).

Die „großen Kombinationen der allgemeinen Politik", von denen Napoleon das Schicksal Preußens abhängig gemacht hatte (S. 516), gestalteten sich doch anders, als er erwartet hatte. Die spanischen Dinge, in welche er sich eben verwickelt hatte, als er jene Blitze gegen Sack und Leroux schleuderte, nahmen eine höchst bedenkliche Wendung. Die Unfälle, welche seine Armeen im Juli und August in Spanien wie in Portugal trafen, machten es unerlaßlich, ansehnliche Verstärkungen dorthin zu senden. Die erprobten und wohlgenährten Truppen, welche Preußen besetzt hielten, mußten heran-

---

[1]) Bericht des Prinzen vom 1. Juni 1808; Brockhausen an Champagny 31. Mai 1808. Vergl. Sacks Schreiben an Brockhausen vom 9. April 1808. Die Kurmark, d. h. die Mittelmark, Uckermark und die Priegnitz, war damals ein Gebiet von 371 Quadratmeilen und 533,167 Einwohnern; Berlin zählte 155,666 Einwohner; Denkschrift der Stände der Kurmark vom 11. Mai 1818; geh. Staatsarchiv. — [2]) Steins Bericht vom 8. Mai 1808. — [3]) Bericht des Prinzen vom 28. Juli 1808. — [4]) Weisung vom 12. August 1808.

gezogen werden. Aber diese Zurückziehung aus Preußen in demselben Augenblicke, in welchem der Widerstand der Spanier in Oestreich und Preußen die Hoffnung erwachen ließ, das Joch Frankreichs abschütteln zu können, war höchst bedenklich. Nur das zu Tilsit begründete Einverständniß mit Rußland konnte helfen, nur Kaiser Alexander konnte Oestreich und Preußen in Ruhe halten, bis es gelungen war, die Spanier niederzuwerfen. Freilich war jenes Einverständniß bereits durch Napoleons Verhalten in der orientalischen Frage, durch die fortgesetzte Okkupation Preußens, durch Napoleons Versuche, Schlesien gegen die Donaufürstenthümer einzutauschen, alterirt. Eine Zusammenkunft mit Alexander wie das geflissentlich verbreitete Gerücht: Napoleon werde seine Ehe trennen, um sich die Großfürstin Katharina zu vermählen, sollten diese Wunden heilen. Abgesehen davon, daß Napoleon die in Preußen kantonnirenden Truppen in Spanien brauchte, die Räumung Preußens war die unerlaßliche Vorbedingung für die Wiederherstellung des Einvernehmens mit Rußland; die große Armee Frankreichs in Preußen war eine starke Drohung für Rußland. Aber wenn nun die Okkupation Preußens in der bisherigen Weise enden mußte, Napoleon wollte des Gehorsams Preußens auch ohne Alexander sicher bleiben; er gedachte die Okkupation in der bereits angebahnten anderen Form fortzusetzen. Die Zusammenkunft war anberaumt, und schon hatten zwei Corps der großen Armee den Befehl zum Abmarsch aus Preußen erhalten, als Napoleon unter dem 5. August, nicht dem Drängen Alexanders, wie Lefebvre sagt [1]), sondern dem Zwange seiner Lage weichend, seinen Vertreter in Petersburg Caulaincourt mit der Erklärung beauftragte, daß er Preußen räumen werde, um sich dem Kaiser von Rußland gefällig zu zeigen [2]). Drei Tage darauf begann Champagny die Unterhandlung mit dem Prinzen und Brockhausen, auf deren Eröffnung diese mehr als sieben Monate hindurch vergebens gewartet hatten. Preußen schulde, so sagte Champagny, 194 Millionen Franks; der Kaiser wolle sich mit 180 Millionen begnügen. Endlich

---

[1]) Histoire des cabinets 4, 34. — [2]) Weisung vom 25. August an den Prinzen Wilhelm.

bezeichnete er 140 Millionen und den Bezug des gesammten Staatseinkommens Preußens bis zum Tage der Ratifikation des nunmehr zu schließenden Vertrages als letztes Wort des Kaisers. Nach Vollziehung des Vertrages würden dann auch die Kriegsgefangenen an Preußen zurückgegeben werden, ohne daß es darüber einer besonderen Bestimmung in demselben bedürfe. Der Prinz und Brockhausen waren einig, daß sie höchstens 120 bis 125 Millionen Franks zugestehen dürften, daß gegen dies neue Zugeständniß lange Zahlungsfristen bewilligt werden müßten, daß sie der vertragsmäßigen Feststellung der Stärke der preußischen Armee — Champagny hatte von einem zu stipulirenden Maximum von 25,000 Mann gesprochen — unmöglich zustimmen könnten[1]), als wiederum eine höchst unerwartete Wendung eintrat.

Napoleon wollte mit Preußen im Reinen sein, bevor er mit Alexander zusammentraf, um allen Einreden und Wünschen Alexanders für Preußen vorzubeugen. Die Verhandlung mit dem Prinzen mußte demnach schnell zu Ende gebracht werden. Ein besonderer Vorfall setzte Napoleon in den Stand, nicht nur den Schluß der Verhandlung sondern auch deren Ergebniß in der ihm genehmsten Weise herbeizuführen, d. h. den Vertrag einfach diktiren zu können. Der Minister Stein verwendete den in seinem Departement beschäftigten Assessor Koppe öfter als Kurier in wichtigen Angelegenheiten; am 18. März hatte er dem Prinzen den Vertragsentwurf, den Stein mit Daru verabredet, nach Paris gebracht. Die Polizei in den besetzten Landestheilen Preußens, d. h. in ganz Preußen mit Ausnahme des Landes jenseit der Passarge, übten die Befehlshaber der französischen Armee, in oberster Instanz Marschall Soult. Ob von Paris aus, von Daru, von Clérembault, dem neuen französischen Konsul in Königsberg, oder von wem sonst aufmerksam gemacht — genug Marschall Soult ließ jenen Beamten des dirigirenden Ministers ohne weiteres verhaften. Unter den Schriftstücken, die er bei sich

---

[1]) Berichte des Prinzen vom 19. August und 2. September. Brockhausens Bericht vom 31. August.

führte, befanden sich zwei Briefe des Ministers. So konnte Champagny den Prinzen und Brockhausen am 3. September zur Konferenz einladen, um ihnen zu sagen: der Kaiser bedauere, von seiner Forderung im Betrage von 190 Millionen Franks an Preußen zurückgetreten zu sein; eine Korrespondenz, die in seine Hand gefallen, zeige ihm, wie feindlich ihm Preußen gesinnt sei. Er müsse wissen, wie er mit Preußen daran sei. Ein einfaches Ja oder Nein unter dem Vertrage werde die Aufklärung geben, die unverzüglich erforderlich sei, um den Kaiser in den Stand zu setzen, die Bewegungen seiner Armeen zu regeln. Die Motive, die den Prinzen bei solcher Lage der Dinge zur Unterzeichnung des Vertrages bestimmten (8. Septbr.), habe ich anderen Orts hervorgehoben und gewürdigt [1]). Brockhausen hebt in seinem Berichte besonders hervor, daß das Zurückweichen Oestreichs, das Aufgeben oder die Vertagung seiner Schilderhebung gegen Frankreich, keine Wahl übrig gelassen [2]).

Beim Abschiede des Prinzen beschwerte sich Napoleon über die Absichten, die man zu Königsberg hege; der Prinz möge dafür sorgen, daß die falschen Kalküls und die Intriguen gegen Frankreich aufhörten. Der König möge den Rathschlägen, die Kaiser Alexander ihm gegeben, folgen; er erwähnte ausdrücklich, daß Alexander dem Könige den Eintritt in den Rheinbund angerathen. Sobald die Ratifikation des Vertrages erfolgt sei, werde er Preußen räumen, obwol die Russen die Moldau und Wallachei noch besetzt hielten, und die Gefangenen zurückgeben. Als ersten Beweis des Vertrauens des Königs werde er dessen „baldigste Rückkehr" nach Berlin ansehen. Er lege Werth darauf, daß der König nach Berlin zurückkehre, und werde dort auch demnächst einen Gesandten bei ihm beglaubigen [3]). Unmittelbar darauf gewährte Napoleon Brockhausen die bis dahin verweigerte Antrittsaudienz. Hatte er dem Prinzen gegenüber seinen Zorn über Steins Brief maßhaltend ausgesprochen, Brockhausen hatte scharfe Drohungen anzuhören. Preußen müsse offen Feind oder Freund

---

[1]) Preußen während der französischen Okkupation ob. S. 291 ff. — [2]) Bericht vom 9. September. — [3]) Bericht des Prinzen vom 15. September.

sein; sollte er sich einmal von Rußland trennen, so müsse sich Preußen ganz für ihn oder ganz für Rußland entscheiden; er werde schnell sein wie der Blitz, die Ausbrüche des Mißwollens zu unterdrücken. Er schloß mit der Versicherung, daß er in den politischen Fragen unerbittlich, in den Geldfragen sehr nachsichtig sein werde, daß er hoffe, der König werde einen ruhigen Winter in Berlin haben [1]).

Preußen hatte auf die ihm während des Krieges auferlegte Kontribution von 152 Millionen Franks (S. 506) bis zum Tage der Ratifikation des Vertrages vom 8. Septbr. nach Angabe der Friedensvollziehungskommission 141,270,222 Franks 82 Cents. gezahlt, nach einer späteren Zusammenstellung des Ministeriums des Innern: 142,063,957 Franks 12 Cents. [2]). Da von jener Gesammtforderung 4 Millionen in Naturalien zu liefern sein sollten (S. 507) und geliefert waren, betrug die Gesammtleistung 146 Millionen und überstieg wahrscheinlich auch noch diesen Betrag, da von französischer Seite, wenn die Kontributionsreste der einzelnen Landestheile anzugeben verlangt wurde, stets nur ein Restbetrag der Kurmark von 3,700,000 Franks angeführt wurde. Außerdem waren in dem bezeichneten Zeitraume an Staatseinkünften Preußens gegen 60 Millionen Franks für Napoleon erhoben worden. Trotzdem mußte nunmehr die endliche Räumung mittelst einer neuen Kontribution von 140 Millionen Franks erkauft werden, zahlbar zur Hälfte nach Ratifikation des Vertrages in Wechseln, zur anderen Hälfte in Obligationen der Stände der Provinzen, die 12 bis 18 Monate nach der Ratifikation einzulösen waren. Doch es ist wahr, die Großmuth des Kaisers Napoleon hat diesen Betrag herabgesetzt. Während des Beisammenseins mit dem Kaiser Alexander zu Erfurt am 14. Oktober schrieb Napoleon diesem: er habe, um ihm einen überzeugenden Beweis seiner Freundschaft zu geben, die Kontribution Preußens um 20 Millionen Franks vermindert. Es traf sich, daß diese Großmuth nur einbrachte und gar nichts kostete.

---

[1]) Bericht Brockhausens vom 16. September. — [2]) Vom 13. August 1815; geh. Staatsarchiv.

Alexander antwortete Napoleon auf der Stelle, noch an demselben Tage. Er verzichtete in Erwiderung dieser gegen Preußen geübten Milde auf die Ausführung eines Separatartikels des Friedens von Tilsit, der Preußen einen Zuwachs von 400,000 Seelen auf dem linken Elbufer für den Fall zusicherte, daß das Königreich Westfalen durch Hanover arrondirt werde; es war dies vorerst theilweise durch die Zutheilung Göttingens und Grubenhagens geschehen. Ja, Alexander ging noch weiter, indem er zugleich alle Veränderungen anerkannte, welche Napoleon in Italien vorgenommen hatte. Und doch hatte Sachsen jene zwanzig Millionen, die Napoleon Preußen erließ, für die Ueberweisung preußischen Eigenthums im Großherzogthum Warschau bereits bezahlt. Artikel 25 des Friedens von Tilsit sicherte Preußen ausdrücklich zu: „daß alle Kapitalien, Zinsen oder Ansprüche irgend welcher Art, die Privatpersonen oder irgend welche Etablissements der Staaten des Königs, wie namentlich die Bank und die Seehandlung, in den abgetretenen Provinzen zu reklamiren hätten, unberührt bleiben sollten." Dagegen brachte die Warschauer Zeitung im Januar 1808 eine Bekanntmachung des Inhalts, „daß jedermann, welcher dem Könige von Preußen, d. h. der preußischen Staatskasse, der preußischen Bank oder anderen preußischen Instituten, Kapitalien schulde, weder Kapital noch Zinsen an andere zu zahlen hätte, als an die, welche vom Kaiser Napoleon oder vom Könige von Sachsen hierzu ernannt werden würden." In dem vor Tilsit preußischen Polen, dem nunmehrigen Großherzogthum Warschau, waren Kapitalien der preußischen Bank, der Seehandlung, der allgemeinen Wittwenkasse, des Militärwaisenhauses zu Potsdam nebst Pupillengeldern aus den Fonds anderer Institute, wie Kapitalien vieler Privaten in großem Umfang hypothekarisch angelegt worden, um der dortigen Landwirthschaft die nöthigen Betriebsmittel zu gewähren und den Anbau der Provinz zu heben. Den Betrag dieser Kapitalien schätzte die preußische Regierung auf gegen 30 Millionen Thaler [1]), von denen

[1]) Der König an Prinz Wilhelm 6. Februar und 2. September 1808. Denkschrift Hardenbergs vom 28. Mai 1810. Schladen Tagebuch S. 308.

22 Millionen Thaler der Bank, der Seehandlung, der Wittwenkasse und dem Waisenhause gehörten. Die Entziehung dieser Kapitalien ruinirte nicht nur viele Privatvermögen, sie gefährdete den Kredit nicht bloß sondern auch die Zahlungsfähigkeit der Bank und der Seehandlung und entriß Preußen damit die letzten finanziellen Hülfsmittel. Am Tage nach jener Audienz, die Napoleon am 23. Februar dem Prinzen Wilhelm gewährt (S. 516), hatte er Daru befragt, welche Forderungen an Preußen in Warschau zu machen wären: „und wenn der König von Sachsen sie kaufen wollte, für wieviel könnte ich sie ihm abtreten [1])?" Darnach wurden dann in einem geheimen Vertrage zwischen Frankreich und Sachsen vom 10. Mai 1808 alle preußischen Forderungen im Großherzogthum Warschau für 20 Millionen Franks dem Könige von Sachsen überlassen. Um diesen schnöden Handel zu decken, war eine zweideutige Formel in den Vertrag vom 8. September eingeschoben worden, welche besagte: „daß die Forderungen, welche der König von Preußen an Partikuliers des Großherzogthums Warschau habe, in Gemäßheit der Bestimmungen des Tilsiter Friedens abgetreten seien (Art. 3)." Bald nach der Zusammenkunft in Erfurt publicirte die Großherzogliche Regierung zu Warschau ein Dekret (13. December), mittelst dessen eine Anzahl näher bezeichneter preußischer Kapitalien im Betrage von 11,314,769 Thlrn. 5 Gr. konfiscirt wurden. Es waren die einiger der oben bezeichneten Institute. Am 6. Januar 1809 folgte eine zweite Liste, welche die Kapitalien preußischer Unterthanen im Großherzogthum im Betrage von 7,371,529 Thlrn. mit Beschlag belegte; endlich am 28. März 1811 eine dritte, welche nachträglich Kapitalien anderer preußischer Institute im Betrage von 7,509,327 Thlrn. 17 Gr. sequestrirte.

Somit war dem preußischen Staate und seinen Unterthanen in Folge jener Großmuth von Erfurt Besitzthum im Werthe von 26,195,625 Thlrn. 22 Gr. entrissen. Wenn nun auch nach langen Verhandlungen mit der sächsischen Regierung eine besondere Konven-

---

[1]) Correspondance de Napoléon 16, 273.

tion, welche zwischen Preußen und Sachsen am 10. September 1810 zu Dresden geschlossen wurde, diese Konfiskationen für das gesammte Eigenthum der Privaten und die Pupillengelder (7,371,529 Thlr.) rückgängig machte, die sächsische Regierung endlich selbst die erste Liste vom 13. December 1808 durch Absetzung von 1,805,140 Thlrn. 2 Gr. am 18. Mai 1811 korrigiren mußte (verschiedene Beträge waren in der Eile doppelt angesetzt worden), so betrug der effektive Verlust des preußischen Staates doch 17,018,956 Thlr. 20 Gr. oder 63,821,088 Franks. Dazu zeigten sich dann weiterhin die Forderungen sowohl der Privaten als der Waisenverwaltungen an Zins und Kapitalien im Großherzogthum zumeist inexigibel.

Nachdem den Bevollmächtigten Frankreichs am 5. November 1808 über 50 Millionen Franks Wechselbriefe und über 70 Millionen Franks Obligationen, welche die Provinzen ausgestellt hatten, eingehändigt worden waren, verließ endlich am 5. Dezember 1808 die französische Armee Preußen bis auf die Oderfestungen. Erst jetzt, nachdem die Landesbehörden ihre vollen Funktionen aufzunehmen vermochten, war es möglich, die erlittenen Schäden vollständiger zu übersehen und annähernd festzustellen. Durch Erlaß vom 31. März 1809 wurden die Regierungen angewiesen, die jedem Kreise durch den Krieg und die Okkupation erwachsenen Lasten zu erheben, zu welchem Behufe zugleich ein bestimmtes Schema vorgeschrieben wurde. Die Zusammenstellung dieser Erhebungen ergab an Lieferungen und Leistungen der dem Staate verbliebenen Provinzen folgende Resultate:

Der französischen Armee waren vom Oktober 1806 bis December 1808 geliefert worden:

1) Hülsenfrüchte im Werthe von . . .	1,435,032	Thlr.
2) Getränke im Werthe von	3,714,095	"
3) Brot und Fleisch im Werthe von . .	10,913,142	"
4) Schlachtvieh im Werthe von	11,660,601	"
5) Getreide im Werthe von	21,426,070	"
6) Fourage im Werthe von	26,026,212	"
7) Pferde im Werthe von	5,569,115	"
Latus	80,744,267	Thlr.

	Transport	80,744,267 Thlr.
8)	Andere Lieferungen und Lazarethkosten hatten betragen	11,653,520 "
9)	Erpressungen und Plünderungen . . .	41,073,044 "
10)	Tafel- und Indemnisationsgelder . . .	4,990,383 "
11)	Brandschäden und Verwüstungen . . .	12,631,063 "
12)	Die Verpflegungs- und Quartier-Kosten nach dem Satze von acht Groschen für den zu beköstigenden Mann und zwölf Groschen für das zu fütternde Pferd ergaben bei der Dauer der Okkupation	65,848,369 "
	Summa	216,940,646 Thlr.

Diese Nachweisungen bleiben hinter den thatsächlichen Leistungen zurück. Vorspann und Kriegsfuhren sind überhaupt in die Zusammenstellung nicht aufgenommen. Berlin allein hat nach dem Frieden vom 1. August 1807 bis 1. November 1808 zu diesem Behufe 108,802 Pferde gestellt[1]). Die Naturallieferungen bis zur Räumung des Landes berechnete die preußische Regierung in der Napoleon vorgelegten Denkschrift vom 16. November 1809 abgesehen von der Quartierlast auf über 92 Millionen Thaler (346,800,000 Franks). Bis zu Ende December 1807 hatte die Provinz Schlesien, nach Angabe des Oberfinanzraths von Massow, der hier die Vertheilung der Kontribution geregelt hatte, an solcher abgeführt: baar 12,568,428 Thaler; Requisiten waren geliefert worden im Werthe von 3,765,891 Thalern; Naturalien welche aus der Provinz geführt waren, im Werthe von 2,406,360 Thalern. Die Unterhaltung der Truppen (damals 77,373 Mann mit 19,067 Pferden) hatte 20,619,524 Thaler erfordert, Fuhren waren im Werthe von 4,998,408 Thaler gestellt worden, die Kriegsschäden durch Brand und Zerstörung wurden auf 3,168,773 Thaler geschätzt; der Gesammtschaden der Provinz, die danach noch elf Monat okkupirt blieb, betrug mithin am Schlusse des Jahres 1807 schon 47,527,399 Thaler[2]). Die Regierung zu

[1]) Bassewitz Kurmark 2, 623. — [2]) Pertz Stein 2, 628.

Breslau bemerkte bei Einreichung der Nachweisungen für die Kreise ihres Bezirks am 26. Juli 1810: daß nichts zu hoch angesetzt, „die angegebenen Summen vielmehr noch zu niedrig sein mögen, indem ein großer Theil der geleisteten Transport- und Vorspannfuhren, ingleichen der zu Demolirung der Festungen gestellten Arbeiter nicht angesetzt worden sei." „Der wahre Verlust ist eine zehnjährige sonst gewöhnliche Abgabe und hat mehr als den sechsten Theil des Grundvermögens und über den achten Theil des ganzen Kapitals der Provinz geraubt, wie man es vor dem Kriege berechnen konnte. Jetzt, da die Grundstücke fallen, wird der Verlust gewiß den fünften Theil des Grundvermögens betragen." Auch die in obiger Zusammenstellung die Kurmark einschließlich Berlins betreffenden Summen sind in zu niedrigem Betrage angesetzt, da Berlin allein seine Leistungen auf mehr als 15 Millionen Thaler berechnete und der Rechnungsabschluß über die Einnahmen und Ausgaben der kurmärkischen Kriegsschuldenkasse für die Zeit vom Okt. 1806 bis Debr. 1808 eine um 3,290,595 Thaler höhere Verausgabung nachweist als die zusammengestellten Berichte der Landräthe für diese Provinz ergeben [1]). Ebenso ergeben die Papiere der preußischen Provinzialstände für diese Provinz (ohne Danzig und Kulmerland) Aufwendungen, deren Summe die der Zusammenstellung für diese Provinz um 11,304,731 Thaler. 9 Gr. übertrifft [2]).

Hält man trotzdem das Ergebniß der Zusammenstellung fest, so gelangt man unter Hinzuzufügung der übrigen in Betracht kommenden Posten zu folgender Uebersicht:

Lieferungen und Leistungen (in Franks)	813,527,422	Frs.	50	Cent.
Bis zur Räumung des Landes waren an Kontribution Frankreich baar gezahlt	141,270,222	„	82	„ [3])
Latus	954,797,645	Frs.	32	Cent.

[1]) Bassewitz Kurmark 2, 632. — [2]) Töppen in der Altpreußischen Monatsschrift 1871 Heft 1, 47. — [3]) So die von dem früheren Vorsitzenden der Friedensvollziehungs-Kommission am 16. November 1809 aufgestellte und dem französischen Kabinet gegenüber geltend gemachte Berechnung; 142,063,957 Franks 12 Cent. wies das Ministerium des Inneren nach; oben S. 524.

Transport	954,797,645 Frs. 32 Cent.
Die vom November 1806 bis November 1808 in die französischen Kassen geflossenen Staatseinkünfte Preußens betrugen	59,064,796 " 92 "
Die Gehalte und Pensionen an preußische Beamte, welche die französische Regierung durch das kaiserliche Dekret vom 13. November 1806 zu zahlen übernommen, jedoch nicht gezahlt, betrugen am 5. November 1808	14,321,097 " 19 " [1]
Durch schlechtere Ausbringung der Münze während der französischen Verwaltung derselben hatte Frankreich einen Preußen zur Last fallenden Ertrag gewonnen von	6,430,870 " — "
Die Bergverwaltung, die Bank, die Seehandlung und die Holzverwaltungen hatten durch Konfiskation verloren . .	23,400,083 " 18 "
An Eigenthum preußischer Institute war in Warschau konfiscirt	63,821,088 " — "
An Waisenhaus- und Pupillenkapitalien im Inlande waren konfiscirt . .	7,538,636 " 89 "
Summa	1,129,374,217 Frs. 50 Cent.

Auch diese Angaben erreichen die thatsächlichen Verluste nicht. Die Denkschriften, welche die preußische Regierung am 16. November 1809 und 1815 bei den Friedensverhandlungen übergab, beziffern z. B. den Verlust durch die Münzverschlechterung auf 8 Millionen Franks, den Verlust der Bank, der Seehandlung, der Holzverwaltungen auf 35 Millionen Franks [2]. Hält man dennoch die ge-

---

[1] Zu der für diese Rubrik oben für die Zeit bis zum 12. Juli 1807 aufgeführten Summe von 4,773,699 Franks treten für die Periode vom 12. Juli 1807 bis zum 5. November 1808 9,547,398 Franks. — [2] Schöll Recueil 6, 312 sqq.

ringeren Ansätze fest, ja setzt man selbst von ihrem Gesammtbetrage den Posten 11 der Nachweisung (S. 528), Brandschäden und Verwüstungen, vollständig, von dem Posten 9 (Erpressungen und Plünderungen) 10 Millionen Thaler für Plünderungen, mit 22,631,063 Thalern oder 85 Millionen Franks ab, so bleibt immer noch mehr als jene Milliarde übrig, die Napoleon nach seiner Versicherung aus Preußen gezogen, und wir dürfen Daru's Berechnung daß die Erträge schon am 1. Januar 1808 604 Millionen Franks erreicht hatten, vollen Glauben schenken.

Ueber jene Milliarde hinaus hatte Preußen nun die 120 Millionen zu zahlen, die ihm der Vertrag vom 8. September 1808 auferlegte, die Kosten für die französischen Garnisonen in Stettin, Küstrin und Glogau und ihrer vollen Verproviantirungen für eine sechsmonatliche Belagerungszeit zu tragen, nebst der Aussicht auf die Stellung eines Hülfscorps für Frankreich gegen Oestreich in Stärke von 16,000 Mann; für das erste Jahr nach Zeichnung des Vertrages sollten jedoch 8000 Mann genügen. Die Schwierigkeit der Abtragung jener 120 Millionen war viel größer als die Summe an sich. Die Okkupation hatte mit den Kontributionen das baare Geld aus dem Lande gezogen, die Geldinstitute waren beraubt und damit nicht nur in ihrem Kredite geschädigt; wie gefährdet die Existenz des Staates auch nach dem Frieden, auch nach dem Vertrage von 1808 war, zeigte jede Maßregel Napoleons. Welcher auswärtige Kapitalist hätte Preußen unter solchen Umständen geborgt!

So schwer die finanziellen Verpflichtungen waren, durch welche Preußen den Abzug der französischen Armee hatte erkaufen müssen, es fehlte viel, daß Preußen mit dem Vertrage vom 8. September, mit dem Rückzuge der großen Armee zur Staatshoheit über sein Gebiet, zu freier Verfügung über seine Kräfte, zu freier Bewegung innerhalb seiner Grenzen gekommen wäre. Die Stärke der preußischen Armee war durch den Vertrag für die nächsten zehn Jahre auf 42,000 Mann beschränkt, und zwar durfte die Infanterie 24,000 Mann, die Kavallerie 6000 Mann, Artillerie und Pioniere 6000 Mann, endlich die Garde ebenfalls 6000 Mann zählen. Die Linie der Weichsel beherrschte Napoleon

durch Thorn und Danzig, die Oderlinie durch seine Besatzungen in Glogau, Stettin und Küstrin; ausdrücklich bestimmte der Vertrag vom 8. September, daß keine preußischen Truppen sich diesen Plätzen über das Maß eines Tagemarsches hinaus nähern dürften; an der Elbe standen Napoleon die sächsischen und westfälischen Streitkräfte, an der Weichsel die polnischen zur Verfügung. Magdeburg, Wittenberg, Torgau und Dresden drückten in Verbindung mit Küstrin und Stettin so stark auf Berlin, daß der König mit bestem Grunde auch nach dem Abzuge der großen Armee nicht nach Berlin zurückkehren wollte. Er sah voraus und sagte dies schon im Januar 1808 dem Kaiser Alexander, daß in Berlin seine Entschlüsse nicht frei sein würden. Er überhörte, was Napoleon dem Prinzen Wilhelm und Brockhausen so eindringlich gesagt hatte, daß er in der Rückkehr des Königs nach Berlin den ersten Beweis des Vertrauens des Königs zu ihm sehen werde (S. 523), und residirte weiter in Königsberg. Erst dann, als Oestreich im Jahre 1809 unterlegen war und Frieden geschlossen hatte, als Napoleon dem Abgesandten des Königs, Obersten Krusemark, am 5. November 1809 gesagt hatte: „wenn der König nicht nach Berlin geht, so gehe ich nach Berlin [1])," blieb keine Wahl. Mit dem 23. December 1809 wurde Berlin wieder die Residenz des Königs. Daß sich der König in Berlin, d. h. in erster Linie unter dem Druck der französischen Besatzungen von Magdeburg und Küstrin befinde, bildete einen wesentlichen Punkt in Napoleons fortgesetztem Okkupationssystem. Hatte der König diese Absicht von vornherein erkannt und sich Berlin deshalb möglichst lange entzogen, so zeigten das Jahr 1812, die ersten Monate des Jahres 1813 jedermann, wie richtig er gesehen.

Neben der Militär- und den Handelsstraßen, welche der Friede von Tilsit und die Konvention von Elbing vom 13. Oktober 1807 (S. 508) Sachsen und Polen gewährten, legte der Vertrag von 1808 Preußen für die Besatzungen der drei Oderfestungen noch das Zugeständniß von sieben Etappenstraßen auf. Zur Feststellung der Demar-

---

[1]) Preußen während der französischen Okkupation ob. S. 311.

kationslinien um die drei Plätze, zur Regelung der Preußen obliegenden Proviantirung derselben wurden vom 12. November 1808 bis zum 22. Februar 1809 noch fünf Konventionen geschlossen, in welchen Napoleon das Recht zugebilligt werden mußte, französische Posten zwischen den drei Festungen einzurichten und Preußen die weitere Pflicht auferlegt wurde, die Besatzungstruppen auch auf den Märschen auf seine Kosten zu quartieren und zu verpflegen. Die Zahl dieser Straßen, obwol sie nun Preußen nach allen Richtungen durchschnitten, genügte Napoleon noch nicht. Am 26. April 1811 mußte eine neunte zwischen Meklenburg und Stettin, am 4. Juni 1811 die zehnte zwischen Stettin und Danzig, nebst zwei Hülfsstraßen zugestanden werden. Die Polizeigewalt in den drei Oderplätzen übertrug der Vertrag vom 8. September den französischen Kommandanten derselben. Diese beschränkten sich selbstverständlich nicht auf die Fürsorge für die Sicherheit ihrer Garnisonen. Sie nahmen den Begriff der Sicherheit in möglichst ausgedehntem Sinn, setzten die städtischen Polizeibeamten nach Gefallen ab, unterbrachen den Lauf der preußischen Posten, hielten die durchgehenden Kuriere an, ließen sich die eintreffenden wie die durchgehenden Briefe vorlegen und eröffnen, und unterwarfen auch Zoll und Handel ihrem Ermessen. Die vertragsmäßige Stärke der Garnisonen (sie sollte die Gesammtzahl von 10,000 Mann nicht überschreiten) wurde nicht beachtet. Am 1. Januar 1812 befanden sich über 23,000 Mann in den drei Festungen. Diese Zahl, verbunden mit häufigem Wechsel der Garnisontruppen und starken Märschen auf allen zehn Etappenstraßen, verursachte Preußen Kosten, die sich im Durchschnitt auf jährlich 10 Millionen Franks stellten.

Am wenigsten durfte Preußen auch nach dem Abzuge der großen Armee daran denken, seine Interessen auf dem Gebiete des Handels zu wahren; vielmehr blieb ihm hier seine Souveränetät vollständig versagt; es war verurtheilt, dem französischen System bedingungslos zu gehorchen. Art. 27 des Friedens von Tilsit bestimmte, daß die gesammten Lande des Königs von Preußen bis zum Frieden zwischen Frankreich und England der Schifffahrt und dem Handel der Engländer geschlossen sein sollten. Weiter verpflichtete ein geheimer

Artikel desselben Vertrages Preußen: England den Krieg zu erklären, wenn dasselbe bis zum 1. Dezember 1807 nicht Frieden mit Frankreich geschlossen habe. Diese Bestimmungen kamen in Gemäßheit einer Kabinetsordre vom 1. September 1807 mit dem 1. December d. J. zur Ausführung [1]. Der preußische Gesandte, Jakobi-Klöst, wurde aus London zurückgerufen; die Häfen wurden den englischen Schiffen geschlossen, die Küsten, soweit sie von den Franzosen geräumt waren, besetzt, Küstenbatterien erbaut, um die englischen Schiffe zurück zu treiben. England antwortete mit der Wegnahme aller preußischen Schiffe in seinen Häfen, und derer, welche seine Kreuzer auf dem Meere trafen.

Von Berlin aus hatte Napoleon am 21. November 1806, „um das Meer auf dem Festlande zu erobern," dekretirt: „daß die britischen Inseln in Blockadezustand versetzt seien, daß jeder Handelsverkehr, jede Korrespondenz mit ihnen untersagt sei, daß jeder Engländer, der sich in von französischen Truppen besetzten Ländern befinde, Kriegsgefangener, daß jedes Eigenthum, welches einem britischen Unterthanen gehöre, gute Prise sei, daß alle Handelswaaren englischen Ursprungs überall, wo man deren entdecke, zu konfisciren seien." Der Kontinent sollte den Engländern geschlossen, ihr Handel damit vernichtet werden. War dies System auf allen Küsten des Kontinents zur Geltung und scharfer Durchführung zu bringen, so konnte die faktische Folge nur die sein, daß der Seehandel aller Staaten des Kontinents vernichtet wurde und die englische Handelsmarine allein übrig blieb, daß die Entziehung der überseeischen Rohstoffe, deren die Fabrikation des Kontinents nicht entbehren konnte, diese tödten mußte, daß mit der Ausschließung der Kolonialprodukte und der englischen Fabrikate zugleich der Absatz d. h. der Austausch der Produkte und Fabrikate des Kontinents gegen die überseeischen Produkte und englischen Fabrikate, aufhörte. Die Staaten, welche Napoleon so fest wie Preußen in jenen Jahren in der Hand hatte, mußten sich freilich unbedingt fügen. Zur Ueberwachung der Verkehrssperre gegen England sandte er nach dem Frieden von Tilsit Konsuln in die

---

[1]) Vergl. Lefèbvre Histoire des cabinets 3, 182.

Häfen Ostpreußens, die er nicht mehr besetzt hielt, nach dem Vertrage von 1808 auch in die übrigen, welche unaufhörlich strengere Absperrung forderten, Uebertretungen auskundschafteten, Konfiskationen, Strafgelder und Einschließungen verlangten und daneben sich dann zugleich die politische Aufsicht über die Stimmung des Landes und das Verhalten der Regierung angelegen sein ließen. Da sich Schweden dem Kontinentalsystem nicht hatte unterwerfen wollen, ließ Napoleon die Sperrung der preußischen Häfen auch gegen Schweden fordern. Am 11. Juni 1808 wurde dieser Forderung genügt. Trotzdem machten es sich die französischen Konsuln zur Aufgabe, auch weiterhin den geringen Ueberrest des Seeverkehrs durch ihre Chikanen, wenn nicht ganz zu hindern, doch möglichst zu erschweren. Es gab außer der Küstenfahrt Seehandel nur noch durch die Neutralen, d. h. durch die Griechen unter osmanischer Flagge auf dem Mittelmeer, durch die Nordamerikaner an der West- und Nordküste Frankreichs, in der Nord- und Ostsee. Auch dieser sollte bald nicht mehr existiren. England antwortete auf das Dekret von Berlin durch die Befehle seines geheimen Rathes vom 7. Januar und 11. November 1807, die jeden Hafen, von dem die englische Flagge ausgeschlossen sei, für blockirt und jedes dorthin bestimmte Schiff auch der Neutralen für gute Prise erklärten, es sei denn, daß dieses zuvor die Erlaubniß, in solche einzulaufen, mittelst Versteuerung der Ladung in London, Malta oder einem anderen englischen Hafen erkauft hätte. Napoleon verfügte hierauf mittelst Dekretes von Mailand (17. December 1807) daß jedes Schiff, das sich diesen Vorschriften unterwerfe, entnationalisirt und englisches Eigenthum geworden, somit gute Prise sei. Die Ausführung dieses neuen Dekretes erwies bald die Unmöglichkeit, die Schiffe zu unterscheiden, welche sich den englischen Vorschriften unterworfen hätten, welche nicht. Da amerikanische Schiffe in nicht unbedeutender Zahl als entnationalisirt in französischen Häfen konfiscirt worden waren, verbot die amerikanische Regierung mittelst Gesetzes vom 1. März 1809 ihren Handelsschiffen das Einlaufen sowohl in die französischen als in die englischen Häfen; französische und englische Schiffe, welche in die Häfen Nordamerika's einliefen, sollten der

Konfiskation vom 20. Mai 1809 ab verfallen. Die Häfen der Frankreich verbündeten oder von ihm abhängigen Länder hatte die Republik der Vereinigten Staaten ihren Handelsschiffen nicht untersagt; sie fuhren fort, den überseeischen Verkehr mit Italien und Spanien, mit Holland und den Ostseestaaten, mit Schweden und Dänemark, mit Rußland und Preußen zu betreiben, zu dem sie auch nach den Dekreten von Berlin und Mailand berechtigt waren, sobald sie sich nur den englischen Vorschriften nicht gefügt hatten. Napoleon ließ jedoch mehre hundert amerikanische Schiffe in französischen Häfen wegnehmen, die trotz des Verbots ihrer Regierung den Verkehr mit Fankreich fortgesetzt hatten; er befahl, sie auch in Holland, in Dänemark und Schweden, in den Häfen der Hansestädte und in Preußen wegzunehmen, gleichviel ob sie England Gebühren gezahlt hätten oder nicht. Preußen gehorchte. Am 9. März 1810 erließ das preußische Ministerium die entsprechende Verordnung. Erst nachdem Napoleon diese Konfiskationen in den Häfen Frankreichs und der abhängigen Staaten befohlen hatte, nachdem sie vollzogen worden waren, wurde unter dem 23. März 1810 das Dekret von Rambouillet publicirt, welches die Wegnahme und den Verkauf a l l e r amerikanischen Schiffe verfügte, die seit dem 20. Mai 1809 in die Häfen des Reichs eingelaufen wären oder w e i t e r h i n e i n l a u f e n w ü r d e n. Preußen wurde aufgefordert, auch dieser Maßregel beizutreten und seine Häfen den Schiffen Amerika's zu sperren. Nach einigen Gegenvorstellungen, die selbstverständlich erfolglos blieben, gehorchte der Staatskanzler Hardenberg mittelst Verordnung vom 19. Juli 1810. Napoleons Gouverneur in Stettin hielt sich für befugt, Ende Juli zu verfügen, daß kein Schiff weder e i n- noch a u s l a u f e n dürfe, welches nicht mit einem französischen Paß versehen sei. Dem Dekret von Rambouillet ließ Napoleon dann das Dekret von Trianon vom 5. August 1810 folgen, welches dem gesammten Handel unter neutraler Flagge ein Ende machte, da nicht sicher festgestellt werden könne, welche neutralen Schiffe sich den englischen Vorschriften unterworfen hätten oder nicht. Hieraus folgte dann weiter, daß, da keine Art überseeischen Verkehrs erlaubt war,

alle Kolonialprodukte, welche den Kontinent erreichten, zu konfisciren seien. Auch diesem Dekrete wurde rückwirkende Kraft auf die bereits auf dem Kontinent vorhandenen Kolonialprodukte beigelegt, gleichviel ob sie in gestatteter oder unerlaubter Art eingebracht waren. Bisher hatten doch die neutralen Schiffe, welche nachweislich England keine Gebühr bezahlt, einlaufen dürfen, waren doch durch französische Kaper englische oder angeblich englische, mit Kolonialprodukten beladene Schiffe aufgebracht und deren Ladungen dann verkauft worden, es waren ferner große Massen dieser Produkte auf den konfiscirten amerikanischen Schiffen gefunden und Seitens der Zollbehörden selbst verkauft worden. Noch mehr, Napoleon hatte angefangen sich selbst seinem Sperrsystem zu entziehen und gegen sehr hohe Gebühr Licenzen zur Heranführung zuerst gewisser Arten, dann sämmtlicher Kolonialprodukte ertheilt. Das Dekret von Trianon unterwarf nun alle auf dem Kontinent vorhandenen Kolonialwaaren der Konfiskation und gestattete deren Rückkauf durch den gegenwärtigen Besitzer nur gegen Erlegung des Kontinentalzolls, d. h. gegen fünfzig Procent des Werthes oder des Verzichts auf die Hälfte seiner Kolonialprodukte. Alle Magazine von Kolonialwaaren innerhalb eines Rayons von vier Tagemärschen von den Grenzen des französischen Reiches wurden für heimliche Depots erklärt und unbedingter Konfiskation unterworfen. Die Regierungen der verbündeten und abhängigen Staaten wurden eingeladen, sich diesen Maßregeln anzuschließen, französische Truppen brachten dieselben in der Schweiz, in den Hansestädten zur Ausführung. Der Gouverneur von Stettin, der sich hier als souverän ansah, sequestrirte ohne weiteres sämmtliche Kolonialprodukte, die er in den Magazinen und in den Häusern der Kaufleute zu Stettin fand. Sein Verfahren wurde selbstverständlich von Paris her vollständig gebilligt [1]). Erst nach langer Verhandlung, nach Entrichtung des Kontinentalzolls im Betrage von 1,028,018 Franks gab Napoleon diese Waaren den Stettiner Eigenthümern zurück und befahl endlich am 24. März 1811 im Zusammenhange seiner Vorbereitungen für den

[1]) Note Champagny's vom 8. August 1810; geh. Staatsarchiv.

Krieg gegen Rußland, den erwähnten Betrag für die Approvisionirung seiner eben verstärkten und weiter zu verstärkenden Besatzungen der Oderfestungen zu verwenden [1]). Der Gouverneur von Glogau folgte dem Beispiele seines Kollegen in Stettin: er konfiscirte, was ihm beliebte, und erhob Kontinentalzoll nach seinem Wohlgefallen [2]). Das Dekret von Trianon wurde dann durch das Dekret von Fontainebleau am 19. Okt. 1810 dahin ergänzt, daß alle englischen Manufakturwaaren, wo sie auch gefunden würden, in Zollhäusern oder Privatmagazinen, verbrannt werden sollten. Napoleon wies Champagny an, die preußische Regierung kategorisch aufzufordern, wie das Dekret von Trianon so diese Ergänzung desselben ebenfalls einzuführen. Sollte man sich in Berlin weigern, so müsse sein Gesandter auf der Stelle abreisen. „In diesem Falle" schrieb er Champagny, „rücke ich in Preußen ein [3])." Schon am folgenden Tage ließ Champagny diese Eröffnung nach Berlin übermitteln. Man mußte gehorchen. Eine Verordnung vom 28. Oktober befahl alle Kolonialwaaren und englischen Manufakte im Lande mit Beschlag zu belegen, ihren Ursprung und die Art ihrer Einfuhr zu untersuchen, damit die ersteren im Fall verbotener Einfuhr konfiscirt, im anderen Falle dem Kontinentalzoll unterworfen würden; die Manufakte waren nach einer späteren Verfügung zu verbrennen. Waren die Kolonialwaaren auf Licenzen nach dem Kontinent gelangt und durch Zwischenhandel nach Preußen gekommen, oder rührten sie von Ladungen durch französische Kaper aufgebrachter Schiffe her, dann griff der Kontinentalzoll Platz, d. h. die Abgabe des halben Werthes, im andern Falle die Konfiscation. Nicht lange darnach erhielt das preußische Kabinet von Paris her eine Einladung entgegengesetztester Art. Man möge die Häfen nicht mehr sperren, vielmehr die mit Kolonialwaaren beladenen Schiffe einlaufen lassen, danach aber deren Ladungen konfisciren und diese dann dem französischen Gouvernement überlassen, das deren Werth

---

[1]) Correspondance de Napoléon 21, 505. — [2]) Schöll Recueil 2, 266 sqq. — [3]) Corresp. de Nap. 21, 228.

auf die Kontribution in Anrechnung bringen werde[1]). Auf Grund einer hierüber am 28. Januar 1811 getroffenen Uebereinkunft wurden in Preußen sehr erhebliche Quantitäten von Kolonialwaaren konfiscirt und nach Frankreich abgeführt. Die Versteigerung derselben ergab für die französische Regierung die Summe von etwa 14 Millionen Franks. An Kontinentalzoll für auf erlaubten Wegen eingebrachte Kolonialwaaren ist in Preußen vom Oktober 1810 bis Ende Januar 1813 ein Betrag von 12,202,959 Thalern erhoben worden. Die Verbrennung der englischen Manufakte wurde in Gemäßheit der betreffenden Verfügung in Berlin, Königsberg, Elbing und anderen Orten vollzogen; sie traf nicht wenig wohlerworbenes Eigenthum preußischer Unterthanen.

Man hätte meinen können, daß Napoleon durch diese Ausführung seines Systems in Preußen befriedigt gewesen wäre. Er war es doch nur zum Theil. Seine Konsuln denuncirten bald diesen bald jenen Vorfall, wollten oftmals von kleinen und größeren Flotten von Handelsschiffen in der Ostsee, von nur scheinbaren Konfiskationen wissen, was dann zu immer erneuten Beschwerden und Plackereien nur zu reichlichen Stoff gab. Dazu hatte Napoleon die Bekümmerniß, daß Kaiser Alexander zwar in den Handelskrieg gegen England eingetreten war, aber die neutralen Flaggen nicht proscribiren wollte. Nun konnten ja Kolonialwaaren auf dem Landwege aus Rußland nach Preußen gelangen. Es genügte nicht, daß sich Preußen dem Kontinentalsystem, der vollständigen Sperrung des überseeischen Handels angeschlossen hatte; sein gesammtes Zollsystem sollte das des französischen Reiches sein. Im Juni 1811 legte Napoleon erhöhte Zölle auf die Ausfuhr von Getreide und Nutzholz, um England die Erlangung seines Bedarfs an diesen hierdurch weiter zu erschweren. Am 4. Juli befahl er, Preußen zu veranlassen, auch diese Maßregeln bei sich einzuführen[2]). Preußens wichtigste Ausfuhrartikel waren

---

[1]) Vergl. Thiers Histoire du Consulat et de l'Empire 12, 50. — [2]) Correspondance de Napoléon 22, 297.

Holz und Getreide. Man mußte sich in Berlin auch darin fügen, den schwachen Ueberrest seines Verkehrs mit eigener Hand zu vernichten. Die Verordnung vom 26. Juli 1811 legte einen Ausfuhrzoll von 32½ Thalern auf die Last Holz und Getreide. Wenn sich dann auch der Staatskanzler bald darauf (5. August) so weit emancipirte, diesen Zoll für Weizen auf die Hälfte, für Gerste auf den vierten Theil herabzusetzen, so blieb doch jener Ansatz für Nutzholz bestehen, so daß die Getreideausfuhr höchst erschwert, Nutzholzausfuhr unmöglich war. In Berlin war man noch mit der Feststellung dieses neuen Tarifs beschäftigt, als Napoleon den Amtsnachfolger Champagny's, den Herzog von Bassano, bereits mit weiteren Anforderungen an Preußen beauftragt hatte. Schon am 1. August 1811 hatte er diesem geschrieben: „Verlangen Sie kategorisch in Berlin, daß Preußen keine Kolonialwaaren, die durch Rußland kommen, zuläßt. Ich werde Preußen gern Licenzen für Getreideausfuhr nach England unter der Bedingung baaren Verkaufs bewilligen. Der Ausfuhrzoll wird Preußen, mir der Ertrag der Licenzertheilung gehören. Die Hauptsache ist, daß keine Kolonialwaaren aus Rußland nach Preußen kommen [1]." Die Forderung wurde gestellt und preußischer Seits (21. April 1812) erfüllt; Licenzen sind preußischen Unterthanen niemals ertheilt worden.

Die Verluste und Schäden, welche die Auferlegung dieses Handels- und Zollsystems Preußen eingetragen hat, durch Vergleichung der Handelsbilanz der Preußen verbliebenen Provinzen für das Lustrum vor und nach dem Kriege von 1806 und 1807 annähernd zu schätzen, unterlasse ich. Das Angeführte genügt, den vollen Ruin der gesammten wirthschaftlichen Existenz erkennen zu lassen, den der Ueberrest Preußens hierdurch erleiden mußte. Ich gehe zu den direkten Lasten über, die der Vertrag vom 24. Februar 1812 und was dem folgte, die der Krieg Napoleons gegen Rußland Preußen auferlegt hat. Napoleon konnte diesen Krieg nur in Preußen oder von Preußen aus führen. In welcher Weise Napoleon den Vertrag

[1]) Correspondance de Napoléon 23, 363.

vom 24. Februar 1812 zu erzwingen wußte, habe ich an einem anderen Orte ausgeführt. Preußen trat durch denselben in Bündniß mit Frankreich gegen England und Rußland. Es verpflichtete sich formell in diesem Vertrage, das Kontinentalsystem gegen England in derselben Weise durchzuführen, wie dies in Frankreich geschehe, alle englischen Fabrikate zu verbrennen, alle englischen Kolonialwaaren, gleichviel ob sie zu Wasser oder zu Lande eingingen, zu konfisciren. Es verpflichtete sich ferner, Napoleon zwei Linienschiffe und eine Fregatte unter preußischen Offizieren und mit preußischer Mannschaft zu liefern. Gegen Rußland wird Preußen ein Corps von 20,000 Mann stellen, welches beständig vollzählig erhalten wird. Die übrigen preußischen Truppen werden so vertheilt, daß 4000 Mann in Kolberg, 3000 in Graudenz, 10,000 in den schlesischen Festungen und 3000 in Potsdam garnisoniren. Aushebungen, neue Befestigungen und Bewegungen seiner Truppen darf Preußen, solange die französische Armee das Land besetzt hält, nur im Einverständniß mit Frankreich anordnen. Die Kommandanten von Kolberg und Graudenz werden ihre Befehle von dem Generalstabe der französischen Armee erhalten und Offiziere desselben wie französische Artilleristen aufnehmen. Die französischen Truppen können durch die preußischen Provinzen marschiren und sie besetzen, mit Ausnahme von Oberschlesien, d. h. von Glatz, Breslau, Oels, Brieg, und der Stadt Potsdam. Sie können im Nothfalle bei den Ortsbehörden Requisitionen erheben, deren Werth auf die Kontribution angerechnet werden wird. Für die Transporte der französischen Armee wird Preußen 3600 bespannte Wagen mit den Führern stellen, deren jeder 15 schwere Centner laden kann, sowie für zwanzigtausend Kranke der französischen Armee Lazarethgebäude, Utensilien, Leinenzeug, Aerzte, Medikamente und Dienerschaft. Wenn es nöthig würde, Geschütze und Munition aus den preußischen Festungen zu ziehen, so wird der König von Preußen dieselben hergeben, soweit er sie nicht für seine Truppen und Festungen für erforderlich hält. Außerdem wird Preußen liefern an Pulver 600,000 und an Blei 300,000 Pfund, an Pferden für

Kavallerie, Artillerie und Train im Alter von 5 bis 7 Jahren 15,000 Stück und an Ochsen 44,000 Stück. Dazu:

an Gerste	200,000	Quintals,
an Hülsenfrüchten	48,000	"
an Weizen	400,000	"
an Heu	650,000	"
an Stroh	750,000	"
an Hafer	6,000,000	Scheffel,
an Branntwein	2,000,000	Flaschen,
an Bier	2,000,000	Flaschen.

Die Transportkosten der Pferde, Ochsen und aller dieser Lieferungen an die von der französischen Intendantur zu bestimmenden Orte trägt Preußen. Der Werth der Naturalien wird jedoch auf die Kontribution angerechnet.

Die erschöpfendsten Lasten lagen wiederum auf Preußen. Es hatte zustimmen müssen, Kantonnementsbezirk, Operationsbasis und Gesammtmagazin für eine Armee von über 500,000 Mann zu werden. Gleich nach erfolgtem Einmarsch ließ Napoleon auch Spandau und Pillau besetzen. Die französischen Gouverneure in Königsberg und Pillau nahmen die dort vorhandenen preußischen Waffenvorräthe in Besitz. Aber nicht nur dies. Nicht nur, daß die vertragsmäßigen Lieferungen in der schärfsten Weise von den französischen Behörden eingefordert und kontrolirt wurden[1]) — das Land hatte fast in seiner ganzen Ausdehnung den Durchmarsch von 482,000 Mann mit 84,000 Pferden zu tragen, von denen die Hälfte längere Zeit im Lande kantonnirte, da der Einmarsch in Preußen Anfang März begann und die französische Armee erst am 23. Juni den Niemen überschritt. Die französischen Gouverneure auf den Operationslinien wie die Intendanten und Civilkommissare regierten nach ihrem Belieben und requirirten wie die Befehlshaber der Corps und die

[1]) Die preußische Regierung hatte zur Erleichterung des Landes 15,000 Ochsen in Polen kaufen lassen für 540,000 Thaler. Diese polnischen Ochsen wurden als zu leicht erst dann angenommen, als zum Ersatz 8684 Stück über die vertragsmäßige Zahl geliefert wurden.

Truppentheile im weitesten Maße, während der Soldat selbst in Ostpreußen und Litthauen geradezu plünderte. Ende September waren aus acht Kreisen Ostpreußens bereits 22,722 Ochsen fortgeführt; man rechnete, daß aus dem gesammten Lande bis dahin 77,920 Pferde und 13,349 Wagen von den französischen Truppen mitgenommen worden seien [1]).

Durch den Werth jener vertragsmäßigen Lieferungen, welche von Frankreich vergütet und zunächst auf die Kontribution angerechnet werden sollten, trug Preußen in den Monaten März, April und Mai des Jahres 1812 den Rest der Kontribution aus dem Vertrage vom 8. September 1808 ab. Seine Schuld hatte am 1. März 1812 noch 33,616,369 Franks betragen. Die weiteren vertragsmäßigen Lieferungen Preußens im Jahre 1812 im Werthe von 94,628,574 Franks wurden von Frankreich nicht bezahlt.

Nur annähernd sind die enormen Lasten zu schätzen, welche die Quartierung, Verpflegung und Fortschaffung der französischen Truppenmassen auf dem Hinmarsche, der Trümmer derselben auf dem Rückmarsche, ihre Requisitionen, Vexationen, Erpressungen, der geraubte oder vernichtete Viehstand Preußen verursachten. Die Provinz Preußen (ohne Danzig und Kulmerland) allein berechnete ihren Verlust auf 33,208,474 Thlr. [2]). Die Leistung des gesammten Landes betrug nach der Veranschlagung des Staatskanzlers 309,430,000 Franks.

Stellt man die Summen und Werthe zusammen, welche Frankreich im Frieden und nach angeblicher Räumung des Landes seit dem 5. November 1808 bis zum 15. März 1813 Preußen entzogen hat, so ergeben sich folgende Posten:

Für Unterhaltung der französischen Garnisonen in Stettin, Küstrin und Glogau vom 5. November 1808 bis
zum März 1813 . . . . 37,973,951 Frs. — Cent.

---

[1]) Schön bei Droysen Yorks Leben 2, 5 giebt für Ostpreußen und Litthauen allein 79,161 Pferde und 26,579 Wagen. Radefeldt giebt für Ostpreußen und Litthauen von 1807—1813 als geliefert, verwendet oder verloren 75,750 Pferde und 228,800 Stück Schlachtvieh. Dies wird die zutreffende Angabe sein; Töppen in Altpreuß. Monatsschrift 1871 Heft 1, 48. — [2]) Töppen, a. a. O. S. 53.

Transport 37,973,951 Frs. — Cent.

Die Kontribution des Vertrages vom 8. September 1808 war — wir sahen, auf welche Weise — auf 120 Millionen Franks herabgesetzt. Hierauf sind angerechnet worden: an Staatseinnahmen Preußens, welche vom Tage der Ratifikation des Pariser Vertrages bis zur Räumung des Landes am 5. December von den Franzosen erhoben waren . . . 1,763,162 Frs. 61 Cent.;
der Werth der nach dem oben erwähnten Vertrage vom 28. Januar 1811 von Preußen konfiscirten Kolonialwaaren sammt Transportkosten . . . 14,322,518 = 81 =

Summa 16,085,681 Frs. 42 Cent.

Mithin hat Preußen an Kontribution gezahlt	103,914,318 Frs. 58 Cent.
An zu vergütenden Lieferungen .	94,628,574 = — =
An Kosten des Durchzuges und Rückzuges der französischen Armee nach und von Rußland	309,430,000 = — =
Somit vom 5. November 1808 bis zum 15. März 1813	545,946,843 Frs. 58 Cent.

Transport 545,946,843 Frs. 58 Cent.

Fügt man zu dieser Summe den oben nachgewiesenen Betrag der Lieferungen, Leistungen, Verpflegungen und Kriegsschäden, welche Preußen im Umfange des Vertrages von Tilsit vom November 1806 bis zum November 1808 abgetragen und erlitten hat, mit . . 1,129,374,217 = 50 =

so ergiebt sich eine Gesammtleistung von 1,675,321,061 Frs. 8 Cent.

Es ist bereits bemerkt, daß die diesseitigen Nachweisungen unvollständig sind, daß erhebliche Leistungen überhaupt nicht zum Ansatz gebracht sind, daß für die vorstehende Berechnung unter den vorhandenen Angaben durchgängig die niedrigsten angenommen worden sind. Die Behauptung wird demnach nicht fehlgreifen, daß Napoleon, wenn er im Frühjahre 1809 sagen konnte: ich habe eine Milliarde aus Preußen gezogen, im Frühjahre 1813 hätte versichern können, daß er zwei Milliarden aus Preußen gezogen. Daß auch in dieser Summe nur die direkten, nicht die indirekten Verluste begriffen wären, bedarf nach den oben hervorgehobenen Thatsachen keiner Ausführung [1]).

Sehen wir ab von den Verlusten und Schäden, welche Preußen zu tragen hatte, um bestimmt festzustellen, welche Kriegsentschädigung Frankreich seinerseits für den Krieg von 1806 und 1807 von Preußen empfangen hat.

Diese Kriegsentschädigung bestand in dem baaren Ueberschuß, der bis zur Räumung Preußens im December 1808 in die Kassen Napoleons geflossen ist, und in den Leistungen und Lieferungen, die Preußen

[1]) Die Schäden, welche Preußen in dem Feldzuge von 1813 vor, während und nach dem Waffenstillstand erlitten hat, schätzte das Ministerium des Inneren nach den erhobenen Kontributionen und Requisitionen für die Kurmark und die drei magdeburgischen Kreise diesseit der Elbe auf eine Million Thaler, für Schlesien auf 9,100,000 Thaler. Die Annahme ist gewiß nicht zu hoch, da die Specialangaben für sechs Kreise (Grünberg, Freistadt, Sagan, Bunzlau, Löwenberg, Glogau) und fünf kleine Städte (Naude, Liegnitz, Neumarkt, Liebau und Berthelsdorf) 2,323,721 Thaler erreichen und auch diese Angaben unvollständig sind; Staatsarchiv zu Breslau.

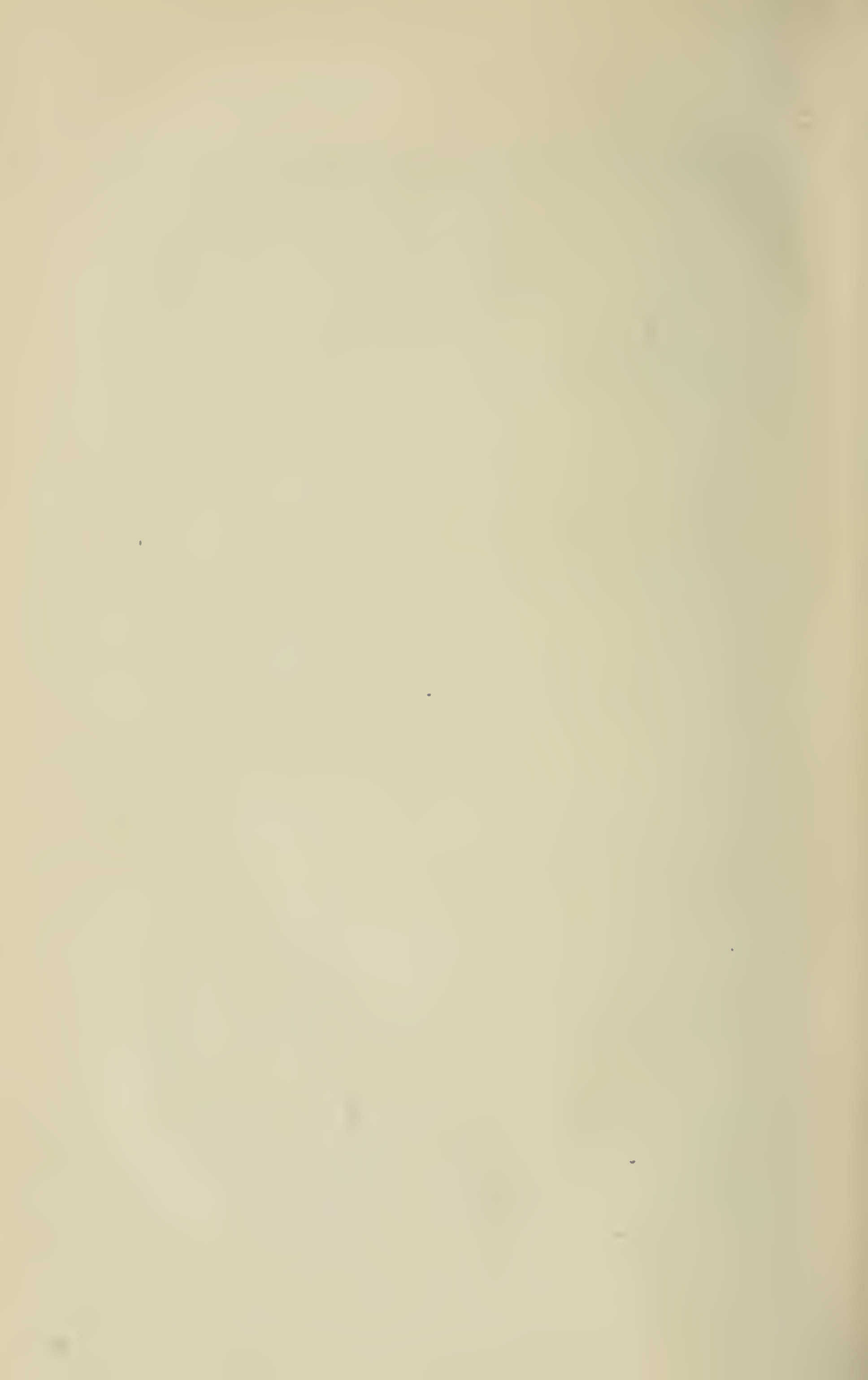
durch die Verträge vom 8. September 1808 und 24. Februar 1812 übernehmen mußte.

Nach Daru's Rechnung betrug der baare Ueberschuß unter Einrechnung der von Sachsen für überlassenes preußisches Eigenthum gezahlten 20 Millionen Franks bis zum 15. Oktober 1808	474,352,650 Frs. 53 Cent.,
von denen 220 Millionen Franks in die Amortisations-Kasse eingezahlt, 228,944,363 Franks weiterhin für die Armee verwendet wurden.	
Dazu treten: an Kontribution aus dem Vertrage vom 8. September 1808	103,914,318 Frs. 58 Cent.
An Unterhaltung der Garnisonen zu Stettin, Küstrin und Glogau . .	37,973,951 „ — „
An Lieferungen nach den Verträgen vom 24. Februar 1812	94,628,574 „ — „
An Quartierungs-, Verpflegungs-, Transport- und Remontirungskosten der Armee Frankreichs auf dem Marsche nach und von Rußland	309,430,000 „ — „
mithin in Summa	1,020,299,494 Frs. 11 Cent.

Somit hat Frankreich für den Krieg von 1806 und 1807 von Preußen eine reichliche Milliarde Kriegsentschädigung empfangen. Dieser Betrag übersteigt dreizehn Brutto-Jahreseinkommen des damaligen Preußens auch nach der, wie wir sahen, erheblich zu hohen Schätzung dieses Jahreseinkommens, welche Napoleon selbst angestellt hat (S. 511).

Wenn Frankreich im Jahre 1871 an Deutschland fünf Milliarden Kriegsentschädigung zu zahlen hatte, so erreicht dieser Betrag noch bei weitem nicht drei Brutto-Jahreseinkommen des heutigen Frankreichs. Dazu kann weder der Wohlstand des Preußen von 1807

mit dem Wohlstand des Frankreich von 1871, noch die Okkupation Frankreichs von 1871 und 1872 mit der Preußens von 1807 bis 1813 verglichen werden. Frankreichs Existenz und Fortdauer standen niemals auch nur entfernt in Frage. Somit war auch sein Kredit nicht untergraben, um so weniger als seine Geldinstitute nicht beraubt noch sein Gebiet gegnerischer Seits auf sechs Jahre hinaus einem Zoll- und Handelssystem unterworfen wurde, welches seinen Handel seine Industrie und seinen Ackerbau ruinirt hätte.



Die Mission des Obersten von dem Knesebeck nach Petersburg.



Die Bruchstücke aus den hinterlassenen Papieren des General-Feldmarschalls von dem Knesebeck geben eine „Erläuterung meiner Sendung im Jahre 1812 nach Rußland", in welcher höchst anschaulich erzählt wird, wie der Verfasser in der Stille den Plan zur Vernichtung Napoleons ersonnen, wie er sich überzeugt, daß Preußen beim Ausbruche des Kampfes zwischen Frankreich und Rußland sich Napoleon nicht widersetzen, Rußlands Armee nicht vorrücken dürfe; vielmehr müsse diese zurückweichend den Gegner tief in das Innere Rußlands locken. Dann könne Napoleons Untergang nicht ausbleiben, wie Karls XII. Beispiel zeige. Es sei ihm zu heftiger Empörung der preußischen Patrioten gelungen, König Friedrich Wilhelm III. zu überzeugen, der nun, „da Kaiser Alexander immer sehr großes Vertrauen zu Knesebeck gehabt", ihn nach Petersburg abgesendet habe, um Alexander zur Annahme dieses Kriegsplanes zu bewegen. Dieser geheime Auftrag sei durch eine ostensible Mission, den Kaiser Alexander zur Erhaltung des Friedens zu bestimmen, gedeckt worden. In Petersburg habe Knesebeck dann Alexander in dem Maße für seinen rettenden Plan zu gewinnen verstanden, daß ihn dieser mit den Worten entlassen: „Sagen Sie dem Könige, daß ich nicht Frieden machen werde, selbst wenn ich in Kasan sein werde."

Der Politik, welche Preußen in jenen bedrängten Tagen, in denen Napoleon seinen großen Kampf gegen Rußland vorbereitete, verfolgte, gegenüber hat diese Erzählung wenig Wahrscheinlichkeit, und ein Versuch, sie in den Zusammenhang der in Berlin vorwaltenden Tendenzen einzureihen, dürfte schwerlich gelingen. Anderen

Orts habe ich gezeigt, wie viel Gewicht gleich bei den ersten Anzeichen des drohenden Sturmes der König wie der Staatskanzler darauf legten, den Ausbruch desselben zu vertagen, welche Anstrengungen im tiefsten Geheimniß gemacht wurden, die Hülfe, das aktive Vorgehen Rußlands, Preußen zu sichern, wie nach dem Scheitern dieser Bemühungen einen Stützpunkt an Oestreich zu finden versucht wurde. Als auch diese Hoffnung sich als eitel erwies, sah man keinen Ausweg als den Anschluß an Frankreich oder vielmehr die Unterwerfung unter Frankreich, wenn es nicht noch in diesem letzten Augenblick gelang, den Kaiser Alexander zu einiger Nachgiebigkeit zu stimmen und dadurch vielleicht den Ausbruch des Krieges noch hinauszuziehen. Der Ansicht des Staatskanzlers, Scharnhorsts, Gneisenau's, Boyens entgegen stimmte Knesebeck mit Ancillon für den Anschluß an Frankreich; in einer Denkschrift vom 26. Januar 1812 führte er sogar aus, daß Preußen diesen selbst „auf jede Bedingung" vollziehen müsse [1]. Und was die „Erläuterung" als den ostensiblen Zweck, als Deckmantel der ihm übertragenen Mission nach Petersburg angiebt: den Kaiser Alexander zur Erhaltung des Friedens zu bestimmen, das war in den Tagen vor seiner Abreise nach Petersburg Knesebecks innerste Ueberzeugung. Dafür besitzen wir nicht nur das Zeugniß seines ihm engverbundenen Freundes Ancillon, der Knesebeck „enthusiasmirt für den Frieden" nennt [2], sondern auch sein eignes, das er in einer für Kaiser Alexander geschriebenen Denkschrift vom 21. Januar 1812 niedergelegt hat, auf welche ich weiterhin zurückkomme.

Knesebeck hat Berlin am 1. Februar verlassen (S. 557) und ist am 20. März von Petersburg wieder eingetroffen [3]. Das Ergebniß seiner Mission hat er in einem Berichte vom 23. März zusammengefaßt, in welchem sich keine Spur von dem findet, was nach der „Erläuterung" der eigentliche, der geheime Zweck seiner Sendung war. Eher das Gegentheil. Aber nichts natürlicher und nichts erklärlicher als dies. Dieser Bericht gehört der ostensiblen Seite der Mission

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 434 N. — [3]) Für den Grafen Goltz schreibt Lecoq am 21. März dem General

an; er war dazu bestimmt und darauf berechnet, Napoleon vorgelegt zu werden. Knesebeck selbst sagt uns: „er habe diesen Bericht auf den Wunsch des Staatskanzlers so schreiben müssen, daß er St. Marsan (dem Vertreter Napoleons in Berlin) und durch diesen Napoleon selbst mitgetheilt werden konnte [1]).“ Dies ist in der That geschehen; St. Marsan hat den Bericht dem Herzog von Bassano, Minister des Auswärtigen, zugefertigt und dieser ihn dem Kaiser auf der Stelle vorgelegt [2]). Der Vertreter Preußens in Paris, General Krusemark, erhielt Abschrift desselben [3]). Auf diesen Bericht vom 23. März wird sich mithin gegen die Angaben der „Erläuterung“ nicht fußen lassen, obwohl es, den geheimen Zweck der Mission zugegeben, auffallen muß, daß derselbe sehr bestimmt hervorhebt, wie gewaltig der Widerstand der Russen sein werde, welche Vortheile ein wohlüberlegtes Rückzugssystem dem Kaiser Alexander gewähren könne. Warnungen dieser Art waren doch nicht der richtige Weg, Napoleon in das Innere Rußlands zu locken. Knesebeck selbst hat diesen Widerspruch empfunden, indem er Müffling im Jahre 1844 schrieb: er habe nicht vermieden, seinen (Knesebecks) Feldzugsplan Napoleon selbst vorzulegen, ihm sein Schicksal zu prophezeien, in der sicheren Erwartung, daß Napoleon solcher Warnung doch nicht folgen werde [4]). So auffallende Dinge machen es erforderlich, die „Erläuterung“ einer näheren Prüfung zu unterziehen. Diese wäre am schnellsten zu erledigen und müßte zu den sichersten Resultaten führen, wenn neben dem Bericht vom 23. März vertrauliche Berichte über Knesebecks Thätigkeit zu Petersburg in den Papieren des geheimen Staatsarchivs vorhanden wären.

Unverrichteter Aufgabe war Scharnhorst in den ersten Tagen des November 1811 von Petersburg zurückgekehrt. Alexander hielt,

---

Krusemark: „Knesebeck ist endlich gestern hier wieder eingetroffen; eine sehr baldige Expedition wird Sie im Detail von den Ergebnissen seiner Mission unterrichten.“ — [1]) Knesebeck 20. Mai 1844 bei Müffling Aus meinem Leben S. 185. — [2]) Bericht Krusemarks vom 3. April 1812; geh. Staatsarchiv. — [3]) Anfrage Lecoqs und Resolution Hardenbergs vom 24. März 1812; geh. Staatsarchiv. — [4]) Knesebeck bei Müffling a. a. O.

nachdem er sich überzeugt, daß er die Polen nicht zu gewinnen vermöge [1]), daran fest, den Angriff Frankreichs in seinen Grenzen zu erwarten. Als dann auch Scharnhorsts Schlußbericht vom 10. Januar 1812 über die Sendung nach Wien, mit welcher er nach der Rückkehr von Petersburg beauftragt worden, in der Hand des Königs war, entschied sich dieser, die französischen Bündniß- oder Subjektionsvorschläge unter gewissen Modifikationen anzunehmen. Knesebeck sollte, eben weil er den Abschluß mit Frankreich so eifrig vertreten hatte [2]), nach Petersburg gehen, um diesen Entschluß bei dem Kaiser Alexander zu rechtfertigen, die Fühlung mit Rußland trotz des gezwungenen Ueberganges zum französischen System zu erhalten, zugleich aber, wenn möglich, Alexander zu einiger Nachgiebigkeit, zu wenigstens scheinbarer Beibehaltung des Kontinentalsystems zu bestimmen und ihn zu vermögen, durch eine außerordentliche Sendung nach Paris noch einen Versuch zur Ausgleichung zu machen, damit der Ausbruch des Krieges mindestens verschoben werde. Ancillon und Knesebeck hatten dies wetteifernd für Alexanders Pflicht und für erreichbar erklärt. An demselben Tage, an dem Preußens Gegenvorschläge zum Bündniß mit Frankreich nach Paris abgingen, am 31. Januar, sollte Knesebeck den Weg nach Petersburg einschlagen. Sein Auftrag lag in dem Briefe des Königs, den er dem Kaiser zu überreichen hatte; eine ausführliche Instruktion, was er dem Kaiser Namens des Königs zu sagen habe, führte er bei sich. Ancillon war, der Weisung des Königs vom 15. Januar, welche Knesebeck's Mission unverzüglich einzuleiten befahl, gemäß, mit Abfassung derselben beauftragt worden [3]). Wenn Knesebeck in der „Erläuterung" sagt, Hardenberg habe den geheimen Zweck seiner Mission nicht gekannt, so hatte Hardenberg das Schreiben des Königs an den Kaiser Alexander [4]) nicht nur concipirt, Knesebeck hatte Abschrift desselben von Hardenbergs Hand in seiner Tasche.

Eine Mission nach Petersburg in demselben Augenblicke, in

---

[1]) Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 339 ff. 353. 361. — [2]) Daselbst S. 431 N. — [3]) Daselbst S. 430. — [4]) Daselbst S. 433.

welchem man sich Frankreich näherte, war geeignet, den höchsten Argwohn in Paris zu erwecken und den Befehl zum Einmarsch an die den Rest Preußens umringenden französischen, westfälischen, sächsischen und polnischen Truppen herbeizuführen. Warum sollte man diese Sendung auch verbergen? Daß man für den Frieden, für Nachgiebigkeit in Petersburg arbeite, konnte man in Paris sehr wohl eingestehen. Durch solche Anzeige war, was man darüber hinaus wollte, Rechtfertigung der Ergreifung des französischen Systems im Kriegsfalle und möglichste Erhaltung guten Vernehmens mit Rußland wohl zu decken. So fragte denn auch der Minister des Auswärtigen, Graf Goltz, am 23. Januar beim Staatskanzler an, ob er dem Gesandten in Paris, General Krusemark, von Knesebecks Mission Mittheilung machen solle [1]). Der Staatskanzler hatte bereits am 21. Januar St. Marsan geschrieben: „daß der König, von dem Wunsche durchdrungen, den Frieden im Norden bewahrt zu sehen, und in Kenntniß, daß Graf Nesselrode beauftragt sei, versöhnliche Vorschläge nach Paris zu überbringen, den Entschluß gefaßt habe, einen geeigneten Mann nach Petersburg zu senden, um den Kaiser zu beschwören, sich zu einem Ausgleich herbeizulassen, ihm das Unheil zu schildern, welchem das entgegengesetzte Verfahren Preußen aussetzen würde, und zu wiederholen, daß dieses trotz der persönlichen Gefühle, welche den König an den Kaiser bänden, den König zwingen würde, auf die Seite Frankreichs zu treten.“ Am 30. Januar erging dann auch Weisung des Königs an Krusemark: „Sie wissen, wie sehr mir der Friede am Herzen liegt. Ich mache einen letzten Versuch in Petersburg, ihn zu erhalten. Ich wollte denselben nicht machen, bevor die Basen meiner Einigung mit Frankreich festgestellt wären, und habe demnach jetzt meinen Generaladjutanten Knesebeck dazu bestimmt. Sie werden keine Schwierigkeiten finden, zu bewirken, daß diese Mission unter dem richtigen Gesichtspunkt meiner guten Absichten betrachtet wird.“ Am 4. Februar erhielten die übrigen Gesandtschaften Mittheilung von der Absendung des Obersten Knesebeck nach Petersburg.

---

[1]) Geh. Staatsarchiv.

Der Vertreter Rußlands in Berlin, Graf Lieven, war von der bevorstehenden Mission noch vor Hardenbergs Mittheilung an St. Marsan am 16. Januar in Kenntniß gesetzt worden. So konnte schon am 2. Februar der Reichskanzler Graf Rumäntzow den Geschäftsträger Preußens in Petersburg, Jouffroy (er vertrat zur Zeit den Freiherrn von Schladen), fragen, ob er offizielle Nachricht von der Sendung des Obersten Knesebeck erhalten, der Oberst werde ein Schreiben des Königs bringen; und hinzufügen: „wenn dessen Sendung keinen anderen Zweck hat, als uns zum Frieden zu mahnen, so ist sie überflüssig; der Friede besteht, und wir sind es nicht, die ihn brechen werden [1])." Unter dem 31. Januar wies der Staatskanzler die Vertreter Preußens in Petersburg, Herrn Jouffroy und den Oberstlieutenant Schöler, an, den Obersten Knesebeck in Erfüllung seines Auftrages zu unterstützen. Es sei der letzte Versuch, den Frieden zu erhalten. Napoleon wolle brechen, wenn Rußland ihm nicht durch einige zufriedenstellende Erklärungen die Mittel gäbe, seine Schritte zurückzuthun. Diese glückliche Chance solle Knesebeck herbeiführen. Knesebeck könne sich auch des Rathes des dortigen Vertreters Frankreichs bedienen; Graf St. Marsan habe sich beeilt, den General Lauriston in diesem Sinne zu unterrichten. Oberstlieutenant Schöler erwiderte dem Staatskanzler am 14. Februar: die Sendung Knesebecks thue ihm wehe, nicht aus verletzter Eigenliebe, sondern als Zeichen der Verkennung, während er doch stets das Vertrauen, das er in Petersburg gewonnen, zum Besten des königlichen Dienstes geltend gemacht, auch wenn seine Privatmeinung eine andere gewesen sei. „Da ich in gänzlicher Unwissenheit dessen bin, was seit Monaten bei uns vorgeht, wünsche ich in dieser Hinsicht mit Sehnsucht die Ankunft Knesebecks; aber der Kaiser sagte mir gestern (13. Februar): er wisse, daß Preußen sich verpflichtet habe, seine Truppen zu vertheilen, den Durchmarsch und Requisitionen zu gestatten, Munition aus den Festungen zu gewähren; er glaube, daß Alles geschlossen sei und nur die Ratifikation von Paris fehle."

---

[1]) Jouffroy's Bericht vom 4. Februar 1812; geh. Staatsarchiv.

Knesebeck meldete sich am 31. Januar reisefertig bei Hardenberg[1]). Am 1. Februar hatte er mit dem Staatskanzler noch eine Konferenz. Er wird an demselben Tage nach Petersburg abgereist sein. Schölers Brief vom 14. Februar zeigt, daß, als er geschrieben wurde, Knesebecks Ankunft dort noch nicht erfolgt oder wenigstens Schöler noch nicht bekannt war. Am 15. Februar aber berichtet dieser dem Staatskanzler: „Knesebeck ist gestern Abend zu spät hier angekommen, um dem Kaiser noch auf amtlichem Wege Anzeige machen zu können. Heute Morgen wird der Geschäftsträger des Königs die nöthigen Schritte thun, um die Audienz beim Kaiser herbeizuführen." Die Behauptungen der „Erläuterung", daß Knesebeck den Weg von Berlin nach Petersburg „in acht Tagen" zurückgelegt, „daß er am 13. Februar 8 Uhr Morgens dort angekommen und schon gegen 11 Uhr durch einen Adjutanten des Kaisers in den Palast befohlen worden sei", sind somit hinfällig. Schöler fügt seiner Meldung hinzu: „Bereits vor Knesebecks Ankunft habe ich Alles gethan, ihm einen günstigen Empfang zu verschaffen, und werde, soviel ich irgend kann, zum Erfolg dieser Sendung beitragen." (In Chiffren): „Obgleich ich die Gründe, wodurch er seinen Auftrag unterstützen will, noch nicht alle kenne, so glaube ich doch, daß sie, durch mich vorgestellt, wenigstens ebenso viel Erfolg gehabt hätten, wenn sie überhaupt Wirkung haben können. Hieran aber zweifle ich, da sie aus der Konversation mit General Krusemark genommen[2]) und auf ein Raisonnement gegründet sind, welches eigentlich hier zu Hause gehört, von dessen Unrichtigkeit man eben darum auch hier am meisten überzeugt ist."

Was Knesebeck dem Kaiser in der Audienz, die am 16. Februar stattfand, wirklich gesagt, was dieser erwidert, darüber würden wir in seinem Berichte vom 23. März aus den oben angegebenen Gründen

---

[1]) Geh. Staatsarchiv. — [2]) Napoleon hatte Krusemark am 17. Decbr. 1811 gesagt: der Friede werde erhalten werden können, wenn ihm nur Rußland einen Unterhändler schicke. Gerade auf diese Eröffnung an Krusemark baute Ancillon seinen Satz, „daß der Friede erhalten werden könne und müsse"; Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 425. 434 N.

beweiskräftige Sicherheit nicht finden; die Angabe der „Erläuterung", daß er die Aeußerung gethan: „Ich bringe den Krieg; 20,000 Preußen marschiren gegen Sie", könnte jenem gegenüber immerhin Beachtung beanspruchen, so widersprechend sie der Gesammtlage, Knesebecks Denkschriften vom 21. und 26. Januar, dem Briefe des Königs vom 31. Januar an den Kaiser wie Knesebecks Instruktion erscheint, so sehr sie dem Abschluß der Konvention Preußens mit Frankreich (welche ein Hülfskorps von jener Stärke für den Kriegsfall mit Rußland stipulirte) vorausgeeilt sein würde. Aber wir besitzen einen höchst vertraulichen Bericht über diese Audienz in einem Schreiben, welches Knesebeck selbst und zwar am Tage nach dieser Audienz, d. h. am 17. Februar, an den Kaiser gerichtet hat, welches darnach in Abschrift mit den übrigen vertraulichen Berichten über diese Mission dem Könige vorgelegen hat[1]). Die Abschrift rührt von der Hand des Kanzlisten der Gesandtschaft in Petersburg her. Hier in diesem Schreiben, dem Kaiser allein gegenüber, wird Knesebeck doch niedergelegt haben, was den eigentlichen, den letzten Zweck seiner Sendung bildete.

Dasselbe rekapitulirt die Aeußerungen, die der Kaiser in der Audienz gethan: er habe Frankreich gegenüber nichts aufzuklären, er habe die vereinbarten Verträge gehalten; er schweige selbst zur Okkupation Oldenburgs, zur Besetzung von Schwedisch-Pommern (die Nachricht von dieser war vor wenigen Tagen in Petersburg eingetroffen[2]), zur beständigen Vermehrung der französischen Truppen in Danzig, Stettin und Küstrin; er schweige dazu, daß Frankreich dem Könige die Festungen nicht zurückstelle; dies seien ebenso viele Beweise der Friedensliebe. Eine Mission nach Paris würde nur zu Diskussionen, diese zu Dissensionen führen, und aus den Dissensionen würden offene Feindseligkeiten werden. Seine Armee sei unter Waffen; aber sie hätte die Grenze nicht überschritten und würde sie nicht überschreiten.

---

[1]) Weisung des Königs vom 25. März 1812; geh. Staatsarchiv. —
[2]) Jouffroy's Bericht vom 11. Februar; geh. Staatsarchiv.

Hatte der Kaiser auch nur entfernte Veranlassung, Knesebeck gegenüber die Beweise seiner Friedensliebe in langer Reihe aufzuführen, wenn dieser nicht, seinem Auftrage gemäß, in der Audienz die Erhaltung des Friedens accentuirt hatte? Aber hören wir Knesebeck selbst. „Mit zerrissenem Herzen (le coeur navré) habe ich gestern Eure Kaiserliche Majestät verlassen", so beginnt er sein Schreiben. Und der Grund dieses Schmerzes? Weil der Kaiser nach so vielen Beweisen der Friedensliebe, nicht noch den, den Knesebeck verlangt hatte, geben, d. h. Nesselrode nicht nach Paris schicken wolle. „Habe ich Eurer Majestät Ideen richtig erfaßt, so soll diese Sendung nicht stattfinden, weil Sie in derselben gerade das Mittel erblicken, welches, weit entfernt, den Frieden zu bewahren, vielmehr den Krieg herbeiführen würde." Knesebeck bittet nun um Erlaubniß, „da von dem Entschluß, welchen der Kaiser jetzt fassen werde, das Schicksal Europa's, ja das der gesammten Menschheit abhänge (Worte der oben erwähnten Instruktion Knesebecks)," auf die Gründe seiner Mission noch einmal zurückkommen zu dürfen, „um zu bewirken, daß Eure Majestät jemand nach Paris schickt, mit dem Kaiser Napoleon in Explikationen zu treten." Die Gründe des Kaisers — so fährt Knesebeck fort — würden überzeugend sein, wenn die Lage Europa's nicht erheischte, daß man sich über alle kleinen Erwägungen erhebe (Worte der Instruktion). Die ganze Welt erwarte die Bewahrung des Friedens und der Ruhe der Völker von Kaiser Alexander. „Nichts, was dazu führen kann, ist unter Ihrer Würde. Mag Rußland mit Recht den ersten Schritt erwarten dürfen, die Menschheit, die nur das Bedürfniß des Friedens fühlt und von dieser Auseinandersetzung erwartet, wird sich immer an Eure Majestät wenden, den ersten Schritt zu thun, weil sie Ihr Herz kennt. Eine große Macht, die sich in ihrem Rechte fühlt, wird immer eher den ersten Schritt thun können, als die, welche bereits in der Angelegenheit Oldenburgs zugestanden hat, daß ihre großen Gesichtspunkte sie hingerissen haben. Man wird Sie deswegen nicht der Erniedrigung anklagen, sondern wird hierin vielmehr einen Akt der Großmuth sehen. Mit 300,000 Mann und einer Nation, die

ihren Souverän verehrt, giebt es keine Furcht, und die geringste Zuvorkommenheit ist wahre Größe. Ihre Würde verlangt viel mehr diesen letzten Schritt der Versöhnung als daß sie durch diesen leiden könnte."

Knesebeck untersucht nun weiter, ob eine Sendung Alexanders nach Paris dem Frieden förderlich oder hinderlich sein werde, und kommt zu dem Ergebniß: Will Napoleon den Krieg, so wird die Sendung nichts Schädliches hinzufügen; aber wenn diese Supposition nur Supposition ist, so kann die Unterlassung der Sendung leicht den Krieg herbeiführen, gegen die Wünsche Europa's, gegen den Willen Alexanders. Es könne demnach nur Gutes, niemals Schlimmes aus dieser Sendung folgen. Schweigen erscheine weder der Offenheit und Gemüthsgröße Alexanders noch der Politik eines großen Reiches wie Rußland würdig. Er schließt dann: „Was die Gefahr betrifft, daß aus dieser Explikation neue Diskussionen durch neue Prätensionen, die Napoleon zu erheben beabsichtigen könnte, entstehen möchten, so würde, wenn solches Napoleons Absicht wäre, dies im Falle der Sendung wie der Nichtsendung eintreten." „Die Sendung kann also in keinem Falle das Uebel vergrößern, wohl aber dasselbe verkleinern, wenn die Person gut gewählt ist und die Sendung bald geschieht, bevor die Truppen Frankreichs vereinigt und in Marsch gesetzt sind, was Mitte März oder Anfang April geschehen wird. Ich glaube, die Sendung unter allen möglichen Gesichtspunkten betrachtet zu haben, und kann sie unter keinem schädlich finden. Möge Eure Majestät geruhen, sie noch einmal in Erwägung zu nehmen; auf diesem Schritte ruht in diesem Augenblick die Hoffnung aller Völker, aller Männer Europa's, die dieses Namens würdig sind (Worte der Instruktion Knesebecks), die in diesem Kriege nichts erblicken können, als eine neue Quelle von Unglück und Leiden, und die das Gewitter, welches über ihren Häuptern auszubrechen im Begriff ist, zerstreut zu sehen wünschen."

Sonach findet sich auch in dem denkbar vertraulichsten Bericht über diese Audienz nichts, was nicht in der Aufgabe gelegen hätte, die das Schreiben des Königs vom 31. Januar Knesebeck vorzeichnete.

Er beschwört den Kaiser um einen Akt der Nachgiebigkeit; er führt scharfsinnig aus, daß dieser ihm nur zur Ehre gereichen und in keinem Falle schädliche Folgen, d. h. eine Steigerung des Zerwürfnisses herbeiführen könne. Damit stimmt vollkommen die Meldung, die er am 21. Februar eigenhändig dem Staatskanzler machte. Sonntag den 16. habe er Audienz gehabt; der Kaiser habe die Gnade gehabt, ausführlich mit ihm zu sprechen und ihn über $1\frac{1}{2}$ Stunden anzuhören. „Ich habe darauf gestern (20. Febr.) Se. Exc. den Herrn Kanzler Grafen Rumäntzow in einer stundelangen Unterredung von den Wünschen Seiner Königlichen Majestät unterrichtet, den Frieden im Norden zu erhalten, und demselben offen und frei die Mittel dargelegt, die Seine Königliche Majestät dazu für zweckmäßig und geeignet erachten, und welche zu berühren Sie in diesem Augenblicke sowohl als eine Pflicht gegen Sich Selbst als den Banden der Freundschaft gemäß erachten, die zwischen beiden Monarchen stattfinde. Ich behalte mir vor, über alles dies Seiner Königlichen Majestät wie Eurer Excellenz bei meiner Rückkunft näheren Bericht zu erstatten, und sehe indeß in banger Erwartung der näheren Entscheidung Seiner Kaiserlichen Majestät entgegen", d. h. dem Erfolge meiner Vorstellung vom 17. Februar.

Die zweite Audienz, in welcher der Kaiser Knesebeck diese nähere Entscheidung gab, wird am 24. Februar stattgefunden haben. Der ostensible Bericht vom 23. März verlegt in diese zweite Audienz eine Auswahl der Gründe für eine neue Sendung nach Paris, die wir aus der eben durchmusterten Vorstellung kennen, in wörtlicher Wiedergabe: die Nothwendigkeit, sich über alle kleinen Erwägungen zu erheben; das große Herz des Kaisers, das sicherlich diesen Weg nehmen werde; nichts, was den Frieden erhalten könne, sei unter seiner Würde; an der Spitze von 300,000 Mann habe ein solcher Akt nicht das Ansehen der Schwäche; die Würde des Kaisers erfordere eher einen friedlichen Schritt, als daß sie von diesem leiden könnte. Derselbe geht dann kurz zu den „verderblichen Folgen, die der Ausbruch des Krieges herbeiführen werde" und einigen militärischen Andeutungen über und schließt damit, daß der Kaiser dabei

geblieben sei, keine Sendung nach Paris eintreten zu lassen; daß er nicht angreifen werde, aber vorbereitet sei, langen und guten Widerstand zu thun.

Aber wir besitzen auch über diese Audienz vertrauliche Berichte. Jouffroy schreibt dem Grafen Goltz am 25. Februar: die Rückkehr des Obersten Knesebeck stehe bevor; obwohl ihn dieser ersucht habe, nichts, was ihn betreffe, zu melden, so dürfe man doch in Berlin über das Resultat seiner Sendung nicht länger in Ungewißheit bleiben [1]). „Mr. de Knesebeck a eu deux audiences de Sa Majesté Impériale et plusieurs entretiens avec le Chancelier, et il n'a assurément rien négligé pour s'acquitter au gré du Roi de la commission dont Sa Majesté l'avait chargé. Mais tout ce qu'il a pu dire jusqu'ici pour prouver la nécessité d'envoyer un négociateur à Paris — a complètement échoué contre les raisons, que lui a opposées l'Empereur. Sa Majesté Impériale lui a déclaré solennellement, qu'Elle désirait la paix, mais qu'Elle ne craignait pas la guerre, qu'Elle n'avait rien à se reprocher, qu'Elle avait fait pour conserver la paix dans le nord tout ce qui était humainement possible, mais qu'Elle s'était enfin convaincue, que la France en voulait à Son indépendance, et préparait à la Russie le sort de tant d'autres états ou écrasés ou incapables de devenir jamais dangereux à sa tyrannie. Elle est persuadée que l'envoi du Comte Nesselrode ne retardera pas d'un instant l'éclat de la guerre et aurait pour Elle le désavantage de paraître fléchir et implorer la clémence du conquérant, démarche que Sa Majesté Impériale traite de lache, et à laquelle Elle ne consentira jamais. Au point où en sont les choses Sa Majesté ne voit plus que les armes, qui puissent décider la question. *Elle est résolue à Se défendre jusqu'à la dernière extrémité dans ces propres foyers, de faire de Son empire un vaste champ de car-*

---

[1]) Denselben Grund führt Jouffroy in seinem Schreiben vom 27. Februar an den Staatskanzler zu seiner Rechtfertigung an.

nage, de vaincre ou de mourir pour Son indépendance plutôt que de souscrire aux lois d'un étranger. Telle est Sa ferme résolution. Mr. de Knesebeck se propose de faire *un dernier effort et de soumettre à l'Empereur un mémoire militaire pour lui représenter les dangers qu'il court.*"

Jouffroy mußte sich für vollständig und erschöpfend instruirt erachten, um sich berechtigt zu halten, wider den Willen und ohne Wissen Knesebecks zu berichten. Was er angiebt, zeigt, daß Alexander in der zweiten Audienz den Gründen der Vorstellung vom 17. Februar gegenüber sich nicht auf die Ablehnung der Sendung durch Hinweis auf die Beweise der Friedensliebe, die er gegeben, beschränkt, daß er weiter und offener mit der Sprache herausgegangen ist, daß er gesagt hat, er könne sich auf keine Verhandlung mehr einlassen; Napoleon wolle die Unabhängigkeit Rußlands vernichten. Eine neue Sendung an ihn unter diesen Umständen sei ein Akt der Feigheit; er sei entschlossen den Krieg aufzunehmen und sich mit aller Kraft zu vertheidigen. Ein Schreiben Schölers vom 25. Februar meldet dem Staatskanzler, daß Knesebecks Abreise noch nicht fest stehe. „Bisher scheinen seine Vorstellungen wenig zu helfen. Die Ueberzeugung, daß Napoleon den Krieg wolle, ist hier allgemein und erhält täglich neue Nahrung. Das Kontinentalsystem und alle anderen Scheinbeschwerden betrachtet man als Vorwand und will sich zu keinen Maßregeln entschließen, durch welche man sich ganz vergeblich zu erniedrigen glaubt." Ein zweites Schreiben vom 28. Febr. ergänzt diese flüchtige Mittheilung und Jouffroy's Bericht dadurch, daß es die bestimmt abgegebene Erklärung Knesebecks erkennen läßt: wenn es zum Kriege komme, werde Preußen auf der Seite Frankreichs stehen. Knesebeck selbst meldet dem Staatskanzler am 27. Febr., er habe bis jetzt zwei ausführliche Unterredungen mit dem Kaiser und ebenso mit dem Kanzler gehabt. „Indeß zweifle ich, den Zweck meiner Sendung zu erreichen, und kann Eurer Excellenz zum wenigsten keine Hoffnung dazu machen. Graf Nesselrode ist noch immer hier, und ich glaube nicht, daß er abgeschickt werden wird. Bei allem Wunsche, den Frieden zu erhalten, fürchtet man, wie es scheint,

durch die Sendung des Grafen Nesselrode nur noch mehr kompromittirt zu werden, und mit welchen Gründen ich diesen Gedanken auch gesucht habe zu bekämpfen, so ist mir solches bis jetzt noch nicht möglich gewesen. Ich werde deshalb nur noch wenige Tage warten und alsdann um meine Abschiedsaudienz anhalten. Alles, was bis jetzt geschehen, ist, daß man einen Kurier an den Fürsten Kurakin geschickt hat. Es ist unbekannt, ob mit erweiterter Vollmacht oder nicht. Ich hoffe Eurer Excellenz mündlich die Beweise vorzulegen, daß, wenn der Friede nicht erhalten werden sollte, an meinem Bestreben, Alles zu thun, um von hier aus eine Explikation zu bewirken, es nicht gelegen hat [1])."

Hat Knesebeck seine Absicht ausgeführt, hat er dem Kaiser nach der zweiten Audienz ein militärisches Memoire überreicht? In den Akten findet sich keine Abschrift eines solchen. Trotzdem glaube ich die Frage bejahen zu müssen. Warum will Knesebeck Jouffroy verhindern, über das negative Ergebniß auch der zweiten Audienz zu berichten? Doch nur, weil er die Meldung vollständigen Scheiterns noch für verfrüht hält, weil er noch einige Hoffnung hegt, wie er selbst in dem Schreiben an Hardenberg andeutet. Worauf konnte diese Hoffnung am 27. Februar beruhen, als auf einem erneuten „letzten Versuch" von seiner Seite, den Kaiser umzustimmen? Warum sucht er nicht sogleich nach dieser Audienz seine Verabschiedung beim Kaiser Alexander nach, warum will er noch einige Tage warten, ehe er dies thut? Doch nur, um den Erfolg eines neuen Schritts, des Memoire's, zu erwarten. Auch die Wendung in seiner Meldung vom 27. Febr., daß es „an seinem Bestreben nicht gelegen haben werde", wenn der Zweck nicht erreicht würde, deutet auf einen erneuten Versuch. Weiter spricht für die erfolgte Einreichung, daß Knesebeck nur erfüllte, was ihm vorgeschrieben war, wenn er die militärische Seite der Frage genauer diskutirte; seine Instruktion gab ihm für deren Erörterung ausreichendes Material in die Hand. Endlich scheinen mir für die stattgehabte Ueberreichung dieses Memoire's gewisse militärische An=

---

[1]) Geh. Staatsarchiv.

deutungen, die der Bericht vom 23. März in die zweite Audienz legt, und die weit eingehendere militärische Eröffnung zu entscheiden, welche der Kaiser dem Obersten in der dritten, der letzten Audienz gemacht hat.

Ueberreichte Knesebeck dem Kaiser ein militärisches Memoire, so fragt sich weiter: welches war sein Inhalt? Jetzt wenigstens wird Knesebeck doch dem Kaiser das Geheimniß der „Erläuterung" enthüllt, dessen Entschluß zum Kriege aus ganzem Herzen gebilligt und jenen Kriegsplan zur Vernichtung Napoleons entwickelt haben! Der Kaiser hatte ihm ja schon in der zweiten Audienz seine Absicht angekündigt, sich innerhalb seiner Grenzen aufs Aeußerste zu vertheidigen, sein Reich in ein großes Feld der Verwüstung zu verwandeln. Gab es einen günstigeren Boden für die Motivirung des Rückzugsplanes in die weitesten Fernen? Aber Jouffroy sagte uns: Knesebeck beabsichtige, dem Kaiser „die Gefahren vorzustellen, die er (bei seinem Entschlusse) laufe."

Knesebeck hatte bereits in Berlin ein militärisch-politisches Memoire für den Kaiser Alexander niedergeschrieben und zwar am 21. Januar. Das Thema ist: „Kann Rußland in dem gegenwärtigen Augenblicke den Krieg anfangen und den edlen Zweck seines Monarchen erreichen, es (Europa) von der Uebermacht Frankreichs zu befreien; oder wird es durch denselben nur Europa's Unglück vergrößern?" Er vergleicht zunächst die Stärke der Armeen. Rußland verfüge über 225,000 Mann; Napoleon könne neben dem Kriege in Spanien 300,000 Franzosen an der Weichsel verwenden; er selbst spreche von 400,000 Mann (die Zahl ist der Aeußerung entnommen, die Napoleon am 17. Dezember 1811 Krusemark gegenüber gethan hatte [1]), und mit den Baiern, Sachsen, Westfälingern, Italienern sei diese Zahl nicht übertrieben. Diese Massen würden von einer vierfach gesicherten Basis, d. h. von den Rhein-, Elb- Oder- und Weichsel-Festungen ausgehen, welche selbst im Fall von Insurrektionen im Rücken Napoleon seine Verbindungen sicherten; sie hätten jenseit der

[1]) Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 425.

Weichsel das fruchtbare, zur Erhebung gegen Rußland bereite Polen vor sich. Rußland besitze die geringere Streitmacht, es habe zu befürchten, daß Schweden seine rechte Flanke angreife wie die Türken seine linke Flanke beschäftigten. Dazu keine Festungen als Operationsbasis, im Centrum das gährende Polen und kein Genie, dem es die Führung seines Heeres anvertrauen könne. In dieser Lage wolle Rußland sich in den Krieg stürzen und warum? Weil seine Rüstungen fertig sind. So habe Preußen 1806, so Oestreich 1809 gehandelt, und dies sei doch der unwiederbringlich letzte Kampf. „Soll durch eine unbegreifliche Verblendung der Gemüther der Moment abermals falsch ergriffen werden?“ Wolle Frankreich etwa den Krieg? Es erhebe nur die Forderungen, die es immer erhoben habe. Kaiser Alexander zähle auf das System der retrograden Linien, ein System, das unter anderen Umständen eben so richtig und genialisch entworfen als verderblich für den Gegner werden könne. Aber es setze voraus, daß immer noch eine andere Macht vorhanden sei, welche Flanken und Rücken des Gegners nicht nur bedrohe sondern nachdrücklich angreife. Ueberdies entstehe daraus ein Zurückgehen ohne Ende, und der Gegner erobere das Land. Die andere Macht könne im gegebenen Fall nur Oestreich sein. Ohne Oestreichs Theilnahme werde dies System Europa's Untergang vollenden, und wenn dann Türken und Schweden in den Flanken des russischen Heeres losbrächen, so werde es die Ursache sein, daß der nächste Friede in Moskau geschlossen werde. Das höchste Resultat des Feldzuges, wenn er nach dem System der retrograden Linien geführt werde, würde der status quo beim Anfange des Feldzuges sein. Wer aber sichere in dieser Lage diesen Erfolg? Wenn somit Rußland beim glücklichsten Ausgang des Krieges nichts erreichen könne, als Königsberg gedeckt zu sehen und Preußen den Besitz seiner noch übrigen Festungen zu erhalten, so müsse Rußland, wenn das Selbe durch einen Traktat zu erreichen sei, auf den Krieg verzichten und diesen Traktat herbeizuführen suchen, „da es mittelbar durch selbigen Alles gewinnt, was es in der gegenwärtigen Lage der Dinge nur

durch das höchste Glück mit der Gewalt der Waffen erreichen kann."

Noch eingehender verbreitet sich die Instruktion Knesebecks, deren Abfassung in die letzten Tage des Januar fällt, über die militärische Frage. Sie liegt nur im Concept von Ancillons Hand vor, in welchem einige Stellen von der Hand Hardenbergs, andere von der Hand des Königs verbessert sind. Niemand wird die strategischen Betrachtungen dieser Instruktion Ancillon zuschreiben; sie können nur von Knesebeck herrühren. Ich begnüge mich, die Hauptstellen hervorzuheben: „Si la Russie entreprend sans l'Autriche une guerre offensive, elle trouve l'armée française appuyée sur une quadruple ligne de places fortes, avec des points d'appui pour aller en avant, des asyles surs en cas de retraite et de malheurs. — Si la Russie au contraire combattant seule contre la France fait une guerre défensive, *suit le système des lignes rétrogrades*, et croit y trouver son salut, *elle pourrait bien se tromper* et l'ennemi sans crainte de diversions puissantes, sans inquiétude pour ses communications se porterait sur le *centre de la Russie* Européenne avec toute l'audace et toute la puissance de calcul, qui le caractérisent, et une ou deux batailles, que le génie de Napoléon pourrait, malgré la valeur des troupes Russes, décider en sa faveur, auraient les conséquences les plus funestes pour l'empire. — — Si la Prusse aujourd'hui s'allie avec la Russie — la guerre commencera par l'invasion de la monarchie Prussienne et la Prusse entière à l'exception des places fortes sera au pouvoir de l'ennemi; la Russie couvrira Königsberg (d. h. es würde nach der Vereinbarung mit Scharnhorst 12 Bataillone eventuell bis Königsberg vorschicken [1]) et ne pourra donner à la Prusse que des espérances de résurrection fort incertaines. La Prusse aura péri sans fruit pour la Russie ou plutôt au grand détriment de cet empire et de tout ce qui reste encore de puissances en Europe.

---

[1]) Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 406.

Les camps retranchés de Glatz, de Neisse, de Colberg en supposant même que la rapidité de l'invasion n'empêche pas les troupes de s'y réunir, n'empêcheront pas les opérations hardies de l'empereur Napoléon contre la Russie car il pourra" (die folgenden Worte sind Korrektur des Königs) „par la supériorité de ses forces prendre le camp retranché de Colberg par assaut et tout en continuant sa marche faire observer les autres", et s'appuyant sur l'Oder et la Vistule porter la masse de ses forces par Beuthen et Varsovie sur Grodno, diriger sa marche vers Moscou et menacer le centre de la Russie." Die Instruktion untersucht dann weiter die Stellung Schwedens und der Türkei und kommt zu dem Schlusse, daß Schwedens Haltung sehr unsicher, wenn nicht für Frankreich sei, daß die Pforte sich schwerlich zum Frieden verstehen, jedenfalls aber die Waffen wieder ergreifen werde, sobald Rußland im Kampfe mit Frankreich sei, und rekapitulirt: „que le flanc droit de la Russie n'est point assuré, que le flanc gauche de cet empire est encore sérieusement engagé." Napoleon aber werde 250,000 Franzosen, 100,000 Deutsche und 50,000 Polen gegen Rußland führen. Rußland habe viele Generale, die geschickt seien, ein Corps zu commandiren, aber keinen General en chef, den es Napoleon mit Vertrauen entgegenstellen könne. Dann heißt es weiter: „La Russie est un pays ouvert, il n'y a point de forteresses (redoutables setzt Hardenberg hinzu) sur le Niemen ni sur la Duna, qui puissent soutenir les mouvements ou faciliter la retraite des armées. Le système des lignes rétrogrades est une idée heureuse, une idée de génie; mais pour avoir son entier effet, ce système suppose que l'ennemi à lieu de craindre que ses flancs et ses derrières soient extrêmement exposés à mesure qu'il marche d'avantage en avant, ce qui n'existerait que dans le cas où l'Autriche pourrait prendre en faveur de la Russie une part active à cette guerre. Hors de là ce système des lignes rétrogrades parait être insuffisant pour assurer de grands succès à celui, qui l'adopte. Il offre l'inconvénient de laisser à un ennemi, qui a besoin

d'activité et de mouvements rapides pour faire la guerre avec plaisir, *tous les avantages de l'offensive,* et d'inspirer à l'armée *qui recule par principe et méthodiquement cette espèce de découragement* ou du moins de défiance qui parait être l'effet naturel d'une guerre défensive. Sans doute Napoléon s'éloignera toujours d'avantage du centre de sa puissance et de ses ressources, à partir du Rhin la ligne d'opération parait immense et d'une étendue tout-à-fait contraire aux principes de la stratégie; mais il faut partir de la ligne de la Vistule, il faut penser qu'il pourra disposer des moyens de tous les pays, qui sont en deçà de ce fleuve comme il dispose de ceux de la France, et alors *quand il s'engagerait dans l'intérieur de la Russie ses opérations ne paraitront plus aventurées.* Les vivres lui manqueront, mais ils lui viendront de toutes les contrées qu'il laisse en arrière. D'ailleurs il a déjà prouvé qu'il sait faire subsister son armée partout où le peuple ne meurt pas de faim; et de plus si marchant par le grand Duché de Varsovie et par la Lithuanie Russe il menace de se porter sur Moscou, il traversera des provinces fertiles en blé, et les habitants des provinces, qui ont fait partie de l'ancienne Pologne, lui donneront toutes les facilités imaginables pour accélerer ses mouvements; car il leur promettra le rétablissement du royaume de Pologne et ils sacrifieront tout à ce phantôme.
Es folgt der Nachweis, daß Deutschland sich im Rücken Napoleons niemals erheben könne und werde, wenn es sich nicht an eine benachbarte Macht und insbesondere an Oestreich anzulehnen vermöge.

Knesebeck hat von diesen Gesichtspunkten in Petersburg Gebrauch gemacht, das beweist die schon bemerkte Stelle des Berichtes vom 23. März unter dem Rubrum der zweiten Audienz, wo Knesebeck dem Kaiser „die verderblichen Folgen des Krieges" vorhält, wo er diesem weiter sagt, daß es ihm als „Militär [1]" erlaubt sein möge,

---

[1]) Der Abdruck in der Correspondance inédite de Napoléon hat fälschlich „comme ministre".

darauf hinzuweisen, daß für Rußland der Krieg nicht unter glücklichen Bedingungen beginne: „son aile gauche étant encore engagé avec les Turcs; que l'Empereur Napoléon avait des bases établies sur l'Oder et la Vistule; que la Russie au contraire n'avait aucune place de conséquence.“ Auch die Bemerkung der Instruktion, daß Rußland keinen General habe, erscheint in der Form wieder, daß der Bericht vom 23. März Alexander sagen läßt: er habe Napoleon keinen General entgegenzusetzen und er selbst sei kein Feldherr wie Napoleon.

Wir besitzen jedoch hierüber noch intimere Beweise. Jouffroy meldet am 6. März in einem Schriftstück, welches Knesebeck mit nach Berlin nahm: daß dessen Auftrag zu wichtig gewesen wäre, als daß Schöler und er (Jouffroy) nicht alles gethan hätten, ihn zu unterstützen. Der Gesandte Frankreichs habe seine Anstrengungen mit den ihrigen verbunden, und die Vertreter Oestreichs und Baierns hätten gethan, was sie konnten, Knesebecks lebhafte Vorstellungen bei Graf Rumäntzow zu unterstützen. „In dem angeschlossenen Exposé habe ich versucht, Eurer Majestät die Gesichtspunkte vorzulegen, aus denen das Kabinet von St. Petersburg die gegenwärtige Lage betrachtet, welche auf so ungünstige Weise auf die Mission Knesebecks eingewirkt haben. Es umfaßt die Argumente des Kaisers und die des Grafen Rumäntzow.“

Dies Exposé ist der vertrauliche Schlußbericht Knesebecks, der „Privatbericht“, den er in dem Briefe an Müffling von dem ostensiblen unterscheidet [1]). Er wollte diesen mit vollstem Grunde nicht unter seinem Namen erstatten. Die Augen der Franzosen waren auf ihn gerichtet; er wollte unter seinem Namen nur berichten, was Frankreich mitgetheilt werden konnte. Das Exposé sagt: Kaiser Alexander habe die feindseligen Absichten Napoleons erkannt, als dieser unter seinen Augen die Weichselplätze habe befestigen, als er Glogau nicht habe zurückstellen lassen, als der Gesandte Napoleons in Konstantinopel den Divan offen angetrieben habe, den Krieg

---

[1]) Bei Müffling Aus meinem Leben S. 193.

kräftig fortzuführen, als die Polen gegen Rußland exaltirt worden seien. Die Kenntniß des Charakters Napoleons und die Furcht, die er Alexander einflöße[1], hätten diesen die Gefahr vielleicht näher erblicken lassen, als sie es in der That war. Während der ersten Explikationen seien Hamburg und Lübeck mit Frankreich vereinigt worden, ohne daß Rußland auch nur eine Mittheilung erhalten hätte, und Oldenburg, dessen Bestand zu Erfurt ausdrücklich garantirt worden: „weil der Besitz dieser Lande Frankreich unentbehrlich sei; Napoleon sei jedoch geneigt, den Herzog von Oldenburg anderswo zu entschädigen; Rußlands Sache sei es, Entschädigungen für ihn in Vorschlag zu bringen." Hätte Alexander Entschädigungen vorgeschlagen, so hätte er den despotischen Akt Frankreichs ratificirt und sich vor ganz Europa erniedrigt. Aber „wenn Alexander den Krieg gewollt hätte, hätte er ihn damals gemacht." Der ostensible Bericht läßt hierauf hin Alexander sagen: la preuve la plus claire de son amour pour la paix pourrait être, qu'il n'avait pas attaqué dès le printemps passé, qu'il avait été déjà à cette époque aussi préparé à la guerre qu'à présent, qu'il aurait pu s'avancer jusqu'à l'Elbe et forcer la Prusse de prendre son parti. Der Kaiser begreift, so fährt das Exposé vom 6. März fort, das lebhafte Interesse nicht, welches Oestreich, Preußen und Baiern an der Sendung Nesselrode's nähmen, als ob dieser junge Mann von 26 Jahren allein im Stande sei, die Dinge zu ordnen. Er habe wirklich die Absicht gehabt, ihn nach Paris zu schicken, in der Voraussicht, daß der Krieg mit der Pforte bald beendet sein werde. Er hätte ihn einen Brief an Napoleon überbringen lassen, in welchem er — ohne den Ton zu erhöhen — den Friedensschluß angezeigt und Napoleon seines Wunsches, den Frieden zu erhalten, von Neuem versichert hätte. Aber der Friedensschluß habe sich hinausgezogen, und es sei inzwischen ihm bekannt geworden, daß Napoleon diese Sendung mißfallen werde[2].

---

[1]) Dieselbe Bemerkung wiederholt Knesebeck in dem Briefe an Müffling a. a. O. S. 188. — [2]) Napoleon hatte diese Sendung in der That vereitelt; Preußen während der französischen Okkupation; ob. S. 455 N.

Ueberdies sei sein Gesandter in Paris; an diesen habe der Herzog von Bassano seine Mittheilungen zu richten. Nachdem Rußland das Mögliche gethan, den Frieden zu erhalten, sei es im Recht, Explikationen von Frankreich zu erwarten. Gegenwärtig habe Napoleon Schwedisch-Pommern besetzen lassen. Schweden verlange Rußlands Unterstützung gegen Frankreich. Jeder Tag bringe neue Uebergriffe, neue Gewaltthaten der Polen an den Grenzen. Alexander bleibe trotz alledem seinem System treu, den Frieden zu erhalten; er werde ihn als wirklich gebrochen erst dann betrachten „lorsque le premier coup de canon aura été tiré sur son propre territoire."

Abgesondert von dem Exposé, in Chiffren werden unter Jouffroy's Namen die Geheimnisse des russischen Kabinets enthüllt (Bericht vom 6.): der Stand der Verhandlungen mit Schweden, mit der Pforte und der Kriegsplan Rußlands. Löwenhjelm sei seit dem 17. Februar in Petersburg. Gleich an diesem Tage seiner Ankunft habe ihn Alexander empfangen. Für die Zustimmung des Kaisers zur Eroberung Norwegens biete Schweden seine Allianz, und für den Fall des Krieges eine Diversion schwedischer Truppen in Deutschland an. Der Kaiser habe nichts angenommen und nichts abgelehnt. Er mißtraut dem Kronprinzen von Schweden und wird nicht an seinen Ernst gegen Frankreich glauben, bis er eine schwedische Armee im Kampfe gegen die Franzosen sieht. Auch den Engländern will Alexander seine Häfen nicht öffnen, um den Bruch mit Frankreich nicht zu beschleunigen. Die Verblendung Rumäntzows bezüglich des Friedens mit der Pforte sei unglaublich. Er sage ganz laut, dieser Krieg sei für Rußland gleichgültig und könne ihm nie gefährlich werden. Den Kaiser hat er für diese Ansicht gewonnen. Doch hat dieser auf die lebhaften Vorstellungen Kutusows das Ultimatum modificirt und den Befehl zurückgenommen, Rustschuk durch eine Ueberraschung wegzunehmen. Es ist möglich, daß diese Modifikationen den Abbruch der Friedensverhandlung verhüten. Aber nach allem, was geschehen ist, zweifelt man sehr, daß die Pforte schließt. Sie betrachtet den Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Rußland als sehr nahe; wenigstens

unterläßt Latour Maubourg (Napoleons Vertreter in Konstantinopel) nichts, die Pforte hiervon zu überreden.

Endlich folgt der Kriegsplan (in Chiffren): l'Empereur veut faire de cette guerre une guerre de consommation [1]) et ne s'engagera pas dans des affaires décisives où la tactique savante de son adversaire aurait infailliblement le dessus. Tout est calculé pour pouvoir soutenir la guerre avec cette persévérance, qui seule peut en assurer le succès; avantage ou revers tout a été prévu. L'empereur est résolu *de faire retraite jusqu'à Casan plutôt que de signer une paix, qui serait funeste à son indépendance.* Une armée superbe de près de 400,000 h., la présence d'un souverain adoré de ses sujets et combattant pour leur liberté, l'insurrection de tout le pays, le fanatisme, qui n'est pas moins grand ici que dans la péninsule, les déserts, la famine voilà les armes, qu'on veut opposer à l'Empereur Napoléon. In Worten: „Cette lutte sera terrible; mais les Français n'y trouveront pas leur avantage, mais y perdront comme en Espagne leur population et leurs trésors. Les dispositions pour les différents commendements de l'armée sont encore un sécret pour le public. On prétend que l'Empereur commendera en personne l'armée du centre, ayant sous lui Phull et Barclay — — et la gauche le Général Bennigsen. Selon d'autres celuici remplacera le Général Kutusoff contre les Turcs, si cette guerre malheureuse n'est pas encore finie. Bagration, Doctoroff, Bahagawuth commanderont, dit on, l'avant-garde. Mais j'ai lieu de croire que ces dispositions ne seront pas les dernières, surtout pour ce qui regarde le Général Bennigsen."

Hier ist deutlich unterschieden, was Alexander über seinen Kriegsplan gesagt, das Urtheil, das Knesebeck sich über das Maß des zu erwartenden Widerstandes gebildet und was er anderweit über die Vertheilung der Kommandos erfahren hat. Es steht demnach fest, daß

---

[1]) Diese Auflösung der Chiffre ist zweifelhaft.

Alexander in der Abschiedsaudienz am 2. März Knesebecks militärischen Einwendungen, den von ihm geschilderten Gefahren des Krieges, seiner Prophezeiung über den Erfolg des Systems der retrograden Linien, das dazu führen müsse, daß der Friede in Moskau geschlossen werde, entgegengestellt hat: „er werde sein Land zur Wüste, den Hunger und den Fanatismus seines Volkes zu seinen Bundesgenossen machen, und wenn Napoleon selbst nach Moskau komme, — er werde auch in Kasan keinen Frieden schließen, der seine Unabhängigkeit schädige."

Die Sache liegt demnach gerade umgekehrt, wie die „Erläuterung" behauptet. Knesebeck hat seine Mission loyal erfüllt; er hat Alles aufgeboten, den Kaiser zur Sendung nach Paris, zur Nachgiebigkeit, zur Erhaltung des Friedens, zur Verschiebung des Krieges zu bestimmen; er hat seiner Ueberzeugung von den verderblichen Folgen des Rückzugsystems vollen Ausdruck gegeben. Nicht er hat des Kaisers Versprechen erwirkt, selbst in Kasan nicht Frieden zu machen, sondern der Kaiser hat seiner entgegenstehenden Ansicht diesen scharfen Ausdruck gegeben.

Bedürfte es für dieses Ergebniß weiterer Beweise, sie würden darin liegen, daß Knesebeck nicht, wie die „Erläuterung" behauptet, der Mann des Vertrauens Alexanders war. Schöler berichtet am 28. Februar (nach der zweiten Audienz Knesebecks) dem Staatskanzler: „Kaiser Alexander schickt einen Kurier nach Paris und antwortet durch diesen dem Könige (auf das Schreiben vom 31. Januar), in Erwägung, daß ein Kurier nach Paris weniger Gefahr laufe als einer nach Berlin. Deshalb hat er das Schreiben Orlow (dieser ging am 28. Februar an den Grafen Lieven in Berlin ab) nicht anvertraut, und meint auch, daß es mit unserem Generaladjutanten nicht allein viel langsamer sondern auch nicht so sicher gehen würde, weil Frankreich wohl den Argwohn haben könnte, daß Knesebeck Ueberbringer eines geheimen Auftrages gewesen sei, was wirklich Viele glauben. Die Antwort dürfte wohl etwas hart ausfallen, nach allem, was vorgefallen ist. Ich glaube aber doch, daß sie dem Könige beweisen wird, daß er im äußersten Falle noch immer auf seinen Freund

rechnen könne. Kaiser Alexanders Besorgniß scheint mir nicht ohne Ursache; daher vortheile ich von derselben Gelegenheit. Der Kaiser will Knesebeck nächstens expediren; ob er ihm sagen wird, daß er dem Könige schon geantwortet hat, weiß ich nicht. Ich verschweige Knesebeck auf jeden Fall, daß ich davon weiß und davon Gebrauch mache." Nach Orlows Ankunft in Berlin am 11. März theilte Graf Lieven dem Minister des Auswärtigen, Grafen Goltz, mit, daß der Kaiser alsbald dem Könige auf das Schreiben antworten werde, welches Knesebeck überbracht habe. In dieser Antwort sagte Alexander dann dem Könige, daß er Knesebeck nur einen fast ostensiblen Brief mitgegeben; jetzt aber spreche er in dem Gefühl aufrichtiger und unveränderlicher Freundschaft. „Wir sind nun Feinde, und Eure Majestät kann sich vorstellen, was ich bei dieser traurigen und grausamen Gewißheit empfinden muß. Der problematische Ausgang des Krieges, der beginnen wird, ist nach der Verbindung Eurer Majestät mit Frankreich noch zweifelhafter, und das Geschick Europa's wird durch Unfälle Rußlands entschieden sein. Wenn der Entschluß, den Eure Majestät gefaßt hat, Ihre Monarchie retten könnte, so würde ich der erste sein, zuzugestehen, daß Sie keine andere Wahl hatten und dem Gebot Ihrer Pflicht gefolgt sind. Aber können Sie glauben, Sire, daß, wenn Rußland niedergeworfen ist, Frankreich Ihre Existenz erhalten wird, daß während des Kampfes selbst Napoleon Sie als einen Verbündeten betrachten wird, auf den er zählen kann? Ich gebe zu, daß die Gefahren der Verbindung mit Rußland groß waren; aber im Falle des Erfolges hätte Eure Majestät den Ruhm der preußischen Monarchie wiedererkämpft, im unglücklichen Falle mit Rußland wenigstens theuer die Existenz verkauft. Es ist schöner, ruhmreich zu enden, als in Knechtschaft zu leben. Dies ist meine Ansicht. Ich habe sie Ihnen nicht verschweigen können. Verzeihen Sie meiner Freundschaft für Ihre Person diesen Ausbruch des Freimuths. Ich kann nur die Verkettung der Umstände beklagen und meine Hoffnung auf die göttliche Gerechtigkeit setzen, meine Pflichten mit Festigkeit und Ausdauer erfüllen. Seien Sie überzeugt, Sire, daß meine Freundschaft nur mit meinem Leben endigen wird (1/13. März)."

Den König trafen diese Vorwürfe nicht. Die preußisch-russische Allianz und das Erwarten des ersten französischen Kanonenschusses innerhalb der Grenzen Rußlands, die Verbindung mit Preußen und der Rückzug nach Kasan, das waren Widersprüche im Satze, die nur Alexander nicht empfand. König Friedrich Wilhelm hatte die Pflicht, über sein Volk und sein Land aus anderen Gesichtspunkten zu beschließen, als aus dem eines aufgegebenen Vorpostens Rußlands.

Erst nach Feststellung jener Schriftstücke abreisend, traf Knesebeck am 20. März in Berlin ein. Hardenberg hatte die Chimäre Ancillons und Knesebecks nicht getheilt, daß sich Alexander zu Nachgiebigkeit bringen lassen werde und damit der Friede zu erhalten sei. Gleich nach Eingang jenes Berichts Jouffroy's vom 4. Febr. (S. 556) schrieb Goltz am 22. Februar Krusemark nach Paris, daß Knesebeck in Petersburg keinen Erfolg haben werde. Während Knesebecks Abwesenheit war der Vertrag mit Frankreich am 24. Februar durch Krusemark in Paris gezeichnet worden. Dem neuen Alliirten gegenüber war die größte Loyalität und Offenheit geboten. In diesem Sinne mußte Knesebecks Bericht abgefaßt werden. Aber Knesebeck hatte noch einen anderen Gesichtspunkt. Knesebeck und Ancillon hatten stets angenommen, es sei Napoleon kein rechter Ernst mit dem Kriege gegen Rußland. Was in Petersburg nicht zu erreichen gewesen, konnte doch am Ende vielleicht in Paris möglich sein; warum sollte man nicht versuchen, Napoleon friedlicher zu stimmen, vielleicht zu einer besonderen Mission nach Petersburg zu bewegen? Der Staatskanzler hatte gewiß nichts einzuwenden, wenn Preußen dieser Krieg erspart wurde.

Von diesem seinem Standpunkte der Erhaltung des Friedens aus hat Knesebeck den Bericht vom 23. März mit großem Geschick abgefaßt. Bei der Redaktion hatte er seine Vorstellung vom 17. Februar an den Kaiser, seinen eigenen vertraulichen Bericht (das Exposé vom 6. März) und Jouffroy's Bericht von demselben Tage vor sich liegen. Diese Schriftstücke sind zum Theil wörtlich in den neuen Bericht übergegangen. Aus der Vorstellung vom 17. Februar die Gründe für eine neue Mission nach Paris u. s. w., aus dem Exposé der gesammte Passus über die Handelsfrage, über

die früherhin beabsichtigte Sendung Nesselrode's, daß ja Kurakin in Paris sei u. s. w., so wörtlich, daß sich z. B. im Bericht vom 23. März wie im Exposé: Czieronozek neben Praga und Modlin in dieser absonderlichen Rechtschreibung findet. Der Bericht vom 23. geht darauf aus, die Friedensliebe Alexanders den Rüstungen Frankreichs gegenüber (die Ankunft der Baiern bei Hof ist Jouffroy's Berichte vom 6. März entnommen) unter Weglassung aller Aeußerungen, die in Paris irgend verletzen könnten, stark zu betonen; hervorzuheben, daß Alexander niemals der Angreifer sein werde. Es geht über das Exposé und wohl auch darüber hinaus, was Knesebeck sagen durfte, wenn derselbe versichert, daß dem Kaiser Alexander eine besondere Mission Napoleons nicht unerwünscht zu sein geschienen hätte; endlich wird die Zuversicht ausgesprochen, daß die Explikationen mit den Mittheilungen, die Czernischew aus Paris überbringe, beginnen würden. Napoleon erhält den Wink, daß, wenn seine Forderungen für den russischen Handel nicht gar zu schwer seien, sie zum Frieden führen würden. Dieser Wink wird durch die Hinweisung verstärkt, daß Napoleon im anderen Falle starken Widerstand zu erwarten habe. Zu diesem Zwecke läßt der Bericht vom 23. in geradem Widerspruche mit dem vom 6. Rumäntzow sagen, daß der Friede mit der Pforte bald geschlossen sein werde, und verstärkt diese Aeußerung durch die Anführung aus Letzterem, daß neue Instruktionen für die Friedensverhandlungen abgegangen seien; in diesem Sinne wird nach dem Bericht vom 6. bemerkt, daß Schweden Rußland seine Allianz angeboten, der Kaiser die Angebote Schwedens aber nicht angenommen habe, d. h. es wird Napoleon insinuirt: Rußland kann Frieden mit der Pforte und das Bündniß Schwedens haben, sobald es will [1]). Dann werden, der Aufgabe, die sich Knesebeck gestellt, gemäß, die Mittel, die Rußland selbst für die Gegenwehr besitze, hervorgehoben. Der Bericht vom 6. März wird in gemildertem Auszuge copirt: die Streitkräfte Rußlands seien

[1]) Lecoq, der die Absicht des Berichtes nicht verstand und glaubte, daß Hardenberg St. Marsan nur von dessen Inhalt Kenntniß gegeben, bemerkte Hardenberg, daß der Passus über Schweden in der Abschrift für Krusemark wegbleiben müsse, was dieser dann verneinte.

bedeutend, die Russen würden sich wüthend schlagen. Was ihm Alexander eröffnet hat, benutzt Knesebeck bestmöglichst, um Napoleon zu zeigen, wie große Schwierigkeiten seiner im Kriegsfalle warten würden. Er geht im Eifer der Schilderung dieser Schwierigkeiten etwas weiter, als die Loyalität gegen Rußland erlaubte. Der Krieg könne ein nationaler und religiöser werden, wenn die Priester die Masse des Volkes in Aufregung brächten, was gewiß der Fall sein werde. Daneben wird die Unwegsamkeit des Landes, der Mangel großer Flüsse, an die sich der Angreifer lehnen könne, bemerklich gemacht. Unter solchen Umständen habe die Defensive große Vortheile, wenn der Vertheidiger ein Devastationssystem annähme, indem er sich auf im Voraus gut gewählte Punkte zurückziehe und das Innere Schritt für Schritt umsichtig vertheidige. Warnend schließt Knesebeck dann: „Man fühlt diese Vortheile in Rußland, die Militärs sprechen davon, und ich glaube, daß dies das Kriegssystem sein wird, was man befolgen wird, wenn auch dasselbe vielleicht erst dann bestimmt festgestellt werden wird, wenn der Kaiser sich über den Oberbefehlshaber schlüssig gemacht haben wird." Die Kommandostellen des vertraulichen Berichtes sind, wie man sieht, in die Frage des Oberbefehls aufgelöst, und die Hinzufügung des Zweifels über die definitive Annahme des Plans ist nur der unerlaßliche Vorbehalt, den die Loyalität gegen Rußland in diesem Punkte forderte.

Als Knesebeck diese Arbeit am 23. März vollendet hatte, übergab sie Hardenberg dem Grafen St. Marsan noch an demselben Tage. St. Marsan sandte den Bericht, der Napoleon die höchst willkommene Botschaft brachte, daß ihm Alexander den Weichselübergang nicht streitig machen werde, mittelst Kuriers, der am 24. März 11 Uhr von Berlin abging, zur Kenntniß seines Souveräns. Die Angaben des Briefes Knesebecks an Müffling und der „Erläuterung" über die ganze oder theilweise Abschrift des Berichtes für St. Marsan, über die durch den Erfolg nicht getäuschte Voraussetzung, in der Knesebeck seinen Kriegsplan Napoleon selbst vorgelegt haben, ihm sein Schicksal prophezeit haben will (S. 553), fallen dem nachgewiesenen

Zwecke des Berichtes vom 23. März und diesen Thatsachen gegenüber zusammen.

Die „Erläuterung" Knesebecks mußte auf die Autorität ihres Verfassers hin in die Darstellungen jener Zeit übergehen und ist in dieselben übergegangen. Damit war der historischen Kritik ihre Aufgabe gestellt. Gegenüber den großen Verdiensten, die sich Knesebeck um Preußen im Rathe wie auf dem Schlachtfelde erworben hat, ist es höchst unerquicklich, seine Erzählung dieser Mission in ihrer völligen Grundlosigkeit aufzuweisen. Nicht leicht ist mir eine Untersuchung zu führen so peinlich gewesen, wie die vorstehende. Aber die historische Wahrheit kennt kein Ansehen der Person. Vergessen wir über dem, was Knesebeck für Preußen geleistet, ein Trugbild, welches die durch wache Erinnerung und Willenskraft nicht mehr beherrschte Phantasie eines fast achzigjährigen Alters ihm vorgespiegelt hat. Das Verdienst, das Knesebeck durch Aneignung eines Kriegsplanes, der Alexander gehörte, der jedoch nur schwankende Umrisse besaß, den Alexander mit der Eröffnung des Feldzugs fallen ließ, bis er durch den Gang der Dinge zu demselben zurückgenöthigt wurde, sich beizulegen versucht hat, wird durch die gewissenhafte und nachdrückliche Ausführung seines thatsächlichen Auftrages in Petersburg, durch das Gewicht, welches er im December 1812 und im Januar 1813 für den Entschluß des Königs zum Kriege gegen Frankreich in die Wagschale gelegt hat, wofür ihm Preußen und Deutschland den größten Dank schulden, weit überboten.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.






UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 16 14 03 010 9